

DER REICHSFÜHRER-
CHEF DES \mathbb{H} -HAUPTAMTES

Berlin W 35, den 8.9.1941
Lützowstraße 48/49
Postschließfach 43

Gd \mathbb{H} A/Be/We. Tgb.Nr. 189/41 g.Kdos.

2 Ausführungen
Prüf-Nr.: ...!

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

Betr.: Schweiz

Jürg Fink

Die Schweiz aus der Sicht des Dritten Reiches 1933-1945

An Sie,

Reichsführer- \mathbb{H}

Führerhauptquartier

Reichsführer!

In Württemberg wittert man Morgenluft! Sowohl der Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, Dr. Strölin, als auch der Reichsstatthalter Murr halten sich für die gegebenen "Reichskommissare" für die Schweiz.

Nach meinen persönlichen Kenntnissen muss ich beide ablehnen, insbesondere aber den Reichsstatthalter Murr. Mit ihm würde seine Umgebung, die für "positive Arisierungen" bekannt ist, in die Schweiz einziehen und ein wirkliches Zusammenwachsen zumindest für eine Generation verhindern.

Ich habe \mathbb{H} -Oberführer Dr. Behrends auf diese besondere Gefahr hingewiesen und ihn ebenso wie den VDA gebeten, keine Galder für "Auffangorganisationen" zur Verfügung zu stellen, es sei denn, Reichsführer- \mathbb{H} befehle es nach Vortrag.

Die Führung dieser Auffangorganisationen dürfte keinesfalls örtlich gebunden, sondern müsste in Berlin sein. Alle aus der Schweiz derzeit in Deutschland befindlichen nationalsozialistischen Führer müssten sich in Berlin aufhalten. Nur so ist eine Übersicht möglich und wird eine Störung der sachlichen Arbeit aus egoistischen Gründen verhindert.

J. Fink
 \mathbb{H} -Gruppenführer

Schulthess Polygraphischer Verlag

Die Schweiz aus der Sicht des Dritten Reiches 1933-1945

Einschätzung und Beurteilung der Schweiz durch die oberste deutsche Führung seit der Machtergreifung Hitlers – Stellenwert des Kleinstaates Schweiz im Kalkül der nationalsozialistischen Exponenten in Staat, Diplomatie, Wehrmacht, SS, Nachrichtendiensten und Presse von

Dr. phil. **Jürg Fink**



Schulthess Polygraphischer Verlag Zürich

Die vorliegende Arbeit wurde von der Philosophischen Fakultät I der Universität Zürich im Wintersemester 1984/85 auf Antrag von Herrn Prof. Dr. Peter Stadler als Dissertation angenommen.

© Schulthess Polygraphischer Verlag AG, Zürich 1985 ISBN 3 7255 2430 0

Satz und Druck: Verlag Hans Schellenberg, Winterthur

Eingelesen mit [ABBYY Fine Reader](#)

Dank

Für Anregungen, Kritik und fachliche Begleitung möchte ich meinem Hochschullehrer, Herrn Prof. Dr. Peter Stadler, meinen herzlichen Dank aussprechen. Schon in den unteren Semestern meines Geschichtsstudiums wurde ich in den Vorlesungen von Prof. Stadler für die vorliegende Untersuchung angeregt.

Weiterer Dank kommt meiner Frau Marlies und meiner Tochter Kathrin zu, die mich beide während mancher Stunden entbehren mussten. Zuletzt möchte ich auch noch meinen Eltern danken, die mich während meines Studiums materiell und fachlich unterstützten.

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	1
1. Themawahl	1
2. Theoretischer Hintergrund	4
3. Quellenlage	7
B. Die politische Führung in Staat und Partei	9
1. Der Führer und Reichskanzler – Adolf Hitler	9
2. Der Stellvertreter des Führers – Rudolf Hess	33
3. Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda unter Josef Goebbels	39
4. Das Auswärtige Amt (AA) in Berlin	51
a) Constantin Freiherr von Neurath, Aussenminister 1932-1938	51
b) Joachim von Ribbentrop, Aussenminister 1938-1945	56
C. Die Führung in SS, Geheimdienst und militärischer Abwehr	67
1. Die SS unter Heinrich Himmler, Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei	67
2. Das Reichssicherheitshauptamt unter Reinhard Heydrich	77
3. Der Sicherheitsdienst (SD) unter Heinz Jost und Walter Schellenberg – Amt VI Ausland des Reichssicherheitshauptamtes	86
4. Die militärische Abwehr im OKW unter Admiral Canaris	93
D. Die militärische Führung im OKW und OKH	103

E. Deutsche Diplomatie in der Schweiz	113
1. Deutscher Gesandter Adolf Müller (1933)	113
2. Deutscher Gesandter Ernst von Weizsäcker (1933-1936)	114
3. Deutscher Gesandter Otto Carl Köcher (1937-1945)	133
F. Nationalsozialistische Presse	169
1. Zur Situation der deutschen Presse nach 1933	169
2. Der «Völkische Beobachter» unter Alfred Rosenberg	171
3. «Das Reich» unter Josef Goebbels	195
4. Die «Frankfurter Zeitung» als ehemals liberales Blatt	217
5. Die übrige deutsche Presse im kurzen Überblick für 1940	229
G. Ergebnisse und Schlussfolgerungen	231
1. Die deutsche Einschätzung der Schweiz	232
a) Ideologisch-politisch	232
b) Militärisch-strategisch	232
c) Kulturell	232
d) Wirtschaftlich	233
e) Geschichtlich	233
f) Bevölkerungsmässig	233
2. Die deutschen Interessen gegenüber der Schweiz	234
a) Wirtschaft und Rüstung	234
b) Militär und Geheimdienste	234
c) Diplomatie und Politik	235
3. Stellenwert der Schweiz in der deutschen Aussenpolitik	235
4. Das generelle Bild der Schweiz aus nationalsozialistischer Sicht	236
5. Die wichtigsten Faktoren, welche das politische und staatliche (herleben der Schweiz im Zweiten Weltkrieg bewirkt hatten)	238
6. Schlussfolgerungen	239
H. Abkürzungen	241

I. Bibliographie	243
1. Quellen	243
a) Ungedruckte	243
b) Gedruckte	243
c) Erinnerungen	245
d) Zeitungen	245
2. Darstellungen und Fachliteratur	246

A. Einleitung

1. Themawahl

Am 22. Juni 1940 um 18.50 Uhr unterzeichnete der französische Armeegeneral Charles Huntziger im Wald von Compiègne die Kapitulation Frankreichs gegenüber dem Grossdeutschen Reich und beendete dadurch den bewaffneten Widerstand gegen die siegreichen Truppen Hitlers auf dem Kontinent. Die Niederlage Frankreichs bedeutete für die Schweiz die fast vollständige Einschliessung durch die Achsenmächte: Im Süden stiess das am 10. Juni 1940 in den Krieg eingetretene Italien an die Schweizergrenze, im Norden und im Osten erstreckte sich das Deutsche Reich, die Westgrenze bildete das nun von Hitler besetzte Frankreich, und nur das kurze Grenzstück um den Genfersee stiess an das von Deutschland abhängige Vichy-Frankreich. Diese prekäre Ausgangslage liess damals für die Schweiz das Schlimmste befürchten, hatte man doch schon vor Beginn des Westfeldzuges im Mai 1940 geglaubt, ein deutscher Angriff stehe unmittelbar bevor. Dass es sich bei den vermeintlichen Truppenkonzentrationen im süddeutschen Raum nur um ein grossangelegtes Täuschungsmanöver gehandelt hatte, wurde erst später sichtbar¹. Eine Besetzung der Schweiz durch Deutschland war nach dem siegreichen Abschluss des Frankreichfeldzuges möglich und wahrscheinlich geworden, schien es doch aus der damaligen Situation gesehen als folgerichtig, dass Hitler auch noch das Nebenproblem der Schweiz erledigen wollte.

Die «Operation Tannenbaum»² fand jedoch nicht statt, das «kleine Stachelschwein»³ vermochte sich in allen Wirren und kriegerischen Ereignissen des Zweiten Weltkrieges zu behaupten und behielt seine territoriale und staatliche Unabhängigkeit.

Diese Tatsache gibt zur spontanen Fragestellung Anlass, warum und wodurch die Schweiz zwischen 1939 und 1945 ihre territoriale, wenn auch nicht die wirtschaftliche Unabhängigkeit bewahren konnte. Welchen Massnahmen und Verhaltensregeln der Staats- und Wirtschaftsführung und welchen Interessen hatte es die Schweiz zu verdanken, dass sie weder von den Achsenmächten Deutschland und Italien noch später von den Alliierten besetzt worden war?

1 *Christian Vetsch*: «Aufmarsch gegen die Schweiz. Der deutsche Fall Gelb – Irreführung der Schweizerarmee 1939–40», Olten 1973.

2 Das Militärarchiv des deutschen Bundesarchivs in Freiburg i.Br. bewahrt das «Kleine Orientierungsheft Schweiz» auf, welches die militärische Einschätzung der Schweiz durch die deutsche Generalstabsabteilung «Fremde Heere West» enthält. Unter dem Aktenzeichen RH 2/v 465 finden sich die Planstudien zur «Operation Tannenbaum», der militärischen Besetzung der Schweiz.

3 Deutscher Propagandaausdruck für die Schweiz.

Edgar Bonjour: «Geschichte der Schweizerischen Neutralität, Basel 1970, Bd. IV, S. 77.

Die vorliegende Arbeit möchte nun nicht die schweizerische Seite, sondern ausdrücklich die deutsche Perspektive darstellen und aufzeigen, welche Faktoren für das Verhalten des nationalsozialistischen Deutschlands gegenüber der Schweiz bedeutsam und ausschlaggebend waren. Das primäre Interesse am Thema entspringt der generellen Fragestellung, warum die Schweiz zwischen 1940 und 1945 von Deutschland nicht erobert wurde und welches Interesse an einer, intakten Eidgenossenschaft bestand. Es geht dem Autor um die Erhellung des deutschen Standpunktes in der Frage der Behandlung und des Nutzens der Schweiz für das kriegführende Reich, weshalb fast ausschliesslich die deutsche Seite betrachtet wird und die eigentlichen Vorgänge und Ideen in der Schweiz nur sekundäre Bedeutung tragen.

Die Arbeit versteht sich letztlich als eine Studie der Perzeption der Schweiz durch das damalige Deutschland und steht insofern in einem Zusammenhang mit der heutigen Forschung innerhalb der Politischen Wissenschaft. Im Bereich der Politologie nimmt das Problem der Perzeption eine zentrale Stellung ein, kann doch anhand historischer Ereignisse dargestellt werden, dass Akteure in einer Konfliktsituation gemäss ihrer Einschätzung der Lage und nicht aufgrund objektiver Tatsachen entscheiden⁴. Letztlich sind es nicht die wirklichen Gegner, die sich in einer kriegerischen Auseinandersetzung gegenüberstehen, was die Entscheidungsprozesse der jeweiligen Führung betrifft, sondern es sind die wechselseitigen Vorstellungen, also gedankliche Bilder, welche bei den Entscheidungsträgern die politisch-militärischen Entschlüsse bewirken.

Will die Handlungsweise eines politischen Akteurs, in unserem Falle von Deutschland zwischen 1933 und 1945, analysiert und verstanden werden, drängt sich eine Untersuchung der aussenpolitischen Bilder innerhalb der deutschen Führung auf. Für das politische Überleben der Schweiz während des Krieges wurde die deutsche Einschätzung des Landes zu einem entscheidenden Faktor. Die vorliegende Untersuchung möchte dabei auch klären, wieweit die nationalsozialistische Politik gegenüber der Schweiz von subjektiven Vorstellungen und wieweit von nüchternem Zweckdenken bestimmt war. Folgende Arbeitshypothese sei hier festgehalten:

- Die Schweiz konnte während des Zweiten Weltkrieges bestehen, weil Deutschland bestimmte, zu untersuchende Interessen an einer intakten Schweiz besass und verschiedenste Faktoren immer wieder gegen eine Besetzung sprachen.

Die Arbeit möchte klären, welche Faktoren und Überlegungen im deutschen Kalkül ausschlaggebend waren, die Schweiz nicht in den Krieg einzubeziehen, sondern diese kleine Insel mitten im Kampfgeschehen unversehrt zu lassen bzw. militärisch nicht anzugreifen.

4 Stellvertretend sei hier eine Untersuchung des Politologen Holsti erwähnt: Holsti analysierte die Perzeption von Alternativen durch die kriegführenden Mächte bei Kriegsausbruch 1914 und gelangte zum Ergebnis, dass die einzelnen Staaten davon ausgingen, sie selbst hätten weniger Alternativen zum Krieg zur Verfügung als die gegnerischen Mächte, während sie den Feindstaaten die freie Wahl der Handlungsweise zuordneten. Das eigene Vorgehen wurde als zwingend betrachtet, während der Gegner die vermeintlich freie Wahl des Handelns besass. *Ole R. Holsti*: «Die Perzeption von Alternativen beim Kriegsausbruch 1914», in: Daniel Frei (Hrsg.): «Theorien der internationalen Beziehungen», München 1973.

Untersucht werden nicht in erster Linie Ereignisse und Strukturen der nationalsozialistischen Zeit, sondern die Aussagen und Überlegungen der deutschen Führung, soweit diese überhaupt greifbar sind. Nicht das einzelne politische Ereignis steht also im Zentrum des Interesses, sondern die dazugehörigen Aussagen eines entsprechenden Akteurs. Die Arbeit versteht sich nicht als ereignisgeschichtliche Untersuchung, sondern als Darstellung der Ideen innerhalb der deutschen Führung bezüglich der Schweiz und wird dadurch zu einer Studie der politischen Perzeption. Aus diesen Überlegungen ergibt sich folgender Fragenkatalog:

- a) Wie schätzte die deutsche Führung die Schweiz ein? Ideologisch, politisch, kulturell, militärisch, wirtschaftlich, strategisch?
- b) Welche Interessen hatte das Dritte Reich gegenüber der Schweiz? Wirtschaftliche, rüstungsmässige, finanzielle, politische, geheimdienstliche, militärisch-strategische, übrige?
- c) Welchen Stellenwert hatte die Schweiz in der deutschen Aussenpolitik? Welche Absichten und Überlegungen bestanden in dieser Hinsicht? Welche Pläne existierten für die Zukunft nach dem deutschen «Endsieg»?
- d) Welche Faktoren waren entscheidend, dass die Schweiz als Kleinstaat im Krieg überleben konnte, ohne militärisch besetzt zu werden?
- e) Welche Bilder bestanden generell von der Schweiz im Dritten Reich?

Die Fachliteratur liefert verschiedene Erklärungsansätze, weshalb die Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht besetzt wurde⁵; was jedoch bis jetzt noch nicht geleistet wurde, war eine Darstellung der deutschen Seite in einem grösseren Zusammenhang. Die vorliegende Arbeit möchte daher versuchen, eine solche systematische Darstellung der deutschen Seite zu liefern, wenn auch nicht der Anspruch besteht, das Thema vollständig und umfassend behandeln zu können; verschiedene Einzelfragen werden ungeklärt bleiben, und einige Bestände aus dem unübersehbaren Quellenmaterial müssen bewusst weggelassen werden.

5 Hans Rudolf Führer nennt in seiner Dissertation folgende Faktoren:

- die politische Komponente: Durch Druck und Drohungen sollte die Schweiz zum «freiwilligen» Anschluss gebracht werden.
- militärische Sachzwänge: Immer standen andere Operationen im Vordergrund.
- Aufwand- und Ertragsrechnung: Eintrittspreis für eine Eroberung wäre zu gross gewesen.
- die Retter: Deutsche Persönlichkeiten setzten sich während des ganzen Krieges für die Schweiz ein.

Hans Rudolf Führer: «Spionage gegen die Schweiz – Die geheimen deutschen Nachrichtendienste gegen die Schweiz im Zweiten Weltkrieg 1939-1945», Frauenfeld 1982, S. 99.

Daniel Bourgeois gelangte in seiner Untersuchung zu etwas anderen Schlüssen: Deutschland habe verhindern wollen, dass das Reich und Italien bei einer Aufteilung der Schweiz auf dem Alpenkamm eine zusätzliche gemeinsame Grenze erhielten. Weiter betont Bourgeois die Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen, der Rüstungslieferungen und der Devisentransaktionen, nebst der geographischen Lage der Schweiz. Diese Faktoren würden jedoch nicht alles erklären.

Daniel Bourgeois: «Le Troisième Reich et la Suisse», Neuchâtel 1974, S. 131-32, 156, 301. Werner Rings nennt in seinem Buch ähnliche Faktoren, betont aber auch die nicht zu unterschätzende Rolle der Schweizerarmee; ein zerstörtes Land hätte Deutschland weniger genützt als ein intaktes.

Werner Rings: «Schweiz im Krieg 1933-1945», Zürich 1974, S. 302-05.

Bonjour vermutet vor allem strategisch-weltpolitische Erwägungen, die Hitler davon abhielten, die Schweiz anzugreifen; bei Gelegenheit hätten die La-Charité-Dokumente als Rechtfertigung für eine solche Aktion herangezogen werden können. *Bonjour*, Bd. V, S. 24.

Das Ziel der Arbeit wäre erreicht, wenn es gelingen sollte, repräsentativ aufzuzeigen, welche Faktoren in der nationalsozialistischen Politik gegenüber der Schweiz ausschlaggebend waren und von welchen Überlegungen es abhing, dass Deutschland sich nie zu einem Angriff auf die Schweiz entschliessen konnte.

2. Theoretischer Hintergrund

Jede Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg und der Phase davor ist gleichzeitig Auseinandersetzung mit dem Faschismus bzw. der deutschen Variante davon, dem Nationalsozialismus. Vorgänge und Entscheidungen im Krieg können nie vom ideologischen Hintergrund des Hitlerregimes abgetrennt werden, sondern werden erst in diesem Zusammenhang transparent.

Es sei hier nicht auf die heutige Faschismuskonversation eingetreten⁶. Für die vorliegende Untersuchung interessiert vor allem das Problem der Entscheidungsprozesse in der nationalsozialistischen Führung. Wie und aufgrund welcher Machtfaktoren kamen wichtige aussenpolitische Beschlüsse zustande, und weshalb wurden geplante Aktionen nicht ausgeführt? Eine grundsätzliche Schwierigkeit bei dieser Fragestellung besteht in der ideologischen Strukturlosigkeit und der gedanklichen Uneinheitlichkeit des nationalsozialistischen Regimes; eine langfristig geplante und durchdacht konzipierte Aussenpolitik wird nur ansatzweise erkennbar. Stellvertretend für viele andere Zeitzeugen sei in diesem Zusammenhang Heinz Linge⁷ erwähnt, der das Verhalten Hitlers bezüglich der politischen Planung folgendermassen charakterisierte:

«Hitler umriss Aufgaben und Ziele zunächst meist nur sehr vage und liess sich dann alles Weitere gern aus der Hand nehmen, wenn 'es' so lief, wie er es sich 'im Prinzip' vorgestellt hatte»⁸.

Trotz der allgegenwärtigen Propaganda von Einheit und Gleichschritt stellte das Deutschland von 1933 bis 1945 ein ideologisch uneinheitliches Gebilde dar. Wir können, abgesehen von Hitler, kaum von einem durchgehenden Willen in der Aussenpolitik ausgehen,

6 Hans-Ulrich Thamer/Wolfgang Wippermann: «Faschistische und neofaschistische Bewegungen», Darmstadt 1977.

Wolfgang Wippermann: «Europäischer Faschismus im Vergleich, 1922-1982», Frankfurt a.M. 1983.

Wolfgang Wippermann: «Faschismustheorien – Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion», Darmstadt 1976.

Reinhard Kühnl: «Faschismustheorien», Reinbek 1979.

Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler (Hrsg.): «Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik», Berlin 1980.

7 Heinz Linge war «Chef des persönlichen Dienstes beim Führer» im Range eines SS-Sturmbannführers und lebte als Diener während 10 Jahren in Hitlers unmittelbarer Umgebung.

8 Heinz Linge: «Bis zum Untergang: Als Chef des persönlichen Dienstes bei Hitler», hrsg. von Werner Maser, München 1980, S. 266.

ja nicht einmal von einem einheitlichen Konzept innerhalb der Führung sprechen, welche politischen Leitideen anzustreben waren. Leitende Figuren des Dritten Reiches wie Bormann, Himmler, Goebbels, Göring und Speer arbeiteten teilweise gegeneinander, verstrickten sich in Intrigen mit wechselnden Fronten und lebten in ständigem gegenseitigem Misstrauen⁹. Es ist daher für den heutigen Historiker schwierig zu entscheiden, wieweit das aussenpolitische Planen und Handeln eines nationalsozialistischen Akteurs von einem durchdachten, gewichtigen Konzept innerhalb der Führung aus erfolgte oder vielmehr Ausdruck einer der unzähligen Privataktionen und persönlichen Rivalitäten war. Die Arbeit untersucht nur die eigentliche Führungsspitze des Dritten Reiches, da grundsätzlich davon ausgegangen wird, dass nur hohe Entscheidungsträger aussenpolitische Wirkungen herbeiführen konnten. Die Person Hitlers steht naturgemäss im Vordergrund, weisen doch die meisten Quellen und Erinnerungen wiederholt daraufhin, dass Hitler seine Absichten und Vorstellungen gegen die Meinung seiner Ratgeber durchsetzte und letztlich seine Entscheidungen ausschlaggebend waren¹⁰.

Der Zweite Weltkrieg ist eigentlich Hitlers Krieg gewesen; alle wichtigen Entscheidungen wurden durch ihn gefällt, die ganze nationalsozialistische Ideologie war vom inneren Gehalt her auf den Führerwillen ausgerichtet, dem der Einzelne untergeordnet war. Hätte es in Hitlers Konzept gepasst, die Schweiz zu besetzen, so wäre an der Durchführung eines solchen Feldzuges nicht zu zweifeln gewesen. Andererseits war auch Hitler in Abhängigkeitsverhältnisse verstrickt, die ihn mit zunehmender Kriegsdauer von der Umwelt isolierten und seine Wahrnehmung der Wirklichkeit trübten¹¹.

Die Untersuchung stellt folgende Arbeitshypothesen an den Anfang, die im Laufe der Quellenauswertung überprüft, verifiziert oder falsifiziert werden:

- a) Im Dritten Reich war der Führerwille Hitlers eine entscheidende Grösse, die einerseits konkreter Ausdruck eines bestimmten politischen Weltbildes war, andererseits aber sprunghaft ändern konnte. Die Ideen und Absichten Hitlers bezüglich der Schweiz werden somit zu einem wichtigen Untersuchungsgegenstand.

9 Albert Speer schildert in seinen Erinnerungen Konflikte und Intrigen innerhalb der obersten deutschen Führung, in die u.a. Bormann, Goebbels, Himmler und Göring einbezogen waren. Speer, ursprünglich Hitlers Architekt für dessen Grossbauprojekte, wurde 1942 zum Minister für Bewaffnung und Munition ernannt und bekleidete als Rüstungsminister in der zweiten Kriegshälfte eine Schlüsselposition. *Albert Speer: «Erinnerungen»*, Frankfurt a.M. 1969, S. 271 ff.

10 Stellvertretend für viele andere Beispiele sei hier der Untergang der 6. Armee unter Generalfeldmarschall Paulus zwischen November 1942 und Februar 1943 in Stalingrad erwähnt: Gegen den Willen des Generalstabs und der einzelnen Truppenkommandanten verbot Hitler einen Rückzug bzw. einen Ausbruch aus dem sowjetischen Kessel um die Stadt und verschuldete auf diese Weise persönlich den Verlust einer ganzen Armee.

Joachim C. Fest: «Hitler – Eine Biographie», S. 907 ff.

11 Bormanns Biograph, Jochen von Lang, betont vor allem, dass Bormann Informationen und persönliche Mitteilungen für Hitler kontrollierte bzw. Kontakte verhinderte und insofern einen direkten Einfluss auf die Entscheidungen Hitlers ausüben konnte.

Jochen von Lang: «Der Sekretär – Martin Bormann: Der Mann, der Hitler beherrschte», Stuttgart 1977.

- b) Auch die grosse Machtfülle und Entscheidungsfreiheit Hitlers fanden eine Grenze an wirtschaftlichen, politischen und militärischen Realitäten, die von der Führerwillkür nicht überschritten werden konnten. Eine Unterscheidung zwischen unreaalem Wunschdenken und ausführbaren Absichten Hitlers drängt sich auf.
- c) Das Handeln der übrigen nationalsozialistischen Führungsspitze war häufig geprägt vom Bestreben nach Absicherung und Ausbau der persönlichen Macht. Die Vorgänge in Staat und Partei müssen oft als Massnahmen gegen Kontrahenten verstanden werden.
- d) Die Aussenpolitik des Dritten Reiches war geprägt vom Gegensatz der Radikalität des Rassen- und Herrenmenschen Denkens der eigentlichen Nationalsozialisten und von der Nüchternheit der Bürokraten in Staat und Partei, die stets als Korrektiv zum schrankenlosen Expansionsdrang des deutschen Faschismus wirkte. Die Aussenpolitik war andererseits zwischen 1933 und 1945 von imperialen Ideen geleitet, die den politischen Realitäten der Zeit nicht mehr entsprachen. Wir müssen uns bewusst sein, nicht nur mit rationalen, begründeten Vorstellungen, sondern auch mit teilweise abstrus-irrationalen Überzeugungen innerhalb der deutschen Führung konfrontiert zu sein.
- e) Der Nationalsozialismus war keine Ideologie, die in der Bevölkerung tief verankert war. Nicht einmal die Führungsspitze kann durchgehend als nationalsozialistisch betrachtet werden. Viele Vorgänge müssen daher vor dem Hintergrund anderer Überzeugungen, namentlich der Ideen des Widerstandes gegen Hitler und der mässigenden Wirkung von bürgerlich-traditionellen Einflüssen, gesehen werden.

Diese Grundannahmen dienen der allgemeinen Orientierung, von welchen Voraussetzungen überhaupt ausgegangen wird. Eine historische Untersuchung erfolgt nicht aus einem rein abstrakt-wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse heraus, sondern aufgrund vorgegebener Annahmen und Vorstellungen, die in der Arbeit auch transparent werden sollten. Der Autor geht dabei nicht von einer bestimmten Faschismustheorie aus, sondern leitet sein Interesse am Thema aus einer längeren Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich her, wobei immer wieder die Situation der Schweiz während der Kriegszeit in den Vordergrund rückte. Im Laufe der Untersuchung musste der Autor mehrfach die Erfahrung machen, dass von verschiedenen Seiten her die Bemerkung vorgebracht wurde, die Schweiz habe in der nationalsozialistischen Aussenpolitik lediglich eine Randposition eingenommen, die wenig aussagekräftige Angaben bedinge. Gerade dieses relative Desinteresse der deutschen Führung an der Schweiz wirkte auf den Autor um so motivierender zu erforschen, welchen Stellenwert die Schweiz in ihrer Unwichtigkeit hatte.

Das Problem der Arbeit besteht letztlich darin, dass untersucht wird, weshalb ein bestimmtes Ereignis, die Unterwerfung der Schweiz durch das nationalsozialistische Deutschland, nicht stattgefunden hat. Zur Klärung dieses Sachverhaltes werden alle Äusserungen betrachtet, die Hinweise darauf liefern, welche Faktoren dabei ausschlaggebend waren. Gleichzeitig möchte die Arbeit auch generell zeigen, welches Bild von der Schweiz beim nationalsozialistischen Deutschland existierte; die gewonnenen Erkenntnisse könnten zu einer kritischen Eigenreflexion über das schweizerische Selbstverständnis im eigenen Lande überleiten, was letztlich Sinn und Zweck der Untersuchung ist.

3. Quellenlage

Einerseits liegt über die nationalsozialistische Zeit in Deutschland eine grosse Anzahl von Quellen vor, die den Historiker zu einer Auswahl zwingen; andererseits bestehen aber für spezielle Fragen quellenmässige Lücken, die häufig nur durch die problematische Erinnerungsliteratur der beteiligten Akteure geschlossen werden können. Grundsätzlich wurden drei Arten von Quellen verwendet:

Originaldokumente in folgenden Archiven:

- Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn
- Deutsches Bundesarchiv, Koblenz
- Deutsches Bundesarchiv, Militärarchiv, Freiburg i.Br.
- Staatsarchiv der DDR, Potsdam
- Archiv des Institutes für Zeitgeschichte, München
- Archiv des Institutes für Zeitungsforschung, Dortmund
- Institut für Zeitgeschichte der ETH, Zürich
- Schweizerisches Bundesarchiv, Bern

Gedruckte und publizierte Dokumente:

In erster Linie sind hier die «Akten zur deutschen auswärtigen Politik» zu erwähnen, die für den ganzen Zeitraum zwischen 1933 und 1945 herangezogen worden sind. Zu den behandelten Personen wie Hitler, Goebbels, Himmler usw. wurden die verfügbaren Editionen von Tagebüchern, Protokollen, Reden, Notizen, Briefen und Aufzeichnungen verwendet. Bei den Dokumenten ist zwischen wirklichen Originalprotokollen, die den Wortlaut wiedergeben, und den Aufzeichnungen zu unterscheiden, welche Äusserungen nur sinngemäss und zusammenfassend festhalten. Für den Bereich Presse wurden sämtliche Nummern des «Völkischen Beobachters» zwischen 1933 und 1940 und alle Ausgaben von «Das Reich» zwischen 1940 und 1945 berücksichtigt, während für die «Frankfurter Zeitung» nur die Jahrgänge 1933 und 1939 erfasst wurden.

Erinnerungen:

Nach dem Krieg erschien eine Fülle von Erinnerungen der Beteiligten in Deutschland. Diese Aufzeichnungen können nur sehr bedingt als Quellen verwendet werden, da sie alle deutlichen Rechtfertigungscharakter tragen, vieles verschweigen und manche Ereignisse bewusst falsch darstellen. Häufig erwies es sich jedoch als notwendig, auf gerade diese problematische Quellenart zurückzugreifen, da andere Dokumente nicht greifbar waren.

Fachliteratur wurde nur ergänzend oder dort verwendet, wo es durch mangelhafte Quellenlage zwingend war. Es entspricht dem Charakter der Untersuchung, möglichst nur Originaldokumente zu verwenden, da ausdrücklich Meinungen und Aussagen von Personen und nicht Ereignisse dargestellt werden. Hingegen konnte die Fachliteratur dem Autor manchen Hinweis verschaffen, damit der innere Zusammenhang zwischen verschiedenen Aussagen hergestellt werden konnte.

8. Die politische Führung in Staat und Partei

1. Der Führer und Reichskanzler – Adolf Hitler

Die Person Hitlers steht am Anfang der Untersuchung, da er zweifellos die entscheidende Figur im Dritten Reich darstellte. Seine Absichten können mit dem aussenpolitischen Willen Deutschlands weitgehend gleichgesetzt werden. Seiner Einschätzung der Lage, mochte seine Meinung noch so subjektiv und realitätsfern sein, kam grösste Bedeutung zu; sie wird für die vorliegende Arbeit zu einem zentralen Untersuchungsgegenstand. Betrachtet wird die Zeitspanne zwischen 1930 und 1945, weshalb Hitlers frühere Reden und Schriften, darunter «Mein Kampf»¹, ausgeklammert worden sind.

Bei den meisten überlieferten Aussagen Hitlers durch einen Zeitzeugen müssen wir die Frage nach der Authentizität aufwerfen. Da für unser Thema nur ganz wenige Originaldokumente aus Hitlers Hand existieren, die über seine Haltung gegenüber der Schweiz Auskunft geben², müssen wir uns an die durch Zweit- und Drittpersonen überlieferten Worte halten und von Fall zu Fall abwägen, wieweit nun wirklich Hitlers Meinung wiedergegeben wurde. Für die Zeit unmittelbar vor der Machtergreifung existieren die Aufzeichnungen von Otto Wagener³. Wagener war von 1929 bis 1933 in leitenden Ämtern der NSDAP tätig, darunter als «Stabchef der SA», als «Mitglied Stab des Führers zur besonderen Verfügung» und als Leiter der «Wirtschaftspolitischen Abteilung der Reichskanzlei der NSDAP». Er hatte somit engen Zugang zu Hitler in der Zeit unmittelbar vor der Machtergreifung. Nach 1933 schied Wagener aus der engeren Umgebung des Führers aus.

Die Aufzeichnungen verwenden für Hitler die direkte Rede; wir müssen jedoch davon ausgehen, dass es sich um eine nachträgliche Niederschrift aus der Erinnerung handelt und die direkte Rede ein Stilmittel darstellt. Indirekte Aussagen über die Schweiz finden sich verschiedentlich. So erklärte Hitler im Zusammenhang mit Fragen einer neuen Ostpolitik des Reiches gegenüber Wagener im Herbst 1930:

«Dieser mitteleuropäische Gedanke beschäftigt mich stark ... Wir überlassen England das Weltmeer. England überlässt uns dafür Mitteleuropa und das Ordnungschaffen im Osten»⁴.

1 *Adolf Hitler*: «Mein Kampf», 2 Bände, München 1936.

2 In diesem Zusammenhang sei auf die Affäre der gefälschten Hitlertagebücher in der Zeitschrift «Stern» im April 1983 hingewiesen: Es war nicht Hitlers Gewohnheit, seine eigentlichen Gedanken und Überlegungen schriftlich niederzulegen; die meisten seiner Äusserungen sind uns über Mitarbeiter und Ohrenzeugen überliefert. Die offiziellen Aussagen Hitlers in seinen Reden und Ansprachen spiegeln hingegen kaum seine wirklichen Gedankengänge.

3 *Henry Ashby Turner* (Hrsg.): «Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten (Otto Wagener) 1929-32», Frankfurt a.M. 1978.

4 *Turner*, S. 120.

Schon hier wird die expansive Tendenz von Hitlers Absichten erkennbar, in welche die Schweiz zwangsläufig einbezogen worden war. Konkreter wurde Hitler in einem späteren Gespräch. Damit Deutschland gegen England bestehen könne, erklärte er:

«... müssen wir mit den Ländern um uns herum wirtschaftliche Interessensgemeinschaften bilden, mit Polen, der Tschechei, Österreich, Ungarn, dem Balkan, ferner mit Dänemark und Holland, und vielleicht auch mit Belgien und Luxemburg und mit der Schweiz»⁵.

Welche Art von Interessengemeinschaft Hitler damals vorschwebte, wird aus einer anderen Passage ersichtlich:

«Die beste Lösung wäre aber immer der wirtschaftliche und später zollmässige und zuletzt währungsmässige Zusammenschluss der mitteleuropäischen Länder, wobei die Frage eines Führungsanspruchs gar nicht erörtert zu werden braucht, da in einer solchen Union derjenige, der die wirtschaftliche Führung hat, letzten Endes auch die politische Führung haben wird»⁶.

Deutschland erscheint klar als Hegemonialmacht, wenn auch nicht von einem offenen Anschluss der mitteleuropäischen Länder gesprochen wird. Scheinen Hitlers Äusserungen Wagener gegenüber noch recht harmlos, spricht eine völlig andere Haltung Hitlers aus den Aufzeichnungen von Richard Breiting⁷. Dem damaligen Chefredaktor der «Leipziger Neuesten Nachrichten» gewährte Hitler 1931 zwei Unterredungen, in denen er schonungslos offen seine Ziele darlegte, obschon man davon ausgehen könnte, Hitler habe sich zwei Jahre vor seiner Machtübernahme einem bürgerlich-konservativen Redaktor gegenüber eher zurückgehalten.

Wieso kam Hitler 1931 dazu, einen bürgerlich-konservativen Chefredaktor in seine Pläne einzuweihen? Hitler ging es darum, die Bürgerlichen für sich zu gewinnen. Er wollte eine grosse Tageszeitung wie die LNN ausserdem als Bindeglied zur Industrie, zur Finanzwelt, zur Wehrmacht und zur oberen Staatsgewalt benützen, wobei ihm dazu die Beziehungen von Dr. Otto Dietrich, dem späteren Reichspressechef, halfen. Dieser war früher Korrespondent der LNN gewesen. Können wir Breitings Angaben als wahrheitsgetreu betrachten? Calic weist ausdrücklich auf die Authentizität der Gespräche hin⁸. Kurt Humbel bemerkt allerdings, dies sei umstritten⁹. Vorsicht beim Wortlaut der Gespräche ist daher gegeben. Hitler soll bemerkt haben:

«Das nordische, germanische Element ist noch vorhanden, es ist noch nichts verloren, das Erwachen der Länder wie Holland, Flandern, Luxemburg, Schweiz, Norwegen, Schweden, Dänemark, der Deutschen im Baltikum, im Donaauraum und bis zur Wolga wird von allein geschehen»¹⁰.

5 Turner, S. 282.

6 Turner, S. 381.

7 Edouard Calic (Hrsg.): «Ohne Maske, Hitler – Breiting, Geheimgespräche 1931», Frankfurt a.M. 1968.

8 Calic, S. 9 (Einleitung).

9 Kurt Humbel: «Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz 1931-1939», Bern 1976 (Dissertation).

10 Calic, S. 79.

Konkreter wurde Hitler Breiting gegenüber an anderer Stelle:

«Der Anschluss Österreichs wird keine Schwierigkeiten machen. Ich frage mich aber, wie sich die deutschsprachige Schweiz zu dem Problem stellen wird. Sie wissen so gut wie ich, dass Zürich, Basel und Bern deutsche Städte sind. Was die Neue Zürcher Zeitung und die Basler Zeitungen schreiben, stellt nur eine vorübergehende Periode des Separatismus dar. Der Tessin spricht italienisch, das wissen wir, und wohin Lugano gehört, sagt schon sein Name. Die Franzosen erhalten Genf und Lausanne als Entschädigung für andere Verluste»¹¹.

Die Aussage ist eindeutig: Die Schweiz sollte aufgeteilt werden, wobei die deutsche Schweiz zum Reich und die italienische zu Italien hätte gelangen sollen. Wie ein mittelalterlicher Fürst verteilte Hitler hier Städte und Gebiete; erstaunlich erscheint dabei das Abtreten von Genf und Lausanne an Frankreich, denn kurz später im Gespräch hatte er die Aufteilung Frankreichs an einen baskischen, einen bretonischen und einen burgundischen Staat verkündet. Auch andere europäische Gebiete wurden von Hitler bei dieser Unterredung in aller Offenheit neu verteilt und umgestaltet. Folgen wir dieser Quelle, so stand für Hitler schon 1931 fest, dass die Schweiz früher oder später als deutsches Gebiet ans Reich fallen müsse:

«Kurz gesagt, Österreich, die Schweiz, Belgien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei müssen als Staatsgebilde verschwinden, ...»¹².

Dass Hitler von diesen Ländern keinen entscheidenden Widerstand gegen einen Anschluss ans Reich erwartete, wird in folgender Aussage deutlich:

«Unsere technische und wissenschaftliche Anwesenheit in Stockholm, Kopenhagen oder Amsterdam wird ebenso begrüsst werden wie in Wien oder Zürich und Strassburg»¹³.

Sind bezüglich der historischen Authentizität der Gespräche mit Breiting Zweifel angebracht, so gilt Ähnliches für die Aufzeichnungen von Hermann Rauschnig über seine Unterredungen mit Hitler¹⁴. Rauschnig war nationalsozialistischer Senatspräsident in Danzig bis 1934 und führte zwischen 1932 und 1934 verschiedene Gespräche mit Hitler. Seine Aufzeichnungen veröffentlichte er im Exil in New York. Betrachten wir diese als zumindest sinngemäss authentisch, so enthüllt sich uns ein Hitler, der schon vor seiner Machtübernahme entschlossen war, eine Politik der Expansion und Hegemonie zu betreiben. 1934 erklärte er gegenüber Rauschnig, das neue deutsche Grossreich würde in Europa den stählernen Kern darstellen und nebst dem eigentlichen Deutschland auch Österreich, Böhmen, Mähren und den polnischen Westen umfassen:

«Dann ein Ostbund. Polen, die baltischen Staaten, Ungarn, die Balkanstaaten, die Ukraine, das Wolgaland, Georgien. Ein Bund wohl, aber nicht gleichberechtigter Partner, wohlverstanden, ein Bund von Hilfsvölkern, ohne Heer, ohne eigene Politik, ohne eigene Wirtschaft ... Die Zeit der

11 *Calic*, S. 88.

12 *Calic*, S. 89.

13 *Calic*, S. 95.

14 *Hermann Rauschnig*: «Gespräche mit Hitler», New York/Zürich 1940.

Das Buch übte bei seinem Erscheinen 1940 eine starke Wirkung ausserhalb Deutschlands aus und wurde in der Schweiz auf deutschen Druck hin verboten. Dies kann als Indikator gewertet werden, welchen Stellenwert die deutsche Führung dem Buch zumass.

kleinen Staaten ist vorbei ... Es wird keine Neutralität mehr geben. Die Neutralen werden in die Kraftfelder der Grossen geraten. Sie werden aufgesaugt werden. All dies wird nicht auf einmal geschehen. Ich werde Schritt für Schritt vorgehen, aber mit eiserner Konsequenz»¹⁵.

Obwohl Hitler die Schweiz nicht ausdrücklich erwähnte, bestehen kaum Zweifel, dass sich auch die Eidgenossenschaft in den Status eines Hilfsvolkes hätte fügen müssen. Doch auch diese Unterordnung hätte nicht in jedem Falle genügt: Bei einem Angriff der Gegner behielt sich Hitler vor, die Schweiz und andere Staaten zu besetzen, um durch solche Faustpfänder seine strategische Position zu verbessern¹⁶.

Der deutsche Historiker Schieder verfasste zu Rauschnings Buch eine quellenkritische Untersuchung¹⁷ und kommt darin zum Schluss, die Aufzeichnungen seien kein Dokument, das wörtlich und protokollarisch festgehaltene Aussagen Hitlers festhalte. Die Schrift sei aus der Erinnerung nachträglich verfasst worden; subjektive und objektive Momente vermischten sich. Der Quellenwert des Buches sei trotzdem hoch, da es aus der unmittelbaren Einsicht des Verfassers erwachsen ist. Die dargestellten Pläne Hitlers haben sich nachträglich als mit der Wirklichkeit übereinstimmend erwiesen. Für die Zeit zwischen 1932 und 1934 sind Rauschnings Gespräche mit Hitler somit eine der wichtigsten Quellen zur Person des Diktators.

Es ist auffallend, wie sich Hitler im persönlichen Gespräch, sei dies einem Fremden oder einem Parteigenossen gegenüber, aussenpolitisch ziemlich offen und hemmungslos äusserte, während er in seinen öffentlichen Reden jahrelang den Friedenspolitiker mimte. Wirklichen Aufschluss über Hitlers Haltung gegenüber der Schweiz erhalten wir daher hauptsächlich aus Gesprächsnotizen und aus seinen zahlreichen Monologen, während die öffentlichen Erklärungen eher Propagandacharakter trugen und die wirklichen Pläne verschleierten. Trotzdem ergeben Hitlers Reden einen gewissen Informationswert für unsere Fragestellung; Max Domarus hat Hitlers Reden zwischen 1932 und 1945 gesammelt, kommentiert und herausgegeben¹⁸. Domarus war Zeitgenosse Hitlers und erlebte ihn selbst als Redner. Naturgemäss nahm der Führer nur vereinzelt auf die Schweiz Bezug, so in seiner «Friedensrede» vom 21. Mai 1935, indem er zur österreichischen Frage ausführte:

«Deutschland hat weder die Absicht, noch den Willen, sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumengen, Österreich etwa zu annektieren oder anzuschliessen. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben aber aus dem einfachen Solidaritätsgefühl gemeinsamer nationaler Herkunft den begreiflichen Wunsch, dass nicht nur fremden Völkern, sondern auch dem deutschen Volke überall das Selbstbestimmungsrecht gewährleistet wird ... Wenn zwischen Deutschland und der zu einem grossen Prozentsatz auch deutschen Schweiz solche Schwierigkeiten nicht bestehen, dann einfach deshalb, weil die Unabhängigkeit der Schweiz eine tatsächli-

15 *Rauschning*, S. 118.

16 *Rauschning*, S. 119.

17 *Theodor Schieder*: «Hermann Rauschnings 'Gespräche mit Hitler' als Geschichtsquelle», in: Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften, Vorträge G 178, Opladen 1972.

18 *Max Domarus* (Hrsg.): «Hitler – Reden und Proklamationen 1932-1945, kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen», 2 Bände, München 1965.

che ist und weil niemand zweifelt, in ihrer Regierung den wirklichen legalen Ausdruck des Volkswillens zu sehen»¹⁹.

Wie wenig man solchen Zusicherungen Hitlers glauben konnte, wissen wir aus den tatsächlichen Vorgängen: Am 13. März 1938 besetzten deutsche Truppen das Land kampflos, nachdem der Anschluss schon lange heimlich vorbereitet worden war. Interessant ist hingegen die Abgrenzung der Legitimität der schweizerischen Regierung gegenüber Österreich, welches Hitler seit jeher als Teil des Deutschen Reiches verstand. Bereits am 30. Januar 1934 hatte Hitler die Rechtmässigkeit der Schweizerregierung betont und erklärt, niemand in der Schweiz könnte sich über deutsche Einmischungsversuche beklagen²⁰.

Am 4. Februar 1936 erschoss der jugoslawische Jude David Frankfurter in Davos den Landesgruppenleiter der nationalsozialistischen Deutschen in der Schweiz, Wilhelm Gustloff. Dieser wurde darauf mit feierlichem Zeremoniell beerdigt, und Hitler machte an Gustloffs Grab folgende Äusserungen:

«So hat nun auch der Nationalsozialismus im Ausland seinen ersten bewussten Blutzeugen bekommen ... Es ist ein Ruhmesblatt für die Schweiz sowohl als auch für unsere eigenen Deutschen in der Schweiz, dass sich keiner dinge liess zu dieser Tat, so dass zum erstmal der geistige Urheber selbst²¹ zum Täter werden musste»²².

Die Zurückhaltung Hitlers in seinen Formulierungen ist vor allem dadurch zu erklären, dass zu diesem Zeitpunkt der deutsche Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland unmittelbar bevorstand und Hitler keine Krise heraufbeschwören wollte: Im März 1936 kündigte er den Vertrag von Locarno und liess überraschend deutsche Truppen im Rheinland einmarschieren. Die Affäre Gustloff brachte in der Schweiz zutage, wie weit die Unterwanderung durch deutsche Nationalsozialisten schon fortgeschritten war. Die genauen Absichten der deutschen Auslandstrategie liessen sich jedoch erst erahnen. Vertretern des Auslandsdeutschtums gegenüber hatte Hitler sich schon 1934 eindeutig geäussert:

«Sie werden an vorderster Front unserer deutschen Kampfbewegung als die Vorposten Deutschlands es uns ermöglichen, unseren Aufmarsch zu vollziehen und unsere Kampfhandlungen einzuleiten ... Sie sind Horchposten ... Sie haben unsere eigenen Vorbereitungen zum Angriff zu verschleiern. Betrachten Sie sich als im Kriege»²³.

Die Auslandsdeutschen waren im sogenannten «Gau Ausland» zusammengefasst. Rudolf Hess war der Chef des Parteiapparates der NSDAP; unter ihm befehligte Gauleiter und Staatssekretär Bohle alle Landesämter des Gaus Ausland, so auch das Landesamt IV, welches für die Schweiz zuständig war. Der Gau Ausland bestand formell seit 1. April

19 *Domarus*, Bd. I, S. 511.

20 *Domarus*, Bd. I, S. 359-360.

21 Anspielung Hitlers auf die Juden.

22 *Domarus*, Bd. I, S. 574-575.

23 *Rauschning*, S. 137.

Hitler betonte in der gleichen Ansprache, es sei wichtig, in einem Gastland zwei Vertretungen zu haben: Die eine müsse legal sein und sich immer auf ihre Loyalität berufen können, die andere könne radikal und revolutionär sein, wobei diese von den deutschen Behörden je nach Fall bewusst preisgegeben werden müsse.

1935, die Organisation der Ausland-NSDAP war schon früher durchgeführt worden. In dieser straffen Zusammenfassung der Auslandsdeutschen wurden schon zu diesem Zeitpunkt die langfristigen Anschlusspläne Deutschlands der Schweiz gegenüber sichtbar; das Terrain sollte im «Feindeslande» vorbereitet werden, um einen späteren Anschluss um so reibungsloser durchführen zu können.

Am 26. Februar 1937 empfing Hitler in der Reichskanzlei den früheren Bundesrat Schulthess²⁴ und bekannte sich in einer längeren Unterredung mit ihm zur bedingungslosen Respektierung der schweizerischen Unabhängigkeit:

«Zu jeder Zeit, komme, was da wolle, werden wir die Unverletzlichkeit und Neutralität der Schweiz respektieren. Das sage ich Ihnen mit aller Bestimmtheit. Noch nie habe ich Anlass zu einer anderen Auffassung gegeben»²⁵.

Was solche Versicherungen wert waren, wissen wir heute, doch wirkten damals die Garantien Hitlers in der Schweiz beruhigend. Im gleichen Jahr trug er der obersten Armeeführung erstmals offen seine Expansionspläne vor; im sogenannten «Hossbach-Protokoll»²⁶ hielt Oberst Hossbach fest, was Hitler am 5. November 1937 vor den versammelten Oberbefehlshabern der verschiedenen Truppengattungen und vor Aussenminister von Neurath ausführte. Bezüglich seiner Kriegsabsichten im Osten liess Hitler die bisherige Maske vollständig fallen:

«Zur Verbesserung unserer militär-politischen Lage müsse in jedem Fall einer kriegerischen Verwicklung unser erstes Ziel sein, die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen.»²⁷

Obwohl aus den Aufzeichnungen von Oberst Hossbach, die fünf Tage nach der Besprechung niedergeschrieben worden sind, keine direkten Absichten gegen die Schweiz ersichtlich werden, können wir aus anderen Worten Hitlers seine langfristigen Pläne erkennen: Am 13. September 1937 verkündete er erstmals in seiner Schlussrede vor dem Nürnberger Parteikongress das «Germanische Reich Deutscher Nation» in Anlehnung an das «Heilige Römische Reich Deutscher Nation» des Mittelalters²⁸. Diese historisch begründete Erwartung, kleine Nationen würden auch wieder im 20. Jahrhundert den Schutz eines Grossreiches suchen, kommt in einer anderen Rede Hitlers in einer Reichtagssitzung am 30. Januar 1939 zum Ausdruck:

24 Der Besuch Schulthess bei Hitler war auf Vermittlung von Aussenminister von Neuraths und Wirtschaftsminister Hjalmar Schachts zustande gekommen. Die Unterredung dauerte in Anwesenheit von Staatssekretär Lammers eine gute Stunde. Die Angaben über den Tag der Unterredung schwanken: Bonjour nennt den 23. Februar, Bourgeois den 27. und Domarus den 26. Vgl. zur Frage mit: *Bonjour*, Bd. III, S. 113 ff. und: *Bourgeois*, S. 65 ff.

25 *Domarus*, Bd. I, S. 682-82.

26 Vollständiger Wortlaut des Protokolls abgedruckt bei:

Hans Adolf Jacobsen: «1939-1945, Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten», Darmstadt 1961, S. 97 ff.

27 *Jacobsen*, S. 101.

28 *Domarus*, Bd. I, S. 732.

Die Schweiz gehörte seit dem Hochmittelalter zum Deutschen Reich und wurde erst 1648, am Ende des Dreissigjährigen Krieges, im Frieden von Münster reichsunabhängig.

«Unsere Verhältnisse zu den Staaten des Westens und des Nordens, also der Schweiz, Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und den Baltischen Staaten, sind umso erfreulicher, je mehr sich gerade in diesen Ländern die Tendenzen einer Abkehr von gewissen kriegsschwangeren Völkerbundsparagrafen zu verstärken scheinen»²⁹.

Hitler spielte damit auf die Möglichkeit an, dass die erwähnten Staaten sich vom Völkerbund abkehren und dem Deutschen Reich annähern könnten. Mitten im Krieg hatte sich Hitler jedoch von solchen Erwartungen gänzlich abgewendet. Er erklärte, die Wiederaufrichtung des alten Römischen Reiches Deutscher Nation sei unmöglich:

«Wir könnten nicht einen Staatenbund bilden, d.h. einen Staat, der aus lauter Einzelstaaten bestünde, denn bei nächster Gelegenheit würde dieses ganze Gebilde wieder auseinanderfallen. Unbedingt sei also feste Zusammenfügung notwendig»³⁰.

Wir können trotzdem nicht ausschliessen, dass Hitler auch im geplanten Grossgermanischen Reich der Schweiz eine gewisse Autonomie belassen hätte. Den in seinen Augen rassistisch genügenden Holländern sprach er nämlich eine solche Sonderstellung zu:

«..., selbstverständlich würden die Niederländer, als wertvolle Ergänzung bei dieser Konstruktion (des Grossgermanischen Reiches, Anm.) einkalkuliert ... Einordnung in das Grossgermanische Reich bedeute für Holland und Belgien keine Behandlung als Besiegte»³¹.

Als am 9. Juni 1938 der neuernannte schweizerische Gesandte Frölicher, der Nachfolger des bisherigen Gesandten Dinichert, im Reichspräsidentenpalais Hitler sein Beglaubigungsschreiben überreichte, gab dieser für die Schweiz beruhigend wirkende Erklärungen ab, nachdem der Anschluss Österreichs im März 1938 in der Schweiz den Befürchtungen hinsichtlich eines ähnlichen Schicksals Auftrieb gegeben hatte. In seinen Erinnerungen³² hält Frölicher den Moment fest:

«In der Aussprache, die der Übergabe des Beglaubigungsschreibens folgte, erörterte Hitler in klarer und zutreffender Weise die deutsch-schweizerischen Beziehungen. Er ... verlor kein Wort über den bestehenden Pressekrieg. Abschliessend erklärte er, dass Deutschland uns zu dem Erfolg der Zurückgewinnung der 'integralen' Neutralität – er brauchte diesen schweizerischen technischen Ausdruck – beglückwünsche und dieses Ergebnis nur begrüssen könne»³³.

29 *Domarus*, Bd. II, S. 1065.

30 Bundesarchiv Koblenz (BAK), Parteikanzlei der NSDAP, SN 6, Sig. 161, Aufzeichnung vom 14. Dezember 1942. Martin Bormann, der Leiter der Parteikanzlei der NSDAP, hielt diese Äusserungen Hitlers anlässlich einer Unterredung mit Mussert, dem Führer der niederländischen Nationalsozialisten, fest. Die Aufzeichnungen sind nicht im Wortlaut verfasst, sondern sinngemäss formuliert.

31 BAK, NS 6, Sig. 161, S. 9-10.

32 *Hans Frölicher*: «Meine Aufgabe in Berlin», Bern 1962 (Privatdruck).

Die Erinnerungen Frölichers tragen deutlichen Rechtfertigungscharakter. Wieweit seine Darstellung aus der Rückschau korrekt ist, wird in der Arbeit später untersucht, wenn Frölichers diplomatische Korrespondenz mit Bern dargestellt wird. Vgl. zu dieser Frage auch: *Bonjour*, Bd. IV, S. 245 ff.

33 *Frölicher*, S. 6. Für Deutschland war die Rückgewinnung der integralen Neutralität der Schweiz von Vorteil: Die Schweiz war ab sofort von der Teilnahme an Sanktionen gegen übrige Staaten entbunden, was ganz im Sinne Hitlers war.

Frölicher, der nach dem Krieg wegen seiner Unterschätzung und Verharmlosung des Nationalsozialismus unter Kritik geriet, meldete im Anschluss an seinen Antrittsbesuch bei Hitler nach Bern, dass ihm der italienische Botschafter Attolico gesagt habe, Hitler befasse sich mit dem Problem der neutralen Staaten persönlich, und deshalb sei seinen diesbezüglichen Äusserungen «umsomehr Gewicht beizulegen»³⁴. Tatsächlich wurde dann der Schweiz am 21. Juni 1938 in einer Note des Auswärtigen Amtes durch Ribbentrop die Neutralität offiziell zugesichert³⁵.

Dem früheren Gesandten Dinichert hatte im Januar 1935 der damalige Staatssekretär von Bülow noch energisch erklärt, es würde sich in Deutschland kaum eine Persönlichkeit finden, welche schweizerische Befürchtungen hinsichtlich pangermanischer Gedankengänge in Deutschland entkräften würde, da sich niemand mit einer solchen Selbstverständlichkeit, nämlich der Anerkennung der schweizerischen Neutralität, «lächerlich» machen wollte³⁶. Die gleiche Haltung nahm Aussenminister von Neurath ein, als er im Februar 1937 Dinichert gegenüber ablehnte, eine «selbstverständliche» Neutralitätsgarantie durch das Reich auszusprechen³⁷.

Schon ein Jahr später waren offensichtlich die Neutralität und Unverletzbarkeit der Schweiz keine reine Selbstverständlichkeit mehr; die Garantie Ribbentrops deutet auf einen hintergründigen Umschwung im deutsch-schweizerischen Verständnis hin.

Neun Tage vor Kriegsausbruch versammelte Hitler die militärischen Oberbefehlshaber auf dem Obersalzberg und erteilte die Direktiven für den bevorstehenden Polenfeldzug. Er wog in seiner Ansprache vom 22. August 1939 die verschiedensten Aspekte der Lage in Europa ab und bemerkte in diesem Zusammenhang:

«Es wäre nun noch die Möglichkeit der Verletzung der Neutralität von Holland, Belgien und der Schweiz. Ich habe keinen Zweifel, dass alle diese Staaten und auch Skandinavien ihre Neutralität mit allen Mitteln verteidigen werden»³⁸.

Für Hitler war die Neutralität der Schweiz insofern von Wert, als er mit keinen Problemen an Deutschlands Südgrenze rechnen musste. Dies wird durch eine Bemerkung Ribbentrops gestützt: Frölicher konnte zuhören, wie der Aussenminister an Aschmann, Chef der Presseabteilung, die Anweisung erteilte, die deutsche Presse solle das amtliche Kommuniké, welches die deutsche Neutralitätsgarantie an die Schweiz enthielt, in einer Art und Weise kommentieren, welche den Wert der schweizerischen Neutralität für Deutschland deutlich in Erscheinung treten lasse³⁹. Dass dieser Vorgang nicht reine Propaganda war,

34 Frölicher an Motta am 13. Juni 1938 in: Bundesarchiv Bern (BAB), Signatur E, 2'300, Berlin 1938.

35 Vollständiger Text der diplomatischen Note des Auswärtigen Amtes abgedruckt bei: *Bonjour*, Bd. VIII (Dokumente), S. 16-17.

36 Dinichert an Motta am 18. Januar 1935 in: BAB, Sig. E, 2'300, Berlin 1935.

37 Dinichert an Motta am 12. Februar 1937 in: BAB, Sig. E, 2'300, Berlin 1937. Neurath hatte auch erklärt, es bestünden keinerlei «dunkle Absichten» oder Pläne des Reiches.

38 *Jacobsen*. S. 117.

39 Frölicher an Motta am 21. Juni 1939 in: BAB, Sig. E, 2'300, Berlin 1938.

ersehen wir aus Hitlers Weisung Nr. 1 für die Kriegführung⁴⁰ vom 31. August 1939, mit welcher er den Befehl zum Angriff auf Polen erteilte. Abschnitt 3 enthält den Passus:

«Die von uns Holland, Belgien, Luxemburg und der Schweiz zugesicherte Neutralität ist peinlich zu achten»⁴¹.

Hitler wollte sich in diesem Zeitpunkt ausschliesslich auf Polen konzentrieren und auf keinen Fall einen Zweifrontenkrieg riskieren, enthält Weisung Nr. 1 doch das ausdrückliche Verbot, irgendeine andere Grenze als die polnische zu überschreiten. In seiner Rechtfertigungsrede vor dem Reichstag versicherte Hitler am 6. Oktober 1939, es sei das Ziel der Reichsregierung gewesen, Klarheit in die Beziehungen zwischen ihr und ihren Nachbarn zu bringen:

«6. Diese gleiche Haltung (der freundschaftlichen Beziehungen, Anm.) nimmt Deutschland der Schweiz gegenüber ein. Die Reichsregierung hat niemals auch nur im leisesten zu einem Zweifel an ihrem Wunsch zu einer loyalen Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern Anlass gegeben. Sie hat im Übrigen auch selbst niemals eine Klage über das Verhältnis zwischen beiden Ländern vorgebracht»⁴².

Rückblickend wissen wir, wie wertlos eine solche Zusicherung war. Auch Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien und Jugoslawien erhielten in der gleichen Rede die Unabhängigkeit zugesichert und wurden später von Deutschland militärisch unterworfen. Drei Tage nach seiner Rede diktierte Hitler bereits die Weisung Nr. 6 für die Kriegführung im Westen, welche den Frankreichfeldzug unter Verletzung der Neutralität Belgiens, Luxemburgs und Hollands vorbereitete. Hitlers Garantien hielten in diesem Falle ganze drei Tage.

Am 10. Mai 1940 begann die Offensive im Westen. In der Schweiz empfand man damals diesen Zeitpunkt als den kritischsten, und ein deutscher Einmarschversuch wurde täglich erwartet. Christian Vetsch weist in seiner Studie über den «Fall Gelb»⁴³ nach, dass eine tatsächliche Bedrohung der Schweiz um den 10. Mai herum gar nicht bestand, da das deutsche Oberkommando über gar keine entsprechenden Planungsunterlagen verfügte. Die Schweiz war, genau wie Frankreich, das Opfer einer grossangelegten Täuschung geworden, die eine Offensive im Süden vorgespiegelt hatte. Erst im Juni 1940 wurden im OKH konkrete Pläne zur «Operation Tannenbaum», der Besetzung der Schweiz, erstellt. Der deutsche Vorstoss gegen Frankreich erfolgte tatsächlich über die Nordflanke, eine südliche Umgehung der Maginolinie über schweizerisches Gebiet wurde von Hitler offensichtlich verworfen. Welches mochten die Gründe zu diesem Entscheid gewesen sein?

Sicher spielten Faktoren wie die Armee der Schweiz, das ungünstige Gelände und die geringe strategische Bedeutung des Landes eine Rolle, wie Vetsch in seiner Untersuchung meint⁴⁴, doch spielten bei Hitlers Entscheidung, die Schweiz nicht in den Westfeldzug

40 *Walter Hubatsch*: «Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945», Frankfurt a.M. 1962.

41 *Hubatsch*, S. 20.

42 *Domarus*. Bd. II, S. 1386.

43 *Vgl.* S. 1.

44 *Vetsch*, S. 152.

einzubeziehen, noch andere Faktoren mit, die später untersucht werden. Jedenfalls versicherte Hitler dem ehemaligen Völkerbundskommissar in Danzig, dem Schweizer Carl Jakob Burckhardt, am 11. August 1939 auf dem Obersalzberg, er werde die Schweiz im kommenden Krieg verschonen; sie habe nichts zu befürchten, er werde ihre Neutralität achten⁴⁵. Auch deutsch-schweizerische Fliegerzwischenfälle während des Westfeldzuges konnten Hitler nicht dazu veranlassen, einen Schlag gegen die Schweiz anzuordnen. Die Zwischenfälle führten zwar zu einer ernsthaften Krise, und Hitler liess in Bern durch den Gesandten Köcher eine scharfe Note überreichen; gleichzeitig ordnete Hitler an, ständig und persönlich über weitere Luftkämpfe im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet unterrichtet zu werden⁴⁶. Weitere Schritte unterblieben jedoch. Ein anderer Vorgang in dieser Kriegsphase sollte sich für die Schweiz als folgenschwer erweisen, gab er doch Hitler ein Instrument in die Hand, mit dem er das Land während Jahren unausgesprochen erpressen konnte: Auf dem französischen Bahnhof von La-Charité-sur-Loire wurde am 16. Juni 1940 von den siegreichen deutschen Truppen ein Güterwagen entdeckt, der voll mit Dokumenten des französischen Oberkommandos war. Die französischen Befehlshaber waren vom raschen Vormarsch der Wehrmacht überrascht worden und konnten die Dokumente nicht mehr beseitigen. Hitler erwähnte in seiner Rede vom 19. Juli 1940 den Fund und beschuldigte vor allem England und Frankreich, hier sei der Beweis für das «Treiben der Herren Kriegsinteressenten und Kriegsausweiter» gegeben⁴⁷. Die Dokumente gaben Auf-

45 Carl Jakob Burckhardt: «Meine Danziger Mission 1937-1939», München 1962, S. 341 ff.

46 Die ganzen Vorgänge sind dargestellt bei: *Bonjour*, Bd. IV, S. 85 ff.

47 Das Thema «La-Charité» wird in dieser Arbeit nur gestreift. Für nähere Angaben sei auf die Untersuchung von Kreis hingewiesen, welche die umfassendste und neueste Arbeit zum Thema darstellt: *Georg Kreis*: «Auf den Spuren von La Charité», Basel 1976.

Die ganze Angelegenheit wurde in der schweizerischen Öffentlichkeit erst einige Zeit nach dem Krieg publik. Nach dem Fund der Dokumente wurden sie vom deutschen Generalmajor Ulrich Liss, Chef der Abteilung Fremde Heere West im Oberkommando des Heeres, in Forges und Fontainebleau wochenlang bearbeitet und ausgewertet. Als die Angelegenheit 1961 in der Schweiz bekannt wurde und Zweifel an der Echtheit der Dokumente aufkamen, nahm Liss dazu Stellung und gab eine schriftliche Erklärung ab. Eine Abschrift davon aus dem Jahre 1961 liegt im Bundesarchiv in Bern:

Ulrich Liss: «Die Dokumente von La Charité. Eine Klarstellung.»

Liss erwähnte die Militärkonvention schon 1959 in seinen Erinnerungen:

Ulrich Liss: «Westfront 1939-1940 – Erinnerungen des Feinbearbeiters im Oberkommando des Heeres (OKH)», Neckargmünd 1959, S. 249 ff.

Bei *Bonjour* ist die ganze Angelegenheit relativ ausführlich dargestellt: *Bonjour*, Bd. V, S. 13-46.

Eine weitere Quelle zu La-Charité liegt in den Erinnerungen des schweizerischen Verbindungsoffiziers Barbey vor, der damals selbst in der Angelegenheit engagiert war:

Bernard Barbey: «Von Hauptquartier zu Hauptquartier – Mein Tagebuch als Verbindungs-offizier zur französischen Armee, 1939-1940», Frauenfeld 1967.

Nachdem Liss die Dokumente bearbeitet hatte, gab er sie an das Auswärtige Amt weiter. Zuvor orientierte er noch Generalstabschef Halder. Ungeklärt ist der weitere Verbleib der Akten: Wahrscheinlich gelangte die Dokumentensammlung in die Zuständigkeit der Abwehr unter Admiral Canaris, obwohl sich auch das Reichssicherheitshauptamt darum bemühte. Offenbar zögerte Canaris die Angelegenheit so lange hinaus, bis sie durch die weiteren Ereignisse entaktualisiert war. Später scheinen die Doku-

schluss über die militärische Planung der Franzosen und über Absprachen zwischen den Alliierten. Was die Schweiz betraf, waren vor allem die geheimen Absprachen zwischen Vertretern der schweizerischen und der französischen Armee belastend. Die generalstabsmässig vorbereitete Militärkonvention war bis ins Detail ausgearbeitet worden und regelte das Einrücken französischer Truppen in den Nordwestteil der Schweiz im Falle eines deutschen Angriffs und eines entsprechenden Hilfsgesuches der Schweiz an Frankreich. Die Konvention war mit so genauen Angaben versehen, dass auf eine grössere Zusammenarbeit der beiden Generalstäbe geschlossen werden konnte. Dieser Fund beeinträchtigte die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Neutralität gegenüber Deutschland stark und hätte Hitler ein Argument verliehen, einen allfälligen Angriff auf die Schweiz zu legitimieren. Ausserdem stellten die Dokumente eine schwere Belastung von General Guisan dar, welcher letztlich für die Absprachen verantwortlich war. Hitler verschwieg in seiner Rede jedoch die Verwicklung der Schweiz in die alliierte Planung. Wie erklären wir uns diese Zurückhaltung Hitlers, der sonst den geringsten Anlass dazu benützte, seine Gegner mit massiven Drohungen einzuschüchtern?

General Liss bezweifelte in einem Aufsatz vom Dezember 1967, dass Hitler von den schweizerisch-französischen Absprachen überhaupt wusste, was sein Schweigen erklären würde. Gegen diese Version spricht, dass massgebliche Stellen der deutschen Führung sehr genau über die Konvention orientiert waren: Der deutsche Gesandte Köcher hatte Kenntnis, das Auswärtige Amt unter Ribbentrop auch, Staatssekretär Weizsäcker war informiert, und General Liss orientierte Generalstabschef Halder am 21. Juli 1940 persönlich über die Angelegenheit, was durch dessen Tagebucheintrag belegt ist⁴⁸. Die Gründe, weshalb Hitler die Schweiz auch in dieser Hinsicht schonte, seien später diskutiert⁴⁹.

Am 25. Juni 1940 hielt Bundesrat Pilet-Golaz seine berühmte Radioansprache: «...quelle adaption difficile que la leur aux circonstances nouvelles! Il en faudra surmonter des obstacles, qu'on aurait tenus pour infranchissables il y a moins d'un an, ...»⁵⁰. Erklärt diese «Anpassung» der Schweiz an die neuen Umstände die Zurückhaltung Hitlers? Militärisch wäre die Lage für Deutschland noch nie so günstig gewesen, die Schweiz zu besetzen, wie unmittelbar nach dem Frankreichfeldzug. Später war Hitler dann voll mit dem Unternehmen «Seelöwe», der Invasion Englands, beschäftigt, was seine Aufmerksamkeit von Nebenfragen wie derjenigen der Schweiz ablenkte. Folgen wir Kreis, so verliefen die Ereignisse wie folgt:

mente bei Abwehrchef Canaris verschwunden zu sein, wobei dessen Rolle in der Angelegenheit ungeklärt bleibt.

48 Franz Halder: «Kriegstagebuch – Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabs des Heeres 1939-1942», Stuttgart 1962-64, 2 Bände, Bd. II, S. 29.

49 Bonjour vermutet, dass vor allem strategisch-weltpolitische Erwägungen Hitlers ihn in diesem Zeitpunkt davon abhielten, trotz La-Charité gegen die Schweiz vorzugehen. *Bonjour*, Bd. V, S. 24.

50 *Bonjour*, Bd. IV, S. 118.

Das Propagandaministerium Goebbels hatte ursprünglich die Publikation der belastenden Dokumente geplant, was jedoch unterblieb. Die erbeuteten Unterlagen nahmen wahrscheinlich folgenden Weg: Der deutsche Generalstab gab sie nach längerer Auswertung an das Auswärtige Amt weiter, wo sie übersetzt und bearbeitet wurden. Hitler soll anschliessend eine zusammenfassende Übersicht der Dokumente erhalten haben. 1941 wurden die Akten in französischer Sprache in Berlin publiziert. Die Veröffentlichung enthielt jedoch keine die Schweiz belastenden Teile. Auf die Frage, weshalb Deutschland die Dokumente propagandistisch nie gegen die Schweiz einsetzte, sind verschiedene Antworten möglich:

- Daniel Bourgeois vermutet, es bestehe ein Zusammenhang zwischen dem Ausbleiben der Publikation und dem bevorstehenden Abschluss des schweizerisch-deutschen Wirtschaftsabkommens vom 9. August 1940. Hitler habe ausserdem die Dokumente für den Augenblick einer Invasion der Schweiz aufbewahren wollen, um sie dann als Rechtfertigung für den Einmarsch zu benützen. Denkbar sei auch, dass Hitler die von der deutschen Seite her registrierte nazifreundliche Evolution in der Schweiz im Herbst 1940 nicht stören wollte⁵¹.
- Das Dossier Schweiz über die Dokumente von La-Charité war im Herbst 1940 noch nicht vorlagereif und zu wenig aussagekräftig, um der Öffentlichkeit gegenüber eine direkte Zusammenarbeit der Schweiz mit Frankreich nachweisen zu können.
- Deutschland wartete mit der Publikation der Dokumente so lange, bis die Angelegenheit von den Ereignissen überholt war und keinen entscheidenden Stellenwert mehr besass.
- Schweizfreundliche Nationalsozialisten in hohen Positionen, darunter Abwehrchef Canaris und SS-Brigadeführer Schellenberg, verzögerten die Vorlage der Dokumente bewusst so lange, bis sie nicht mehr aktuell waren⁵².
- Deutschland setzte das belastende Material nie ein, um dadurch die Schweiz kontinuierlich und wohllosiert erpressen zu können.
- Die Dokumente bestanden nur aus französischen Akten. Es lagen gar keine schweizerischen Unterlagen vor, welche eine entsprechende Zusammenarbeit bewiesen. Für diese Version spricht die Haltung Guisans, der am 31. Dezember 1940 schriftlich erklärte: «Je n'ai passé aucune convention militaire.» Offensichtlich fühlte sich Guisan genügend sicher, Deutschland könne der Schweiz solche Generalstabsbesprechungen gar nicht nachweisen⁵³.

Zusammenfassend lässt sich auch im Falle von La-Charité der Schluss ziehen, dass Deutschland kein Interesse hatte, aus diesen Vorgängen direktes politisches Kapital zu schlagen; wie später in der Arbeit aufgezeigt wird, war es den diplomatischen Vertretern des Reichs sogar ausdrücklich untersagt, das Thema La-Charité im Gespräch und in Verhandlungen ins Spiel zu bringen.

Je länger der Krieg dauerte, desto wichtiger wurde für Deutschland die militärische Rüstung. Hitler stellte nicht nur grosse Teile der inländischen Industrieproduktion in den

51 *Bourgeois*, S. 219.

52 Diese Behauptung wird durch die Aussage des ehemaligen deutschen Vizekonsuls Hans B. Gisevius gestützt, der als Sonderführer der Abwehr die Verbindung zu Vertretern ausländischer Geheimdienste aufrechterhalten hatte. Am 14. Mai 1947 erklärte er vor dem Divisionsgericht 6, dass die Schweiz einem Mann wie Canaris nicht genug dankbar für seine Haltung sein könne. Der Admiral habe die Dokumente bewusst von Hitler ferngehalten, um diesen nicht zu einer Kurzschlusshandlung zu verleiten (*Bonjour*, Bd. VII, S. 60).

53 *Bonjour*, Bd. V, S. 43 ff.

Guisan vermeinte nur den Abschluss eines eigentlichen Militärbündnisses mit Frankreich, was auch den Tatsachen entsprach.

Dienst des Waffenbaus, sondern forderte dasselbe vom Ausland. Am 24. Februar 1941 erklärte er in einer Rede im Münchner Hofbräuhaus:

«Für unsere Rüstung habe ich beizeiten die Kraft der deutschen Nation eingesetzt, und ich bin entschlossen, wenn notwendig, halb Europa noch dafür einzusetzen, und ich tue dies auch»⁵⁴.

Hitler war zu diesem Zeitpunkt schon mit der Vorbereitung des Ostfeldzuges beschäftigt und musste die Rüstung entsprechend beschleunigen. Hier wird bereits eine Funktion der Schweiz für das Reich erkennbar: Das Land hatte für Deutschland Industrie- und Rüstungsgüter zu liefern, und dies war nur möglich, wenn die Verbindungswege und Industrieanlagen in der Schweiz intakt blieben und nicht in einer Auseinandersetzung mit Deutschland zerstört wurden.

Mit Beginn des Russlandfeldzuges am 22. Juni 1941 konzentrierte sich das Denken Hitlers naturgemäss auf das Geschehen im Osten. Er hielt sich nun in seinem ostpreussischen Hauptquartier «Wolfsschanze» auf, von wo aus er die Operationen leitete. Aus dieser Phase des Krieges besitzen wir die Aufzeichnungen über Hitlers Tischgespräche von Oberregierungsrat Henry Picker, der Bormanns Adjutanten Heinrich Heim vom März bis Juli 1942 im Führerhauptquartier ersetzte. Picker konnte Hitlers endlose Monologe nicht direkt mitstenographieren, sondern musste sie anhand persönlicher Notizen in seiner Freizeit aus dem Gedächtnis rekonstruieren. Die ersten 36 Tischgespräche sind den Stenogrammen Heims entnommen und stehen in der direkten Rede, während Pickers eigene Aufzeichnungen in der indirekten Rede abgefasst sind⁵⁵. Am 31. Juli 1942 verliess Picker das Hauptquartier wieder, die weiteren Monologe sind wiederum von Heim aufgezeichnet worden. Zu den Tischgesprächen ist anzumerken, dass Hitler die Angewohnheit hatte, sich während des Essens und der Teerunde in endlosen und ununterbrochenen Monologen in einer assoziativen Form über die verschiedensten Themen auszulassen. Der Gesprächsgegenstand wurde dabei manchmal sprunghaft gewechselt: Völlig aus der Luft gegriffene Behauptungen wechselten mit präzisen Aussagen und weiten, weltanschaulichen Exkursen ab. Gerade der subjektive, spontane Gehalt der Äusserungen lässt interessante Rückschlüsse auf Hitlers wirkliches Denken und auf seine eigentlichen, häufig reichlich utopischen und vermessenen Absichten zu, während in seinen Reden immer der Aspekt des Propaganda- und Verschleierungseffektes zu berücksichtigen ist. Hitler erklärte einmal selbst:

«Ich sage jedem nur soviel, als er wissen muss, und das auch nur dann, wenn er es wissen muss»⁵⁶.

Am krassesten wurde dies deutlich, als Hitler Russland überfiel: Noch am Abend vor dem deutschen Angriff, also am 21. Juni 1941, war der deutsche Botschafter, Graf von Schulenburg, in Moskau völlig ahnungslos und sprach Molotow gegenüber die deutsche Loyalität aus. Erst in der Nacht auf den 22. Juni 1941 erhielt er aus Berlin die Funkanwei-

54 *Domarus*, Bd. II, S. 1668.

55 *Henry Picker*: «Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier», Stuttgart 1976.

56 *Domarus*, Bd. I, S. 744.

sung, Russland zu eröffnen, Deutschland habe «Gegenmassnahmen» ergriffen⁵⁷. Hitler liess seinen eigenen Botschafter bis zuletzt über seine Absichten im Unklaren.

Am 8. September 1941 äusserte Hitler in einem Tischgespräch:

«Wir dürfen von Europa keinen Germanen mehr nach Amerika gehenlassen. Die Norweger, Schweden, Dänen, Niederländer müssen wir alle in die Ostgebiete hereinleiten; das werden die Glieder des Reichs ... Die Schweizer werden wir allerdings nur als Gastwirte verwenden können»⁵⁸.

Diese aus heutiger Sicht eher belustigende Aussage Hitlers ist nicht eindeutig zu verstehen: Meinte er, dass den Schweizern wirklich die Funktion des Gastwirts in den neu kolonisierten Ostgebieten des Reichs zugedacht war, oder sollte die Schweiz als zukünftiges Gastgebiet innerhalb des Reiches dienen? Im Gegensatz zu den skandinavischen Ländern und Holland, die als vollwertige Reichsteile definiert wurden, dachte Hitler der Schweiz bestenfalls eine unwichtige Nebenrolle zu. Seinen Worten ist auch zu entnehmen, dass die Schweizerbevölkerung von Hitler als «germanisch» anerkannt worden ist⁵⁹.

Über die Beherrschung fremder Völker erklärte Hitler am 22. Januar 1942:

«Entscheidend ist, dass man aus der Beengtheit des Kantönligeistes herauskommt. Deshalb bin ich froh, dass wir in Norwegen und da und dort sitzen. Die Schweizer sind nichts als ein missratener Zweig unseres Volkes»⁶⁰.

Diese Formulierung lässt den Schluss zu, Hitler habe die Schweiz zwar als Teil des Germanentums verstanden, der sich aber vom Ideal weg entwickelte und somit nicht als vollwertiger Teil des zukünftigen Europas betrachtet werden konnte. In diesem Zusammenhang ärgerte sich Hitler, dass Schiller nicht die deutschen Kaiser dargestellt hatte, sondern ausgerechnet diesen «Schweizer Heckenschützen» verherrlichte⁶¹. Das zuvor in Deutschland häufig gespielte Stück Schillers über den schweizerischen Freiheitshelden Teil wurde im Sommer 1941 von Hitler persönlich verboten. Im Juni wies Martin Bormann Reichsminister Dr. Lammers an, der Führer wünsche, dass Schillers «Wilhelm Tell» nicht mehr aufgeführt und in den Schulen nicht mehr behandelt werde. Dieses Verbot stand wiederum in einem speziellen Zusammenhang: Es war die direkte Reaktion auf die Hinrichtung des Schweizlers Maurice Bavaud, der im Herbst 1938 in verschiedenen Anläufen vergeblich versucht hatte, den deutschen Diktator umzubringen⁶². Andererseits wollte Hitler Schillers Epos über eine Befreiungstat gegenüber einem Unterdrücker unterbinden, da Parallelen

⁵⁷ *Domarus*, Bd. II, S. 1734.

⁵⁸ *Picker*, S. 70.

⁵⁹ Diese Frage wird uns in der Arbeit weiterhin beschäftigen, wobei vorläufig offenbleiben soll, ob dies als Vorteil einzustufen ist.

⁶⁰ *Picker*, S. 87-88.

⁶¹ *Picker*, S. 102.

⁶² Die Figur von Maurice Bavaud war in den letzten Jahren verschiedentlich Gegenstand historischer und schriftstellerischer Darstellung. Die wohl umfassendste und detailreichste Untersuchung stammt vom

zur nationalsozialistischen Herrschaft zu offensichtlich waren. Gleichzeitig kam in diesem Vorgang sicher auch ein antischweizerischer Reflex Hitlers zum Ausdruck; die widerpenstige Schweiz, die sich gegen das «Germanische Reich Deutscher Nation» auflehnte, sollte durch das Verbot des Teil-Schauspiels zurechtgewiesen werden. Hitler sah in Bavaud einen modernen Teil und wollte die Symbolkraft dieser Figur gewaltsam unterbinden.

Weiteren Aufschluss über Hitlers Bild der Schweiz liefert uns die Aufzeichnung eines Monologes vom 7. Juni 1942:

«Schweiz: Hitler meinte: Obwohl unsere Schutzmacht, würde sie als kleinste Macht in diesem Krieg wieder nichts leisten, wenn wir unseren durch sie übermittelten Wünschen nicht durch den Hinweis auf die in unserer Hand befindlichen Kriegsgefangenen Gehör verschaffen könnten»⁶³.

Hitler spielte damit auf das von Churchill abgelehnte deutsche Angebot an, deutsche gegen englische Kriegsgefangene auszutauschen. Durch Bundesratsbeschluss vom 21. November 1939 hatte die Schweiz Deutschland, England und Frankreich ihre «Guten Dienste» als Schutzmacht⁶⁴ angeboten, was sich vor allem auf die Internierung und den Austausch von Kriegsgefangenen bezog. Hitler anerkannte diesen Status der Schweiz ausdrücklich, obwohl in seinen Worten auch eine verschwommene Drohung mitklang. Erkennbar ist hier der Stellenwert der schweizerischen Vermittlerposition zwischen den kriegführenden Mächten; selbst Hitler musste den Wert eines neutralen Vermittlers anerkennen. In der folgenden Passage wird Hitlers Bild der Schweiz erkennbar. Am 5. Juli 1942 liess er sich darüber aus, dass die schweizerische Presse falsche Moskauer Wehrmachtsberichte abdrucken würde:

«Leider werde nicht nur in England und Amerika, sondern auch in Stockholm und den Schweizer Städten das Juden-Gewäsch von der Bevölkerung bedingungslos geglaubt. Die Gründe dafür, dass die Juden mit ihrer Rabulistik so viel Glauben fänden, seien am klarsten beim Schweizer Volk erkennbar. Der eine verfolge dort Milch-Interessen, der andere Getreidepreise, der dritte Uhrengeschäfte und so weiter. Der alte Herr allein könne dabei den militärischen Geist natürlich auch nicht hochhalten. Die Folge davon sei, dass man heute in der Schweiz soldatisch so stark abgewirtschaftet habe, dass der Schweizer Offizier, der diesen Krieg richtig darstelle, seines militärischen Ranges entkleidet werde»⁶⁵.

Zürcher Historiker Urner:

Klaus Urner: «Der Schweizer Hitler-Attentäter – Drei Studien zum Widerstand und seinen Grenzreichen», Frauenfeld 1980.

Hitlers Äusserungen über Bavaud sind meist ungenau, wenn nicht falsch. Verschiedentlich behauptete Hitler, er sei nur mit knapper Not einem Attentat des Schweizers entgangen, was nicht den Tatsachen entsprach (Urner, S. 296 ff.). Zum Thema Bavaud:

Peter Hoffmann: «Maurice Bavauds attempt to assassinate Hitler in 1938», London 1975.

Rolf Hochhut: «Teil 38», Reinbek 1977.

Niklaus Meienberg: «Es ist kalt in Brandenburg», Zürich 1980.

Zum Thema des Teilverbotes in Deutschland:

Georg Ruppelt: «Die Ausschaltung des Wilhelm Teil. Dokumente zum Verbot des Schauspiels in Deutschland 1941», in: Jahrbuch der deutschen Schillergesellschaft, 20. Jahrgang, Tübingen 1976, S. 402-419.

63 *Picker*, S. 364.

64 Über die völkerrechtliche Definition und die faktische Anwendung des schweizerischen Schutzmandates im Zweiten Weltkrieg vgl.: *Bonjour*, Bd. VI, S. 134 ff.

65 *Picker*, S. 420.

Hitler spielte mit dieser letzten Bemerkung auf den Fall des schweizerischen Obersten Gustav Däniker an, der im Mai 1941 eine deutschfreundliche Denkschrift⁶⁶ verfasste, welche ein einseitiges Verschulden der Schweiz für das gespannte Verhältnis zu Deutschland konstruierte, und danach disziplinarisch bestraft worden ist⁶⁷. Die schweizerische Wehrfähigkeit scheint von Hitler als nicht allzu hoch eingeschätzt worden zu sein. Eine nationale Einheit konnte er nicht feststellen, sondern er sah die Schweiz aufgeteilt in egoistische Privat- und Eigeninteressen im wirtschaftlichen Bereich. Picker merkte zu diesen Ausführungen Hitlers Erstaunliches an, was die deutsche Haltung der Schweiz gegenüber betraf:

«Als am 17. Juni 1940 das deutsche Panzerkorps des Generals Guderian bei Pontarlier die Schweizergrenze erreichte, verbot Hitler mit Nachdruck jede Invasion der Schweiz. Uns im FHQ sagte er zu dem Problem 'Schweiz', dass dieses Land als Schutzmacht und als internationaler Knotenpunkt für diplomatische Aktivitäten, Spionage, Devisen-Geschäfte und die Lieferung von Mangelwaren (z.B. an Rüstungsgütern und Rüstungsrohstoffen) unvergleichlich wertvoller sei denn als Satellit»⁶⁸.

Generaloberst Guderian bestätigt in seinen Erinnerungen die Aussage Pickers indirekt, indem er nirgends etwas von einem geplanten Angriff gegen die Schweiz erwähnt, sondern im Gegenteil schildert, wie er überraschend schnell die Schweizergrenze erreicht habe und dann, am 17. Juni 1940, nach einem Besuch an der Grenze nordwärts Richtung Beifort abdrehte⁶⁹. Die Bedeutung dieser Anmerkung Pickers kann für unsere Untersuchung nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es wird sich zeigen, wieweit die Aussagen Hitlers durch andere Quellen gestützt werden; hier liegen jedoch bereits die wichtigsten Stichworte vor, welche den Stellenwert der Schweiz im deutschen Kalkül aufzeigen. Nicht militärische Erwägungen standen dabei im Vordergrund, sondern politisch-wirtschaftliche Interessen.

Eine weitere Sammlung von Führerworten besitzen wir in den bereits erwähnten Aufzeichnungen von Heinrich Heim in der Edition «Monologe im Führerhauptquartier»⁷⁰. Heim war Adjutant von Bormann und wurde von diesem angeregt, sich während Hitlers Exkursen Notizen zu machen, um die Gedanken des Führers der Nachwelt möglichst wortgetreu weitergeben zu können. Heims Aufzeichnungen sind umfangreicher als diejenigen von Picker und auch zeitlich weiter gefasst, da sie die Periode zwischen 1941 und 1944 abdecken. Heim hatte zur gemeinsamen Mittagstafel und zur nächtlichen Teerunde

66 Oberst i. Gst. *Gustav Däniker* verfasste die Denkschrift als Kommandant der Schiess-Schule in Walenstadt am 15. Mai 1941 unter dem Titel «Über Feststellungen und Eindrücke anlässlich eines Aufenthaltes in Deutschland». Eine Abschrift des Originals befindet sich im Besitz des Verfassers dieser Arbeit.

67 *Bonjour*, Bd. IV, S. 408-423.

68 *Picker*, S. 420 (Anmerkung).

69 *Heinz Guderian*: «Erinnerungen eines Soldaten», Heidelberg 1951, S. 118.

Guderian war einer der wichtigsten Befürworter und Schöpfer der deutschen Panzertruppe und hätte in dieser Phase des Krieges keinen Augenblick gezögert, einen Befehl Hitlers, die Schweiz anzugreifen, in die Tat umzusetzen.

70 *Werner Jochmann* (Hrsg.): «Adolf Hitler – Monologe im Führerhauptquartier, 1941-1944 – Die Aufzeichnungen von Heinrich Heim», Hamburg 1980.

Zutritt und konnte so im Kreise der engsten Mitarbeiter Hitlers politische und vertrauliche Gespräche mitverfolgen.

Am 20. August 1941 äusserte Hitler:

«Wenn man dem deutschen Volke etwas Gutes wünschen will, dann wäre es, alle fünfzehn bis zwanzig Jahre einen Krieg zu haben. Eine Wehrmacht, deren einziges Ziel es ist, den Frieden zu erhalten, führt zu einem Soldat-Spielen – man betrachte nur Schweden oder die Schweiz –, oder sie wird eine Gefahr im Sinne revolutionärer Einstellung»⁷¹.

Ehe Schweiz kam in den Monologen Hitlers meist nur am Rande und dann in einem abwertenden, eher negativen Zusammenhang zur Sprache. Sie diente als Beispiel, wie sich ein Land im nationalsozialistischen Sinne nicht entwickeln sollte. Potentielle Absichten, sich in die inneren Angelegenheiten der Schweiz einzumischen, werden in einem Exkurs über die Judenfrage vom 27. Januar 1942 sichtbar. Sieben Tage nach der berühmten «Wannsee-Konferenz», an welcher die Massenvernichtung der Juden endgültig beschlossen wurde, erklärte Hitler:

«Der Jude muss aus Europa hinaus! Am besten, sie gehen nach Russland. Ich habe kein Mitleid mit den Juden. Sie werden immer ein Element bleiben, das die Völker gegeneinander hetzt. Sie machen es im Völkerleben genauso wie im privaten Dasein. Aus der Schweiz und aus Schweden müssen sie herausgenommen werden. Dort, wo sie wenige sind, sind sie am gefährlichsten»⁷².

Wie sich dies Hitler vorstellte, können wir nur vermuten. Dachte er vor allem an politischen Druck, oder können wir aus dieser Aussage eine konkrete Absicht herauslesen, die Frage der Schweiz nach Beendigung des Ostfeldzuges militärisch zu lösen? Die Schweiz verschärfte jedenfalls im Jahre 1942 ihre Flüchtlingspolitik entscheidend, was sich für manchen Ausländer, allen voran für die Juden, fatal, wenn nicht tödlich auswirkte⁷³. Die geographische Begrenztheit und die politisch geringe Bedeutung der Schweiz reizten Hitler immer wieder zu entsprechenden Kommentaren, wie z.B. am 22. Februar 1942:

«Was ein Talent ist, kann sich in einem Land wie Österreich oder Sachsen, Dänemark oder der Schweiz nicht entfalten: Die Basis ist zu klein. Deshalb bin ich froh, dass die germanischen Völker jetzt die Möglichkeiten wiedergewinnen, welche mit der Weite des Raums gegeben sind»⁷⁴.

Damit waren territoriale Entfaltungsmöglichkeiten des «germanischen» Schweizervolkes im Osten angedeutet. Offenbar dachte Hitler an die Möglichkeit einer Besiedlung der eroberten Ostgebiete u.a. durch Schweizer, sobald der «Endsieg» über die Sowjetunion errungen sei.

71 Heim, S. 58.

72 Heim, S. 241.

73 Zu dieser Frage: *Bonjour*, Bd. VI, S. 22 ff. und:

Alfred A. Häslar: «Das Boot ist voll – Die Schweiz und die Flüchtlinge, 1933-1945», Zürich 1967.

74 Heim, S. 290.

Eher erheiternd wirkt auf uns heute Hitlers Bemerkung vom 5. August 1942:

«Ich bin 1923 einmal in die Schweiz gekommen, habe in Zürich gegessen und war vollständig perplex über die Fülle der Gerichte. Was hat so ein kleiner Staat für eine Ideologie des Lebens?»^{75?}

Hitler verschwiegen den Grund seiner Reise nach Zürich im Jahre 1923: Er reiste in die Schweiz, um finanzielle Unterstützung bei schweizerischen Geldgebern zu erhalten. Hitler traf übrigens damals mit Rudolf Hess zusammen, der an der ETH studierte, und wurde mit ihm zusammen in die Villa «Schönberg» der Familie Wille zum Mittagessen eingeladen. Gemäss deutschen Angaben soll es Hitler gelungen sein, insgesamt sFr. 30'000.– aufzubringen, die von Industriellen und Privatpersonen stammten. Das Geld diente der direkten Finanzierung des Münchner Putsches vom 9. November 1923, und Hitler benützte bei seinem Besuch die Gelegenheit, unter seinen schweizerischen Geldgebern für seine Bewegung zu werben⁷⁶. Eine aufschlussreiche Bemerkung machte Hitler im gleichen Monolog:

«In der Ostmark haben wir so wunderbare Alpengebiete bekommen, dass kein Mensch mehr nach der Schweiz zu gehen braucht, bis sie zu Kreuz gekrochen ist und das Joch des Dritten Reiches auf sich genommen hat.

Zu Dr. Dietrich (Reichspressechef, Anm.): Die Schweiz ist jetzt eigentlich etwas kleinlaut geworden? Sie sind nicht mehr so gemein wie früher! Den Höhepunkt der Gemeinheit haben sie erreicht, als wir die Auseinandersetzung mit Jugoslawien hatten. Sie glaubten, jetzt ist es aus, da trat ihr Inneres heraus. Ländle-Stehler! Haben sie sie unseren Posten zugerufen»⁷⁷.

Zur Zeit des deutschen Überfalls auf Jugoslawien erreichte in Wirklichkeit die deutsche Pressehetze gegen die Schweiz einen Höhepunkt; Hitler kehrte die Tatsachen ins Gegenteil. Die Bemerkung über das «Joch» des Dritten Reiches kann nur als Zynismus verstanden werden; hingegen weist Hitlers Bemerkung, die Schweiz werde von selbst «zu Kreuze kriechen», auf seine Erwartung hin, das Land müsse gar nicht militärisch erobert werden, sondern der Anschluss ergebe sich mit der Zeit von selbst, sei der Krieg einmal erfolgreich abgeschlossen. Unterschiedlich kann der Ausfall Hitlers gegen die Schweiz am 26. August 1942 gewertet werden:

«Ein Staat wie die Schweiz, der nichts anderes ist wie eine Eiterbeule an Europa, so etwas kann man nicht einfach gehenlassen! ... Ein Lausestaat wie Schweden, der muss weggefegt werden wie 1848 die Dänen. Aber wir dürfen auch nicht zuviel machen, sonst legen sich unsere Nachkommen ins Bett und fangen an zu schlafen»⁷⁸.

75 Heim, S. 327.

76 Willi Gautschi: «Hitlers Besuch in Zürich 1923», Separatdruck aus der NZZ vom 29. Dezember 1978, Nr. 302.

77 Heim, S. 327. Als nach dem deutschen Überfall auf Jugoslawien im April 1941 in der schweizerischen Presse, insbesondere in der National-Zeitung, in der Thurgauer Zeitung und in den sozialdemokratischen Blättern, scharfer Protest gegen die Vorgänge auf dem Balkan erschienen, liess Hitler über seinen Gesandten in Bern am 9. April seinerseits schriftlich Protest gegen die schweizerischen Pressekommentare bei Pilet-Golaz vorbringen. Zu dieser Frage vgl. :

Georg Kreis: «Zensur und Selbstzensur – Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg», Frauenfeld 1973, S. 273-74.

78 Heim, S. 366.

Gerade dieser verbale Kraftakt weist uns auf die begrenzten Möglichkeiten des Reichs im Sommer 1942 hin: Aus Hitlers Worten spricht bereits eine gewisse Resignation, wenn nicht Hilflosigkeit. Verstrickt in die steigenden militärischen Schwierigkeiten im Osten gegen die Rote Armee und in die Verzettelung der deutschen Kräfte über ganz Europa bis nach Nordafrika, konnte es sich Deutschland nicht mehr leisten, eine «Eiterbeule» wie die Schweiz oder einen «Lausestaat» wie Schweden einfach hinwegzulegen. Hitler musste bereits zur vulgärdarwinistischen Vorstellung Zuflucht nehmen, nur der andauernde Kampf mit ungelösten Problemen würde Deutschland stark und unbesiegbar erhalten. Eine für die Schweiz bedeutsame Eintragung in sein Tagebuch machte Goebbels am 8. Mai 1943, in welcher wir erfahren, was Hitler mit der Schweiz nach dem Sieg im Osten vorhatte:

«Aus alledem aber hat der Führer die Konsequenzen gezogen, dass das Kleinstaatengertümpel, das heute noch in Europa vorhanden ist, so schnell wie möglich liquidiert werden muss. Es muss das Ziel unseres Kampfes bleiben, ein einheitliches Europa zu schaffen ... Der Führer verteidigt in diesem Zusammenhang die Politik Karls des Grossen. Auch seine Methoden sind richtig gewesen. Es ist gänzlich falsch, ihn als Sachsenschlächter anzugreifen. Wer gibt dem Führer die Garantie, dass er später nicht etwa einmal als Schweizerschlächter angeprangert wird?»⁷⁹.

Diese eindeutigen Aussagen erfolgten zu einem Zeitpunkt, als das Reich militärisch schon stark angespannt und in der Defensive war und keine Reserven für einen Feldzug gegen die Schweiz und andere Kleinstaaten mehr freihatte. Es ist nicht zu bezweifeln, dass Hitler die Schweiz als eigenständigen Staat liquidiert hätte. Die militärische Kraft der Sowjetunion wurde zu einem von vielen Faktoren, denen die Schweiz das Überleben im Zweiten Weltkrieg verdankte.

Für die Schweiz nicht ungefährlich war die Erwartung Hitlers, dass sich auch die bisher neutralen Länder am Kampf an der Ostfront beteiligen werden. In den SS-Kampfverbänden wurden «germanische» Ausländer aus Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Belgien und der Schweiz zusammengefasst, später ergänzte man diese Truppenbestände sogar mit «fremdrassigen» Soldaten⁸⁰. Nebst dieser zahlenmässig unbedeutenden Mitwirkung von europäischen Freiwilligen im Kampf Deutschlands gegen die Sowjetunion erwartete Hitler von den nichtkriegführenden Staaten allen Ernstes die Mitwirkung in diesem Ringen, das nach ihm die endgültige Auseinandersetzung des kultivierten Europas mit dem barbarischen Osten darstellte, in dem es kein Abseitsstehen gab. Dass Hitler jedoch über keine Machtmittel mehr verfügte, die Neutralen in diesen Kampf zu zwingen, ersehen wir aus einer Rundfunkrede, die er am 30. Januar 1944 in seinem Hauptquartier «Wolfsschanze» an das deutsche Volk hielt und erklärte, es seien 1933 verschiedene grosse Aufgaben zu lösen gewesen, die alle der Rettung Europas vor dem «Bolschewistischen Koloss»⁸¹ gedient hätten:

«Um überhaupt mit Aussicht auf Erfolg seinen Bestand in Europa wahren zu können, war die Zusammenfassung aller jener Länder notwendig, die von Deutschen bewohnt oder seit über ei-

79 Louis P. Lochner (Hrsg.): «Goebbels: Tagebücher 1942-43», Zürich 1948, S. 325.

80 Vgl. mit Kapitel C. 1. über Himmler und die SS.

81 Propagandaausdruck für die UdSSR, *Domarus*, Bd. II, S. 2082.

dem Jahrtausend zum Deutschen Reich gehörigen Räume darstellten, die volklich und wirtschaftlich für die Erhaltung des Reiches, das heisst für seine politisch-militärische Verteidigung unentbehrlich sind»⁸².

Es ist anzunehmen, dass Hitler die Schweiz, welche jahrhundertlang zum mittelalterlichen Kaiserreich gehörte, auch zu diesem Kreis rechnete. Während andere Staaten tatsächlich von Hitler im neuen Reich «zusammengefasst» worden sind, traf dies für die Schweiz nur sehr bedingt zu; 1944 hatte Deutschland keine Möglichkeiten mehr, das Land in den beginnenden Endkampf in Europa zu zwingen; entsprechende Erwartungen verblieben auf der verbalen Ebene der Durchhalterhetorik.

Über Hitlers Unterredungen mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten existieren die Aufzeichnungen von seinem Chefdolmetscher Paul Otto Schmidt⁸³. Die Notizen sind erst nachträglich aufgrund von Stenogrammen und aus der Erinnerung niedergeschrieben worden und können somit nur eingeschränkt als Originalquelle betrachtet werden. Andererseits liefern sie uns unersetzliche Informationen, die nicht übergangen werden können. Am 18. Juni 1940, vier Tage vor der französischen Kapitulation, empfing Hitler Mussolini in München. Die beiden Diktatoren besprachen die Ergebnisse des Sieges und streiften dabei auch die Frage der Schweiz:

«Auch die Schweiz würde durch einen Gürtel besetzten Gebietes von Frankreich völlig abgeschnitten werden und würde sich dann zu einer entgegenkommenderen Haltung in der Transitfrage sowie ganz allgemein auch in ihrer politischen Einstellung und ihrer Presse bequemen müssen»⁸⁴.

Der politische Druck auf die Schweiz wurde angesichts des Erfolges der Achsenmächte verstärkt, wenn auch nirgends von einer geplanten Annexion die Rede war. Das Stichwort «Transitfrage» verweist uns auf die Bedeutung, welche die Schweiz in dieser Hinsicht hatte, während die politische Anpassung nur allgemein gefordert wurde und konkrete Massnahmen ausblieben. Aus einer Unterredung Hitlers mit dem italienischen Botschafter Alfieri am 1. Juli 1940 im Führerhauptquartier können wir ersehen, dass sich Hitler gegenüber der Schweiz auch in der Frage von La-Charité eher zurückhielt. Er informierte Alfieri, dass der Fund höchst Brisantes über die alliierte Planung enthalte, verschwieg jedoch die militärischen Vereinbarungen zwischen Frankreich und der Schweiz. Die Frage stellt sich, weshalb Hitler die Gelegenheit nicht benützte, die Schweiz bei seinem Bündnispartner blosszustellen. Im gleichen Gespräch tat er dies nämlich in Bezug auf Rumänien und Griechenland. Wollte er die Schweiz schonen, um wichtigere Interessen nicht zu gefährden⁸⁵? Solche werden in einer Äusserung des italienischen Aussenhandelsministers Riccardi während seines Besuches bei Hitler am 14. Oktober 1940 sichtbar:

82 *Domarus*, Bd. II, S. 285.

83 *Andreas Hillgruber* (Hrsg.): «Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler – Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1939-1944», Frankfurt a.M. 1967, 2 Bände.

84 *Hillgruber*, Bd. I, S. 141.

85 Bedeutsam für diese Frage erweist sich der Gegensatz zwischen dem deutschen und dem italienischen Standpunkt bezüglich der Zukunft der Schweiz: Ein Geheimbericht des italienischen Gesandten in Bern, Attilio Tamaro, vom 18. Juni 1940 nach Rom wirft ein interessantes Licht auf die Situation am

«Riccardi betont hier, wie sehr man in Italien für die Kohlenlieferungen dankbar sei, besonders da man für die Leistungen, die mit diesen Lieferungen verbunden sind, die grösste Achtung habe ... das Gebiet Deutschlands sei jetzt so ausgeweitet, dass gerade die Transportfrage wohl eines der Hauptprobleme sei»⁸⁶.

Damit sind u.a. auch die Transitlieferungen von Kohle durch die Schweiz gemeint, zu denen der deutsche Diplomat Hemmen gegenüber den schweizerischen Wirtschaftsdelegierten 1940 bemerkte:

«Es wäre das Ende der Schweiz, wenn mit dem Kohlentransport durch Ihr Land etwas geschehen würde»⁸⁷.

Den Transitlieferungen durch die Schweiz massen die deutsche und die italienische Führung grosse Bedeutung zu, wussten doch Hitler und Mussolini genau, wie verwundbar die Alpenlinien waren und wie schnell die Transportwege im Kriegsfall hätten zerstört werden können. Als die beiden Führer der Achsenmächte am 28. Oktober 1940 in Florenz zusammen trafen, informierte Hitler den Duce über seine Unterredung mit Marschall Pétain und kam auf die Rolle der Schweiz bezüglich der französischen Kriegsgefangenen zu sprechen. Pétain forderte von Hitler die Rückführung der in der Schweiz internierten Franzosen; Hitler war dieser Bitte nicht abgeneigt und erklärte, Deutschland habe kein Interesse, dass Frankreich grosse Summen für die Internierten an die Schweiz zahle⁸⁸. Am Stichtag 1. August 1940 befanden sich 29'507 internierte Franzosen in der Schweiz, wovon später grosse Teile wieder nach Frankreich geschafft wurden⁸⁹. Hitler respektierte zwar die Schutzmachtfunktion der Schweiz in dieser Frage, wollte aber verhindern, dass die Franzosen dauernd in der Schweiz interniert waren, denn dies hätte seinen Absichten zur Schaffung eines europäischen Kontinentalblocks widersprochen, auf welchen er seit dem Schei-

Ende des Westfeldzuges der Achsenmächte. Tamaro zufolge hatte Köcher ihm einen Tag zuvor erklärt, in Deutschland herrsche die Ansicht vor, Mussolini sei einer Teilung der Schweiz zwischen den beiden Siegermächten abgeneigt, weshalb die Schweiz zu diesem Zeitpunkt nicht «liquidiert» werden könne. Umgekehrt gab Köcher seinem italienischen Kollegen zu verstehen, dass Deutschland nebst den deutschsprachigen Landesteilen auch noch andere Teile auf die Seite des Reiches zu schlagen gedenke, was bedeutete, dass sich Italien mit dem Tessin hätte begnügen müssen. Italienische irredentistische Kreise hatten die «Alpenmittelkette» (Tessin, Graubünden, Wallis) als Grenzlinie zu Deutschland propagiert, während Mussolini selbst in seiner Kriegseintrittsrede vom 10. Juni 1940 erklärte, die Schweiz werde nicht in den Krieg einbezogen. Italien konnte nur eine Grenzziehung in der Schweiz befürworten, welche den beiden Achsenpartnern eine gleich starke Position sicherte. In der Praxis befürwortete Italien jedoch eine unabhängige Schweiz als Puffergebiet zwischen dem Reich und sich selbst. Der deutsch-italienische Gegensatz in der Frage der Schweiz wirkte sich für das Überleben des Landes günstig aus. Der ganze Sachverhalt ist dargestellt in:

Edgar R. Rosen: «Italien, Deutschland und die Schweiz im Sommer 1940», in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, 19. Jahrgang, 1969, S. 661-665.

Zum Verhältnis Schweiz-Italien vgl. auch: *Bonjour*, Bd. IV, S. 277 ff.

Zur Frage eines Anschlusses des Tessins an das faschistische Italien: *Kurt Huber*: «Drohte dem Tessin Gefahr?», Aarau 1954.

86 *Hillgruber*, Bd. I, S. 248.

87 *Bonjour*, Bd. VI, S. 213.

88 *Hillgruber*, Bd. I, S. 283.

89 *Bonjour*, Bd. VI, S. 47 und 57.

tern der Invasion Englands hinarbeitete. Dieser Block hätte unter deutscher Führung alle europäischen Länder einschliesslich Spaniens und Vichy-Frankreichs umfassen sollen⁹⁰. Dass auch die Schweiz in diese Blockpolitik einbezogen war, ist zu vermuten, erklärte doch Hitler am 16. August 1940 gegenüber dem norwegischen Faschistenführer der «Nasjonal Sämling», Vidkun Quisling:

«Ihn interessiere lediglich Nord-Europa; Süd-Europa dagegen gar nicht. Die Mittelmeerländer seien immer der Volkstod der Germanen gewesen»⁹¹.

Die Frage erhebt sich, ob Hitler die Schweiz gemäss seiner Aussage zum Norden oder zum Süden Europas zählte. Einmal mehr erscheint die Schweiz in einer Position, die in Hitlers Konzept nirgends erkennbar integriert war. In einer Unterredung mit dem schwedischen Forscher Sven Hedin am 5. Dezember 1940 deutete Hitler die Rolle der Schweiz im zukünftigen Europa etwas klarer an:

«Fortfahrend erklärte der Führer, dass er über den Krieg hinausdenke. Er sähe vor sich die ungeheure Masse des russischen Volkes auf der einen Seite und auf der anderen das Deutsche Reich, welches mit den Niederdeutschen (Niederländer und Flamen, Anm.) zusammen bald einen Block von 100 Millionen bilde; dazu die Staaten, welche wirtschaftlich mit Deutschland mitgehen müssen»⁹².

Dazu gehörte wahrscheinlich auch die Schweiz, die in diesem Gespräch ausdrücklich nicht als Teil des Deutschen Reiches definiert wurde. Der Schluss drängt sich auf, dass Hitler im besten Falle für die Schweiz die Rolle eines wirtschaftlichen Vasallen des Reiches vorgesehen hatte, obwohl er am 23. Mai 1941 dem amerikanischen Diplomaten Cudahy, der sich nach dem Schicksal der kleinen Länder in Europa erkundigt hatte, erklärte, es sei das Ziel seiner Politik, seinen Nachbarn den Frieden, die Prosperität und das Glück zu sichern, und Deutschland habe an Sklaven nicht das geringste Interesse⁹³. Solche Äusserungen Hitlers müssen wir als reine Propaganda qualifizieren, sie haben keinen realen Aussagewert. Sehr aufschlussreich für die Schweiz ist hingegen die Unterredung zwischen Hitler und Mussolini auf dem Brenner am 2. Juni 1941, in welcher sich Hitler zu einem eigentlichen Ausbruch hinreissen liess:

«Die Schweiz bezeichnete der Führer als das widerwärtigste und erbärmlichste Volk und Staategebilde. Die Schweizer seien Todfeinde des neuen Deutschlands und erklärten bezeichnenderweise, dass, wenn keine Wunder geschähen, die 'Schwaben' am Ende den Krieg doch noch gewinnen würden. Sie seien offen gegen das Reich eingestellt, weil sie durch die Trennung von der Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes gehofft hatten, besser zu fahren – was ja auch über weite Zeiträume der Fall gewesen wäre –, nunmehr jedoch im Lichte der neuesten Entwicklung einsähen, dass ihre Rechnung falsch gewesen sei. Ihre Einstellung sei gewissermassen durch den Hass der Renegaten bestimmt. Auf eine Frage des Duce, was für eine Zukunft die Schweiz, die doch ein Anachronismus sei, denn überhaupt noch habe, erwiderte der Reichsaussenminister lächelnd, dass sich der Duce darüber mit dem Führer unterhalten müsse. Der Duce bemerkte, dass

90 *Hillgruber*, Bd. I, S. 216.

91 *Hillgruber*, Bd. I, S. 196.

92 *Hillgruber*, Bd. I, S. 393.

93 *Hillgruber*, Bd. I, S. 558.

in der Schweiz nur die französischen Schweizer zu Frankreich hielten, während die italienischen gegen Italien und die deutschen gegen Deutschland eingestellt seien»⁹⁴.

Leider halten die Gesprächsnotizen Schmidts keine Antwort Hitlers auf Mussolinis Frage nach der Zukunft fest; ob Hitler dem Duce seine Pläne in dieser Frage darlegte, muss offenbleiben. Hitler führte diese verbale Attacke drei Wochen vor dem Angriff auf die Sowjetunion, und es ist nicht anzunehmen, dass er sich zu diesem Zeitpunkt intensiv mit der Frage der Schweiz beschäftigte. Wie erklären wir uns deshalb die Heftigkeit Hitlers der Schweiz gegenüber? Eine Möglichkeit liegt sicher in lange angestauten Ressentiments, welche sich nun entluden, wie Urner vermutet⁹⁵. Wieweit für Hitler in der Schweiz die Symbolik Wilhelm Teils weiterverkörpert war und diese ihn zu seiner Haltung bewog, sei hier offengelassen. Entscheidender scheint dem Autor die Tatsache, dass Hitler Mussolini auf dem Brenner den bevorstehenden Angriff auf Russland verschwieg und deshalb von anderen Themen reden musste⁹⁶. Als die deutschen Truppen schon tief in Russland standen, erhob sich Hitler zum Vorkämpfer eines freien Europas und erklärte dem dänischen Aussenminister Scavenius am 27. November 1941 im Zusammenhang mit dem Antikominternpakt, der unter deutscher Führung ein europäisches Gegengewicht zum Bolschewismus hätte darstellen sollen:

«Hätte Deutschland sich nicht wieder erholt und zu diesem gewaltigen Kampf vorbereitet, so wären diese bolschewistisch-asiatischen Horden wie eine Welle über Europa hinweggefegt und hätten auch nicht vor der Schweizer Demokratie haltgemacht»⁹⁷.

Diese Aussage Hitlers legitimierte die Schweiz aus deutscher Sicht eindeutig, wenn sich Hitler auch verschiedentlich ungehalten zeigte, dass die Schweiz im Kampf gegen Russland abseits stand und nicht bereit war, Freikorps zur Verfügung zu stellen. Als die Kriegslage für das Reich schon recht prekär war, erklärte Hitler dem rumänischen Marschall Antonescu am 24. März 1944 zur Haltung der europäischen Staaten in der momentanen Lage:

«Die Schweiz wolle ebenfalls neutral bleiben und möchte ihre Existenz gesichert sehen»⁹⁸.

In der Untersuchung der Haltung Hitlers gegenüber der Schweiz besteht das Problem, dass Äusserungen von ihm nicht kontinuierlich und systematisch fassbar sind. Wir sind auf verstreute und unzusammenhängende Aussagen angewiesen, und nur gewisse Gesprächs-

94 *Hillgruber*, Bd. I, S. 573.

95 *Urner*, S. 298 ff.

96 Nach einer Aufzeichnung des italienischen Ministers Giuseppe Gorla über eine Kabinettsitzung vom 5. Juli 1941 hatte Hitler Mussolini beim gleichen Treffen auf dem Brenner erklärt, die Schweizer Frage treibe rasch einer endgültigen Bereinigung zu. Auch der italienische* König Viktor Emanuel III. befürwortete grundsätzlich eine Lösung des «Problèmes Schweiz», wie er sich Gorla gegenüber ausdrückte. Verschiedene andere Äusserungen des Königs lassen ebenfalls den Schluss zu, er habe ein militärisches Vorgehen Italiens gegen die Schweiz befürwortet. Zu diesem Sachverhalt vgl. mit: *Edgar R. Rosen*: «Viktor Emanuel III. und die Schweiz während des Zweiten Weltkrieges», in: *SZG*, 10. Jahrgang, 1960, S. 533-549.

97 *Hillgruber*, Bd. I, S. 656.

98 *Hillgruber*, Bd. II, S. 404.

notizen geben inhaltlich relevante Informationen her. Dies hängt auch mit der verhältnismässigen Unwichtigkeit der Schweiz in Hitlers strategisch-politischem Denken zusammen, denn stets waren andere Probleme drängender und mehr im Vordergrund. So ist es auch zu erklären, dass die Schweiz in den Protokollfragmenten von Hitlers Lagebesprechungen nirgends Gegenstand ausführlicher Besprechungen ist. Das Kriegstagebuch von Generalstabschef Halder bestätigt dieses Bild; die Schweiz ist eher selten das Objekt der Aufzeichnungen und erscheint meist nur als Randproblem in einem Nebensatz.

Eine weitere Quelle zu Hitler liegt in den Erinnerungen seines Architekten Hermann Giesler vor¹⁰⁰. In einem Gespräch mit Giesler in der Reichskanzlei am 22. März 1939 nannte Hitler die Schweiz ein «landschaftspolitisches Naturschutzgebiet» und ein Staatsgebilde, das im gleichen Atemzuge mit dem «Roulette-Tisch- Monaco» zu nennen sei¹⁰¹. Es fällt auf, dass Hitler die Schweiz oft dazu benutzte, um ein Beispiel für einen besonders schwachen und unwichtigen Akteur im weltweiten Kräftespiel zu geben. Das Land wurde dann meistens in einem ironischen, wenn nicht lächerlichen Zusammenhang zitiert. Die Schweiz erschien Hitler als Reservat eines überholten politischen Systems inmitten des gewaltigen Ringens der Grossmächte um Hegemonie. Schon mitten in den Problemen des Ostkrieges steckend, kam der Führer im Winter 1941/42 im Führerhauptquartier «Wolfschanze» gegenüber Giesler auf europäische Schicksalsfragen zu sprechen. In Anwesenheit seines Architekten beschwor er die Überwindung der nationalen Erstarrung in Europa, da nur ein zusammengeschlossenes Europa die Zukunft des Abendlandes gewährleiste. Dieser Zusammenschluss würde einen «Bund der germanischen Staaten» bedeuten, nicht zu eng gefasst und doch wiederum mit kluger Begrenzung:

«... wir gehören zusammen, trotz unserer nationalen Bindung und der Trennung über Jahrhunderte, – nichts hindert uns, Dänen zu bleiben, Holländer, Wallonen, Flamen oder Norweger»¹⁰².

Schweden und die Schweiz bleiben in dieser Aufzählung unerwähnt. Dies kann Zufall oder Ungenauigkeit der Aufzeichnung gewesen sein; wir können daraus aber auch ableiten, dass Hitler diesen beiden Staaten gegenüber weniger entgegenkommend gesinnt war, obwohl er beide gemäss seiner eigenen Aussage als «germanisch» anerkannte.

Versuchen wir uns über Hitlers Bild der Schweiz ein gesamthaftes Urteil zu bilden, so fallen drei Aspekte auf:

- a) Hitler anerkannte grundsätzlich die schweizerische Neutralität und staatliche Souveränität und verstand die Schweiz als stabilen Faktor innerhalb Europas. Einzelne Aussagen lassen zwar das Gegenteil vermuten, doch müssen wir diese als momentane und gezielte Ausfälle

99 Helmut Heiber (Hrsg.): «Hitlers Lagebesprechungen – Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942-45», Stuttgart 1962.

100 Hermann Giesler: «Ein anderer Hitler», Leoni am Starnberger See 1978.

101 Giesler, S. 369.

102 Giesler, S. 399.

verstehen, mit denen Hitler einerseits Druck ausüben und andererseits seine Gesprächspartner beeindrucken wollte¹⁰³.

- b) Die Schweiz war für Hitler ein nebensächlicher und unwichtiger Faktor in seinem Gesamtkonzept. Das Land beschäftigte seine Gedankengänge nur selten.
- c) Hitler ordnete der Schweiz ganz bestimmte Funktionen zu und erachtete diese als wichtiger und nützlicher, als wenn er das Land militärisch besetzt hätte¹⁰⁴.

Hitler besass nach den heute erfassbaren Aufzeichnungen kein differenziertes Bild der Schweiz. Seine Vorstellungen über das Land waren relativ oberflächlich und starren Denkkategorien verhaftet. Militärisch stufte Hitler die Schweiz als unbedeutend ein, andererseits war er davon überzeugt, die Neutralität würde mit Waffengewalt verteidigt. Die lange Friedenszeit in der Schweiz machte für Hitler die militärischen Massnahmen zur Landesverteidigung zu «Soldatenspielen». Die Bevölkerung betrachtete er zwar als germanisch, gestand dieser aber keinen vollwertigen Platz im neuen Europa zu. Der schweizerische «Kantönligeist», der für ihn kurzfristige Eigeninteressen und Egoismus bedeutete, wurde als abschreckendes Beispiel gesehen, wie eine germanische Bevölkerung den Blick für das Grosse verlieren konnte und im nationalsozialistischen Sinne eigentlich «missraten» war. Hitler war sich bewusst, dass die grosse Mehrheit in der Schweiz der faschistischen Achse und ihren Zielen ablehnend gegenüberstand. Andererseits erwartete er, dass die Schweiz nach dem deutschen Endsieg von selbst den Anschluss ans Reich suche. Der deutsche Sieg auf dem Kontinent hätte auch eine Nebenfrage wie die der Schweiz ohne militärische Anstrengung gelöst. Während des Krieges war die Schweiz für Hitler in unversehrtem Zustand nützlicher. Auffallend, wenn auch nicht erstaunlich ist, dass Hitlers offizielle Aussagen über die Schweiz meist massvoll, wenn nicht anerkennend ausfielen, während er im geschlossenen Kreis um so ungehemmter über das Land herfiel.

2. Der Stellvertreter des Führers – Rudolf Hess

Die Frage, welchen Stellenwert und welchen Einfluss Rudolf Hess im Dritten Reich hatte, ist umstritten. Von seiner formalen Stellung her war er als Stellvertreter Hitlers der zweite Mann im Staat und vereinigte folgende Ämter in seiner Person:

103 Gemäss einer nicht identifizierten Quelle aus dem FHQ soll sich Hitler im Sommer 1940 persönlich gegen eine Aufteilung der Schweiz ausgesprochen haben. Hitler sei bestimmt für die «Integrität einer neutralen Schweiz auch im neuen Europa» eingetreten. Frölicher an Pilet-Golaz am 23. Juli 1940, BAB, Sig. E, 2'300, Berlin 1940.

104 Vertreter des schweizerischen Generalkonsulates in Prag, Verweser Huber, am 28. Oktober 1939 an Frölicher: «Aus bestinformierter Quelle erfahre ich Folgendes: Es bestehen keinerlei Angriffsabsichten gegen die Schweiz. Im Gegenteil, ihre Unabhängigkeit und Neutralität bildet einen Eckpfeiler der deutschen Politik und die Eidgenossenschaft sei für Deutschland von solcher Wichtigkeit, dass sie, wenn sie nicht bestände, geschaffen werden müsste.» BAB, Sig. E, 2'300, Berlin 1939.

- Reichsminister ohne Geschäftsbereich
- Mitglied des Reichstages
- Mitglied des Ministerrates für die Reichsverteidigung
- Chef des Parteiapparates der NSDAP
- Mitglied des geheimen Kabinettrates
- SS-Obergruppenführer.

Diese Ämter sagen über seine wirkliche Macht nicht allzuviel aus; wir müssen uns daher an sogenannte «Expertenurteile» halten:

Speer meint in seinen Erinnerungen, dass der Kurswert von Hess schon 1938 erheblich gefallen sei. Hitler habe seinen Stellvertreter als «total amüsiert» und als unfähig bezeichnet, etwas Neues zu bauen¹⁰⁵. Gemäss Speer habe Hitler im Jahre 1940 erklärt:

«Mit Hess wird jedes Gespräch zu einer unerträglich quälenden Anstrengung. Immer kommt er mit unangenehmen Sachen und lässt nicht nach»¹⁰⁶.

Prof. Haushofer, Dozent für Geographie und Geopolitik, dessen Schüler Hess gewesen ist, sagte vor dem Nürnberger Tribunal aus, Hitler sei von Hess nie wirklich beeinflusst worden, obwohl die geopolitischen Ideen zu einem Grossdeutschland, ursprünglich von Haushofer entwickelt, über die Vermittlung von Hess zu Hitler gelangten und dessen Expansionspläne beeinflussten. Haushofer bemerkte jedoch, Hitler habe seine Ideen nie verstanden. Er sprach im Weiteren Hess eine ausreichende Intelligenz für die Stellung des zweiten Mannes im Staate ab¹⁰⁷.

Anders äusserte sich Nicolaus von Below, der während acht Jahren Adjutant der Luftwaffe bei Hitler war und in seinen Erinnerungen Hess als Mann der Mässigung darstellt: Er habe sich gegen die Kriegspläne Hitlers gestellt und sei keineswegs verrückt gewesen, wie es damals bei seinem Flug nach England dargestellt wurde¹⁰⁸. Hess war ein nationalsozialistischer Kämpfer der ersten Stunde, der 1923 am Münchner Putsch teilnahm, 7 Monate Festungshaft mit Hitler zusammen absass und von 1925 bis 1932 Hitlers Privatsekretär war. Durch diese Vergangenheit und durch seine formale Stellung besass Hess Autorität und Einfluss, wenn diese auch bis zu seinem Englandflug im Mai 1941 immer mehr im Abnehmen begriffen war. Da Hess den letzten noch lebenden Exponenten des Dritten Reiches darstellt, war es naheliegend, mit ihm persönlich Kontakt aufzunehmen. Es gelang dem Autor jedoch nicht, mit dem im Berliner Viermächtegefängnis einsitzenden Häftling Verbindung aufzunehmen. Entsprechende schriftliche Anfragen wurden weder von der Gefängnisverwaltung noch von Hess beantwortet. Leider fiel damit eine sicherlich aufschlussreiche Befragung von Hess zum Thema dahin.

Am 6. Januar 1934 gewährte Hess dem Vertreter einer schweizerischen Zeitung ein Interview, welches in Deutschland anschliessend im Druck erschien und in welchem das deutsch-schweizerische Verhältnis zur Sprache kam¹⁰⁹. Zur Frage, ob auch das national-

105 *Speer*, S. 152.

106 *Speer*, S. 190.

107 *Eugene K. Bird*: «Hess», München 1974, S. 41-47.

108 *Nicolaus von Below*: «Als Hitlers Adjutant 1937-45», Mainz 1980, S. 274.

109 *Rudolf Hess*: «Über Deutschlands Stellung zur Schweiz», München 1934.

sozialistische Deutschland für die Schweiz Sympathien hege, erklärte Hess:

«Wir Deutsche machen die Sympathien, die wir zu anderen Völkern empfinden, nicht von ihren Staatsformen abhängig, solange die Träger dieser Staatsform unser Volk und das System, durch das es sich regiert, in Frieden lassen. Daraus erklärt sich, dass eine Veränderung der deutschen Sympathie zur Schweiz durch den Wechsel in unserem Regierungssystem nicht eingetreten ist»¹¹⁰.

Wie die Wendung «in Frieden lassen» genau zu verstehen war, können wir aus der einsetzenden Pressefehde zwischen den beiden Staaten ersehen: Die schweizerische Presse wurde von Deutschland wegen ihrer kritischen und dem Reich gegenüber ablehnenden Haltung bald als Hauptquelle der zwischenstaatlichen Verstimmung definiert und bildete immer wieder Gegenstand heftiger deutscher Angriffe gegen die Schweiz auf diplomatischer wie auf journalistischer Ebene. Eine weitere Frage des Interviews zielte auf Gerüchte, das Dritte Reich wolle die deutsche Schweiz in ihr Staatsgebiet einverleiben, worauf Hess antwortete:

«Dieses Gerücht ... ist natürlich völlig unwahr, ...: In einigen Teilen des Auslandes hat sich die gegen Deutschland gerichtete Propaganda neuerdings der unwahren Behauptung bemächtigt, die NSDAP erstrebe auf weitere Sicht die Einverleibung von Teilen der Schweiz, Hollands, Belgiens, Dänemarks, u.s.w. ... Die Reichsregierung legt daher Wert auf die Feststellung, dass kein ernsthafter Mensch in Deutschland daran denkt, die Unabhängigkeit anderer Staaten auch nur anzutasten»¹¹¹.

Können wir solche Friedensversicherungen als reine Zweckpropaganda abtun, oder dürfen wir Hess in diesem Zeitpunkt eine gewisse Aufrichtigkeit und Glaubwürdigkeit zugehen?

Prof. Haushofer erklärte nach dem Krieg in Nürnberg:

«... ich hatte den Eindruck, dass Hess bis 1935 davon überzeugt war, alles werde in friedlichen Bahnen verlaufen»¹¹².

Hess und Haushofer kannten sich schon vor der Gründung der NSDAP. Hess hatte bei Haushofer Geographie studiert und wurde von diesem als Freund bezeichnet. Wir dürfen daher Haushofer bezüglich seines Urteils über Hess als kompetente Person einstufen. Hess selbst nahm in Nürnberg zur Frage, ob er der kriegerischen Entwicklung in Deutschland entgegengewirkt habe, nicht Stellung, da er seine Aussage überhaupt verweigerte. Nur in seinem Schlusswort erklärte er pathetisch:

«Ich bin glücklich zu wissen, dass ich meine Pflicht getan habe meinem Volk gegenüber,... als treuer Gefolgsmann meines Führers. Ich bereue nichts. Stünde ich wieder am Anfang, würde ich wieder handeln, wie ich handelte, auch wenn ich wüsste, dass am Ende ein Scheiterhaufen für meinen Flammentod brennt»¹¹³.

110 Hess-Interview, S. 3.

111 Hess-Interview, S. 5-6.

112 *Bird*, S. 43.

113 *Werner Maser*: «Nürnberg – Tribunal der Sieger», Düsseldorf 1977, S. 472.

Dass Hess einen eher mässigenden Einfluss auf Hitler auszuüben versuchte, wird im Entwurf einer Note an den schweizerischen Bundesrat ersichtlich, die in seinem Auftrag erstellt wurde. Der Notenentwurf hielt fest:

- Deutschland und die Schweiz respektieren den Grundsatz der gegenseitigen Souveränität.
- Deutschland und die Schweiz möchten die gegenseitigen Beziehungen verbessern und Streitpunkte beseitigen.
- Deutschland ist an freundschaftlichen Beziehungen zur Schweiz gelegen¹¹⁴.

Dieses Schreiben aus dem Jahre 1936 zeigt uns wahrscheinlich nur den einen Rudolf Hess, der eine Verschärfung des Konfliktes im Anschluss an das Gustloffattentat vermeiden wollte. Auf der anderen Seite war er Hitler blind ergeben und folgte seiner Kriegspolitik bis ins Jahr 1941. Das Nürnberger Tribunal gelangte daher auch zum Schluss:

«Als Stellvertreter des Führers war Hess der führende Mann in der Nazipartei, der verantwortlich für die Erledigung aller Partei-Angelegenheiten war und das Recht hatte, im Namen Hitlers Entscheidungen über alle Fragen der Parteiführung zu treffen ... Hess war ein wohlinformierter und williger Teilnehmer an Deutschlands Angriffen auf Österreich, der Tschechoslowakei und Polen...»¹¹⁵.

Auch wenn wir Hess zugestehen, dass er 1934 tatsächlich nicht an eine Annexion der Schweiz dachte, so ist doch fraglich, ob er sich gegen ein solches Vorhaben Hitlers gewandt und nicht viel eher auch bei einer solchen Aktion gehorsam mitgewirkt hätte. Seine Ehefrau, Ilse Hess, behauptet in ihrem Buch mit seinen Briefen, vom ersten Kriegstag an hätten Hess' innerste Gedanken auf die baldige Herbeiführung eines Friedens gezielt, was wir letztlich durch seinen Englandflug annehmen können¹¹⁶. Hess stand wahrscheinlich im unlösbaren Widerspruch zwischen dem Willen nach einer Beendigung des Krieges und der unbedingten Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber seinem Führer. Im bereits zitierten Interview gab sich Hess ganz als Friedenspolitiker: Er wies die Möglichkeit eines deutschen Durchmarsches der Wehrmacht durch die Schweiz im Falle eines Konfliktes mit Frankreich weit von sich und versicherte, er habe die reichsdeutschen Nationalsozialisten in der Schweiz durch mehrere Rundschreiben angewiesen, sich nicht in die innenpolitischen Angelegenheiten der Schweiz einzumischen. Im gleichen Jahr 1934 sollte Hess auf einer Tagung der deutschen Auslandshandelskammern in Berlin erklären:

«Die Deutschen in fremden Reichen haben nach den volklichen Gesetzen der Gastnationen zu leben»¹¹⁷.

114 Dieser Notenentwurf war als Antwort auf die schweizerische Note vom 28. Februar 1936 gedacht, in welcher Deutschland mitgeteilt wurde, dass in der Schweiz die Landesgruppen der NSDAP nach dem Gustloffattentat verboten würden. BAK, Persönliche Adjutantur des Führers, NS 10, Sig. 29.

115 *G.M. Gilbert*: «Nürnberger Tagebuch», Frankfurt a.M. 1962, S. 432.

116 *Use Hess*: «Ein Schicksal in Briefen», Leoni am Starnberger See 1971, S. 62.

117 Rede vom 28. Juni 1934, in: *Rudolf Hess*: «Reden», München 1938, S. 34.

An die Auslandsdeutschen gewandt, fuhr er fort:

«Heute sind Sie darüber hinaus die Repräsentanten des nationalsozialistischen Reiches im Auslande ... Aus Ihrem Handeln, aus Ihrer Lebensführung, aus Ihrer Vorbildlichkeit zieht das Ausland seine Rückschlüsse auf unseren Staat und die Idee unseres Führers... Seien Sie immer darauf bedacht, dass nicht das geringste Wort, nicht die kleinste Fehlhandlung der Agitation gegen Deutschland zu Hilfe kommen möge»¹¹⁸.

Vergegenwärtigen wir uns Hitlers Worte vor Vertretern des Auslanddeutchtums, wie sie uns Rauschning überlieferte, so wirken die Versicherungen von Hess entweder als naiv oder dann als bewusst irreführend. Ausserdem sind sie von den tatsächlichen Ereignissen widerlegt worden. Markus Feldmann, damaliger Chefredaktor der «Neuen Berner Zeitung» und späterer Bundesrat, erklärte damals zur Aktivität der NSDAP-Mitglieder in der Schweiz, diese würden eine konspirativpropagandistische Tätigkeit führen, sie schürten die inneren Gegensätze in anderen Staaten und würden die Staatsmacht untergraben. Weiter sei in zunehmendem Masse zu beobachten, wie sich die nationalsozialistische Organisation über behördliche Anordnungen hinwegsetze und in schweizerische Angelegenheiten einmische¹¹⁹. Als Hess auf die deutschen Zensurmassnahmen gegen die Schweizerzeitungen in Deutschland angesprochen wurde, antwortete er:

«Wenn in der Schweiz die deutschen Zeitungen ungehindert verbreitet werden, Deutschland hingegen sich vor die Notwendigkeit gestellt sah, diesem und jenem Blatt den Absatz in Deutschland etwas einzuschränken, so mag sich Ihnen dies daraus erklären, dass die in der Schweiz verbreiteten deutschen Blätter die Schweiz und politisch massgebende Schweizer nicht in der Weise angegriffen und diffamiert haben, wie das leider einige Schweizer Zeitungen Deutschland und seinen leitenden Männern gegenüber glaubten nicht unterlassen zu können»¹²⁰.

Was hier von Hess angesprochen wurde, sollte sich in der Kriegszeit zu einer eigentlichen Pressefehde mit Deutschland entwickeln, welche die politischen Beziehungen immer wieder stark belastete. Schweizerische Zeitungen waren im späteren Deutschland des Krieges praktisch ausnahmslos verboten. Als Hess gefragt wurde, wie man über die nationalsozialistische Bewegung in der Schweiz denke, gab er die aufschlussreiche Antwort:

«Die Jahre nach dem Kriege haben uns gelehrt, dass auch in anderen Ländern die Sehnsucht nach neuen Regierungsformen und nach neuen Männern die diesen neuen Formen politischen und weltanschaulichen Inhalt geben, besteht ... Dieser weltpolitische Prozess scheint auch durchaus nicht beendet zu sein, ... Es wäre ja nicht verwunderlich, dass in anderen Völkern politische Ideen siegreich werden, die den unseren ähnlich sind,... Wir beobachten diesen Prozess, aber wir greifen keineswegs in die innere Politik nichtdeutscher Länder zu seiner Beschleunigung ein; wir nehmen keinerlei Beziehungen zu nichtdeutschen Parteistellen in fremden Staaten auf. Noch viel

118 Hess-Reden, S. 35.

119 *Bonjour*, Bd. IV, S. 436-37. Die Ausführungen von Hess vor den Auslanddeutschen sind auch im Zusammenhang mit dem Nichtangriffspakt gegenüber Polen zu sehen, der damals in deutschen Kreisen Enttäuschung hervorgerufen hatte. Hess war bemüht, in seinen öffentlichen Reden nach dem im gleichen Jahr abgeschlossenen Vertrag auf Polen und die übrigen Anliegerstaaten beruhigend einzuwirken.

120 Hess-Interview, S. 7.

weniger können wir ausländischen nationalsozialistischen Parteiorganisationen praktische Unterstützung zuteil werden lassen; denn wir achten in jedem Volk das eigene Werden»¹²¹.

Der letzte Teil dieser Aussage war natürlich reine Propaganda; im besten Falle können wir Hess naive Unwissenheit über die Absichten Hitlers zubilligen, was durch die Tatsache relativiert wird, dass Hess bereits zur Zeit der Niederschrift von «Mein Kampf» mit Hitler als sein Privatsekretär zusammengearbeitet und somit dessen Ideen von Anfang an gekannt, wenn nicht eigentlich mitgestaltet hatte. Hess gab zu dieser Frage während seiner Gefangenschaft in Spandau, wo er bis heute einsitzt, dem amerikanischen Gefängniskommandanten Bird die seltsame Antwort:

«Ich glaube nicht, dass ich Hitler geholfen habe, sein Buch zu schreiben. Es wäre möglich, aber ich glaube es nicht»¹²².

Interessanter sind die Ausführungen von Hess über Deutschlands Einschätzung der zukünftigen Entwicklung: Er erwartete die Ausbreitung der nationalsozialistischen Ideen in Europa, wenn er auch jedem Land zugestand, seine eigene Form dazu zu finden. Für die Schweiz war damals entscheidend, wieweit die deutsche Führung davon ausging, die anderen Staaten in Europa würden ihrem Beispiel von sich aus folgen, und wie stark man dieser Entwicklung nachhelfen müsse. Letzteres können wir den Worten Hess' nicht entnehmen, sondern müssen uns an die Tatsachen halten: Während des Krieges haben die der deutschen Gesandtschaft in Bern unterstellten Parteiorganisationen aktiv gegen die Schweiz gearbeitet. In Zürich war z.B. Georg Franz Ashton als Vizeregierungskonsul eingesetzt, der, von Ribbentrop finanziert, mit der «Betreuung der Schweiz» beauftragt worden war; die Fünfte Kolonne war nicht das Produkt zeitbedingter Ängste in der Schweiz, sondern Wirklichkeit¹²³. Dass Hess kein Friedenspolitiker war, können wir einer Ansprache entnehmen, die er am 26. Juni 1934 auf dem Essener Gauparteitag hielt:

«Mögen sich im Übrigen die fremden Staaten, die unsere Gegner sind, keiner Täuschung hingeben: Ihre Hoffnung, der Nationalsozialismus könnte doch noch erledigt werden, ist ein gefährliches Hoffen, und die Verwirklichung ihres Hoffens würde tödlich für sie sein»¹²⁴.

Rechnete Hess gemäss dieser Aussage schon 1934 mit einer europäischen Auseinandersetzung, erklärte er im Gegensatz dazu am 16. Januar 1937 während eines nationalsozialistischen Lehrganges für Wehrmachtsoffiziere:

«Den Raum wollen wir nicht vergrössern – auf jeden Fall nicht mit Gewalt. Die geographische Lage vermögen wir nicht zu ändern ... Der wirtschaftliche Vierjahresplan wird Deutschland der Selbstgenügsamkeit näherbringen. Die Wirkung dieses neuen Planes ist gleichbedeutend mit einer Erweiterung unseres Raumes und einer Verbesserung der geographischen Lage. Die Welt sollte es anerkennen, dass wir nicht mit Gewalt uns das Leben und die Freiheit sichern, sondern durch den Einsatz unseres Geistes und unserer Organisationskraft»¹²⁵.

121 Hess-Interview, S. 9.

122 *Bird*, S. 240.

123 *Bonjour*, Bd. IV, S. 445 und: *Rings*, S. 285 ff.

124 Hess-Reden, S. 26-27.

125 Hess-Reden, S. 227-28.

Von Rudolf Hess ging nur eine geringe Gefährdung der Schweiz aus; Bestrebungen, innerhalb der Führung eine Eroberung der Eidgenossenschaft durchzusetzen, können ihm historisch nicht nachgewiesen werden.

3. Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda unter Josef Goebbels

Die Person Goebbels wird in dieser Arbeit in zweifacher Hinsicht untersucht: einerseits als Propagandaminister und andererseits als Herausgeber und Leitartikelschreiber in der Zeitung «Das Reich» und als oberster Lenker und Zensor der nationalsozialistischen Presse im Dritten Reich. Goebbels kommt insofern grosse Bedeutung für unsere Untersuchung zu, als er verschiedene hohe Ämter im Staat bekleidete und massgeblichen Einfluss auf Hitler ausübte. Nebst seinem Ministeramt war er Gauleiter von Berlin, 1944 wurde er zum «Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz an der Heimatfront» ernannt, und nach Hitlers Tod im Frühling 1945 erbte er das Kanzleramt und wurde von Hitler testamentarisch als Nachfolger eingesetzt. Eine umfangreiche Quelle zur Person Goebbels liegt in der Edition seiner Reden vor, die von Helmut Heiber herausgegeben worden sind¹²⁶. Natürlich spricht in den Reden der Propagandist Goebbels, weshalb rhetorische Ausfälle vom sachlichen Gehalt einer Aussage getrennt werden müssen. Am 16. Juni 1933 sprach Goebbels auf einer Massenkundgebung in Hamburg und kam dabei auf die Gegner des neuen Regimes zu sprechen:

«Und ich glaube, wohl niemals in der ganzen Weltgeschichte hat es eine Usurpatorenschicht gegeben, die so feige und so jämmerlich der Notwendigkeit ihrer eigenen Existenz ausgewichen wäre¹²⁷ ... Sie hoben ihre Bankdepots ab und verdufteten dann in die Schweiz. Von dort aus ziehen sie jetzt die Zweite Internationale auf ... Nur schade, dass sie sich unserem Zugriff entziehen konnten»¹²⁸.

Tatsächlich emigrierten viele Künstler, Politiker und Wissenschaftler nach der Machtübernahme Hitlers in die Schweiz: Bei Kriegsausbruch hielten sich ungefähr 7'000-8'000 Flüchtlinge, wovon etwa 5'000 Juden, in der Schweiz auf¹²⁹. Im kulturellen Bereich bewirkten die Emigranten einen markanten Aufschwung des Geisteslebens in der Schweiz; so konnte sich z.B. das Zürcher Schauspielhaus in der Kriegszeit dank der deutschen Emigranten im Ensemble entscheidend profilieren. Für Goebbels hingegen war die Schweiz ein Sammelbecken für «Landesverräter und Volksbetrüger», was er an anderer Stelle betonte:

126 Helmut Heiber (Hrsg.): «Goebbels-Reden 1932-1945», 2 Bände, Düsseldorf 1971-72.

127 Anspielung auf die früheren Regierungsmitglieder.

128 Goebbels-Reden. Bd. I. S. 115.

129 Carl Ludwig: «Die Flüchtlingspolitik der Schweiz in den Jahren 1933 bis 1955», Bern 1957, S. 164.

«Gewiss, wir haben den Marxismus schachmatt gesetzt. Zwar versucht er heute noch auf landesverräterische Weise, vergiftete Pfeile aus Prag und Paris und Zürich loszuschicken»¹³⁰.

Das nationalsozialistische Deutschland nahm eine zwiespältige Haltung in der Frage der internationalen Verbreitung der faschistischen Ideen ein: Einerseits verstand sich das Dritte Reich als Ergebnis einer nationalen Revolution, welche nur für Deutschland Gültigkeit besass; andererseits leitete die deutsche Führung nach 1933 eine gezielte Propagandatätigkeit in anderen Ländern ein, deren Ziel nicht das Entstehen gleichberechtigter, nationalsozialistisch ausgerichteter Staaten war, sondern auf die Unterwanderung und letztlich Unterwerfung der anderen Länder zielte. Goebbels versicherte zwar in einer Rede vom 4. Dezember 1935:

«Wir haben nicht die Absicht, den Nationalsozialismus in andere Länder zu exportieren;... Wie sollten wir anderen Völkern den Nationalsozialismus aufzwingen»¹³¹!

und meinte damit, Deutschland wolle verhindern, dass andere Staaten erstarken würden; die Tatsachen sprechen jedoch gegen Goebbels Aussage¹³². Von einer «Angstpsychose in der Schweiz» sprach Goebbels' Propagandaministerium in einem Bericht vom Oktober 1938 und scheute sich nicht festzuhalten, die Ängste seien durch den Wortbruch Hitlers bedingt, der immer wieder erklärt hatte, Deutschland habe keine territorialen Forderungen mehr, und dann trotzdem die Tschechoslowakei und Östeneich annektierte. Seine Worte würden in der Schweiz nicht mehr ernstgenommen. Es gebe zwei Möglichkeiten für Deutschland:

- a) Deutschland erklärt, die Schweiz sei gar nicht wirklich neutral.
- b) Deutschland übt Nachsicht und lässt durch eine führende Person erklären, dass keine Anschlussabsichten bestehen.

Der Bericht fuhr fort, die schweizerische Frage müsse grundsätzlich gelöst werden, man könne die Dinge nicht einfach laufenlassen:

«Die Entfremdung zum Reich würde dann eine Form annehmen, welche die Schweiz nicht zu einem eigenständigen Staat werden lässt, sondern aus ihr eine weltanschaulich-politische Provinz der westlichen Demokratien machen würde»¹³³.

Die Formulierung «Grundsätzliche Lösung» kann unterschiedlich interpretiert werden: Entweder dachte das Propagandaministerium an politischen Druck mittels diplomatischer und informeller Kanäle, oder dann wurde eine Lösung angestrebt, die ein besseres gegenseitiges Verhältnis zum Ziel trug. In beiden Fällen wollte Deutschland die Schweiz wieder mehr unter Kontrolle bringen. Schon mitten im Krieg deutete Goebbels die Rolle an, welche die Schweiz während der Auseinandersetzung mit Russland spielen sollte; am 5. Oktober 1941 erklärte er:

130 Goebbels-Reden, Bd. I, S. 117.

131 Goebbels-Reden, Bd. 1, S. 279.

132 *Kurt Humbel*: «Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz, 1931-1939», Bern 1976.

133 Bericht des Propagandaministeriums an das Auswärtige Amt vom 18. Oktober 1938, in: Politisches Archiv des AA in Bonn (PAB), Politische Abteilung II, Schweiz, 1938.

«... ganz Europa vom Ural bis an die Atlantikküste (ist) das Hinterland unserer Kriegsrüstung»¹³⁴.

Goebbels konnte in seiner Rede nicht ganz verbergen, wie stark Deutschland in der Rüstungsproduktion auf einwandfreie Transportwege angewiesen war, gab er doch indirekt zu, dass sich die englische Seeblockade auf dem Atlantik negativ ausgewirkt hatte und Deutschland die Landwege auf dem Kontinent um so mehr als Transportwege benötigte, wozu auch die Nord-Südverbindung der Gotthardlinie gehörte. In der Sicht Goebbels war die Schweiz ein «vejjudetes» Land, welches nach 1933 zu einer Zufluchtstätte für Emigranten und Regimegegner wurde¹³⁵. In einer Rede im Berliner Sportpalast vom 5. Juni 1943 erklärte er, das Judentum in ganz Europa müsse ausgeschaltet werden, um die Sicherheit der Staaten zu garantieren¹³⁶. Gemäss den Worten Goebbels' müssen wir folgern, die nationalsozialistische Führung habe auch für die Schweiz die «Endlösung» der Judenfrage im Auge gehabt. Die Ausführung dieses Vorhabens wurde durch die militärische Entwicklung im Krieg zurückgestellt, hätte aber nach dem deutschen Endsieg verwirklicht werden sollen. Obwohl die schweizerische Flüchtlingspolitik aus heutiger Sicht als fragwürdig erscheint¹³⁷, genügten die Massnahmen der schweizerischen Behörden gegenüber Fremden den deutschen Stellen nicht. Bei einer Eroberung des Landes wären die Juden in der Schweiz einem ähnlichen Schicksal wie in Polen und anderen besetzten Staaten ausgesetzt gewesen.

Die Kampfkraft der Schweizerarmee wurde von Goebbels als eher gering eingeschätzt. In seiner berühmten Sportpalastrede vom 18. Februar 1943 in Berlin, welche in der Frage an die Menge «Wollt Ihr den totalen Krieg?» gipfelte, die von einem tausendfachen «Ja» beantwortet wurde¹³⁸, erklärte Goebbels einleitend, dass nur das Deutsche Reich mit seinen Verbündeten in der Lage sei, den Kampf gegen das bolschewistische Russland zu gewinnen. Ironisch fragte er die Menge, wer denn äusser Deutschland den Bolschewismus besiegen könne:

«Etwa die neutralen europäischen Staaten? Sie besitzen weder das Potential noch die militärischen Machtmittel noch überhaupt die geistigen Voraussetzungen bei ihren Völkern, um dem Bolschewismus auch nur den geringsten Widerstand entgegenzustellen»¹³⁹.

War schon an dieser Stelle die Schweiz indirekt angesprochen, verwendete Goebbels ein gutes halbes Jahr später die Schweiz explizit als Beispiel eines unbedeutenden und lächerlichen Kleinstaates, als er am 5. November 1943 über die «Gewaltprobe der Politik» sprach:

134 Goebbels-Reden, Bd. II, S. 75.

135 Rede vom 17. November 1942, in: Goebbels-Reden, Bd. II, S. 147.

136 Goebbels-Reden, Bd. II, S. 235.

137 Vgl. *Bonjour*, Bd. VI, S. 13 ff. und: *Häsler*, a.a.O., *Ludwig*, a.a.O.

138 Die Zuhörer waren für diese Manifestation sorgfältig ausgewählt worden: Die alte Berliner Parteilgarde war mit bewährten Anhängern und instruierten Claqueuren durchmischt. *Helmut Heiber*: «Joseph Goebbels», München 1974, S. 300, TB-Ausgabe.

139 Goebbels-Reden, Bd. II, S. 179-80.

«Und genauso ist es auch mit einem Volk, das in die Arena der Politik und der Geschichte eintritt ... Wenn es sich das nicht zutraut, dann täte es besser daran, nicht in den Ring einzutreten und auf den Rang der Schweiz oder Schwedens herabzusinken»¹⁴⁰.

In solchen Passagen dominierte immer der Propagandaeffekt, weshalb sie nur bedingt das wirkliche Denken der nationalsozialistischen Führung wiedergeben. Es fällt jedoch auch bei Goebbels' Reden auf, dass die Schweiz bewusst als negatives Beispiel dargestellt wurde, wie sich ein Staat nicht entwickeln sollte. Aus dieser Tatsache lässt sich die etwas kühne These ableiten, die Schweiz sei aus dem Kriegsgeschehen herausgehalten worden, weil sie klein und unbedeutend war und somit gar nie ins Zentrum des imperialen Denkens der deutschen Führung rückte. Ein anderer Erklärungsansatz für unsere Fragestellung ergibt sich aus einer Äusserung Goebbels' am 4. Juni 1944 in Nürnberg:

«Wenn einer mich fragt: Ja, was wollt Ihr denn eigentlich haben? ... so kann ich nur sagen: Meine Herren, das wird sich finden. Das hängt davon ab, wie wir siegen ... Von der Grösse des Sieges hängt die Grösse des Zieles ab»¹⁴¹.

Zwei Tage vor der alliierten Invasion in der Normandie gab Goebbels öffentlich zu, dass sich die politischen Ziele Deutschlands nach der militärischen Entwicklung des Krieges zu richten hätten, was ein bezeichnendes Licht auf die Plan- und Konzeptlosigkeit der nationalsozialistischen Aussenpolitik wirft¹⁴². Gehen wir davon aus, Deutschland habe grundsätzlich den späteren Anschluss der Schweiz ans Reich geplant, so erklärte Goebbels in dieser Rede selbst, wieso es nicht dazu gekommen ist: Die Kriegslage verhinderte je länger desto mehr, die Frage der Schweiz zu lösen.

Aufschlussreicher als seine propagandistisch ausgerichteten Reden fallen für uns Goebbels' Tagebuchaufzeichnungen aus. Während in den öffentlichen Reden häufig die zu recht gebogene Wunschwirklichkeit der deutschen Führung zum Ausdruck kam, stellen die Tagebücher Goebbels' ein Korrektiv zu seiner Propaganda dar. Hier hielt er das tägliche Geschehen fest, und wir erhalten durch seine Aufzeichnungen eher Einblick in seine Gedankengänge als durch die Reden. Die Tagebuchnotizen sind teilweise erhalten geblieben und wurden von Louis P. Lochner, dem ehemaligen Leiter des Berliner Büros von Associated Press, für die Jahre 1942 und 1943 herausgegeben. Am 22. Januar 1942 ärgerte sich Goebbels über den amerikanischen Film «Der Auslandskorrespondent» und konstatierte, dass dieser Film monatelang in Schweden gelaufen sei:

«Die Schweden und Schweizer spielen mit dem Feuer. Es steht zu hoffen, dass sie sich noch im Verlaufe dieses Krieges ihre Finger verbrennen»¹⁴³.

Die Vagheit dieser Drohung erstaunt ein wenig, müssen wir aus diesen Sätzen doch den Schluss ziehen, Goebbels sei zu diesem Zeitpunkt nichts über ein allfälliges Vorgehen ge-

140 Goebbels-Reden. Bd. II. S. 290.

141 Goebbels-Reden. Bd. II. S. 290.

142 Vgl. zu dieser Thematik mit: *Axel Kuhn*: «Hitlers aussenpolitisches Programm», Stuttgart 1970.

143 *Louis P. Lochner* (Hrsg.): «(Joseph) Goebbels: Tagebücher (1942-43)», Zürich 1948, S. 47.

gen die Schweiz bekannt gewesen. Im Sommer 1941 lud Deutschland die Schweiz ein, Gründungsmitglied der durch Deutschland beherrschten Internationalen Filmkammer zu werden, was die Schweiz ablehnte. Für das Dritte Reich war dies der Versuch gewesen, mit den neutralen Staaten in Europa zu einer kulturellen Zusammenarbeit zu gelangen und sie dadurch gleichzeitig kontrollieren zu können. Zu dieser Angelegenheit vermerkte Goebbels am 24. April 1942:

«Schweden und die Schweiz sind immer noch nicht formell der Internationalen Filmkammer beigetreten. Ich lasse diese beiden Staaten jetzt in der Rohstoffversorgung boykottieren. Sie werden dann sehr bald schon die Folgen ihrer Reserve zu verspüren bekommen»¹⁴⁴.

Tatsächlich wurde im Sommer 1942 der wirtschaftliche Druck auf die Schweiz verstärkt, indem die Kohlen- und Eisenlieferungen aus Deutschland gekürzt wurden. Der deutsche Delegationsleiter Hemmer begründete diesen Schritt bei den Verhandlungen vom 21./22. Juli 1942 damit, Deutschland führe einen Kampf auf Leben und Tod, und die Schweiz müsse einen angemessenen Beitrag dazu leisten; vom schweizerischen Fernbleiben in der Internationalen Filmkammer war nicht die Rede¹⁴⁵. Als die Schweiz im Frühling 1942 ihren Vertreter in der Filmkammer zurückzog, notierte Goebbels am 8. Mai 1942, dieser kleine «Dreckstaat» habe die Absicht zu provozieren, er werde darauf mit einem generellen Boykott reagieren¹⁴⁶. Eine etwas andere Haltung nahm Goebbels in einem privaten Gespräch mit Auslandsjournalisten im kleinen Kreis am 8. März 1941 ein. Gemäss den Notizen der drei anwesenden Schweizer erklärte der Propagandaminister sinngemäss, die kulturelle und staatspolitische Selbständigkeit der europäischen Staaten sei auch nach dem Sieg der Achsenmächte gewährleistet, würden sich die Länder nicht gegen eine Zusammenarbeit auf monetärem, wirtschaftlichem, militärischem und aussenpolitischem Bereich mit Deutschland stellen. Die Staaten müssten sich den Bedürfnissen und Interessen der Achse unter- und in das neue System einordnen. Unter diesem Gesichtspunkt sei jedoch staatliches Eigenleben weiterhin möglich. Deutschland beabsichtige übrigens nicht, die Schweiz wegen der Pressefrage anzugreifen, da diese eine völlig nebensächliche Rolle spiele; die Schweiz habe dem Deutschen Reich seine Produkte zu liefern, die nationalsozialistische Ideologie wolle Deutschland den anderen Völkern gar nicht aufzwingen¹⁴⁷.

In einem anderen Gespräch erklärte Goebbels im Frühling 1941, Deutschland könne es zwar mit der Schweiz aufnehmen, denn zur Erledigung des Landes genüge es, die Kohlenlieferungen zu stoppen. Das Reich wolle jedoch das Land weder auf militärischem noch auf währungspolischem, noch auf kulturellem Gebiet beherrschen. Die europäische Neuordnung würde jedem Staat Vorteile bieten; wünsche die Schweiz nicht mitzumachen, so hätte dies wirtschaftliche Nachteile zur Folge¹⁴⁸.

144 Goebbels-Tagebücher 1942-43, S. 171.

145 *Bonjour*. Bd. VI. S. 242 ff. und: *Bonjour*. Bd. VIII. S. 185 ff.

146 Goebbels-Tagebücher 1942-43, S. 195.

147 Aufzeichnungen von Dr. Lips, in: *Bonjour*, Bd. V, S. 243-44, auch: «Neue Zürcher Zeitung» Nr. 369 vom 10. März 1941.

148 Erklärungen von Goebbels am 25. März 1941. Aufzeichnungen von Bürky in: «Journal de Genève» Nr. 83 vom 8. April 1941 (*Bonjour*, Bd. V, S. 250-51). Gesandter Frölicher bemerkte in einem Bericht

Folgen wir den Worten Goebbels', so war die kulturelle Anpassung der Schweiz ans Dritte Reich nicht entscheidend: Die Schweiz hatte sich politisch ruhig zu verhalten und für die Achse zu produzieren, womit sie ihre eigentliche Funktion erfüllte. Andererseits versuchte das Ministerium Goebbels' die Meinung in der Schweiz direkt zu beeinflussen. Als Beispiel sei hier die von Deutschland aus gelenkte «Schweizerische Jugendzeitung» erwähnt, die vom Propagandaministerium mitfinanziert wurde. Am 5. Juni 1941 bewilligte Goebbels eine monatliche Unterstützung von RM 3'000.–. Das Ministerium hatte in einem Schreiben an Goebbels vorgängig festgehalten, die Zeitung sei besonders geeignet, in «unauffälliger Weise unsere Auffassung zu verbreiten»¹⁴⁹. Die schweizerische Jugend sollte im nationalsozialistischen Sinne beeinflusst werden; umgekehrt wollte Goebbels aber eine Einflussnahme der Schweiz auf ausländische Kinder verhindern: Aus einer Tagebuchnotiz vom 8. Mai 1942 geht hervor, dass Goebbels die Einreise von 500 belgischen Kindern in die Schweiz verhinderte, obwohl dieser Transport durch das Auswärtige Amt veranlasst worden war. Goebbels begründete seine Haltung damit, die Schweizer würden mit dieser humanitären Aktion nur Reklame machen und die Kinder «in ihrem Sinne beeinflussen»¹⁵⁰. Betrachten wir die Quellen, so stellen sich für uns die Vorgänge etwas anders dar: Verschiedene Stellen im Propagandaministerium hatten die Haltung vertreten, diese Kinderverschickungsaktion würde dem Reich schaden, da sie von der Schweiz propagandistisch ausgenutzt werden würde. Genau entgegengesetzt argumentierte der militärische Befehlshaber in Belgien, indem er meinte, ein Unterbleiben des Transportes würde von der Schweiz entsprechend angeprangert, ausserdem spreche die schlechte Gesundheit der Kinder für eine Verschickung in die Schweiz. Im Mai 1942 entschied dann Hitler persönlich und liess Goebbels durch Bormann am 10. Mai 1942 mit teilen, der Transport dürfe nicht durchgeführt werden¹⁵¹.

Dieser ganze Vorgang ist ein anschauliches Beispiel dafür, dass Hitler sich auch um Nebenfragen persönlich kümmerte und seine Entscheidung absolut den Ausschlag gab. Nicht Goebbels hatte diesen Transport verhindert, sondern Hitler selbst, wobei Goebbels in dieser Frage, wie aus dem Schreiben Bormanns hervorgeht, seinen Führer in dessen Haltung unterstützte. Tatsächlich waren während des Krieges viele ausländische Kinder zu vorübergehenden Erholungsaufenthalten in die Schweiz gelangt. *Bonjour* nennt die

nach Bern vom 29. März 1941. Goebbels habe seinem polemischen Temperament freien Lauf gelassen, seinen Ausführungen sei keine politische Bedeutung beizumessen. BAB, Sig. E, 2'300, Berlin 1941.

Text der Erklärungen Goebbels in: *Bonjour*, Bd. VIII, S. 124-125.

149 Die «Schweizer Jugendzeitung» existierte schon vor dem Krieg. Im Oktober 1940 wurde sie getarnt von der Landesgruppe der deutschen Auslandsorganisation in der Schweiz übernommen, die auch für die Finanzierung aufkam. Die Auflage betrug im Frühling 1941 2'000 Exemplare und sollte mit Hilfe des Propagandaministeriums auf 5'000 erhöht werden. In der Aufmachung gab sich die Zeitung betont schweizerisch-bodenständig, der Inhalt trug jedoch einen verdeckt nationalsozialistisch-deutschlandorientierten Charakter. BAK, R 55, Sig. 985.

150 Goebbels-Tagebücher 1942-43, S. 196.

151 BAK, R 55, Sig. 1226, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda.

Zahl von zeitweise 9'000 Flüchtlingskindern, deren Aufnahme in der Schweiz jedoch ab 1942 zunehmend schwieriger wurde, da die Achsenmächte die Transporte immer häufiger unterbanden¹⁵². Kurz vor der Katastrophe von Stalingrad musste sich Goebbels eingestehen, dass die neutralen Länder weniger denn je auf der Seite von Deutschland standen und durch die Rückschläge der bisher siegreichen deutschen Wehrmacht wieder selbstbewusster geworden waren. Am 14. Dezember 1942 notierte er:

«Auch in Schweden und in der Schweiz hat die Stimmung gegenüber uns ausserordentlich nachgelassen. Ich erfahre vom Auswärtigen Amt, dass hier ein gewaltiger Einbruch zu verzeichnen ist. Meine Artikel im 'Reich' sind im Augenblick so ungefähr die einzige Informationsquelle, an denen sich die deutschfreundlichen Elemente in den neutralen Staaten aufrichten können»¹⁵³.

Als die alliierten Aussenminister Hull (USA), Eden (England) und Molotow (UdSSR) im Herbst 1943 über die weitere Kriegführung und politische Linie verhandelten, glaubte Goebbels ein Näherrücken der Neutralen an Deutschland zu erkennen; er notierte sich am 18. Oktober 1943:

«In den neutralen Staaten ist man sich vollkommen darüber klar, was in Moskau gespielt worden ist. Fast überall melden sich Zweifel und Besorgnis. Unsere politische Position ist trotz unserer militärischen Misserfolge selten so gut wie heute»¹⁵⁴.

War Goebbels tatsächlich so naiv zu glauben, was er hier festhielt? Eine Verbesserung der Position Deutschlands bei den Neutralen zu erkennen, war politisches Wunschdenken, entsprach doch das Verhältnis der Schweiz zu den alliierten Mächten keineswegs der Darstellung von Goebbels. Verschiedene Faktoren belasteten zwar die Beziehungen der Schweiz zu Hitlers Gegnern: England verfügte eine Teilblockade für Wirtschaftsgüter gegen die Schweiz, Fliegerzwischenfälle mit amerikanischen und englischen Flugzeugen führten zu Spannungen, und die Alliierten übten verschiedentlich Kritik an den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland. Stalin ging sogar so weit, 1944 gegenüber Churchill zu erklären, die Alliierten sollten durch die Schweiz hindurchmarschieren, um so in den Rücken der deutschen Siegfriedlinie zu gelangen¹⁵⁵. Aus solchen bilateralen Problemen eine Annäherung an das immer stärker bedrängte Reich herauszulesen, entsprach nur noch illusionären Hoffnungen auf Hilfe für den Kampf im Osten.

Eine der wichtigsten Quellen zur Person von Goebbels und zum Propagandaministerium liegt in den «Geheimen Protokollen der Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium» vor¹⁵⁶. Die Sammlung umfasst die Konferenzprotokolle zwischen 1939 und 1941 und betrifft somit den für unser Thema interessantesten Zeitraum, in welchem die Schweiz durch Deutschland am stärksten bedroht war. Welche Einschätzung der

152 *Bonjour*, Bd. VI, S. 37.

153 Goebbels-Tagebücher 1942-43, S. 225.

154 Goebbels-Tagebücher 1942-43, S. 458.

155 *Bonjour*, Bd. V, S. 408.

156 Willi A. Boelcke (Hrsg.): «Kriegspropaganda 1939-1941 – Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium», Stuttgart 1966.

Schweiz durch Goebbels wird erkennbar, und was lässt sich über die generelle Linie aussagen, die im Ministerium vertreten wurde, was diese drei Jahre betrifft? Naturgemäß stand die Pressefrage im Vordergrund und sollte immer wieder Anlass zu gefährlichen Entwicklungen im Verhältnis zwischen Deutschland und der Schweiz geben.

Nachdem schon bei einer Konferenz vom 28. Oktober 1939 erwogen worden war, die «Neue Basler Zeitung» zu verbieten, ordnete Goebbels am 7. November 1939 an, dass die «Schweizer Illustrierte» in Deutschland verboten wurde¹⁵⁷. Der Antrag für dieses Verbot war von Himmler gestellt worden, was die Frage aufwirft, ob Goebbels einfach dem Wunsch Himmlers nachgekommen ist oder ob Goebbels die Schweizer Illustrierte tatsächlich als politisch schädlich einstufte. Im November 1939 wurde Prof. Karl Börner, Leiter der Aulandpresseabteilung, mit dem Erstellen eines Berichtes über die Schweiz beauftragt. Börner vertrat in diesem Zusammenhang den Standpunkt, dass die deutschsprachigen Zeitungen des Auslands allgemein zu verbieten seien¹⁵⁸. Im März 1940 wurde zusätzlich der Leiter der Filmabteilung, Dr. Fritz Hippler, beauftragt nachzuprüfen, wieweit in der Schweiz die Wochenschauen von feindlichen Beiträgen durchsetzt sind¹⁵⁹. Wir können daraus ersehen, dass Presse- und Filmwesen in der Schweiz im Goebbelsministerium genau beobachtet wurden, wobei es in erster Linie immer um die Einhaltung der Neutralität ging, so wie sie vom Dritten Reich definiert wurde. Neutralität verstand Goebbels am 17. Februar 1940 wie folgt:

«Der Minister ordnet zur Durchführung der Neutralitätsdebatte an, dass die neutralen Staaten natürlich nicht 'mit dem Gewehr' zu bedrohen seien, sondern dass sie allmählich unter den Terror des von uns neu gebildeten Neutralitätsbegriffes zu bringen seien»¹⁶⁰.

Darunter verstand Goebbels eine Neutralität, welche nicht nur den politischen Bereich, sondern auch die Presse und das Radio umfasste; die Schweiz hätte sich aller Aussagen, welche sich gegen das Reich richteten oder für Deutschland ungünstig waren, enthalten sollen. Faktisch forderte Goebbels von der Schweiz eine «Gesinnungsneutralität», die sich mit dem Grundsatz der Meinungsäusserungsfreiheit nicht vereinbaren liess. Die schweizerische Presse entsprach zu diesem Zeitpunkt der nationalsozialistischen Auffassung von Neutralität nicht, und der Druck auf die schweizerische Presse wurde im Frühling 1940 verstärkt: Nach Beginn der deutschen Westoffensive versuchte der deutsche Presseattaché in Bern, Georg Trump, direkten Druck auf die «NZZ» auszuüben, ohne vorher die zuständigen Bundesbehörden zu informieren¹⁶¹; im Juni 1940 wurde der Berliner Korrespondent der NZZ, Reto Caratsch, aus Deutschland ausgewiesen¹⁶². Wie sich Goebbels die Stellung der Schweiz nach dem Sieg über Frankreich vorstellte, ersehen wir aus einer Konferenz

157 Goebbels-Konferenzen, S. 220.

158 Goebbels-Konferenzen, S. 222-223.

159 Goebbels-Konferenzen, S. 302.

160 Goebbels-Konferenzen, S. 288.

161 *Georg Kreis*: Juli 1940, Die Aktion Trump», Basel 1973.

162 *Rings*, S. 249 ff.

vom Juli 1940, in welcher er ausführte, Frankreich müsse politisch schwach und innerlich uneinig gehalten werden, um eine moralische Abwehrfront zu verhindern:

«Das Ziel müsse sein, aus Frankreich eine 'verdickte Schweiz' werden zu lassen»¹⁶³.

Offenbar sah Goebbels die Schweiz bereits wie Frankreich in der Position einer schwachen und lenkbaren Nation, mit der man nach jeweiligem Gutdünken umgehen konnte. Sehr aufschlussreich ist die Notiz vom 10. August 1940:

«Ob die Schweizerpresse wegen ihrer unerhörten Berichterstattung über die Luftschlacht (um England, Anm.) von der 'Berliner Börsenzeitung' oder vom 'Völkischen Beobachter' gerügt werden soll, muss mit Rücksicht auf den gerade abgeschlossenen deutsch-schweizerischen neuen Handelsvertrag mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt werden»¹⁶⁴.

Für das Propagandaministerium besass der am 9. August 1940 abgeschlossene Handelsvertrag mit der Schweiz genug Gewicht, um sich erst beim Auswärtigen Amt zu erkundigen, ob und in welcher Form die Schweiz wegen ihrer Berichterstattung über die Schlacht um England gerügt werden konnte. Als die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und England in vollem Gange war, glaubte Börner anlässlich einer Konferenz vom 8. September 1940 eine Änderung der schweizerischen Einstellung gegenüber Deutschland zu erkennen: Er erwähnte «Anbiederungsversuche» der schweizerischen Presse, die Schweiz würde ebenfalls ihr Herz für den «autoritären Staat» zu entdecken beginnen¹⁶⁵.

Hätte Deutschland damals England besiegen können, wäre für die Schweiz tatsächlich eine fatale Lage entstanden, weshalb es bis zu einem gewissen Grad verständlich ist, dass viele Zeitungen unter dem Eindruck der unmittelbaren Vorgänge Deutschland gegenüber Zurückhaltung übten, hatte doch der deutsche Legationsrat von Bibra einmal bemerkt, man werde die Schweiz nach der Besiegung Englands «einsacken», wenn die Schweizerzeitungen nicht endlich positiv über Deutschland schreiben würden¹⁶⁶. Goebbels untersagte der deutschen Presse jedoch ausdrücklich, über die Neuorientierung der Schweiz auf den autoritären Kurs hin zu berichten, Deutschland solle davon keine Notiz nehmen¹⁶⁷. Goebbels wollte offensichtlich verhindern, dass in Deutschland die Meinung aufkomme, die Schweiz sei ein befreundeter Staat.

Interessant sind die Anordnungen Goebbels' in einer anderen Frage: Der schweizerische, aber nationalsozialistisch ausgerichtete Schriftsteller Jakob Schaffner war nach Deutschland emigriert und schrieb dort u.a. in der von Goebbels herausgegebenen Wochenzeitung «Das Reich». Schaffner hatte die Schweizerische Eidgenossenschaft als Vorform der «völkischen Demokratie» definiert, sprach aber auch vom Selbstbestimmungsrecht der Schweiz im neuen Europa unter Adolf Hitler.

163 Goebbels-Konferenzen, S. 420.

164 Goebbels-Konferenzen, S. 453.

165 Goebbels-Konferenzen, S. 496.

166 *Bonjour*, Bd. V, S. 217.

167 Goebbels-Konferenzen, S. 503.

Schaffner war von Hitler empfangen worden und brachte diesem gegenüber zum Ausdruck, die Schweiz würde sich positiv zum neuen Deutschland einstellen, brauche aber noch Zeit für diese Entwicklung. Hitler hatte darauf entgegnet, dass er selbst, sollte die Zeit nicht genutzt werden, in der Schweiz zum Rechten sehen werde. Goebbels kritisierte nun, dass Schaffner als schweizerischer Emigrant im «Reich» zu den Problemen zwischen Deutschland und der Schweiz Stellung nehme:

«Was man der Schweiz zu sagen habe, dürfe nicht der Feder eines Schweizer Emigranten entstammen. Auch die schärfste Polemik gegen die Schweiz, von einem Deutschen vorgebracht, werde dort auf weniger Ablehnung stossen, als die Ausführungen des Emigrantenschriftstellers Schaffner»¹⁶⁸.

Goebbels gab damit einerseits zu, dass die Schweiz dem Nationalsozialismus gegenüber mehrheitlich feindlich gesinnt war und einen Emigranten wie Schaffner ablehnte; andererseits schätzte er die Lage richtig ein und sah die Problematik einer solchen Propaganda für eine «völkische» Schweiz.

In einem anderen Fall reagierte die schweizerische Öffentlichkeit ähnlich: Zu Beginn des Jahres 1941 lud die Presseabteilung der deutschen Reichsregierung schweizerische Journalisten zu einer Studienreise nach Deutschland ein, und das Propagandaministerium registrierte darauf die heftige Diskussion über diese Reise in der Schweizerpresse. Börner schlug am 28. Februar 1941 vor, in diese Diskussion nicht einzugreifen, da sich die Schweiz damit vor der Öffentlichkeit genügend belaste¹⁶⁹. Die Einladung an schweizerische Journalisten beweist das deutsche Interesse an einer Verbesserung des zwischenstaatlichen Klimas zum damaligen Zeitpunkt. Die Reise sollte einen Propagandaeffekt für das Reich zur Folge haben, daher auch die Zurückhaltung des Ministeriums in dieser Frage. Nach dem Deutschlandbesuch der 12 Journalisten betonte die Schweizerpresse die geringe Informationsausbeute einer solchen gelenkten Reise, während welcher Goebbels anlässlich eines Empfanges vor den Journalisten erklärte, das Reich wolle keinen Druck auf die Schweiz ausüben¹⁷⁰. In einer Konferenz vom 27. März 1941 wurde dieser Gegenstand besprochen:

«Schweizer Blätter greifen in herausfordernder Weise die Tatsache an, dass 12 schweizerische Hauptschriftleiter eine Studienreise durch Deutschland gemacht hätten und auch von Reichsminister Dr. Goebbels empfangen worden seien ... Das sei ein Anlass,... um sich wieder einmal mit der Kirchturmspolitik der Schweiz und der provozierenden Haltung ihrer Presseorgane auseinanderzusetzen»¹⁷¹.

168 Goebbels-Konferenzen, S. 602-603.

Obwohl «Das Reich» von Goebbels kontrolliert wurde, konnte Schaffner darin eine Artikelfolge veröffentlichen. Seine Ausführungen wurden in der Schweiz unter scharfer Kritik aufgenommen (*Bonjour*, Bd. IV, S. 149 ff.).

169 Goebbels-Konferenzen, S. 629.

170 Über die Deutschlandreise schweizerischer Journalisten vgl.: «NZZ», Nrn. 565, 590, 617, 642 und 683, April-Mai 1941. Nr. 683 vom 4. Mai 1941 stellt den Empfang bei Goebbels dar.

171 Goebbels-Konferenzen, S. 648.

Was mit «Kirchturmspolitik» genau gemeint war, können wir nur vermuten. Wahrscheinlich sollte diese Charakterisierung andeuten, die Schweiz rage aus dem Kriegsgeschehen unbeteiligt heraus, leiste keinen Beitrag dazu und nehme sich eine Sonderstellung in Europa heraus, die ihr nicht zusteht. Selbst auf sportlicher Ebene war das Verhältnis zu Deutschland gestört. Als die Schweiz am 20. April 1941 Deutschland in einem denkwürdigen Fussballspiel mit 2:1 Toren besiegte, ordnete Goebbels an:

«... dass mit Staaten, mit denen ein so delikates politisches Verhältnis besteht, kein Sportaustausch gemacht wird»¹⁷².

Im Juni 1941 griff der schweizerische Theologe Karl Barth in einer Rede¹⁷³ das Vorgehen des Deutschen Reiches scharf an. Goebbels benützte die Gelegenheit, zu einem verbalen Schlag gegen die Schweiz auszuholen, indem er erklärte, die Rede Barths sei ein unglaublich scharfer Angriff gegen das Reich, der in der neutralen Schweiz unter dem Schutz der Öffentlichkeit und des Staates geführt worden sei. Dazu ist zu sagen:

«So hat es in Prag, in Warschau, in Paris und in Belgrad angefangen. Wir machen darauf aufmerksam, dass eine Regierung für die Haltung der öffentlichen Meinung verantwortlich ist; Beispiele beweisen, dass die Haltung der Öffentlichkeit eine Regierung sonst in Abenteuer hineinstürzen kann, die zum Schluss zur Vernichtung des Staates führen. Wir waren mit Belgrad in bestem Einvernehmen, dann kam die Strasse und ergriff das Wort und zum Schluss fielen die Bomben. Vor anderthalb Jahren haben wir mit der Schweizer Presse Diskussionen angestellt über geistige Neutralität. Wir haben nicht mehr nötig, ewig dasselbe wiederzukäuen. Wir warnen die Schweizer Regierung, diesem sträflichen und verbrecherischen Treiben der Gosse weiter tatenlos zuzuschauen»¹⁷⁴.

Goebbels drohte in dieser Konferenz der Schweiz ganz offen die militärische Besetzung an, indem er an andere Staaten erinnerte, welche alle von Deutschland erobert worden waren. Die Aussage, man sei mit Belgrad damals «in bestem Einvernehmen» gewesen, ist genauso unrichtig, wie dass Goebbels suggerierte, die Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz seien einwandfrei, und nur die freie Presse, welche andauernd Giftpfeile abschleudert, stehe einem guten Verhältnis der Staaten im Wege. Für uns erhebt sich die Frage, ob die ganze Pressefehde mit Deutschland eine echte Gefährdung der Schweiz bedeutete, wie wir dies aus verschiedenen Äusserungen Goebbels' und der übrigen Naziführung schliessen können, oder ob diese Auseinandersetzung eine völlig nebensächliche Rolle spielte, zitieren wir den Propagandaminister selbst. Die Quellen erwecken

172 Goebbels-Konferenzen, S. 694.

173 Barths Rede erschien 1945 im Druck:

Karl Barth: «Eine Schweizer Stimme 1938-1945», Zollikon 1945, S. 201-232 («Im Namen Gottes des Allmächtigen! 1291-1941»).

174 Goebbels-Konferenzen, S. 706-707.

Der schweizerische Bundesrat geriet nach Barths Rede unter deutschen Druck und verbot prompt die Veröffentlichung des Vortrages. Die Rede wurde trotzdem gedruckt und unter der Hand verkauft. Die Behörden hatten jedoch ihrer Pflicht, Gesinnungsneutralität zu üben. Genüge getan. Faktisch passten sich die Behörden den deutschen Pressionen äusserlich an, tolerierten aber stillschweigend die Umgehung der eigenen Massnahmen.

Vgl. zu dieser Problematik: *Bonjour*, Bd. V, S. 185 ff. und: *Rings*, S. 274.

den Eindruck, die Auseinandersetzung um die Presse sei tatsächlich ein ungelöstes Problem gewesen. Andererseits hätte sich Hitler auch nicht durch eine vollständige Pressekontrolle in der Schweiz von einer Eroberung der Eidgenossenschaft abhalten lassen, hätte dies seinen Absichten entsprochen; seine Kriegführung hing nicht von solchen Nebenfaktoren ab, sondern war von global-strategischen Überlegungen bestimmt, auf welche die Haltung der Schweiz keinen Einfluss hatte¹⁷⁵.

Im Herbst 1933 besuchte Goebbels zusammen mit Aussenminister von Neurath den Völkerbund in Genf und traf bei dieser Gelegenheit mit Bundesrat Motta zusammen. Im Gespräch betonten die beiden deutschen Minister ausdrücklich die Existenzberechtigung einer eigenständigen Schweiz und wiesen alle Annexionsabsichten Deutschlands kategorisch zurück. Goebbels erklärte in diesem Zusammenhang, die Schweiz sei ein solider, gesunder Organismus, der sich im Laufe einer langen Geschichte harmonisch entwickelt habe. Ein Europa ohne die Schweiz sei nicht denkbar, denn das Land habe eine spezielle, hohe Aufgabe¹⁷⁶.

Solche Äusserungen hatten damals die Funktion, die übrigen europäischen Staaten von der Friedfertigkeit des nationalsozialistischen Deutschlands zu überzeugen. Die Aussagen sind zwar interessant, verschleiern aber die langfristigen Absichten der deutschen Führung. Bourgeois vertritt in seinem Buch über das Dritte Reich die Meinung, Goebbels habe die Schweiz nicht gänzlich ans Reich anschliessen wollen, jedoch den geistigen und kulturellen Anschluss beabsichtigt, was der allgemeinen Formel «Anschluss, wenn auch nicht formell, so doch geistig, wirtschaftlich und kulturell»¹⁷⁷ entsprach. Wieso dieser Anschluss nicht wirklich durchgeführt wurde, erklärt u.a. eine Pressekonferenz von Goebbels, die er am 19. Januar 1943 hielt. Er erwähnte darin die Schweiz und erklärte, das Land beteilige sich sehr stark an der deutschen Rüstung durch seine Industrieproduktion, gleich wie Schweden, dessen Stahllieferungen für die deutsche Kriegführung unerlässlich seien. Goebbels betonte ausdrücklich, die neutrale Presse versuche diese Kollaboration durch eine entsprechend feindliche Haltung zu kompensieren, was jedoch nicht von Bedeutung sei. Es habe wenig Sinn, sich andauernd mit der Haltung der neutralen Presse auseinanderzusetzen; entscheidend seien die wirtschaftlichen Lieferungen¹⁷⁸.

Unsere vorgängige Fragestellung findet hier eine mögliche Antwort: Die wirtschaftliche Kooperation war wichtiger als die Anpassung der Presse, die Schweiz war durch ihr begrenzt freies Zeitungswesen nicht entscheidend gefährdet. Während der gleichen Pressekonferenz bemerkte Goebbels, man müsse die neutralen Pressestimmen einfach ignorieren und nicht sinnlose Drohungen ausstossen, denn eine Grossmacht könne sich nicht lei-

175 Andreas Hillgruber: «Hitlers Strategie – Politik und Kriegführung 1940-1941», Frankfurt a.M. 1965.

176 ADAP. Serie C. Bd. 1.2. S. 831.

177 Formulierung von SS-Brigadeführer Heinz Jost, Chef des Büros VI im Reichsicherheitshauptamt, Abt. SD. Zitiert nach: Bourgeois, S. 155.

178 Willi A. Boelcke (Hrsg.): «Wollt Ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbelskonferenzen 1939-43», Stuttgart 1967, S. 321.

sten zu drohen und dann nichts zu unternehmen. Im Moment habe Deutschland nicht die Absicht, militärisch gegen die Neutralen vorzugehen, und schliesslich sei die Arbeit der Neutralen für die deutsche Rüstung von grösserer Wichtigkeit als das Gezetter der neutralen Presse.

4. Das Auswärtige Amt (AA) in Berlin

a) *Constantin Freiherr von Neurath, Aussenminister 1932-1938*

Neuraths diplomatische Laufbahn begann lange vor 1933: Schon 1901 trat er in die Dienste des Auswärtigen Amtes in Berlin, war dann als Diplomat in London, Konstantinopel, Kopenhagen und Rom tätig, ehe er 1932 unter Franz von Papen Aussenminister wurde. Erst 1937 trat Neurath in die NSDAP und SS ein und erhielt den Rang eines SS-Gruppenführers. Für unsere Arbeit interessiert nur seine Tätigkeit bis 1938; Neurath wurde anschliessend Reichsminister ohne Geschäftsbereich und war zwischen 1939 und 1943 Reichsprotector von Böhmen und Mähren. Hitler entliess Neurath 1938 als Aussenminister und berief den genehmeren Ribbentrop, um seine Kriegspläne reibungsloser in die Tat umsetzen zu können. Neuraths Amtszeit deckt jedoch weitgehend den Zeitraum zwischen 1933 und Kriegsausbruch ab und wird daher für unsere Untersuchung von einiger Wichtigkeit.

Als von Neurath zusammen mit Goebbels im Herbst 1933 im Völkerbundspalais in Genf weilte, kam es zu einem Zusammentreffen mit Bundesrat Motta¹⁷⁹. Der schweizerische Aussenminister sprach die beiden Deutschen auf verschiedene bilaterale Probleme zwischen den beiden Ländern an und erwähnte vor allem auch Gerüchte über angebliche Angliederungsbestrebungen des Reiches. Neurath vermerkte zu diesem Punkt:

«Herr Minister Goebbels und ich erklärten ihm kategorisch, dass solche Idee völlig absurd sei. In Deutschland denke kein vernünftiger Mensch daran, den Bestand der schweizerischen Eidgenossenschaft zu gefährden»¹⁸⁰.

Zu jenem Zeitpunkt entsprachen diese Erklärungen auch den Tatsachen, weshalb es Neurath leichtfiel, Motta zu ermächtigen, von der ausgesprochenen Garantie der Schweiz «nach Gutdünken» Gebrauch zu machen. Einige Monate später sprach der schweizerische Gesandte in Berlin, Dinichert, den deutschen Aussenminister auf die Gründung einer Gruppe von schweizerischen Nationalsozialisten in Berlin an. Dinichert wollte die Haltung Deutschlands zu einem solchen Vorgang erfahren und erhielt von Neurath die Antwort, das Deutsche Reich werde solche Gruppen nicht unterstützen. Dinichert meldete am 25. Januar 1934 an Motta:

179 Vgl. S. 50.

180 ADAP, Serie C, Bd. 1.2, Aufzeichnung von Neuraths vom 26. September 1933, S. 831.

«Aus Äusserungen von Beamten des Auswärtigen Amtes wie auch der deutschen Presse von heute morgen könnte man sogar annehmen, dass die deutschen Stellen bereit wären, gegen die Bildung solcher politischer Verbände durch Ausländer direkt vorzugehen»¹⁸¹.

Diese Einschätzung Dinicherts war nur teilweise richtig: Die deutschen Stellen verhielten sich je nach den Umständen und den Personen anders und konnten in einem Fall eine solche Entwicklung fördern¹⁸², während ungeeignet und unfähig scheinende Schweizer verhaftet und abgeschoben wurden¹⁸³. Dieser Punkt wird im Abschnitt über das RSHA genauer untersucht werden, da solche Fälle in diesen Zuständigkeitsbereich gehörten. Auch von Neurath sind Äusserungen zum deutschschweizerischen Pressekonflikt erhalten geblieben: Im Sommer 1935 sprach Dinichert bei Neurath vor und brachte das Gespräch auf das beabsichtigte Verbot der «Basler Nachrichten» in Deutschland. Dinichert erwähnte dabei die verbesserten Beziehungen zwischen den beiden Ländern seit dem Fall Jacob¹⁸⁴ und betonte die Problematik einer erneuten Anspannung im gegenseitigen Verhältnis. Neurath vermerkte zu Dinicherts Besuch am 26. Juni 1935:

«Ich erklärte Herm Dinichert, es sei ihm hinreichend bekannt, dass wir seit Monaten uns bemüht hätten, die 'Basler Nachrichten' zu einer Änderung ihrer Berichterstattung über Deutschland und die Vorkommnisse in Deutschland zu veranlassen. Herr Oeri¹⁸⁵ habe mir noch am Tage vorher erklärt, dass er nicht in der Lage sei, die Einstellung seiner Zeitung zu ändern oder eine nach seinen Ansichten gerechtfertigte Kritik an den Zuständen in Deutschland aufzugeben. Unter diesen Umständen sehe ich keine Möglichkeit mehr, das Verbot der 'Basler Nachrichten' zu verhindern»¹⁸⁶.

Neurath trug die ganze Angelegenheit dem Führer vor, der sich in der Frage als gut unterrichtet erwies und entschied, die Zeitung sei ab sofort zu verbieten. Den Antrag für das Verbot hatte jedoch das Propagandaministerium Goebbels' gestellt. Dieser ganze Vorgang weist uns auf die Entscheidungsmechanismen im Dritten Reich hin: Weder Goebbels noch der Aussenminister konnten ein solches Verbot selbst aussprechen; erst nach der Entscheidung Hitlers trat dieses in Kraft.

Am 4. Februar 1936 erschoss der jugoslawische Staatsangehörige David Frankfurter den deutschen Landesgruppenleiter in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, in Davos. Als im Anschluss an das Attentat die schweizerischen Behörden die Landes- und Kreisleitung der NSDAP in der Schweiz verboten, da unterdessen das Ausmass der deutschen Organisation

181 BAB, Sig. E, 2'300, Berlin 1934.

182 Der schweizerische Nationalsozialist Max Leo Keller war Mitbegründer der «Nationalen Bewegung der Schweiz» und floh nach dem Verbot der NBS durch die schweizerischen Behörden nach Deutschland, wo er Ämter in der «Germanischen Leitstelle» in Berlin und in der deutschen Waffen-SS bekleidete. Er bezeichnete sich selbst als Führer der Nationalsozialisten aus der Schweiz in Deutschland (*Bonjour*, Bd. IV, S. 404).

183 Der Schweizer Erich Maey gründete 1934 eine schweizerische SA nach deutschem Vorbild in Berlin. Laut einer Notiz des AA verfügte die Gestapo das Verbot der Gruppe und wies Maey aus Deutschland aus (PAB, Akten des AA, Abt. Politik 2, Schweiz, Abt. II).

184 Am 9. März 1935 wurde der politische Flüchtling Berthold Jacob aus Basel von der Gestapo nach Deutschland entführt. Erst nach langen diplomatischen Bemühungen gelang es, Jacob wieder freizubekommen (*J.N. Willi: «Der Fall Jacob-Wesemann 1935-36»*, Bern 1972).

185 Oeri war Chefredaktor der «Basler Nachrichten» und Nationalrat.

186 ADAP, Serie C, Bd. IV, 1, S. 365, Aufzeichnung Neuraths vom 27. Juni 1935.

und Unterwanderung des Landes deutlich geworden war, diktierte Neurath eine Protestnote gegen diese Massnahmen und liess sie durch den deutschen Gesandten in Bern, Ernst von Weizsäcker, dem Bundesrat überreichen. Neurath protestierte gegen das Verbot der Landesgruppen und bezeichnete dieses als «unzulässige Beschränkung der natürlichen Auswirkungen des international anerkannten Fremdenrechts»¹⁸⁷. Neurath betonte, es sei für die Deutschen in der Schweiz selbstverständlich, das Gastrecht des Landes nicht zu missbrauchen und sich nicht in die inneren Verhältnisse der Eidgenossenschaft einzumischen; dieser Rahmen sei von den NSDAP-Mitgliedern in der Schweiz eingehalten worden. Neurath setzte dabei die NSDAP ausdrücklich mit dem gesamten deutschen Volk gleich und interpretierte damit das Verbot als gegen Deutschland an sich gerichtet. Gleichzeitig betonte Neurath den zivürechtlichen Charakter der NSDAP in der Schweiz, da diese rechtlich als Verein konstituiert sei und dadurch alle Vereinsfreiheiten gemäss der schweizerischen Rechtsordnung geniessen müsse. Der unmittelbare Zusammenhang zwischen Mordtat und Landesgruppenleitungsverbot habe die direkte Wirkung gehabt,

«... dass man sich in Deutschland nach dem Bekanntwerden des Beschlusses des Bundesrates mit Erstaunen gefragt hat, ob denn etwa die Leitung der Landesgruppe Schweiz der NSDAP einen politischen Mord begangen habe»¹⁸⁸.

Im Schlusswort der Note forderte Neurath die sofortige Aufhebung des Verbotes, nachdem er Gustloff ausdrücklich als «Märtyrer für die deutsche Sache» bezeichnet hatte¹⁸⁹. Der schweizerische Bundesrat hob das Verbot auch nach dem deutschen Protest nicht auf, tolerierte aber stillschweigend den Aufbau einer neuen deutschen Landesleitung in der Schweiz: In der deutschen Gesandtschaft wurde neu Legationsrat Hans Sigismund von Bibra als faktischer Leiter der NSDAP in der Schweiz akkreditiert, im Sommer 1940 seine Stellung als Landesgruppenleiter sogar offiziell anerkannt¹⁹⁰. Neuraths Versicherung, die NSDAP würde ihr Gastrecht in der Schweiz nicht missbrauchen, war eine völlige Verdrehung der Tatsachen; er erwies sich in der Gustloffaffäre als getreuer Helfer seines Führers und nahm in seiner Haltung ganz den Standpunkt der nationalsozialistischen Ideologie ein, den Gegner politisch unter Druck zu setzen, während parallel dazu die vorbereitenden Massnahmen der NSDAP ausserhalb Deutschlands im illegalen oder stillschweigend tolerierten Bereich weitergingen. Das AA erteilte am 1. Juli 1936 von Weizsäcker in Bern die Anweisung, er solle bei nächster Gelegenheit Motta mitteilen, die deutsche Regierung verzichte auf einen weiteren Notenwechsel in der Gustloff-Angelegenheit, da eine Fortsetzung des Gesprächs keinen praktischen Erfolg versprechen würde. Der Bundesrat hatte in seiner Antwortnote auf den deutschen Protest seinen Standpunkt bekräftigt und erklärt, das Verbot der Landesgruppenleitung würde nicht rückgängig gemacht. Das AA betonte

187 ADAP. Serie C. Bd. IV.2. S. 1129-31.

188 ADAP. Serie C. Bd. IV.2. S. 1131.

189 ADAP. Serie C. Bd. IV.2. S. 1131.

190 *Bonjour*, Bd. IV, S. 109.

aber, dieser Verzicht auf eine weitere Diskussion der Standpunkte würde keineswegs bedeuten, Deutschland hätte den neuen Zustand anerkannt; die Lage der NSDAP in der Schweiz sei weiterhin untragbar¹⁹¹. Diese Haltung des AA war durch einen Entscheid Hitlers begründet, der angeordnet hatte, auf einen weiteren Notenwechsel in dieser Angelegenheit zu verzichten¹⁹². Im August 1936 standen zwei bedeutsame Ereignisse bevor, und Hitler wollte zu diesem Zeitpunkt keinen weiteren Konflikt auf internationaler Ebene herbeiführen: Einerseits lenkten die Olympischen Spiele im Sommer 1936 die Weltöffentlichkeit von der übrigen Entwicklung in Deutschland ab; andererseits wurde im August 1936 die zweijährige Militärdienstzeit eingeführt und somit die Voraussetzung für die spätere Expansion des Reiches geschaffen.

Im Februar 1937 sprach Dinichert in Berlin Neurath auf eine allfällige Garantie des Reiches bezüglich der Unverletzbarkeit der Schweiz an. Dieser reagierte auf ein solches Ansinnen negativ und erklärte Dinichert:

«Besonnene, verantwortungsbewusste Persönlichkeiten in Deutschland denken nicht daran, der Schweiz heute oder später etwas anzutun. Es bestehen hierüber keinerlei dunkle Absichten oder irgendwelche Pläne. Die Leute die anders schreiben und reden und zeichnen sind Phantasten oder Dummköpfe, die nicht ernst genommen werden dürfen»¹⁹³.

Neurath erwähnte in diesem Gespräch den deutschen Reichsstatthalter in Baden, Robert Wagner, welcher sich in einer Rede in Säckingen in beleidigender Weise über die Schweiz geäußert hatte¹⁹⁴, und lehnte es ab, der Schweiz eine «selbstverständliche» Garantie abzugeben. Neurath bezog sich in seinen Aussagen auf deutsche Publikationen, welche die deutsche Schweiz als Teil des Grossdeutschen Reiches darstellten, ausgehend von der Grundthese Hitlers, dass «gleiches Blut in ein gemeinsames Reich gehört»¹⁹⁵. Neurath grenzte sich ausdrücklich von solchen geopolitischen Träumereien ab, wobei zu den Vertretern solcher Anschlussideen einflussreiche Personen wie der Geopolitiker und Hess-Lehrer Prof. Karl Haushofer aus München gehörten, der den Anschluss der «alemanni-

191 ADAP, Serie C, Bd. V.2, S. 668.

192 ADAP, Serie C, Bd. V.2, Anm. 1, S. 668.

193 Dinichert an Motta am 12. Februar 1937. in: BAB. Sig. E. 2'300. Berlin 1937.

194 Robert Wagner war Gauleiter und Reichsstatthalter in Baden und wurde 1943 Chef der Zivilverwaltung im besetzten Elsass. Bei einer Besetzung der Schweiz wäre er ein möglicher Anwärter auf den Posten eines Gauleiters in der Schweiz gewesen. Wagner hatte in seiner Rede folgende Aussagen gemacht: «Es ist eine Tatsache, dass auf dem Kampffeld des Propagandakrieges auch ein kleiner, aber desto gehässigerer Zwerg auftritt, der zwar vorgibt neutral zu sein, aber offenkundig seine ohnmächtige Wut gegen das Reich nicht anders als durch ein geiferndes Geschimpfe abreagieren kann. Warum das so ist, wissen wir nicht. Wir haben jedenfalls nichts dazu beigetragen und sind uns keiner Schuld bewusst. Man sagt, die hohen Berge würden auf die Dauer das Gemüt der Menschen bedrücken. Das mag sein. Wahrscheinlicher ist es, dass sie diese Wirkung auf das Gehirn der Menschen ausüben und nicht nur den tatsächlichen, sondern auch den geistigen Horizont einengen. Damit aber sind diese bedauernden Menschen kein politisches, sondern ein medizinisches Problem, und wir können sie getrost dem Arzt überlassen, der sich schon noch rechtzeitig finden wird, ehe es zu spät ist» (Aufzeichnung des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institutes (DAWI), in: Zentrales Staatsarchiv Potsdam (ZStAP), DAWI, 49.02, Nationalsozialistische Partei, Nr. 10086, Blatt 1).

195 *Adolf Hitler*: „Mein Kampf“, Bd. I, München 1936, S. 1.

schen Schweiz» ans Reich propagierte¹⁹⁶. Im gleichen Gespräch bekannte sich der deutsche Aussenminister jedoch ganz offen zu den weiteren Zielen der nationalsozialistischen Politik: Als Dinichert Neurath fragte, welche Deutschen im Dritten Reich zusammengeslossen werden sollten, gab dieser zur Antwort, Österreich würde zu Deutschland gehören. Die Sudetendeutschen könnten nur bei der Tschechoslowakei bleiben, wenn ihnen von der Regierung in Prag ein «erträgliches Dasein» gesichert würde¹⁹⁷. Nach Neuraths Definition war die Bevölkerung der deutschen Schweiz offenbar nicht Teil des Deutschtums, welches im kommenden Reich zusammengefasst werden sollte; zumindest vertrat er diese Haltung auf der offiziellen diplomatischen Ebene. Auch als der frühere schweizerische Bundesrat Schulthess am 19. Februar 1937 mit Neurath eine Unterredung hatte, versicherte er diesem, das politische System Deutschlands sei kein Exportartikel, man werde die Schweiz politisch in Ruhe lassen; Deutschland würde mit allen Nachbarn eine Verständigung finden¹⁹⁸. Schulthess wurde während seiner privaten Reise nach Deutschland auch von Hitler empfangen, der die Versicherungen Neuraths bekräftigte: Die Schweiz würde die Flanke Deutschlands decken und erspare dadurch dem Reich Befestigungen, Geld und Truppen; die deutsche Regierung sei froh über die Existenz der Schweiz und würde sich hüten, gegen das Land in irgendeiner Weise vorzugehen¹⁹⁹.

Aus den vorliegenden Aufzeichnungen kann nicht geschlossen werden, Neurath habe sich für eine Annexion der Schweiz durch Deutschland ausgesprochen. Andererseits erwies er sich als Gefolgsmann Hitlers und hiess dessen Grundsätze in der Aussenpolitik gut. Obwohl Hitler Neurath am 4. Februar 1938 gegen den politisch genehmeren Ribbentrop auswechselte, verblieb er weiterhin in leitender Stellung im Dritten Reich und war massgeblich beteiligt am ganzen System. Seine Haltung gegenüber der Schweiz könnte als gemässigt bezeichnet werden, vergleicht man sie mit derjenigen seines Nachfolgers, der ab 1938 die deutsche Aussenpolitik mitbestimmen sollte.

196 *Bonjour*, Bd. III, S. 382 ff.

197 Dinichert an Motta am 12. Februar 1937, in: BAB, Sig. E, 2'300, Berlin 1937.

198 *Bonjour*, Bd. III, S. 114.

199 *Bonjour* gibt eine ausführliche Schilderung des Treffens zwischen Schulthess und Hitler am 23. Februar 1937: In der Schweiz wirkten die Erklärungen des Kanzlers und des Aussenministers beruhigend, war doch bei diesem informellen Besuch eines schweizerischen Privatmannes von höchster deutscher Stelle die Unverletzlichkeit der Schweiz garantiert worden. Interessant ist die deutsche Argumentationsweise, die deutsche Garantie der schweizerischen Neutralität sei vor allem durch strategische Interessen des Reiches bedingt, wobei Hitler im Gespräch ausdrücklich den Wert einer eigenössischen Rüstung und Landesverteidigung hervorhob (*Bonjour*, Bd. III, S. 113 ff.).

b) *Joachim von Ribbentrop, Aussenminister 1938-1945*

Wolfgang Michalka bezeichnet in seiner Studie zur aussenpolitischen Konzeption Ribbentrops das geschichtliche Urteil über den Aussenminister Hitlers als überwiegend negativ: Äusserungen wie «Unfähigkeit», «Urteilslosigkeit», «Phantasiearmut» und «Arroganz» überwiegen, andererseits kommen in der Fachliteratur auch Ribbentrops Verhandlungsgeschick, seine Gewandtheit auf dem politischen Parkett und seine politische Begabung zum Ausdruck²⁰⁰. In Nürnberg wurde Ribbentrop wegen seiner massgeblichen Mitarbeit bei der Vorbereitung von Angriffskriegen gegenüber verschiedenen Staaten und wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt. Ribbentrop selbst versuchte sich in seinen Aufzeichnungen²⁰¹ kurz vor seiner Hinrichtung am 16. Oktober 1946 als Friedenspolitiker darzustellen, was nicht erstaunt. Uns interessiert in dieser Untersuchung nicht die historische Auseinandersetzung, ob Ribbentrop dem Führer absolut ergeben, ja eigentlich «hitlerhörig»²⁰², oder ein «ausserpolitisches Genie»²⁰³ war, wie ihn Hitler selbst charakterisiert hat, sondern uns interessiert in erster Linie die Frage, welchen Stellenwert die Schweiz in Ribbentrops aussenpolitischer Konzeption eingenommen hatte.

Der neue Aussenminister war gerade einen guten Monat im Amt, als Hitler Österreich gewaltsam mit dem Deutschen Reich vereinigte. Nach diesem für andere Kleinstaaten beängstigenden Vorgehen Deutschlands war dem AA daran gelegen, eine Phase der Beruhigung und Beschwichtigung einzuleiten. Am 22. März 1938 sandte Staatssekretär Mackensen dem deutschen Gesandten in Bern, Köcher, folgendes Telegramm:

«Bitte Bundesregierung für ihre verständnisvolle und freundschaftliche Haltung in der Anschlussfrage Österreichs unseren Dank auszusprechen, und wie bereits von dort geschehen, allen Greuelnachrichten wegen einer angeblich bevorstehenden Vergewaltigung der Schweiz nachdrücklich entgegenzutreten»²⁰⁴.

Auch unter Ribbentrop nahm das AA der Schweiz gegenüber eine ähnliche Haltung wie unter von Neurath ein und war darum bemüht, die Schweiz im Glauben zu lassen, sie habe politisch nichts zu befürchten. Motta hatte Köcher gegenüber nach dem Anschluss Österreichs seine «Bewunderung über die Art und Weise der Durchführung des Anschlusses» ausgedrückt²⁰⁵, was in Deutschland mit Befriedigung aufgenommen wurde. Diese Haltung Mottas könnte zur Annahme verleiten, der schweizerische Aussenminister habe den Anschluss Österreichs gutgeheissen; Bonjour verweist in diesem Zusammenhang darauf hin, Köcher habe wahrscheinlich Mottas Aussagen zugunsten der deutschen Seite überhöht, und Motta selbst habe die bestehenden Spannungen mit Deutschland nicht noch ver-

200 *Wolfgang Michalka*: «Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik, 1933-1940», München 1980, S. 9.

201 *Joachim von Ribbentrop*: «Zwischen London und Moskau – Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen», Leoni am Starnberger See 1953.

202 *Michalka*, S. 10.

203 *J.C. Fest*: «Das Gesicht des Dritten Reiches», München 1963, S. 207.

204 ADAP, Serie D, Bd. V, S. 569.

205 Köcher am 14. März 1938 ans AA, in: ADAP, Serie D, Bd. V, S. 489.

schärfen, sondern durch seine anerkennenden Worte dem Reich entgegenkommen wollen²⁰⁶. Das Telegramm des AA mit dem deutschen Dank beweist die positive Wirkung der Haltung Mottas, der von der deutschen Geschichtsschreibung in diesem Punkt eher negativ beurteilt wird²⁰⁷.

Als am 9. Juni 1938 der neue schweizerische Gesandte, Frölicher, von Hitler zu einem Antrittsbesuch empfangen wurde²⁰⁸, erhielt die Schweiz von Ribbentrop eine schriftliche Neutralitätsgarantie überreicht; bei der Notenübergabe hielt der Aussenminister ausdrücklich den Wert der schweizerischen Neutralität für Deutschland fest²⁰⁹. Schon am 14. Mai 1938 hatte die Schweiz durch den Völkerbund die «Integrale Neutralität» ausgesprochen bekommen, welche die Schweiz von der Mitwirkung bei Sanktionen des Völkerbundes befreite. Als der schweizerische Gesandte Dinichert bei Ribbentrop am 20. Mai 1938 vorsprach und diesem eine Note betreffend die integrale Neutralität der Schweiz übergab, bemerkte Ribbentrop, er erwarte von der Schweiz nicht nur Neutralität auf diplomatischer Ebene, sondern auch im Bereich der Presse. Staatssekretär Weizsäcker notierte zu dieser Unterredung:

«(der Aussenminister) ... drückte sich auch erfreut aus über den jetzt erzielten Fortschritt der Schweiz gegenüber dem Völkerbund. Jedoch liess der Herr Reichsminister den Gesandten Dinichert unter einem gewissen Druck wegen des Verhaltens der schweizerischen Publizistik»²¹⁰.

Für Ribbentrop war die Rückgewinnung der integralen Neutralität durch die Schweiz zwar positiv; er machte aber den Vorbehalt, wie es mit der schweizerischen Neutralität im Ernstfall stehe, wenn diese Presse Ausdruck des Volkswillens sei. Ribbentrop erwartete vom schweizerischen Bundesrat Druck auf die freie Presse, sich in ihrer Haltung um eine für Deutschland freundlichere Berichterstattung und Kommentierung zu bemühen; die diplomatische Position der Schweiz war vorerst gesichert, während die Pressefrage in der Sicht Ribbentrops weiterhin ungelöst blieb.

Der ausdrücklichen Garantie der schweizerischen Neutralität durch Deutschland vom Juni 1938 waren verschiedene Vorstellungen durch Dinichert bei Amtsträgern des AA vorausgegangen, welche von den Beteiligten als «sonderbar» empfunden wurden: Schon 1935 hatte es Staatssekretär von Bülow abgelehnt, eine selbstverständliche Garantie durch das Reich abzugeben²¹¹; in ähnlichem Sinne äusserte sich der Leiter der Rechtsabteilung, Gaus, nach einem Besuch Dinicherts am 20. Mai 1938, bei welchem dieser auf eine deutsche Garantie der Schweiz gedrängt hatte. Gaus sprach von «deplaciertem Ansinnen» und äusserte die Meinung, eine wirkliche Neutralität der Schweiz sei ein wichtiges Element

206 *Bonjour*, Bd. III, S. 234 ff.

207 *Karl-Dietrich Bracher*: «Propyläen Weltgeschichte 9», Berlin 1960: Auf S. 424 wird zu Mottas Verhalten in der Frage des Anschlusses von Österreich bemerkt: «Von der Schweiz kamen Glückwünsche.»

208 Vgl. S. 15 ff.

209 Frölicher an Motta am 21. Juni 1938, in: BAB, Sig. E, 2'300, Berlin 1938.

210 ADAP, Serie D. Bd. V, S. 571-72, Text der Note in: Anlage, S. 562.

211 Vgl. S. 16.

des europäischen Friedens; eine formelle Anerkennung dieses Sachverhaltes durch Deutschland sei deshalb nicht denkbar²¹². Auch der Leiter der Politischen Abteilung im AA, Woermann, verwies Dinichert bei seinem Abschiedsbesuch vom 25. Mai 1938 auf die Erklärungen Hitlers Schulthess gegenüber, sprach aber die Vermutung aus, der neue Status der Schweiz könnte im Kriegsfall zu einer gegen Deutschland gerichteten Propaganda von schweizerischem Territorium aus führen²¹³. Unter diesen Voraussetzungen bedeutete es für die Schweiz einen Erfolg, von der deutschen Regierung eine formelle Zusicherung der nationalen Unabhängigkeit und der Neutralität zu erhalten. In der Note Ribbentrops wurde u.a. erklärt:

«Die Deutsche Regierung hat mit grossem Interesse davon Kenntnis genommen, dass es den Bemühungen der Schweizerischen Regierung gelungen ist, sich von Verpflichtungen zu befreien, die in der Tat geeignet waren, die Neutralität der Schweiz zu gefährden. Die Deutsche Regierung begrüsst dieses Ergebnis, weil sie in der unbedingten Aufrechterhaltung der Neutralität der Schweiz ein wichtiges Element für die Sicherung des europäischen Friedens sieht»²¹⁴.

Legationsrat Schmidt aus dem Büro Reichsaussenminister hielt zu dieser Note der deutschen Regierung in einer Notiz vom 14. Juni 1938 fest:

«Es sei zu wünschen, dass insbesondere die kleineren Länder in Westeuropa dem Beispiel der Schweiz folgten ... Der Führer wies zum Schluss der Unterredung nachdrücklichst auf die Entschlossenheit Deutschlands hin, die Neutralität der Schweiz unter allen Umständen zu respektieren. Das sei die Grundlage unserer gesamten Politik der Schweiz gegenüber, und daran würde sich auch in Zukunft nichts ändern»²¹⁵.

Hitler war tatsächlich davon überzeugt, die Schweiz würde auch in einem künftigen Krieg neutral bleiben. Dem niederländischen Gesandten hatte Hitler im April 1939 erklärt, er sei davon überzeugt, dass sowohl Holland wie auch die Schweiz ihre Neutralität genau beachten würden²¹⁶.

Kurz nach Kriegsausbruch hielt Ribbentrop am 24. Oktober 1939 in Danzig eine Rede über die «alleinige Kriegsschuld Englands»²¹⁷. In dieser tendenziösen Ansprache kam Ribbentrop auch auf Burckhardt zu sprechen und bemerkte:

«Es ist ein Gebot der Fairheit, bei dieser Gelegenheit auf die gerechte und superiore Amtsführung des letzten Völkerbundskommissars, des Schweizer Professor Burckhardt, hinzuweisen, der immer bestrebt war, einen gerechten Ausgleich der Interessen herbeizuführen, und dessen Tätigkeit eine rühmliche Ausnahme im Vergleich zu manchen seiner Vorgänger darstellt»²¹⁸.

212 ADAP, Serie D, Bd. V, S. 573.

213 ADAP, Serie D, Bd. V, S. 573-74.

214 Ganzer Text der Note Ribbentrops an die Schweiz bei: *Bonjour*, Bd. VIII, S. 16-17, auch: ADAP, Serie D, Bd. V, S. 578-79.

215 ADAP, Serie D, Bd. V, S. 577.

216 Frölicher an Motta am 1. Mai 1939, in: BAB, Sig. E, 2'300, Berlin 1939.

217 *Joachim von Ribbentrop*: «Die alleinige Kriegsschuld Englands – Rede, gehalten in Danzig am 24. Oktober 1939», Berlin 1939.

218 Ribbentrop-Rede, S. 9.

Burckhardt hatte als Hochkommissar des Völkerbundes eine Politik des Ausgleichs zwischen Polen und dem Deutschen Reich eingehalten und insofern als Vertreter des Völkerbundes wie auch als schweizerischer Staatsbürger eine neutrale Position eingenommen. Ob die positive Würdigung nur der Person Burckhardts oder indirekt auch der Schweiz zudedacht war, kann nicht eindeutig beantwortet werden; in Ribbentrops Erinnerungen lässt er sich ziemlich breit über das deutsch-polnische Verhältnis vor Kriegsausbruch aus, erwähnt die Rolle Burckhardts aber nicht näher. Überhaupt findet die Schweiz in dieser Niederschrift nur geringe Beachtung und wenn überhaupt, so in einem nebensächlichen Zusammenhang: Als Jugendlicher lebte Ribbentrop während eineinhalb Jahren in Arosa und unternahm mit seinem Vater verschiedene Wanderungen in den Alpen²¹⁹. Die Schweiz stand für ihn in den Jahren 1940 und 1941 «ganz unter dem Einfluss der Achse»²²⁰, gleichzeitig wollte Ribbentrop aber nichts Genaueres über die Struktur des neuen Europas nach dem deutschen Sieg gewünscht haben:

«Nur vom Hörensagen erfuhr ich gelegentlich von Plänen des Führers für ein 'Germanisches Reich' mit dem Deutschen Reich als Kern und einem föderativen Zusammenschluss der anderen germanischen Staaten»²²¹.

Es mutet seltsam an, dass der deutsche Aussenminister über die Konzeption der nationalsozialistischen Aussenpolitik Hitlers im ungewissen war und nur Vermutungen anstellen konnte, was Hitler mit den europäischen Staaten beabsichtigte. Immerhin gestand Ribbentrop ein, dass es eine Utopie gewesen sei, die europäischen Staaten zu politischen Faktoren der deutschen Kriegführung zu machen; die «nationale Dynamik» dieser Staaten sei viel zu stark, der Glaube an den deutschen Endsieg viel zu schwach gewesen²²². Schenken wir Ribbentrops Erinnerungen nur halbwegs Glauben, müssen wir den Schluss ziehen, er habe kein festes Konzept über die Zukunft der Schweiz gehabt, sondern diese Frage ungeklärt gelassen²²³.

Ribbentrop versprach den europäischen Staaten in einer Rede im September 1942 in Berlin:

«Die europäische Neuordnung wird kommen, und das neue Europa wird ein besseres sein als das vergangene, und jede Nation wird in demselben den ihr gebührenden Platz finden»²²⁴.

Diese Formulierung ist sehr charakteristisch für das nationalsozialistische Denken, indem man den Ländern den ihnen «gebührenden» Platz zuweist. Einem Kleinstaat wie der Schweiz wäre dabei nicht viel mehr zugestanden worden, als die Rolle eines Vasallen zu spielen, hatte doch Hitler schon zu Beginn seiner Herrschaft Rauschning erklärt, die Neu-

219 Ribbentrop-Erinnerungen, S. 15.

220 Ribbentrop-Erinnerungen, S. 240.

221 Ribbentrop-Erinnerungen, S. 258.

222 Ribbentrop-Erinnerungen, S. 259.

223 Michalka kommt in seiner Studie zum Schluss, Ribbentrop habe einen europäischen Block mit den Kleinstaaten als Juniorpartner des Grossdeutschen Reiches angestrebt (S. 304).

224 *Joachim von Ribbentrop*: «Ansprache des Reichsministers des Auswärtigen am 27. September 1942 in Berlin zum 2. Jahrestag der Unterzeichnung des Dreimächtepaktes», Berlin 1942, S. 15.

tralen würden von den Grossen «aufgesaugt» werden²²⁵. Die Äusserungen Ribbentrops können nur als Propaganda und Zweckoptimismus qualifiziert werden; im September 1942 war das Reich bereits militärisch in die Defensive geraten, und Ribbentrop gab in seinen Erinnerungen zu, dass er schon ab Herbst 1941 ernste Sorgen um die weitere Entwicklung hatte²²⁶.

Der schweizerische Gesandte in Berlin, Frölicher, wurde von Ribbentrop während des ganzen Krieges nur zweimal empfangen. Am 2. Mai 1940, also unmittelbar vor dem Westfeldzug, liess der deutsche Aussenminister Frölicher ins Reichspräsidentenpalais kommen und eröffnete ihm, es sei eine Beleidigung für Deutschland, dass der Bundesrat einem Vertreter einer «Emigrantenregierung» das Agrément erteilt habe. Hitler sei empört, die Reichsregierung könne dies nicht hinnehmen. Deutschland würde die diplomatischen Beziehungen mit der Schweiz abbrechen, sollte Bern dem nicht mehr existierenden Polen einen Vertreter zugestehen; ausserdem habe die schweizerische Presse das Reich weiterhin beschimpft und beleidigt, was von Deutschland nicht mehr hingenommen werden könne. Hitler selbst sei über das geplante Agrément eines polnischen Gesandten in Bern und über die Schweizerpresse sehr aufgebracht gewesen²²⁷. Ribbentrop bezog sich in seinen Ausführungen auf die geplante Neuakkreditierung eines Vertreters der polnischen Exilregierung in Angers durch Bern. Der deutsche Druck wurde intensiviert: Am 4. Mai 1940 sprach Köcher bei Pilet-Golaz vor, und später intervenierte Legationsrat von Bibra in der gleichen Angelegenheit. Schliesslich kam ein Kompromiss zustande, indem Aleksander Lados, der polnische Vertreter, seine Funktion in Bern als Chargé d'Affaires mit dem Titel eines bevollmächtigten Ministers ausübte²²⁸. Ribbentrops Eingreifen in dieser Angelegenheit zeigt auf, wie Deutschland sofort Druck auf Bern ausübte, verhielt sich die Schweiz im deutschen Sinne nicht neutral und den Wünschen Berlins konform.

Bei anderen Vorgängen erwies sich Ribbentrop in seiner Haltung eher gemässigt: Als im Frühling 1939 der schweizerische Gesandte in Paris, Minister Stucki, von Frankreich und von England ein einseitiges Angebot für eine Neutralitätsgarantie der Schweiz durch die Westmächte erhielt, was faktisch einen Bruch der schweizerischen Neutralität bedeutet hätte, wäre sie auf dieses Angebot eingetreten, wies Ribbentrop Köcher an, in der Angelegenheit keine weiteren Schritte zu unternehmen und die Frage mit «grosser Vorsicht» zu behandeln²²⁹. Köcher war vorgängig bei Motta gewesen und hatte erfahren, offiziell sei der Schweiz kein solches Angebot gemacht worden²³⁰. Ribbentrop war bei diesen Vorgängen nicht an einer Verschärfung der Situation interessiert, obwohl das Vorgehen

225 *Rauschning*, S. 118.

226 Ribbentrop-Erinnerungen, S. 260.

227 ADAP, Serie D, Bd. IX, S. 219.

228 *Bonjour*, Bd. IV, S. 299 ff.

229 Telegramm Nr. 43 vom 12. April 1939, Ribbentrop an Köcher in Bern, in: PAB, Deutsche Gesandtschaft, Bern, 797/1.

Der ganze Vorgang ist dargestellt bei: *Bonjour*, Bd. III, S. 349-360.

230 *Bonjour*, Bd. III, S. 354.

Frankreichs berechtigtes Misstrauen bezüglich der Neutralität der Schweiz hervorgerufen hatte. Als es im Frühjahr 1940 zu deutschen Verletzungen des schweizerischen Luftraumes kam und schweizerische Lieferungen aus Produktionsgründen an Deutschland ausblieben, stoppte Deutschland die Lieferung von bestellten Flugzeugen vom Typ «Messerschmitt», und Göring untersagte jede Lieferung von entsprechenden Ersatzteilen²³¹. Doch auch in diesem Fall wirkte Ribbentrop eher mässigend auf die Krise ein, indem er dem Chef der Handelspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Emil Wiehl, Anweisung erteilte, den Ton gegen die Schweiz nicht zu verschärfen²³².

Wie müssen wir die Position Ribbentrops gegenüber der Schweiz interpretieren? Bourgeois kommt in seiner Arbeit zum Schluss, Ribbentrop habe in der Frage der Schweiz zwischen zwei Richtungen geschwankt: Einerseits betrieb er eine Politik der aktiven Unterstützung der schweizerischen Nationalsozialisten²³³. Andererseits hielt sich Ribbentrop auf der diplomatischen Ebene an eine gemässigte Linie der Schweiz gegenüber und verfolgte eine Politik des «sanften Anschlusses»²³⁴.

Bei einer vollständigen Besetzung der Schweiz hätten die beiden Achsenpartner Deutschland und Italien eine gemeinsame Grenze auf dem Alpenkamm erhalten, was heikle Fragen des genauen Grenzverlaufs bewirkt hätte²³⁵. Mag hier ein Erklärungsansatz der eher zurückhaltenden Politik Ribbentrops in der Frage der Schweiz vorliegen, indem er der Eidgenossenschaft eine Pufferfunktion zwischen den faschistischen Mächten zuordnete? Eine von Deutschland abhängige Schweiz diene dem Reich zu diesem Zeitpunkt mehr als eine Aufteilung des Landes, die ungewisse Folgen für das deutsch-italienische Verhältnis getragen hätte.

Am 22. Juni 1940 war das deutsch-schweizerische Verrechnungsabkommen bis 1. Juli 1940 verlängert worden. Unter starkem deutschem Druck wurden die Wirtschaftsverhandlungen erst in Bern, ab 21. Juli in Berlin fortgesetzt. Am 9. August 1940 konnte dann ein neues Wirtschaftsabkommen mit Deutschland abgeschlossen werden²³⁶. Mitten während dieser für die Schweiz entscheidenden Verhandlungen fällt Ribbentrop den Entscheid, nicht mehr länger auf die offizielle Wiederzulassung eines deutschen Landesgruppenleiters in der Schweiz zu drängen. Am 16. Juli 1940 telegraphierte er an den Chef der AO der NSDAP, Staatssekretär Bohle:

231 *Bourgeois*, S. 168.

232 Legationsrat Sonnleithner aus dem Büro Reichsaussenminister des Auswärtigen Amtes am 5. Juli 1940 an Wiehl, Chef der Handelspolitischen Abteilung des AA, in: PAB, Handelspolitische Abteilung, Handakten Wiehl, Bd. 8, Schweiz, 1940-42.

233 Das A A unterstützte schweizerische Erneuerungsbewegungen finanziell: Unterstaatssekretär Luther beantragte am 28. September 1942 bei Ribbentrop die Überweisung von RM 34'974.-, was nach damaligem Kurs sFr. 60'000.- betrug. Diese Summe war für ein Vierteljahr gedacht und diente der Unterstützung von a) nationalen Publikationen, b) schweizerischen Erneuerungsbewegungen und c) verhafteten oder ins Reich geflohenen Nationalsozialisten in der Schweiz (PAB, Dienststelle Ribbentrop, Schweizer Erneuerungsbewegungen 1942).

234 *Bourgeois*, S. 301.

235 Siehe S. 29.

236 *Robert Urs Vogler*: «Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941», Dissertation, Zürich 1983, S. 150 ff.

«Es muss bis auf Weiteres davon abgesehen werden, an die Schweizer Regierung die Forderung auf Wiederzulassung der Landesgruppenleitung und der Kreisleitungen in der Schweiz zu stellen. Ich halte es nicht für opportun, dass wir in der gegenwärtigen Situation mit Massnahmen zur Organisation der Reichsdeutschen im Ausland hervortreten. Jede solche Massnahme würde der Hetzpropaganda '5. Kolonne', wie sie gegen uns besonders in Südamerika gemacht wird, neuen Auftrieb geben, was wir derzeit vermeiden wollen. Es ist daher angebracht, damit bis zum Kriegsende zu warten»²³⁷.

Ribbentrop empfahl im gleichen Schreiben, auf unberechtigte Ausweisungen von Reichsdeutschen aus der Schweiz mit «scharfen Repressalien» zu antworten, bemerkte aber zugleich, von einer Androhung eines solchen Vorgehens offiziell abzusehen. Ribbentrops Haltung in dieser Frage findet verschiedene Erklärungen: Er wollte die laufenden Wirtschaftsverhandlungen durch politische Demarchen nicht negativ beeinflussen und war erstaunlicherweise um den Ruf des Reiches besorgt, es unterhalte «5. Kolonnen» im Ausland. Ausserdem stand die Luftschlacht um England bevor, die vom 13. August 1940 an die deutschen Kräfte am Atlantik konzentrierte. Um die Zulassung eines deutschen Landesgruppenleiters musste sich Deutschland nicht ernsthaft sorgen, da Legationsrat von Bibra in Bern diese Tätigkeit faktisch ausübte und von den Behörden stillschweigend toleriert wurde²³⁸. Interessant ist Ribbentrops Hinweis, mit Massnahmen gegen die Schweiz bis zum Kriegsende zu warten; dies kann kaum anders gedeutet werden, als dass im Konzept des deutschen Aussenministers die Schweiz überhaupt nicht zur Eroberung vorgesehen war, sondern erst nach Kriegsende in die Neuordnung Europas hätte einbezogen werden sollen. Dieser Aufschub liess die Schweiz wahrscheinlich überleben.

Auch im Falle des Dokumentenfundes von La-Charité benützte Ribbentrop die Gelegenheit nicht, unmittelbar gegen die Schweiz vorzugehen. Schon am 3. September' 1940 lag dem A A ein geheimer Bericht über die schweizerisch-französischen Absprachen vor²³⁹. Der deutsche Gesandte in Bern, Köcher, meldete am 1. Oktober 1940 nach Berlin, Oberstkorpskommandant Wille habe ihn im Gespräch gefragt, ob er nicht die ganze Angelegenheit offiziell im Bundeshaus vorbringen möchte, worauf Köcher antwortete, er habe von der Sache «rein privatim» gehört²⁴⁰. Offiziell erfuhr Köcher von dem Fund erst am 14. Oktober 1940 durch Legationsrat Rintelen vom A A in Berlin, der dem deutschen Gesandten folgende Weisung übermittelte:

«Der Herr Reichsaussenminister bittet Sie, falls Sie erneut auf Dokumente über schweizerisch-französische Abmachungen für den Fall eines deutschen Angriffs auf die Schweiz angesprochen werden, zu erwidern, dass Sie von der Existenz solcher Dokumente nichts wissen»²⁴¹.

237 ADAP, Serie D, Bd. X, S. 193.

238 Laut einem Schreiben von Bibras an Bohle vom 1. Juni 1938 hatte Frölicher von Bibra erklärt, er «decke» seine Tätigkeit (ADAP, Serie D, Bd. VI, S. 574).

239 Text in: ADAP, Serie D, Bd. XI.1, S. 12-13.

240 Aufzeichnung Köchers vom 1. Oktober 1940, in: ADAP, Serie D, Bd. XI.1, S. 197.

241 Anm. 2 zur Aufzeichnung Köchers vom 1. Oktober 1940.

Die Haltung des AA in der für die Schweiz bedeutsamen Frage des Fundes in La-Charité kann verschieden interpretiert werden: Entweder wollte Ribbentrop die ganze Angelegenheit der Öffentlichkeit möglichst lange vorenthalten, um dadurch die Schweiz stillschweigend erpressen zu können und Deutschland bei Bedarf ein gravierendes Argument zu verschaffen, oder dann war dem Aussenminister 1940 tatsächlich an normalen Beziehungen zur Schweiz gelegen²⁴². Diese Möglichkeit wird durch einen Bericht Frölicher vom Herbst 1940 gestützt, der nach Bern meldete:

«Der jugoslawische Gesandte habe ihn informiert: Von deutscher Seite sei ihm gesagt worden, dass man 'jetzt' die Schweiz aus wirtschaftlichen Gründen nötig habe»²⁴³.

Schon im Sommer 1940 hatte der schweizerische Geschäftsträger a.i., Legationsrat Kappeler, aus Berlin nach Bern gemeldet, der Abschluss des Handelsvertrages mit Deutschland habe im Reich ein «freundliches Echo» gefunden. Von verschiedenen Seiten sei betont worden, es läge im Interesse der Schweiz, möglichst wenig Aufmerksamkeit auf sich zu lenken²⁴⁴. Ein nicht näher genannter «hoher Gewährsmann» hatte Frölicher ausserdem mitgeteilt, es bestehe keine unmittelbare Krise zwischen den beiden Ländern. Die Schweiz würde zum «Reservat» des Führers gehören, und dieser sei im Führerhauptquartier noch im Juli 1940 bestimmt für die «Integrität einer neutralen Schweiz auch im neuen Europa eingetreten»²⁴⁵. Schenken wir dieser Information Glauben, müssen wir annehmen, Ribbentrop habe sich in seiner Politik gegenüber der Schweiz von der Haltung Hitlers leiten lassen, dem in seiner Auseinandersetzung mit England an einer ruhigen und neutralen Schweiz gelegen war.

Nach der misslungenen Schlacht gegen England verlagerte sich der Schwerpunkt der deutschen Initiative in den Mittelmeerraum: Die Eroberung von Jugoslawien, Griechenland und Kreta, die Landung des Afrikakorps in Nordafrika und der Feldzug gegen Russland im Sommer 1941 rückten die Schweiz immer weiter vom Brennpunkt des militärischen Geschehens weg, sie stellte keinen wichtigen Gegenstand der deutschen Kriegsplanung mehr dar. Von Ribbentrop sind in dieser Phase auch nur ganz vereinzelt Dokumente erhalten geblieben, welche Aufschluss über die Schweiz vermitteln. Im Januar 1943, als die deutsche Niederlage in Stalingrad bereits feststand, äusserte sich Ribbentrop in einem Telegramm an Köcher über die Möglichkeit eines Eintritts der Schweiz an der Seite Deutschlands in den Krieg, welcher für das Reich in zunehmendem Masse ungünstig verlief. Köcher schrieb am 19. Januar 1943 Ribbentrop, Pilet-Golaz habe ihm zu verstehen gegeben, ein Eintreten der Schweiz in den Krieg sei nicht denkbar, die Schweiz würde sich aber gegen jeden Feind verteidigen²⁴⁶. Köchers Bericht hatte auf Ribbentrop die Wirkung,

242 Vgl. S. 20.

243 Frölicher an Pilet-Golaz am 21. Oktober 1940, in: BAB, Sig. E, Berlin 1940.

244 Kappeler an Pilet-Golaz am 19. August 1940, in: BAB, Sig. E, Berlin 1940.

245 Frölicher an Pilet-Golaz am 23. Juli und 24. September 1940, in: BAB, Sig. E, 2'300, Berlin 1940.

246 Dieser Bericht ist nicht erhalten geblieben.

Pilet-Golaz wollte in der Unterredung Deutschland «vor jeder Verletzung schweizerischen Gebietes» warnen, und das Reich könne sich keinerlei Hoffnungen auf eine Unterstützung gegen die Feindmächte durch die Schweiz machen²⁴⁷. Ribbentrop befragte in seinem Telegramm Köcher ausdrücklich um seinen Eindruck während der Unterredung, was beweist, dass solche Gesandtenberichte im AA eine direkte Wirkung hatten. Der deutsche Aussenminister dürfte kaum an eine militärische Unterstützung der Schweiz in Deutschlands Kampf im Osten geglaubt haben²⁴⁸; wahrscheinlich ging es ihm eher darum abzuklären, ob die Schweiz nicht ins alliierte Lager abgleiten würde. Dies geht auch aus einem Telegramm hervor, das von Sonnleithner am 29. September 1943 an Köcher abgesandt wurde: Ribbentrop hatte von angeblichen amerikanischen Druckversuchen auf die Schweiz erfahren, der Neutralität zu entsagen und gänzlich auf die Seite der Alliierten zu treten, und verlangte von Köcher eine Stellungnahme²⁴⁹. Ähnlich verhielt sich Ribbentrop in der Angelegenheit des Treffens zwischen General Guisan und SS-Brigadeführer Schellenberg im Frühling 1943 in Biglen bei Bern²⁵⁰. Sein Telegramm an Köcher vom 1. Oktober 1943 verrät die deutsche Sorge, die Schweiz würde nicht neutral bleiben und sich gegen einen Einmarsch der Alliierten nicht zur Wehr setzen. Ribbentrop sprach die Vermutung aus, es habe eine Fühlungnahme zwischen der Schweiz und den Alliierten stattgefunden, bemerkte aber am Schluss seines Berichtes:

«Die Beteuerungen der Schweizer, dass sie ihr Land gegen jeden Angriff verteidigen würden, erschien bisher glaubhaft; .

Betrachten wir die Kriegslage im Herbst 1943, so erstaunen die Befürchtungen Ribbentrops nicht²⁵². Aus einer Notiz Ribbentrops für Hitler vom 22. Juni 1943 geht hervor, Deutschland sei der Ansicht, dass die schweizerische Absicht, die Alpenpässe gegen einen Angriff von Süden zu verteidigen, keine Realität darstelle, da die Achsenmächte entschlossen seien, jede Landung der Engländer und Amerikaner auf dem europäischen Festland zu verhindern²⁵³. Wenige Tage nach dieser Feststellung erfolgte die alliierte Landung in Sizilien, worauf Mussolini in Italien gestürzt wurde. Im Herbst 1943 musste Deutschland militärisch in Italien eingreifen, um die Lage südlich der Alpen wieder zu stabilisieren. Aus dieser Phase des Krieges ist eine Zusammenstellung des AA erhalten geblieben,

247 ADAP, Serie E, Bd. V, S. 144-145, Telegramm vom 26. Januar 1943.

248 Vgl. S. 58.

249 ADAP, Serie E, Bd. VI, S. 603-605: SS-Gruppenführer Kaltenbrunner hatte diese Nachrichten dem AA zukommen lassen, der US-Präsident fordere vom Bundesrat schweizerische Flugplätze für alliierte Landemöglichkeiten.

250 Am 3. März 1943 traf sich General Guisan mit SS-Brigadeführer Schellenberg im bemschen Biglen im Gasthof Bären und versicherte dem Deutschen den schweizerischen Willen, die Neutralität vorbehaltlos zu verteidigen. Guisan übergab Schellenberg eine schriftliche Bestätigung seiner Aussagen (*Bonjour*, Bd. V, S. 74 ff. und *Bonjour*, Bd. VII, S. 235-36).

251 Telegramm Ribbentrops vom 1. Oktober 1943 an Köcher in Bern, in: ADAP, Serie E, Bd. VII, S. 3-5.

252 Nachdem die Alliierten schon im Sommer in Sizilien gelandet waren, begannen die sowjetischen Truppen ab Herbst 1943 mit ihrer Gegenoffensive im Osten.

253 ADAP, Serie E, Bd. VII, S. 4, Anm. 1.

welche den Titel «Unfreundliches Verhalten der Schweiz» trägt. Das Dossier stellt eine Sammlung von Ereignissen dar, welche aus deutscher Sicht die schweizerische Neutralität in Frage stellten. In der Einleitung wurde festgehalten, es könne keine Rede von einer totalen Neutralität sein; die Schweiz wolle vielmehr am Kriegsgeschehen unbeteiligt bleiben und unversehrt daraus hervorgehen. Selbst die schweizerischen Behörden hätten durch «positive Massnahmen» Neutralitätsverletzungen begangen und vor allem unterlassen, durch gesetzliche Verbote die öffentliche Meinung unter Kontrolle zu bringen. Dem Bundesrat fehle es an der «inneren Bereitschaft» zu einer umfassenden Neutralität. Der Bericht erwähnte verschiedene Beispiele von Neutralitätsverletzungen:

- Im Januar 1940 nimmt das Politische Departement der Schweiz amtlich zur Kenntnis, dass es ein «Amt der ständigen Delegation der tschechoslowakischen Republik beim Völkerbund» gibt.
- Erst unter Androhung der Abberufung des deutschen Gesandten habe die Schweiz davon abgesehen, dem Gesandten der polnischen Emigranten das Agrement zu erteilen.
- Der Bundesrat habe den Besuch von Vertretern der Erneuerungsbewegungen (am 10. und 14. September 1940, Anm.) nicht bekanntgegeben und die Presse eine ganze Woche lang gegen diese beiden Audienzen und gegen das Reich schreiben lassen.
- Die Gerichtsverfahren gegen Anhänger der Erneuerungsbewegung seien Schauprozesse, welche die Bevölkerung noch mehr gegen Deutschland aufhetzten.
- Am 3. Mai 1942 hätten in den Räumen der «Polnischen Gesandtschaft» (im Original in Anführungszeichen geschrieben, Anm.) Feierlichkeiten zum polnischen Nationalfeiertag stattgefunden.
- Der englische Handelsattaché in Bern, John Lomax, habe bei schweizerischen Industriellen eine starke Agitation gegen schweizerische Rüstungsaufträge entfaltet.
- Die Schweizerpresse sei in ihrer Gesamthaltung absolut unneutral²⁵⁴.

Diese Anklageliste fiel etwas dürrig aus: In zwei Beispielen war nicht die Schweiz der Akteur, sondern Emigranten, welche aus vom Reich unterworfenen Ländern stammten, und dass ein Vertreter der Feindesmacht England gegen das Reich agitierte, war eine banale Feststellung. Einzig der Vorwurf gegen die Presse kann aus deutscher Sicht als gerechtfertigte Klage betrachtet werden. In einem weiteren Abschnitt unter dem Stichwort «Militärisches» wurde der Schweiz ausserdem vorgeworfen, sie habe einen umfassenden Nachrichtendienst gegen Deutschland aufgebaut und würde regen Kontakt mit dem britischen und dem amerikanischen Geheimdienst unterhalten und Nachrichten weiterleiten. Einzelne dieser Vorhalte wurden in Form eines offiziellen diplomatischen Protestes der schweizerischen Regierung übermittelt, andere Klagepunkte hielt man in den Akten des AA bereit, um sie bei Gelegenheit verwenden zu können.

Ganz am Ende des Krieges fand der deutsche Aussenminister zum zweiten Mal Zeit, den schweizerischen Gesandten Frölicher in Berlin zu empfangen: Ribbentrop liess sich nochmals über die deutsch-schweizerischen Beziehungen aus und konnte nur noch feststellen, dass die deutschen Vermögenswerte in der Schweiz gesperrt worden seien, die

254 ZStAP, Politische Abteilung AA (1936-45), 09.01, Nr. 61 152, Blätter 1-11.

Lieferungen an Deutschland eingeschränkt und der Transit nach Oberitalien praktisch zum Erliegen gekommen wäre²⁵⁵.

Ribbentrop agierte auf zwei Ebenen: Im diplomatischen Bereich ergibt sich eher das Bild eines zurückhaltenden Politikers in seiner Haltung gegenüber der Schweiz, der in kritischen Phasen der bilateralen Beziehungen der beiden Staaten mässigend wirkte. Andererseits führte der deutsche Aussenminister eine versteckte Unterwanderungspolitik gegen die Schweiz: Er liess dem deutschen Konsul in Zürich, Hans Georg Asthon, regelmässig Beträge für Subversionsarbeit zukommen²⁵⁶, hielt Kontakt zu schweizerischen Nationalsozialisten aufrecht²⁵⁷ und unternahm nichts gegen Aktivitäten der SS in der Schweiz, wie die Installation des SS-Obersturmführers Wilhelm Gröbl im Konsulat von Zürich²⁵⁸. Die Haltung Ribbentrops lässt vermuten, er habe erwartet, die Schweiz würde bei günstigem Kriegsverlauf für Deutschland von selbst von ihrer isolationistischen Position abrücken und den Anschluss ans Grossdeutsche Reich suchen. Gleichzeitig war er sich bewusst, dass die Schweiz einen solchen Schritt nur unter dem Zwang einer totalen deutschen Hegemonie in Europa getan hätte, weshalb er im Hintergrund das Terrain für den Anschluss vorbereitete.

255 *Frölicher*, S. 158.

256 Am 12. Mai 1941 stellte Ribbentrop sFr. 55'300.– zur Verfügung des deutschen Konsuls Asthon in Zürich. Dieser Betrag war für die Zeit von April bis Juni 1941 vorgesehen. Das Budget hatte sFr. 12'000.–/Monat und für ausserordentliche Ausgaben sFr. 30'000.– vorgesehen (Schreiben des A A an Köcher vom 12. Mai 1941, in: PAB, Deutsche Gesandtschaft Bern, Geheimakten 1941, Bd. 1).

257 Aus einem Schreiben Paul Schmidts, Chef der Abteilung Presse im AA, vom 13. September 1940 an Luther, Chef der Abteilung Deutschland im AA, geht hervor, dass Ribbentrop angeordnet hatte, den Kontakt zu schweizerischen Nationalsozialisten aufrechtzuerhalten und ihm darüber zu berichten (PAB, Handakten Schmidt, Presse 5, Aufzeichnungen an Staatssekretär, Bd. 1).

258 *Bourgeois*, S. 260 ff.

In einem anderen Fall verhielt sich Ribbentrop gleich: Anfangs des Jahres 1942 hatte Himmler die Einsetzung des SS-Sturmbannführers in einem schweizerischen Konsulat gefordert. Schellenberg hatte das Konsulat in Genf als Einsatzort vorgeschlagen, nachdem Köcher gegen die Ernennung Neumanns zum Legationssekretär in der deutschen Gesandtschaft in Bern in einem Telegramm ans AA vom 14. April 1942 Bedenken angemeldet hatte. Ribbentrop war mit diesem Vorgehen laut einer Notiz vom 16. Mai 1942 einverstanden. Am 16. Juni 1942 telegraphierte dann Köcher ans AA, SS-Sturmbannführer Daufeldt sei anstelle von Neumann als Vizekonsul in Lausanne eingesetzt worden (PAB, Politische Abteilung Ilg, Schweiz, Tätigkeit des SD, der Abwehr und Agenten).

C. Die Führung in SS, Geheimdienst und militärischer Abwehr

1. Die SS unter Heinrich Himmler, Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei

Heinrich Himmler war Chef der Schutzstaffel, abgekürzt SS, und somit einer der einflussreichsten Figuren im Dritten Reich. In seiner Funktion als Reichsführer SS war er zugleich Chef der deutschen Polizei (seit 1935) und Mitglied des deutschen Reichstages. Am 7. Oktober 1939 wurde er zum «Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums» ernannt; am 25. August 1943 übernahm er das Amt des Reichsinnenministers und wurde zugleich Generalbevollmächtigter für die Reichsverwaltung. Zusätzlich übernahm er noch am 21. Juli 1944 den Oberbefehl über das Ersatzheer. Sein Einfluss bei Hitler ist schwer abzuschätzen: SS-Obersturmbannführer Eichmann erklärte während seines Prozesses in Israel 1960, Himmler habe Hitler stets «vorbehaltslos gehorcht» und sei nur Befehlsempfänger Hitlers gewesen¹. Himmler-Biograph Höhne schreibt der SS nur dort absolute Macht zu, wo Hitler seine Absichten formuliert und dekretiert hatte², während Speer die Ansicht vertrat, Hitler sei bei vorsichtig betriebener Lenkung durchaus beeinflussbar gewesen und Himmler habe dieses methodische «Falschspielen» nebst Göring, Bormann und Goebbels beherrscht³. Himmler war ein Gefolgsmann Hitlers der ersten Stunde, beteiligte sich am Münchner Putsch von 1923 und trug die SS-Mitgliednummer 168, was im Dritten Reich bedeutsam war⁴. Am 2. August 1925 erfolgte sein Wiedereintritt in die neuformierte NSDAP und gleichzeitig seine Kanie re als Leiter der ursprünglich nur zum Schutze Hitlers gegründeten SS. Somit blieb Himmler bis zu seinem Selbstmord im Mai 1945 seinem Führer unmittelbar unterstellt und konnte seinen Herrschaftsapparat der SS nur dank Hitlers Macht zu seiner riesigen Grösse ausbauen⁵.

B.F. Smith und A.F. Peterson haben aus Himmlers Geheimreden zwischen 1933 und 1945 eine Auswahl herausgegeben. Die Reden hielt Himmler meist vor höheren SS-Führern und vor hohen Offizieren der Wehrmacht und waren nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Himmler konnte unter diesen Umständen relativ offen reden, was seine Pläne für

1 *Heinrich Fraenkel/Roger Manveil*: «Himmler – Kleinbürger und Massenmörder», Herrsching 1981, S. 250 (Anhang).

2 *Heinz Höhne*: «Der Orden unter dem Totenkopf – Die Geschichte der SS», München 1979, TB-Ausgabe, S. 15.

3 Speer-Erinnerungen, S. 140.

4 Niedere Mitgliedsnummern in der NSDAP und SS verliehen den Trägern eine besondere Unantastbarkeit und Weihe.

5 Vgl. dazu: *Hans Buchheim*: «Anatomie des SS-Staates», München 1967, 2 Bände.

die Zukunft betraf. Am 8. November 1938 kam Himmler in einer Ansprache vor SS-Gruppenführern auf die Ausländer in der deutschen SS zu sprechen und erwähnte, dass auch einige wenige Schweizer darunter seien⁶. Gemäss den Angaben Bonjours dienten am Stichtag 1. September 1944 insgesamt 661 Schweizer in der Waffen-SS nebst 34 Freiwilligen in Heer und Luftwaffe und etwa 40 Leuten in der SS-Bürokratie. Es waren nur wenige Schweizer, welche sich in den Dienst des Reiches stellten, doch zeigt uns ihre Mitwirkung in der SS, dass die Schweizer nach nationalsozialistischer Auffassung «rassisch» ausreichten, denn zu Beginn des Dritten Reiches waren nur Personen in der SS zugelassen worden, welche den rassistischen Ansprüchen des germanischen Ideals genügten⁷. Militärisch waren diese wenigen Schweizer in deutschen Diensten bedeutungslos. Himmler kam in der gleichen Rede auf die Vertreibung der Juden aus Deutschland zu sprechen und führte in diesem Zusammenhang aus:

«Die anderen Staaten, Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien, sind natürlich heute nicht antisemitisch, aber sie werden es mit der Zeit. Wir schicken ja unsere besten Propagandisten hinüber. In dem Augenblick, in dem die jüdischen Emigranten nach der Schweiz, nach Holland, usw. kommen und sich in ihren typischen Berufen niederlassen, beginnen plötzlich die Patrioten Antisemiten zu werden. Wenn von 10 Rechtsanwälten in einer Schweizer Stadt drei Juden sind, haben die Schweizer Rechtsanwälte bestimmt kein Brot mehr und wo der Geldbeutel anfängt zu schwinden, wird auch ein Advokat plötzlich und unter der Begründung Antisemit»⁸.

Himmler erwartete, dass auch die Schweiz mit der Zeit die «Judengefahr» in ihrem vollen Ausmass erkennen und in dieser Hinsicht auf den deutschen Antisemitismus einschwenken würde. Das schweizerische «Germanentum» war für den Reichsführer SS ein Unsicherheitsfaktor, erklärte er doch in der gleichen Rede, er wolle alles «gute germanische Blut» auf die deutsche Seite bringen, denn das vom Reich abtrünnige Germanentum könnte für Deutschland einmal zum Verderben werden⁹. In seinem Kalkül waren die deutschfeindlichen Germanen um so unangenehmer, als er ihnen ähnliche Fähigkeiten wie seinem eigenen Eliteorden, der SS, zuordnete:

«Es ist deswegen jeder Germane mit bestem Blut, den wir nach Deutschland holen und zu einem deutschbewussten Germanen machen, ein Kämpfer für uns, und auf der anderen Seite ist einer weniger. Ich habe wirklich die Absicht, germanisches Blut in der ganzen Welt zu holen, zu rauben und zu stehlen wo ich kann»¹⁰.

Tatsächlich setzte Himmler dieses Programm später in die Tat um: In einer Denkschrift vom Mai 1940 hielt er fest, das Ziel der deutschen Ostpolitik müsse es sein, die «rassisch Wertvollen» aus der Bevölkerung herauszunehmen und möglichst schon im Kindesalter ins Reich zu führen, um sie dort «einzudeutschen»¹¹. Die übrige Bevölkerung hätte auf

6 B.F. Smith/A.F. Peterson: «Heinrich Himmler – Geheimreden 1933 bis 1945», Frankfurt a.M. 1974, S. 37.

7 Fraenkel/Manveil, S. 62 ff. und *Bonjour*. Bd. V, S. 268.

8 Himmler-Reden, S. 37-38.

9 Himmler-Reden, S. 38.

10 Himmler-Reden, S. 38.

11 Vgl. dazu: *Helmut Krausnick*: «Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten», in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, April 1957, S. 194-198 und: *Helmut Heiber*: «Der

den Status der antiken Heloten in Sparta heruntersinken sollen. Himmler wollte alle ausländischen Germanen in der Standarte «Germania» zusammenfassen, die aus lauter Nichtdeutschen bestehen sollte. Im Frühjahr 1941 entstand die erste grosse Ausländertruppe, die SS-Division «Wiking», später dienten Angehörige der verschiedensten Volksteile und Staaten in der deutschen SS¹². Die Entwicklung war dahin gegangen, nicht nur «Volksdeutsche» aus den eroberten Gebieten heranzuziehen, sondern auch «Fremdvölkische» in die SS-Reihen aufzunehmen, da der Bedarf an Truppen ständig gestiegen war. Schliesslich dienten gegen 200'000 Angehörige aus Ostländern in der Waffen-SS¹³. Himmler selbst bestätigte diese Tatsache in einer Rede vom 6. Oktober 1943 und gab vor den versammelten Reichs- und Gauleitern bekannt, dass nun neben Esten und Letten sogar eine rein muslimische Division von Bosniaken in der SS kämpfen würde; die Islamgläubigen waren von Mullahs und Imamen begleitet¹⁴. Dieses Heranziehen von «Fremdvölkischen» war kriegsbedingt und entsprach nicht den ursprünglichen Rassenidealen der SS. Dass Schweizer schon früh in die SS eintreten konnten, beweist, dass die Bevölkerung in der Schweiz von Himmler als germanisch betrachtet worden war. In einer Rede aus dem Jahre 1937 kam Himmler auf die Homosexualität zu sprechen, die er scharf ablehnte und als schwere Degeneration mit harten Strafen bedrohte:

«Alle Dinge, die sich auf dem geschlechtlichen Sektor bewegen, sind jedoch keine Privatangelegenheiten eines Einzelnen, sondern sie bedeuten das Leben und das Sterben des Volkes, bedeuten die Weltmacht und die Verschweizerung»¹⁵.

Die Verwendung des Begriffes «Verschweizerung» durch Himmler deutet auf seine Einschätzung der Schweiz hin: Er setzte das Land mit politischer Unbedeutendheit und gesellschaftlicher Dekadenz gleich und erwähnte die Schweiz als Beispiel einer Fehlentwicklung, die zu bevölkerungsmässigem Niedergang und Schwäche geführt habe. In dieser Begriffsbildung wird das zwiespältige Bild sichtbar, welches von der Schweiz bei den Exponenten des Dritten Reiches bestand; die Bevölkerung, zumindest die deutschschweizerische, wurde dem Germanentum zugerechnet, gleichzeitig galt das Land als politisch

Generalplan Ost», in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 3, 1958, S. 281-325.

12 K.G. Klietmann: «Die Waffen-SS, Eine Dokumentation», Osnabrück 1965, S. 133.

13 Paul Hausser: «Soldaten wie andere auch – Der Weg der Waffen-SS», Osnabrück 1966, S. 62.

14 Himmler-Reden, S. 181.

15 Himmler-Reden, S. 94.

Der Begriff «Verschweizerung» wurde in Deutschland schon 1928 verwendet. Hans von Liebig verfasste 1928 in Leipzig eine Schrift mit dem Titel: «Die Verschweizerung des deutschen Volkes». Liebig stellte diesen Begriff mit «Veijudung» eines Volkes gleich und definierte: «Ein Volk ist verschweizert, wenn ihm sein natürliches Sondergefühl für das Wohl und Wehe seines eigenen Volkstums verloren gegangen und dadurch sein natürlicher innerer Widerstand, sein natürliches, unbewusstes Abwehrstreben gegen fremde, schädliche Einflüsse erloschen ist» (S. 74).

Liebig wies dabei ausdrücklich auf Hitler hin und erklärte, nur durch einen Führer könne ein Volk aus diesem negativen Zustand herausgerissen werden (S. 76).

unbedeutend, dekadent und unfähig zur politischen Grösse¹⁶. Himmler betonte in seinen Reden wiederholt, das Ziel des Krieges sei die Schaffung eines germanischen Kems in Europa. Zu diesem Zweck müssten die nichtdeutschen germanischen Völker gewonnen werden:

«Wenn wir in dieses Reich die germanischen Völker hereinholen – und das will der Führer – so bedeutet das einen Zuwachs von 30 Millionen Menschen germanischen Blutes, bedeutet das den Kem für Europa ...»¹⁷.

Ohne die Schweiz namentlich zu nennen, beschwor Himmler in dieser Rede vom 9. Juni 1942 vor SS-Hauptamtschefs die anwesenden SS-Führer, auch die nichtdeutschen Germanen als gleichgestellt anzusehen. Im Herbst 1943 erwähnte Himmler das kommende «Grossgermanische Reich», dessen Grenzen einmal am Ural liegen würden¹⁸, und noch im Sommer 1944 erklärte er, das Grossgermanische Reich würde aus Deutschen, Dänen, Flamen, Niederländern, Norwegern und «vielleicht auch anderen» bestehen¹⁹. Häufig begegnen wir der Tatsache, dass bei solchen Aufzählungen die Schweiz und Schweden fehlen, was ein Licht auf die spezielle Stellung dieser beiden Staaten bei der nationalsozialistischen Führung wirft: Die Neutralität der Schweiz und Schwedens brachte dem Reich zwar Vorteile verschiedener Art; das Abseitsstehen und die offensichtliche Deutschlandfeindlichkeit der zwei Staaten bewirkten jedoch eine Beeinträchtigung der Beziehungen, auch wenn die Schweiz und Schweden «germanische» Länder waren.

Im Frühling 1941 wurde durch das SS-Hauptamt das «Panoramaheim» in Stuttgart etabliert. Am 1. April 1941 meldete der Gründer dieser Einrichtung, SS-Obersturmbannführer Dr. Riedweg, an Himmler die Errichtung eines Durchgangsheimes für ins Reich geflüchtete Schweizer. Riedweg war als gebürtiger Schweizer in die Dienste der SS getreten und hatte von Himmler den Befehl erhalten, das Panoramaheim in Stuttgart als Sammelbecken für Schweizer und Liechtensteiner einzurichten. Fuhrer erwähnt in seiner Dissertation drei Hauptfunktionen des Heims: Es war Werbezentrale und Vermittlungsstelle für Schweizer, welche in die SS eintreten wollten. Es war weiter eine deutsche Spionagenzentrale, denn alle Ankommenden wurden nachrichtendienstlich befragt und ausgehört, und drittens stellte das Heim eine politische Schulungsstätte dar, welche die Eingliederung der Schweiz ins Reich hätte vorantreiben sollen²⁰. Riedweg unterschied zwei Typen von ankommenden Schweizern: die Kriegsdienstfreiwilligen und die Arbeitswilligen. Weiter wurde verfügt, dass sämtliche Schweizer erst dem Panoramaheim in Stuttgart zugeführt wurden²¹. Die SS plante, die Schweiz mittels Propaganda und Unterwanderung langfristig für den Anschluss ans Reich «reif» zu machen. Ein gewaltsames und plötzliches Vorgehen

16 Vgl. dazu mit: *Peter Stadler*: «Zwischen Klassenkampf, Ständestaat und Genossenschaft – Politische Ideologien im schweizerischen Geschichtsbild der Zwischenkriegszeit», in: HZ, Heft 219/2, München 1974.

17 Himmler-Reden, S. 157.

18 Himmler-Reden, S. 174.

19 Himmler-Reden, S. 236.

20 *Fuhrer*, S. 73-74.

21 Schreiben Riedwegs an SS-Oberabschnitt Süd-West in Stuttgart am 1. April 1941: BAK, SS-Hauptamt, NS 31, Sig. 237 (Korrespondenz Gruppenführer Berger).

war jedoch nach den erhalten gebliebenen Quellen nicht vorgesehen; es wirkten nur Stellen in diese Richtung, die nicht zur obersten Führung gehörten. SS-Gruppenführer Berger schrieb am 8. September 1941 an Himmler:

«Reichsführer! In Württemberg wittert man Morgenluft! Sowohl der Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, Dr. Strölin, als auch der Reichsstatthalter Murr halten sich für die gegebenen 'Reichskommissare' für die Schweiz. Nach meinen persönlichen Kenntnissen muss ich beide ablehnen, insbesondere aber den Reichsstatthalter Murr. Mit ihm würde seine Umgebung, die für 'positive Arisierungen' bekannt ist, in die Schweiz einziehen und ein wirkliches Zusammenwachsen zumindest für eine Generation verhindern»²².

Berger empfahl Himmler, keine Gelder für Auffangorganisationen zur Verfügung zu stellen und alle im Reich befindlichen schweizerischen Nationalsozialisten in Berlin zu konzentrieren. Dieses Schreiben Bergers an Himmler verweist auf zwei Tendenzen innerhalb der deutschen Führung: Es gab Scharfmacher wie Strölin und Murr, welche einen baldigen Anschluss der Schweiz ans Reich befürworteten. Der Ausdruck «Reichskommissar» ist ein deutlicher Hinweis auf die gedankliche Stossrichtung dieser Kräfte auf deutscher Seite. Wie wir die «positive Arisierung» verstehen müssen, ist schwierig zu beurteilen; hingegen ist der Schluss zulässig, die Schweiz habe den Normen einer solchen Arisierung noch nicht entsprochen und hätte zu diesem Zweck umerzogen werden sollen. Josef Ackermann erhebt die Vermutung, die Eingliederung der Schweiz ins Reich hätte mittels der Errichtung von Nationalpolitischen Erziehungsanstalten stattfinden sollen. Der Zweck solcher Reichsschulen war es, germanische Volksteile fest mit dem germanischen Kernland zu verbinden, und es wäre beabsichtigt gewesen, in der Schweiz in solchen Anstalten eine nationalsozialistische Führungsschicht heranzuziehen, welche unter der Oberleitung eines Reichskommissars die Schweiz regiert hätte²³. Gruppenführer Berger dämpfte solche Absichten für den Moment in der Erkenntnis, dass die Schweiz innerlich noch nicht zu einem Anschluss bereit sei, und empfahl eine abwartende, auf langfristigen Erfolg ausgerichtete Politik gegen die Schweiz. Entgegen seinen späteren Aussagen lehnte Berger den Anschluss nicht grundsätzlich ab, plädierte aber für eine gemässigte deutsche Haltung. Gegen Ende des Krieges empfing er in Berlin den schweizerischen Gesandtschaftsangehörigen Vischer und erklärte diesem am 29. November 1944:

«Er, Berger, sei mitverantwortlich, dass die Schweiz in den kritischen Tagen von 1940 nicht angegriffen wurde. Es habe nicht an Leuten gefehlt, die zu einem Angriff rieten. Heute sei das Reich froher als je, dass die Schweiz ausserhalb des Konfliktes blieb und man habe auch die Überzeugung, dass es dabei bleiben werde»²⁴.

In dieser Phase des Krieges ging es SS-Führern wie Berger vor allem darum, nach der endgültigen Niederlage möglichst gut dazustehen; insofern haben diese Äusserungen wenig Aussagewert. Am 24. November 1941 meldete Berger Himmler die Flucht von fünf

22 BAK, Pers. Stab Reichsführer SS, NS 19, Sig. 1536.

23 *Josef Ackermann*: «Heinrich Himmler als Ideologe». Göttingen 1970. S. 191.

24 Bericht des schweizerischen Gesandtschaftsangehörigen Vischer vom 29. November 1944, in: BAB, Sig. E, 2'300, Berlin 1944.

schweizerischen Nationalsozialisten ins Reich²⁵. Die Flucht war im Einverständnis mit dem RSHA und dem AA erfolgt; bei den Flüchtlingen handelte es sich um folgende Personen:

- *Heinrich Büeler*, Leiter der Sportgruppe der Nationalen Bewegung der Schweiz (NBS), die am 20. November 1940 vom Bundesrat verboten worden war²⁶
- *Max Leo Keller*, leitendes Mitglied des «Führerkreises» der NBS
- *Heinrich Wechlin*, ehemaliger Chefredaktor des «Berner Tagblattes» und führendes Mitglied der NBS
- *Othmar Maag*, Ausbilder der Sportgruppe der NBS
- *Rudolf Schlatter*, Mitglied des «Führerkreises» der NBS.

Die fünf Schweizer waren ins Reich geflüchtet, um sich der drohenden Verurteilung vor Militärgericht in der Schweiz zu entziehen. Nach deutscher Terminologie waren sie dort zum «Freiwild» geworden, da die schweizerischen Systemträger Amerika und England «hörig» seien. Berger kritisierte in seinem Bericht an Himmler die Haltung von Köcher und von Bibra, welche bei der Regierung in Bern nicht mit der notwendigen Klarheit auftreten würden:

«Sie berufen sich dauernd auf die vom Führer gegebene Weisung, mit der Schweiz korrekte Beziehungen aufrecht zu erhalten und erklären, dass sie deshalb von einem energischen Auftreten Abstand nehmen müssten»²⁷.

Berger machte im gleichen Schreiben Angaben über die Schweizer in deutschen Diensten und nannte folgende Zahlen: Die Waffen-SS würde Ende 1941 150 Schweizer und 20 Liechtensteiner umfassen, man rechne mit ca. 100 Mann Neueintritten in nächster Zeit. Berger regte dabei die Aufstellung eines eigenen schweizerischen Verbandes an:

«Die Möglichkeit der Aufstellung einer 'illegalen' schweizerischen Legion, die allerdings heute zahlenmässig noch nicht gesichert ist, dürfte vom Volkstumsgedanken aus sehr zu begrüßen sein und wäre eine Ehrenrettung für das Alemannentum der Schweiz»²⁸.

Dieser letzte Satz war von Himmler unterstrichen worden, was auf eine Zustimmung deutet. Die schweizerische Legion wurde nicht aufgestellt, da die Zahl der SS-Freiwilligen

25 Berger an Himmler am 23. November 1941, in: BAK, NS 19, Sig. 1764.

26 Dr. Max Leo Keller war leitendes Mitglied des Führerkreises der «Nationalen Bewegung der Schweiz» und wurde am 10. und 14. September 1940 zusammen mit Jakob Schaffner und Ernst Hofmann von Bundespräsident Pilet-Golaz empfangen. Als am 20. November 1940 die NBS verboten wurde, flüchtete Keller ins Reich, kehrte aber im Mai 1941 nach Zürich zurück, um sich seiner dortigen Firma zu widmen. Keller war Spezialist für Elektrotechnik und Dr. jur., was ihn für Deutschland interessant machte: Das AA sagte ihm Unterstützung zu und wies die «Beschaffungskommission der deutschen Luftwaffe» an, mit Keller zusammenzuarbeiten. Auch das Generalkonsulat in Zürich und die Gesandtschaft in Bern wurden vom AA ersucht, Keller zu unterstützen. Die Gesandtschaft charakterisierte Keller als «lautere, nur der Sache dienende Persönlichkeit». Am 10. Juni 1941 wurde Keller in der Schweiz verhaftet, doch gelang ihm die Flucht nach Berlin. Dort arbeitete er in der Organisation Todt für die deutsche Elektrowirtschaft (ZStAP, AA, Politische Abteilung (1936-45), Schweiz 1943-44, Nr. 61192, Blätter 13-15, Aufzeichnung des AA vom 2. November 1943).

27 Berger an Himmler am 14. Januar 1942, in: BAK, NS 19, Sig. 1764.

28 Berger an Himmler am 14. Januar 1942, in: BAK, NS 19, Sig. 1764.

aus der Schweiz zu klein blieb, um einen eigenen Verband zu errichten. Interessant ist jedoch die Verweisung auf den «Volkstumsgedanken» und auf das «Alemannentum» in der Schweiz. In den allgemeinen Richtlinien Himmlers, welche Länder als germanische Völker zu betrachten seien, fehlte die Schweiz²⁹. Himmler hatte darin festgehalten, Niederländer, Dänen, Norweger, Flamen und Wallonen seien wie «germanische Stammesverwandte» zu behandeln und möglichst fest an das deutsche Volk heranzuziehen. Die Absenz von Schweden und der Schweiz in dieser Aufzählung³⁰ weist einmal mehr auf die Sonderstellung der beiden Länder aus deutscher Sicht: Beide Völker wurden als germanisch bzw. alemannisch definiert, hatten sich jedoch innerlich vom Reich entfernt und wurden insofern nicht als Teil des Grossgermanischen Reiches betrachtet. Für die Waffen-SS waren Schweizer hingegen akzeptabel, und es bestanden auch Pläne, die SS-Kampfverbände zu einer eigentlichen pangermanischen Armee auszubauen³¹. Fritz Sauckel, Gauleiter von Thüringen, traf mit zwei der fünf geflüchteten Nationalsozialisten aus der Schweiz zusammen und charakterisierte diese Himmler gegenüber als «hervorragend». In einem Schreiben an den Reichsführer SS vom 3. Februar 1942 hielt Sauckel über Keller und Maag fest:

«... für deren Lauterkeit und bedingungslosen Einsatz für unsere Bewegung und für die Vereinigung der Schweiz mit Grossdeutschland ich mich voll zu verbürgen vermag»³².

Der nach dem Krieg in Nürnberg hingerichtete «Generalbevollmächtigte für den Arbeitsinsatz» betonte, in der Schweiz gebe es nur wenige klarsehende Köpfe innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung wie Maag und Keller. Es sei daher zweckmässig, geflüchtete Schweizer erst im nationalsozialistischen Sinne praktisch zu schulen und ihnen den Aufbau der Bewegung gründlich zu zeigen. Obwohl Sauckel offen von der Vereinigung der Schweiz mit dem Reich sprach, schränkte er diese Aussage insofern ein, als er festhielt, Maag könnte später als eine für Deutschland verwendbare Kraft im «innenpolitischen Kampf» in der Schweiz eingesetzt werden. Auch Sauckel ging nicht von einer sofortigen Annexion aus, sondern verfolgte eine langfristige Anschlusspolitik; die Schweiz hätte von innen her umgewandelt werden sollen; die offizielle Haltung bestand nach Hitlers Richtlinien in korrekten Beziehungen, während in Deutschland Schweizer für den Tag der nationalsozialistischen Machtergreifung geschult worden sind.

Die Antwort Himmlers an Sauckel auf dessen Bericht über Maag und Keller ist erhalten geblieben. Am 10. Februar 1942 vermerkte Himmler:

29 Schreiben von SS-Brigadeführer Fritz Tittmann vom «Volkspolitischen Amt der Deutschen Arbeitsfront» an das «Hauptschulungsamt der NSDAP» in München, z.Hd. Oberdienstleiter Bruhn, vom 28. Juli 1943, in: BAK, Pers. Stab Reichsführer SS, NS 19, Sig. 1735.

30 Die Angaben Tittmanns werden durch ein Schreiben Bergers an Himmler vom 28. Juli 1943 bestätigt, in: BAK, NS 19, Sig. 1735.

31 *Bernd Wegner*: «Hitlers Politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933-1945», Paderborn 1982, S. 310-316.

32 BAK, Pers. Stab Reichsführer SS, NS 19, Sig. 1735.

«Über die Verwendung von Othmar Maag müsste man – glaube ich – doch mit dem Auswärtigen Amt Führung nehmen. In der augenblicklichen politischen Lage haben wir ein Interesse daran, mit der Schweiz nicht unnötig in Konflikte zu kommen. Ich glaube es wäre besser, wenn Maag zunächst als Freiwilliger in die Waffen-SS ginge»³³.

Wie sah damals die politische Lage für Deutschland aus? In Afrika konnte Rommel die Position der Achsenmächte mit dem Vormarsch bis El Alamein zwar verbessern, der Feldzug im Osten hatte sich jedoch viel schwieriger als erwartet erwiesen, von schnellem Sieg war keine Rede mehr. Die Eroberung von England und Gibraltar war aufgegeben worden, und Deutschlands Städte wurden in zunehmendem Masse Ziele von englischen Bombenangriffen. Schon im August 1941 hatten die USA ihre Neutralität zugunsten Englands aufgegeben, und seit 1. Dezember 1941 befand sich das Reich auch mit den USA im Kriege. Auch Himmler erschienen normale Beziehungen zur Schweiz zu diesem Zeitpunkt vorteilhafter als der ungewisse Ausgang eines gewaltsamen Eingliederungsversuches durch das Reich. Zum Vorwurf Bergers, die deutsche Gesandtschaft in Bern würde sich nicht energisch genug für das Reich einsetzen, regte Himmler in einem Schreiben vom gleichen Tag an Berger und Heydrich an, die Angelegenheit mit Staatssekretär Luther vom AA zu besprechen und darauf zu achten, wirtschaftliche Aufträge vermehrt an deutschfreundliche Schweizerfirmen ergehen zu lassen³⁴. Wiederum delegierte Himmler die Entscheidung, wie man sich gegenüber der Schweiz verhalten solle, an das AA und wollte in dieser Angelegenheit selbst kein abschliessendes Urteil fällen. Die Eingliederung der Schweiz sollte möglichst «organisch» erfolgen, wie es der Schweizer SS-Sturmabannführer Riedweg formulierte³⁵.

Innerhalb der SS herrschte grosses Misstrauen gegenüber Organisationen von schweizerischen Nationalsozialisten in Deutschland. In erster Linie wurde befürchtet, der schweizerische Geheimdienst würde dadurch eine Plattform für Spionage erhalten und könne unbemerkt Agenten ins Reich einschleusen. Himmler selbst schrieb zu diesem Punkt an Gauleiter Bohle, die SS-Dienststellen würden den NS-Schweizerbund im Reich genau beobachten. Die Tätigkeit des Schweizers Burri³⁶ vom Reich aus sei unklug und würde die Nationalsozialisten in der Schweiz belasten. Auch im Reich sei die Tätigkeit Burris erfolglos, und es bestünde die Möglichkeit, dass der schweizerische Nachrichtendienst Einblick in die inneren deutschen Vorgänge erhalte³⁷. Himmler kritisierte die Un-

33 BAK, Pers. Stab Reichsführer SS, NS 19, Sig. 1764.

34 Himmler an Berger und Heydrich am 10. Februar 1942, in: BAK, NS 19, Sig. 1764.

35 Riedweg an SS-Obersturmbannführer Dr. Brandt am 9. Juli 1942, in: BAK, NS 19, Sig. 1764. Riedweg betonte, die Schweiz sei immer mehr den falschen Weg gegangen, im SS-Hauptamt sei nun ein Schweiz-Referat eingerichtet worden, welches eng mit dem RSHA zusammenarbeiten würde.

36 Der Schweizer Franz Burri versuchte bei Himmler die Anerkennung der von ihm geführten Kampfgruppe zu erlangen und nahm deshalb schon im Januar 1941 mit SS-Gruppenführer Kaltenbrunner in Wien Kontakt auf. Im Sommer 1941 gründete Burri in Stuttgart den «Bund der Schweizer in Grossdeutschland» (BSG) (*Bonjour*, Bd. IV, S. 465).

37 Himmler an Bohle am 13. November 1942, in: BAK, NS 19, Sig. 1764. Ähnlich äusserte sich Himmler in einem Schreiben an Berger vom 24. Juni 1942.

terstützung Burris durch das AA und wies daraufhin, Schweizer im Reich sollten nur von nationalsozialistischen Führern geschult und betreut werden.

Anfangs 1943, als die Katastrophe von Stalingrad schon feststand, verlangte Hitler von Himmler Auskunft darüber, wieviele germanische Freiwillige für die Aufstellung einer neuen Division rekrutierbar und vorhanden seien. Berger stellte darauf die Bestände fest und meldete Himmler zuhänden des Führers die Freiwilligenzahlen der Waffen-SS. Nebst Soldaten aus den Niederlanden, Dänemark und anderen germanischen Ländern erwähnte Berger auch schweizerische Bestände:

- «6. *Schweizer Kompanie*: In Sennheim befindet sich eine Schweizer Kompanie, deren Männer als Hilfsausbilder tätig sind und die sich bis jetzt vorzüglich bewährten. Da die Schweizer innerhalb der Germanen – auch durch ihre Sprache – ein vorzügliches Bindeglied darstellen, darf ich vorschlagen, dass diese Kompanie geschlossen in das Germanische Korps eingereiht und zum 1. März nach Debica in Marsch gesetzt wird»³⁸.

Zu dieser Beurteilung muss die militärische Lage des Reiches berücksichtigt werden: Deutschland war zu diesem Zeitpunkt bereits froh darüber, dass an der Seite des Reiches Angehörige aus anderen europäischen Ländern kämpften, auch wenn die Zahl dieser Soldaten eher gering war und für die deutsche Kriegführung nicht entscheidend ins Gewicht fiel. Wichtiger war der Symbolwert einer solchen europäischen «Solidarität»³⁹. Ende 1943 war die Kriegslage für das Reich bereits so ungünstig geworden, dass sich Himmler mit Fragen der Pressezensur befassen musste, um zu verhindern, dass die Kampfmoral in Deutschland und bei der Führung nicht gefährdet wurde. In einem Schreiben an Bormann vom 21. Dezember 1943 charakterisierte er die Schweizerpresse, namentlich die NZZ und die Basler Nationalzeitung, als «vollkommen deutschfeindlich». Diese Blätter hätten unter dem Eindruck der Kriegsentwicklung jeden Schein einer neutralen Haltung aufgegeben. Himmler bezeichnete sie als «gefährliche Waffe der Feindpropaganda» und sprach ihnen ein gewisses «journalistisches Geschick» zu. Er empfahl Bormann, die Zahl der Leser, welche die schweizerischen Blätter amtlich verfolgen müssten, möglichst klein zu halten; der Reichsjustizminister sei sogar für ein totales Verbot⁴⁰. Aus Bormanns Antwort geht hervor, dass Hitler den Kreis der Zeitungsempfänger für zu gross hielt und für eine Reduktion war. Faktisch bedeutete dies, dass selbst ein Minister nur unter gewissen Bedingungen eine schweizerische Zeitung lesen konnte⁴¹.

C.J. Burckhardt, der ehemalige Völkerbundskommissar in Danzig, sprach zweimal mit Himmler. In diesen beiden Gesprächen bemerkte der Reichsführer SS, die Bevölkerung auf dem flachen Lande in der Schweiz sei noch völlig unversehrt und echt, in den Städten

38 Berger an Himmler am 10. Februar 1943, in: BAK, NS 19, Sig. 1735.

39 Berger sprach vom Symbolwert des kämpfenden germanischen Europas. Vgl. auch: G.H. Stein: «The Waffen-SS – Hitlers elite guard at war 1939-1945», New York 1966, S. 137 ff.

40 Himmler an Bormann am 21. Dezember 1943, in: BAK, Parteikanzlei der NSDAP, NS 6, Sig. 440.

41 Bormann an Himmler am 11. Januar 1944, in: BAK, Parteikanzlei der NSDAP, NS 6, Sig. 440.

aber bereits durch den Einfluss von Juden und Freimauern zu einem bedenklichen «Asphaltintellektualismus» verdorben⁴². Burckhardt merkt dazu an, Himmler habe dies drohend gesagt, als wenn es seine Aufgabe wäre, gegen diese Erscheinungsformen vorzugehen. Aus diesen Worten sprach Himmlers generelles Weltbild, welches von der Vorstellung beherrscht war, nur das bäuerliche Landleben würde zu einer gesunden Geisteshaltung führen; in den Städten hätte sich das zersetzende Gift des Juden- und Freimaurertums festgesetzt⁴³. Himmler verfolgte auch Pläne, die weit ins Mittelalter zurückreichten: Ein solches phantastisches Projekt der SS bestand in der Wiedererrichtung des alten Burgunderreiches, das nun zu einem SS-Staat werden sollte. Neben Teüen Frankreichs und Luxemburgs sollte auch die Westschweiz zu diesem «uralten deutschen Boden» geschlagen werden⁴⁴. Dieses SS-Reich sollte vom Mittelmeer bis zur Nordsee reichen und hätte die teilweise Auflösung der Schweiz zur Folge gehabt⁴⁵. Tatsächlich waren Teile der heutigen Schweiz im Mittelalter dem damaligen Burgunderreich zugehörig, und es war eine Lieblingstätigkeit Hitlers und Himmlers, auf solche historische Wurzeln zurückzugreifen und sie in einem nationalsozialistischen Sinne neu zu beleben. Himmler hatte sich selbst als «Reichsverweser» dieses burgundischen SS-Staates vorgesehen und wollte darin die grundlegenden Programmpunkte der SS über die Welt in die Tat umsetzen⁴⁶.

Der Leiter des SS-Hauptamtes, SS-Obergruppenführer Gottlob Berger, erklärte anlässlich einer Konferenz vom 8. Oktober 1942, dass es die spezielle Aufgabe der SS sei, die germanischen Staaten darauf vorzubereiten, später Teil des Germanischen Reiches zu werden. Berger gestand den einzelnen Staaten zwar kulturelle und nationale Identität zu, betonte aber gleichzeitig, der Anschluss müsse noch während des Krieges eingeleitet werden⁴⁷. Eine Aktennotiz des RSHA vom 3. Juni 1944 definierte die Schweiz als germanischen Staat neben den Niederlanden und Norwegen; die Schweiz sollte demzufolge für die Eingliederung ins Reich vorbereitet werden⁴⁸. Diese Definition stammte von der «Germanischen Leitstelle», die dem von Berger geleiteten SS-Führungshauptamt unterstand. Wie sein Führer beabsichtigte auch Himmler die Errichtung eines «Grossgermanischen Reiches», in welchem alle Germanen unter Führung Deutschlands vereinigt gewesen wären. Zum Reichsgebiet hätten auf alle Fälle jene Gebiete gehört, auf denen im Verlauf der Jahrhunderte germanisches Blut vergossen worden war. Zu diesem Reich zählte Himmler namentlich alle nordischen Staaten äusser Schweden; die Schweiz und Finnland waren

42 *Burckhardt*, S. 125.

43 Himmler wollte die deutsche Ostsiedlung in den besetzten Gebieten vorantreiben, da nach ihm das deutsche Volk in seiner Grundsubstanz ein Bauernvolk war und dies wieder in die Tat umzusetzen sei (*Höhne*, S. 270 ff.).

44 Ausspruch Hitlers, siehe *Prefer*, S. 296.

45 *Ackermann*, S. 192 und *Himmler-Reden*, S. 152.

46 *Goebbels-Tagebücher 1942-43*, S. 177 und: Artikel «Armes Burgund», in: «Das Schwarze Korps» vom 27. März 1941, Folge 13, S. 12.

47 *Bourgeois*, S. 5-6.

48 *Bourgeois*, S. 6.

germanische Randstaaten⁴⁹. Himmler selbst gab Franz Riedweg den Auftrag, in der Schweiz eine SS zu gründen. Nachdem die NBS vom Bundesrat verboten worden war, wurde unter dem Deckmantel einer «Sportschule» eine SS-artige Organisation aufgezo- gen, welche Ableger in verschiedenen Schweizerstädten besass⁵⁰. Langfristig gesehen wollte Himmler die Schweiz sicher ins Reich eingliedern; die für Deutschland ungünstige Kriegsentwicklung verhinderte eine solche Entwicklung immer stärker. Ein weiterer Fak- tor, warum die Frage der Schweiz von der SS immerwiedervertagt worden war, bestand in der rassischen Zuordnung der Schweiz: Aus der Sicht Himmlers und der übrigen SS-Führer war die schweizerische Bevölkerung trotz der Entfremdung vom Reich germanisch, und man stützte sich während langer Zeit auf die Erwartung, nach dem deutschen Endsieg werde es zu einer organischen und harmonischen Verschmelzung der Schweiz mit dem Reich kommen. Die nach der SS-Ideologie rassische Nähe der Schweiz verhinderte ein gewaltsames Vorgehen des Reiches und bewahrte ihr die Unabhängigkeit.

2. Das Reichssicherheitshauptamt unter Reinhard Heydrich

Unmittelbar nach Kriegsausbruch, am 27. September 1939, war die Einrichtung des RSHA im Reichsministerium des Innern erfolgt. Himmler wollte dadurch verhindern, dass sein eigener Sicherheitsapparat durch die staatliche Partei kontrolliert wurde. Mit dem RSHA schuf sich die SS ein eigenes und unabhängiges Instrument, welches Gruppenführer Heydrich unterstellt wurde. Generaloberst Jodl, Chef des Wehrmachtsführungsamtes im OKW und militärischer Chefplaner unter Hitler, erklärte im Mai 1945 seinem Kriegstagebuchführer, Major Schultz, zur Frage der Bedeutung der militärischen Abwehr unter Admiral Canaris:

«Wir können nur immer wieder betonen, dass Wehrmacht in entscheidenden Abwehrfragen durch Befehl des Führers ausgeschaltet worden ist. Er übertrug Abwehr dem Reichssicherheits- hauptamt, da er zur Wehrmacht nicht das Vertrauen hatte, dass sie Abwehr in seinem Sinne durchführe»⁵¹.

Auch wenn diese Einschätzung Jodls den Zweck hatte, die Wehrmacht von Schuld und Verantwortung zu entlasten, bestehen keine Zweifel, dass Hitler in die SS grösseres Ver-

49 Ackermann, S. 182.

50 *Bonjour*, Bd. IV, S. 404 ff., und: *Bourgeois*, S. 279.

Detailstudien zur Frage einer schweizerischen SS liegen vor von:

Kurt Humbel: «Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz 1931-1939», Bern 1976. Himmler hatte 1938 von Bibra die Aufgabe anvertraut, die Schweiz mittels Propaganda, wirtschaftlichem Druck und Gewaltdrohungen dem Reich anzuschliessen (S. 172).

Walter Rüthemann: «Volksbund und SG AD – Nationalsozialistische Schweizerische Arbeiter Partei/Schweizerische Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie», Zürich 1979 (Dissertation). Nach Rüthemann befürwortete der Schweizer SS-Obersturmbannführer Riedweg einen schweizeri- schen Vasallenstaat innerhalb des Reiches (S. 216).

51 *Julius Mader*: «Hitlers Spionagengenerale sagen aus», Ost-Berlin 1976, S. 5.

trauen als in die Wehrmacht hatte. Spätestens seit dem Attentat vom 20. Juli 1944 war die Abwehr ausgeschaltet und alle Spionagetätigkeit der SS übertragen worden. Reinhard Heydrich war eine der deutlichsten Symbolfiguren der totalen Macht innerhalb des Dritten Reiches, beherrschte entscheidende Schlüsselpositionen und stellte in der SS nach Himmler den zweiten Mann dar. Er war SS-Obergruppenführer und General der Polizei, Schöpfer des Sicherheitsdienstes, dem eigenen Nachrichtendienst der SS, Chef des Geheimen Staatspolizeiamtes, der Gestapo, und ab 1941 amtierte Heydrich zudem als «Stellvertretender Reichsprotektor von Böhmen und Mähren» in Prag. Am 27. Mai 1942 starb Heydrich an den Folgen eines Attentats tschechischer Exilwiderstandskämpfer. Dem RSHA unterstand auch das Amt VI, welches für Auslandsnachrichtendienst zuständig war; somit verfügte er über einen eigenen Nachrichtendienst, der in zunehmende Konkurrenz zur militärischen Abwehr von Admiral Canaris trat⁵². Nach dem Tode Heydrichs wurde Ernst Kaltenbrunner zu seinem Nachfolger ernannt, der das RSHA bis zum Kriegsende leitete und am 16. Oktober 1946 als Kriegsverbrecher in Nürnberg hingerichtet wurde. Das Reichssicherheitsamt umfasste sieben Ämter, wobei uns vor allem das Amt VI Auslandsnachrichtendienst interessiert⁵³.

Als Carl Jakob Burckhardt im Auftrag des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz im Oktober 1935 deutsche Konzentrationslager besichtigte, traf er mit Heydrich zusammen, der ihm bei einem Essen eröffnete:

«In Ihrem kleinen Land, da sind die Freimaurer Meister, das muss anders werden, sonst sind auch Sie verloren ... Sie müssen nicht vergessen, wir kämpfen, der Führer kämpft gegen den Weltfeind. Es geht darum, nicht nur Deutschland wieder gesund zu kriegen, wir müssen die Welt von ihrem geistigen und moralischen Untergang retten, das hat man bei Ihnen noch nicht 'verstanden'⁵⁴.

Für Heydrich war das Freimaurertum die «Frontorganisation des internationalen Judentums» und daher mit dem Judentum gleichgesetzt⁵⁵. Das Freimaurertum war quasi das Instrument der jüdischen Rache und neben dem Kommunismus und dem politischen Christentum der Hauptfeind des nationalsozialistischen Deutschlands. Heydrich sah nicht nur die Schweiz von Freimaurern und Juden beherrscht, sondern war sich auch der Reichsfeindschaft der Eidgenossenschaft bewusst. Er bemerkte gegenüber Burckhardt:

«Man hält uns für Bluthunde im Ausland, ist es nicht so?»⁵⁶?

Nach dem Essen wollte Heydrich dem Schweizer sein persönliches Freimaurerarchiv zeigen, das, nach den einzelnen Nationen getrennt, Namenlisten von Logenmitgliedern enthielt. Auch die Logenbrüder in der Schweiz waren im Archiv registriert; Burckhardt verzichtete jedoch auf eine Einsichtnahme in die Listen.

52 *Heinz Höhne*: «Canaris – Patriot im Zwielicht», München 1978 (TB-Ausgabe), S. 448 ff.

Günther Deschner: «Reinhard Heydrich – Statthalter der totalen Macht», Esslingen am Neckar 1980 (TB-Ausgabe), S. 134 ff.

53 Sämtliche Ämter des RSHA sind dargestellt bei: *Führer*, S. 169 ff.

54 *Burckhardt*, S. 55-56.

55 *Deschner*, S. 100 ff.

56 *Burckhardt*, S. 56.

Als Chef des RSHA war Heydrich zugleich oberster Leiter des Sicherheitsdienstes (SD) der SS, der zwei Abteilungen umfasste: SS-Brigadeführer Ohlendorf leitete die Inlandabteilung, während SS-Brigadeführer Schellenberg für den Auslandsnachrichtendienst zuständig war⁵⁷. Der SD gab regelmässig geheime Lageberichte zur Situation in Deutschland und im Ausland heraus, die als Auswahl von Heinz Boberach veröffentlicht worden sind⁵⁸. Am 14. Mai 1940, vier Tage nach Beginn der deutschen Westoffensive, hielt ein SD-Bericht zur Lage in der Schweiz fest:

«Stärker wurde dagegen besonders auch in Südwestdeutschland die Mobilmachung der Schweiz beachtet. Man glaubt in der Bevölkerung, dass sich Deutschland die provokatorische Haltung der Schweiz auf die Dauer nicht gefallen lässt und dass hier ganz von selbst einmal die Abrechnung kommt»⁵⁹.

Hier erhebt sich der Verdacht, die Einschätzung der Stimmung in der Bevölkerung Süddeutschlands gegenüber der Schweiz sei in Wahrheit das Denken des SD selbst gewesen. Es klingt wenig glaubwürdig, dass die deutsche Bevölkerung mit der Schweiz habe «abrechnen» wollen; in diesen Beobachtungen kommt eher die Einstellung des RSHA zum Ausdruck, wenn auch sicherlich einzelne Nationalsozialisten innerhalb der Bevölkerung eine schweizfeindliche Haltung eingenommen haben. Der Bericht erwähnte auch die Situation im Land selbst:

«Reisende aus der Schweiz berichten, dass es in Zürich beim Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien und Holland zu wüsten Beschimpfungen und Demonstrationen gegen Deutschland gekommen sei ... Diese Gerüchte trugen wesentlich zur Verschärfung der allgemeinen Stimmung gegen die Schweiz bei»⁶⁰.

Die deutschfeindliche Haltung und die Verurteilung des Krieges durch die schweizerische Bevölkerung waren dem SD seit Kriegsausbruch bekannt, und er konnte sich aufgrund der vorliegenden Informationen kaum Hoffnung auf einen freiwilligen Anschluss der Schweiz machen. Mit Ausnahme von radikalen Rechtskreisen fand in der Schweiz keinerlei Solidarisierung mit dem deutschen Vorgehen statt; eine Identifikation der Schweiz mit dem Reich war durch die gewaltsamen Ereignisse in weite Ferne gerückt. Der Anschlussgedanke existierte vor allem auf der deutschen Seite, und schenken wir den SD-Berichten Glauben, so unterstützte die Bevölkerung eine solche Tendenz. Zwei Wochen nach dem Waffenstillstand von Compiègne, am 4. Juli 1940, vermerkte ein SD-Bericht:

«Im Südwesten des Reiches haben Artikel wie der von Hauptschriftleiter Neuscheler im 'Führer' und das 'Politische Tagebuch' in der 'Bodenseerundschau', die mit der früheren Haltung der Schweiz und dem plötzlichen Umschwung in der Stellung zu Deutschland ins Gericht gehen, sehr starken Anklang gefunden. Anknüpfend an das Vorgehen der Russen im Baltikum und gegen

57 Bis Sommer 1941 war SS-Brigadeführer Heinz Jost Chef des Auslandsnachrichtendienstes gewesen.

58 *Heinz Boberach* (Hrsg.): «Meldungen aus dem Reich – Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939-1944», Berlin 1965.

59 SD-Lageberichte, S. 67.

60 SD-Lageberichte, S. 67.

Rumänien wird im gesamten Reich gehofft, dass bei der Bereinigung der europäischen Verhältnisse auch mit der Schweiz 'friedlich abgerechnet' werden möchte»⁶¹.

Die Sonderstellung der Schweiz innerhalb der deutschen Strategie wird hier ersichtlich: Auch im Reichssicherheitshauptamt ging man davon aus, die Schweiz würde nach dem deutschen Sieg auf dem Kontinent die veränderten Umstände in ihre Haltung einbeziehen und sich langfristig dem Reich «freiwillig» anschliessen. Deutschland setzte auf den Faktor Zeit und auf die schweizerische Einsicht, in einem vom Reich beherrschten Europa würde es kein Abseitsstehen mehr geben. Tatsächlich fand im Sommer 1940 in der Schweiz ein solcher Umschwung zugunsten Deutschlands statt, war er auch vor allem durch Resignation und Angst und nicht durch Sympathie zum Reich bedingt; nur die Fronten begrüßten offen das «Neue Europa» unter der Führung Deutschlands⁶².

Das Reichssicherheitshauptamt meldete im Herbst 1940 in verschiedenen Berichten ans AA, wie sich die Schweiz in der neuen Lage verhalten würde. So vermerkte ein solcher Bericht vom September 1940:

«Die gegenwärtige politische Lage in der Schweiz ist gekennzeichnet durch ein ständiges Stimmungsmässiges Hin- und Herschwenken, je nach dem Gang der internationalen Lage»⁶³.

Der Bericht fährt fort, man rechne in der Schweiz mit einem deutschen Sieg. System- und Wirtschaftsvertreter würden diskret Fühlung mit dem Reich aufnehmen, um sich beizeiten «Weisungen» über die einzunehmende Haltung zu holen. Die schweizerische Aussenpolitik würde sich auch auf Italien einstellen. Das Büro «Ha» von Hans Hausamann⁶⁴ wurde vom RSHA als Sammelpunkt aller Nachrichtenverbindungen des schweizerischen Generalstabs beurteilt. Richtigerweise erkannte das RSHA die Bedeutung dieses privaten Nachrichtenbüros, welches eng mit dem Nachrichtendienst Massons und dem General zusammenarbeitete, und konstatierte auch, Hausamann würde sich gegen eine Anpassung ans Reich wenden. Im Militärdepartement solle eine «bedenklich gelockerte Ordnung herrschen», und unter den Arbeitslosen in der Schweiz bestehe eine sehr schlechte Stimmung gegen die Regierung. Das RSHA registrierte jedoch, diese Arbeiter müssten erst einer längeren Not ausgesetzt sein, um sich für den Nationalsozialismus zu interessieren. Zur politischen Lage des Landes wurde vermerkt, es gebe Zeichen eines Abrückens vom Ideal der Neutralität. Ein gewisser Überdruß am ewigen neutralen Beiseitestehen sei bemerkbar⁶⁵.

Im November 1940 wurden vom RSHA folgende Schwerpunkte im schweizerischen Verhalten perzipiert: Die schweizerische Aussenpolitik sei faktisch Aussenhandelspolitik,

61 SD-Lageberichte, S. 84.

62 *Bonjour*, Bd. IV, S. 141 ff., auch:

Gerhart Waeger: «Die Sündenböcke der Schweiz – Die Zweihundert im Urteil der geschichtlichen Dokumente 1940-1946», Olten 1971.

63 PAB, Abt. Inland IIg, Schweiz (1939-40): Reichssicherheitshauptamt, «Nachrichten aus der Schweiz», September-Oktober 1940.

64 *Bonjour*, Bd. V, S. 95, auch:

Otto Pünter: «Der Anschluss fand nicht statt», Bern 1967, S. 102.

65 Nachrichten aus der Schweiz (RSHA), September 1940.

und die Einstellung zu Deutschland habe sich verbessert; der Antisemitismus sei die Frage, in welcher man das Reich am besten verstehe; die Voraussetzungen für ein «völkisches» Empfinden würden jedoch fehlen. Der Rückfluss von schweizerischem Kapital aus den USA weise auf eine Hinwendung zu einer «kontinentalen Wirtschaftssolidarität». Der Grundzug der schweizerischen Politik sei:

«Einerseits strikte formal-rechtliche Neutralität, andererseits ein geschicktes stimmungsmässiges Ausnutzen der Rivalitäten der benachbarten Grossmächte. Bevorzugt wird jener Nachbar, der das kleinste Interesse an der Aufteilung des Landes hat.»

Die Tatsache, dass schweizerische Firmen, welche mit Deutschland Handel betrieben, auf ihren Firmenschildern und Briefbogen französisch und englisch klingende Vornamen durch die deutsche Schreibweise ersetzt, wurde vom RSHA als Hinwendung zu einem deutschen Fühlen gewertet⁶⁶.

Welchen Stellenwert können wir solchen Berichten beimessen? Aus einem Aktenvermerk des AA geht hervor, dass sie auch an die Parteikanzlei der NSDAP und somit an Bormann weitergeleitet worden sind. Ob und von wem die Berichte gelesen wurden, ist nicht feststellbar. Die Verteilung an AA und Parteikanzlei lässt jedoch auf eine gewisse Bedeutung schliessen. Im Dezember 1940 registrierte ein weiterer Stimmungsbericht des RSHA folgende Entwicklung: Die innenpolitischen Gegensätze spitzten sich wie 1798 beim Untergang der Alten Eidgenossenschaft zu; hinter der Schweizerpresse stehe das Freimaurertum; selbst dem Frontenführer Robert Tobler⁶⁷ wurde vom RSHA freimaurerische Rückendeckung zugeschrieben. Die Liquidation der jüdischen Vermögenswerte nehme jedoch ihren Fortgang, und schweizerische Arbeiter seien für deutsches Propagandamaterial zugänglicher geworden. Schweizerische Kapitalhalter investierten vermehrt in die Reichsmark und wollten sich dadurch gegen politische Veränderungen im deutsch-schweizerischen Verhältnis absichern. Zum Bereich Propaganda vermerkte der Bericht:

«Die hohe Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft macht ausserordentlich starken Eindruck und bedeutet einer der besten Propaganda-Erfolge für das neue Deutschland»⁶⁸.

Analysieren wir diese Berichte aus dem RSHA, so fallen verschiedene Dinge auf: Deutschland registrierte einen starken Opportunismus in der Schweiz, sich an die jeweiligen Umstände anzupassen. Ein echter Wille, sich dem Reich anzuschliessen, wurde nicht festgestellt, hingegen Tendenzen beobachtet, sich gegen zwingende Entwicklungen nicht aufzulehnen. Positiv wurde die vermehrt jüdenfeindliche Haltung in der Schweiz vermerkt und anerkennend auf gewisse Propagandaerfolge des Reiches hingewiesen. Starke Beto-

66 Nachrichten aus der Schweiz (RSHA), November 1940.

67 Robert Tobler war einer der Führer der «Nationalen Front» in der Schweiz.

Walter Wolf: «Faschismus in der Schweiz – Die Geschichte der Frontenbewegungen in der deutschen Schweiz 1930-1945», Zürich 1969.

Beat Glau: «Die Nationale Front – Eine Schweizer faschistische Bewegung 1930-1940», Zürich 1969.

68 PAB, Abt. Inland IIg, Schweiz (1939-40), Nachrichten aus der Schweiz (RSHA), Dezember 1940.

nung fanden die wirtschaftlichen Aspekte im gegenseitigen Verhältnis, obwohl auch in diesem Bereich der Egoismus der Firmen überwog. Gesamthaft wurde die Bereitschaft der Schweiz zur Zusammenarbeit mit Deutschland hervorgehoben, wobei auch hier das Hauptgewicht auf wirtschaftlichem Gebiet lag.

Im Januar 1941 sprach in Wien der schweizerische Nationalsozialist Franz Burri bei SS-Gruppenführer Kaltenbrunner vor und übergab diesem eine Schrift zur Lage der Schweiz. Burri forderte vom späteren Nachfolger Heydrichs die deutsche Anerkennung seiner von ihm geführten Kampfgruppe als SS-Formation und bat um ein Treffen mit Himmler. Ausserdem wünschte er die Weitergabe seiner Schrift über die Schweiz ans Auswärtige Amt in Berlin. Kaltenbrunner wandte sich darauf an Himmler, übersandte ihm das Schreiben Burris und bat den Reichsführer um Stellungnahme. Zum besseren Verständnis sei die Schrift Burris an dieser Stelle kurz zusammengefasst:

- 72% der Schweizerbevölkerung sind alemannisch.
- Bis 1648 war die Schweiz Teil des Deutschen Reiches.
- Nach 1648 geriet die Schweiz unter französischen Einfluss.
- Die schweizerische Reichsfeindschaft ist gezüchtet worden.
- Nur der Nationalsozialismus kann die Schweiz wieder mit dem Reich vereinigen.
- Die Schweiz steht unter der Diktatur der (Freimaurer-)Loge.
- Die schweizerischen Nationalsozialisten müssen in der Schweiz die politische Führung übernehmen.
- Deutschland muss gleichzeitig politischen und wirtschaftlichen Druck auf die Schweiz ausüben.
- Italien bekommt berechnete Gebiete jenseits der Wasserscheide.
- Hochsavoyen und Gex kommen zur Schweiz.
- Die schweizerischen Nationalsozialisten müssen illegal vorgehen⁶⁹.

Burri bekannte sich in seiner Schrift offen zum Anschluss der Schweiz ans Reich und suchte dazu die aktive Unterstützung Deutschlands. Er bezifferte die Stärke seiner Kampftruppe auf 1'800 Mann, was reichlich übertrieben war: Die schweizerischen Nationalsozialisten waren sowohl in der Schweiz wie im Reich untereinander zerstritten; obwohl das Führerprinzip Teil des politischen Programms war, hat sich nie eine Figur wie Hitler herausbilden können⁷⁰. Burris Bitte um Aufnahme in die SS wurde ans RSHA weitergeleitet, wo sich Heydrich persönlich mit der Angelegenheit befasste. In einem Schreiben vom 5. April 1941 an Himmler gab er seine Beurteilung ab:

«Es ist bei den augenblicklichen politischen Umständen unmöglich, die schweizerische Erneuerung offen vom Reich aus zu leiten – auch nicht von Schweizern, die im Reich ansässig sind. Eine solche Aktion wird erstens sofort von der Regierung verboten und zwingt ferner zahlreiche zuverlässige Schweizer Kameraden sich von der Erneuerungsbewegung zu distanzieren. Es ist für die Mitglieder der Erneuerung, die heute als Offiziere und Soldaten im Aktivdienst stehen

69 Bericht Burris als Beilage zum Schreiben von Kaltenbrunner an Himmler am 25. Januar 1941 aus Wien, in: BAK, Pers. Stab Reichsführer SS, NS 19, Sig. 1764.

70 Vgl. zu diesem Punkt mit: *Bonjour*, Bd. IV, S. 465 ff., *Rings*, S. 296.

Burri wurde im Sommer 1941 Leiter des «Bundes der Schweizer in Grossdeutschland» (BSG), der sich aber schon bald in verschiedene Organisationen aufspaltete.

und an ihren Fahneneid wohl oder übel gebunden sind unmöglich, weiterhin einer Organisation anzugehören, die offen vom Reich aus geleitet wird. Das schweizerische Empfinden ist gerade bei den wertvollen Elementen noch so weit lebendig, dass sie nicht ungerührt den Vorwurf des Landesverrates auf sich nehmen können. Diese aber, die heute meist als Soldaten und Offiziere im Aktivdienst stehen, kommen charakterlich und rassisch gesehen in erster Linie für die SS in Frage»⁷¹.

Heydrich bezog sich auf den Bundesratsbeschluss vom 19. November 1940, die «Nationale Bewegung der Schweiz» zu verbieten, und auf die anschliessenden Verhaftungsaktionen gegenüber Frontisten in der Schweiz. Heydrichs Haltung war eindeutig: Anschluss der Schweiz ja, jedoch nicht in offen illegaler Weise und nicht mit überstürzten Massnahmen. Das bundesrätliche Verbot hatte seine Wirkung in Deutschland nicht verfehlt und zeigt uns nachträglich, dass ein entschlossenes Verhalten eines kleinen Landes einer stärkeren Macht gegenüber seine Auswirkungen haben kann. Interessant ist Heydrichs Hinweis auf das charakterliche und rassische Genügen der Nationalsozialisten in der Schweiz einerseits und die Betonung der schweizerischen Eigenart andererseits. Diese Bemerkungen lassen den Schluss zu, Heydrich habe die schweizerische Bevölkerung als germanisch eingestuft und ihr auch ein nationales Empfinden zugestanden. Heydrich empfahl in seinem Bericht an Himmler eine Beschränkung auf Sammlung von nationalsozialistischen Schweizern innerhalb des Reiches. Diese Haltung entsprach auch der Auffassung im AA, und Ribbentrop persönlich hatte gewünscht, die Verbreitung von illegalen Flugschriften in der Schweiz sei zu unterbinden⁷². Burris Charakter wurde von Heydrich als von einem «masslosen Geltungsbedürfnis» behaftet eingestuft, und er lehnte die Anerkennung der Kampftruppe Burris als SS-Formation ab, da weder Burri noch ein grosser Teil seiner Anhänger in «rassischer und charakterlicher» Hinsicht den Vorbedingungen der SS entsprechen würden. Heydrich verlegte sich weiterhin auf die versteckte und getarnte Tätigkeit der SS in der Schweiz und untersagte sogar ausdrücklich die direkte und offene Führung der schweizerischen Erneuerung vom Reich aus. Nach seinen Vorstellungen sollte die deutsche Agitation mittels Tarnorganisationen erfolgen. Heydrich erwähnte in seinem Schreiben den getarnten «Fechtbund» der SS in der Schweiz, der von der Schweiz aus geführt werden sollte und dessen Ziel ein «rassisch auserlesenes Kader» war:

«Es ist beabsichtigt, die Grosszahl dieser jungen Leute (Studenten, Soldaten, Offiziere) unter der Tarnung von Sport- und Fechtveranstaltungen dieses Jahr nach dem Reich einzuladen und die führenden Kameraden dem Reichsführer-SS vorzustellen»⁷³.

Heydrich wollte nicht nur den Aufbau einer schweizerischen SS innerhalb des Landes voran treiben, sondern auch mit eigenen Leuten auf die Schweiz einwirken: Auf sein ausdrückliches Verlangen hin und mit Billigung durch Ribbentrop wurde im Oktober 1940 der SS-Obersturmführer Gröbl für sechs Monate dem deutschen Generalkonsulat in Zürich zugeteilt. Heydrich wollte mit dieser Massnahme die Schweiz-Arbeit des RSHA in

71 BAK, Pers. Stab ReichsführerSS, NS 19, Sig. 1764.

72 BAK, Pers. Stab ReichsführerSS, NS 19, Sig. 1764.

73 BAK, Pers. Stab ReichsführerSS, NS 19, Sig. 1764.

Berlin durch den direkten Einsatz eines SS-Führers intensivieren⁷⁴. Gröbl sollte unter der diplomatischen Immunität des deutschen Konsulates die innenpolitische Situation beobachten und gleichzeitig Schritte zur Gründung einer schweizerischen SS unternehmen⁷⁵. Gröbl wurde später enttarnt, verhaftet und 1942 nach Italien abgeschoben⁷⁶.

Für unsere Arbeit wichtiger als die geheimdienstlichen Aktivitäten des RSHA in der Schweiz ist Heydrichs Einschätzung der Schweizerbevölkerung und der Schweiz überhaupt. Aus den erhalten gebliebenen Dokumenten können wir schliessen, dass zumindest Teile der Bevölkerung im Sinne der SS wertvolles «Menschenmaterial» für das kommende Reich darstellten. In den getarnten SS-Sportschulen hätte die rassistische Elite in der Schweiz herangebildet werden sollen, was darauf hinweist, dass die alemannische Bevölkerung der SS-Rassennorm genügte. Diese Einschätzung der schweizerischen Bevölkerung hatte eine zwiespältige Wirkung: Hätten Heydrich und die SS in den Bewohnern minderwertige Menschen gesehen, so wäre die Gefahr einer deutschen Eroberung der Schweiz gestiegen, entsprach es doch der nationalsozialistischen Ideologie, schwächere und andersartige Völker zu beherrschen. Die im deutschen Sinne germanische Einstufung der schweizerischen Bevölkerung konnte hingegen die Erwartung erzeugen, die Schweiz solle an der Seite der übrigen germanischen Länder mit Deutschland zusammen den Krieg mittragen, eine Haltung, die Himmler und Hitler verschiedentlich eingenommen hatten⁷⁷. Heydrich forderte nicht nur eine politische Anpassung ans Reich, sondern für ihn musste ein Volk auch in rassistischer und moralischer Hinsicht genügen, um später seinen Platz im neuen Europa einnehmen zu können. Andererseits war er aber auch realistisch genug, um die momentanen Möglichkeiten des Reiches einschätzen zu können: Als 1941 der deutsche Staatssekretär Weizsäcker von Heydrich die Rückberufung Gröbls verlangte, fügte er sich diesem Verlangen. Gröbl hatte sich unvorsichtig verhalten, und Heydrich war es unangenehm, dass die Schweizerbehörden positive Beweise für die deutsche Einmischung in innere Angelegenheiten der Schweiz erhalten hatten⁷⁸.

Interessant für Heydrichs Bild der Schweiz erweist sich auch ein Bericht unter dem Titel «Deutschfeindliches Verhalten der Schweiz», den er am 9. April 1942 an Legationsrat Kramarz vom AA sandte. Heydrich beklagte sich, die Schweiz sei weit davon entfernt, sich als Glied des europäischen Kontinents zu fühlen und entsprechend zu handeln. Deutschfreundliche Kreise würden rücksichtslos bekämpft, während die Feinde des Reiches systematisch unterstützt werden:

«Sie wahrt auf politisch-polizeilichem Gebiet nicht einmal ihre Neutralität, sondern hat sich in ihrem Verhalten zu Deutschland ausgesprochen reichsfeindlich eingestellt.»

Namentlich wurden folgende drei Persönlichkeiten der Schweiz aufgeführt, welche sich nebst vielen anderen reichsfeindlich verhielten:

74 *Bourgeois*, S. 256.

75 Memorandum des deutschen Generalkonsuls Voigt vom 11. Juni 1941, in: PAB, Deutsche Gesandtschaft Bern, Geheimakten 1941, Bd. 1.

76 *Fuhrer*, S. 75.

77 Vgl. S. 27 und 68.

78 *Bourgeois*, S. 277.

- *Dr. Johann Hürzeler*, der schweizerische Konsul in Leipzig. Er betreibe «Gesellschaftsspionage, während seine Frau Propaganda für die christliche Sekte «Christian Sciene» mache.
- *Dr. Walter Rüfenacht*, der schweizerische Konsul in Wien, betreibe eine allgemeine deutschfeindliche Tätigkeit.
- *Rudolf von Weiss*, schweizerischer Generalkonsul in Köln, würde deutschfeindliche Zusammenkünfte in seiner privaten Wohnung veranstalten.

Als weitere Exponenten der reichsfeindlichen Schweiz vermerkte Heydrich die Theologen Karl Barth und Emil Brunner, die absolut bestimmend für die geistige Haltung der schweizerischen Protestanten seien. Den zuständigen Reichsstellen im AA warf er vor, auf das Verbot der NBS nicht reagiert zu haben; die Folge sei nun, dass viele Schweizer nach Deutschland flüchten mussten und in der Schweiz der Kampf gegen Nationalsozialisten verschärft worden sei. Als besonders bedenklich betrachtete Heydrich die Kommandoenthebung von Korpskommandant Wille, den Entzug von Kommando und Lehrauftrag an der Universität Basel für Oberst Gustav Däniker und die Amtsenthebung von Oberst Heinrich Frick als Präsident der Offiziersgesellschaft⁷⁹. Die deutsche Abwehrtätigkeit in der Schweiz durch die SS rechtfertigte Heydrich, dass diese Arbeit sich ausschliesslich gegen die von der Schweiz geduldeten und geförderten deutschfeindlichen Bestrebungen richte und eine Notwehr des Reiches darstelle⁸⁰. Heydrich gestand in seinen Ausführungen indirekt zwei Dinge ein: Die SS führte eine illegale Abwehrtätigkeit in der Schweiz durch, die im Gegensatz zu den offiziellen Erklärungen stand. Andererseits spricht aus Heydrichs Worten eine gewisse Resignation bezüglich deutscher Propagandaerfolge in der Schweiz; im Frühling 1942 waren die schweizerischen Behörden wieder genug selbstbewusst, um ungeachtet von politischen Risiken energisch gegen Naziumtriebe im Land vorzugehen. Heydrich war sich dieser Tatsache bewusst und konnte in seinem Bericht eine gewisse Ohnmacht des Reiches gegenüber dieser Entwicklung nicht verbergen.

Das RSHA führte Dossiers mit genauen Unterlagen über die Schweiz. Die Hauptaufmerksamkeit galt folgenden Gebieten:

Gotthardverkehr – Eisenbahnwesen und -netz – Privatbahnen – Brücken, Viadukten, Lawinengalerien – Flugwesen und Flugplätzen – Organisation der SBB – Rheinschiffahrt – Erdöl- und Erdgasforschung – Kohlen- und Erzvorkommen – Aluminiumproduktion – Autoverkehr und Treibstoffreserven – übrigen Bodenschätzen – Verhüttung von Eisenerz – Rohstoffen⁸¹.

Aus dieser Aufstellung ersehen wir deutlich die Schwerpunkte des deutschen Interesses an der Schweiz: Die Verkehrswege und -mittel standen im Zentrum; daneben fanden auch die Industrieproduktion und die Rohstoffe Beachtung. In separaten Dossiers waren ausführliche Unterlagen über Kraftwerke und Elektrizitätswirtschaft samt Fernleitungen und Turbinenanlagen zusammengestellt worden, wobei die Unterlagen meist normal erhältliche Informationen darstellten. Weiteres Interesse fanden die Vereine von Schweizern im

79 Oberst Frick war Unterzeichner der «Eingabe der Zweihundert» und verfasste zum 650. Jubiläum eine stark kritisierte Schrift unter dem Titel «Selbstbesinnung».

80 ZStAP, AA, Politische Abteilung (1936-45), Nr. 61152, Blätter 53-81.

81 BAK, Reichssicherheitshauptamt, Amt VI, R 58, Sig. 285.

Reich: Sämtliche Adressen mit den jeweiligen Präsidenten waren im RSHA genau registriert, was auf eine lückenlose Überwachung der Schweizer in Deutschland schliessen lässt. Das RSHA unter Heydrich beobachtete die Schweiz genau, agierte jedoch nur im Geheimen und vermied die offene Kontrontation.

3. Der Sicherheitsdienst (SD) unter Heinz Jost und Walter Schellenberg – Amt VI Ausland des Reichssicherheitshauptamtes

Das Amt VI im RSHA war der SS-eigene Auslandsnachrichtendienst, der parallel und unabhängig von der militärischen Abwehr unter Admiral Canaris aufgezogen worden war⁸². Der SD war 1931 gegründet und Heydrich unterstellt worden. Himmler hatte selbst die Zielsetzung der Arbeit im SD als eine langfristig und grundsätzlich angelegte Tätigkeit definiert und betont, der SD habe zu erforschen, wie sich die umliegenden Länder entwickeln würden⁸³. Aus dem Jahre 1937 ist ein SD-Bericht über den Rundfunk in der Schweiz erhalten geblieben, in dem Folgendes vermerkt wurde:

- Beim Schweizerradio sei kein jüdischer Einfluss festzustellen, da er keine Verdienstmöglichkeiten bieten würde.
- Die Schweizerische Rundfunkgesellschaft sei in ihrem Verhalten gegenüber Deutschland streng objektiv.
- Allgemein könne man das Verhalten des Schweizerradios als «sachlich und freundschaftlich» bezeichnen.
- Die Grundtendenz des Programms bestehe in einem bestimmten Eintreten für Schweizer-tum und Staatserhaltung; alles, was politisch oder weltanschaulich umstritten sei, werde vom Mikrofon fengehalten⁸⁴.

In dieser Charakterisierung fällt auf, wie das Radio in der Schweiz – im Gegensatz zur Presse – positiv und anerkennend beurteilt wurde. Der Bericht vermerkte auch, deutsche Komponisten und Musiker, Klassiker, Autoren und Gelehrte seien im Schweizerradio sehr reich vertreten. In der Zeit zwischen 1933 und Kriegsausbruch versuchte der SD vor allem Kontakte zu schweizerischen Nationalsozialisten herzustellen; aus dieser Phase sind jedoch praktisch keine schriftlichen Unterlagen auffindbar⁸⁵. Erst im Jahre 1940 können wir die Aktivitäten des SD in der Schweiz wieder eindeutig feststellen. Da sich die vorliegende Untersuchung nicht als Studie der deutschen Spionage in der Schweiz versteht, sondern das politische Bild der Schweiz innerhalb der SS-Führung herausarbeiten möchte,

82 Über die Rivalitäten zwischen Abwehr und SD vgl. mit:

Gert Buchheit: «Der deutsche Geheimdienst». München 1967, S. 158 ff.

83 *Hans Buchheim*: «Die SS – das Herrschaftsinstrument – Befehl und Gehorsam», in: «Anatomie des SS-Staates», Bd. I, München 1967, S. 61 ff.

84 BAK, Reichssicherheitshauptamt, Amt VI, R 58, Sig. 1092 (SD-Bericht vom 15. Januar 1937, gez. A. Goldschmidt).

85 *Bourgeois*, S. 41-42.

sei für die Fragen der SD-Einsätze auf die Dissertation von Fuhrer hingewiesen, der die verschiedenen Versuche des SD, in der Schweiz Fuss zu fassen, relativ ausführlich dargestellt hat⁸⁶. Solange Heinz Jost den SD leitete, gelang es nicht, eine permanente SD-Vertretung in der Schweiz einzurichten. Erst als im Juni 1941 SS-Standartenführer Walter Schellenberg als stellvertretender Amtschef den Auslandsnachrichtendienst übernahm, intensivierte sich die Spionage gegen die Schweiz. Die Person Schellenbergs ist mit dem Schicksal der Schweiz während des Krieges in verschiedentlicher Hinsicht verknüpft, und er versuchte sich auch in seinen Memoiren ausdrücklich als Freund der Schweiz darzustellen. Klaus Harprecht meint in seinem Vorwort zu Schellenbergs Aufzeichnungen, die Schweiz habe diesem viel zu verdanken:

«... er hat dazu beigetragen, einen Angriff Hitlers auf die Eidgenossenschaft zu verhindern»⁸⁷.

Inwiefern diese Behauptung durch Dokumente erhärtet werden kann, wird die Untersuchung ergeben. Die Schweiz war für den neuen SD-Chef in erster Linie als Drehscheibe für Nachrichtendienstaktivitäten interessant, wobei nicht unbedingt die Schweiz selbst im Vordergrund stand, sondern nur als Boden für Spionage gegen Drittländer diente. Schellenberg erklärte verschiedentlich seinen Mitarbeitern gegenüber, die Selbständigkeit der Schweiz müsste gewahrt bleiben⁸⁸. Für ihn besass eine unabhängige Schweiz mehr nachrichtendienstlichen Wert als ein zerstörtes und mit Partisanen durchsetztes Gebiet, das einen dauernden Unsicherheitsfaktor dargestellt hätte. Schon im August 1938 erhielt Schellenberg von Heydrich den Auftrag, Treffen zwischen dem sudetendeutschen Führer Henlein und dem britischen Obersten Christie, einem Beauftragten des Secret Service, zu überwachen⁸⁹. Erstmals war für Schellenberg die Schweiz als Plattform für geheime Treffen zur Anwendung gekommen. Als Hitler im Sommer 1940 den grotesken Plan fasste, den Duke of Windsor, den früheren englischen König Edward VIII., für die deutsche Politik zu gewinnen bzw. entführen zu lassen, wurde Schellenberg mit der Durchführung dieser heiklen Angelegenheit betraut. Ribbentrop hatte Schellenberg eröffnet, dem Duke sei ein Angebot zwischen 20 und 50 Mio. sFr. als Apanage zu machen und ihm gleichzeitig nahezu legen, er könne in ein neutrales Land, beispielsweise die Schweiz, emigrieren. Folgen wir Schellenbergs Angaben, so hatte Ribbentrop betont, es müsste in jedem Fall ein Land sein, «auf das Hitler eventuell politischen oder wirtschaftlichen Druck auszuüben vermag»⁹⁰. Die ganze Angelegenheit musste dann abgeblasen werden, da der Duke of Windsor auf die Bahamas verreiste. Die Affäre zeigt uns jedoch, welchen Stellenwert die Schweiz in einem solchen Vorgang einnahm: Das Land war eine Plattform, welche einen politischen Freiraum darstellte und je nach Umständen verwendet werden konnte, wozu die Neutralität eigentliche Voraussetzung war. So absurd dieses Vorhaben auch war, be-

86 *Fuhrer*, S. 74-75.

87 *Walter Schellenberg: «Memoiren»*, München 1979, S. 10.

88 *Fuhrer*, S. 75.

89 Schellenberg-Memoiren, S. 57.

90 Schellenberg-Memoiren, S. 109.

weist es nachträglich, dass in der deutschen Führung im Sommer 1940 keine unmittelbaren Angriffsabsichten gegen die Schweiz bestanden, denn sonst hätte die ganze Aktion keinen Sinn ergeben.

Schellenbergs Vorgänger, Heinz Jost, schrieb am 21. Oktober 1940 an Luther vom AA, die Schweizer Regierung würde jedes offene Bemühen um einen Anschluss des Landes ans Reich innerhalb der Schweiz unterbinden. Jost vertrat den Standpunkt, die Eingliederung der Eidgenossenschaft bedeute eine tiefgreifende Änderung für das Land und könne nur in einem langjährigen Anpassungsprozess erreicht werden. Deutschland müsse jedoch die einzigartige Gelegenheit der generellen Umwälzung zu einer politischen Änderung in der Schweiz ergreifen und die Aktivitäten der schweizerischen Nationalsozialisten ausnützen⁹¹. Jost formulierte folgende Schwerpunkte der deutschen Politik gegenüber der Schweiz:

- Deutschland müsse die günstige Atmosphäre der allgemeinen Umwälzung benützen, um einen Anschluss der Schweiz ans Reich wenn auch nicht formell, jedoch geistig, wirtschaftlich und kulturell zu erreichen.
- Dieser Eingliederungsprozess sollte organisch erfolgen, das Reich müsse zu diesem Zweck die entsprechenden Kräfte heranziehen⁹².

Die Versuche des SD, ständige Agenten in der Schweiz zu plazieren, erstaunen unter diesem Aspekt gesehen nicht. Unter Schellenberg intensivierte sich dann diese Tendenz, im Land selbst Informationen zu beschaffen und direkte Kontakte zu schweizerischen Nationalsozialisten zu knüpfen. Es seien hier nur die wichtigsten SD- Aktivitäten unter Schellenberg erwähnt: Im Sommer wurde SS-Sturmbannführer Daufeldt als SD-Beauftragter in die Schweiz entsandt, wo er im Konsulat Lausanne eingebaut wurde. Daufeldt erklärte nach dem Krieg, er habe sich mit schweizerischen Belangen überhaupt nicht befasst, dies sei ihm verboten gewesen⁹³. Diese Version erscheint wenig glaubwürdig, wenn es auch stimmte, dass nebst der Schweiz selbst die internationalen Nachrichtenlinien im Zentrum des deutschen Interesses standen. Schellenberg berichtet darüber in seinen Memoiren: Im Herbst 1941 beabsichtigte der SD-Chef, den deutschen Agenten Jahnke, der früher schon für Rudolf Hess tätig war, in die Schweiz zu entsenden, um Informationen über die zukünftigen Absichten Japans zu erhalten⁹⁴. Im Frühling 1942 weilte Jahnke wieder in der Schweiz und sondierte in der Frage, ob Japan eventuell als Vermittler für eine russisch-deutsche Kompromisslösung agieren würde; Schellenberg vermerkte, Jahnke habe «sehr viel Interessantes aus der Schweiz mitgebracht»⁹⁵. Für Schellenberg war die Schweiz einer der wenigen Freiräume in einem von Deutschland besetzten Europa, welcher für Informationsbeschaffung und Agentenkontakte zur Verfügung stand; gemäss seinen Angaben verlief z.B. die Hauptverbindung des chinesischen Geheimdienstes damals über Vichy und Bern⁹⁶.

91 Jost bezog sich dabei auf die Unterredung zwischen Pilet-Golaz und schweizerischen Frontisten vom 10. und 14. September 1940 (*Bonjour*, Bd. IV, S. 323 ff.).

92 PAB, Abt. Inland IIg, Fach 445.

93 *Führer*, S. 77.

94 Schellenberg-Memoiren, S. 202.

95 Schellenberg-Memoiren, S. 231.

96 Schellenberg-Memoiren, S. 233.

Im Spätsommer 1942 versuchte Schellenberg erstmals in der Schweiz Kontakte mit dem Westen für eine vorzeitige Kriegsbeendigung herzustellen. Es war beabsichtigt, über einen deutschen Vertrauensmann an den englischen Generalkonsul Cable in Zürich heranzutreten. Nach Schellenbergs Version informierte er in dieser Angelegenheit Himmler, der sich aber nicht allein auf solche Kontakte festlegen wollte und Ribbentrop verständigte, der wiederum bei Hitler rückfragte; dieser verbot dann schliesslich derartige Verbindungen mit feindlichen Staatsangehörigen als «Defätismus»⁹⁷. Schellenberg führte seine Kontakte mit der Schweiz trotz dieses Verbotes weiter und traf auch mit dem Chef des schweizerischen Geheimdienstes, Oberstbrigadier Masson, und später mit General Guisan zusammen. Folgen wir erst seinen eigenen Darstellungen:

«Inzwischen hatte ich wieder mehrere Versuche eingeleitet, ... in der Schweiz Kontakt mit massgebenden Vertretern der Westmächte zu gewinnen. Hierzu gehörten auch die Bemühungen, mit dem damaligen Chef des Schweizer Geheimdienstes, Mason (Schreibfehler, Anm.), und dem Befehlshaber der Schweizer Heeresleitung, General Guisan, in ein Verhandlungsgespräch zu kommen. Es war mir klar, dass der Weg zu Kompromissverhandlungen über die Schweiz überhaupt nur dann Erfolg versprach, wenn die Neutralität dieses Landes erhalten blieb. Ob sich die Schweiz als neutraler Staat auch weiterhin behaupten konnte oder ob nicht Hitler seinen schon mehrmals erwogenen Plan einer Präventivbesetzung eines Tages ausführen würde, stand zu jener Zeit noch völlig offen»⁹⁸.

Schellenberg traf erstmals am 8. September 1942 in der deutschen Grenzstadt Waldshut mit Masson zusammen⁹⁹. Während dieses Treffens erwähnte der deutsche SD-Chef seinem schweizerischen Kollegen gegenüber die Existenz eines «Dossiers Masson», das im Auswärtigen Amt bei Ribbentrop geführt und von den beiden schweizerischen Nationalsozialisten Burri und Leonhardt betreut würde¹⁰⁰. Schellenberg soll auch erklärt haben:

«... es liegt uns sehr daran, dass keine Wolke die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern trübe. Die Schweiz ist ein neutrales Land und soll es bleiben. Im Krieg wird eine Lunge benötigt. Die Schweiz kann diese Lunge sein»¹⁰¹.

Schellenberg stellte Masson die Einstellung der Hetzkampagne der beiden Schweizer Burri und Leonhardt vom Reich aus gegen die Schweiz in Aussicht und versprach überdies, sich für die Freilassung des schweizerischen Leutnants Mörgeli einzusetzen, der in Deutschland verhaftet worden war¹⁰².

97 Schellenberg-Memoiren. S. 295.

98 Schellenberg-Memoiren. S. 313.

99 Vgl. zu diesem Treffen mit:

Pierre Accoce/Pierre Quet: «Moskau wusste alles», Zürich 1966, S. 5.

Fuhrer, S. 80-81, *Bonjour*, Bd. V, S. 71 ff.

100 Masson hatte im Jahre 1936 für den Generalstabschef in Prag eine Studie über das deutsche Heer und seine neue Strategie angefertigt und musste seit der deutschen Besetzung der Tschechoslowakei befürchten, dieses Dokument könnte gefunden werden.

101 *Accoce/Quet*, S. 21.

102 Leutnant Mörgeli wurde am 17. März 1942 von der Gestapo verhaftet. Am 24. Dezember 1942 gelang es Schellenberg, die Freilassung des zum Tode verurteilten Mörgelis zu erwirken (*Fuhrer*, S. 81).

Am 3. März 1943 kam es dann zum Treffen zwischen Schellenberg und General Guisan im Gasthof «Bären» im bemischen Biglen¹⁰³. Offensichtlich ging es dem deutschen SD-Chef bei dieser Zusammenkunft darum, vom Oberbefehlshaber der Schweizerarmee persönlich die Versicherung zu erhalten, die Schweiz werde vorbehaltlos neutral bleiben. Guisan übergab anschliessend Schellenberg eine etwas fragwürdige schriftliche Erklärung, welche den schweizerischen Willen zur Landesverteidigung, gegen welchen Gegner auch immer, zum Ausdruck brachte¹⁰⁴. Schellenbergs Darstellung bestätigte die Beweggründe Guisans zu diesem Treffen:

«Nach entsprechender Fühlungsnahme mit Mas(s)on und Guisan vermochte ich Himmler zu bewegen, seinen Einfluss im Führerhauptquartier gegen solche militärische Massnahmen geltend zu machen. Er hatte mir vorher allerdings deutlich genug erklärt, dass es meinen Kopf kosten würde, falls die andere Seite diese Neutralität verletze. (Es liefen nämlich immer wieder Meldungen über ein mögliches Abschnwenken der Schweiz in das Lager der Alliierten ein.)»¹⁰⁵

Diese Aussage Schellenbergs ist ein weiterer Hinweis dafür, wie entscheidend es für die Schweiz während des Krieges war, die Neutralität glaubwürdig aufrechtzuerhalten. Für Deutschland war eine selbständige Schweiz nur tragbar gewesen, weil sie einen stabilen Faktor an der Südgrenze darstellte, der nicht zum unmittelbaren feindlichen Aufmarschgebiet werden konnte. Ein Abschnwenken ins alliierte Lager hätte mit grosser Wahrscheinlichkeit ein militärisches Eingreifen Deutschlands zur Folge gehabt. Mochten die Motive Schellenbergs zu seinen Kontakten in der Schweiz undurchsichtig und unaufrichtig gewesen sein¹⁰⁶, gaben diese Treffen der deutschen Führung doch eine beträchtliche Gewissheit, die Schweiz würde ihre Neutralität behaupten. Schellenberg setzte jedoch auch nach dem Treffen mit Guisan seine Spionagetätigkeit gegen die Schweiz fort: Am 23. Oktober 1943 schrieb er über Kaltenbrunner ans AA:

«Die Schweiz ist durch die politischen und militärischen Ereignisse der letzten Zeit wieder in besonderem Masse in den Vordergrund des nachrichtendienstlichen Interesses beider kriegsführenden Parteien gerückt»¹⁰⁷.

Schellenberg spielte damit auf die Ereignisse in Italien an: Am 9. Juli 1943 erfolgte die Landung der Alliierten in Sizilien, und am 25. Juli 1943 wurde Mussolini verhaftet; am 13. Oktober 1943 erklärte Italien Deutschland den Krieg, nachdem deutsche Truppen das Land militärisch besetzt hatten.

Schellenberg sah den Rechtsanwalt Dr. Ernst Hoffmann zum Einsatz als SD-Beauftragter in der Schweiz vor. Mit Bewilligung Ribbentrops sollte dieser zur Erweiterung der

103 Zu diesem Treffen: *Bonjour*, Bd. V, S. 74 ff.

104 Text der Erklärung Guisans bei: *Bonjour*, Bd. VII, S. 235-36.

105 Schellenberg-Memoiren, S. 313-314.

106 *Bonjour* vermutet ein Doppelspiel Schellenbergs: Dieser habe schon früh die kommende deutsche Niederlage erkannt und sich mit seinen Kontakten in der Schweiz eine günstige Ausgangslage für die Zeit nach der Niederlage schaffen wollen. In Nürnberg erklärte Schellenberg, er habe die Gelegenheit nicht verpassen können, die Schweiz als Nachrichtenquelle und Devisendrehzscheibe auszunützen (*Bonjour*, Bd. V, S. 89).

107 PAB, Politische Abteilung Ilg, Schweiz, Tätigkeit des SD.

«nachrichtendienstlichen Tätigkeit» eingesetzt werden. Das AA schlug Kaltenbrunner vor, Hoffmann als «Finanz-Sachverständiger» in der Wirtschaftsabteilung der deutschen Gesandtschaft in Bern einzubauen, womit Ribbentrop einverstanden war¹⁰⁸. Der Einsatz Hoffmanns in der Schweiz kam schliesslich nicht zustande, da die zuständigen deutschen Dienststellen die Angelegenheit verschleppten¹⁰⁹ und gleichzeitig die schweizerischen Behörden wussten, dass Hoffmann Beziehungen zu Seyss-Inquart, dem Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, hatte und SS-Offizier war¹¹⁰. Im Herbst 1944 lehnte die Schweiz die Einreise Hoffmanns definitiv ab¹¹¹. Was uns an diesem ganzen Vorgang vor allem interessiert, ist die nachrichtendienstliche Bedeutung, welche Schellenberg der neutralen Schweiz zumass. Als die Kriegslage für das Reich im Mittelmeerraum kritisch geworden war, rückte auch die Schweiz wieder vermehrt ins Zentrum des Geschehens.

In seinen Memoiren gibt uns Schellenberg einen aufschlussreichen Hinweis, weshalb sich die deutsche Führung nie zu einer Besetzung der Schweiz hatte entschliessen können. Neben der Herausstellung seiner eigenen Leistung in dieser Frage, die weniger glaubwürdig ist, erwähnt er den deutschen Wirtschaftsminister Funk:

«Bei diesen meinen Bemühungen, die Schweiz aus dem Krieg herauszuhalten, kam mir die Hilfe des Reichswirtschaftsministers Funk zustatten, der in geschickter Weise die oberste Führung davon zu überzeugen wusste, dass die Schweiz als 'Devisendrehzscheibe' unangetastet bleiben müsse»¹¹².

Deutschland benötigte den Handelsplatz Schweiz zur Konvertierung der deutschen Goldvorräte. Diese meist gänzlich widerrechtlich beschafften Goldbestände aus besetzten Gebieten wurden in der Schweiz in Devisen umgetauscht, da nur Schweizerwährung dem Reich den internationalen Markt erschliessen konnte. Für die Kriegszeit zwischen 1940 und 1945 ergaben sich schweizerische Käufe von deutschem Gold im Wert von ca. 1,6 Mia. sFr., was ungefähr 320 Tonnen Gold entsprach¹¹³.

Die deutsche Reichsbank war auf die Devisendrehzscheibe Schweiz angewiesen, da sonst das Reich grosse Schwierigkeiten beim Umtausch des Goldes gehabt hätte. Der deutsche Historiker Boelcke bemerkt in diesem Zusammenhang:

108 AA an Kaltenbrunner am 10. Dezember 1943, in: PAB, Abt. Ilg, Schweiz (SD).

109 Ribbentrop bewilligte erst am 15. Februar 1944 die Ausstellung eines Diplomatenpasses für Hoffmann (*Führer*, S. 77).

110 Telegramm von Köcher ans A A vom 11. Mai 1944, in: PAB, Abt. Ilg, Schweiz.

111 Telegramm von Köcher ans AA vom 22. Oktober 1944, in: PAB, Abt. Ilg, Schweiz. Im Herbst 1944 versuchte Schellenberg nochmals einen SD-Agenten in der Schweiz zu plazieren, indem er ans A A den Antrag stellte, den deutschen Vizekonsul Gisevius in Zürich durch Major Bohlen vom RSHA zu ersetzen. Erst am 17. Januar 1945 trat Bohlen seinen Dienst in Zürich an, nachdem Ribbentrop am 14. Dezember 1944 den Einsatz bewilligt hatte (PAB, Politische Abteilung Ilg, Schweiz, Tätigkeit des SD).

112 Schellenberg-Memoiren, S. 314.

113 *Peter Utz*: «Goldfingers merkwürdige Machenschaften», in: *Tages-Anzeiger-Magazin* Nr. 16 vom 19. April 1980, Zürich, S. 50.

«Angesichts der unumgänglichen Funktion der Schweiz bei der 'Liquidierung' (Konvertierung) der deutschen Goldvorräte stellt sich die freilich provozierende Frage, ob die militärischen Verteidigungsvorbereitungen der Schweiz oder mehr die Rolle der vorzüglich arbeitenden Schweizer Banken bei der 'Fakturierung' der Gold- und Devisengeschäfte der Reichsbank die äusserer Sicherheit der Schweiz im Zweiten Weltkrieg verbürgt hatten»¹¹⁴.

Die Schweiz stellte einen wirtschaftlichen Freiraum dar, welcher dem Reich mehr als ein besetztes und zerstörtes Land nützte. Schellenberg sprach diesen Sachverhalt während eines Treffens mit Masson im Schloss Wolfsberg am 16. Oktober 1942 aus, indem er dem schweizerischen Geheimdienstchef eröffnete, die Eidgenossenschaft stelle eine Brücke zwischen Deutschland und dem Westen dar und sei eine nützliche Drehscheibe für den Waren- und Devisenhandel¹¹⁵. Schellenberg war sich nicht nur des Wertes der Schweiz für den deutschen Nachrichtendienst und für Finanztransaktionen bewusst, sondern erkannte auch den schweizerischen Willen, die Neutralität gegen jede Seite zu verteidigen: Am 5. Januar 1943 schrieb er an Himmler, die Schweiz würde sich für eine neue Generalmobilmachung vorbereiten, da der schweizerische Generalstab einerseits englische Luftangriffe auf den Brenner befürchte und andererseits damit rechne, Italien werde infolge seiner sinkenden Widerstandskraft vom Land und vom Wasser her ins Kriegsgeschehen einbezogen werden. Schellenberg betonte, die schweizerischen Mobilmachungsmassnahmen hätten rein defensiven Charakter und würden in keinem Zusammenhang mit der deutschen Besetzung Südfrankreichs stehen¹¹⁶. Für das Reich war es von Wichtigkeit zu wissen, dass der Alpenwall nicht unter alliierte Kontrolle geriet und dadurch der Transit zwischen den Achsenmächten unterbrochen würde; andererseits musste die Schweiz zu diesem Zeitpunkt mit einer deutschen Präventivbesetzung des Alpenraumes rechnen. Die Meldung Schellenbergs war übertrieben: Guisan bot lediglich einige Regimenter zusätzlich auf, und es stellt sich die Frage, ob Schellenberg tatsächlich falsch informiert war oder ob er diese Information bewusst an Himmler weitergeleitet hatte¹¹⁷, um einem deutschen Schlag gegen die Schweiz entgegenzuwirken. Seine Kontakte mit Masson und Guisan im gleichen Jahr deuten jedenfalls in diese Richtung¹¹⁸.

Als Schellenberg bei Kriegsende im Mai 1945 mit dem Präsidenten des schwedischen Roten Kreuzes bei Stockholm zusammentraf, hatte er diesem u.a. erklärt:

«Im Jahre 1943 trat plötzlich die Schweiz für die deutsche Führung in den Vordergrund des Interesses. Um ein Haar wäre es zu einem Angriff auf sie gekommen. Die Pläne waren schon ausgearbeitet. Hitler, Ribbentrop und Bormann hatten sie gebilligt. Die militärische Lage, die durch die Landung der Alliierten in Italien entstanden war, schien ein solches Eingreifen zu fordern. Mit Händen und Füßen wehrte ich mich gegen diesen Plan und suchte deshalb Kontakt

114 Willi A. Boelcke: «Zur internationalen Goldpolitik des NS-Staates», in: Manfred Funke (Hrsg.): «Hitler, Deutschland und die Mächte», Düsseldorf 1977, S. 308-309.

115 Accoce/Ouet, S. 21.

116 BAK, Pers. Stab Reichsführer SS, NS 19, Sig. 2529.

117 Eine abgeänderte und korrigierte Version der Meldung Schellenbergs wurde von Himmler am 5. Januar 1943 an Hitler weitergeleitet.

118 *Bonjour*, Bd. V, S. 61 ff., und: *Bourgeois*, S. 226 ff.

mit gewissen Freunden in der Schweiz. Schliesslich wurde die Aktion eingestellt, hauptsächlich aufgrund ökonomischer Überlegungen»¹¹⁹.

Wenn Schellenberg in dieser Darstellung seine Leistung auch beschönigt und herausstellt, können wir zwei Dinge daraus folgern: Die Schweiz geriet durch die alliierte Landung in Italien erneut in eine kritische Lage und musste mit einem deutschen Eingreifen rechnen. Die Gründe, weshalb eine solche Aktion unterblieb, sind in erster Linie bei wirtschaftlichen Interessen des Reiches an der Schweiz zu suchen, wobei wiederum die Bedeutung eines intakten Gotthardtransites zwischen Deutschland und Italien nicht zu unterschätzen ist. Schellenberg als Freund der Schweiz zu bezeichnen, ist übertrieben; er spielte während des Krieges eine undurchsichtige und doppelte Rolle und bemühte sich erst um Kontakte in den neutralen Staaten, als für ihn die deutsche Niederlage bereits ersichtlich war. Waren seine Motive auch durch Opportunismus und Anpassung an die Umstände bestimmt, ist nicht zu bestreiten, dass der Chef des SD schon früh den Nutzen einer unabhängigen Schweiz erkannt hatte, welche für das Reich produzierte und gleichzeitig für geheimdienstliche Kontakte genutzt werden konnte. Im Sommer 1942 notierte sich Schellenberg über die Schweiz:

«Ein eiskaltes Volk, von einem Eigensinn bis zur Grausamkeit, und das immerfort die gleiche Taktik anwendet: Markten, hinhalten, ausweichen, erpressen. Eine Art von Kriegstaktik, die aber anders ist als die gebräuchliche. Eine Kriegstaktik von Neutralen, die nicht auf den Sieg, sondern auf das Überleben abzielt ... Kurz, das Herz den Alliierten, den Deutschen die Eingeweide ...»¹²⁰.

4. Die militärische Abwehr im OKW unter Admiral Canaris

Admiral Wilhelm Canaris leitete das Amt «Abwehr» im OKW und war somit Chef des militärischen Geheimdienstes. Parallel dazu existierten die Nachrichtendienste «Fremde Heere West» und «Fremde Heere Ost», welche für den Generalstab des Heeres arbeiteten¹²¹. Canaris unterstand dem OKW, welches von Generalfeldmarschall Keitel befehligt wurde. Seine Geheimdienstberichte hätten als direkte Basis der Entscheidungen Hitlers dienen sollen, was aber mit zunehmender Kriegsdauer immer weniger der Fall war, da sich Hitler mehr und mehr auf die Informationen des SD im Reichssicherheitshauptamt verliess¹²². Die Vereinigung der Abwehr mit dem RSHA im Jahre 1944 stellte nur noch den Schlusspunkt dieser Entwicklung dar. In der Vorkriegszeit und in den ersten Monaten

119 *Folke Bernadotte*: «Das Ende», Zürich 1945, S. 101.

Vgl. zur Frage der Gefährdung der Schweiz im Jahre 1943 mit:

Hans Rudolf Kurz: «Die Schweiz in der Planung der kriegsführenden Mächte während des Zweiten Weltkrieges», in: Schriftenreihe des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes Nr. 5, 1957, S. 46 ff.

120 *Accoce/Ouet*, S. 180.

121 *Wilhelm von Schramm*: «Geheimdienst im Zweiten Weltkrieg», München 1979, S. 161 ff.

122 Vgl. S. 77.

des Krieges war Canaris jedoch ein wichtiger Informant und Berater Hitlers. Wilhelm von Schramm vertritt die Meinung, Hitler habe ursprünglich seinem Abwehrchef vertraut, mit Beginn des Russlandfeldzuges und der darauf folgenden Krisen sein Vertrauen in ihn aber immer mehr verloren¹²³. Canaris stellt eine undurchsichtige und umstrittene Figur des Dritten Reiches dar; das Urteil über ihn reicht von «Patriot im Zwielficht»¹²⁴, «äusserst gefährlicher Mann»¹²⁵, «mutiger Offizier und Weltbürger»¹²⁶ bis zu «Gentleman»¹²⁷. Was die Historiker und Biographen bei Canaris immer wieder irritierte, waren seine Undurchschaubarkeit und Doppelseitigkeit in seinen Handlungen. Er war einerseits aktiver Planer und Vorbereiter der einzelnen Feldzüge des Krieges und somit ganz Militär und gehorsamer Gehilfe des Führerwillens. Auf der anderen Seite war Canaris schon früh Teil des deutschen Widerstandes gegen Hitler, wurde nach dem 20. Juli 1944 von der SS verhaftet und im April 1945 im KZ Flossenbürg hingerichtet, obwohl ihm keine direkte Beteiligung am Attentat gegen Hitler hatte nachgewiesen werden können. Dieser Widerspruch ist nur lösbar, wenn wir Canaris einerseits als patriotischen Deutschen sehen, der sich voll und ganz mit seinem Land identifizierte, sich dann aber gegen Hitler und den Nationalsozialismus zu wenden begann, als er realisierte, in welche Katastrophe das Deutsche Reich hineingeriet. Canaris Einfluss bei Hitler ist nicht einfach abzuschätzen; immerhin wissen wir, dass seine Berichte mit der Zeit fast nur noch Keitel, dem Chef des OKW, und nicht mehr Hitler selbst vorgelegt worden sind¹²⁸. Canaris führte ein Tagebuch, das uns einigen Aufschluss über seine Person und seine Motive gegeben hätte; es ist jedoch im Krieg verlorengegangen¹²⁹, weshalb die Untersuchung des Abwehrchefs aufgrund der amtlichen Dokumente und der Erinnerungsliteratur erfolgen muss. Naturgemäss fehlen meistens Unterlagen über die geheimdienstlichen Massnahmen der Abwehr, welche aber auch nicht Hauptgegenstand unserer Fragestellung darstellen; es soll vielmehr versucht werden, aus

123 *Von Schramm*, S. 251 ff.

124 *Heinz Höhne*: «Canaris – Patriot im Zwielficht». München 1978 (TB-Ausgabe).

125 *Rönn von Uexküll*: «Unser Mann in Berlin», Berlin 1976, S. 48.

126 *Karl Heinz Abshagen*: «Canaris – Patriot und Weltbürger», Stuttgart 1955, S. 9.

127 *Gert Buchheit*: «Der deutsche Geheimdienst – Geschichte der militärischen Abwehr», München 1966, S. 72.

Buchheit widmet dieser Frage ein ganzes Kapitel und versucht darin Canaris vor allem als einen Offizier zu schildern, dem Dienstpflicht und Liebe zum Vaterland über alles gingen (S. 362-414).

128 *Walter Warlimont*: «Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht, 1939-1945», Frankfurt a.M. 1962, S. 191. Anm.

129 Canaris führte bis Sommer 1939 ein handschriftliches Tagebuch, von 1939 an diktierte er es seiner Sekretärin in die Maschine. Später vertraute er die Tagebücher einem Panzerschrank in Zossen an, wo die Aufzeichnungen im August 1944 von der Gestapo gefunden wurden. Der Admiral war bei seinen Eintragungen so vorsichtig, dass sie für eine Anklage nicht verwendet werden konnten, da ihr Inhalt keinen konkreten Aufschluss über seine konspirative Tätigkeit gegen Hitler gegeben hatte (*Buchheit*, S. 438 ff.).

Die Tagebücher Canaris gelangten in die Hände Kaltenbrunnens und wurden bei Kriegsende auf dem Schloss Mittersill in Österreich verbrannt. Einzig Abschriften der Mitarbeiter Canaris sind erhalten geblieben (*Abshagen*, S. 10-11).

den wenigen Beständen an Dokumenten den Stellenwert der Schweiz aus der Sicht der Abwehr aufzuzeigen.

Vor dem Krieg, im Jahre 1936, war die Schweiz bei der Abwehr als Land von «Nebeninteressen» im Gegensatz zu den Ländern von «Hauptinteressen» eingestuft¹³⁰. Bereits in diesem Jahr gelangten deutsche Agenten der Abwehr, getarnt als jüdische Flüchtlinge, in die Schweiz und führten Spionage aufträge durch¹³¹. Die Schweiz stellte für Canaris ein günstiges Operationsgebiet für seine Geheimdiensttätigkeit dar: Die nachrichtendienstliche Arbeit richtete sich dabei nicht nur gegen die Schweiz, sondern auch gegen Drittstaaten, was während des Krieges bedeutsam werden sollte. Die eigentlichen Einsätze der Abwehr seien hier ausgeklammert und dafür auf die Dissertation von Fuhrer verwiesen, welcher die einzelnen Vorgänge ausführlich und umfassend darstellt¹³². Die Haltung Canaris gegenüber der Schweiz wird aus einer Episode während des deutschen Polenfeldzuges ersichtlich: Als der deutsche Abwehrchef nach der polnischen Niederlage in Posen eintraf, trat die Ehefrau des ehemaligen polnischen Militärattachés in Berlin, Antoni Schimanski, an Canaris heran und bat ihn um Hilfe. Ihr Mann war in den Kriegswirren verschwunden, und sie war mit ihren Kindern in ein Flüchtlingslager gebracht worden. Canaris war sofort bereit, der Frau zu helfen, und veranlasste ihre Ausreise in die Schweiz, wo die Familie in Bern Wohnsitz nahm und dort später von Canaris besucht worden ist. Als es darum ging, wohin die Familie verbracht werden könnte, soll der Admiral vor eine grosse Wandkarte Europas getreten sein und nach einigem Abschätzen ausgerufen haben:

«Die Schweiz, das ist der beste Platz»¹³³.

Diesem Vorgang können wir nur einen Sinn abgewinnen, wenn wir davon ausgehen, Canaris habe in der Schweiz 1939 einen stabilen und unantastbaren Faktor in der europäischen Politik gesehen. Andererseits hinderten solche private Hilfsaktionen den Abwehrchef nicht, auf der geheimdienstlichen Ebene gegen die Schweiz vorzugehen: Getarnte Agenten wurden in der deutschen Gesandtschaft und in die deutschen Konsulate eingebaut, von wo aus sie schweizerische Flugplätze, militärische Einrichtungen und Truppenstärken ausspionierten, Schweizer zum Landesverrat anhielten und Sabotageakte durchführten¹³⁴. Ab 1938 existierte in der Abwehr die Abteilung II, deren Aufgaben psychologische Kriegführung im Ausland, Anstachelung deutscher Minderheiten und Sabotageakte im fremden Land waren. Faktisch organisierte die Abteilung II die berüchtigten «Fünften Kolonnen» ausserhalb des deutschen Staates, welche durch subversive Massnahmen die Länder für den Anschluss vorbereiten sollten¹³⁵. Die Abwehr unter Canaris unterhielt in den Staaten

130 *Julius Mader*: «Hitlers Spionagegenerale sagen aus», Ostberlin 1976, S. 291.

131 *Uexküll*, S. 50.

132 *Fuhrer*, S. 15-58.

133 *Höhne*, S. 346-347.

134 *Mader*, S. 74, 78, 167, 236 und *Fuhrer*, S. 20 ff.

135 *Höhne*, S. 276.

ausserhalb des deutschen Hoheits- und Machtgebietes sogenannte «Kriegsorganisationen (KO)», die als eigentliche Dienststellen der Abwehr den verlängerten Arm des militärischen Geheimdienstes im Ausland darstellten. Die KO in der Schweiz befand sich insofern in einer für Deutschland problematischen Lage, als die Schweiz mit zunehmender Kriegsdauer zu einem Sammelort gegnerischer Spionagezentralen wurde und der schweizerische Nachrichtendienst unter Masson die deutschen Aktivitäten genau überwachte¹³⁶. Andererseits konnte Canaris die Schweiz als Bindeglied zu den Alliierten verwenden und inoffizielle Kontakte herstellen, die nur noch in einem neutralen Land wie der Schweiz möglich waren, da die übrigen Verbindungen durch die Kriegshandlungen weitgehend unterbrochen waren.

Über Canaris' Rolle in der Angelegenheit des Dokumentenfundes von La-Charité-sur-Loire ist bereits berichtet worden¹³⁷. Abshagen vertritt die Meinung, Canaris habe zusammen mit Staatssekretär Weizsäcker die Schweiz über den Fund informiert und vor möglichen Folgen gewarnt¹³⁸. Hans Bernd Gisevius¹³⁹ sagte nach dem Krieg in einem Verhör aus, die Unterlagen seien damals zu einem «Dossier Schweiz» zusammengetragen worden, und es habe kaum eine Berliner Chefbesprechung der zuständigen Behörden in Sachen Schweiz gegeben, in der nicht diskutiert worden war, wie man das Dossier am besten gegen die Schweiz einsetzen sollte:

«Damals schlug Canaris bewusst den Weg ein, diese Dokumente zu entaktualisieren, indem er immer und immer wieder das Dossier Schweiz als noch nicht vorlagereif bezeichnete»¹⁴⁰.

Unklar ist auch der weitere Verbleib der Dokumente: Ulrich Liss, der damals die Unterlagen als Chef der Abteilung Fremde Heere West im OKH bearbeitete, bestätigte nach dem Krieg die Möglichkeit, dass Canaris die Militärkonvention vernichtete¹⁴¹. Folgen wir Gisevius, so hatte Canaris für die schweizerisch-französischen Militärabsprachen Verständnis gezeigt und nur kritisiert, dass die Dokumente so leichtsinnig in deutsche Hände gefallen waren¹⁴².

Im März 1943 liess Admiral Canaris die Schweizer Regierung wissen, dass Hitler beabsichtige, die neutrale Schweiz seiner Gewalt zu unterwerfen¹⁴³. Es ging um den soge-

136 *Buchheit*, S. 285 und *Führer*, S. 31 ff.

P. Leverkus: «Der geheime Nachrichtendienst der deutschen Wehrmacht im Kriege», Frankfurt a.M. 1957.

137 Vgl. S. 18 ff.

138 *Abshagen*, S. 347.

139 Hans Bernd Gisevius war Vizekonsul und Sonderführer der Abwehr in der Schweiz. 1933 trat er der Gestapo bei und wurde im gleichen Jahr Mitglied der NSDAP. 1940 wurde Gisevius im deutschen Konsulat in Zürich eingebaut, wo er Verbindungen zu fremden Geheimdiensten knüpfte. Während des 20. Juli weilte er in Berlin, konnte dann im Januar 1945 in die Schweiz flüchten und erhielt Asyl, was aber die schweizerische Militärjustiz nicht hinderte, 1946 gegen ihn eine Strafuntersuchung einzuleiten (*Urner*, S. 15 ff.).

140 *Bonjour*, Bd. VII (Dokumente), S. 60 (Verhör vom 14. Mai 1947).

141 Aufsatz von Ulrich Liss: «Der Aktenfund von La Charité» vom Dezember 1967, in: *Bonjour*, Bd. VII (Dokumente), S. 67.

142 *Bonjour*, Bd. VII (Dokumente), S. 59.

143 *Buchheit*, S. 408.

nannten «Märzalarm» 1943, von dem wir heute wissen, dass es sich mit einiger Wahrscheinlichkeit um ein Verwirrspiel des Reiches gegenüber der Schweiz handelte¹⁴⁴.

Die für uns entscheidende Frage ist, ob Canaris das Täuschungsmanöver mitgespielt hat oder ob er in die tatsächlichen Vorgänge und Zusammenhänge nicht eingeweiht war. Schellenbergs Aussagen gegenüber Graf Bernadotte im Jahr 1945 deuten in diese Richtung, obwohl verschiedentlich die Vermutung ausgesprochen worden ist, Schellenberg habe die Meldungen über einen geplanten Angriff auf die Schweiz im Frühling 1943 bewusst erfunden, um dadurch den Beweis für die geheime Nachrichtenverbindung «Viking» aus Berlin zu erhalten¹⁴⁵. Die Fachdiskussion über den Märzalarm 1943 ist nicht abgeschlossen: Angeblich hatten Hitler und Himmler auf eine schnelle Auslösung der Aktion Schweiz gedrängt, um bei einem Zusammenbruch Italiens den Alpenraum bereits fest im Griff zu haben. Die Gründe, weshalb die Schweiz dann doch nicht angegriffen worden ist, liegen wahrscheinlich bei kriegswirtschaftlichen Überlegungen¹⁴⁶. Einer Vortragsnotiz des Wirtschaftsrüstungsamtes VIII im OKW vom 1. November 1940 können wir entnehmen, dass schon zum damaligen Zeitpunkt die Schweiz als wichtiger Rüstungslieferant betrachtet wurde. Die Notiz vermerkt Folgendes:

«Deutschland hat der Schweiz gewisse Rüstungslieferungen zugestanden, soweit diese für Deutschland unbrauchbares Material betreffen. Als Gegenleistung wird Deutschland von der Schweiz neben der normalen Fertigung an Werkzeugmaschinen für die Rüstungsindustrie in erheblichem Umfange mit Kriegsgeschütz beliefert»¹⁴⁷.

144 Buchheit vertritt die Haltung, der Märzalarm von 1943 habe keinen realen militärischen Hintergrund gehabt, sondern es seien ausschliesslich politische und wirtschaftliche Gründe entscheidend gewesen. Deutschland habe durch den falschen Alarm die Schweiz auch zu einer Verstärkung ihres Verteidigungsdispositivs veranlassen wollen, um die Alliierten davon abzuhalten, einen Durchbruch in der Schweiz zu erzwingen (*Buchheit*, S. 412 ff.). Der Märzalarm 1943 ist ausführlich behandelt bei: *Führer*, S. 82 ff.

145 Die Nachrichtenverbindung «Viking» verlief zwischen dem Führerhauptquartier in Berlin und dem schweizerischen Major Waibel, dem Chef der Nachrichtensammelstelle des schweizerischen Geheimdienstes, der die Linie selbst aufgebaut hatte (*Führer*, S. 82 ff., und *Accoce/Quet*, S. 56-57, sowie: *Kurt Emmenegger*: Q.N. wusste Bescheid – Erstaunliche Informationen eines Schweizer Nachrichtenmannes aus den Kulissen des Hitlerkrieges», Zürich 1965, S. 118 ff.).

146 Nach *Bonjour* hatten sich die kriegswirtschaftlichen Referenten im OKW gegen eine zeitliche Forcierung der Operation Schweiz ausgesprochen. Laut Bundesrat Kobelt gingen ihm am 18. März 1943 die ersten Meldungen zu, Generaloberst Eduard Dietl, zu diesem Zeitpunkt Befehlshaber der Lapplandarmee in Finnland, würde eine Besetzung der Schweiz vorbereiten, und Hitler würde auf eine rasche Auslösung der Operation Schweiz drängen (*Bonjour*, Bd. V, S. 63). Es erscheint rückblickend naheliegend, dass Deutschland durch diesen Alarm Druck auf die Wirtschaftsverhandlungen ausüben wollte, die am 15. Januar 1943 abgebrochen worden waren (*Bonjour*, Bd. VI, S. 253).

147 BAF, Wirtschaftsdossier Schweiz des OKW, Wi/if 1.9.

Die Gegenleistungen der Schweiz bestanden in nachstehenden Lieferungen:

- für die *Marine*: 1'110 Stück 2-cm-Schiffsflak mit Munition
- für die *Luftwaffe*: 1'000 Stück 2-cm-Flak mit Munition
- für das *Heer*: Werkzeugmaschinen und Motoren, Entfernungsmesser und Zünder

Totalwert der Lieferungen: sFr. 246 Mio.

Neubestellungen waren in gleichem Umfang beabsichtigt¹⁴⁸.

Die Schweiz stellte für Canaris eine nützliche und wichtige Informationsquelle dar. Als im Jahre 1941 die Abwehr einen ausführlichen Bericht über die wachsende Kriegsstimmung in den USA und die anlaufende amerikanische Rüstungsproduktion verfasste, vermerkte Canaris dazu handschriftlich an Keitel:

«Feststellungen und Unterlagen jüngsten Datums sind einwandfrei, Quellen unbedingt zuverlässig, z.T. Schweizer Armeestab»¹⁴⁹.

Der Bericht erreichte Hitler wahrscheinlich nie, doch zeigt er uns, dass die Schweiz aus der Sicht der Abwehr als hochrangige Nachrichtenquelle figurierte und den Informationen aus Armeekreisen ein grosser Stellenwert zugemessen wurde. Eine Notiz des Wirtschaftsrüstungsamtes III der Abwehr, welches für Gegenspionage im Rüstungsbereich zuständig war, bestätigt die Rolle der Schweiz als Informationsdrehscheibe; am 23. Januar 1941 wurde festgehalten:

«Es liegt im dringenden Interesse der wehrwirtschaftlichen Erkundung Englands, ... Kenntnisse über die englischen Industriegebiete, soweit in dem uns noch zugänglichen neutralen Ausland vorhanden, für die Wehrmacht nutzbar gemacht wird. Eines der interessantesten Länder in dieser Beziehung ist die Schweiz, welche bekanntlich engste wirtschaftliche Beziehungen nach England seit je unterhält»¹⁵⁰.

Die Abwehr war innerhalb der Schweiz nicht nur gegen das Land selbst tätig, sondern interessierte sich vor allem auch für Informationen über Feindstaaten; die Schweiz stellte quasi nur das Territorium für die nachrichtendienstliche Arbeit dar. Nur so können wir uns erklären, dass Canaris sich bereits im Sommer 1942 entschloss, den Nachrichtendienst gegen die Schweiz zu verbieten¹⁵¹. Einer Notiz im Auswärtigen Amt vom 10. April 1943 können wir entnehmen, dass Canaris sich wie folgt geäussert hatte:

«... er habe sich entschlossen, jeden Nachrichtendienst gegen die Schweiz streng zu untersagen. Es habe doch keinen Zweck, da sie uns militärisch verhältnismässig wenig interessiere und dieser Nachrichtendienst uns politisch sehr belaste»¹⁵².

Natürlich war das Verbot nicht sofort eingehalten worden, und Pilet-Golaz beschwerte sich am 6. April 1943 während einer Unterredung mit Köcher über die anhaltende deutsche Agententätigkeit in der Schweiz, welche in einem Masse stattfindet, dass daraus auf einen geplanten Angriff durch das Reich geschlossen werden müsse¹⁵³. Nach dem Sommer 1943 wurden von der Abwehr dann tatsächlich keine Spionageaufträge gegen die Schweiz

148 BAF, Wirtschaftsdossier Schweiz des OKW, Wi/if 1.9.

149 *Buchheit*, S. 245.

150 BAF, Wirtschaftsdossier Schweiz des OKW, Wi/if 1.9.

151 *Führer*, S. 35.

152 PAB, Politische Abteilung IM, Abwehr Schweiz (1942-44).

153 PAB, Politische Abteilung IM, Abwehr Schweiz (1942-44).

mehr erteilt; die Aktivität des SD ging jedoch weiter, da dieser nicht der Befehlsgewalt der Abwehr unterstand.

Führer vermutet, Canaris habe sich durch das «Agentensterben» in der Schweiz bei seinem Entscheid beeinflussen lassen¹⁵⁴, denn tatsächlich waren im Sommer 1942 zahlreiche deutsche Agenten in der Schweiz verhaftet worden, und seit der Bundesrat in einer Verordnung vom 28. Mai 1940 die Durchführung der Todesstrafe für Landesverrat angeordnet hatte, fällten die Militärgerichte ab 25. September 1942 insgesamt 33 Todesurteile, wovon 17 vollstreckt worden sind¹⁵⁵. Im Jahre 1944 waren der Abwehr erneute Spionagefälle durch deutsche Agenten in der Schweiz zur Kenntnis gebracht worden, worauf die Abwehr dem AA folgende Auskunft gab:

«Die Abwehr hat daraufhin erneut bestätigt, dass bereits etwa vor 2 Jahren den zuständigen Abwehrstellen in der Schweiz der Befehl erteilt worden sei, nicht mehr gegen die Schweiz zu arbeiten. Durch diesen Befehl seien für die Zukunft Vorfälle, wie sie in den Berichten der Gesandtschaft zum Ausdruck gebracht waren, ausgeschlossen»¹⁵⁶.

Diese Angaben der Abwehr finden eine Bestätigung in Notizen vom:

- RSHA, Amt M (I), vom 27. Juni 1944
- RFSS, Militärisches Amt, vom 14. Juli 1944¹⁵⁷.

Zwei Aspekte sind in diesem Zusammenhang erwähnenswert: Die Abwehr hatte nur ein Verbot der Spionage gegen die Schweiz, jedoch nicht gegen Drittstaaten angeordnet; die Schweiz wurde sogar mit zunehmender Kriegsdauer eine unentbehrliche Möglichkeit der informellen und nachrichtendienstlichen Kontaktnahme des Reiches mit den feindlichen Mächten. Im Jahre 1944 war andererseits das Schicksal der Abwehr bereits besiegelt worden, da Hitler schon im Februar 1944 Keitel und Himmler beauftragt hatte, die Abwehr mit dem RSHA zu vereinigen und dadurch einen einheitlichen Nachrichtendienst zu schaffen¹⁵⁸. Im Mai 1944 erfolgte dann die formelle Übergabe der Abwehr in die Zuständigkeit der SS; Canaris wurde mit der Leitung des unwichtigen «Sonderstabes für Handelskrieg und wirtschaftliche Kampfmassnahmen (HWK)» im OKW betraut, was faktisch eine völlige Kaltstellung bedeutete¹⁵⁹.

Innerhalb der Abwehr bestand die Amtsgruppe Ausland, welche Vizeadmiral Leopold Bürkner unterstand¹⁶⁰. Aus dieser Abteilung besitzen wir Berichte, welche über das kriegswirtschaftliche Interesse Deutschlands an der Schweiz Auskunft geben. Aus einem

154 *Führer*, S. 36; der Begriff «Agentensterben» war von den deutschen Amtsstelleri selbst geprägt worden.

155 *Peter Noll*: «Landesverräter – 17 Lebensläufe und Todesurteile 1942-1944», Frauenfeld 1980, S. 16.

156 PAB, Politische Abteilung IM, Abwehr Schweiz (1942-44).

157 PAB, Politische Abteilung IM, Abwehr Schweiz (1942-44).

158 *Buchheit*, S. 429.

159 *Buchheit*, S. 432.

160 Zum Aufbau und zur Struktur der Abwehr vgl. mit Grafiken in: *Höhne*, S. 654-655 und *Führer*, S. 156-157.

Dossier des Amtes Ausland der Abwehr ersehen wir, wie die wirtschaftliche Kapazität der Schweiz Mitte 1942 beurteilt wurde:

- Die schweizerische Wirtschaftskapazität sei begrenzt und ausgelastet.
- Die beschränkte Devisenlage Deutschlands gestatte nur die Erteilung von «besonders wichtigen und dringlichen Aufträgen».
- Die schweizerischen Firmen sollten nicht planlos mit Auftragsanfragen überhäuft werden, da sonst ein «Gefühl der Unentbehrlichkeit» entstehe.

Der Bericht kam am Schluss zu folgender genereller Beurteilung:

«Die besondere Leistungsfähigkeit der schweizer Industrie für hochpräzise Erzeugnisse muss bei der Auftragserteilung ausschlaggebend berücksichtigt werden»¹⁶¹.

Andere Berichte befassten sich hauptsächlich mit der schweizerischen Rüstungsproduktion, deren Stand laufend durch V-Männer an die Abwehr übermittelt wurde. Die Hauptsorge dabei war, die Schweiz würde an das feindliche Ausland liefern. Verschiedenste Meldungen bezogen sich auf Schweizerfirmen, die in erster Linie Präzisionsteile nach England lieferten; stellvertretend sei hier nur ein solches Beispiel erwähnt: Eine Abwehrmeldung vom 9. Januar 1941 stellte fest, die Firma Wolfram & Molybdaen AG in Bischofszell würde laufend «Kontaktplättchen für Hochspannungs- und Zündmagnete für Flugzeuge» nach England ausführen¹⁶². Das Wirtschaftsrüstungsamt der Abwehr bekundete ein «dringendes Interesse» für solche Meldungen, da mit diesen Informationen über die deutsche Gesandtschaft in Bern Druck auf die Schweiz im «Wirtschaftskrieg» ausgeübt werden könne¹⁶³. Wie das Amt Ausland in der Abwehr die Schweizerarmee einschätzte, ersehen wir aus einem Bericht des deutschen Militärattachés in Bern, von Ilsemann, vom 4. Januar 1944:

- Die Schweiz sei entschlossen, die Unabhängigkeit auch gegen die Alliierten zu verteidigen.
- Der Kampfwert der Schweizerarmee sei seit 1940 beträchtlich gestiegen.
- Gründliche Ausbildung habe Nahkampftechnik und Gebirgskriegsfähigkeit in der Armee gesteigert, auch die Führungskräfte seien nun besser.
- Die Bewaffnung sei heute besser, die Landesbefestigung abgeschlossen.
- Die Eroberung dieser «Alpenfestung» sei heute zu einer schweren Aufgabe geworden.
- Die Schlagkraft der Armee sei noch nie so hoch gewesen¹⁶⁴.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Abwehr unter Canaris an der Schweiz vor allem Interesse als Nachrichtenbeschaffungsland hatte. Eine aktive Unterstützung deutscher Anschlussbestrebungen der Schweiz gegenüber kann Canaris nicht nachgewiesen werden, wenn es auch etwas übertrieben ist, ihn als «Freund» der Schweiz zu bezeichnen. Aufgrund der heutigen Quellenlage kann immerhin die These gewagt werden, Canaris habe sich gegen eine «Aktion Schweiz» gewandt, soweit ihm dies mit seinen Kompetenzen überhaupt möglich war. Dem gegenüber stehen seine Befehle zu geheimdienstli-

161 BAF, Dossier des Amtes Ausland/Abwehr, Wi/if 1.12.

162 BAF, Wi Rü Amt/Abwehr, Wi/if 1.8 (Anlage 1 zu «Bremen» Nr. 983/40g).

163 BAF, Wi Rü Amt/Abwehr, Wi/if 1.8 (Notiz vom 23. Januar 1941).

164 BAF, Dossier «Schweiz» OKW/OKH, RW 5/v 416 (Vortragsnotiz des Amtes Ausland/ Abwehr vom 10. Januar 1944 über Bericht Mil. Att. Bern, Nr. 1/44 vom 4. Januar 1944). Die Abwehr bestätigte in einer Anmerkung die Angaben; Einschätzung der Schweiz von Ilsemann und Abwehr würden sich decken.

chen Einsätzen in der Schweiz, in denen er sich als gehorsames Werkzeug seines Führers erwiesen hatte. Es ist kaum anzunehmen, Canaris hätte sich gegen eine Einverleibung der Schweiz ins Reich offen aufgelehnt. Seine national-konservative Überzeugung hob sich zwar von der nationalsozialistischen Ideologie ab, doch war auch Canaris nicht frei von imperialem Grossmachtdenken. In der Praxis hatte sich der deutsche Abwehrchef nicht gegen einen der deutschen Feldzüge aufgelehnt, sondern im entscheidenden Augenblick die Position Hitlers bezogen: Als der Zweite Weltkrieg am 1. September 1939 begonnen hatte, versammelte der Admiral seine Mitarbeiter um 09.00 Uhr in seinem Büro und forderte von ihnen «absolute Treue zu Führer und Reich»¹⁶⁵. In diesem Zusammenhang erscheint sein angeblicher Tagebucheintrag vom 17. Januar 1940 etwas unglaubwürdig:

«Jetzt will dieser Narr (Hitler, Anm.) auch noch die Schweiz hereinziehen. Es wäre der letzte und tödliche Schlag für die deutsche Ehre, wenn der ‘Weltlump’, nicht genug, dass er schon einen Anschlag auf Holland und Belgien plant, nun auch noch über die Schweiz mit ihrer von je her respektierten Neutralität herfallen will. Dann würde in Zukunft niemand von einem Deutschen noch ein Stück Brot annehmen»¹⁶⁶.

Canaris Biograph Abshagen berichtet über eine weitere Begebenheit, in welcher der Admiral sich für die Schweiz eingesetzt habe: Im Jahr 1942 fragte Ribbentrop in der deutschen Gesandtschaft in Bern an, wie lange die Eidgenossenschaft mit Nahrungsmitteln versehen sei. Canaris erhielt Kenntnis von dieser verdächtigen Anfrage Ribbentrops und habe darauf in einem Bericht an seine vorgesetzten militärischen Stellen den Widerstandswillen und die wirtschaftliche und wehrgeographische Stärke der Schweiz betont. Canaris habe sich bei seinem letzten Besuch in Bern bei Gesandtschaftsrat Kordt befriedigt über diesen Erfolg in der Abwendung eines deutschen Angriffs auf die Schweiz gezeigt¹⁶⁷.

165 *Höhne*, S. 338.

166 *Führer*, S. 99.

167 *Abshagen*, S. 346-347.

D. Die militärische Führung im OKW und OKH

Im Februar 1938 ernannte Hitler den General der Artillerie, Wilhelm Keitel, zum Chef des neugeschaffenen Oberkommandos der Wehrmacht. Der spätere Generalfeldmarschall unterstand somit Hitler selbst und übte keine direkte militärische Befehlsgewalt aus, sondern diente seinem Führer als Chef des militärischen Stabes¹. Zum Leiter des Wehrmachtführungstabes (WFSt) wurde Generaloberst Alfred Jodl ernannt, der sich während des Krieges zum eigentlichen Chefplaner der Feldzüge Hitlers entwickelte. Beide Militärs wurden nach dem Krieg in Nürnberg hingerichtet. Zwischen dem OKW und dem OKH bestanden ständige Differenzen um die militärische Kompetenz, doch interessiert in dieser Untersuchung in erster Linie das OKW, dahier die eigentlichen Entscheidungen in der Kriegsplannung gefällt wurden². Keitel erwies sich als treuer Gefolgsmann Hitlers bis zuletzt: Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944, als Hitler verletzt aus den Trümmern wieder aufgestanden war, soll Keitel als erster gerufen haben: «Wo ist der Führer»³? Am 8. Mai 1945 unterzeichnete er als letzte Amtshandlung in Berlin-Karlshorst im sowjetischen Hauptquartier die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht⁴.

Wie schätzte die oberste deutsche Militärführung die schweizerische Wehrkraft, die militärischen Führer und die strategische Bedeutung der Schweiz ein? Aus dem Jahre 1934 besitzen wir einen Manöverbericht des damaligen deutschen Militärattachés in Wien⁵, der einer Übung der 3. Division beigewohnt hatte. Darin enthalten sind interessante Äusserungen über den schweizerischen Oberstkorpskommandanten Wille, der 1939 bei der Generalmobilmachung einer der Antwärter auf den Generalsrang gewesen war. Muff vermerkte in seinem Bericht folgendes Urteil über Wille:

1 Walter Görlitz (Hrsg.): «Generalfeldmarschall Keitel – Verbrecher oder Offizier – Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs OKW». Frankfurt a.M. 1961. S. 312.

2 Zur Rivalität zwischen OKW und OKH vgl. mit: H. Krausnick/H.C. Deutsch (Hrsg.): «Helmuth Groscurth – Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940», Stuttgart 1970.

Aufschlussreich ist vor allem der Eintrag ins private Tagebuch von Groscurth, dem Chef der Abwehrabteilung II unter Canaris, vom 25. September 1939: «Weitere grauenvolle Desorganisation. Alles arbeitet gegeneinander und nebeneinander. ObdH (von Brauchitsch, Anm.) stellt dauernd sprunghaft merkwürdigste Forderungen und führt nur noch Kampf gegen das OKW» (S. 209).

Keitel selbst sprach in seinen Aufzeichnungen von einem «Dualismus» in der militärischen Führung zwischen OKW und OKH (S. 319).

3 *Fest*, Bd. 2, S. 966 (TB-Ausgabe).

4 Am 7. Mai 1945 hatte bereits Generaloberst Jodl im HQ von General Eisenhower den Westmächten gegenüber die Gesamtkapitulation unterzeichnet.

5 Generalleutnant Wolfgang Muff, zuständig für Östeneich, Bulgarien und die Schweiz, wurde am 3. Oktober 1936 durch Iwan von Ilsemann ersetzt.

«Ich glaube zu meinem Bedauern feststellen zu müssen, dass die Persönlichkeit Willes wie zum Teil in der eigenen Armee so auch bei uns überschätzt wird. Es fehlt ihm doch wohl an der Gediegenheit. Seine Selbsteinschätzung, die ihn zum Posieren verleitet, überwiegt sein Können.»

Das betont «Preussische» Willes wirke sich in der Schweiz zu seinem Nachteil aus, was von Deutschland aus gesehen bedauerlich sei. Die Mehrzahl der Schweizeroffiziere stehe dem neuen Deutschland ablehnend, wenn nicht sogar feindselig gegenüber. Für das Reich sei die Schweiz jedoch ein gutes «Stimmungsbarometer»:

«Dort spürt man die Dinge oft früher und richtiger als in den beteiligten Ländern»⁶.

Muff erkannte richtig, dass Willes «Deutschlandfreundlichkeit»⁷, welche sich während des Krieges verschiedentlich auswirken sollte⁸, in der Schweiz eher negative Auswirkungen zeigte. Die Beurteilung seiner Person zeigt uns, dass «preussisches» Auftreten aus deutscher Sicht nicht zwangsläufig als positiv gewertet worden war, da sich ein solches Verhalten dem Reich gegenüber eher kontraproduktiv auswirken konnte. Im Sommer 1938 verfasste der Gesandtschaftsangehörige Budde für das OKW in Berlin einen Bericht über die «wirtschaftliche Bedeutung der Schweiz für Deutschland in einem internationalen Konfliktfall» und kam zu folgenden Ergebnissen:

- In einem Fall von politischen Spannungen habe die Schweiz keine vergrößerte Bedeutung.
- In einem Kriegsfall sei die wehrwirtschaftliche Bedeutung der Schweiz noch geringer.

Das OKW versah die letztere Aussage mit einem Fragezeichen am Seitenrand, was auf einen abweichenden Standpunkt schliessen lässt. Der Bericht wertete hingegen die wiedergewonnene «Integrale Neutralität» der Schweiz seit 14. Mai 1938 als günstig⁹. Folgende Produkte könnten nun durch Deutschland ungehindert bezogen werden:

Milchprodukte – Früchte und Gemüse – Eisenerz aus dem Fricktal – Elektrizität, welche die Schweiz ungehindert liefern könne.

Zweifel seien bei nachstehenden Produkten angebracht, zu deren Produktion Rohstoffe aus Völkerbundsstaaten notwendig seien und dadurch fremder Druck auf die Schweiz ausgeübt werden könne:

Werkzeugmaschinen – Uhren – Chemische Erzeugnisse – Aluminiumprodukte.

Hingegen wurde im Bericht Buddes die herausragende Bedeutung des Transitverkehrs auf der Nord-Süd-Route durch die Schweiz hervorgehoben. Als wichtigstes Produkt der Lieferungen aus dem Norden wurde die Kohle bezeichnet; umgekehrt würde Italien vor allem Früchte und Gemüse durch den Gotthard liefern. Budde betonte, diesem Transitverkehr

6 Manöverbericht Muffs ans Reichskriegsministerium vom 27. September 1934, in: BAF, Dossier «Ausland», RW 5/v 415 (vgl. auch: *Führer*, S. 38).

7 *Bonjour*, Bd. IV, S. 240.

8 Wille setzte sich u.a. für den Empfang schweizerischer Frontisten beim Bundesrat ein (*Bonjour*, Bd. IV, S. 346).

9 Bis zum Mai 1938 besass die Schweiz die «Differenzielle Neutralität».

könnten keine völkerrechtlichen Hindernisse in den Weg gelegt werden, was die Bedeutung der Rückgewinnung der uneingeschränkten Neutralität für die Schweiz unterstreicht. Die wichtigsten Produkte, welche durch die Schweiz 1937 an Deutschland geliefert wurden, hatten einen Gesamtwert von sFr. 199'878'000.–:

Anilinerzeugnisse – Baumwollgarne – Käse – Werkzeugmaschinen – Viskoseseide – Bestandteile von Taschenuhren – Aluminium – Bücher – rohe Felle.

Nicht zu erwarten seien folgende Produkte:

wichtige Nahrungsmittel (Getreide) – kriegswichtige und andere Rohstoffe fremder Herkunft – Betriebsstoffe (Benzin) – Rüstungsfabrikate.

Der Bericht Buddes kam zum Schluss, die Schweiz stelle insgesamt kein «bedeutsames wirtschaftliches Kriegspotential» für Deutschland dar¹⁰. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang, dass nach diesem Bericht das Reich vor dem Krieg nicht mit schweizerischen Rüstungslieferungen rechnete, die dann in der Kriegszeit für die Schweiz zu einem bedeutsamen Faktor der zwischenstaatlichen Beziehungen werden sollten. Die Schweiz wurde zwar 1938 von Deutschland als kriegswirtschaftlich unbedeutend eingestuft, doch vermerkte schon damals das OKW die Bedeutung des Gotthardtransites. Vergleichen wir diese Einschätzung mit der Situation im Kriege, so gelangen wir zu anderen Resultaten. Im April, unmittelbar vor der Auslösung des Westfeldzuges, liess das Wirtschaftsamt IVb im OKW einen Bericht über die Bedeutung der Schweiz für die deutsche Wirtschaft anfertigen und vermerkte folgende schweizerischen Lieferungen an das Reich:

- *Nahrungsmittel:* Bedeutungslos.
- *Eisenerz:* Unbedeutende Menge (ca. 200'000 Tonnen für 1940).
- *Maschinen:* Bedeutend. Ein Wegfall dieser Lieferungen würde für Deutschland schwer ins Gewicht fallen, sei jedoch nicht kriegsentscheidend.
- *Instrumente:* Die deutsche Qualität dieser Artikel (Chronometer, Uhrenteile, Messuhren) sei geringer. Der Wegfall dieser Lieferungen würde zu Schwierigkeiten in der deutschen Versorgung führen.
- *Munition und Waffen:* Wichtig. Die Lieferung von Munitionsteilen sei eine Erweiterung der deutschen Rüstung, und es würde dadurch Kupfer gespart, welcher vollständig von der Schweiz gestellt werde.
- *Gotthardtransit:* 40% der deutschen Kohle nach Italien gingen durch die Schweiz. Transit müsse unbedingt erhalten bleiben, da sonst Westmächte auf Italien Druck ausüben könnten.
- *Kompensationsgeschäfte:* Schweiz sei das geeignete Land dafür. Deutschland müsse diese Geschäftsform mit der Schweiz intensivieren.

Wörtlich wurde im Bericht abschliessend festgehalten:

«Falls in Deutschland ein bedrohlicher Mangel an Kupfer, Nickel, Kobalt, Molybdän, u.a. eintritt, ist die Schweiz der beste Boden, um die notwendigen Zufuhren durch Austausch von Maschinen auch für den Gebrauch der Feindstaaten zu erhalten»¹¹.

10 Bericht vom Gesandtschaftsangehörigen Budde ans OKW vom 23. Juli 1938, in: BAF, OKW, Wirtschaftsdossier Schweiz, Wi/if 1.9.

11 Bericht vom 26. April 1940, in: BAF, OKW, Wirtschaftsdossier Schweiz, Wi/if 1.9.

Innert zwei Jahren nahm die Schweiz aus der Sicht des OKW einen ganz anderen Stellenwert ein. Präzisionserzeugnisse, Maschinen und Rüstungsgüter waren für das Reich nur schwer zu entbehrende Produkte geworden, welche die Schweiz nun lieferte. Ausserdem diente das Land dem Reich über Kompensationsgeschäfte als neutraler Boden, um dringend benötigte Rohstoffe für die deutsche Rüstungsproduktion zu beschaffen. Diese Tendenz im OKW hielt auch im Verlaufe des Jahres 1940 an: Einer Vortragsnotiz des Wirtschaftsamt IV vom 30. Oktober 1940 können wir entnehmen, dass alle drei Wehrmachtsteile, also Marine, Luftwaffe und Heer, neue Rüstungsaufträge an die Schweiz für rund 270 Mio. sFr. wünschten; die deutsche Gesandtschaft in Bern sollte bei der Schweizerregierung Exportkredite für 300 Mio. sFr. beantragen¹². Als in Deutschland Informationen durchsickerten, schweizerische Rüstungsbetriebe, insbesondere die «Maschinen- und Waggonfabrik Neuhausen», beabsichtigten, die Produktion in die USA und nach Kanada zu verlegen, blieb die sofortige Reaktion nicht aus. Das Reichswirtschaftsministerium wandte sich ans AA und an das OKW und verlangte, dass eine solche Verlegung «unbedingt zu verhindern sei». Deutschland solle durch Transitkontrollen, Androhung von Ausfuhrverboten für Rüstungseinrichtungen und andere geeignete Massnahmen Druck auf die Schweiz ausüben, dass die schweizerischen Betriebe weiterhin die Produktion im Land belassen¹³.

Das OKW hatte im April 1940 die Schaffung einer deutschen Organisation in der Schweiz angeregt, welche die Kompensationsgeschäfte und Rüstungsaufträge an das Reich koordinieren sollte. Im Dezember 1940 konnte nun der deutsche Militärattaché in Bern, Oberstleutnant von Ilseman, an das OKH melden, in Zürich sei unter der Leitung von Dr. May ein Büro eingerichtet worden, das im Auftrag des OKW für alle drei Wehrmachtsteile den «Einkauf von Vorrichtungen, Lehren und Werkzeug» übernehme¹⁴. Ausserdem vermerkte von Ilseman alle schweizerischen Rüstungslieferungen an Deutschland im Jahre 1940. Das Reich hatte mit dieser Massnahme den deutschen Rüstungsaufträgen an die Schweiz einen dauernden Charakter verliehen und gleichzeitig das weiterhin bestehende Interesse an solchen Lieferungen bekundet.

Als Hitler im Frühling 1941 Jugoslawien und Griechenland angriff, machte sich in der Schweiz erneut ein gewisser Pessimismus breit, der von den deutschen Vertretern sofort registriert wurde. Der unterdessen zum General beförderte von Ilseman meldete am 28. April 1941 ans OKH:

«Hierzulande hat der überraschend schnelle Zusammenbruch des serbischen, sowie griechisch/englischen Widerstandes stark ernüchternd gewirkt. Es lässt sich feststellen, dass die Überzeugung, in irgendeiner Form mit Deutschland zur Einigung kommen zu müssen, an Boden gewinnt. Nur will man nachwievor die Unabhängigkeit und integrale Neutralität nicht aufgeben»¹⁵.

12 BAF, OKW, Wirtschaftsdossier Schweiz, Wi/if 1.9.

13 Schreiben von Dr. Schlotterer vom Reichswirtschaftsministerium an AA, OKW und Wi Rü Amt, in: BAF, OKW, Wirtschaftsdossier Schweiz, Wi/if 1.9.

14 Schreiben vom 19. Dezember 1940, Kriegswirtschaftsbericht Nr. 33, in: BAF, Dossier OKW/ OKH Wirtschaftsbeziehungen zur Schweiz, Wi/if 1.26.

15 BAF, Schriftwechsel OKH, H Qu IV – Militärattaché Bern, RH 2/v 2923.

Solche deutsche Erwartungen, die Schweiz werde früher oder später den Anschluss ans Reich von selbst suchen, wurden auch durch Äusserungen von schweizerischen Persönlichkeiten genährt; als Oberst Gustav Däniker im Mai 1941 in Deutschland weilte und anschliessend eine Denkschrift¹⁶ verfasste, in der er zum Ausdruck brachte, die Schweiz müsse sich auf das neue von Deutschland dominierte Europa einstellen, meldete von Ilsemann am 27. Mai 1941 ans OKH, Däniker habe in Deutschland den Eindruck gewonnen, man lege dort ein Weissbuch gegen die Schweiz an; die entscheidende Frage, ob die Schweiz bereit sei, im neuen Europa mitzuarbeiten, werde erst «nach Regelung der Ostfragen» gefällt, wobei Däniker nicht an eine gewaltsame Lösung denke¹⁷. Obwohl diese Nachricht von Ilsemanns die Haltung Dänikers wiedergibt, interessiert die Formulierung, die Frage der Schweiz werde erst nach der Lösung im «Osten» in Angriff genommen: Tatsächlich wandte der deutsche Überfall auf die Sowjetunion die unmittelbare Bedrohung der Schweiz ab, und mit zunehmenden Schwierigkeiten während des Russlandkrieges konnte Deutschland eine Nebenfrage wie die Schweiz nicht mehr angehen. Der Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall von Brauchitsch, hatte schon im März 1940 dem schweizerischen Oberstdivisionär Bircher erklärt, die Schweiz sei von Deutschland aus gesehen «kein operativ verlockender Kriegsschauplatz»¹⁸; hingegen interessierte sich damals das OKH für die Schweiz als möglichen Lieferanten für Informationen über das französische Heer und die Reserven Frankreichs, indem man hoffte, durch schweizerische Offiziere etwas zu erfahren. Das OKH beauftragte von Ilsemann vor dem Westfeldzug zu erkunden, wer innerhalb des Offizierskorps als Informant in Frage komme. Von Usemann meldete am 17. Februar 1940 nach Berlin, die Möglichkeiten zur Nachrichtenbeschaffung seien gering; als eventuelle Informanten wurden erwähnt:

- | | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Oberstkorpskommandant Wille • Oberstdivisionär Bircher • Oberstdivisionär Bandi • Oberst von Erlach • Oberst Frick • Oberst Däniker • Oberst Fierz | <p><i>eingeschränkt:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Oberkorpskommandant Gübeli • Oberstdivisionär von Muralt • Oberst Schmid • Oberst Königs • Oberstleutnant Wagner • Oberstleutnant Münch |
|--|---|

Es ist nicht Sinn und Zweck vorliegender Arbeit, zu klären und zu beurteilen, ob die erwähnten Militärs tatsächlich als potentielle Informanten des Reiches in Frage kamen, und es muss auch gleichzeitig erwähnt werden, dass von Ilsemann betonte, die aufgelisteten Offiziere würden das Thema sofort abbiegen, wenn er auf Frankreich zu sprechen komme; seit Kriegsausbruch seien die schweizerischen Offiziere viel reservierter und distanzierter gegenüber dem deutschen Militärattaché, da sich auch die deutschfreundlichen Offiziere

16 Text der Denkschrift bei: *Bonjour*, Bd. VIII (Dokumente), S. 261-272; auch: *Bonjour*, Bd. IV, S. 408 ff.

17 BAF, Schriftwechsel OKH, H Ou IV – Militärattaché Bern, RH 2/v 2923.

18 Schreiben OKH vom 4. April 1940 an von Ilsemann, in: BAF, Schriftwechsel OKH, H Qu IV – Militärattaché Bern, RH 2/v 2923. Gleiches geht hervor aus Schreiben Frölichers an Pilet vom 30. März 1940, BAB, Sig. E, 2'300, Berlin 1940.

von der Hetze gegen Deutschland hätten anstecken lassen. Andererseits meinte von Ilsemann in seiner Lagebeurteilung wörtlich:

«Ich könnte mir auch vorstellen, dass von Oberstkorpskdt Wille am leichtesten etwas unter Ausnutzung der Familienbeziehungen zum Staatssekretär von Weizsäcker zu erfahren sein dürfte»¹⁹.

Im Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland hatte die Schweiz schon früh eine Rolle gespielt als Land, das zwischen den beiden Mächten stand und vor allem von deutscher Seite her das Misstrauen einer Neutralitätsverletzung auf sich zog; bereits 1938 meldete von Ilsemann ans OKH, er habe Nachrichten über französischschweizerische Fühlungen auf militärischer Ebene bezüglich eines Durchmarsches des französischen Heeres über Schweizergelände²⁰.

Im OKW legte man grossen Wert auf die ungehinderten Transporte auf der Transitlinie durch den Gotthard. Nach der deutschen Besetzung Italiens mussten der Nachschub und die Versorgung der Truppen gesichert werden, weshalb der Chef im OKW, Generalfeldmarschall Keitel, eine Durchführungsbestimmung über die «Durchfuhr von Gebrauchsgütern der Wehrmacht durch die Schweiz» erliess; der Wehrmachtsführungsstab unter Generaloberst Jodl vertrat dabei die Ansicht, dass bei genauer Einhaltung der vorgeschriebenen «Tarnungsvorschriften» jeder mögliche Zwischenfall ausgeschlossen sei²¹. Über die wirtschaftspolitische Einschätzung der Schweiz im OKW für das Jahr 1943 besitzen wir einen vom 27. April 1944 datierten Bericht, der folgende Schwerpunkte des deutschen Interesses an der Schweiz betonte:

«Bei den Wirtschaftsverhandlungen kam es dem Reich bekanntlich in erster Linie darauf an, sich den Bezug wichtiger Erzeugnisse der schweizerischen Rüstungsindustrie auf Kredit zu sichern und durch die 'Reichsbankspitze' und Inanspruchnahme des schweizerischen Marktes die Möglichkeit zu behalten, Devisen hereinzuholen, gleichzeitig aber zu verhindern, dass die schweizerische Ausfuhr den Feindmächten zugute kommen könnte»²².

Auch das OKW sah den Wert der Schweiz als Devisendrehzscheibe und Rüstungslieferant für Deutschland; in einem Vortragsentwurf der Gesandtschaft in Bern wurde anfangs 1945 zudem betont, die Schweiz stelle ein «offenes Fenster» zu den übrigen neutralen Staaten dar und sei damit eine «beachtenswerte Informationsquelle» über die Feindmächte, welche erhalten bleiben müsse²³. Die generelle Einsicht über den Wert einer neutralen Schweiz für Deutschland konnte aber nicht verhindern, dass im OKW und im OKH eine militärische Angriffsplanung durchgeführt wurde. Die entsprechenden Studien trugen den Decknamen «Operation Tannenbaum» und sind heute im Bundesarchiv in Freiburg i.Br./BRD aufbewahrt.

19 Schreiben von Ilsemanns ans OKH vom 17. Februar 1940, in: BAF, Schriftwechsel OKH, H Qu IV – Militärattaché Bern, RH 2/v 2923.

20 Schreiben von Ilsemanns ans OKH vom 24. Oktober 1928, in: BAF, Schriftwechsel OKH, H Qu IV – Militärattaché Bern, RH 2/v 2923.

21 Notiz WFSt vom 21. November 1943, in: BAF, Dossier «Schweiz» OKW, RW 5/v 416.

22 BAF, Dossier OKW über Schweiz, Wi/if 1.7.

23 Vortragsentwurf von WO Bern, Beginn 1945, in: BAF, Wi/if 1.7.

In dieser Untersuchung sei nicht auf den militärischen Gehalt der Studie eingegangen²⁴, sondern nur auf gewisse Aspekte von «Tannenbaum» verwiesen.

Im Sommer 1940 begann der Generalstab des Heeres, Abteilung Fremde Heere West, mit seinen Angriffsplänen für eine Eroberung der Schweiz. In einer Vortragsnotiz der Operationsabteilung (I) findet sich folgende Bemerkung:

«Bei der augenblicklichen politischen Lage in der Schweiz ist es möglich, dass diese auf friedlichem Wege auf ultimative Forderungen eingeht, sodass nach kriegsmässigem Grenzübertritt schneller Übergang zu friedlichem Einmarsch gewährleistet sein muss»²⁵.

Diese Formulierung lässt zwei Schlüsse zu: Entweder war man im OKW tatsächlich der Ansicht, die Schweiz würde unter dem Druck der Ereignisse ihr Territorium kampflos preisgeben, oder dann können wir diese Bemerkung so deuten, dass das OKW mässigend auf eine tatsächliche Angriffsabsicht einwirken wollte. Der Kampfwert des schweizerischen Heeres wurde wie folgt eingeschätzt:

«Der einzelne Soldat ist ein zäher Kämpfer und guter Schütze. Die Gebirgstruppen sollen besser als ihre südlichen Nachbarn sein. Der Kampfwert der im Westen lebenden Schweizer ist mässig, während die südlich Konstanz lebenden Leute erbitterte Gegner sein werden.»

Das Endurteil über die Schweizerarmee lautete dann:

«Nur für Verteidigung geeignetes Heer, das dem deutschen voll unterlegen ist»²⁶.

Die Studie bezeichnete den Sommer als einzig günstigen Zeitpunkt für einen Angriff, da der Schnee im Gebirge den Frühling und Herbst als Offensivtermin ungeeignet machen würde. Diese Einschränkung ist bedeutsam: Für einen Angriff im Jahre 1940 setzte die Planung für «Tannenbaum» zu spät ein, und ab Sommer 1940 wurde von Hitler bereits der Angriff auf Russland geplant²⁷. Die Eroberung der Schweiz wurde von der Planung her auf später verlegt und konnte nach den Rückschlägen im Osten nicht mehr mit vernünftigem Aufwand durchgeführt werden; die Verzettlung der deutschen Kräfte wirkte sich insofern für das Überleben der Schweiz entscheidend aus²⁸.

Das OKH, Fremde Heere West, führte ein sogenanntes «Kleines Orientierungsheft Schweiz», in welchem die nachrichtendienstlichen und militärischen Erkenntnisse Deutschlands über die Schweiz zusammengefasst waren²⁹. Da Fuhrer den Sachverhalt in seiner Dissertation bereits dargestellt hat³⁰, seien hier nur die wichtigsten Abschnitte erwähnt und stichwortartig zusammengefasst. Das Orientierungsheft hält mit Stand vom 1. September 1942 unter dem Titel «Der Kampfwert des schweizerischen Heeres» fest:

24 *Kurz*: «Die Schweiz in der Planung a.a.O.

25 Dossier Schweiz, Bde. A, B, C – OKH, Gen St d. H., Abt. Fremde Heere West, in: BAF, RH 2/v 465 (Abschnitt f), S. 5 der Vortragsnotiz vom 26. Juni 1940.

26 Neufassung von «Angriff gegen die Schweiz» vom 8. August 1940, BAF, RH 2/v 465.

27 Keitel-Aufzeichnungen, S. 242 und:

Franz Halder: «Kriegstagebuch 1939-1942», Stuttgart 1962-64, 2 Bände (Eintrag vom 31. Juli 1940).

28 *Fuhrer*, S. 99.

29 BAF, OKH, Fremde Heere West, RHD 18/173.

30 *Fuhrer*, S. 98.

- *Milizsystem*: Vollständige Erfassung aller Wehrfähigen.
- *Einstellung*: Reger soldatischer Geist der Truppe bedingt starkes Heer.
- *Soldaten*: Zeichnen sich durch Härte, Heimatliebe und Zähigkeit aus. Guter Kampfwert und geübter Umgang mit Waffen und Geräten. Deutschschweizer und Gebirgsbewohner am besten.
- *Führung*: Deutsche und französische Einflüsse. Wenig praktische Erfahrung und bürokratische Überorganisation der Stäbe. Umständliche Methodik. Mehrzahl der Offiziere stammt aus der Miliz und ist kritiksüchtig. Unteroffiziere haben ungenügende Dienstkenntnisse. Grosses militärisches Interesse, aber Mangel an Erfahrung und in der Ausbildung. Überalterung des Kadets. Mängel in der Bewaffnung.

«Da das schweizerische Kriegsheer jedoch seit dem Aufgebot zu Kriegsbeginn genügend Zeit zur Verfügung hatte, Schwächen der unzureichenden Friedensausbildung auszugleichen, dürfte seine Leistungsfähigkeit gestiegen sein. Es ist bei starkem Ausbau der natürlichen Hindernisse des Landes in der Lage, auch gegen einen überraschenden Angriff an den Grenzen zeitlich beschränkten Widerstand zu leisten und sich im Hochgebirge längere Zeit zu halten. Solange aber jede Möglichkeit einer Hilfe von aussen fehlt, muss die Aussichtslosigkeit des Kampfes, der Verlust der lebenswichtigen Gebiete und der Mangel an kriegswichtigen Rohstoffen den Widerstandswillen der Truppe auf die Dauer lähmen. Die Entschlossenheit von Regierung und Volk, die schweizerische Neutralität gegen jeden Angreifer mit der Waffe zu verteidigen, steht bisher äusser Zweifel.»

In einer Anlage zu diesen allgemeinen Ausführungen über die Schweizerarmee wurde das oberste militärische Kader charakterisiert; die wichtigsten seien hier aufgeführt:

- *General Guisan*: «Klug, sehr vorsichtig. Bei äusserlich korrekter Haltung liegt seine Sympathie anscheinend bei den Westmächten.»
- *Oberstkorpskdt. Dollfus*: «Aus elsäss. Familie. Mehr Politiker als Soldat. Neigt bei äusserlich korrekter Haltung anschl. zu den Westmächten.»
- *Qberstkorpskdt. Huber*: «Zurückhaltend, Gelehrtentyp (Frau Französin).»
- *Oberstbrigadier Masson*: «Tüchtig, korrekt, neigt zu den Westmächten.»
- *Oberstkorpskdt. Frick*: «Tüchtiger Gen.-Stabsoffizier. Guter Ausbilder, bes. f. Taktik, aber wohl kein Truppenführer. Selbstherrlich, Alkoholiker.»
- *Oberstkorpskdt. Borel*: «Guter Organisator. Gilt als tüchtig. Franzosenfreundlich.»
- *Oberstkorpskdt. Gübeli*: «Anscheinend geringe militärische Fähigkeiten. Kameradschaftlich. Anschd. deutschfrdl.»
- *Oberstkorpskdt. Constam*: «Sehr tüchtig. Nichtarier. Deutschfeindl.»
- *Oberstkorpskdt. Labhart*: «Guter Gen.Stabsoffiz. Geringe Führungseigenschaften»³¹.

Fassen wir diese Charakterisierungen zusammen, so fällt auf, dass aus deutscher Sicht die schweizerische Armeeführung zum Teil nur geringe Führungseigenschaften besass, mit einer Ausnahme zu den Westmächten hinneigte und deshalb kaum für eine militärische Zusammenarbeit mit dem Reich in Frage gekommen wäre. Nur gerade Gübeli wurde als deutschfreundlich eingestuft. Das OKH konnte demzufolge keinesfalls davon ausgegangen sein, die schweizerische Armeeführung würde von sich aus den Anschluss ans Reich suchen.

Wie verhielt sich der Chef des OKW, Feldmarschall Keitel, gegenüber der Schweiz? Nachdem bereits von Abwehrchef Admiral Canaris im Herbst 1942 für die KO und im Mai 1943 für alle Abwehrstellen ein generelles Verbot des militärischen Nachrichtendien-

31 Das «Kleine Orientierungsheft Schweiz», Stand vom 1. September 1942, ist im Bundesarchiv/ Militärarchiv in Freiburg i.Br. unter dem Aktenzeichen RHD 18/173, OKH, Fremde Heere West, abgelegt.

stes ausgesprochen worden war, nahm Keitel eine ähnliche Haltung ein.

Am 25. September 1943 gab das OKW folgende Anweisung an von Ilseman:

«Chef OKW hat entschieden, dass entsprechend der Auffassung der Gesandtschaft und der KO alles vermieden werden müsse, was die Schweizer Sorge vor deutschen Aktionen gegen die Schweiz erneut bestärken könnte»³².

Diese Anordnung wird relativiert, wenn wir die tatsächlichen Vorgänge betrachten. Obwohl seit Herbst 1943 Deutschland der Schweiz gegenüber zugesichert hatte, den militärischen Nachrichtendienst einzustellen, verfügte das OKW erneute Massnahmen zur Informationsbeschaffung in der Schweiz; am 30. März 1944 schrieb das OKW ans AA, die im südlichen Sektor Europas anfallenden Meldungen von militärischen Interesse seien in der Schweiz zu sammeln und weiterzuleiten:

«Es ist daher die Schaffung einer entsprechenden Nachrichtensammelstelle in der Schweiz ins Auge gefasst, die im Zusammenhang mit anderen wichtigen Abwehraufgaben am zweckmässigsten im Bereich des Generalkonsulats in Genf aufgezogen werden könnte»³³.

Die nachrichtendienstliche Tätigkeit des Reiches in der Schweiz wurde also weder vom OKW/OKH noch vom Sicherheitsdienst der SS her eingestellt, auch wenn sich das Schwergewicht der deutschen Spionage nicht direkt gegen die Schweiz, sondern gegen die Feindmächte Deutschlands richtete³⁴. Aus Keitels Aufzeichnungen nach der Kapitulation, die er vor allem zu seiner Verteidigung in Nürnberg anfertigte, erfahren wir über die Schweiz nichts. Als Keitel den Waffenstillstand mit Frankreich vom 22. Juni 1940 in Compiègne vorbereitete, fand die Schweiz ein einziges Mal Erwähnung:

«Im Übrigen hatten wir keine Eile damit (mit dem Waffenstillstand, Anm.), weil der Führer noch gewisse operative Ziele, so die Erreichung der Schweizer Grenze ..., vorher erreicht wissen wollte»³⁵.

Können wir aus Keitels Aufzeichnungen schliessen, ihm sei nichts über eine konkrete Angriffsplanung gegen die Schweiz bekannt gewesen? Obwohl Keitel Chef des OKW war, besass er keine wirkliche Befehlsgewalt; der amerikanische Hauptanklagevertreter R.H. Jackson charakterisierte Keitel deshalb in Nürnberg als «schwächliches, ergebenes Werkzeug» Hitlers³⁶, eine Formulierung, welche den Tatsachen entsprach, denn trotz seiner nominell sehr hohen Stellung war der Generalfeldmarschall nur wenig mehr als Befehlsempfänger und Ausführungsgehilfe seines Führers³⁷. Keitel hätte keinen Moment gezögert, eine Aktion Schweiz durchzuführen.

Zwei Beurteilungen der Schweiz durch hohe deutsche Militärs seien hier noch aufgeführt. In einem von General Walter Warlimont unterzeichneten Bericht des OKW über die Wehrkraft der Wehrmacht im Frühjahr 1942 aus dem Führerhauptquartier vom 6. Juni

32 Schreiben OKW an von Ilseman vom 25. September 1943, in: BAF, RW 5/v 25.

33 PAB, Politische Abteilung IM, Abwehr Schweiz (1942-44).

34 *Führer*, S. 36.

35 Keitel-Aufzeichnungen, S. 235.

36 Keitel-Aufzeichnungen, S. 386.

37 Vgl. Schlusswort von W. Görnitz, in: Keitel-Aufzeichnungen, S. 399 ff.

1942 wurde unter Abschnitt 9 «Materielle Unterstützung durch verbündete und neutrale Staaten» bemerkt:

«... (es) werden in erheblichem Ausmass Kapazitäten ... durch die Schweiz für Werkzeugmaschinen und erhöhte Zünderfertigung zur Verfügung gestellt»³⁸.

Während eines Vortrages des Chefs des Wehrmachtführungsstabes, Generaloberst Jodl, am 7. November 1943 vor Reichs- und Gauleitern in München führte Jodl zur strategischen Lage am Anfang des fünften Kriegsjahres aus:

«Von den neutralen Staaten lieben uns Schweden und die Schweiz nicht. Letztere ist umschlossen, sie ist militärisch ungefährlich und wird uns nichts tun. Sie lebt von uns, und wir profitieren von ihr»³⁹.

Fassen wir die Quellen über das OKW und das OKH bezüglich der Schweiz zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Vor dem Krieg wurde die Schweizerarmee als wenig kampfstark eingeschätzt, die schweizerische Wirtschaft besass für die deutsche Aufrüstung eher geringe Bedeutung. Mit dem Krieg und der weiteren Entwicklung in Europa machte die Schweiz aus der Sicht des OKW/OKH militärische Fortschritte und wäre zunehmend schwerer zu erobern gewesen. Die Wirtschaftsproduktion gewann an Bedeutung und wurde teilweise sogar zu einem unentbehrlichen Faktor der deutschen Rüstung. Gegen die Schweiz wurden operative Angriffsstudien erstellt, die jedoch nie in ein entscheidendes Stadium der Ausführung gelangten, da die Schweiz a) zu unwichtig war, b) ab 1941 zu viele Truppen gebunden hätte.

38 *Jacobsen*, Dokumente, S. 328.

39 *Jacobsen*, Dokumente, S. 448-49; vgl. auch mit:

Peter Stadler: «Die Schweiz seit 1919», in: *Handbuch der Europäischen Geschichte*, Bd. 7/2, Stuttgart 1979, S. 734.

E. Deutsche Diplomatie in der Schweiz

1. Deutscher Gesandter Adolf Müller (1933)

Zwischen Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933 und August 1933 war das Deutsche Reich durch den Gesandten Adolf Müller vertreten, der sein Amt in Bern seit 1919 ausübte und auf eigenes Begehren zurücktrat. Müller soll in unserer Untersuchung nur kurz betrachtet werden, da seine Amtszeit grösstenteils in die Phase der Weimarerrepublik fiel und er nicht als Repräsentant des nationalsozialistischen Deutschlands gesehen werden kann.

Im April 1933 registrierte Müller einen «neuen Impuls» bei den schweizerischen, mit dem Nationalsozialismus sympathisierenden Gruppen und stellte diese Entwicklung in einen direkten Zusammenhang mit den Vorgängen in Deutschland. Es war dem Gesandten jedoch nicht entgangen, dass die meisten nationalen Gruppierungen für eine «Kräftigung der nationalen Unabhängigkeit» der Schweiz eintraten und eine verstärkte Landesverteidigung befürworteten. Müller verzichtete auf eine Wertung der schweizerischen Rechtskreise und beschränkte sich auf eine sachliche Darstellung: Die schweizerischen Erneuerungsbewegungen wollten die Handels- und Gewerbefreiheit beschränken, die Warenhäuser abschaffen und radikal gegen den Marxismus vorgehen; die deutsche Judenpolitik dürfe jedoch nicht nachgeahmt werden. Die innenpolitische Bedeutung der nationalen Bewegung wertete Müller als gering¹. Im Juli 1933, kurz vor seiner Amtsabgabe, verfasste Müller einen Bericht ans AA, in welchem er zur deutschen Propaganda in der Schweiz Stellung nahm. Gleich zu Beginn des Berichtes gab der Gesandte folgende Empfehlung:

«Für die propagandistische Behandlung der Schweiz und namentlich für deren zahlenmässig überwiegenden deutschen Teil ist meiner Erfahrung nach starke Zurückhaltung und Unaufdringlichkeit nötig.»

Die Schweiz sei in ihrem «ureigensten Wesen noch gut bäuerlich» und habe einen hinreichend bewiesenen Drang zur «ungestörten selbstbestimmenden Freiheit» bewahrt. Hauptpunkt der schweizerischen Aussenpolitik sei die unbedingte Aufrechterhaltung der Neutralität. Müller betonte, es liege ausdrücklich im deutschen Interesse, eine neutrale und gut bewaffnete Schweiz neben sich zu wissen, da diese bei etwaigen militärischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Frankreich einen «äusserst erwünschten Flankenschutz» bieten würde. Deutschland müsse in der Behandlung der Schweiz äusserste Behutsamkeit üben, die deutsche Propaganda solle vor allem um Aufrechterhaltung guter Beziehungen bemüht sein. Die Stimmung in der Schweiz beurteilte Müller als gut, obwohl die massgebende

¹ Bericht Müllers ans AA vom 11. April 1933, in: ADAP, Serie C, Bd. 1.1, S. 276-278.

Schweizerpresse den ihr seltsam erscheinenden Entwicklungen in Deutschland kritisch gegenüberstehe. Das Reich solle sich über derbe Weisheiten von schweizerischen Zeitungen nicht aufregen, da dies der Landesart entspreche; auch die eigene Regierung würde fast ungehemmt kritisiert. Müller ging so weit zu erklären:

«... die Grundstimmung in der deutschen Schweiz ist durchaus deutsch, und der furor helveticus erwacht nur dann, wenn Besorgnis für eine Antastung der schweizerischen Selbständigkeit und Eigenart erregt wird.»

Müller warnte vor einem übereifrigen Vorgehen der nationalsozialistischen Organisationen in der Schweiz und empfahl ein überlegtes und taktvolles Vorgehen der deutschen Propaganda:

«In diesem kleinen und eigenartigen Land wollen die Menschen persönlich gewonnen und überzeugt sein. Sie sind von Natur aus bäuerlich misstrauisch. Sie sind zurückhaltend und schwer zu gewinnen. Aber hat man sie einmal, dann sind sie zuverlässig und nicht leicht umzuwerfen.»

Am Schluss seines Berichtes warnte Müller vor einer Überschätzung der schweizerischen Frontenbewegung und vor entsprechenden deutschen Hoffnungen auf eine baldige innerpolitische Umgestaltung in der Schweiz; es wäre den deutschen Interessen überhaupt abträglich, wenn die schweizerische Verfassung grundlegend geändert werde. Eine offene deutsche Unterstützung der Frontenbewegung und eine geheimdienstliche Arbeit in der Schweiz würden zu einer «vollkommenen Vergiftung» der zwischenstaatlichen Beziehungen führen².

Müller erwies sich in seiner Beurteilung der Schweiz als Diplomat alter Schule, dem ein radikales Vorgehen des neuen Deutschlands gegenüber der Schweiz fernstand. Er erkannte auch, dass der politische Durchbruch der Frontenbewegungen in der Schweiz sich zum Nachteil des Reiches ausgewirkt hätte: Eine einschneidende Änderung der schweizerischen Wirtschaftsordnung wäre nicht im Interesse Deutschlands gewesen; die bestehende Verfassung garantierte dem Reich eine stabile Schweiz, was nur im Sinne einer ungestörten Entwicklung in Deutschland sein konnte³. Der Bericht Müllers wurde im AA von Ministerialdirektor Köpke als «ausgezeichnet» charakterisiert und ist von Neurath wie auch Hitler vorgelegt worden; ob diese ihn auch gelesen haben, ist nicht feststellbar⁴.

2. Deutscher Gesandter Ernst von Weizsäcker (1933-1936)

Seit Hitlers Machtübernahme bestand zwischen der Schweiz und Deutschland die sogenannte «Pressefrage», die immer wieder zu einer Verstimmung, wenn nicht Vergiftung

2 Bericht Müllers ans AA vom 20. Juli 1933, in: ADAP, Serie C, Bd. 1.2, S. 672-677.

3 Von frontistischer Seite war die Totalrevision der Bundesverfassung im ständisch-korporativen Sinne angestrebt worden. Eine Volksabstimmung vom 8. September 1936 lehnte die Initiative ab (*Bonjour*, Bd. III, S. 291 ff.).

4 Anm. 8 zu Müllers Bericht ans AA vom 20. Juli 1933.

der zwischenstaatlichen Beziehungen führte. Im Herbst 1933 vermerkte Legationsrat Aschmann im AA, die Neue Zürcher Zeitung hätte die nationalsozialistische Führung von Anfang an aufs Schärfste bekämpft und die Vorgänge in Deutschland völlig einseitig dargestellt. Die Regierung des Reiches müsse sich von der NZZ beschimpfen lassen, welche Nachrichten bringe, die in der deutschen Presse fehlten⁵. Das Innenministerium verfügte darauf ein erstes Verbot der NZZ in Deutschland⁶. Die kritische Haltung der schweizerischen Presse, welche das Hitlerregime von Anfang an ablehnte, sollte zum Prüfstein der Standhaftigkeit des schweizerischen Unabhängigkeitsdenkens werden, zugleich aber auch Anlass zu dauernden Auseinandersetzungen auf diplomatischer Ebene liefern.

Ernst von Weizsäcker⁷, der Nachfolger Müllers in Bern, fand bei seinem Amtsantritt im Sommer 1933 eine Stimmung in der Schweiz vor, welche auf eine deutschlandfeindliche Grundeinstellung im Lande schliessen liess; am 4. September 1933 notierte der neue deutsche Gesandte:

«In der Schweiz wird man mit deutscher Autonummer angejubelt. Die spöttischen 'Heil Adolf Rufe machen mich nur noch mehr zum Freund der NSDAP»⁸.

Während Rainer A. Blasius in seiner Studie über von Weizsäcker zum Schluss kommt, seine Grundhaltung sei betont national gewesen⁹, versucht Leonidas E. Hill, Herausgeber der Weizsäcker-Papiere, zu belegen, dass der ehemalige deutsche Staatssekretär in Nürnberg zu Unrecht verurteilt worden sei, da ihm keine aktive Unterstützung der nationalsozialistischen Aussenpolitik nachgewiesen werden könne¹⁰. Wieweit diese Urteile berech-

5 Bericht Aschmann vom 11. September 1933, in: ADAP, Serie C. Bd. 1.2. S. 782-83.

6 Neurath liess am gleichen Tag Dinichert vorladen und besprach mit ihm das Verbot schweizerischer Zeitungen (Anm. 1 zum Bericht Aschmanns vom 11. September 1933). Das AA hiess somit das Verbot des Innenministeriums gut.

7 Ernst von Weizsäcker wurde am 25. Mai 1882 geboren und entstammte dem gehobenen Bürgertum. Nach dem Abitur durchlief er die Karriere eines Marineoffiziers und erlebte das Ende des Ersten Weltkrieges als Stabsoffizier in der Seekriegsleitung. 1919 war er Marineattaché in Den Haag und trat dann 1920 in den Auswärtigen Dienst. Es folgten diplomatische Funktionen in Basel, Kopenhagen, Oslo, ab 1933 war er Gesandter in Bern. 1936 erfolgte der Wechsel ins Auswärtige Amt in Berlin, am 1. April 1938 die Ernennung zum Staatssekretär unter Ribbentrop. Zwischen April 1943 und Kriegsende vertrat er das Reich als Botschafter beim Vatikan in Rom. Ende Juli 1947 wurde Weizsäcker nach Nürnberg vorgeladen und anschliessend verhaftet. Nach einjähriger Verhandlungsdauer wurde er wegen «Verbrechen gegen den Frieden» und wegen «Vergehen gegen die Zivilbevölkerung» zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt. Bereits 1950 erfolgte die Entlassung aus der Festungshaft Landsberg. Am 4. August 1951 starb Weizsäcker in Lindau am Bodensee. Für genauere biographische Angaben sei verwiesen auf:

Leonidas E. Hill (Hrsg.): «Die Weizsäcker-Papiere 1900-1932», Frankfurt a.M. 1982, S. 12-51 und: *Leonidas E. Hill* (Hrsg.): «Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950», Frankfurt a.M. 1974, S. 14-56.

8 «Weizsäcker-Papiere 1933-1950», S. 76.

9 *Rainer A. Blasius*: «Für Grossdeutschland – gegen den grossen Krieg, Staatssekretär Ernst Frhr. von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen 1938/39», Köln 1981, S. 9.

10 Vgl. mit der Einleitung von L.E. Hill zu den Weizsäcker-Papieren, S. 11 ff.

tigt sind, wird unsere Untersuchung zeigen, zumindest im Hinblick auf Weizsäckers Haltung gegenüber der Schweiz. Die obig aufgeführte Aussage lässt zumindest Zweifel an Weizsäckers Ablehnung des neuen Regimes aufkommen.

Weizsäcker berichtet in seinen Erinnerungen¹¹, dass er bei seiner Ernennung zum deutschen Gesandten in Bern zuvor von Hitler in der Reichskanzlei in Berlin empfangen worden sei. Als er bei diesem Besuch geäußert hatte, er ginge gern nach Bern, habe der Führer «gewisse abfällige Bemerkungen über die Schweiz, ihre Demokratie und ihre Presse gemacht»¹². Solche Aussagen sind mit Vorsicht aufzunehmen, da Weizsäckers Erinnerungen wie alle Memoiren aus der Kriegszeit Rechtfertigungscharakter tragen und nur begrenzt als historische Quelle verwendbar sind. Die Beurteilung Weizsäckers erfolgt daher in erster Linie aufgrund seiner diplomatischen Korrespondenz mit dem Auswärtigen Amt in Berlin.

Einige Wochen nach seinem Amtsantritt in Bern verfasste Weizsäcker für das AA einen Bericht über die schweizerische Neutralitätspolitik und kam zum Schluss, die Schweiz würde sich gegen jeden möglichen Gegner wehren, zumindest sei dies der Wille der Regierung. In einem deutsch-französischen Konflikt, mit dem Weizsäcker schon 1933 rechnete, wäre die schweizerische Einheit gefährdet, weshalb ihm Bundesrat Minger erklärt habe, der Nationalsozialismus sei nichts für die Schweiz. Der germanisch-rassenbetonte Nationalsozialismus könne in der Welschschweiz keine Werbekraft haben. Weizsäcker registrierte die Sorgen der Bundesregierung um die staatliche Einheit der Schweiz: Eine Spaltung des Landes sei im Bereich des Möglichen, der Graben zwischen der deutschen und der welschen Schweiz vertiefte sich. Weizsäcker gelangte zum Schluss, die schweizerische Regierung

«... würde aber gegebenenfalls, ... den Begriff der Neutralität gegen Deutschland zu unserem Nachteil bestimmt strenger auslegen als gegen Frankreich. Wir sollten darum nichts versäumen, was dazu beitragen kann, sie wieder in die richtige Mitte zu rücken.»

Weizsäcker warnte aber ausdrücklich davor, auf einen baldigen starken Einfluss der schweizerischen nationalsozialistischen Gruppen zu hoffen¹³. Der Grundton des Berichtes spiegelt Zweifel an der streng objektiven Neutralitätspolitik der Regierung in Bern in einem Krisenfall und die Befürchtung, die welsche Schweiz könnte ins französische Lager abgleiten. Auffallend ist jedoch Weizsäckers Hinweis auf die geringe Wirkung des Nationalsozialismus in der Schweiz, während er die Verstärkung der Armee und das Bewilligen von neuen Rüstungskrediten eher positiv vermerkte.

Es ist auffallend, wie sich Weizsäcker in seinen diplomatischen Berichten um ein relativ ausgewogenes Urteil über die Schweiz bemühte, während seine privaten Aufzeichnungen eine andere Tonart trugen. In ihnen kommen eine partielle Anerkennung und Befürwortung des Nationalsozialismus zum Ausdruck, die nicht zu übersehen sind. So vermerkte der spätere Staatssekretär, wer noch nicht Nazi sei, solle ins Welschland der

11 *Ernst von Weizsäcker*: «Erinnerungen», München 1950.

12 Weizsäcker-Erinnerungen, S. 110.

13 Ganzer Bericht in: ADAP, Serie C, Bd. II.2, S. 50-52 (27. Oktober 1933).

Schweiz kommen, dann würde er ein solcher¹⁴, und kurz vorher hatte er am 1. Oktober 1933 festgehalten, die reichliche Durchsetzung der deutschen Delegation in Genf mit Prominenten der NSDAP habe sich «sehr bewährt»¹⁵. Der diplomatischen Zurückhaltung von Weizsäckers Berichten ans AA standen um so freiere Äusserungen in Briefen und Aufzeichnungen gegenüber. Zur Frage der Schweizerpresse notierte er sich am 17. Dezember 1933:

«... Die Schweizer Presse ist mein cauchemar. Denn von dieser täglichen Speise verderbe ich nicht nur mir selbst den Appetit. Sie wirkt auf die 4 Millionen Schweizer und darüber hinaus ins Ausland. Diese wohlweise Lobpreisung der wahren Demokratie hängt mir zum Hals heraus, und die Pressefreiheit soll der Teufel holen, wenn sie die Gefühle vergiftet. Feigheit ist der Leitstern der Politik. Da man vor uns noch keine Angst haben zu müssen glaubt, übergiesst man uns mit Jauche ... Ich zehre innerlich und nach aussen stark am Kapital meiner Liebe für die Schweiz. Zinsen laufen da keine mehr auf»¹⁶.

Wieweit sich Weizsäcker mit dem Nationalsozialismus identifizierte, werden die weiteren Berichte zeigen. Seine Bemerkungen zur schweizerischen Presse und Demokratie weisen auf einen Wandel in seinem Demokratieverständnis hin, der nur als eine Zuwendung gegenüber dem neuen Deutschland interpretiert werden kann. Die privaten Aufzeichnungen Weizsäckers sind unter diesem Aspekt fast aufschlussreicher als die ausführlichen, aber zurückhaltender formulierten Gesandtenberichte. Am 24. April 1934 informierte er das AA ausführlich über das gegenwärtige Verhältnis zwischen der Schweiz und Deutschland; die wichtigsten Punkte seien stichwortartig zusammengefasst:

- *Interventionsängste*: Die Schweiz befürchte die Annexion der deutschsprachigen oder der ganzen Schweiz und rechne auch mit einem deutschen Durchmarsch über Schweizergebiet in einem deutsch-französischen Konflikt.
- *Schweizer sind Bourgeois*: Ihrem «Rentnerbehagen» und ihrem Rechtsempfinden laufe die momentane Entwicklung in Deutschland zuwider.
- *Deutsche Verschuldung in der Schweiz*: Das Verhältnis Deutschland – Schweiz würde sich sofort bessern, könnte eine Lösung der deutschen Verschuldung in der Schweiz von über 2 Mia. Mark gefunden werden.
- *Schweiz ist von Diktaturen umgeben*: Führer- und Rassenprinzip würden dem föderalistischen und mehrsprachigen Staatsprinzip der Schweiz widersprechen. Die Entwicklung in Deutschland und Italien stelle die Demokratie in Frage.
- *Schweizerischer Antisemitismus*: Für die schweizerische Presse sei die Judenfrage tabu, faktisch sei die Schweiz jedoch jüdenfeindlich. Nur wenige Juden würden hohe Stellungen in Staat und Wirtschaft bekleiden. Die Schweiz übe einen Antisemitismus der Tat und nicht des Wortes. Vielen Schweizern würde nur die Form der Judenpolitik in Deutschland missfallen.
- *Freimaurertum*: Unklare Situation, die Regierung sei jedoch genötigt gewesen, mittels statistischer Beweise sich und das Parlament gegen den Vorwurf freimaurerischer Überwachung zu verteidigen.
- *Kirchen*: Wegen Problemen zwischen dem Vatikan und Deutschland seien die schweizerischen Katholiken eher deutschfeindlich ausgerichtet, während die protestantischen Blätter zu den «verlässlichsten Freunden Deutschlands» zählten. Aber auch bei den Evangelischen Tendenz zu einer Abwendung vom Reich.

14 Notiz vom 16. November 1933, in: Weizsäcker-Papiere, S. 76.

15 Weizsäcker-Papiere, S. 76.

16 Weizsäcker-Papiere, S. 77.

- *Akademischer Bereich*: Deutschland sei bisher die natürliche Bezugsquelle und das geistige Absatzgebiet gewesen, nun bestehe eine gewisse Tendenz zu einer Abkehr von Deutschland.
- *Sympathien für Deutschland*: Diese seien beim Militär, bei den Fronten und im antimarxistischen Lager, auch im Welschland, vorhanden. Viele Schweizer würden Deutschland um die Erfolge im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und um den Schutz des Bauernstandes beneiden. Gesamtbilanz jedoch vorläufig negativ.

Weizsäcker schloss seinen Bericht mit der Bemerkung, die Abneigung der Schweiz könne Deutschland nicht gleichgültig sein, da im Konfliktfall mit Frankreich der linke Flügel des Reiches an ein Land mit 300'000 Gewehren angelehnt sei, das eher gegen Deutschland als gegen Frankreich kämpfe. Zur Verbesserung der Beziehungen empfahl Weizsäcker:

«Die beste Propaganda wird die des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Erfolges sein»¹⁷.

Weizsäcker analysierte in richtiger Erkenntnis der schweizerischen Realität ein starkes Empfinden für die nationale Souveränität, das durch die momentanen Erfolge der Fronten nicht entscheidend in Frage gestellt war. Ein freiwilliger Anschluss ans Reich lag weit ausserhalb der Möglichkeiten. Der deutsche Gesandte hob im Gegenteil die Notwendigkeit guter Beziehungen hervor und plädierte auf Mässigung und nicht auf Konfrontation im zwischenstaatlichen Bereich. In der Frage der schweizerischen Presse nahm er hingegen einen viel schärferen Standpunkt ein; am 12. Juli 1934 vermerkte er:

«Ich hatte in dieser Woche die bisher unbequemste Unterhaltung mit den Schweizern. Der Zeitungsstreit droht Eigenleben zu bekommen und Schaden ringsum anzurichten,... Wären die Schweizer Blätter doch auf chinesisches geschrieben»¹⁸ !

Wie sehr man als Historiker nur den wirklichen Quellen und nicht nachträglich verfassten Aufzeichnungen trauen kann, wird ersichtlich, wenn wir Weizsäckers Schriftverkehr aus der Zeit mit seinen nach dem Krieg entstandenen Erinnerungen vergleichen. Der «tägliche Ärger»¹⁹ mit der Schweizerpresse wurde von ihm dort folgendermassen dargestellt:

«Meine Sorge in der Schweiz war und blieb die Presse. Sie schrieb, was mich nicht wunderte, kritisch über alle deutschen Vorgänge, ... Das war ihr gutes Recht. Die Schweizer hatten Anspruch auf eine Stellungnahme, und diese konnte in einer bewährten Demokratie nur negativ sein. Dem deutschen Publikum hätte es sehr gut getan, solche ausländischen Stimmen zu verfolgen, ... Vergeblich bemühte ich mich darum, dass verbotene Schweizer Blätter bei uns wieder zugelassen würden»²⁰.

Weizsäcker stellte sich nach dem Krieg als Freund der schweizerischen Pressefreiheit und Demokratie dar und bedauerte, dass im geknebelten Deutschland keine freie Pressestimme

17 Bericht vom 24. April 1934, in: ADAP, Serie C, Bd. II.2, S. 753-56.

18 Weizsäcker-Papiere, S. 84. Im Juni 1934 meldete Weizsäcker nach Berlin, es seien Repressalien wegen des Verbotes schweizerischer Zeitungen in Deutschland zu erwarten; im Juli 1934 verbot dann der Bundesrat drei deutsche Zeitungen in der Schweiz (ADAP, Serie C, Bd. II.2, S. 853-857 und ADAP, Serie C, Bd. III.1, S. 139).

19 Weizsäcker-Papiere, S. 83 (Notiz vom 17. November 1934).

20 Weizsäcker-Erinnerungen, S. 116.

mehr für eine wahrheitsgetreue Berichterstattung sorgen konnte. In Wirklichkeit stellte für ihn die eidgenössische Presse ein dauerndes Ärgernis, ja einen Alptraum dar; es kann keine Rede davon sein, Weizsäcker habe für die freie Presse in der Schweiz gekämpft. Wir müssen daher seine Erinnerungen mit grosser Vorsicht aufnehmen und immer mit den eigentlichen Dokumenten vergleichen.

Der Pressekonflikt mit Deutschland verschärfte sich während des Sommers 1934. Noch im Mai meldete Weizsäcker nach Berlin, der politische Umschwung in Deutschland habe die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Reich nicht getrübt, und er betonte, in der Schweiz herrsche bei der Regierung Verständnis für die Zensurmassnahmen in Deutschland gegenüber schweizerischen Zeitungen²¹. In einem längeren Bericht ans AA zur Pressefrage vom 6. Juni 1934 bedauerte Weizsäcker hingegen die gegenseitigen Zensurmassnahmen und hielt fest:

«Die politische Entwicklung zwischen Deutschland und der Schweiz ist, nach meiner jetzt 3/4-jährigen Beobachtung, in einer leicht ansteigenden Besserung begriffen. Diese Entwicklung würde ohne Frage durch eine gegenseitige Pressesperre gestört»²².

Wir können also Weizsäcker zugestehen, er habe zumindest mässigend auf eine Ausweitung des Pressekonfliktes zwischen den beiden Ländern eingewirkt, wenn er auch nicht verhindern konnte, dass sich die Schweiz im Juli zu Gegenmassnahmen entschloss: Am 6. Juli 1934 teilte Dinichert im Auftrag des Bundesrates dem Leiter der Presseabteilung im AA, Geheimrat Aschmann, in Berlin mit, der «Angriff», die «Berliner Börsen-Zeitung» und der «Völkische Beobachter» würden für vorläufig 14 Tage in der Schweiz verboten²³. Dies war die Gegenmassnahme auf das teilweise Verbot der NZZ, der Basler Nationalzeitung und des Berner Bundes; am 18. Juli 1934 wurden dann die genannten Zeitungen generell in ganz Deutschland verboten²⁴.

21 PAB, Politik 1 Schweiz (1920-36), Bericht Weizsäckers vom 5. Mai 1934.

22 Ganzer Bericht vom 6. Juni 1934 über die Pressefrage in: ADAP, Serie C, Bd. II.2, S. 853-857.

Weizsäcker betonte, sowohl Bundesrat Motta wie auch sein Vertreter, Herr de Stoutz, hätten ihm versichert, sie würden sich für eine Dämpfung der schweizerischen Pressesprache bemühen.

23 ADAP, Serie C, Bd. III. 1, S. 139.

24 Zur Frage der gegenseitigen Pressezensur im Sommer 1934:

K. Weber: «Die Schweiz im Nervenkrieg», Bern 1948, S. 28 ff.

- *Padel*: «Die politische Presse der deutschen Schweiz und der Aufstieg des Dritten Reiches 1933-1939», Dissertation, Zürich 1951, S. 13 ff.

- *Kreis*: «Zensur und Selbstzensur, Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg», Frauenfeld 1973 (für die Kriegszeit).

Vgl. auch mit den Erinnerungen von:

Albert Oeri (Chefredaktor der «Basler Nachrichten»): «Tagesberichte», Bern 1946.

- *Luchsinger* (Chefredaktor der «NZZ»): «Die NZZ im Zeitalter des Zweiten Weltkrieges», Zürich 1955.
- *Markus Feldmann* (Chefredaktor der «Neuen Berner Zeitung»): «Pressefreiheit und Neutralität», Schweizer Monatshefte Nr. 1, 1942, und:

Markus Feldmann: «Zur Lage der Schweiz», Bern 1942.

Willi Bretscher (Chefredaktor der «NZZ»): «70 Leitartikel 1933-1944», Zürich 1945.

Weizsäcker erwähnte in seinem Bericht vom 6. Juni 1934 nur seine offiziellen Kontakte auf diplomatischer Ebene mit Motta und de Stoutz. Heute wissen wir jedoch, dass er auch auf informeller Ebene

Einen sehr aufschlussreichen Bericht verfasste Weizsäcker am 6. November 1934 über die schweizerische Neutralität. Wie immer ist die Wirkung einer solchen Analyse auf die deutsche politische Führung nur schwer abzuschätzen. Wurden Weizsäckers Empfehlungen von Ribbentrop und von Hitler überhaupt gelesen, und welche Schlüsse zogen diese aus den Gesandtenberichten aus Bern? Der häufig auf erhaltenen Originaldokumenten angebrachte Stempel «Dem Führer vorgelegt» oder «Der Herr Reichsminister hat Kenntnis» liefert uns nicht die Gewissheit, das betreffende Schreiben sei vom Empfänger auch gelesen worden. Selbst wenn dies der Fall war, bleibt die Frage nach der Wirkung einer untergeordneten Meinung bei Hitler oder Ribbentrop, wenn auch nicht anzunehmen ist, die diplomatischen Berichte hätten die oberste Führung im Dritten Reich gar nicht beeinflusst. Weizsäcker sah im November 1934 folgende Entwicklungen in der Schweiz:

- *Erhöhte Wehrbereitschaft der Schweiz:* Es sei geplant, die Dienstzeit zu verlängern, Befestigungsanlagen auszubauen, die Flugwaffe zu verstärken. Auch die Sozialdemokraten würden ihre pazifistische Position immer mehr aufgeben. Das Ein- und Durchmarschrisiko für einen Gegner sei gesteigert, dem Land würde durch diese Politik das Rückgrat gestärkt.
- *Abwehrwillen nach allen Seiten:* Dieser sei ehrlich. Der Schweizer hätte genügend Liebe zu seinem Boden, um ihn zäh zu verteidigen, wenn auch der Kampfwille der heterogenen Heeresteile nicht überall gleich sei. Schweiz möchte in Europa ein Sonderdasein führen.
- *Neutralität:* Diese sei tief im Volk verankert. Der Schweizer suche von sich aus den Kampf nicht und möchte sich an europäischen Konflikten nicht beteiligen. Die schweizerische Neutralität decke sich mit dem militärischen Interesse Deutschlands. Wirtschaftlich sei die Neutralität wegen der Verpflichtung gegenüber Völkerbundssanktionen nicht gewährleistet. Druckmöglichkeit Frankreichs im Konfliktfall.
- *Deutsches Interesse an einer neutralen Schweiz:* Deutschland könne sich an seiner Südgrenze zwischen Basel und Bodensee nichts Besseres als die Schweiz wünschen, welche eine ungestörte Anlehnung und Sicherheit vor Überraschung gewährleiste. Der schweizerische Wehrwille verdiene den uneingeschränkten Beifall.
- *Probleme der Neutralität:* Die Schweiz sei historisch immer unter dem Einfluss von Frankreich gestanden. Durch ihre Rohstoff- und Lebensmittelknappheit sei die Schweiz leicht erpressbar. Das Land könnte im Krisenfall leicht in eine deutschfeindliche Front einbezogen werden. Französisch-schweizerische Zusammenarbeit sei nicht ausgeschlossen.

Weizsäcker gelangte gesamthaft gesehen zum Schluss, an der militärisch-politischen Neutralität der Schweiz sei nicht zu zweifeln, diese entspreche auch den deutschen Interessen.

seinen Einfluss geltend machte: Im Juni 1934 traf er mit dem Chefredaktor der «Basler Nachrichten», Albert Oeri, zusammen und versuchte Druck auf diesen auszuüben, er solle seinen Korrespondenten in Berlin, Dr. Ernst Klein, zurückrufen, da dieser eine Tätigkeit verfolge, die mit seiner Berichterstattung nichts zu tun habe. Weizsäcker wollte den ungenehmen Klein in Berlin entfernt haben, ohne dabei diplomatisches Aufsehen zu riskieren. Erst als Oeri, der sich geweigert hatte, dem Wunsche Weizsäckers nachzukommen, persönlich nach Berlin fuhr und im Auswärtigen Amt vorsprach, kam heraus, dass Klein wegen seiner österreichischen Staatsangehörigkeit und weil er Jude war als unerwünscht betrachtet wurde. Klein konnte schliesslich nach persönlichem Entscheid von Neuraths in Berlin bleiben, wurde aber 14 Monate später trotzdem aus Deutschland ausgewiesen. Diese ganze Angelegenheit zeigt uns das zwiespältige Verhalten des deutschen Gesandten, der sich im konkreten Falle immer wieder als faktischer Gefolgsman der nationalsozialistischen Führung erwies, ohne selbst als Urheber einer solchen Politik hervorzutreten.

Hingegen habe die Schweiz die «gefühlsmässige» Neutralität gegenüber Deutschland bereits gebrochen und sei schon heute bereit, Deutschland als den Urheber in einem künftigen Konflikt zu sehen. Deutschland solle daher unbedingt die Bemühungen um ein besseres Ansehen in der schweizerischen Öffentlichkeit und namentlich im Pressebereich verstärken. Die Schweiz für Deutschland zu gewinnen, sei eine Aufgabe,

«... die wesentlich auch als Vorbereitung für den Ernstfall das Interesse unserer Wehrmacht verdient»²⁵.

Schon 1934 spiegelten sich die wesentlichen Punkte der deutschen Haltung gegenüber der Schweiz in Weizsäckers Bericht: Nur eine neutrale Schweiz garantierte dem Reich eine stabile Südgrenze; ein Abschnwenken ins alliierte Lager im Krieg hätte die Situation grundlegend verändert.

Ende 1934 beantragte Legationsrat Aschmann vom AA die Aufhebung des Verbotes von schweizerischen Zeitungen in Deutschland, da deren Haltung gegenüber Deutschland besser geworden sei und im Reich ein Interesse an einer positiven Berichterstattung in der Schweiz über die anstehende Saarabstimmung²⁶ bestehe²⁷. Hitler lehnte eine solche Aufhebung ab, da dies nur in Frage käme, wenn «authentisch» festgestellt werden könne, dass die schweizerischen Blätter ihre Hetze eingestellt hätten²⁸. Zu dieser Frage äusserte sich Weizsäcker gegenüber Aschmann, der antideutsche Propagandaeffekt, namentlich der NZZ, sei im Ausland nicht zu unterschätzen; gerade eine Wiederzulassung könnte diese Grundhaltung der Schweizerpresse entschärfen, vor allem, da sich die Stimmung gegen das Reich nicht weiter verschlechter hätte. Wollte ursprünglich Aschmann, unterstützt durch von Weizsäcker, für eine Aufhebung des Verbotes plädieren, beugte er sich dem Willen Hitlers und hielt selbst fest, die Schweizerzeitungen hätten sich grundlegend nicht geändert und müssten deshalb weiterhin für Deutschland verboten bleiben; der Führerwille hatte sich auch in einer Nebenfrage wie dieser gegenüber dem AA und von Weizsäcker durchgesetzt²⁹.

Schon Mitte 1934 sprach Weizsäcker in einem Bericht über angebliche Annexionsabsichten Deutschlands gegenüber der Schweiz von einem «unverdaulichen Brocken», auf den Deutschland wirklich keinen «Appetit» habe. Der Gesandte empfahl dem AA, deutsche Publikationen zu unterbinden, die Karten enthielten, welche die Schweiz als Teil des

25 Ganzer Bericht vom 6. November 1934 zur schweizerischen Neutralität in: ADAP, Serie C, Bd. II.2, S. 564-568.

26 Am 13. Januar 1935 wurde im Saarland die Volksabstimmung über die Wiedervereinigung des Gebietes mit Deutschland durchgeführt. Nachdem sich 90% der Bevölkerung dafür ausgesprochen hatten, kehrte die Saar am 1. März 1935 legal ins Reich zurück.

27 Schreiben Aschmanns an Staatssekretär Funk im Innenministerium vom 10. Oktober 1934, in: ADAP, Serie C, Bd. III.2, S. 713.

28 Durch Funk mitgeteilt in: Aufzeichnung Aschmann vom 19. Dezember 1934, in: ADAP, Serie C, Bd. III. 2, S. 728-731.

29 Durch Funk mitgeteilt in: Aufzeichnung Aschmann vom 19. Dezember 1934, in: ADAP, Serie C, Bd. III.2, S. 728-731.

Deutschen Reiches darstellten oder dies in Worten festhielten³⁰. Dass im Zeitraum 1934/35 vom AA aus noch keine Gedankengänge Richtung Anschluss der Schweiz bestanden, ersehen wir auch aus einem Schreiben des Staatssekretärs von Bülow an Weizsäcker, das Bezug auf die Anregung Dinicherts nahm, ein von höchster deutscher Stelle bei passendem öffentlichem Anlass gesprochenes autoritatives Wort könnte in der Schweiz alle Sorgen vor «pangermanischen Übergriffen» des Reiches zerstreuen. Von Bülow vermerkte zu diesem Wunsch des schweizerischen Gesandten in Berlin am 31. Januar 1935:

«Ich erwiderte, es werde sich schwerlich in Deutschland eine massgebliche Stelle finden, die bereit ist, eine derartige Erklärung abzugeben. Sie laufe Gefahr, sich lächerlich zu machen, weil kein ernst zu nehmender Mensch in Deutschland daran denke, die Integrität der Schweiz irgendwie anzutasten»³¹.

Betrachten wir Weizsäckers Notizen aus der Zeit, wird seine offizielle, in den diplomatischen Berichten fassbare Haltung immer korrigiert. Im Januar 1935 bezeichnete er die schweizerischen Zeitungen als «ein Werkzeug des Teufels», welches das saubere Papier anschwärzen würde:

«Alles Öffentliche ist an sich ja schon verfälscht. Kaum macht einer den Mund auf, ist die Lüge da, kaum tritt er vor andere hin, ist er in Pose. Da sitzt schon das Grundübel des Parlaments, des Völkerbunds und anderer Versammlungen»³².

Diese klare Absage an die Grundprinzipien der Demokratie und der öffentlichen Meinung wirkt um so krasser, wenn wir in Weizsäckers Erinnerungen nachlesen, wie er dort seine Zeit in der Schweiz darstellte:

«... immer wieder angetan von der geistigen und moralischen Solidität, von der umfassenden Kultur, vom gesunden Menschenverstand und von der guten Ordnung in dem herrlichen Land, empfanden wir unsere Berner Aufgabe als erfüllbar und als lohnend»³³.

Diese Darstellung ist schlicht irreführend; können wir dem späteren Staatssekretär auch nicht nachweisen, er habe sich für eine Beseitigung der schweizerischen Eigenständigkeit und Demokratie ausgesprochen, ist sein Demokratieverständnis im Jahre 1935 mehr als fragwürdig. Andererseits war Weizsäcker realistisch genug, die Eigenheiten des politischen Lebens in der Schweiz zu erkennen und auf die Empfindlichkeit gegenüber Deutschland Rücksicht zu nehmen. Schon im April 1934 hatte er ans A A geschrieben, die Stimmung in der Schweiz gegenüber dem Reich könne nicht auf dem Weg einer offensichtlichen Propaganda verbessert werden; man komme den Schweizern viel eher dadurch bei, dass man sie «mit der überlegenen Zurückhaltung desjenigen behandelt, der ihnen gegenüber einen Vorsprung hat und gar nicht darauf aus ist, diesen Vorsprung einzubüssen»³⁴. Weizsäcker war sich auch völlig bewusst, dass die Schweiz sich nie in ein europäisches Pakt-

30 Bericht Weizsäckers aus Bern ans AA vom 20. Juni 1934 über angebliche Annexionsabsichten des Reiches gegenüber der Schweiz, in: PAB, Politik 2, Schweiz, Abt. II (1929-34).

31 Schreiben von Bülow an Weizsäcker vom 31. Januar 1935, in: ADAP, Serie C, Bd. III.2, S. 870-872.

32 Weizsäcker-Papiere, S. 87.

33 Weizsäcker-Erinnerungen, S. 123.

34 PAB, Politik 2, Schweiz, Abt. II (1929-34), Schreiben vom 26. April 1934.

system, welcher Art auch immer, würde einbeziehen lassen; in einem Telegramm ans AA vom 9. Februar 1935 meldete er, die schweizerische Regierung sei solchen Möglichkeiten völlig abgeneigt³⁵. Die zwiespältige Haltung Weizsäckers der Schweiz gegenüber kam vor allem auch dann zum Ausdruck, wenn Deutschland politisch unter Druck geriet und sich die Schweiz der internationalen Kritik anschloss. Als Beispiel seien die Sanktionen des Völkerbundes vom Herbst 1935 gegenüber Deutschland erwähnt, wozu Weizsäcker ans AA schrieb, die Schweiz schwimme im antideutschen Strom mit:

«Solche Gegenwartsaffekte könnten daher leicht zu nicht unbedenklichen Vor-Belastungen für die Zukunft führen»³⁶.

Diese Drohung erhält nur einen Sinn, wenn wir davon ausgehen, Weizsäcker habe an ein militärisch starkes Deutschland gedacht, das eines Tages seinen Einfluss, wenn nicht hegemoniale Ansprüche auf seine Nachbarländer geltendmache. Rechnete er schon 1933 mit einem deutsch-französischen Konflikt, müssen wir annehmen, Weizsäcker habe ein starkes Deutschland schon 1935 befürwortet, dessen Auswirkungen gemäss den nationalsozialistischen Überzeugungen nur in einer expansiven Tendenz bestehen könnten.

In einem Stimmungsbericht über die Schweiz vom November 1935 meinte Weizsäcker, es sei nur der «schwache Hauch einer neuen Zeit» zu verspüren. Während Deutschland in der Zwischenzeit auf dem Weg des Nationalsozialismus weiter fortgeschritten sei, stehe die Schweiz dagegen noch immer auf dem «alten Fleck»:

«Erprobte Traditionen opfert der Schweizer unsicheren Versuchen nur in grosser Not ... Er verzehnt sich gewissermassen in seiner alten Burg, vor allem in der geistigen, ... Die sogenannten Fronten sind noch immer arg zerfahren ... Der völkische und der Rassegedanke, der Begriff eines totalitären Staates sowie das Führerprinzip im deutschen Sinne haben in der Schweiz keinen Boden.»

Weizsäcker fuhr fort, der Schweizer stünde dem Nationalsozialismus verständnislos, kritisch, ja feindlich, jedenfalls defensiv gegenüber. Das eigentliche Schweizervolk habe einen «langsamen, konservativen und oft trotzigem Geist». Weizsäcker vertrat jedoch die Meinung, die deutsche Aufrüstung sei in der Schweiz als etwas Natürliches hingenommen worden, da die Bewohner zu sehr Soldaten seien, um hier nicht mitzufühlen. Die Schweiz wäre jedoch sehr empfindlich, was die nationale Unabhängigkeit betreffe. Diese würde als gottgewollt gesehen, und es machten sich nun Ängste breit, die schon vor 300 Jahren vollzogene Loslösung vom Deutschen Reich könnte jetzt noch einmal zur Erörterung gelangen. Deutschland solle der Schweiz gegenüber einen Zustand der «Ruhe, der Gewöhnung und der Gelassenheit» anstreben. Deutschland wolle von der Schweiz nichts anderes als «gute Nachbarschaft»³⁷.

35 PAB, Politik 1, Schweiz (1920-36), Telegramm vom 9. Februar 1935.

36 Schreiben vom 16. November 1935, in: PAB, Politik 1, Schweiz, Abt. IIa.

37 Ganzer Bericht Weizsäckers vom 22. Januar 1935 ans AA, in: PAB, Politik 2, Schweiz, Abt. II (1929-34).

Der Bericht trägt den Stempel «Der Herr Reichskanzler hat Kenntnis». Ob Hitler Weizsäckers Empfehlungen wirklich gelesen hat, ist nicht feststellbar. Herausstechendes Merkmal war die Einsicht, dass die Schweiz für den Nationalsozialismus freiwillig kaum zu gewinnen war; zumindest im AA war man sich darüber im klaren, dass die eigenstaatliche Dynamik der Schweiz den Verlockungen des Dritten Reiches widerstehen würde.

Im Mai 1935 registrierte Weizsäcker den «tiefsten Punkt» der deutsch-schweizerischen Stimmung, die «Leidenschaft» sei durch den Fall Jacob³⁸ entfesselt worden, und es sei zu hoffen, dass die momentane Situation nur eine Laune sei, wie sie zwischen «Verwandten» vorkomme³⁹. Weizsäcker beschäftigte sich nach eigenen Angaben näher mit der Schweizergeschichte, da es für ihn unverständlich war, weshalb in der Schweiz ein solcher antideutscher Reflex vorherrsche: Für ihn bestand vor allem das Phänomen der schweizerischen Anlehnung an Frankreich; kein Volk habe die Schweiz so misshandelt wie die Franzosen; früher seien dies die Österreicher gewesen, und heute richte sich der ganze Hass der Schweiz auf Deutschland. Im gleichen Brief bemerkte Weizsäcker hingegen, Deutschland solle der Schweiz keine neue Nahrung für Kritik liefern, woraus wir ein indirektes Eingeständnis für eine gewisse Berechtigung der Stimmung in der Schweiz herauslesen können⁴⁰. Einen Monat früher machte Weizsäcker in einem anderen Brief eine aufschlussreiche Bemerkung, die uns einen möglichen Hinweis liefert, weshalb die Schweiz während des Krieges verschont blieb:

«Das schönste hier sind schon die Berge und ohne diese Berge gäbe es keine Schweizer»⁴¹.

Als im Februar 1936 David Frankfurter in Davos den deutschen Landesgruppenleiter Gustloff erschoss, war für das AA klar, dass der Täter nur von der schweizerischen Hetzpresse hatte angestiftet werden können. Legationsrat Aschmann wies in einem Telegramm vom 5. Februar 1936 Weizsäcker an, bei seiner Vorsprache im Bundeshaus zu betonen, Gustloff habe sich nie in die schweizerische Innenpolitik eingemischt; die Judenfrage sei jedoch nicht zu erörtern und zurückzustellen⁴². Weizsäcker sprach noch am gleichen Tag bei Bundesrat Motta vor und wies vor allem auf den gravierenden Einfluss der Schweizerpresse auf die Tat hin, was von Motta durch den Hinweis auf die Zugehörigkeit des Täters zum Judentum zu entkräften versucht worden ist. Weizsäcker äusserte daraufhin, das «Konto» der Schweiz sei in Deutschland immer mehr belastet; die Schweiz solle sich hüten, die bisherige deutsche Zurückhaltung auf die leichte Schulter zu nehmen und falsch zu deuten. Der Gesandte schloss mit der Drohung, allgemeinpolitische Auswirkungen

38 Der deutsche Emigrant Dr. Berthold Jacob Salomon war am 9. März 1935 von Gestapobeamten nach Deutschland entführt worden, nachdem es gelang, Jacob durch falsche Angaben bei Basel über die Grenze zu locken (*Bonjour*, Bd. III, S. 58 ff., auch S. 52 der Arbeit).

39 Weizsäcker-Papiere, S. 90 (Brief vom 10. Mai 1935).

40 Weizsäcker-Papiere, S. 92 (Brief vom 4. August 1935).

41 Weizsäcker-Papiere, S. 91 (Brief vom 28. Juli 1935).

42 ADAP, Serie C, Bd. IV.2, S. 1069-1070.

könnten schwerlich ausbleiben⁴³. Privat bemerkte Weizsäcker in einem Brief vom 10. Februar 1936, der Tod Gustloffs sei sehr trüb und könne nicht «ohne Weiterungen» gegenüber der Schweiz bleiben; was unter dieser Formulierung genau zu verstehen war, muss der Spekulation überlassen werden⁴⁴. Die Haltung Weizsäckers in der Gustloffaffäre wirkt eher ein negatives Licht auf seine Person: Der Landesgruppenleiter der NSDAP in der Schweiz wurde von Weizsäcker in einem Brief als «Kamerad» betitelt, die Entführung Jacobs war für ihn immerhin eine «unsaubere Sache», die Nationalzeitung in Basel hingegen ein «Dreckblatt»⁴⁵. Auf Motta versuchte er anlässlich einer Unterredung vom 17. Februar 1936 Druck auszuüben, da er von diesem erfahren hatte, der Bundesrat beabsichtige Massnahmen gegen die parteiamtlichen Stellen der NSDAP in der Schweiz zu ergreifen. Weizsäcker forderte Motta auf, ein generelles Verbot der Landesgruppenleitung zu verhindern, was dieser ihm zusagte⁴⁶. Entweder stellte Weizsäcker die Haltung Mottas dem AA gegenüber unrichtig dar, oder dann müssen wir annehmen, Motta habe den deutschen Gesandten bewusst irreführt, denn nur einen Tag später stimmten sämtliche Bundesräte dem Verbot der Landesleitung der NSDAP in der Schweiz zu⁴⁷. Neurath liess darauf durch Weizsäcker am 20. Februar 1936 eine Note überreichen, welche die Rückgängigmachung des Verbots forderte⁴⁸. Die ganze Angelegenheit fand schliesslich ihre Beilegung, indem die Schweiz die Einsetzung von Legationsrat von Bibra in der deutschen Gesandtschaft stillschweigend duldete⁴⁹.

Kurze Zeit nach dem Attentat verfasste Weizsäcker einen ausführlichen Bericht ans AA über die Deutschen in der Schweiz und ihr Verhältnis zum Dritten Reich. Wie schon früher betonte er den tiefen Graben zwischen dem Nationalsozialismus und der schweizerischen Grundhaltung; unvereinbare Gegensätze würden zwischen den beiden Auffassungen liegen. Für die pluralistische Schweiz sei der Rassegedanke «lebensgefährlich», der deutsche Nationalsozialist sei innerhalb der Schweiz immer ein Fremdkörper. Der Bericht stellte einen Entwurf dar, wie Deutschland den Auslandsdeutschen in der Schweiz entgegenzutreten sollte, ein Thema, das für vorliegende Arbeit nur von sekundärem Interesse ist. Hingegen stehen einige Aspekte in den Ausführungen Weizsäckers hervor, die für seine Einschätzung der Schweiz von Interesse sind:

- *Staatliche Souveränität*: Die Schweiz sei für Deutschland vor 300 Jahren verlorengegangen und könne durchaus zu Deutschlands Gegnern übergehen. In der Schweiz lebten hingegen 100'000 Deutsche, was 2 1/2% der Bevölkerung ausmache. Eine kulturelle Aufteilung in schweizerisch und deutsch dränge sich in der Schweiz eventuell auf.
- *Wirtschaftliche Interessen*: Deutschlands Handel mit der Schweiz werfe ein grosses Aktivum ab, neben Holland das grösste des gesamten deutschen Aussenhandels. Auch wenn der Natio-

43 Telegramm vom 5. Februar 1935, in: ADAP, Serie C, Bd. IV.2, S. 1070-1072.

44 Weizsäcker-Papiere, S. 94 (Brief vom 10. Februar 1936).

45 Weizsäcker-Papiere, S. 92 (Brief vom 22. September 1935).

46 Telegramm Weizsäckers ans AA vom 17. Februar 1936, in: ADAP, Serie C, Bd. IV.2, S. 1127-1129.

47 *Bonjour*, Bd. III, S. 96.

48 ADAP, Serie C, Bd. IV.2, S. 1129-1131 (Text der Note von Neuraths).

49 *Bonjour*, Bd. III, S. 104 ff.

nalsozialismus in der Schweiz nie populär sein werde, sollten sich die beiden Länder nicht voneinander absondern. Beide Teile hätten ein Interesse an ungestörten Wirtschaftsbeziehungen, auch wenn die «Ehe» nicht glücklich sei.

- *Emigrantenpolitik*: Es sei zweifelhaft, ob in einem Krieg alle in der Schweiz lebenden Deutschen für das Reich kämpfen würden, viele könnten sich der Wehrpflicht entziehen. Überhaupt seien viele Deutsche in der Schweiz dem Nationalsozialismus gegenüber feindlich eingestellt. Die Schweiz sei schon immer ein Zufluchtsland für Deserteure und Refraktäre gewesen.
- *Politische Beziehungen zur Schweiz*: Je weniger Deutschland der Schweiz Grund zu pangermanischen Ängsten liefere, desto erfolgreicher lasse sich unter den Deutschen in der Schweiz für das Dritte Reich arbeiten. Bei der Partearbeit in der Schweiz müsse Deutschland unbedingt auf die lokalen Gesetze und Eigenarten Rücksicht nehmen und die schweizerische Empfindlichkeit schonen. Bei der Auslandsdeutschenarbeit müsse geräuschlos und effektiv vorgegangen werden. Es bestehe ein enger Zusammenhang zwischen guten schweizerisch-deutschen Beziehungen und erfolgreicher Arbeit unter den Deutschen in der Schweiz⁵⁰.

Weizsäcker erwies sich in diesen Empfehlungen ans AA ganz als aktiver Wegbereiter einer schleichenden Einflussnahme des Dritten Reiches im restlichen Europa; er sprach wörtlich davon, vielen Deutschen in der Schweiz würde es am «letzten persönlichen Einsatz für das Dritte Reich fehlen», und forderte die verschiedensten Massnahmen, die Partearbeit im Ausland versteckt, aber intensiv und effizient voranzutreiben. Seine Vorschläge waren die Reaktion auf das bundesrätliche Verbot der Landesgruppenleitung der NSDAP in der Schweiz und zeigen uns eindeutig, dass auch Weizsäcker nicht daran dachte, sich tatsächlich an die Gesetze des Gastlandes zu halten. Die Wirkung dieser Empfehlungen ersehen wir aus der Reaktion im Auswärtigen Amt: In einem Schreiben vom 11. März 1936 an Rudolf Hess wies von Neurath ausdrücklich auf die Bedeutung des Berichtes von Weizsäcker hin und empfahl seine Vorschläge zur Behandlung der Auslandsdeutschen auch für andere Länder⁵¹. Weizsäcker's Anregungen entsprachen der späteren Entwicklung in der Schweiz: Die Partearbeit unter den Deutschen in der Schweiz wurde fortgesetzt, der deutsche Legationsrat von Bibra wurde von den Behörden stillschweigend als Nachfolger Gustloffs toleriert.

Als Bundesrat Motta Weizsäcker am 28. Februar 1936 zur Übergabe der schweizerischen Antwortnote auf den Brief von Neuraths vom 20. Februar 1936 empfing, bemerkte der deutsche Gesandte, dass der Bundesratsentscheid, das Verbot der Spitzenorganisation der NSDAP in der Schweiz nicht aufzuheben, Folgen haben werde; Deutschland werde sich damit nicht abfinden⁵².

Tatsächlich hatte jedoch das AA in Berlin nach dem Gustloffattentat intern verfügt, den Konflikt mit der Schweiz nicht noch zu verschärfen. Aus einer Aktennotiz vom 19. Februar 1936 geht hervor, dass Repressalien gegen schweizerische Vereine in Deutschland nicht vorgesehen waren, weil das AA sonst riskiert hätte, dass auch die NSDAP-Ortsgruppen in der Schweiz aufgelöst worden wären⁵³. Der Bundesrat hatte die Ortsgrup-

50 Bericht vom 25. Februar 1935, in: ADAP, Serie C, Bd. IV.2, S. 1167-1170.

51 Schreiben vom 11. März 1935, in: PAB, Politik 2, Schweiz, Abt. II (1929-34).

52 Telegramm Weizsäcker's über Vorsprache bei Motta am 28. Februar 1935, in: ADAP, Serie C, Bd. IV.2, S. 1183.

53 Aktennotiz des AA vom 19. Februar 1936, in: PAB, Politik 2, Schweiz, Abt. II (1929-34).

pen vom Verbot ausgenommen und nur die Landesleitung der NSDAP untersagt. Dem AA waren ungestörte Beziehungen wichtiger, ein radikales Vorgehen gegen die im Reich lebenden Schweizer entsprach nicht den Interessen Deutschlands.

Im Frühling 1936 machten sich in der Schweiz vermehrt Befürchtungen breit, Deutschland würde an seiner Südgrenze die militärischen Vorbereitungen verstärken, um später einen Einfall in die Schweiz durchführen zu können. Als der «Berner Bund» meldete, im Bodenseebezirk würden Kasernen, unterirdische Bahnhöfe und Festungsbauten errichtet und im Abschnitt Bodensee – Rhein seien grosse Mengen an Pontonmaterial herbeigeschafft worden, sah sich Weizsäcker veranlasst, in einem Telegramm an das AA anzufragen, ob er diese Meldungen, besonders die Information über das Pontonmaterial, dementieren dürfe⁵⁴. Der deutsche Gesandte war demgemäss über die militärischen Massnahmen nicht oder nur ungenügend informiert, legte aber Wert darauf, die deutsch-schweizerischen Beziehungen durch ein entsprechendes Dementi zu entspannen. Am 14. März 1936, bereits einen Tag nach Weizäckers Anfrage, kam über Legationsrat von Kamphoeven die Antwort des Reichskriegsministeriums: Kasernenbauten waren tatsächlich im Gange, und der Arbeitsdienst führte verschiedene Arbeiten wie Barackenbau, Waldstrassen- und Wasserleitungsbauten durch; Pioniergerät war in den fraglichen Raum nicht verlegt worden⁵⁵.

Als Weizsäcker am 29. April 1936 mit Bundesrat Minger, der vom Deutschen als «kräftiger Bauer» und «Repräsentant des gesunden Menschenverstandes» charakterisiert worden ist, zusammentraf, sprach Minger seinen Gast auf die deutschen Militärmassnahmen an der Schweizergrenze an. Weizsäcker tat darauf nach seinen eigenen Worten alle Sorgen vor deutschen Absichten gegen die Schweiz ab und lobte im Gegenteil die schweizerischen Verteidigungsanstrengungen. Die militärischen Massnahmen in der Schweiz erschienen ihm jedoch nur glaubwürdig, wenn sie nach allen Seiten hin gleichmässig erfolgten. Minger versicherte ihm darauf des unbedingten Willens der Schweiz, die Neutralität zu wahren und gegen jeden Gegner vorzugehen, der diese verletzen sollte. Weizsäcker erschien diese Versicherungen offensichtlich glaubwürdig, denn er schloss seinen Bericht mit der Bemerkung:

«Erfreulich an dieser Darstellung des schweizerischen Wehrministers ist die Entschlossenheit, mit der sein Wille zur absoluten Neutralität herauskam»⁵⁶.

Einmal mehr wird ersichtlich, wie wichtig die strikte Einhaltung der Neutralität in der schweizerischen Aussenpolitik war; für Deutschland bedeutete dies Ruhe an der Südgrenze und ungestörte Wirtschaftsbeziehungen. Wie sehr Deutschland daran gelegen war, die Probleme mit der Schweiz nicht zu verschärfen, ersehen wir daraus, dass Legationsrat von Rintelen anstelle des bereits nach Berlin zurückberufenen von Weizäckers vom AA

54 «Berner Bund» Nr. 121 vom 13. März 1936. Telegramm Weizäckers vom 13. März 1936, in: ADAP, Serie C, Bd. V.1, S. 124.

55 Bericht Kamphoeveners vom 14. März 1936, in: ADAP, Serie C, Bd. V.1, S. 143.

56 Bericht vom 29. April 1936, in: ADAP, Serie C, Bd. V.2, S. 451-452.

am 1. Juli 1936 angewiesen wurde, bei Bundesrat Motta vorzusprechen und ihm mitzuteilen, das Auswärtige Amt würde auf eine weitere Antwortnote in der Angelegenheit des Verbotes der Landesgruppenleitung der NSDAP in der Schweiz verzichten, da sich das AA von einer Fortsetzung eines solchen Notenwechsels «einen praktischen Erfolg» nicht versprechen könne; selbstverständlich bedeute dies nicht die Anerkennung der schweizerischen Haltung in dieser Frage, das Thema sei jedoch vorläufig nicht zu «vertiefen»⁵⁷. Weizsäcker nahm eine ähnliche Haltung ein, als er von Berlin aus den neuen Legationsrat von Bibra anwies, im bevorstehenden Prozess gegen David Frankfurter die Schweiz aus dem Spiel zu lassen; die deutsche Propaganda bezüglich des Prozesses habe sich auf das Kriminalistische zu beschränken und nicht auf Gebiete übergreifen, «von welchen das Dasein der Deutschen in der Schweiz berührt oder gefährdet werden könnte»⁵⁸. Laut Weizsäcker waren diese Anweisungen mit dem Propagandaministerium abgestimmt worden und besaßen das Einverständnis des Führers. Zum Prozess selbst war von Goebbels Ministerium eine Broschüre verfasst worden, die allerdings nur vorsichtig in der Schweiz verteilt werden sollte, da sie als Prozessbeeinflussung hätte verstanden werden können und Berlin mit einem Verbot durch die Schweizerbehörden rechnete⁵⁹.

Das Auswärtige Amt stellte ungestörte Beziehungen zur Schweiz über momentane Propagandainteressen. Der ganze Vorgang zeigt uns auch, dass eine standhafte Aussenpolitik eines Kleinstaates auch einer weit stärkeren Macht gegenüber von Erfolg gekrönt sein kann; aussenpolitische Interessen sind immer vielfältiger Natur und stellen die Summe der unterschiedlichsten Aspekte und Einzelinteressen dar. Selbst eine aufstrebende und aggressive Grossmacht wie das Deutschland von 1936 wollte nicht wegen eines singulären Zwischenfalls wie der Ermordung von Gustloff und der folgenden behördlichen Massnahmen gegen die NSDAP in der Schweiz die gesamten zwischenstaatlichen Beziehungen mehr als nötig belasten und verzichtete prompt auf die Weiterführung der Auseinandersetzung. Auch im deutschen Grossmachtkalkül siegten in dieser Frage die realen politischen und wirtschaftlichen Interessen über politische Eiferer in Staat und Partei.

Im Herbst 1936 verfasste der deutsche Prof. Ernst Wolgast⁶⁰ aus Würzburg ein politisches Gutachten für das AA zum Thema «Unsere Einstellung zu der Schweiz». Es konnte nicht festgestellt werden, ob dieser Aufsatz in offiziellem Auftrag erstellt worden ist. Hingegen beweist die Existenz des Schreibens in den Akten des Auswärtigen Amtes, dass die-

57 Anweisung an von Rintelen durch Dieckhoff vom 1. Juli 1935, in: ADAP, Serie C, Bd. V.2, S. 668.

58 Weizsäcker an von Bibra am 26. Oktober 1936, in: ADAP, Serie C, Bd. V.2, S. 1062-1063.

59 Schreiben Dr. Koderle von der AO der NSDAP an Wolfgang Diewerge im Propagandaministerium vom 14. April 1936, in: ZStAP, 50.01 Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Nr. 715, Blätter 4-6.

60 Prof. Dr. jur. Ernst Wolgast war ordentlicher Professor der Rechte an der Universität Würzburg. Er verfasste u.a. historisch-politische Abhandlungen und gab sich in seinen Reden und Schriften eindeutig als Nationalsozialisten zu erkennen. Er bezeichnete beispielsweise Hitler in einer Rede im Januar 1935 über die «Lex Regia» in Dänemark aus dem Jahre 1665 als eine Person, deren Taten einen «ersten

ser Analyse der schweizerisch-deutschen Beziehungen zumindest halboffizieller Charakter zukam. Aus diesem Grund sei der Aufsatz kurz vorgestellt, da er von seiner Thematik her für unsere Untersuchung von Interesse ist. Folgende Punkte wurden hervorgehoben:

- *Angliederung der Schweiz ans Reich*: Deutschland wolle die Schweiz keinesfalls ins Reichsgebiet einbeziehen. Die Schweiz sei aus deutscher Sicht eine «organische Einheit», eine Gemeinschaft, die bis in die heutigen Tage zusammen durch die Geschichte «geritten» sei.
- *Neutralität der Schweiz*: Diese und die staatliche Unverletzlichkeit seien die höchsten Güter der Schweiz seit 1815. Dieses «Land der Berge» sollte am besten ganz ausserhalb der Einflusskonkurrenz der Mächte stehen, weil sonst die Mächte nach den alten Übergängen und Durchstichen streben müssten, die in der Schweiz liegen.
- *Funktion der Schweiz*: Sie sei «Lötstelle» Europas, und zwar einschliesslich ihres deutschbevölkerten Gebietes.

Der Aufsatz schloss mit dem leicht pathetischen Satz:

«Es ist eine Rolle von wahrhaft organischem Wesen und europäischem Rang ... als ein Organisch-Anderes seines eigenen Gleiches steht die Schweiz im Bewusstsein und Willen des Dritten Reiches, mit allem Anspruch auf Achtung und Beachtung ...»⁶¹.

Versuchen wir die etwas verklärte Betrachtungsweise der Stellung der Schweiz in Europa auf das Wesentliche zu reduzieren, treten interessante Aspekte hervor: Die Schweiz erscheint als Hüterin der Alpenübergänge, die verhindern soll, dass die europäischen Grossmächte im Alpenraum direkt aufeinanderstossen. Die schweizerische Neutralität wird als schützenswertes Gut hingestellt, die Berge sind ein bedeutsames Merkmal der staatlichen Souveränität, und dem Land wird eine politische Funktion auch im neuen Europa zugesprochen. Obwohl nicht so formuliert, wird auch in diesem Aufsatz die Wichtigkeit des Gotthardtransites sichtbar, und nur eine neutrale Schweiz garantierte dem Reich die Aufrechterhaltung der Nord-Südverbindung. Entgegen anderen nationalsozialistischen Darstellungen wird die Einheit der Schweiz betont, welche im geschichtlichen Ablauf organisch entstanden sei. Die Wirkung einer solchen Schrift ist nur schwer abzuschätzen, bietet uns aber einige Aspekte, die als Ergänzung zu anderen Aussagen einen gewissen Aussagewert bekommen.

Wie beurteilte das nationalsozialistische Deutschland die schweizerischen Erneuerungsbewegungen? Schon im September 1933 hatte Gesandtschaftsrat Dankwort in einem

Platz nicht nur in der deutschen, sondern auch in der europäischen und in der Weltgeschichte verdient». Publikationen:

Ernst Wolgast: «Lex Regia – Das dänische (1665) und das deutsche Staatsführungsgesetz», in: Würzburger Universitätsreden, Heft 3, Würzburg 1935, S. 30 und:

Ernst Wolgast: «Vom Wesen Europas – Grenzen, Bewusstsein, innere Raumgestaltung, Verhältnis zur Welt», Rede, gehalten am 18. Januar 1933 in der Aula der Universität Rostock bei der akademischen Feier des zweiundsechzigjährigen Gedenktages der Reichsgründung, in: Rostocker Universitätsreden, XVIII, Rostock 1933.

61 Aufsatz von E. Wolgast, in: PAB, Politische Abteilung, Beziehungen zur Schweiz (1936).

In den Akten des A A ist eine Kopie des Aufsatzes erhalten geblieben; an wen das Original gelangte, war nicht festzustellen.

Bericht über den Aufschwung der Nationalen Front aus Bern ans AA gemeldet:

«... die politischen Leitsätze und Gedankengänge der schweizerischen 'Nationalen Front' (sind) in ziemlich ausgeprägter Form dem deutschen Nationalsozialismus verwandt ...»⁶².

Diese im deutschen Sinne positive Bewertung der schweizerischen Fronten fand schon im April 1934 eine Korrektur durch den deutschen Generalkonsul Winkel in Zürich, der dem AA gegenüber seine «grundsätzlichen Bedenken» gegen eine Zusammenarbeit deutscher Behörden oder Parteistellen mit Angehörigen der schweizerischen Erneuerungsbewegung zum Ausdruck brachte. Die Fronten hätten nur geringen politischen Einfluss im Vergleich zu den grossen, traditionellen Parteien⁶³. Schon im Frühling 1933 hatte der deutsche Gesandte Müller eine vergleichbare Beurteilung abgegeben⁶⁴. Als der Schweizer Erich Maey im Januar 1934 in Berlin eine schweizerische SA nach deutschem Vorbild gründen wollte, wurde dies von den Behörden unterbunden. Am 3. Februar 1934 verfügte die Gestapo:

«Mit Rücksicht darauf, dass die Errichtung einer Schweizer SA in Berlin als eine Einmischung in innerpolitische Verhältnisse eines ausländischen Staates aufgefasst werden konnte, und da unerwünschte Rückwirkungen auf die deutsch-schweizerischen Beziehungen zu erwarten standen...»⁶⁵

ein Verbot der Organisation. Maey wurde vorerst festgenommen und dann abgeschoben. Dieser Vorgang zeigt deutlich, dass Deutschland an einer ausländischen Einmischung in die innere Entwicklung nicht interessiert war, auch wenn diese von offensichtlichen Sympathisanten erfolgte. Der deutsche Faschismus verstand sich ausdrücklich als nationale Bewegung und forderte erst später im Krieg die Solidarität der «germanischen» Nachbarstaaten.

Im Oktober 1934 fielte ein Gewährsmann Weizsäckers, Felix Max Wilhelm Grosse⁶⁶, das Urteil, die gesamte schweizerische Erneuerungsbewegung gebe zur Zeit «kein imponierendes Bild». Die Bewegung sei wahrscheinlich eine vorübergehende Erscheinung; was fehle, sei eine wirkliche Führerpersönlichkeit. Eine politisch-materielle Unterstützung der Erneuerungsbewegungen in der Schweiz seitens des Dritten Reiches lohne sich nicht⁶⁷. Waren die schweizerischen Fronten aus deutscher Sicht an sich begrüssenswert, erkannte man schon bald, dass die politische Wirkung der Fronten eher gering war und nicht auf eine vergleichbare Entwicklung der schweizerischen Nationalsozialisten wie in Deutschland gehofft werden konnte⁶⁸.

62 Bericht vom 27. September 1933, in: PAB, Politik 2, Schweiz, Abt. II (1929-34).

63 Bericht vom 9. April 1934, in: PAB, Politik 2, Schweiz, Abt. II (1929-34).

64 Vgl.S. 113.

65 Aktennotiz vom Februar 1934, in: PAB, Politik 2, Schweiz, Abt. II (1934).

66 Felix Max Wilhelm Grosse wurde am 26. Februar 1899 in Metz geboren und starb 1960 in Bonn.

Von Beruf war er Doktoringenieur und Doktor der Staatswissenschaften und betätigte sich auch als Journalist.

67 Bericht vom Oktober 1934, in: PAB, Politik 2, Schweiz, Abt. II (1929-34).

68 *Peter Stadler* (Hrsg.): «Ein deutscher Bericht über die schweizerischen Erneuerungsbewegungen aus dem Jahre 1934», in: «Die Diskussion um eine Totalrevision der Schweizerischen Bundesverfassung

Der deutsche «Aufklärungs-Ausschuss» in Hamburg und Bremen, in dem die deutschen Industrie- und Spitzenverbände und die verschiedenen Handelskammern vertreten waren, verfasste im November 1934 einen Bericht ans AA zur Situation der schweizerischen Fronten und hielt fest:

- Die Bewegung sei als «ausserpolitischer Bundesgenosse» bedeutungslos.
- Die Gruppen seien in ihrer Linie politisch sehr uneinheitlich.
- Eine Unterstützung dieser Gruppen durch Deutschland würde in der Schweiz die grösste Erbitterung bewirken.
- Wenn eine starke Führerpersönlichkeit die zersplitterten Gruppen zusammenfasste, so könnte ein «offenes Hand-in-Hand-Arbeiten oder aber auch eine getarnte Unterstützung für Deutschland von Erfolg sein».
- Auch schweizerische Nationalsozialisten würden auf die nationale Unabhängigkeit der Schweiz bedacht sein.

Der Bericht schloss mit folgenden Worten, die für die deutsche Einstellung gegenüber der Schweiz sehr typisch waren:

«Der Schweizer hat nun einmal von Natur aus dem grossen Deutschland gegenüber einen gewissen Minderwertigkeitskomplex und fühlt sich immer an die Wand gedrückt und nicht ernst genommen und ist dauernd gekränkt»⁶⁹.

Weder der Gesandte noch Dr. Grosse erkannten in der schweizerischen Erneuerungsbewegung eine bedeutende politische Kraft, wobei vor allem auch das Fehlen einer Führerpersönlichkeit und die inneren Gegensätze der verschiedenen Gruppen konstatiert wurden. Das Auswärtige Amt führte in seinen Dossiers über die Schweiz Listen über die Frontengruppierungen; in einer von der Gestapo erhobenen Zusammenstellung wurden am 14. Dezember 1934 sechs verschiedene Richtungen verzeichnet:

1. Nationale Front	Führer: Henne
2. Volksfront	Führer: Bosshard
3. Volksbund	Führer: Leonhard
4. Rütlibund	Führer: nicht genannt
5. Heimatwehr	Führer: nicht genannt
6. Schweizerische Faschisten	Führer: Fonjallaz ⁷⁰

1933-1935», Sonderdruck der Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte (SZG), Bd. 19, Hefte 1 und 2, 1969, als Anhang abgedruckt, S. 371-73.

Stadler kommt zum Schluss, der Bericht von Grosse sei im Ganzen sachlich und aufschlussreich, obwohl er einige Irrtümer und Verzerrungen enthalte.

⁶⁹ Bericht vom 1. November 1934, in: PAB, Politik 2, Schweiz, Abt. II (1929-34). Vgl. mit: *Peter Stadler* (Hrsg.): «Ein deutscher Bericht ...», a.a.O., Anhang, S. 375-390. Der Bericht des Aufklärungs-Ausschusses (Beauftragte Dienststelle verschiedener Reichsministerien, Geschäftsstelle Berlin) war ebenfalls von Grosse verfasst worden. Die Nationale Front errang bei den Nationalratswahlen vom Oktober 1935 nur einen einzigen Sitz, was die deutsche Beurteilung miterklärt. Weizsäcker selbst kommentierte die Wahlniederlage der «Nationalen Front» mit folgenden bezeichnenden Worten: «Wenn wir schon bisher in der Fühlungsnahme mit dieser Bewegung Vorsicht geübt haben, so zeigt die letzte Entwicklung, dass jetzt noch weitergehende Zurückhaltung am Platze sein wird. Selbst in dem mehr als je hypothetischen Fall einer wirklich starken Ausbreitung der «Nationalen Front» könnten wir kaum darauf zählen, von dieser schweizerischen Bewegung eine fühlbare faktische Unterstützung oder auch nur eine wirksame ideelle Förderung unserer Interessen in ausserpolitischer Hinsicht zu erhalten (*Stadler* (Hrsg.): «Ein deutscher Bericht...», a.a.O., S. 168, Ajnm. 234).

⁷⁰ Liste über Fronten in: PAB, Politik 2, Schweiz, Abt. II (1929-36).

Als Oberst Arthur Fonjallaz in Deutschland für seine faschistische Organisation Propaganda machen wollte und dazu auf eine Vortragsreise ging, verbot das Ministerium Goebbels schon nach dem ersten öffentlichen Auftritt im Juli 1935 weitere solche Vorträge⁷¹. Für das Verbot waren zwei Überlegungen ausschlaggebend: Deutschland wollte keinerlei Fremdeinflüsse im eigenen Land, auch wenn diese grundsätzlich deutschfreundlich waren, und andererseits fürchtete man eine Beeinträchtigung des Verhältnisses zwischen dem Reich und der Schweiz. Weizsäcker formulierte in einem Bericht vom März 1936 die deutsche Einschätzung der schweizerischen Fronten mit folgenden bezeichnenden Worten:

«... die Bewegung ist vielfach ... der Lächerlichkeit verfallen und wird heute kaum mehr ernst genommen ... ein wirklicher Einfluss der Erneuerungsbewegung auf das staatliche und parteipolitische Geschehen ist kaum nachzuweisen ...»

Nur die «Nationale Front» habe noch ein gewisses Gewicht. Gesamthaft gesehen sei der innenpolitische Kurswert aller schweizerischen Erneuerungsbewegungen seit 1934 erheblich, zum Teil bis auf den Nullpunkt gesunken⁷². Das nationalsozialistische Deutschland war sich spätestens seit 1934 darüber bewusst, dass von den schweizerischen Fronten politisch nichts zu erwarten war und sich eine offene Unterstützung solcher Gruppen auf das deutsch-schweizerische Verhältnis erheblich auswirken würde. Die politische Vernunft setzte sich bei der Beurteilung der Frontenbewegung gegenüber einem möglichen politischen Wunschdenken Deutschlands durch.

Gegenüber Henry Vallotton, dem Nationalratspräsidenten von 1939, erklärte Weizsäcker im Februar 1940, Deutschland habe ein «dringendes Bedürfnis, während des jetzigen Krieges die Schweiz äusser Spiel zu lassen»⁷³. Auch in dieser Äusserung wird Weizäckers Bemühen um eine strikt neutrale Schweiz sichtbar; deutlicher wird aber seine Einschätzung der Gesamtlage, wenn wir die Aufzeichnungen vom Dezember 1939 betrachten, in denen er seine Gedanken darlegte, wie Europa durch einen deutschen Sieg umgestaltet würde:

«Der Kontinent wäre zwischen uns und Russland in Interessensphären aufzuteilen, unter Rücksichtnahme auf gewisse Bedürfnisse der Italiener, Spanier und einiger kleinerer Staaten.»

Frankreich wollte Weizsäcker zwar schonen, doch in ein engeres wirtschaftliches Verhältnis zu Deutschland bringen, während Belgien und Holland enger an das Reich zu fesseln und für deutsche Dienste hätten verwendet werden sollen⁷⁴. Dieses fragwürdige Konzept des deutschen Staatssekretärs fand eine gewisse Einschränkung im Eingeständnis, Deutschland müsse mit den «althergebrachten freiheitlichen Überlieferungen dieser Staa-

71 Verbot vom 12. Juli 1935, in: PAB, Politik 2, Schweiz, Abt. II (1929-36).

Zu Oberst Fonjallaz:

Roger Joseph: «L'union Nationale – 1932-39», Dissertation, Boudry 1975 und:

Claude Cantini: «Le fascisme italien à Lausanne 1920-1943», Lausanne 1976 und: *Gaude Cantini*:

«Le 'colonel fasciste suisse' Arthur Fonjallaz», Lausanne 1983.

72 Weizsäcker ans A A am 31. März 1936, in: PAB, Politik 2, Schweiz, Abt. II.

73 Aufzeichnung Weizäckers vom 12. Februar 1940, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, S. 607-608.

74 Weizsäcker-Papiere, S. 184-185 (Notiz vom Dezember 1939).

ten rechnen» und könne seine Herrschaft über die anderen Länder nur in einem generationenlangen Prozess festigen. Wir müssen Weizsäcker zugestehen, dass er eine solche Entwicklung nicht eigentlich befürwortet hatte, denn weitere Äusserungen in der gleichen Schrift weisen in eine andere Richtung; immerhin rechnete er aber mit einer deutschen Hegemonie in Europa und diente einem Regime, dessen Ziele ihm bis zu einem gewissen Grade bekannt waren und gegen die er keine wirksamen Schritte unternommen hatte, und wenn dies nur im Rücktritt vom Amt des Staatssekretärs bestanden hätte.

3. Deutscher Gesandter Otto Carl Köcher (1937-1945)

Ernst von Weizsäcker, der uns bisher als deutscher Gesandter in Bern beschäftigt hat, verliess seinen Posten in der Bundeshauptstadt nur bis zum Frühjahr 1936. Er behielt zwar seine Funktion als Gesandter in Bern, wurde aber schon 1936 nach Berlin abberufen, wo er zum stellvertretenden Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes ernannt wurde. 1937 wurde er Ministerialdirektor im AA, und am 1. April 1938 erfolgte die Ernennung zum Staatssekretär. In seiner neuen Funktion wird er uns auch in diesem Abschnitt weiterhin interessieren, obwohl Weizsäcker nach dem Kriege seinen Einfluss auf die deutsche Aussenpolitik herunterzuspielen versuchte, indem er in seinen Erinnerungen behauptete, das AA sei während der Kriegszeit zu einer «technischen Apparatur» herabgesunken, und laienhafte, irreguläre Informationen seien den amtlichen oft vorgezogen worden⁷⁵.

Nachfolger von Weizsäcker in Bern wurde Otto Carl Köcher⁷⁶, der uns im Folgenden beschäftigen wird. Einen ersten Bericht ans AA verfasste Köcher vier Monate nach seinem Amtsantritt im Frühsommer 1937 und gab diesem den Titel «Unfreundliche Haltung der Schweizer Öffentlichkeit gegen Deutschland». Anlass zu diesem Schreiben war die Zulassung des deutschen Legationsrates von Bibra durch die schweizerischen Behörden als faktischer Nachfolger des ermordeten Gustloffs. Köcher beschwerte sich über die Polemik der «marxistischen und bürgerlichen Presse» gegen die Stellung von Bibras, welche den

⁷⁵ Weizsäcker-Erinnerungen, S. 129.

⁷⁶ Otto Carl Köcher wurde am 15. Januar 1884 in St. Ludwig im Oberelsass geboren und studierte in Bonn, Freiburg und Berlin Jurisprudenz. 1906 promovierte er zum Dr. jur., 1912 erfolgte der Eintritt in das Auswärtige Amt. Vor dem Ersten Weltkrieg amtierte er als Vizekonsul in Neapel, den Krieg selbst verbrachte er im Militärdienst. Nach 1918 erfolgten verschiedene diplomatische Einsätze in Bern (1919), Mexiko (1924), Barcelona (1933), dazwischen wurde er immer wieder ins AA nach Deutschland abberufen. Am 30. April 1937 ernannte das AA Köcher zum Gesandten 1. Klasse in Bern, wo er seinen Posten bis Kriegsende versah. Nach dem 8. Mai 1945 übte die schweizerische Öffentlichkeit starken Druck aus, den ehemaligen Vertreter des Reiches auszuweisen. Der Bundesrat verabschiedete Köcher jedoch offiziell, worauf dieser das Land freiwillig am 31. Juli 1945 verliess und in Deutschland durch die Amerikaner verhaftet wurde. Die Lage nach dem Zusammenbruch und Anschuldigungen, er hätte Goldbestände der Gesandtschaft Bern bei Kriegsende beiseite geschafft, trieben Köcher im Gefangenenlager Ludwigsburg am 27. Dezember 1945 in den Freitod (Angaben des AA, Brief vom 26. Juni 1984).

Behörden bekannt und von diesen gebilligt worden sei⁷⁷. In Köchers Sichtwinkel verhielt sich die schweizerische Presse aggressiv und hetzerisch. Der Grossteil der Bevölkerung in der Schweiz würde der deutschen Aussenpolitik und dem Geschehen im Reich ablehnend gegenüberstehen und schon bei harmlosen Vorfällen, wie z.B. dem Überfliegen einer schweizerischen Grenzschutzübung durch einen deutschen Zeppelin, äusserst empfindlich reagieren. Ständig äussere man Befürchtungen, Deutschland plane eine Invasion der Schweiz, und Kleinigkeiten genügten, dass sich die Bevölkerung zu deutschfeindlichen Kundgebungen hinreissen liesse⁷⁸. Die welsche Schweiz habe hingegen zu Deutschland eine auffallend objektive Haltung eingenommen, und es gebe eine Reihe schweizerischer Offiziere, welche «ganz spontan» ihr Bedauern über die antideutsche Stimmung im Land zum Ausdruck brachten.

Nach Köchers Einschätzung waren folgende Gruppierungen in der Schweiz als deutschfreundlich zu betrachten:

- *Nationale Front*: Diese habe jedoch immer noch keine arbeitsfähige Organisationsform gefunden und hätte eine schwere Wahlniederlage in Schaffhausen erlitten, welche durch finanzielle Zuwendungen von der Seite Deutschlands her mitbedingt gewesen sei.
- *Schweizerische Jugendkreise*: Wahrscheinlich meinte Köcher damit die rechtsgerichteten Studenten an den Universitäten. Die Jugend sei vom Reich stark beeindruckt und daher in der Schweiz vorbelastet.
- *Antikommunistische Kreise*: Nicht nur die rechtsgerichteten Gruppen, sondern auch bürgerliche und sogar linke Kreise seien dazuzurechnen. Die gedämpft antikommunistische Haltung des Bundesrates, die vor allem gegen Sowjetrussland gerichtet ist, sei Ausdruck dafür. Mindestens in dieser Hinsicht könne Deutschland auf Verständnis in der Schweiz hoffen.
- *Haltung der Bundesbehörden*: Sie sei korrekt und entgegenkommend, und es werde eine gute Zusammenarbeit mit Deutschland angestrebt⁷⁹.

Köcher kam in seiner Beurteilung der Stimmung in der Schweiz gegenüber Deutschland zu ähnlichen Schlüssen wie Weizsäcker: Die Schweiz war in ihrer überwiegenden Mehrheit gegen das neue Deutschland eingestellt, und Sympathien waren nur von Minoritäten und Randgruppen zu erhoffen. Die Presse nahm fast durchgehend eine feindliche Haltung ein und war Anlass für laufenden Ärger auf deutscher Seite. Den Behörden und der Regierung wurde jedoch eine korrekte und ausgewogene Einstellung zugestanden. Hier liegt ein weiterer Erklärungsansatz, wenn wir die deutsche Politik der Schweiz gegenüber verstehen wollen: Der Bundesrat verstand es gesamthaft gesehen, gegenüber Deutschland einen gefährlichen Konfrontationskurs zu vermeiden und stets im Grenzbereich zwischen «Anpassung und Widerstand» zu agieren⁸⁰; die zum Teil radikal antideutsche Stimmung

77 Köchers Darstellung ist nur bedingt richtig: Nach dem Verbot der Landesgruppenleitung der NSDAP in der Schweiz wurde Legationsrat von Bibra im August 1936 von Prag nach Bern versetzt. Obwohl die Tätigkeit eines Landesleiters weiterhin verboten war, wurde die Arbeit von Bibras stillschweigend toleriert (*Bonjour*. Bd. III, S. 104 ff.).

78 Gemeint waren Auseinandersetzungen zwischen deutschen und schweizerischen Besuchern eines Fussballänderspieles in Zürich.

79 Bericht Köchers ans AA vom 29. September 1937, in: ADAP, Serie D, Bd. V, S. 563-565.

80 *Alice Meyer*: «Anpassung oder Widerstand», Frauenfeld 1965.

in Presse und Volk wurde durch die neutrale und vorsichtige Haltung auf diplomatischer Ebene aufgehoben.

Am 13. März 1938 wurde Österreich an das Deutsche Reich angeschlossen, nachdem deutsche Truppen das Land kampfflos besetzt hatten. Diese für die Eidgenossenschaft bedrohliche Entwicklung führte in der Schweiz zu verstärkten Ängsten, es sei das nächste Land, welches von Hitler «in das Deutsche Reich heimgeholt» würde, wie dieser nach seinem Einzug in Wien vom Balkon der Hofburg vor der «Geschichte» gemeldet hatte⁸¹. Deutschland war aber auch nach der Annexion Österreichs darauf bedacht, mit der Schweiz weiterhin normale Beziehungen zu pflegen.

Am 22. März 1938 sandte Staatssekretär Mackensen in Berlin folgendes Telegramm an Köcher in Bern:

«Bitte Bundesregierung für ihre verständnisvolle und freundschaftliche Haltung in der Anschlussfrage Österreichs unseren Dank auszusprechen und, wie bereits von dort geschehen, allen Greuelnachrichten wegen einer bevorstehenden Vergewaltigung der Schweiz nachdrücklich entgegenzutreten»⁸².

Nach dem heutigen Wissensstand plante die deutsche Führung zu diesem Zeitpunkt tatsächlich keinen Anschluss der Schweiz. Eine heikle Situation entstand hingegen nach dem Einbezug Österreichs ins deutsche Reichsgebiet bezüglich der Souveränität von Liechtenstein. Aus den Akten des AA geht hervor, dass Deutschland Überlegungen anstellte, ob Liechtenstein gleichzeitig mit Östeneich anzuschliessen sei und mit welchen Reaktionen der Schweiz gerechnet werden müsste. Das AA befürchtete, die Schweizerarmee würde das Fürstentum in ihr Verteidigungsdispositiv einbeziehen, was aus deutscher Sicht eine Verletzung der Neutralität bedeutet hätte. Köcher meldete seine Vermutungen umgehend nach Berlin, worauf ihm Weizsäcker antwortete, Deutschland wünsche eine Neutralisierung Liechtensteins und sei erstaunt über die Absichten der Schweiz⁸³. Erst eine Unterredung zwischen Köcher und Frölicher, dem späteren Gesandten in Berlin, am 4. April 1938 in Bern brachte in der Frage Liechtensteins Klarheit: Frölicher teilte Köcher mit, die Schweiz habe die Ostgrenze beim deutschen Einmarsch in Östeneich militärisch gesichert, ein Gesuch der Liechtensteiner Regierung, auch ihre Landesgrenze zu schützen, jedoch abgelehnt. Es sei nicht ausgeschlossen, dass die Schweiz im Fürstentum Befestigungswerke errichten werde; ein solcher Schritt würde aber vorher mit Deutschland abgesprochen. Köcher gab der Meinung Ausdruck, Deutschland würde bei einem Einbezug Liechtensteins in das schweizerische Landesverteidigungssystem eine «gegen uns gerichtete Massnahme erblicken», die entsprechende Folgen nach sich ziehen könnte⁸⁴.

Dieser Vorgang zeigt uns einmal mehr, wie sehr Deutschland daran gelegen war, dass die Schweiz die Neutralität einhielt, um selbst um so ungestörter die eigene Expansion

81 *Joachim C. Fest*, Bd. 2, S. 754.

82 Telegramm Mackensens an Köcher vom 22. März 1938, in: ADAP, Serie D, Bd. V, S. 569.

83 Telegramm Weizsäckers an Köcher vom 18. März 1938, in: ADAP, Serie D, Bd. V, S. 568.

84 ADAP, Serie D, Bd. V, S. 569-570.

vorantreiben zu können. Gleichzeitig legte das AA Wert darauf, die umliegenden Staaten wieder zu beruhigen; nach dem Anschluss Österreichs richtete Weizsäcker von Berlin aus ein Rundschreiben an verschiedene deutsche Gesandtschaften und Konsulate:

«Infolge der Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich haben wir mit Italien, Jugoslawien, der Schweiz, Liechtenstein und Ungarn neue Grenzen erhalten. Diese Grenzen werden von uns als endgültig und unantastbar betrachtet»⁸⁵.

Können wir Weizsäcker zugestehen, dass er diese Erklärung ehrlich abgegeben hatte? Am 5. März 1938 notierte er nach einer Unterredung mit Ribbentrop in sein Tagebuch:

«Ich stellte zum Schluss fest, dass bis auf Weiteres kein Krieg geplant und keiner mit Erfolg geführt werden könnte»⁸⁶.

Weizsäcker wusste aber schon damals genau, dass die deutsche Aussenpolitik Richtung Expansion ging, was aus seinen verschiedenen Tagebuchaufzeichnungen in diesen Tagen hervorgeht: Ribbentrop sprach ihm gegenüber vom «Grossen Programm» des Führers, das «nicht ohne das Schwert» zu erfüllen sei; Österreich sei möglichst noch 1938 zu «liquidieren», was acht Tage später dann auch geschah. Staatssekretär Mackensen hatte Weizsäcker am 5. April 1938 erklärt:

«Wir streben nach dem Norden. Das Baltikum ist – nächst den Sudetendeutschen – unser Ziel. Der Korridor u. ev. die Randstaaten müssen uns interessieren. Über Nichtdeutsche wollen wir nicht herrschen, aber wenn schon, dann über die Randstaaten»⁸⁷.

Im AA wurde schon 1938 ganz offen von Expansion des Deutschen Reiches gesprochen; Weizsäcker wusste somit, welcher Politik er diente⁸⁸. Seine Haltung war insofern zwiespältig und auch inkonsequent; hätte er eine weitere Ausdehnung Deutschlands wirklich abgelehnt, wäre seine Funktion unter Ribbentrop und Hitler nicht möglich gewesen.

Der neue schweizerische Gesandte in Berlin, Frölicher, dessen deutschfreundliche und anpasslerische Haltung nach dem Krieg in ein sehr fragwürdiges Licht geriet⁸⁹, wurde vom nationalsozialistischen Deutschland positiv beurteilt. Legationsrat von Bibra schrieb am 1. Juni 1938 in einem Bericht an seinen Vorgesetzten, Staatssekretär und Gauleiter Bohle, Chef der Auslandorganisation (AO) der NSDAP im AA, über Frölicher, er habe sich mit «Energie und Verständnis» gegenüber widerspenstigen schweizerischen Stellen für die Interessen der AO eingesetzt; nur seiner Hilfe sei es zu verdanken, dass er, von Bibra, heute in der Schweiz über einen gut funktionierenden Apparat der Ausland-NSDAP in der Schweiz verfüge. Es würden ihm nur noch drei wichtige Posten fehlen,

85 Rundschreiben vom 28. April 1938, in: PAB, Politische Abteilung II, Schweiz.

86 Weizsäcker-Papiere, S. 122.

87 Weizsäcker-Papiere, S. 125.

88 Als sich Weizsäcker bei Ribbentrop erstmals als Staatssekretär meldete, wurde er vom neuen Aussenminister auf seine Einstellung zu Hitler angesprochen. Weizsäcker antwortete, er folge als «Soldat» (Weizsäcker-Papiere, S. 122).

89 Zu dieser Frage vgl. mit: *Bonjour*, Bd. IV, S. 245 ff.

darunter ein HJ-Führer, ein Student für die Arbeit an den Universitäten und ein Parteigenosse für die KdF-Bearbeitung⁹⁰.

Frölicher machte am 14. Juni 1938 bei Bohle, dem Chef des Gaus «Ausland», seinen Antrittsbesuch. Bohle versicherte dem neuen schweizerischen Gesandten während des Gesprächs, welches nach Bohle «ausserordentlich angeregt und freundschaftlich» verlief, wie sehr er Frölichers Bemühungen, die Arbeit der Parteigruppen in der Schweiz zu erleichtern, zu schätzen wüsste. Das Schreiben von Bibras vom 1. Juni hatte seine Wirkung nicht verfehlt: Bohle brachte ganz unverhüllt seine Erwartung zum Ausdruck, der Bundesrat möge doch bald wieder die offizielle Zulassung der NSDAP-Landesgruppenleitung bewilligen. Frölicher antwortete darauf, dies sei praktisch schon jetzt der Fall, da der Regierung in Bern bekannt sei, dass von Bibra faktisch die Tätigkeit eines Landesgruppenleiters ausübe. Er habe seine bisherige Tätigkeit mit «grossem Takt und besonderem Geschick» durchgeführt. Bohle versicherte Frölicher andererseits, den Reichsdeutschen im Ausland sei es streng untersagt, sich irgendwie in die Innenpolitik des Gastlandes einzumischen, der schweizerische Gesandte solle ihm jeglichen Verstoss gegen dieses Prinzip melden⁹¹.

Es stellt sich für uns die Frage, welche Interessen Frölicher in Berlin eigentlich vertreten hatte. Wirkte sich seine weitgehende Identifikation mit dem nationalsozialistischen Deutschland zugunsten der Schweiz aus oder nicht? Eine entscheidende Funktion der Diplomatie besteht darin, dass die Repräsentanten eines Staates das Ansehen, die Souveränität und die Stellung des eigenen Landes gegenüber anderen Mächten behaupten und festigen können. Das gute diplomatische Einverständnis zwischen Frölicher und Bohle, der bei anderer Entwicklung des Krieges vielleicht einmal eine leitende Stellung im «Gau Schweiz» des Grossdeutschen Reiches innegehabt hätte, diente in erster Linie den nationalsozialistischen Interessen. Gleichzeitig erhebt sich aber die provozierende Frage, ob Frölichers radikale Anpassung an die «neuen Umstände» im deutsch-schweizerischen Verhältnis nicht mitgeholfen habe, die Schweiz vor einem Anschluss ans Reich zu bewahren, gerade weil er bei der deutschen Führung und im AA den Eindruck erweckte, die Schweiz werde der Expansion Deutschlands keinen Widerstand entgegensetzen und sich eines Tages von selbst unter den «Schutz» von Grossdeutschland stellen.

Frölicher war am gleichen Tag von Hitler zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens empfangen worden und hatte von diesem erneut die Respektierung der schweizerischen Neutralität durch das Reich zugesichert erhalten⁹². Können wir solche Äusserungen als diplomatische Höflichkeiten abtun, erscheinen Aussagen Hitlers aufschlussreicher, die er im März 1937 Weizsäcker gegenüber machte: Er begrüsst die Aufrüstung in der Schweiz, da dies die deutsche Südflanke sichere⁹³.

90 Schreiben von Bibras an Bohle vom 1. Juni 1938, in: ADAP, Serie D, Bd. V, S. 574-575.

91 Aufzeichnung von Bohle vom 14. Juni 1938, in: ADAP, Serie D, Bd. V, S. 577-78.

92 Notiz von Legationsrat Schmidt (Büro Reichsaussenminister) vom 14. Juni 1938, in: ADAP, Serie D, Bd. V, S. 577.

93 Hitler erklärte Weizsäcker, die Schweiz und Belgien müssten die «Pivots» sein, womit die beiden Flügel der Kriegführung gemeint waren.

Kulturell solle man die Schweiz in Ruhe lassen und nicht um ihre Liebe werben; die schweizerische Demokratie sei achtenswert⁹⁴. Diese Aussagen erfolgten 1937, zeigen uns aber eine Tendenz innerhalb der deutschen Politik gegenüber der Schweiz; Frölicher verstärkte durch seine entgegenkommende Haltung die deutsche Auffassung, mit der Schweiz seien keine grundlegenden Schwierigkeiten von Regierungsseite zu befürchten, mit ihr könne man im Gegenteil als verlässlichen Wirtschaftspartner rechnen.

Im Juli 1938 meldete Köcher ans AA, von der Schweiz sei für Deutschland in einem internationalen Konfliktfall keine grosse Hilfe in wirtschaftlicher Hinsicht zu erwarten; sowohl ein von der Gesandtschaft ausgearbeiteter Bericht wie eine Tagung der deutschen Konsuln in der Schweiz hätten ergeben, dass die Schweiz für wichtige Lieferungen im Kriegsfall kaum in Frage komme⁹⁵. Diese Schlussfolgerung Köchers widerspricht den bisherigen Ergebnissen der Arbeit, doch ist zu bemerken, dass diese Einschätzung der Schweiz im Jahre 1938 entstanden ist und sich noch entscheidend ändern sollte.

In einem Stimmungsbericht vom September 1938 vermerkte Köcher, die Schweiz neige auf die französische Seite hin, die offizielle Neutralität gebe zu Misstrauen Anlass. Die Abwehrhaltung gegen Deutschland habe folgende Ursachen:

«Die Schweiz fühlt sich als durch und durch demokratisches Land, in dem bisher die Weltanschauung des nördlichen oder südlichen Nachbarn so gut wie gar nicht hat Fuss fassen können. Der Expansionsdruck durch Deutschland wird als gefährlich empfunden. Der Schweizerbürger hat jedoch den materiellen Nutzen der Neutralität erkannt. Er hat zu viel praktische Vernunft, um seinen Wohlstand etwa durch Teilnahme an einem Krieg leichtfertig ... aufs Spiel zu setzen.»

Köcher fuhr fort, am Neutralitätswillen der Regierung sei nicht zu zweifeln, die Militärs versicherten ebenfalls, die Schweiz werde sich gegen jeden Angreifer wehren⁹⁶. Zwei Aspekte treten in Köchers Situationsbeurteilung hervor:

- Die Schweiz wird die Neutralität trotz ihrer Abneigung gegen Deutschland in jedem Falle aufrechterhalten.
- Die Schweiz kann von potentiellen Gegnern Deutschlands nicht als Aufmarschraum benützt werden. Das Land bleibt kriegsfreie Zone, an welcher Deutschland ein unbedingtes Interesse hat.

Aufschluss über diese Frage vermag uns auch ein Bericht Köchers vom 18. Oktober 1938 mit dem Titel «Die Schweizerische Neutralität in der Spannungszeit» geben: Die Entwicklung in Europa nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland wurde durch Hitlers anschliessende Forderung gegenüber der Tschechoslowakei zur Abtretung der sudetendeutschen Gebiete verschärft. Die Krise wurde kurzfristig beigelegt, als es zum Münchner Abkommen vom 29. September 1938 zwischen Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier kam, in welchem Hitlers Forderungen erfüllt wurden. Köchers Bericht entstand unmittelbar vor Hitlers Geheimbefehl vom 21. Oktober 1938 zur Erledigung der Resttschechei, die dann im März 1939 besetzt wurde. Köcher lobte in diesem Zusammenhang die

94 Weizsäcker-Papiere, S. 112-113.

95 Bericht vom 26. Juli 1938, in: ADAP, Serie D, Bd. V, S. 579.

96 Bericht vom 2. September 1938, in: PAB, Politische Abteilung II, Schweiz.

Schweiz, die sich, im Gegensatz zu anderen Neutralen wie Belgien und Holland, nicht zu «einschneidenden Mobilmachungsmassnahmen» habe verleiten lassen, sondern nur die normalen Wiederholungskurse der Armee durchführte. Köcher sprach zwar von Panikerscheinungen in Basel, wo Banksafes geräumt wurden, gestand aber dem Bundesrat zu, er habe «Rückgrat gezeigt» und sich nicht zu überstürzten Massnahmen hinreissen lassen. Die Presse wurde von Köcher einmal mehr scharf angegriffen und der Hetze beschuldigt; diese habe zu einem eigentlichen Pogrom gegenüber Deutschen in der Schweiz geführt. Geschäfte von Deutschen würden boykottiert, und Volksgenossen seien Beschimpfungen ausgesetzt. Die Behörden bemühten sich, diesen Zuständen ein Ende zu bereiten, hätten aber häufig nicht die Kraft und die Initiative, wirksame Massnahmen zu ergreifen. Trotzdem empfahl Köcher dem A A keine Gegenmassnahmen zu treffen, da sonst die Spannungen nur verschärft, die schweizerische Abneigung gegen alles «Reichsdeutsche» vertieft und die Aufbauarbeit der AO in der Schweiz gefährdet würden⁹⁷.

Köchers Einschätzung der Lage könnte auf die Kurzformel gebracht werden: Das Schweizervolk und die Presse sind ärgerlich, die Bundesregierung und die Behörden jedoch akzeptabel für das Reich. Interessant ist Köchers Empfehlung, die Schweizer in Deutschland nicht unnötig unter Druck zu setzen; gute Beziehungen zur Schweiz schienen ihm auch in dieser Phase der politischen Spannungen wichtiger als kurzfristige Gegenmassnahmen, welche das zwischenstaatliche Verhältnis noch mehr belastet hätten. Die Unterscheidung zwischen der Haltung der Behörden und der deutschfeindlichen Einstellung der Bevölkerung wurde auch von Bibra gemacht: In einem Bericht vom 15. November 1938 ans AA über die Lage der NSDAP-Ortsgruppen in der Schweiz betonte er, der Bundesrat habe erklärt, die nationalsozialistischen Organisationen würden keine illegale Tätigkeit ausüben und sich nur mit eigenen Angelegenheiten befassen⁹⁸.

Als Köcher im Dezember 1938 wieder einmal bei Motta wegen der Pressefrage und der antideutschen Stimmung in der Schweiz vorsprach und sich über Bevölkerung und Presse beschwerte, entgegnete ihm Motta, diese Tendenzen in der Schweiz seien durch inoffizielle deutsche Andeutungen in Büchern und Zeitschriften sowie wegen durch Personen erfolgter Bemerkungen entstanden, die Schweiz würde früher oder später ans Reich angegliedert werden. Köcher musste diesen Sachverhalt bestätigen und versprach Motta, sich mit dieser Klage an die Regierung in Berlin um Abhilfe zu wenden. Köcher verwahrte sich ausdrücklich dagegen, dass Deutschland in der Schweiz «Anschlusspropaganda» betreibe. Andererseits liess er gegenüber Motta durchblicken, die durch die Boykotthetze geschädigten deutschen Geschäftsleute, von denen schon einige die Schweiz wegen der antideutschen Stimmung verlassen hätten, stellten eine ernste Belastung der politischen Beziehungen dar, was «nachteilige Folgen» haben könne⁹⁹. Schon fast ritualhaft versicherte

97 Bericht Köchers vom 18. Oktober 1938. in: ADAP, Serie D, Bd. V, S. 581-584.

98 Bericht von Bibras vom 15. November 1938. in: ADAP, Serie D, Bd. V, S. 584-585.

99 Bericht Köchers vom 3. Dezember 1938, in: ADAP, Serie D, Bd. V, S. 586-588.

man sich der gegenseitigen Notwendigkeit von guten zwischenstaatlichen Beziehungen und versprach einander, bestehende Probleme aus der Welt schaffen zu wollen. Gleichzeitig erfolgten von deutscher Seite her stereotype Andeutungen und Drohungen, es würden «Folgen» eintreten, wenn die Behörden nicht fähig wären, die antideutsche Hetze in der Schweiz zu unterbinden.

Dass Deutschland jedoch ein Interesse an einem guten Image in der Schweiz hatte, geht aus folgenden zwei Begebenheiten hervor: Als der Schweizer Hans Pache im Winter 1938 im Auftrag des schweizerischen Nationalsozialisten Max Zulliger, Leiter der «Schweizerischen Nationalen Sammlung», in Berlin vorsprach und um deutsche Unterstützung in der Sammlung von nationalsozialistischen Schweizern im Reich und in der Schweiz bat, wurde ihm durch die «Volksdeutsche Mittelstelle» in Berlin erklärt:

«... dass das Reich streng an den Richtlinien festhalte, wonach das Reich sich jeder Einmischung oder gar Anschlussbewegung bei der Schweiz enthalte. Eine Vereinigung der im Reich ansässigen Schweizer, die ausgesprochen für den Nationalsozialismus nach der Schweiz wirken wollte, würde vom Reich als eine Gefährdung der freundschaftlichen Beziehungen gewertet werden müssen»¹⁰⁰.

Ein zweites Beispiel nationalsozialistischer Imagepflege stammt aus dem Sommer 1939: Das deutsche Generalkonsulat in Zürich empfahl dem AA in Berlin, den beiden nationalsozialistischen Schweizern Carl Weiss und Emil Bär die Einreise nach Deutschland zu bewilligen; die zwei wollten einen Einblick in den nationalsozialistischen Aufbau gewinnen¹⁰¹. Die «Dienststelle Ribbentrop» im AA erklärte sich mit der Reise der Schweizer nach Deutschland einverstanden und übernahm die Organisation des Besuches¹⁰². Die Haltung der «Volksdeutschen Mittelstelle» in Berlin entsprach den generellen Richtlinien der deutschen Politik gegenüber der Schweiz. Am 17. Dezember 1938 versandte SS-Obergruppenführer Lorenz, Leiter der Volksdeutschen Mittelstelle, ein Rundschreiben an alle Beauftragten der Mittelstelle, an die Bundesleitung des «Volksbundes für das Deutschtum im Ausland» (VDA), an die Gestapo und ans AA, in welchem er festhielt, die Parteistellen in Deutschland würden zur Zeit von Schweizern überlaufen, welche vom Reich Unterstützung für eine nationalsozialistische Bewegung verlangten. Lorenz ordnete dazu an, diesen Versuchen sei mit «grösster Vorsicht» zu begegnen, da durch ein Eingreifen der NSDAP die «ausserpolitische Linie gegenüber der Schweiz gestört werden kann»¹⁰³. Deutschland war nicht wirklich gewillt, sich jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Schweiz zu enthalten; die Tatsachen widerlegen dies. Das Reich legte aber Wert darauf, die offiziellen Beziehungen zur Schweiz so normal, wie es durch die Umstände möglich war, zu gestalten, und wollte gleichzeitig verhindern, dass nationalsozialistische Schweizer in Deutschland unkontrolliert agieren konnten.

100 Notiz vom Dezember 1938, in: PAB, Politische Abteilung II, Schweiz.

101 Schreiben vom 26. September 1938, in: PAB, Politische Abteilung II, Schweiz.

102 Vermerk vom 27. Oktober 1938, in: PAB, Politische Abteilung II, Schweiz.

103 Rundschreiben vom 17. Dezember 1938, in: ADAP, Serie D, Bd. V, S. 588.

Im Auswärtigen Amt in Berlin machten sich immer wieder Zweifel breit, die Schweiz würde sich nicht strikt an die Neutralität halten und Kontakte mit Deutschlands potentiellen Feindmächten unterhalten. Bestand innerhalb der nationalsozialistischen Auffassung bereits die Tendenz, die Neutralität eines Landes nicht nur auf die Handlungen der Regierung zu beschränken, sondern die sogenannte «Volksneutralität»¹⁰⁴ zu propagieren, welche sich auch auf private Personen und die öffentliche Meinung erstreckte, wurde man im AA erst recht hellhörig, als Gerüchte über schweizerische Absprachen mit Paris und London betreffend eine Neutralitätsschutzgarantie der beiden Mächte an die Schweiz bekannt wurden. Weizsäcker sprach Frölicher im März 1939 auf entsprechende Zeitungsnachrichten an und warnte die Schweiz vor einer einseitigen Orientierung der Aussenpolitik¹⁰⁵. Tatsächlich gaben England und Frankreich in Paris an den schweizerischen Minister Stucki eine solche einseitige Neutralitätsgarantie ab, die aber nur halboffiziellen Charakter trug und ohne Mitwirkung der Schweiz erteilt worden war¹⁰⁶. Weizsäcker im AA reagierte auf diesen Vorgang mit Unwillen und schrieb an Köcher in Bern, die Schweiz lasse sich auf Garantieabsprachen ein, welche der Neutralität widersprechen würden:

«Wir müssten in diesem Verhalten des Herrn Stucki ein Sicheinlassen auf das französisch-englische Spiel erblicken, das darin bestehe,... vor aller Welt Deutschland Angriffs-Absichten zu unterstellen, ... Es sei der schweizerischen Regierung selbstverständlich genau bekannt, dass Deutschland nichts ferner liege als Holland, Belgien oder die Schweiz anzugreifen ...»¹⁰⁷.

Ribbentrop wurde seinerseits in dieser Angelegenheit aktiv, indem er anordnete, den von der «Einkreisungs- und Garantie-Aktion» der britischen Regierung betroffenen Ländern, darunter der Schweiz, müsse der «Rücken gestärkt» werden¹⁰⁸. Ribbentrop wollte dadurch verhindern, dass die Schweiz ins feindliche Lager abgelenkt; in der Spannungslage vom Sommer 1939 war Deutschland an der unbedingten Neutralität der Schweiz mehr denn je gelegen. Wir können dies auch an Weizäckers Verhalten ablesen: Er forderte von Frölicher resp. vom Bundesrat im Sommer 1939 wiederholt Erklärungen zu den englisch-fran-

104 In den «Nationalsozialistischen Monatsheften» war von einem Dr. Bockhoff im Januar 1939 ein Artikel über «Neutralität und Demokratie im Zwanzigsten Jahrhundert» erschienen, in welchem die Forderung nach Volksneutralität von Regierung, Bevölkerung und Massenmedien gefordert wurde. Frölicher hatte darauf am 27. Januar 1939 bei Weizsäcker vorgesprochen und erklärt, der Artikel von Bockhoff desavouiere die Zusicherungen des Führers, Deutschland werde die schweizerische Neutralität unter allen Umständen achten. Weizsäcker wies Frölicher auf die mangelnde Neutralität der schweizerischen Presse hin und empfahl im Weiteren die Angelegenheit Bockhoff «einschlafen zu lassen».

Aufzeichnung Weizäckers vom 27. Januar 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. V, S. 589-590.

105 ADAP, Serie D, Bd. VI, S. 113-114.

106 *Bonjour*, Bd. III, S. 349 ff.

107 Weizsäcker an Köcher am 15. Mai 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VI, S. 415.

108 Offensichtlich war Ribbentrop an einer Verschärfung der Beziehungen zur Schweiz nicht gelegen, obwohl nach seinen Worten die Erklärungen der Schweiz zu dieser Frage «nicht absolut befriedigend» gewesen sind. Aufzeichnung Weizäckers vom 10. Juli 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VI, S. 749.

zösischen Garantien für die Schweiz. Der deutsche Staatssekretär legte grossen Wert darauf, dass die Schweiz die entstandene «Gleichgewichtsstörung» wieder aufheben und an das Reich Erklärungen abgeben würde, welche die Schweiz wieder in die «neutrale Mitte» stellten. Weizsäcker bestand gegenüber Frölicher darauf, die Schweiz habe durch Stuckis Vorsprache am Quai d'Orsay¹⁰⁹ faktisch eine französisch-englische Garantieerklärung entgegengenommen, was mit der Neutralität nicht zu vereinbaren sei. Frölicher beharrte aber auf dem Standpunkt, die Schweiz habe die Garantie weder angenommen noch abgewiesen, sondern nur zur Kenntnis genommen. Als Bekräftigung dieser Auffassung überreichte er Weizsäcker eine Erklärung des Bundesrates, in welcher betont wurde, die Schweiz würde nur im Falle eines Angriffes die Hilfe eines anderen Staates beanspruchen, was aber nur auf ausdrückliches Verlangen der schweizerischen Regierung möglich sei¹¹⁰.

Deutschlands Befürchtungen, die Schweiz könnte sich von der Neutralität entfernen, wurden von Repräsentanten der Regierung im August 1939 beschwichtigt. So erklärte Bundesrat Motta am 13. August 1939 vor dem 18. Auslandschweizertag in Zürich öffentlich, dass die schweizerische Neutralität «uneingeschränkt» bleiben müsse und sich das Land in seiner Haltung nicht beeinflussen lassen werde; das Vertrauen gründe in erster Linie auf die eigenen Waffen¹¹¹. Unmittelbar vor Kriegsausbruch konnte Köcher ans AA telegraphieren, Motta habe ihm versichert, die Schweiz werde auch im Kriegsfall «strikteste Neutralität» wahren¹¹². Umgekehrt überreichte Legationsrat Albrecht von der Rechtsabteilung im AA am 26. August 1939 dem schweizerischen Gesandten ein Memorandum, welches der Schweiz zusicherte, Deutschland werde auch im Kriegsfall Waren, welche auf neutralen Schiffen transportiert würden und für die Schweiz bestimmt seien, durchlassen und die betreffenden Schiffe nicht requirieren¹¹³.

Am 1. September 1939 brach der Zweite Weltkrieg aus. Die Schweiz war zusammen mit Liechtenstein das erste Land, welches in Berlin eine schriftliche Neutralitätserklärung übergeben liess. Weizsäcker bemerkte bei der Notenübergabe zu Frölicher, er danke der Schweiz für die Garantie, den «Werken der Menschlichkeit» jede Förderung angeeignet zu lassen¹¹⁴. Vom ersten Kriegstag an stand diese Funktion der Schweiz fest; Deutschland anerkannte die humanitäre Tradition des Landes, die sich während der späteren Kriegsent-

109 Sitz des französischen Aussenministeriums.

110 Aufzeichnungen Weizsäckers über Unterredung mit Frölicher vom 20. Juli 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VI, S. 796-797.

Wortlaut der Bundesratserklärung zur Frage der schweizerischen Neutralität vom 20. Juli 1939 als Anlage in: ADAP, Serie D, Bd. VI, S. 797.

111 Text der Rede Mottas in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 1470 vom 14. August 1939. Vgl. auch mit: Telegramm Köchers ans AA vom 14. August 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VII, S. 49.

112 Köcher ans AA am 26. August 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VII, S. 260.

113 Aufzeichnung Albrechts vom 26. August 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VII, S. 283. Text des Memorandums über den Überseetransport schweizerischer Güter auf neutralen Schiffen im Kriegsfall in: ADAP, Serie D, Bd. VII, S. 283 (Anlage).

114 Aufzeichnung Weizsäckers in: ADAP, Serie D, Bd. VII, S. 420.

wicklung zu einem nicht zu unterschätzenden Faktor, auch für die Interessen des Reiches, erweisen sollte¹¹⁵.

Unmittelbar nach Kriegsausbruch telegraphierte Köcher aus Bern einen Lagebericht aus der Schweiz nach Berlin und kam darin zu folgenden Resultaten:

«Grundlegender Schwächepunkt in der Schweiz: Kluft zwischen Neutralitätspolitik Regierung, Heeresleitung einerseits und deutschunfreundlicher Gesinnung überwiegender Teile Bevölkerung. Schweizer Volk im Augenblick unter der Wucht der Ereignisse Einheit. Obiger Schwächepunkt bis auf Weiteres zum Angriff nicht geeignet»¹¹⁶.

Köcher empfahl ausserdem, die Organisation der Auslandschweizer in Deutschland auszubauen und die Schweiz durch geeignetes Nachrichtenmaterial zu beeinflussen. Auch Köcher plädierte für eine deutsche Zurückhaltung der Schweiz gegenüber, da ihm klar war, dass die deutsche Kriegspolitik der Stunde in der Schweiz auf scharfe Ablehnung stiess. Auch nach Kriegsbeginn bestand der Grundtenor aller Äusserungen in der deutschen Befürchtung, die Schweiz würde nicht bedingungslos neutral bleiben. Als im Dezember 1939 in Genf ein Zusammentreten des Völkerbundes bevorstand, wies Weizsäcker Köcher an, die schweizerische Regierung ausdrücklich davor zu warnen, die Genfer Tagung könnte «bedenkliche Rückwirkungen» auf das deutsch-schweizerische Verhältnis haben, und die Schweiz solle alles unterlassen, was ihre Neutralität beeinträchtigen könnte¹¹⁷. Diese direkte Einmischung in die schweizerische Innenpolitik müssen wir im Zusammenhang mit Weizäckers aussenpolitischem Konzept betrachten; am 12. Oktober 1939 hatte der deutsche Staatssekretär für Ribbentrop ein Memorandum verfasst und darin festgehalten:

«Unsere militärischen und politischen Vorbereitungen in den letzten Jahren zielten durchwegs auf die Defensive gegen Frankreich und auf die Neutralisierung von Belgien, Holland, Luxemburg und der Schweiz. In der Verteidigung sind wir im Westen nahezu unangreifbar. Sie hilft uns, den Block der Neutralen bewahren ... Eine französische Offensive durch die Schweiz kommt nach meiner Kenntnis nicht in Frage»¹¹⁸.

Deutschland war sich im Jahre 1940 bewusst, dass der Hass gegen das Reich in der schweizerischen Bevölkerung gross war, dass innerhalb der Armee der Widerstandswille weiterhin aufrecht blieb, und hatte schon früh Kenntnis von Widerstandsgruppen gegen einen gewissen Defätismus innerhalb der Armeeführung¹¹⁹. Es waren vor allem jüngere Offiziere, die ihren Vorgesetzten zum Teil nicht mehr trauten und befürchteten, die Schweiz würde kampflos an Deutschland ausgeliefert werden. Bonjour setzt den Beginn des aktiven Widerstandes innerhalb der Armee, der im sogenannten «Offiziersbund»¹²⁰ seinen Aus-

115 Zur Bedeutung der Schweiz als «Schutzmacht» vgl. *Bonjour*, Bd. VI, S. 134 ff. und S. 23 der Arbeit.

116 Telegramm Köchers ans AA vom 6. September 1939, in: PAB, Büro Staatssekretär, betr. Schweiz, 1938-41, Bd. 1.

117 Telegramm Weizäckers an Köcher vom 10. November 1939, in: ADAP, Serie D, Bd. VIII, S. 310.

118 Weizsäcker-Papiere, S. 165.

119 Oberstkorpskommandant Wille glaubte, dass mit Frankreichs Niederlage die Gefahr für die Schweiz vorbei sei (*Bonjour*, Bd. IV, S. 180).

druck gefunden hatte, auf den 25. Juni 1940 fest, das Datum der Rede Pilet-Golaz, die auf viele Schweizer niederschmetternd wirkte und dem Glauben Nahrung verlieh, die Schweiz müsse sich den neuen Umständen in Europa zwangsweise anpassen¹²¹. Es ist interessant, dass Köcher schon im April 1940, noch vor Deutschlands Westfeldzug, von solchen Aktivitäten innerhalb des schweizerischen Armeekaders Wind bekommen hatte. Am 22. April 1940 meldete er ans AA, die Schweiz stehe einerseits unter dem Schock der militärischen Operationen Deutschlands in Dänemark und Norwegen, und der Kollaborateur Quisling sei in der Schweiz zu einem Symbol für geistige Zersetzung und Landesverrat geworden; andererseits gebe es aber innerhalb der Armee Offizierskreise, die für den totalen Krieg gegen einen Eindringling seien. Ein schweizerischer Offizier habe einem Mitglied der deutschen Gesandtschaft berichtet jüngere Offiziere würden die Kommandanten der verschiedenen Einheiten «überwachen»; es seien bereits Listen von wankelmütigen Truppen führe rn zusammengestellt worden, die im Ernstfall «sofort beseitigt werden sollten». Die Offiziere hätten sich das Wort gegeben, Kommandanten, welche vor dem Feinde weichen wollten, «sofort zu erschiessen»¹²².

Deutschland wusste also schon vor der Westoffensive, dass selbst bei einem schwankenden Armeekader mit hartem Widerstand der Schweizerarmee zu rechnen war; Köcher hatte in seinem Bericht die Meldungen über den inneren Widerstand in der Armee als «durchaus glaubhaft» eingestuft. Ein eher bedenkliches Licht fällt auf Pilet-Golaz, wenn wir die Aufzeichnungen Köchers über eine Unterredung mit ihm vom 25. Mai 1940 nachlesen: Gemäss dem deutschen Gesandten hatte Püet diesem versichert, er habe für die Franzosen «kein Mitgefühl», da sie ihre Situation selbst verschuldet hätten; die Diplomaten seien zu bedauern, welche von Panik erfasst seien. Hervorgerufen worden sei die Panik durch die englisch-französische Propaganda; Deutschland hingegen würde es vorzüglich verstehen, durch das Radio «einzuwirken». Pilet-Golaz versicherte Köcher abschliessend, die Schweiz würde sich weiterhin keinerlei Hilfe von aussen zukommen lassen und strikte neutral bleiben¹²³. Die Authentizität dieser Aussagen von Pilet-Golaz kann nicht nachgeprüft werden, da äusser Köcher weder Augenzeugen noch Aufzeichnungen des ehemaligen Bundespräsidenten vorhanden sind. Was bleibt ist die Frage, ob Pilet durch seine Anpassung, wenn nicht sogar Identifikation mit dem deutschen Standpunkt bei Köcher das Gefühl erzeugte, die Schweiz neige eher auf die deutsche Seite. Dies würde die These stützen, Deutschland habe schon 1940 von einer militärischen Aktion gegen die

120 *Bonjour*, Bd. IV, S. 179 ff.

121 Französischer Wortlaut der Rede Pilet-Golaz vom 25. Juni 1940, in: *Bonjour*, Bd. IV, S. 117-120; deutscher Text in: *Bonjour*, Bd. VII, S. 160-163 (inkl. Reaktionen auf die Rede).

122 Bericht Köchers ans AA vom 22. April 1940, in: ADAP, Serie D, Bd. IV, S. 178-79.

123 Aufzeichnung Köchers über Unterredung mit Pilet-Golaz vom 25. Mai 1940, in: ADAP, Serie D, Bd. IX, S. 360.

Schweiz abgesehen, da die allgemeine Erwartung bestand, die Schweiz werde sich langfristig von selbst in den Machtbereich Deutschlands einfügen.

Eine andere Tonart stimmte Botschafter Ritter im AA Ende Mai 1940 an, als er Frölicher und Delegationsleiter Hotz vor Beginn der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen zu sich bat und ihnen eröffnete, als Beauftragter für Kriegswirtschaft erscheine ihm die Schweiz heute als eine «grosse Rüstungswerkstatt, die fast ausschliesslich für England und Frankreich arbeite». Im Weiteren drohte Ritter mit der Einstellung der deutschen Kohlenlieferungen, sollten damit in der Schweiz Industrieerzeugnisse für die Alliierten hergestellt werden¹²⁴. Natürlich ging es Deutschland darum, die schweizerische «Rüstungswerkstatt» in die Dienste des Reiches zu stellen, also das Zielland der schweizerischen Produktion umzudrehen. Die Wirtschaftsverhandlungen in Berlin waren für Deutschland von grösserer Bedeutung, ging es doch vor allem um das deutsche Verhandlungsziel, mit der Schweiz einen Wirtschaftsvertrag abzuschliessen, der das Industriepotential des Landes für die deutsche Kriegsrüstung nutzbar machen würde¹²⁵. In die Verhandlungen, die später in Bern fortgesetzt wurden, mischte sich auch Göring, Oberbefehlshaber der Luftwaffe und Beauftragter des Vierjahresplanes, ein: Am 2. Juli 1940, kurz nach dem Waffenstillstand im Westen, fand an Görings Wohnsitz, in «Karinhall», eine Konferenz statt, in der an der Schweiz massive Kritik geübt wurde. Nach den Aufzeichnungen von Wiehl, dem Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung im AA, habe mit der Schweiz eine «allgemein grosse Unzufriedenheit» geherrscht. Göring verlangte, dass die Schweiz bei den gegenwärtig in Bern stattfindenden Wirtschaftsverhandlungen «auf das Schärfste angefasst werden müsse». Der spätere Reichsmarschall forderte ausserdem, die Schweiz dürfe überhaupt nicht mehr mit deutscher Kohle beliefert werden, wenn sie nicht die von Deutschland zwischen Herbst 1939 und Frühjahr 1940 gelieferten 90 Messerschmittflugzeuge zurückgeben würde¹²⁶.

Unterdessen war von Deutschland tatsächlich eine Kohlen Sperre über die Schweiz verhängt worden, und der deutsche Wirtschaftsdelegationsleiter Hemmen konnte am 9. Juli 1940 ans AA melden, dass durch das Kohlenembargo die Schweiz zu weitgehenden Konzessionen bereit sei. Deutschland hatte während der unter massivem Druck geführten Wirtschaftsverhandlungen, die auch ganz unter dem Eindruck der Kriegsergebnisse und der deutschen Erfolge standen, im Sommer 1940 folgende Hauptpunkte erreicht:

124 Aktenvermerk von Ritter im AA vom 30. Mai 1940, in: ADAP, Serie D, Bd. IX, S. 365-366.

125 Zu den Wirtschaftsverhandlungen und Vertragsschlüssen mit Deutschland im Sommer 1940 vgl. mit: *Bonjour*, Bd. VI, S. 206 ff. und *Bonjour*, Bd. VIII, S. 161 ff. und: Robert Urs Vogler: «Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941». Dissertation, Zürich 1983, S. 66-157.

126 Aufzeichnung von Wiehl im A A vom 3. Juli 1940, in: ADAP, Serie D, Bd. X, S. 91. Göring hatte schon im Juni deutsche Saboteure in die Schweiz geschleust, die jedoch noch rechtzeitig verhaftet worden waren (*Bonjour*, Bd. IV, S. 104).

- Die gesamte frühere Versorgung Englands mit Aluminium aus der Schweiz, pro Jahr 12'000 Tonnen Rohaluminium und 5'500 Tonnen Aluminiumlegierungen, wird nun restlos nach Deutschland geliefert werden.
- Uhrenmaschinen, Uhrensteine und Industriediamanten werden künftig unbeschränkt ausfuhrfrei sein.
- Die für den aktiven Veredelungsverkehr erforderliche ungehinderte Ausfuhr von Rohstoffen wird sofort frei sein.
- Bedeutende Lieferungen von Werkzeugmaschinen und Kriegsgerät können kurzfristig untergebracht werden.
- Alles für England und Frankreich fertiggestellte Kriegsgerät wird an Deutschland geliefert; gegenüber «Feindstaaten» sichert die Schweiz dem Reich ein absolutes Ausfuhrverbot für Kriegsgerät zu¹²⁷.

Deutschland hatte mit diesen Forderungen gegenüber der Schweiz das verlangt, was der deutschen Kriegsproduktion nützlich war: Eine unbesetzte und unzerstörte Schweiz produzierte für die deutsche Rüstung.

Schon Ende Mai 1940 hatte Köcher anerkennend nach Berlin berichtet, bei den schweizerischen Zentralstellen sei eine «wachsende Einsicht» in die neue Lage zu verzeichnen, welche sich vor allem in einem stärkeren Anziehen der Pressezensur und in einer grösseren «Distanzierung» in der Berichterstattung manifestiere. Andererseits glaubte auch Köcher einen freimaurerischen Einfluss in der Schweiz zu erkennen: Im gleichen Bericht wies er auf die Massnahmen hin, welche von basierischen Logenbrüdern für eine allfällige Evakuierung getroffen wurden; die am Sitz der Loge befindlichen Geheimschriften und sonstige Gegenstände seien bereits ins Landesinnere in Sicherheit gebracht worden¹²⁸.

Als General Guisan das gesamte höhere Armeekader zum Rütli-Apparat am 25. Juli 1940 versammelte und seinen Truppenkommandeuren klare Weisungen erteilte, die Sicherung der Unabhängigkeit der Schweiz sei auch nach dem Zusammenbruch Frankreichs weiterhin Auftrag der Armee, war Köcher von diesem Vorgang überrascht. «Für diese erstaunliche Manifestation fehlt jeder ersichtliche Grund», meldete er am 30. Juli 1940 nach Berlin und stellte die Erwägung an, ob nicht die Achsenmächte mit ähnlichen Demarchen reagieren sollten, denn wenn etwas Deutschland und Italien in ihrer Haltung gegenüber der Schweiz schwankend machen könne, seien es solche «unzeitgemässe» Manifestationen des Generals.

127 Aufzeichnungen von Hemmen vom 9. Juli 1940, in: ADAP, Serie D, Bd. X, S. 144-146 (Anlage zum Schreiben an Wiehl im AA).

Nach mehr als dreiwöchiger Anwesenheit in Bern reiste die deutsche Delegation am 17. Juli 1940 ab, ohne dass eine Einigung erzielt worden wäre. Erst am 9. August 1940 wurde in Berlin die neue Wirtschaftsvereinbarung zwischen der Schweiz und Deutschland unterzeichnet, die für ein Jahr Gültigkeit hatte. Zum Inhalt der Handelsverträge vgl.: *Bonjour*, Bd. VI, S. 223 ff. und: Schreiben des Vorsitzenden der deutschen Wirtschaftsdelegation, Seyboth, an den Vorsitzenden der schweizerischen Wirtschaftsdelegation, Hotz, vom 9. August 1940, in: ADAP, Serie D, Bd. X, S. 371. Auch: *Vogler*, S. 150-153.

128 Schreiben Köchers ans AA vom 28. Mai 1940, in: ADAP, Serie D, Bd. IX, S. 374-375.

Köcher interpretierte diese Wandlungen in der Schweiz gegenüber dem Reich als direkte Folge der deutschen Siege; «Rückschläge» seien möglich, trotzdem sei dies der Beginn einer möglichen Wandlung der öffentlichen Meinung in der Schweiz. Die Freimaurer wurden von Köcher ausdrücklich als zum «gegnerisch antideutschen Lager» zugehörig bezeichnet, zu welchem Deutschland sonst nur noch die Marxisten rechnete.

Köcher verstieg sich sogar zur Behauptung, der Rütli-Report habe die schweizerische Öffentlichkeit erneut gegen Deutschland aufgehetzt¹²⁹.

Weizsäcker reagierte ähnlich, indem er dem schweizerischen Gesandten in Berlin während einer Unterredung am 8. August 1940 erklärte:

«Die ... Rede des Generals aber fände ich nicht gleichgültig. Ohne in der Materie vorzugreifen, wolle ich ihm sagen, dass diese Auslassungen Guisans auch mir übel aufgefallen seien und wohl noch ihre Folge haben werden»¹³⁰.

Es kann rückblickend nicht bestritten werden, dass die klare Haltung Guisans auf der Rütliwiese innerhalb der Schweizerbevölkerung und in der Armee beruhigend und vor allem klärend wirkte¹³¹. Die Worte des Generals waren notwendig und den Umständen angemessen gewählt worden¹³². Auf diplomatischer Ebene müssen wir hingegen konstatieren, dass der Armeereport zu eher negativen Auswirkungen geführt hatte. Deutschland fühlte sich provoziert und herausgefordert und unternahm sofort Schritte: Ribbentrop griff den Vorschlag Köchers auf und ordnete an, die Vertreter der Achsenmächte sollten in Bern entsprechende Noten überreichen. Köcher sprach darauf am 13. August 1940 bei Bundesrat Etter vor und verlas ein Memorandum mit folgenden Hauptpunkten:

- Deutschland sei durch diese Kundgebung General Guisans sehr befremdet und könne darin nur eine erneute Aufhetzung der öffentlichen Meinung gegen Deutschland erblicken.
- Deutschland mache in Zukunft die schweizerische Regierung für alle Ausschreitungen verantwortlich, die auf Äusserungen Guisans zurückzuführen seien¹³³.

Köcher bezeichnete Etter gegenüber die Aussage Guisans, ein Angriff sei jederzeit möglich, als besonders störend, da unter den gegenwärtigen Umständen nur die Achsenmächte gemeint sein konnten. Natürlich war diese Interpretation richtig, obwohl Guisan sich in seiner Rede hütete, Deutschland namentlich als Gegner zu nennen. Deutschland reagierte empfindlich, wenn die Schweiz in irgendeiner Form unterstellte, das Reich wolle das Land angreifen; obwohl Deutschland eben Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien, Luxemburg und halb Frankreich erobert hatte, wies es ein solches Ansinnen weit von sich. Hatte nun der Rütli-Report das Verhältnis zu Deutschland verschärft? Eine mögliche Antwort finden wir in den Aussagen eines anonymen Informanten, welcher im Juli 1940 aus Berlin meldete:

«Hitler habe nach dem französischen Zusammenbruch erklärt, dass das Problem Schweiz nicht aktuell sei. Es hänge ganz von der Schweiz selber ab (d.h. wie sie sich zur Neugestaltung Europas, zur 'europäischen Revolution' einstelle), in welcher Form ihre Existenzfrage bei Friedensschluss geregelt werde. Dagegen seien die Hauptgegner gegen ein Weiterbestehen der Schweiz, der

129 Telegramm Köchers ans A A vom 30. Juli 1940, in: ADAP, Serie D, Bd. X, S. 298.

130 Aufzeichnung Weizsäckers vom 8. August 1940, in: ADAP, Serie D, Bd. X, S. 366.

131 *Bonjour*, Bd. IV, S. 156-57.

132 Teilweiser Wortlaut der Rede Guisans bei: *Bonjour*, Bd. IV, S. 155-56. Der Direktor des Schweizerischen Bundesarchivs in Bern ist auf einen Textentwurf gestossen, welcher dem authentischen Wortlaut zumindest nahekommt: *Oscar Gauye*: «Au Rütli, 25.7.1940», Schweizerisches Bundesarchiv: Studien und Quellen, Nr. 10, Bern 1984.

133 Text des Memorandums bei: *Bonjour*, Bd. IV, S. 160-161.

Reichsaussenminister von Ribbentrop selbst und vor allem der Reichspressechef Dr. Dietrich, mit dem Argument, dass auch der letzte Infektionsherd in Europa verschwinden müsse»¹³⁴.

Ist die Herkunft solcher Informationen immer unsicher und nicht überprüfbar, können wir uns als Ergänzung auf Angaben Frölicher stützen, dem eine «Persönlichkeit» aus dem Führerhauptquartier im Juli 1940 folgende Mitteilungen machte:

«Die Schweiz sei das einzige Land auf dem Kontinent, für dessen Neutralität Hitler Verständnis habe. Unsere Aussichten seien daher nicht ungünstig, aber wir sollten unsere Chancen nicht kompromittieren»¹³⁵.

Sollte der schweizerische Gesandte in Berlin mit seiner Einschätzung der Lage die Möglichkeiten der Schweiz richtig gesehen haben? Frölicher empfahl dem Bundesrat, «freundliche Gesten» Deutschland gegenüber zu machen und Interesse für die Wehrmacht, das neue Deutschland mit seinen sozialen Einrichtungen und Zielen zu zeigen. Bedeutete somit die Demonstration eines entschlossenen Verteidigungswillens in der Schweiz eine Erhöhung der Gefahr, während die Anpassungspolitik Frölicher in Berlin auf mögliche deutsche Reaktionen eher mässigend wirkte? Ein starkes und siegreiches Deutschland musste nur schon aus Prestigegründen auf den Armeerapport reagieren; dass Frölicher Beschwichtigungen in Berlin die deutsche Führung entscheidend beeinflussten, was ihre Haltung der Schweiz gegenüber betrifft, wagt der Autor jedoch zu bezweifeln. Der entscheidende Punkt in der ganzen Angelegenheit bestand in der diplomatischen Bereinigung: Pilet-Golaz erklärte Köcher am 26. August 1940, es sei nicht die Absicht der Schweiz gewesen, die guten Beziehungen mit Deutschland zu trüben. Guisan sei es ferngelegen, Deutschland als den möglichen Angreifer hinzustellen; der Wachbefehl habe nur den Zweck gehabt, Offiziere und Mannschaften an die unbedingte Pflichterfüllung zu erinnern¹³⁶.

Ob Köcher bzw. das Auswärtige Amt in Berlin diesen Erklärungen von Pilet-Golaz Glauben schenkten, bleibe dahingestellt. Im Grunde waren die Versicherungen des Bundespräsidenten absurd, da nur Deutschland als möglicher Angreifer in der damaligen Lage in Betracht kam. Beide Seiten waren sich dieser Tatsache bewusst, doch konnte das diplomatische Ritual die momentane Verstimmung überspielen.

Die folgende Phase der deutsch-schweizerischen Beziehungen könnte mit den Worten Weizsäckers charakterisiert werden, die er im Sommer 1940 gegenüber Frölicher äusserte:

«Herr von Weizsäcker, ein bewährter Freund der Schweiz, hat uns vor einigen Wochen den Rat gegeben, dass wir, während Deutschland mit anderen grossen Problemen beschäftigt sei, uns möglichst wenig bemerkbar machen und dass wir Bausteine zu einem besseren Einvernehmen liefern sollten»¹³⁷.

134 *Bonjour*, Bd. VIII, S. 45-46.

135 Frölicher an Pilet-Golaz am 18. Juli 1940, in: BAB, Sig. E, 2'300, Berlin.

136 Aufzeichnung Köchers vom 26. August 1940, in: ADAP, Serie D, Bd. X, S. 454.

137 Frölicher an Pilet-Golaz am 9. September 1940, in: *Bonjour*, Bd. VIII, S. 56.

Einen ähnlichen Bericht hatte am 19. August 1940 Legationsrat Kappeler, Geschäftsträger a.i. der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin, an Pilet-Golaz gesandt:

«Von verschiedenen Seiten wurde mir gegenüber in auffallender Übereinstimmung betont, es läge jetzt im Interesse der Schweiz, möglichst wenig die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken»¹³⁸.

Schenken wir einem Bericht des Büros Ha von Major Hausamann vom 30. Juni 1940 Glauben, hatte bereits am 24. Juni 1940 in der Berliner Reichskanzlei eine Führerbesprechung Hitlers im Beisein von Goebbels, Göring, Ribbentrop, Hess und Keitel stattgefunden, während der die Politik der Schweiz gegenüber beraten wurde: Gemäss den Aufzeichnungen forderte Ribbentrop ein baldiges militärisches Vorgehen gegen die Schweiz, da nach dem Sieg über Frankreich kein entscheidender Widerstand zu erwarten sei. Keitel war nicht grundsätzlich gegen eine solche Variante, erwähnte aber mögliche deutsche Verluste und wies darauf hin, andere Aufgaben wie die Endabrechnung mit England und die spätere Niederwerfung Russlands seien wichtiger. Die oberste deutsche Heeresleitung vertrat den Standpunkt, die Schweiz könne auch ohne Feldzug angeschlossen werden; dazu müsse die Propaganda im Land intensiviert werden, um damit die Bevölkerung von der Nutzlosigkeit eines Widerstandes zu überzeugen, und andererseits müssten die illegalen deutschen Organisationen in der Schweiz raschestens ausgebaut werden. Nach einer solchen Vorbereitung des Bodens sei der Anschluss ohne grosse Kämpfe durchführbar¹³⁹. Trotz dieser Einschätzung liess Generalstabschef Halder Planstudien über eine Invasion der Schweiz anfertigen, die mit Stand vom 26. August 1940 mit einem «entschlossenen» Widerstand der Schweizerarmee rechneten¹⁴⁰. Die Gefährdung der Schweiz war somit nach Beendigung des Westfeldzuges grösser als zu Beginn der Kämpfe zwischen Deutschland und Frankreich¹⁴¹. Da ein deutscher Angriff im Sommer 1940 ausblieb, gewinnt die These an Bedeutung, Deutschland habe a) mit einer kampflosen Einnahme der Schweiz nach Beendigung der Kämpfe in Europa gerechnet und b) die Invasion der Schweiz nie durchgeführt, da Deutschland durch die weiteren Kriegsergebnisse an anderen Fronten absorbiert wurde.

Betrachten wir die Kriegslage im Sommer 1940: Seit 13. August 1940 war die «Schlacht um England» im Gange, die in abgeschwächter Form bis zum Jahre 1941 andauerte; die Lage auf dem Balkan entwickelte sich für Deutschland ungünstig, da der italienische Feldzug gegen Griechenland im Oktober 1940 die Lage verschärfte und das Eingreifen Englands bewirkte. Die italienischen Vorstösse gegen die Engländer in Nordafrika, welche mit dem Verlust der Cyrenaika für Italien endeten, machte die Entsendung eines deutschen Afrikakorps unter dem Befehl Rommels im Frühjahr 1941 notwendig. Im April 1941 griff Hitler auf dem Balkan ein und eroberte Jugoslawien und Griechenland,

138 Kappeler an Pilet-Golaz am 19. August 1940, in: BAB, Sig. E, 2'300, Berlin.

139 Bericht des Nachrichtendienstes des Büro HA vom 30. Juni 1940, in: *Bonjour*, Bd. VIII, S. 42-44.

140 Planstudie Halders zur militärischen Invasion der Schweiz vom 26. August 1940 bei: *Hans Rudolf Kurz*: «Dokumente des Aktivdienstes», Frauenfeld 1966, S. 95 und: *Bonjour*, Bd. VII, S. 43-44.

141 *Bonjour*, Bd. IV, S. 180.

während gleichzeitig bereits die Vorbereitungen für den Russlandfeldzug im Sommer 1941 liefen. Die Schweiz war kein wichtiger Faktor der deutschen Kriegsplanung mehr, sondern rückte durch die weitere Entwicklung des Krieges immer mehr aus dem Zentrum der deutschen Strategie. Das offizielle Deutschland war weiterhin bemüht, schweizerische Befürchtungen bezüglich einer Einverleibung ins Reich zu beschwichtigen; als Frölicher Wezsäcker im Herbst 1940 auf eine Ansprache von General Haushofer hinwies, in der er für die Aufteilung der Schweiz an die Nachbarstaaten eintrat, stellte sich der Staatssekretär unwissend und erklärte Frölicher, er glaube nicht, dass Haushofer solche Äusserungen getan habe¹⁴².

Zwischen Herbst 1940 und Sommer 1941 sind keine nennenswerten Diplomatenberichte über die Schweiz erhalten geblieben. Eine Ausnahme bilden Meldungen zum Thema La-Charité, das bereits dargestellt worden ist. Erst aus der Zeit von August 1941 liegt uns wieder ein Bericht vor, der uns näheren Aufschluss über die Stellung der Schweiz aus deutscher Sicht vermittelt. Der vortragende Legationsrat Likus aus dem Persönlichen Stab Reichsaussenminister (RAM) verzeichnet darin die Beobachtungen einer «Vertrauensperson», welche als Mitarbeiter führender schweizerischer Blätter die innere Situation der Schweiz im Sommer 1941 gut kenne:

- Die Schweiz wiegt sich in Sicherheit, da sie davon ausgeht, Deutschland habe für die Dauer des Krieges mehr denn je ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Neutralitäts- und zugleich Abhängigkeitsstellung des Landes.
- Der russisch-deutsche Krieg erhöht die Sicherheit der Schweiz.
- Die wirtschaftlichen Leistungen der Schweiz für Deutschland werden als bedeutend angesehen.
- Die schweizerischen Darlehen ans Reich betrachtet man als «politische Lebensversicherungsprämie» zugunsten der Eidgenossenschaft.
- Die politische Einheit der Schweiz ist grösser als im Ersten Weltkrieg, parteipolitische und soziale Auseinandersetzungen haben praktisch aufgehört.
- Die Schweiz zeigt sich in ihren Äusserungen zur europäischen Kriegslage zurückhaltend und schweigsam.
- Man hofft, das nationalsozialistische Deutschland werde über Russland siegreich sein; andere Kreise glauben eher an einen englischen Sieg in Europa, vor allem, wenn die USA eingreifen.
- Die öffentliche Meinung in der Schweiz ist durch die subtile britische Propaganda beeinflusst.
- Auf der Landesregierung und auch auf den Wirtschaftsführern liegt ein starker Druck, sich gegenüber Deutschland zurückzuhalten¹⁴³.

Solche Berichte verstärkten im Auswärtigen Amt die Gewissheit, die Schweiz werde sich auch in Zukunft Deutschland gegenüber loyal verhalten und nichts Entscheidendes unternehmen, was den Interessen des Reiches entgegenlaufe. Mit Beginn der Kämpfe im Osten und der weitgehenden Absorbierung der militärischen Kräfte für den Kampf gegen Russland wich die unmittelbare Gefahr für die Schweiz ohnehin; Deutschland war nun an einer

142 Aufzeichnung Wezsäckers vom 31. Oktober 1940, in: ADAP, Serie D, Bd. XI.1, S. 372.

143 Bericht von Legationsrat Likus vom 19. August 1941, in: ADAP, Serie D, Bd. XIII. 1, S. 274-277.

verlässlichen, wenn auch unfreiwilligen Partnerschaft interessiert. Solange die Schweiz für das Reich produzierte, hatte sie keine direkten Sanktionen zu befürchten.

Welche Haltung nahm Weizsäcker zu diesem Zeitpunkt ein? Im Juni 1940 hatte er noch in einem Brief geschrieben:

«Manche Leute wollen auch der Schweiz an's Leder. Letzteres halte ich nicht für gegeben. Auch Napoleon hat sie in leidlicher Ruhe gelassen. Dass sie aber als Museumsstück völlig unberührt aus dem Sturm übrigbleibt, ist mir recht zweifelhaft»¹⁴⁴.

Im September 1941 – die deutschen Armeen waren schon weit nach Russland eingedrungen – tönte eine Notiz Weizäckers schon ganz anders:

«Die Schweiz wird auf eine ganz besondere Art ihre Strafe erhalten»¹⁴⁵.

An welche Art Strafe Weizsäcker dachte, können wir nur vermuten. Deutlicher und aufschlussreicher ist eine Äusserung des deutschen Staatssekretärs aus der Zeit des deutschen Westfeldzuges. Noch während die deutschen Truppen nach Frankreich vorstießen, hatte Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Walter Funk Weizsäcker darauf aufmerksam gemacht, dass bei einem eventuellen Einbeziehen der Schweiz in den Krieg die «Bank für Internationalen Zahlungsausgleich» (BIZ) in Basel besonders geschützt und geschont werden sollte. Der Organismus der BIZ sei zu wertvoll, als dass man ihn zerschlagen dürfe; Weizsäcker antwortete:

«Ich habe Herrn Funk gesagt, dass die Schweiz meines Wissens zur Zeit nicht auf dem Programm der in den Krieg einzubeziehenden Länder stehe»¹⁴⁶.

Wir sehen einmal mehr die zwiespältige Haltung Weizäckers in der Frage der Schweiz. In einem Falle müssen wir ihm zugestehen, dass er sich für die Erhaltung der Schweiz einsetzte¹⁴⁷, während er in seinen privaten Aufzeichnungen immer wieder dunkle Drohungen aussties; ihn als «bewährten Freund der Schweiz» zu bezeichnen, wie es Frölicher in seinen Diplomatenberichten formulierte, wird den Tatsachen nicht gerecht. Mit der Ausweitung des Krieges rückte die Frage der gegenseitigen Interessenvertretungen der kriegführenden Staaten in den Vordergrund. Die Schweiz erschien Weizsäcker als geeignet, die deutschen Interessen bei den Feindländern wahrzunehmen. Er empfahl im Dezember 1941 Ribbentrop ausdrücklich den schweizerischen Gesandten in Washington, Bruggmann, als Interessenvertreter für Deutschland und bemerkte, äusser Schweden und Portugal komme

144 Weizsäcker-Papiere, S. 206 (Brief vom 5. Juni 1940).

145 Weizsäcker-Papiere, S. 270 (Notiz vom 15. September 1941).

146 Unveröffentlichtes Nürnberger Prozessdokument NG-4995, Aufzeichnung Weizäckers vom 24. Mai 1940, in: Archiv des Institutes für Zeitgeschichte in München (IZG), Aussenpolitik Schweiz IV – Schweiz, Finanzpolitik IV – Zahlungsverkehr (Walter Funk/Weizsäcker), Nürnberger Dokumente. Vgl. Schellenberg-Memoiren, S. 314 und S. 91 der Arbeit.

147 Während des Sommers 1940 liess Weizsäcker Oberstkorpskommandant Wille durch dessen Tochter, der Frau von Weizäckers Sohn Carl Friedrich, wissen, dass er Wille und dadurch den schweizerischen Bundesrat warnen werde, sobald er von den definitiven Angriffsabsichten Hitlers erfahre (Weizsäcker-Papiere, S. 534, Anm. 123).

nur noch die Schweiz als Schutzmacht in Frage¹⁴⁸. In ihrem Schutzmandat fand die Schweiz während des Krieges eine neue Funktion, die sich auf die Anerkennung und Respektierung der Neutralität günstig auswirkte; nur eine unabhängige Schweiz konnte eine solche Aufgabe wahrnehmen, was auch im Interesse Deutschlands lag.

Hitlers Krieg gegen Russland bedeutete für die Schweiz die entscheidende Zäsur: Mit dem Angriff im Osten waren die deutschen militärischen Kräfte gebunden und die Gefahr einer Invasion der Schweiz stark reduziert. Betrachten wir die erhalten gebliebenen Äußerungen Hitlers aus der Zeit nach dem Sommer 1941, müssen wir zwar feststellen, dass sich seine Einstellung gegenüber der Schweiz verschärfte und er verschiedentlich drohte, für ein solches «Kleinstaatengerümpel» wie die Eidgenossenschaft sei im neuen Europa kein Platz mehr. Doch erscheint gerade diese verbale Radikalität als Ausdruck für die eingeschränkte Situation, in die sich Hitler selbst manövriert hatte; Ausfälle gegen Kleinstaaten wie die Schweiz waren die Kompensation für die abnehmende militärische Kraft und die zunehmende politische Ausweglosigkeit des Dritten Reiches. Deutschland musste froh sein, an seiner Südgrenze einen Nachbarn zu wissen, der einen stabilen Faktor darstellte und für die deutsche Rüstung arbeitete. In diesem Zusammenhang muss das Verbot des Auswärtigen Amtes vom 10. Februar 1942 gesehen werden, welches jegliche Spionagetätigkeit der Kriegsorganisation (KO) in der Schweiz untersagte¹⁴⁹. Die deutsche Spionage gegen die Schweiz wurde nach diesem Verbot nicht eingestellt, doch erkennen wir die Tendenz im AA, Aktionen zu unterbinden, die in keinem Verhältnis zu ihrem Nutzen standen und die Beziehungen zur Schweiz belasteten. Im März 1942 orientierte der Leiter der schweizerischen Bundesanwaltschaft, Dr. Baisiger, die deutsche Gesandtschaft über deutsche Agententätigkeiten in der Schweiz, die sich gegen militärische Objekte, Wirtschaftsunternehmungen und andere Ziele richteten und vielfach unverständlich seien, da das Vorgehen unqualifiziert und die ausgekundschafteten Informationen über Firmen auch auf legalem, offiziellem Wege zu beschaffen seien. Köcher schrieb daraufhin ans AA über die deutschen Spionageaktionen in der Schweiz:

«Sie stehen jedenfalls in keinem Verhältnis zu den Risiken, welche die von Stellen in Deutschland beauftragten Agenten laufen, da diese bei solchen Ermittlungsversuchen ihre Freiheit und zum Teil ihre wirtschaftliche Existenz unnötig aufs Spiel setzen»¹⁵⁰.

Die langsame Veränderung im deutsch-schweizerischen Verhältnis lässt sich auch bei den deutschen Kohlenlieferungen zeigen: Im Frühling 1942 wurden die durch Minister Hotz angeführten schweizerischen Wirtschaftsvertreter bei Köcher vorstellig, da Deutschland

148 Aufzeichnung Weizsäckers für Ribbentrop vom 12. Dezember 1941, in: ADAP, Serie E, Bd. 1, S. 3-4. Seit September 1939 existierte im Politischen Departement die «Abteilung für Fremde Interessen», welche sämtliche Schutzmachtfragen der Schweiz bearbeitete. Bis zum Kriegsende verwaltete die Schweiz insgesamt 219 Schutzmandate (*Bonjour*, Bd. VI, S. 134 ff.).

149 Angabe Köchers in seinem Bericht ans AA vom 17. März 1942; vgl. auch mit: *Führer*, S. 31 ff.

150 Bericht Köchers ans AA vom 17. März 1942, in: ADAP, Serie E, Bd. 2, S. 77-79.

die vertraglich festgelegte Quote an Kohlen nicht erfüllt hatte. Die schweizerische Stelle liess durchblicken, der Lieferverzug könnte Konsequenzen haben. Faktisch bedeutete dies, dass sich die Schweiz bei ausbleibenden Kohlenlieferungen durch Deutschland nicht mehr an die Lieferungsverpflichtung für Rüstungsgüter gebunden fühlen würde. Köcher übernahm in einem Bericht vom 8. Mai 1942 die schweizerische Argumentation, das Land könne nur weiterhin für die Achse produzieren, wenn die Kohlenversorgung gesichert sei, und gab zu bedenken:

«Verwirklichung angeblicher deutscher Pläne¹⁵¹ würde Schweizer Zusammenarbeit mit uns auf wirtschaftlichem Gebiet schwerstens beeinträchtigen. Auch befürchte ich gefährliche Konsequenzen für Durchführung deutscher Wehrmächtaufträge, vor allem aber würde bei Durchführung unserer Absicht auf Ausweitung Clearingkredites auf ausserordentliche Schwierigkeiten stossen»¹⁵².

Köcher empfahl dringend, Kohlenkürzungen für die Schweiz zurückzustellen und die Verhandlungen wiederaufzunehmen, damit verhindert werde, dass die feindliche Seite wichtige schweizerische Industriekapazitäten belegte¹⁵³. Obwohl Deutschland die Schweiz wirtschaftlich weiterhin unter Druck setzte und die Bedingungen zu diktieren versuchte, können wir zumindest bei Köcher ein Abrücken von einer harten Haltung konstatieren, eine Tendenz, die auch an anderen Orten sichtbar wurde.

Im Juni 1942 stellte das OKW in Berlin Sabotageversuche am Simplontunnel fest. Weizsäcker gab darauf an Köcher die Anweisung, bei der Regierung in Bern wegen der Sicherheit des Tunnels vorstellig zu werden. Er hielt fest, der Gotthardtunnel sei:

«... nicht nur von allgemein verkehrspolitischem, sondern auch von besonderem militärischen Interesse, als auf diesem Wege ein grosser Teil des Nachschubs für das Afrikakorps befördert wird.»

Weizsäcker wies auf die Möglichkeit von alliierten Störaktionen auch in neutralen Ländern hin, da die Bedeutung des Gotthardtunnels für den gesamten Wirtschaftsverkehr zwischen Deutschland und Italien auch England bekannt sei. Die Folgen eines solchen Sabotageanschlages hätten «verhängnisvolle Folgen für den gesamten innereuropäischen Wirtschaftsverkehr». Köcher müsse bei der Regierung in Bern betonen, der Schutz des Tunnels müsse verstärkt werden. Gleichzeitig solle auch die Frage eines ausreichenden Flakschutzes für die schweizerische Industrie angeschnitten werden:

«Auch hier ist unser Interesse in erster Linie ein militärisches und betrifft ganz besonders die Kriegsgüterindustrie um Zürich, die weitgehend für die deutsche Rüstungsindustrie arbeitet»¹⁵⁴.

151 Damit waren in erster Linie deutsche Kohlenkürzungen gemeint.

152 Telegramm Köchers ans AA vom 8. Mai 1942, in: ADAP, Serie E, Bd. 2, S. 324-326 (vgl. auch: Telegramm vom 30. März 1942, S. 157-158).

153 Über die Wirtschaftsverhandlungen im Jahre 1942 vgl. *Bonjour*, Bd. VI, S. 242 ff. und *Bonjour*, Bd. VIII, S. 185 ff.

154 Weizsäcker an Köcher am 29. Juni 1942, in: ADAP, Serie E, Bd. 3, S. 79-80.

Das Auswärtige Amt beurteilte die Situation ähnlich. Ein nichtunterzeichneter Bericht vom 2. Juli 1942 vermerkte, dass die meisten Betriebe in der schweizerischen Maschinenindustrie heute für das deutsche Kriegspotential arbeiten. Trotzdem überwiege bei den Schweizern gefühlsmässig die Angst vor einer gewaltsamen Eingliederung in das Reich, dessen Lebensformen ihnen «fremd und unheimlich sind»¹⁵⁵.

Dass Köcher als deutscher Gesandter in der Schweiz innerhalb des AA nicht unumstritten war, erfahren wir aus einem Lagebericht vom Oktober 1942, der festhielt, die Person Köchers in Bern sei falsch gewählt, da dieser mit seiner «bürgerlichen Haltung» wenig Eindruck mache. Der deutsche diplomatische Apparat werde «mitleidig belächelt». Das demokratische Bern sei der «aristokratischste Boden Europas», für den eine Person mit «fürstlichem Auftreten» eher in Frage komme:

«Es gibt in der Schweiz noch eine geheime Mystik vom alten Reich; von der soll man nie reden, aber der Vertreter des Reiches soll danach aussehen. Er soll auch nach Besitz aussehen, denn der Schweizer ist materiell. Vor allem muss er Verbindungen zu den historischen Geschlechtern des Landes haben, wenn er unter den heutigen Umständen eine grosse Wirkung ausüben soll.»

Prof. Burckhardt sei die Person, welche den Bundesrat am meisten beeinflusse; der ehemalige Völkerbundskommissar rechne mit einer deutschen Niederlage und habe deutsche Clearingschulden gegenüber der Schweiz bereits abgeschrieben. Der Generalkonsul in Zürich sei selbst ein schwarzer Pessimist. Der Bericht schloss mit der Bemerkung, Deutschland habe die Wichtigkeit diplomatischer Kontakte über die Schweiz unterschätzt; es seien hier Möglichkeiten zu Friedenssondierungen verpasst worden¹⁵⁶. Die Anspielung auf die frühere Zugehörigkeit der Schweiz zum mittelalterlichen Deutschen Reich und die Bemerkung, der Vertreter des Reiches müsse fürstlich auftreten, lassen auf eine adelige Herkunft oder zumindest auf eine Identifikation mit einer aristokratischen Auffassung von Politik des Verfassers dieses Berichtes schliessen. Auch der Hinweis auf verpasste Friedenssondierungen lässt eine eigentlich nationalsozialistische Gesinnung des Verfassers als wenig wahrscheinlich erscheinen. Immerhin ist es bemerkenswert, dass solche Berichte in den Aktenbeständen des AA figurierten. Auch in dieser Einschätzung der Schweiz wurde der Wert des Landes für informelle Sondierungen und geheime Kontakte Deutschlands hervorgehoben; die neutrale Schweiz stellte für das Reich bis zum Kriegsende einen Freiraum für Verhandlungsmöglichkeiten dar, welcher letztlich unersetzlich war.

Deutschland befürchtete wiederholt, die Schweiz würde von der Neutralität abrücken und in das alliierte Lager schwenken bzw. von den Alliierten so stark unter Druck gesetzt werden, dass ein solcher Schritt nicht mehr auszuschliessen war. Tatsächlich wurde im

155 Aufzeichnung des AA (nicht unterzeichnet) vom 2. Juli 1942, in: PAB, Politische Abteilung II (Richtlinien), Bd. 21, Handbuch Schweiz (1938-43).

156 Lagebericht des AA (nicht unterzeichnet) vom Oktober 1942, in: PAB, Politische Abteilung II (Richtlinien), Bd. 21, Handbuch Schweiz (1938-43).

Sommer 1942 von englischer und amerikanischer Seite her Druck auf privater Ebene auf die Schweiz ausgeübt, das Land müsse die Neutralität aufgeben, die «absurd und selbstmörderisch» sei¹⁵⁷. Die Schweiz müsse sich voll und ganz auf die alliierte Seite stellen und aktiv am Kampf gegen Deutschland teilnehmen¹⁵⁸.

Gemäss einem Bericht, den Köcher im August 1942 ans AA sandte, hatte der englische Handelsrat John Lomax dem schweizerischen Industriellen Bührle im Gespräch gesagt, die Schweiz müsse sich nun auf die Seite der Demokratien stellen und auch einen Waffengang mit Deutschland nicht scheuen. England und die USA würden die Schweiz als Stützpunkt für die britische Luftwaffe benötigen und könnten dem Land militärische Hilfe leisten. Ausserdem wolle England auf die Dauer den Gotthardtransit zwischen Italien und Deutschland durch die Schweiz nicht mehr dulden. Bührle war über dieses Ansinnen von englischer Seite empört und wies es zurück. Zu dieser ganzen Problematik führte Köcher aus:

«Für die Achsenmächte ist die freie Passage im Güterverkehr mit Italien über Lötschberg-Simplon und den Gotthard von lebenswichtigem Interesse. Die schweizerische Produktion für unseren Wehrmachtsjahresbedarf ist so bedeutungsvoll, dass wir alles tun müssen, um diese Produktion störungsfrei weiter arbeiten zu lassen.»

Köcher vermutete, dass England und die USA mit einem verstärkten deutschen Druck auf die Schweiz rechneten, der ihnen die schweizerische Mithilfe gewissermassen von selbst zufallen liesse. Hierzu meinte er:

«Ich bin überzeugt, dass die Schweiz zu den Waffen greifen wird, wenn etwa von Feindseite versucht werden würde, ihre Neutralität zu brechen. Alle massgebenden Stellen versichern übereinstimmend, dass das Festhalten an der Neutralität das Axiom der schweizerischen Aussenpolitik sei»¹⁵⁹.

Abschliessend schlug Köcher dem AA eine «Gesamtbereinigung» der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz vor; der psychologische Augenblick dazu sei günstig. Wenn Deutschland das Problem gleichzeitig von der politischen und der wirtschaftlichen Seite her anpacke, könne es gelingen, in der Schweiz einen «Umschwung der Stimmung und der Gesamthaltung zu unseren Gunsten herbeizuführen»¹⁶⁰.

Weizsäcker nahm diesen Vorschlag Köchers Ende 1942 wieder auf, empfahl aber einen besseren Moment zur Gesamtbereinigung der Beziehungen zur Schweiz abzuwarten; solange General Guisan an der Spitze der Schweizerarmee stehe, sei ein ausgewogenes Verhältnis zu Deutschland nicht möglich. Die amtlichen Beziehungen zu den Bundesbehörden bezeichnete Weizsäcker hingegen als ziemlich unbelastet¹⁶¹.

157 US-Staatssekretär Hull in einer Rundfunkansprache am 23. Juli 1942, Text in:

«The Department of State Bulletin», Bd. VII, Washington 1942, Nr. 161, S. 639-647.

158 Damit war nicht in erster Linie ein militärisches Vorgehen gegen Deutschland, sondern eine Unterbindung der Produktion und des Transitverkehrs für das Reich gemeint (*Bonjour*, Bd. V, S. 344 ff. und *Bonjour*, Bd. IV, S. 312 ff.).

159 Bericht Köchers ans AA vom 27. August 1942. in: ADAP. Serie E. Bd. 3. S. 408-411.

160 Anmerkung Weizsäckers auf dem Original: «Wie?»

161 Aufzeichnung Weizsäckers vom 3. Dezember 1942, in: PAB, Politische Abteilung II (Richtlinien), Bd. 21, Handbuch Schweiz, 1938-43.

Diese Äusserungen des Staatssekretärs müssen im Zusammenhang mit der militärischen Lage gesehen werden: Ende 1942 zeichnete sich bereits die Katastrophe von Stalingrad ab, die mit der Vernichtung der 6. Armee unter Generalfeldmarschall Paulus endete. Zwei Wochen vor seiner Antwort an Köcher notierte Weizsäcker zur Stimmung in Deutschland, das Publikum würde weitgehende Folgerungen aus der eingetretenen Lage ziehen:

«Verlorener Krieg, Ostpreussen wird polnisch oder russisch, Deutschland wird zerstückelt usw. usw. Ich warne vor überstürzten Konklusionen, würde eher sehr lockere Sondierungen bei Stalin für angemessen halten»¹⁶².

Unter dem Eindruck der Ereignisse im Osten erschien Weizsäcker das Problem der Schweiz nicht drängend, die Gesamtbereinigung der Beziehungen wurde vertagt. Trotz dieser Ausgangssituation ging die deutsche Spionagetätigkeit gegen die Schweiz weiter. Im September 1942 meldete Köcher nach Berlin, in letzter Zeit seien in der Schweiz massenweise deutsche Agenten verhaftet worden, und empfahl dem AA, es sollten künftig nur noch geeignete Agenten eingesetzt werden; die hinsichtlich der Schweiz angewandten Methoden müssten einer grundsätzlichen Überprüfung unterzogen werden¹⁶³. Köcher kritisierte somit nicht die Spionage gegen die Schweiz an sich, sondern nur das zum Teil dilettantische Vorgehen der deutschen Agenten. Im OKW, Amt Ausland/Abwehr, war die Schweiz im September 1942 folgendermassen eingestuft worden:

«In Verbindung mit den Plänen des Feindes, in Europa eine Zweite Front zu errichten, bestehe zur Zeit an den schweizerischen militärischen Einrichtungen ein erhebliches Interesse»¹⁶⁴.

Aus dem Auswärtigen Amt verlautete hingegen:

«... dass deutscherseits an den militärischen Einrichtungen in der Schweiz kein Interesse bestehe»¹⁶⁵.

Diese unterschiedliche Einschätzung der Schweiz erklärt sich einerseits aus der mangelhaften Koordination der Aussenpolitik im Dritten Reich, was häufig dazu führte, dass verschiedene Amtsstellen zu gegensätzlichen Schlussfolgerungen gelangten; andererseits neigen militärische Ämter naturgemäss dazu, alle Informationen über ein Land als relevant einzustufen.

Im Herbst verfasste dann Köcher einen Entwurf zur Bereinigung des deutschschweizerischen Verhältnisses zuhanden des AA, der im Wortlaut leider nicht erhalten geblieben ist. Wir besitzen hingegen Stellungnahmen dazu, die bis zu Hitler hinauf reichen. Weizsäcker trat auf Köchers Vorschläge ein und schrieb diesem am 4. Oktober 1942:

«An eine Grundtatsache muss man aber immer denken, dass nämlich die beiden Länder Schweden und Schweiz beim Führer tief im Kurse stehen. Zufällig hat mir der Führer das gerade erst

162 Weizsäcker-Papiere, S. 308 (Notiz vom 16. November 1942).

163 Bericht Köchers vom 1. September 1942, in: ADAP, Serie E, Bd. 3, S. 443-444.

164 ADAP, Serie E, Bd. 3, S. 444, Anm. 2.

165 ADAP, Serie E, Bd. 3, S. 444, Anm. 2.

vorgestern ausgesprochen, allerdings mit der Einschränkung, die Schweizer schienen ihm doch etwas weicher zu sein als die Schweden.»

Weizsäcker trat in seiner Antwort an Köcher für ein «schrittweises, tentatives Vorgehen» ein, das die vertrauliche Verständigung der eidgenössischen Regierungen einschliessen würde. General Guisan müsse entfernt werden, genehm wäre Oberstkörpskommandant Wille als Nachfolger. Ohne einen Pressefrieden werde die Gesamtvereinigung nicht gelingen. Interessant sind Weizäckers abschliessende Bemerkungen:

«Die Neuordnung Europas irgendwie zu präjudizieren, besteht zur Zeit bei uns keine Neigung. Was wir zur Vereinigung mit der Schweiz tun, muss hierauf Rücksicht nehmen»¹⁶⁶.

Der deutsche Staatssekretär gestand mit dieser Bemerkung ein, dass im Auswärtigen Amt kein eigentliches Konzept bezüglich der Neuordnung Europas bestand; die Behandlung der Staaten machte man von der politisch-militärischen Entwicklung abhängig. Über Köchers Vorschläge erfahren wir auch durch die Stellungnahme von Unterstaatssekretär Woermann, die vom 26. November 1942 datiert ist; Köcher hatte demzufolge empfohlen, das deutsch-schweizerische Verhältnis durch folgende Massnahmen zu bereinigen:

- Abbau oder Einstellung der Spionage
- keine Unterstützung illegaler Organisationen in der Schweiz durch Deutschland in der Zukunft
- wirtschaftliche Zugeständnisse
- Erleichterung des Reiseverkehrs
- deutsche Lieferungen von wichtigen Ersatzteilen für schweizerische Armee und Flugwaffe
- Einstellung der deutschen Pressehetze gegen die Schweiz
- Einladung an schweizerische Offiziere, Kriegsschauplätze zu besuchen.

Als Gegenleistung erhebt Deutschland an die Schweiz folgende Forderungen, welche Bedingung für eine Änderung wären:

- Beseitigung resp. Ersetzung von General Guisan
- schärfere Handhabung der Pressezensur
- Schaffung einer von deutschbewussten Eidgenossen gesteuerten Bewegung.

Die schweizerische Regierung sollte zur Absetzung von Guisan gezwungen werden, indem Deutschland mit der Veröffentlichung der den General belastenden Dokumente drohte; damit konnten nur die Unterlagen von La-Charité gemeint gewesen sein.

Köcher war in seinen Vorschlägen zwar zu relativ weitgehenden Konzessionen bereit, forderte aber Gegenleistungen, welche die schweizerische Souveränität entscheidend beeinträchtigt hätten und unakzeptabel waren: Faktisch wurde die ideologische und presse-mässige Anpassung ans Reich gefordert. Die Beseitigung des Generals war eine Forderung, die von der Schweizerbevölkerung nie akzeptiert worden und einer moralischen Kapitulation der Schweiz vor Deutschland gleich gekommen wäre. Woermann lehnte in sei-

166 Antwortschreiben Weizäckers auf die Vorschläge Köchers zur Gesamtvereinigung der schweizerisch-deutschen Beziehungen vom 4. Oktober 1942, in: ADAP, Serie E, Bd. 4, S. 18-19.

nem Gesamturteil Köchers Vorschläge ab, indem er argumentierte, die einzig wirksame Methode, in der Schweiz einen Stimmungsumschwung herbeizuführen, sei der deutsche Sieg; daher sei vorläufig nichts zu unternehmen:

«Der Bericht und die Denkschrift aus Bern stellen die Angelegenheit so dar, als ob wir vor der Alternative stünden, eine Bereinigung mit der Schweiz auf politischem oder auf militärischem Wege vorzunehmen. Diese Alternative besteht tatsächlich nicht, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen wohl niemand daran denkt, das Problem Schweiz militärisch zu lösen, was die Lahmlegung des Gotthard- und Lötschberg-Simplon-Verkehrs auf lange Zeit zur Folge hätte und die für uns arbeitende schweizerische Industrie auf lange Zeit lahmlegen würde»¹⁶⁷.

Einmal mehr wurden von deutscher Seite die Transitverbindungen und die Rüstungsindustrie in der Schweiz als entscheidende Faktoren des deutschen Interesses genannt. Hinsichtlich der Absetzung von Guisan bemerkte Woermann, eine solche Beseitigung des Generals würde dem Reich wenig nützen, obwohl die Möglichkeit dazu bestünde. Die Politik der Schweiz gegenüber sollte vielmehr im Stadium der «Versündigung» belassen werden; bei entsprechender Gelegenheit könne man immer noch auf die belastenden Dokumente zurückgreifen. Der Unterstaatssekretär empfahl, Deutschland müsse von den schweizerischen Erneuerungsbewegungen abrücken, und die nationalsozialistische Presse solle krasse Ausfälle gegen die Schweiz unterlassen; ausserdem müsse das Reich dem schweizerischen Militärattaché in Berlin mehr entgegenkommen. Die Stellungnahme Woermanns war an den Staatssekretär gerichtet. Wezsäcker bemerkte dazu, man müsse bezüglich der Schweiz günstigere Umstände abwarten und dann schrittweise vorgehen¹⁶⁸. Die endgültige Entscheidung im AA fiel dann, als Ribbentrop am 10. Dezember 1942 in der Frage einer Gesamtvereinbarung der Beziehungen zur Schweiz entschied, «dass vorerst nichts veranlasst werden soll»¹⁶⁹. Alle entscheidenden Stellen im AA vertraten die Auffassung, der Moment für eine Änderung der Beziehungen zur Schweiz sei ungünstig; solange die Rüstungsproduktion lief, bestand für das Reich keine zwingende Notwendigkeit anderer Beziehungen.

Die nationalsozialistische Behauptung, die einzelnen Staaten würden aus dem Hintergrund von Juden und Freimaurern gelenkt, fand auch in den Akten des Auswärtigen Amtes ihren Niederschlag. Aus dem Jahre 1942 ist vom AA eine Liste erhalten geblieben, welche schweizerische Politiker verzeichnete, die aus deutscher Sicht entweder Rotarier oder Freimaurer waren. Folgende Parlamentarier und Magistraten wurden aufgeführt:

- *Rotarier*: zwei Bundesräte (Kobelt und Pilet-Golaz); ein Ständerat (Haefelin) und sechs Nationalräte (Bossi, Meili, Müller, Oeri, Trümpy und Vadoz)

167 Aufzeichnungen Woermanns vom 26. November 1942, in: ADAP, Serie E, Bd. 4, S. 390.

168 Aufzeichnung Wezsäckers vom 3. Dezember 1942, in: ADAP, Serie E, Bd. 4, S. 393 (Anm.).

169 Anweisung Ribbentrops, übermittelt durch Sonnleitner am 10. Dezember 1942, in: ADAP, Serie E, Bd. 4, S. 393 (Anm.).

- *Freimaurer*: ein Ständerat (Bosset) und drei Nationalräte (Cottier, Maag und Schirmer)¹⁷⁰.

Die Personen waren kommentarlos erwähnt; die Absicht dieser Zusammenstellung muss unserer Interpretation überlassen werden, lässt aber nur schon die Existenz der Liste verschiedene Schlüsse zu:

- Das A A handelte auf Anweisung von «oben», die schweizerischen Parlamentarier und Bundesräte nach Personen zu durchforschen, welche einem geheimen bzw. geschlossenen Kreis angehörten.
- Das AA wollte für die Zeit nach einem Anschluss der Schweiz genau wissen, wer im Land einer solchen Verbindung zuzurechnen sei und allfällig verhaftet werden sollte.
- Auch das A A wollte oder musste sich selbst die These bestätigen, dass die Schweiz von Juden, Freimaurern und Rotariern beherrscht sei.

Wie sich ein solches Verzeichnis auf die erwähnten Personen bei einer Invasion der Schweiz ausgewirkt hätte, können wir nur vermuten. Nachträglich erscheint das Auswärtige Amt in einem fragwürdigen Licht, wenn wir bedenken, dass Schwarze Listen von Gegnern im Dritten Reich vor allem durch die Gestapo angefertigt worden sind und das AA in dieser Hinsicht in eine bedenkliche Nachbarschaft zu SS-Methoden geriet.

Das Thema Freimaurertum in der Schweiz fand auch in anderen Bereichen des Nationalsozialismus Beachtung: Das «Deutsche Auslandwissenschaftliche Institut» (DAWI) sah die Schweiz ganz unter der freimaurerischen Diktatur und meinte anfangs 1941, das Land stelle für die englische Propaganda die letzte Basis in Europa dar. Die schweizerische Grossloge «Alpina» erkläre, das Ziel des maurerischen Geistes bestehe im politischen und sozialen Ausgleich der Völker; in Wirklichkeit sei die Situation jedoch umgekehrt:

Nationalsozialismus und Faschismus

Kräfte der neuen Ordnung
Geist des Sozialismus
Mythos des 20. Jahrhunderts
Führernationen: Deutschland und Italien

Internationales Freimaurertum

Kräfte der Vergangenheit
Geist des Weltkapitalismus
Weltfreimaurerei
Führernation: England

Seit 1789 sei Europa von den Gesetzen des Freimaurertums regiert worden, dessen Zentrum in England liege. Das neue Europa werde aber den freimaurerischen «Wühlmäusen» das Handwerk legen und dem Treiben der Logen ein Ende bereiten. Zur Situation in der Schweiz wurde Folgendes festgehalten:

- Die Schweiz steht unter der Diktatur der Loge «Alpina».
- Diese hat ihre Fäden im Bundeshaus und in der Bundesverwaltung.
- Die Schweizerpresse steht unter freimaurerischem Einfluss und ist deshalb antideutsch und proenglisch.
- Motta durchschaue diese Zusammenhänge und habe auch darauf hingewiesen.
- Erst wenn die Macht der Freimaurer in der Schweiz gebrochen sei, könne das Land seinen Platz im neugeordneten Europa einnehmen¹⁷¹.

170 PAB, Politische Abteilung II, Richtlinien Schweiz, Bd. 22, 1940-43.

171 ZStAP, 49.02, DAWI, Nr. 10'381, Freimaurertum, Blätter 7 und 8 (Berichte vom 14./15. Januar

Solche nationalsozialistische Propaganda und Polemik dürfen in ihrer Wirkung nicht überschätzt werden, da sie in erster Linie Ausdruck eines unreflektierten Feindbildes Hitlerdeutschlands darstellten und sich in die Flut von gleichgeschalteten Äusserungen der Zeit einordnen lassen. Wir können hingegen den Schluss ziehen, dass Deutschland in der schweizerischen Bevölkerung einen «guten» Kern erkannte, der von den maurerischen Machenschaften jedoch überdeckt war. Die Aufteilung in wertvolle Eidgenossen alemannischer Herkunft und freimaurerische «Wühlmäuse» der Neuzeit wirkte sich für die Schweiz im ideologischen Sinne günstig aus; wie jedoch das Dritte Reich sich die Ausschaltung des Freimaurertums im Lande konkret vorstellte, muss offenbleiben, vermerkte doch der gleiche Bericht, der Krieg sei die Auseinandersetzung von Lebensauffassungen und nicht von Staaten und Völkern.

Die veränderte Kriegslage in Nordafrika schuf für die Schweiz neue Gefahren: Im Oktober 1942 besiegten die britischen Truppen Montgomerys die deutschen Verbände unter Rommel bei El Alamein, und im November 1942 landeten amerikanische und englische Truppen unter dem Oberbefehl von General Eisenhower in der Operation «Torch» in Marokko und Algerien. Die Möglichkeit einer alliierten Invasion Siziliens, Italiens und Südfrankreichs begann sich am Jahresbeginn 1943 abzuzeichnen. Für die Schweiz war dies insofern eine kritische Entwicklung, als nun mit einer deutschen Präventivbesetzung der Alpenübergänge zur Abwehr eines alliierten Vorstosses von Süden her gerechnet werden musste¹⁷².

Als Köcher im Januar 1943 bei Pilet-Golaz vorsprach, kam die Unterredung auf die Möglichkeit eines alliierten Angriffs von Süden her. Pilet versuchte zwar in gewundenen diplomatischen Formulierungen den deutschen Gesandten davon zu überzeugen, er selbst rechne mit der Abwehrkraft Deutschlands; dies seien nur interessante Kriegsspiele. Gleichzeitig versicherte Pilet aber, die Schweiz werde sich gegen jeden Angreifer wehren und unter allen Umständen kämpfen; sie sei dazu alleine fähig und brauche die Unterstützung der Achsenmächte nicht; auch ein deutscher Präventivangriff auf die Schweiz, der als «Hilfe» gemeint sei, würde bekämpft¹⁷³. Obwohl Pilet-Golaz dem deutschen Gesandten einmal mehr mit Worten entgegenkam und sich den deutschen Standpunkt bis zu einem gewissen Grade zu eigen machte, verabschiedete sich Köcher mit der Gewissheit, die Schweiz würde auf jeden Fall kämpfen. Hätten über diesen Punkt Zweifel bestanden, wäre die Möglichkeit einer deutschen Aktion gegen die Eidgenossenschaft entscheidend gestiegen. Eine alliierte Nachschub- und Aufmarschbasis auf dem Boden der Schweiz hätte Deutschland unter keinen Umständen tolerieren können, der Krieg wäre unweigerlich auch in die Schweiz gekommen. Die Entschlossenheit des Landes, auch unter den neuen

1941 unter den Titeln: «Geheime Mächte in der Weltpolitik» und «Kampf gegen die Freimaurer in der Schweiz»).

172 *Bonjour*, Bd. V, S. 136 ff. und:

Ernst Uhlmann: «Angriffspläne gegen die Schweiz», in: Allgemeine Schweizerische Militärzeitung, 1949, S. 843 ff.

173 Bericht Köchers vom 19. Januar 1943, in: ADAP, Serie E, Bd. 5, S. 122-124.

Umständen die Neutralität zu verteidigen, garantierte dem Reich eine stabile Front im Alpenraum.

Auf deutscher Seite bestanden zu diesem Zeitpunkt gewisse Erwartungen, die Schweiz würde bei einem alliierten Angriff automatisch auf die Seite der Achse treten. Anlass zu dieser Auffassung war ein Telegramm des deutschen Militärattachés in Bern, von Ilsemann, der am 11. Januar 1943 nach Berlin meldete, zwischen dem italienischen Militärattaché in Bern, Generalmajor Bianchi, und Oberstbrigadier Masson, dem Chef des schweizerischen Nachrichtendienstes, habe ein Gespräch stattgefunden, in welchem Masson Bianchi bestätigt habe, ein alliierter Angriff auf die Schweiz würde deren Kriegseintritt auf der Seite der Achse bedeuten¹⁷⁴. Diese wenig glaubwürdige Darstellung veranlasste Ribbentrop bei Köcher telegraphisch anzufragen, ob Pilet-Golaz ihn bei der Unterredung vom 14. Januar 1943 habe warnen wollen, die Schweiz würde jede Verletzung schweizerischen Gebietes durch Deutschland bekämpfen, ein militärisches Zusammengehen käme nicht in Frage. Der Aussenminister wollte von seinem Gesandten ausdrücklich wissen, welchen Eindruck er von Pilets Haltung gewonnen habe und wie dessen Ausführungen genau zu verstehen seien¹⁷⁵. Das präzise Interesse Ribbentrops an der Eindeutigkeit der schweizerischen Landesverteidigung, auch gegen Deutschland, zeigt uns den Stellenwert der Neutralität; Ribbentrops Formulierungen lassen hingegen vermuten, auch er habe ein Abschnen der Schweiz ins Lager der Achse zumindest in Erwägung gezogen.

Zwischen Deutschland und der Schweiz bestand im Frühjahr 1943 bezüglich der Wirtschaftsbeziehungen ein vertragsloser Zustand. Da die Schweiz ihrerseits unter dem Druck Englands und der USA stand, war die Lage ziemlich gespannt. Auf die Details der Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland sei nicht eingegangen¹⁷⁶; uns interessieren nur diejenigen Aspekte, welche unsere Fragestellungen betreffen. Ministerialdirektor Wiehl vom Auswärtigen Amt verfasste im März 1943 für Ribbentrop einen Bericht über den Stand der Verhandlungen und bemerkte dazu:

«Die Wehrmacht braucht zur Erfüllung der Führerprogramme die Möglichkeit, für weitere rund 500 Mill. sFr. Aufträge in die Schweiz zu vergeben ... Die Wehrmacht legt aus dringenden Rüstungsgründen Wert auf die alsbaldige Fortsetzung der Schweizer Lieferungen und Vergebung neuer Aufträge ... Die inneren Ressorts, insbesondere das OKW und das Ministerium Speer, sind sich darüber klar, dass im Falle einer auf einen Handelskrieg hintreibenden Entwicklung auch für uns sehr unangenehme Rückwirkungen eintreten können»¹⁷⁷.

Laut Wiehl hatte Rüstungsminister Speer in dieser Angelegenheit bei Hitler vorgeschprochen, dass bei ausbleibenden Lieferungen aus der Schweiz das deutsche Rüstungsprogramm gefährdet sei. Sollte der vertragslose Zustand andauern, sei mit «erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten» in der Schweiz zu rechnen, was sich auf die deutsche Waf-

174 Telegramm von Ilsemanns ans AA vom 11. Januar 1943, in: ADAP, Serie E, Bd. 5, S. 122 (Anm. 2).

175 Telegramm Ribbentrops an Köcher vom 26. Januar 1943, in: ADAP, Serie E, Bd. 5, S. 144-145.

176 *Bonjour*. Bd. VI, S. 256 ff. und: *Bonjour*. Bd. VIII, S. 193 ff.

177 Aufzeichnungen Wiehls vom 5. März 1943, in: ADAP, Serie E, Bd. 5, S. 342-343.

fenproduktion auswirke, da das Reich auf die schweizerischen Rüstungslieferungen «erheblich angewiesen sei». Die Ausführungen Wiehls zeigen deutlich, wie unentbehrlich die schweizerische Industrieproduktion für die deutsche Kriegführung geworden war. Das Reich konnte sich einen konsequenten Handelskrieg mit der Schweiz gar nicht mehr leisten, was Wiehl ziemlich offen eingestand. Er fürchtete nicht nur ein Nichterfüllen des Rüstungsprogrammes bei den Panzern, sondern auch Schwierigkeiten mit den deutschen Kohlentransporten durch den Gotthard und den Simplon nach Italien und bei den schweizerischen Starkstromlieferungen nach Süddeutschland. Tatsächlich lenkte Hitler selbst in der Auseinandersetzung um einen neuen Handelsvertrag mit der Schweiz ein und ordnete nach einer Aufzeichnung Wiehls vom 11. März 1943 an, Deutschland müsse sich mässigen, um den Erfolg eines neuen Vertragsabschlusses nicht zu gefährden:

«Wie das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition mitteilt, hat der Führer auf den Vortrag von Reichsminister Speer sich dahin geäußert, dass man das Vorgehen gegen die Schweiz nicht auf die Spitze treiben, sondern sich dabei die Möglichkeit einzulenken offen halten sollte, selbst wenn man hierzu bei den deutschen Wünschen betreffend Vergebung neuer Rüstungsaufträge kürzer treten müsse»¹⁷⁸.

Mögen Hitlers Äusserungen der Schweiz gegenüber im privaten Kreis häufig ausfällig und drohend gewesen sein, in Fragen der Wirtschaft und der Rüstung mässigte sich selbst der sonst so «hemmungslose» Führer des Dritten Reiches und verfolgte eine Politik des Machbaren und der Nützlichkeit¹⁷⁹. Das Einlenken Hitlers im Frühjahr 1943 beweist, wie stark man von der Schweiz bereits abhängig war; die Rüstungslieferungen durften nicht gefährdet werden, ein Handelskrieg war für das Reich keine Alternative mehr, Deutschland war im Gegenteil sogar zum Einlenken bereit. Während des vertragslosen Zustandes entstand im Frühling 1943 sogar die erstaunliche Situation, dass vom Reich weiterhin monatlich 50'000 Tonnen Kohlen und 6'000 Tonnen Eisen geliefert wurden, die schweizerischen Rüstungslieferungen aber gegenüber früher nur ungenügend waren. Generalleutnant Wagner, Chef des Rüstungsamtes im Ministerium Speer, forderte die sofortige Beendigung des vertragslosen Zustandes, da dieser unhaltbar sei¹⁸⁰.

Als am 12. April 1943 die Verhandlungen in Berlin wiederaufgenommen wurden, schaltete sich in der Frage schweizerischer Rüstungslieferungen das OKW ein. Generalfeldmarschall Keitel schrieb am 10. Mai 1943 an Ribbentrop:

«Im Interesse der Sicherung und des Fortgangs der deutschen Rüstungsverlagerungen lege auch ich den grössten Wert darauf, dass dieser Versuch (für einen neuen Handelsvertrag mit der Schweiz, Anm.) gelingt.»

Keitel merkte zwar an, die Schweiz müsse bei einem Scheitern der momentanen Wirtschaftsverhandlungen durch einen in «voller Schärfe» geführten Wirtschaftskrieg zum

178 Aufzeichnung von Ministerialdirektor Wiehl vom 11. März 1943, in: ADAP, Serie E, Bd. 5, S. 388.

179 Weizsäcker notierte sich am 4. Oktober 1942, der Führer habe an der Schweiz lebhaft Kritik gezeigt. Er würde «hemmungslos», wenn es um Anwendung von Gewalt und ums Raffen ginge (Weizsäcker-Papiere, S. 303).

180 Aufzeichnung Wiehls vom 28. März 1943, in: ADAP, Serie E, Bd. 5, S. 496-498.

Einlenken auf die deutschen Forderungen gezwungen werden, doch beweist gerade diese Drohung die Wichtigkeit eines neuen Abkommens für das Reich. Keitels Brief an Ribbentrop schloss mit der Bemerkung, erbitte den Reichsaussenminister, «bei der grossen Bedeutung, die ich dieser Frage wegen der militärischen Bedeutung für die Kriegsführung beimesse», möglichst bald zu antworten¹⁸¹. Keitel hatte zwar einen Wirtschaftskrieg angedroht, machte diesen aber von der Mitwirkung Italiens abhängig, was er selbst bezweifelte; seine Drohung erweist sich als unreal, weil die entscheidende Voraussetzung, ein lückenloses Zusammengehen zwischen Deutschland und Italien, nicht gegeben war.

Während die Verhandlungen in Berlin andauerten, drängte Wiehl in einem Schreiben an Ribbentrop vom 21. Mai 1943, Deutschland müsse unbedingt zu einer Einigung mit der Schweiz kommen, da es sich Deutschland nicht leisten könne, dass die Rüstungslieferungen für längere Zeit ausfallen, wie es bei Anwendung von wirtschaftlichen Kampfmassnahmen der Fall gewesen wäre. Diese sollten nur eingesetzt werden, wenn alle anderen Mittel erschöpft seien. Wirtschaftsvereinbarungen mit der Schweiz würden im «dringendsten deutschen Interesse» liegen, nötigenfalls sei der deutsche Verhandlungsleiter auszuwechseln¹⁸². Im Klartext bedeuteten Wiehls Ausführungen, dass sich Deutschland einen Wirtschaftskrieg mit der Schweiz nicht leisten konnte, da die Rüstungslieferungen keinesfalls auf längere Zeit ausfallen durften.

Ein Lagebericht des AA über den Stand der Wirtschaftsverhandlungen mit der Schweiz vom 3. Juni 1943, verfasst von Ministerialdirektor Clodius, listete alle entscheidenden Punkte auf, welche uns das deutsche Interesse an der schweizerischen Rüstungsproduktion zeigen:

- Das Rüstungsministerium unter Speer, das Oberkommando der Wehrmacht unter Keitel und sämtliche übrigen Ministerien hätten erklärt, wirtschaftliche Kampfmassnahmen gegen die Schweiz kämen nicht in Frage, da das Reich auch auf die beschränkten Rüstungslieferungen aus der Schweiz keinen Monat verzichten könne.
- Die Reichsbankdirektion nehme eine ähnliche Haltung ein, weil die Schweiz die einzige Möglichkeit für die Beschaffung von freien Devisen darstelle.
- Die schweizerischen Rüstungslieferungen würden zwar nur etwa ½ % der deutschen Rüstungskapazität ausmachen, es handle sich jedoch um «besonders wichtige technische Speziallieferungen», die das deutsche Panzer- und Fernsteuerungsprogramm erheblich beeinflussten.
- Ein schweizerischer Stromlieferungsboykott würde in Süddeutschland die Aluminium- und Kriegsproduktion beeinträchtigen.
- Wirtschaftsminister Funk habe erklärt, er könne nicht einmal für zwei Monate auf die Möglichkeit verzichten, in der Schweiz Devisentransaktionen durchzuführen, die vor allem in der Umwandlung von Gold in freie Devisen bestünden.
- Die Kohlentransporte nach Italien durch den Gotthard dürften nicht gefährdet werden, da sie etwa die Hälfte der Gesamtlieferungen darstellten.

Clodius wies abschliessend darauf hin, Deutschland solle sich bei den Wirtschaftsverhandlungen mit der Schweiz nicht dazu hinreissen lassen, konkret mit einem Wirtschafts-

181 Schreiben Keitels vom 10. Mai 1943, in: ADAP, Serie E, Bd. 6, S. 51-52.

182 Aufzeichnungen Wiehls vom 21. Mai 1943, in: ADAP, Serie E, Bd. 6, S. 85-86.

krieg zu drohen, da die Regierung in Bern erfahrungsgemäss nicht nachgeben und sich Deutschland dabei in seiner Verhandlungsposition stark schwächen würde, da ein Wirtschaftskrieg effektiv gar nicht in Frage käme¹⁸³.

Anfangs Juni 1943 erteilte Hitler die Anweisung, die Wirtschaftsverhandlungen mit der Schweiz seien so weiterzuführen, dass auch ohne Anwendung wirtschaftlicher Kampfmassnahmen ein für Deutschland möglichst befriedigendes Ergebnis erreicht werde¹⁸⁴. Diese Führeranweisung ist der endgültige Hinweis darauf, dass sich Deutschland im Sommer 1943 keinen Wirtschaftskrieg gegen die Schweiz mehr leisten konnte und selbst Hitler in dieser Frage einlenken musste. Am 23. Juni 1943 wurde ein Protokoll unterzeichnet, das Deutschland die dringend benötigten Rüstungslieferungen sicherte¹⁸⁵. Als Reichsminister Speer im Juni 1943 erklärte, äusserstenfalls könne Deutschland auf die «unentbehrlichen» Rüstungslieferungen aus der Schweiz doch verzichten, notierte Clodius im AA, diese plötzliche Meinungsänderung Speers hätte im OKW und in allen anderen beteiligten Ministerien grosses Erstaunen hervorgerufen; ein Wirtschaftskrieg mit der Schweiz müsse verhindert werden, was insbesondere Wirtschaftsminister Funk hervorhob, da Deutschland für die Devisenbeschaffung auf die Schweiz dringend angewiesen sei¹⁸⁶.

Am 17. Juli 1943 hielt Clodius in einem Schreiben an Ribbentrop fest, die schweizerischen Lieferungen an Deutschland würden wegen ihrer technischen Spezialfunktionen «Schlüssellieferungen» darstellen, und die deutschen Ministerien hätten ein dringendes Interesse an einem baldigen definitiven Vertragsabschluss mit der Schweiz¹⁸⁷. Rüstungsminister Speer habe entgegen seinen früheren Aussagen, wonach Deutschland auf die schweizerische Produktion verzichten könne, diese Meinung als «überholt» bezeichnet. Die gleiche Ansicht vertrete auch der Chef des Rüstungsamtes im Reichsministerium für Bewaffnung und Munition, General Wagner¹⁸⁸.

Im Sommer 1943 veränderte sich die Situation der Achse in Italien radikal: Am 10. Juli 1943 landeten alliierte Streitkräfte auf Sizilien, am 25. Juli wurde in Italien Mussolini gestürzt, und die neue Regierung unter Marschall Badoglio trat in Geheimverhandlungen mit den Alliierten, was im September 1943 zum vorläufigen Waffenstillstand führte. Die Lage schuf für die Schweiz eine neue Situation, die nicht ungefährlich war. Köcher telegraphierte zu dieser Frage am 29. Juli 1943 ans AA, Deutschland müsse der Schweiz Be-

183 Aufzeichnungen Clodius vom 3. Juni 1943, in: ADAP, Serie E, Bd. 6, S. 130-133. Am 17. Mai 1943 hatten englische Bomber durch die Zerstörung der Talsperren des Ruhrgebietes versucht, das Zentrum der deutschen Rüstungsproduktion auszuschalten, was nur zum Teil gelang. Die Wirtschaftsverhandlungen sind auch in diesem Zusammenhang zu sehen (*Speer, Erinnerungen*, S. 293 ff.).

184 Aufzeichnung von Clodius vom 27. Juni 1943, in: ADAP, Serie E, Bd. 6, S. 206.

185 *Bonjour*, Bd. VI, S. 255 ff.

186 Clodius an Ribbentrop am 12. Juni 1943, in: PAB, Büro Staatssekretär, betr. Schweiz, Bd. 1, 1938-43.

187 Dieser kam erst mit dem Abkommen vom 1. Oktober 1943 zustande.

188 Clodius an Ribbentrop am 17. Juli 1943, in: PAB, Büro Staatssekretär, Bd. 1.

fürchtungen, das Reich plane eine Präventivbesetzung des Landes, nehmen, und wollte von Berlin wissen, ob er der Regierung eine entsprechende Erklärung abgeben könne. Köcher betonte, dass am schweizerischen Verteidigungswillen nicht zu zweifeln sei und Deutschland alles Interesse an einer Aufrechterhaltung der Neutralität habe¹⁸⁹.

Wir müssen Köcher zugestehen, dass er dem Auswärtigen Amt nie empfohlen hatte, direkt gegen die Schweiz vorzugehen, sei dies mit militärischen oder anderen Mitteln. Er tolerierte zwar die deutsche Spionage in der Schweiz und förderte sie in gewissen Fällen aktiv¹⁹⁰, sah aber andererseits die Vorteile der schweizerischen Neutralität für das Reich und wirkte eher mässigend auf Berlin ein.

Ribbentrop selbst hegte jedoch immer wieder Zweifel am unbedingten Willen zur Neutralität in der Schweiz. Im September 1943 waren über SD-Chef Kaltenbrunner Meldungen eingegangen, die USA übe massiven Druck auf die Schweiz aus, endlich ins alliierte Lager umzuschwenken. General Guisan habe jedoch in einer geheimen Besprechung mit höheren Truppenführern festgelegt, einer alliierten Besetzung schweizerischer Flughäfen sei nicht mit der Waffe, sondern nur mit diplomatischen Protesten entgegenzutreten¹⁹¹. Solche Meldungen alarmierten den deutschen Aussenminister, der unverzüglich bei Köcher anfragte, was an diesen Informationen zutrefte. Am 1. Oktober 1943 telegraphierte Ribbentrop erneut an Köcher und wollte von diesem wissen, wie er das Zusammentreffen Guisans mit Schellenberg am 3. März 1943 in Biglen beurteile und ob die schriftliche Erklärung Guisans, die Schweiz werde unter allen Umständen kämpfen, gegen wen auch immer, glaubwürdig sei. Ribbentrop erwähnte die Generalstabsbesprechungen zwischen der Schweiz und Frankreich und zweifelte in diesem Zusammenhang die Glaubwürdigkeit des Generals an¹⁹². Dieser Vorgang zeigt uns, dass Ribbentrop ausdrücklich an der Stellungnahme des Gesandten in Bern interessiert war und dass dessen Einschätzung der Situation die deutschen Entscheide beeinflussen konnte.

Köcher antwortete am 7. Oktober 1943 telegraphisch und führte Folgendes aus: Es sei unwahrscheinlich, dass Roosevelt von der Schweiz die Zurverfügungstellung von Flugplätzen gefordert habe, die Regierung in Bern würde ein solches Ansinnen «schroff ablehnen». Guisan habe seinen Truppenführern sicher nicht gesagt, die Truppe müsse kampfflos kapitulieren. Das Schweizervolk würde aus «angeborenem Misstrauen gegen jede Generalspolitik» Weisungen Guisans keine Folge leisten, die im Widerspruch zur Regierungspolitik oder zu den schweizerischen Staatsmaximen lägen. Guisan sei ein Vertrat der Neutralität nicht zuzutauen.

189 Telegramm Köchers vom 29. Juli 1943, in: ADAP, Serie E, Bd. 6, S. 337-338.

190 Im April 1942 hatte Köcher Bedenken gegen die Zuteilung von SS-Sturmabführer Neumann als Legationssekretär in der Gesandtschaft. Um eine Kompromittierung zu vermeiden, sollte Neumann im Konsulat Zürich eingesetzt werden (PAB, Politische Abteilung IIg, Schweiz, Tätigkeit des SD).

191 Telegramm des Gesandten Sonnleithner an Köcher vom 29. September 1943, in: ADAP, Serie E, Bd. 6, S. 603-605.

192 Telegramm Ribbentrops an Köcher vom 1. Oktober 1943, in: ADAP, Serie E, Bd. 7, S. 3-5.

«Zusammenfassend melde ich pflichtgemäss, dass ich an die ehrliche Absicht der Schweizer glaube, sich gegen einen Angriff der Engländer und Amerikaner mit aller Entschiedenheit und unter Einsetzung aller militärischen Machtmittel zur Wehr zu setzen»¹⁹³.

Wir müssen davon ausgehen, dass sich Köchers Bericht nach Berlin auf die Haltung des Reiches gegenüber der Schweiz auswirkte. Es war für die Eidgenossenschaft in dieser Phase des Krieges von entscheidender Bedeutung, die Neutralität glaubwürdig aufrechtzuerhalten; ein Abschwanken in das alliierte Lager wäre für das Land mit unabsehbaren Folgen verbunden gewesen.

Ein umfangreicher Bericht des Gesandten I. Klasse, Schnurre, an Ribbentrop vom April 1944 bestätigt den hohen Stellenwert der schweizerischen Industrie- und Rüstungsproduktion für Deutschland: Neben der Wichtigkeit der Lieferung von kriegsnotwendigen Produkten für die deutsche Rüstung wurde nun vor allem die Bedeutung der Schweiz als Devisen- und Golddrehzscheibe hervorgehoben:

«Durch den Abschluss des Wirtschaftsvertrages wird im Übrigen der Reichsbank die Möglichkeit offengehalten, auf dem schweizerischen Markt Gold gegen Devisen zu verkaufen. Nach der gegenwärtigen Lage in den neutralen Staaten dürfte die Schweiz das einzige Land sein, in dem diese für uns kriegswichtigen Transaktionen noch vorgenommen werden können.»

Zum Stellenwert des Gotthardtransits vermerkte der Bericht:

«Der Süd-Nord-Transit ist mengenmässig bedeutend geringer (als der Nord-Süd-Transit, Anm.), ist aber nach den Mitteilungen des Rüstungsministeriums von entscheidender Bedeutung für die Rüstungsfertigung»¹⁹⁴.

In dieser Phase des Krieges war die Schweiz für Deutschland zu einem unentbehrlichen Faktor für den Alpen transit und für die Devisenbeschaffung geworden, wobei die Rolle der Schweiz in der Konvertierung des deutschen Goldes, das weitgehend aus besetzten Gebieten stammte und widerrechtlich beschafft worden war, in einer Einzeluntersuchung abzuklären wäre¹⁹⁵. Köcher sprach in einem Telegramm vom 1. Juli 1944, also bereits nach der alliierten Landung in der Normandie am 6. Juni 1944, sogar von der Rolle der Schweiz als «Gold- und Devisenwechselstube des Reichs»¹⁹⁶.

Es ist bezeichnend, dass Köchers Berichte ans AA in den zwei letzten Kriegsjahren nur noch zwei Hauptthemen kannten: Entweder bildete die schweizerische Neutralität den Gegenstand, oder dann liess sich der deutsche Gesandte über Fragen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern aus. Diese beiden Bereiche waren dominant in den Vordergrund getreten, während Fragen der Pressebeziehungen oder nationalsozialistischer Gruppen in der Schweiz an Bedeutung verloren hatten. Das Deutsche Reich kämpfte seit dem Jahre 1944 ums Überleben und hatte der Schweiz gegenüber nur noch zwei entscheidende Interessen: Die Eidgenossenschaft sollte neutral bleiben und weiterhin für die deutsche Rüstung produzieren.

193 Telegramm Köchers ans AA vom 7. Oktober 1943, in: ADAP, Serie E, Bd. 7, S. 54-57.

194 Fernschreiben des Gesandten Schnurre an Ribbentrop vom 8. April 1944, in: ADAP, Serie E, Bd. 7, S. 613-616.

195 W.A. Boelcke: «Zur internationalen Goldpolitik ...», a.a.O., S. 292-309.

196 Telegramm Köchers ans AA vom 1. Juli 1944, in: ADAP, Serie E, Bd. 8, S. 153.

Als die Schweiz am 1. Oktober 1944 die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Deutschland verbot, war Köcher froh, dass die Schweiz wenigstens noch industrielle und landwirtschaftliche Güter lieferte und weiterhin als Devisen- und Goldmarkt funktionierte. Er konnte in seinem Telegramm jedoch nicht verbergen, dass Deutschland unterdessen in eine hoffnungslose Lage geraten war und froh sein musste, von einem Kleinstaat wie der Schweiz überhaupt noch beliefert zu werden¹⁹⁷.

Köchers Rolle als deutscher Gesandter in Bern während der ganzen Kriegszeit beurteilen zu wollen, ist nicht ganz einfach. Als das Reich stark und siegreich dastand, waren Köchers Auftreten und Verhalten entsprechend; mit zunehmender Verschärfung der Kriegslage veränderte sich auch seine Position. Zu Beginn des Jahres 1943 empfahl er z.B. dem AA nach der Proklamierung des totalen Krieges durch Goebbels die Intensivierung der deutschen Propaganda in der Schweiz; das Reich sollte vor allem an die Solidarität der «abendländischen Kulturgemeinschaft» appellieren, da nur Deutschland in der Lage sei, die bolschewistische Gefahr im Osten für Europa zu bannen¹⁹⁸. In diesen Worten gab sich der deutsche Gesandte ganz als Nationalsozialist zu erkennen, der sich mit dem Sendungsauftrag des Dritten Reiches identifizierte. Die schweizerische Bevölkerung gehöre «blutmässig und in Kultur und Sprache» zu Deutschland¹⁹⁹, hatte er schon im August 1941 Pilet-Golaz gegenüber erklärt, doch erkannte Köcher auch, dass in der Schweiz ein tiefverwurzeltes Gefühl für Unabhängigkeit und Selbstbestimmung herrschte und sich die Schweiz nicht wie Österreich einfach kampflos anschliessen lassen würde. Gesamthaft betrachtet, können wir Köcher nicht nachweisen, dass er eine aktive Politik der Einverleibung der Schweiz ins Deutsche Reich betrieb; tendenziell wirkte er mit zunehmender Kriegsdauer eher beruhigend auf das Auswärtige Amt in Berlin ein, da er den Nutzen einer unabhängigen und unzerstörten Schweiz für Deutschland erkannt hatte.

197 Telegramm Köchers ans AA vom 1. Oktober 1944, in: ADAP, Serie E, Bd. 8, S. 481-483.

198 Köcher ans AA am 21. Januar 1943, in: *Bonjour*, Bd. VIII, S. 89-90.

199 Köcher ans AA am 6. August 1941, in: *Bonjour*, Bd. VIII, S. 72-74.

F. Nationalsozialistische Presse

1. Zur Situation der deutschen Presse nach 1933

Mit der Machtübernahme Hitlers änderte sich die Lage der Zeitungen in Deutschland grundlegend. Hatte die nationalsozialistische Presse bis 30. Januar 1933 keine Gelegenheit versäumt, die Politik der Regierungen vor dem Machtwechsel anzugreifen, verfügte der spätere Reichspressechef Dr. Otto Dietrich schon eine Woche nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler:

«Als Regierungspresse darf unsere Presse in Zukunft selbstverständlich weder die Regierung angreifen noch ihr Vorschriften machen bzw. Forderungen an sie stellen. Die Regierungsmassnahmen, die bekanntlich alle den Namen unseres Führers tragen, sind in Zukunft in jeder nur denkbaren Weise journalistisch zu unterstützen und zu popularisieren»¹.

Die nationalsozialistische Parteipresse, die bisher einen rein privatrechtlichen Charakter hatte, war durch den Machtwechsel quasi über Nacht zur Regierungspresse geworden und diente in dieser neuen Funktion dem eben errichteten Regime Hitlers als Instrument der Propaganda und der Herrschaftssicherung². Bereits die ersten Massnahmen der Regierung unter Hitler zielten auf eine durchgreifende Überwachung jeder «künstlerischen, literarischen und publizistischen Äusserung hin», wie es Karl-Dietrich Abel formuliert³. Mit dem «Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich» vom 23. März 1933, dem sogenannten «Ermächtigungsgesetz», verschaffte sich Hitler die Möglichkeit, gegen oppositionelle Blätter und Veröffentlichungen vorzugehen: Allein im Jahre 1933 wurden rund 600 Zeitungen verboten und beschlagnahmt⁴. Die nicht genehmten Publikationen wurden meist ohne Entschädigung enteignet; als ausführendes Organ wirkte die für ihre Methoden berühmte SA. Am 13. März 1933 folgte durch Erlass von Reichspräsident Hindenburg die Errichtung des «Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda», das Josef Goebbels unterstellt wurde⁵. Die Aufgaben und Kompetenzen des Propagandaministeri-

1 *Henning Storek*: «Dirigierte Öffentlichkeit – Die Zeitung als Herrschaftsmittel in den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Regierung», Opladen 1972, S. 33.

2 *Carin Kessemeier*: «Der Leitartikler Goebbels in den NS-Organen 'Der Angriff' und 'Das Reich'», Münster 1967, S. 26 ff.

3 *Karl-Dietrich Abel*: «Presselenkung im NS-Staat – Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit», Berlin 1968, S. 27.

4 *Erika Martens*: «Zur Phänomenologie der Presse im totalitären Regime – zum Beispiel Das Reich», Köln 1972, S. 19; auch:

Kurt Koszyk: «Das Ende des Rechtsstaates 1933/34 und die deutsche Presse», Düsseldorf 1960, S. 14 (Sonderdruck aus: «Journalismus», Bd. 1, Schriftenreihe des Deutschen Instituts für publizistische Bildungsarbeit).

5 Hitler hatte in der Kabinettsitzung vom 7. März 1933 die Errichtung eines solchen Ministeriums gefordert und schon eine Woche später durchgesetzt.

Helmut Heiber: «Josef Goebbels», München 1974, S. 120 (TB-Ausgabe).

ums wurden durch Gesetz vom 30. Juni 1933 definitiv festgelegt, wodurch sich Goebbels schon früh die Zentralisierung der Presse sicherte und die übrigen Organe unter seine Kontrolle brachte⁶. Hitler selbst hatte in seiner Rede zum Ermächtigungsgesetz die Sanierung des kulturellen Lebens in Deutschland angekündigt und dabei das Ziel der neuen Pressepolitik sichtbar werden lassen: Die neue Führung strebte die einheitliche Zusammenfassung aller publizistischen Wirkungsmittel im Dienste der nationalsozialistischen Herrscher an⁷. Die weiteren Schritte zur totalen Kontrolle der Presse waren das «Reichskulturkammergesetz»⁸ vom 22. September 1933 und vor allem das «Schriftleitergesetz» vom 4. Oktober 1933⁹. Hatte das Reichskulturkammergesetz Goebbels' zur Bildung von Körperschaften des öffentlichen Rechts ermächtigt, was die Zusammenfassung der einzelnen Berufszweige in der «Reichspressekammer» ermöglichte, brachte die Regierung mit dem Schriftleitergesetz die Presse völlig unter ihre Kontrolle. Alle politisch missliebigen Redakteure konnten von ihrem Beruf ausgeschlossen werden, «Nichtarier» waren grundsätzlich im Bereich Publizistik nicht mehr zugelassen. Der einzelne Journalist wurde zum Sachverwalter der nationalsozialistischen Staatsidee verpflichtet und war faktisch Willensvollstrecker des Staates. Eine eigentliche Zensur war nur noch ausnahmsweise notwendig, da der einzelne Schriftleiter von sich aus nur das schrieb, was den generellen Richtlinien entsprach. Das Schriftleitergesetz wurde somit zum Gerüst und wichtigsten Instrument der totalitären Presselenkung¹⁰. Im Propagandaministerium legte Reichspressechef Dr. Dietrich während seiner täglichen Pressekonferenzen die «Sprachregelungen» für die Presse fest, welche den deutschen Zeitungen Nachrichten und Kommentare vorschrieben. Ausserdem formulierte Dietrich die Tagesparole, die unbedingt verbindlich war und von niemandem umgangen werden konnte¹¹. Das Propagandaministerium musste seinerseits auf die Einsprüche und Wünsche von anderen Ministerien eingehen, wobei hier in erster Linie das Auswärtige Amt, das Wirtschaftsministerium, das spätere Rüstungsministerium und das OKW zu nennen wären. Während der zwölfjährigen nationalsozialistischen Herrschaft wurden insgesamt ca. 50'000-80'000 Anweisungen, d.h. Sprachregelungen, ausgegeben, und zwar während der täglichen «Reichspressekonferenz» am Vormittag nach 10 Uhr¹². Es ist nicht das Ziel unserer Untersuchung, die Mittel

6 *Karl Bracher/W. Sauer/G. Schulz*: «Die nationalsozialistische Machtergreifung», Köln 1960, S. 550.

7 *Abel*, S. 28.

8 Text des Reichskulturkammergesetzes vom 22. September 1933, in: *Reichsgesetzblatt 1/1933*, S. 661.

9 Text des Schriftleitergesetzes vom 4. Oktober 1933, in: *Reichsgesetzblatt 1/1933*, S. 713; auch in: *Joseph Wulf*: «Presse und Funk im Dritten Reich – Eine Dokumentation», Gütersloh 1964, S. 72 ff. (gekürzte Version mit zeitgenössischen Kommentaren).

10 *Abel*, S. 30; auch:

Walter Hagemann: «Publizistik im Dritten Reich – Ein Beitrag zur Methodik der Massenführung», Hamburg 1948, S. 36 ff. und:

Jürgen Hagemann: «Die Presselenkung im Dritten Reich», Bonn 1970, S. 25 ff.

11 *Martens*, S. 21.

12 *Jürgen Hagemann*, S. 36.

der nationalsozialistischen Presselenkung im Detail darzustellen; dazu sei auf die erwähnte Fachliteratur verwiesen. Uns interessiert vor allem die Tatsache der Pressevereinheitlichung im Dritten Reich, welche paradoxerweise die Relevanz eines bestimmten Zeitungsartikels erhöht: Die Gleichschaltung der deutschen Presse gibt uns die Gewissheit, dass der entsprechende Kommentar eines Schriftleiters in Übereinstimmung mit der Regierungshaltung stand und somit den nationalsozialistischen Standpunkt zu einem bestimmten Thema wiedergab.

Im Jahre 1940 wurde die «Tagesparole» eingeführt, welche aus verschiedenen Abschnitten bestand und Anweisungen zur Hervorhebung oder Unterdrückung von Nachrichten enthielt und ausserdem die momentane politische Tendenz der Presse vorschrieb; ergänzt wurde die Tagesparole durch die «Vertraulichen Informationen», welche von anderen Behörden stammten und nicht zwingend verbindlich waren, was aber nicht verhinderte, dass auf diese Weise die Wünsche der verschiedenen Ministerien in der Presse ihren Niederschlag fanden¹³. Eine weitere Massnahme zur totalen Pressekontrolle bestand in der Übernahme der politisch unzuverlässigen Verlage durch die parteieigene «Vera-Verlagsgesellschaft»; dieses Vorgehen führte dazu, dass nahezu die ganze deutsche Presse in den Besitz eines nationalsozialistischen Pressekonzerns gelangte¹⁴. Generell kann festgehalten werden, dass die gleichgeschaltete Presse im Dritten Reich mit der nationalsozialistischen Ideologie derart verknüpft bzw. von ihr beherrscht war, dass ihr Akklamationsfunktion und somit ein betont «normativer Charakter» zugesprochen werden muss¹⁵.

2. Der «Völkische Beobachter» unter Alfred Rosenberg

1920 kaufte die NSDAP den Völkischen Beobachter, der schon 1887, damals unter dem Namen «Münchener Beobachter», gegründet worden war. Herausgeber war Hitler, die Redaktion wurde von Dietrich Eckart¹⁶ geleitet. Neben dem «Angriff» stellte der VB das eigentliche Kampf- und Propagandaorgan der nationalsozialistischen Bewegung bis 1933 dar und entwickelte sich von einer bescheidenen Auflage von 8'000 Exemplaren im Jahre 1920 zur weitestverbreiteten Zeitung im Dritten Reich mit einer Auflage von 1'700'000 Exemplaren für das Jahr 1944. Nach der Machtergreifung musste sich der VB auf die Rolle einer Regierungszeitung umstellen, nachdem das Blatt jahrelang einen völlig ein-

13 *Abel*, S. 51 ff.

14 *Martens*, S. 22-23.

15 *Storek*, S. 113 und:

Josef Krumbach: «Grundfragen der Publizistik – Die Wesenselemente des publizistischen Prozesses, seine Mittel und Ergebnisse», Berlin und Leipzig 1935, S. 202.

16 Dietrich Eckart (1868-1923) war Schriftsteller und verfasste antisemitische Stücke und Gedichte.

Die NSDAP feierte ihn nach seinem Tod kurz nach seiner Teilnahme am Münchner Putsch vom 9. November 1923 als Held und Märtyrer.

seitigen und demagogischen Charakter trug. Als Eckart 1923 starb, rückte Alfred Rosenberg¹⁷ als Chefredaktor des VB nach, dessen Einfluss auf die Redaktion allerdings von Erika Martens als nicht gross eingeschätzt wird¹⁸. Für unsere Untersuchung interessiert nur das Parteiblatt der NSDAP nach 1933, da nun der Völkische Beobachter die Haltung der Regierung bis zu einem gewissen Grade widerspiegelte. Der Verlagsleiter des VB und «Reichsleiter für die Presse», Max Amann¹⁹, definierte die Aufgabe der parteiamtlichen Presse folgendermassen:

«Wenn die parteiamtliche Presse trotzdem auch weiterhin eine besondere Stellung innehaben soll, so deshalb, weil sie in besonderem Masse die Voraussetzungen dafür besitzt, dass die nationalsozialistische Weltanschauung in voller Reinheit, unverfälscht und unbeeinflusst von abweichenden oder dem Nationalsozialismus fremden Gedankengängen, vertreten wird»²⁰.

Schon im April 1933 meldete der VB: «Auch die Schweiz erwacht!» und vermerkte eine Versammlung der «Nationalen Front» in Zürich; die schweizerische nationale Bewegung sei jedoch keine Nachahmung des Nationalsozialismus, obwohl Judentum und Freimaurerei bekämpft würden²¹. Zwei Wochen später folgte eine ausführliche Darstellung der Veranstaltung im grossen Saal der Kaufleuten, an welcher Divisionär Sonderegger über «Ordnung im Staat» gesprochen hatte. Die Berichterstattung betonte den vaterländisch-patriotischen Charakter der Versammlung und nannte die schweizerischen Entsprechungen gegenüber den deutschen Vorbüdern: Die Schutzabteilungen wurden «Harst» genannt, der Kampftruf lautete nicht «Heil», sondern altschweizerisch «Haarus». Auch die erhobene Hand würde sich nicht als Hitlergruss, sondern als Gruss der schweizerischen Landsknechte verstehen, wie es auf einem Hodlergemälde dargestellt sei²². Die schweizerische Erneuerungsbewegung wurde in diesem ersten Jahr der Machtergreifung Hitlers in Deutschland nur noch ein einziges Mal erwähnt, als die «Nationale Front» in Schaffhausen und Zürich bei den Gemeinderatswahlen Stimmengewinne verzeichnen konnte; obwohl

17 Alfred Rosenberg, geb. 1893, nahm schon am Münchner Putsch teil und trat als Ideologe der Bewegung hervor. 1933 wurde er Reichsleiter und Chef des «Aussenpolitischen Amtes der NSDAP». Er war der «Beauftragte des Führers für die weltanschauliche Schulung in der Partei» und zwischen 1941 und 1945 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete. Er wurde 1946 als Urheber des Rassenhasses in Nürnberg hingerichtet.

18 Martens, S. 29.

19 Max Amann leitete den Verlag des Völkischen Beobachters und konnte schon 1933 alle Parteiverlage in Deutschland in seiner Hand vereinen. Er war Präsident der «Reichspressekammer» und kontrollierte dadurch auch die übrigen Verlage. Mit seinen Verordnungen und Verfügungen besass er im Pressewesen weitgehende Vollmachten; so ordnete er schon 1933 an, dass keine weiteren Neugründungen von Zeitungen mehr erfolgen dürfen (Storek, S. 69 ff.). Eine weitere Darstellung der Befugnisse Amanns gibt: Abel, S. 5 ff.

20 Schreiben Amanns «Über die Stellung der parteiamtlichen Presse im nationalsozialistischen Staat» vom 25. Januar 1934 an die Reichsleiter, Gauleiter und verantwortlichen Verlagsleiter der parteiamtlichen Presse, in: Wulf, S. 181-183.

21 VB Nr. 115 vom 25. April 1933.

22 Die Veranstaltung der Nationalen Front fand am 22. April 1933 statt, und es bemühten sich ca. 2'000 um Eintritt. Der Hauptredner neben Robert Tobler, dem Frontenführer, war Oberstdivisionär Emil Sonderegger a.D., der Kommandant der Zürcher Ordnungstruppen während des Generalstreiks von 1918 (vgl. auch mit: VB Nr. 126 vom 6. Mai 1933).

der VB betonte, die «jugendfrische» Nationale Front habe eine ähnliche Zielsetzung wie die NSDAP, verwarf er sich gegen die von schweizerischen Marxisten aufgestellte Behauptung, die schweizerische nationale Bewegung würde mit Deutschland Zusammenarbeiten²³.

Ein anderes Thema des Jahres 1933 war die deutsche Emigration in die Schweiz. Der VB veröffentlichte schon im März eine Namensliste von deutschen Staatsbürgern, welche in schweizerischen «Luxushotels» ein gutes Leben führten, wobei betont wurde, dass es sich dabei in erster Linie um Juden handle²⁴. Schon hier erscheint die Schweiz in einem ironisierenden, wenn nicht herabsetzenden Zusammenhang: Überschriften wie «Juden in den seligen Gefilden der Schweiz» und «Die armen Juden überfüllen die Schweizer Luxushotels» deuteten eine Tendenz an, wie die Schweiz in den kommenden Jahren im VB dargestellt werden sollte. Andererseits wurden schweizerische Pressestimmen immer dann erwähnt, wenn sie sich in irgendeiner Weise anerkennend über Vorgänge in Deutschland äusserten: Als im Sommer Hugenberg, Führer der «Deutsch-Nationalen» und Wirtschaftsminister in der ersten Regierung unter Hitler, ausgeschaltet wurde und zurücktrat, meldete der Völkische Beobachter, die Kommentare aus der Schweiz seien «überraschend leidenschaftslos und sachlich gehalten», was angesichts der überwiegend «demokratisch-liberalistischen, kapitalistischen» Einstellung der schweizerischen Presse überaus bemerkenswert sei²⁵. Als in Stuttgart im Sommer 1933 das 15. Deutsche Turnfest mit ausländischer Beteiligung abgehalten wurde, holte der VB zu einem eigentlichen Exkurs über die Turnbewegung in der Schweiz aus: Der eidgenössische Turnverein sei der Träger einer starken Wehrbewegung; hinter ihm stecke die Idee der Schweizer Eidgenossenschaft in ihrer «volkstümlichen Verkörperung»:

«Turner und Schützen sind die starken Stützen der Schweizer Eidgenossenschaft, zwei Bewegungen, die tief im Volke wurzeln»²⁶.

Können wir diese Wendungen noch als Freundlichkeiten und als ein wohlwollendes Anerkennen der schweizerischen Eigenständigkeit interpretieren, entlarvt sich ein grösserer Artikel über den 1. August 1933 in der Schweiz als eine nationalsozialistische Umdefinierung des Nationalfeiertages: In der Einleitung wird fast übersteigert die Bedeutung dieses Datums für die schweizerische Einheit hervorgehoben, doch verkehrt im zweiten Teil des Artikels der Autor den schweizerischen Patriotismus als das Resultat der nationalsozialistischen Revolution unter Adolf Hitler. Erst die Vorgänge in Deutschland hätten die «nationale Wiedergeburt» der Schweiz möglich gemacht; als Beweis dafür zitierte der VB aus einer Rede von Bundesrat Minger, der die nationale Einheit des Landes und die Notwendigkeit einer starken Landesverteidigung angesprochen hatte. Zum Schluss wurde festgehalten:

23 VB Nr. 283 vom 10. Oktober 1933.

24 VB Nr. 81 vom 22. März und Nr. 88 vom 29. März 1933.

25 VB Nr. 185 vom 4. Juli 1933.

26 Neben der Schweiz wurden auch Turner aus anderen Ländern lobend erwähnt. Der Grundtenor des Artikels bestand darin, dem Leser die übernationale Verbundenheit des deutschen Turnwesens mit Angehörigen anderer Staaten zu demonstrieren; VB Nr. 203 vom 22. Juli 1933.

«Ohne Mussolinis Faschismus und den deutschen Nationalsozialismus hätte aber auch im Lande Wilhelm Teils der rote Hahn des Bolschewismus das Schweizer Haus angezündet ...»²⁷.

Diese Darstellung sollte suggerieren, die Schweiz habe nur die Wahl zwischen einer Orientierung am deutschen und italienischen Vorbild und dem Sieg des Bolschewismus, der das Ende der schweizerischen Demokratie bedeute. Dass der nationalsozialistische Weg ebenfalls ein Ende demokratischer Strukturen zur Folge hatte, wurde wohlweislich verschwiegen.

In einem ausführlichen Artikel mit dem Titel «Österreich, Belgien und die Schweiz» definierte der VB die Eidgenossenschaft als ein selbständiges Staatswesen ohne rechtliche Bindungen an das Deutsche Reich; Dr. Hans Lechner²⁸, der Autor, bezeichnete die Schweiz als «Rest einer mittelalterlichen Staatenwelt, die ziemlich vereinsamt in die moderne Zeit herüberrahe». Obwohl Lechner die staatliche Selbständigkeit der Schweiz auf die Entwicklungen des 14. Jahrhunderts zurückführte²⁹, bemerkte er:

«Unmöglich erscheint es nicht, dass einmal, wenn Deutschland wieder gross geworden ist, die heute oft recht deutschfeindliche deutsche Schweiz aus eigenem Bedürfnis danach drängt, mit dabei zu sein und ganz von selbst den Weg zum Reiche sucht.»

Die Schweiz liege in einem toten Winkel des europäischen Kraftfelds, und die Vielsprachigkeit sei eigentliches Merkmal der staatlichen Eigenart. Wirtschaftlich sei das Land für sich lebensfähig und insofern eine natürliche Einheit³⁰. Lechner wollte in seinen Ausführungen über die Schweiz vor allem darstellen, dass Österreich im Gegensatz zur Eidgenossenschaft keine Existenzberechtigung habe; ganz offen schloss er seinen Artikel mit der Forderung, Österreich könne keine «deutsche Schweiz» werden, sondern müsse sich dem Reich anschliessen. Insofern ist diese Gegenüberstellung bedeutsam, indem der Völkische Beobachter einen prinzipiellen Unterschied der staatlichen Grundlagen von Österreich und der Schweiz konstruierte: Wurde auch die Möglichkeit eines freiwilligen Anschlusses für die Schweiz offengelassen, anerkannte der Autor die Legitimität und die geschichtlichen Wurzeln der eidgenössischen Selbständigkeit innerhalb Europas, während Österreich das Recht auf Eigenstaatlichkeit rundweg abgesprochen wurde.

Im Oktober 1933 erschien im Völkischen Beobachter ein Bericht über die «Wehrmacht der Schweiz», in welchem die Armee als rein defensiv bezeichnet und der schweizerische Wehrwille als vorbildlich dargestellt wurde: Nach einer relativ sachlichen Darstellung der Schweizerarmee und ihrer Organisation mündete der Artikel in folgende Gesamteinschätzung:

27 Im Artikel wurde auch besonders auf die Rolle der Erneuerungsbewegungen bei der nationalen «Wiedergeburt» hingewiesen; VB Nr. 217 vom 5. August 1933.

28 Dr. Hans Lechner, geb. 1906, studierte in München, Würzburg und Berlin Rechtswissenschaft und schrieb seine Dissertation 1932 über das Thema «Zur neuesten Entwicklung der rechtlichen Stellung der Einzelperson im Staat» bei Prof. Nawiasky von der Universität München.

29 Wahrscheinlich meinte Lechner damit die Morgartenkriege, in denen sich die junge Eidgenossenschaft gegen Habsburg behaupten konnte.

30 VB Nr. 220 vom 8. August 1933.

«Die Schweizer Armee ist von einem vorzüglichen soldatischen Geist durchdrungen. Aber sie ist schwerfällig organisiert und unmodern bewaffnet ... Die führenden Soldaten fordern seit Langem eine Reorganisation ... Vorbildlich am Schweizervolk sind seine Wehrfreudigkeit und sein einheitlicher Wille, die Grenzen seines Landes gegen jeden Angriff zu schützen»³¹.

Vier Tage später verwahrte sich der VB gegen Gerüchte, der deutsche Generalstab plane bei einem zukünftigen Konflikt mit Frankreich als Umgehungsvariante einen Durchmarsch durch den schweizerischen Jura, und beschuldigte Bundesrat Minger, dass er solche «Lügenpropaganda»³² übernehme³³.

Im Dezember 1933 erfuhr der Völkische Beobachter eine politische Aufwertung, indem er durch Erlass von Innenminister Frick zum «Amtlichen Organ aller deutschen Behörden» erhoben wurde; für Behördenmitglieder war es ab sofort Pflicht, den VB zu lesen und diesen zu berücksichtigen. Bekanntmachungen von überregionaler Bedeutung wurden nun mittels des VB veröffentlicht und waren dadurch verbindlich³⁴.

Der VB nahm verschiedentlich zur Wirtschaftslage in der Schweiz Stellung und war in seiner Berichterstattung um Sachlichkeit und objektive Information bemüht; die Artikel sind fast frei von jeglicher Polemik oder politischen Tendenz und verraten im Gegenteil eher Sorge um die Konjunktur der schweizerischen Wirtschaft. Die Stabilität des Frankenkurses wurde positiv vermerkt und darauf hingewiesen, die Verpflichtungen der Notenbank³⁵ seien zu nahezu 100% gedeckt³⁶. Gelobt wurden Massnahmen des Bundesrates zu vermehrten Steuereinnahmen, die nicht zu Lasten des Goldstandards gingen und keine Veränderung in der Deckung des Notengeldes bewirkten³⁷. Die Schweiz könne man als «Preisinsel der Welt» bezeichnen, in der die Preise im Vergleich zum übrigen Europa zu hoch liegen. Die Regierung müsse unbedingt deflationäre Massnahmen ergreifen, um den Export zu fördern, der für die Schweiz zu einer «Lebensfrage» geworden sei³⁸. Deutschland habe den grössten Anteil an den schweizerischen Importen und spiele eine «gewaltige Rolle» bei der Entwicklung der Wirtschaft in der Schweiz³⁹. Eine Grundtendenz zeigte sich in allen Artikeln des VB über die schweizerische Wirtschaftslage im Jahre 1933: Deutschland zeigte Interesse an der Stabilität der Frankenwährung und an einer Ausweitung der schweizerischen Exporte; die hohe Preissituation stiess auf Kritik, während Regierungsmassnahmen zur Reduktion der Arbeitslosenzahlen verständlicherweise gelobt wurden. In keinem Artikel war von einer geringen Bedeutung der schweizerischen Wirt-

31 Das schweizerische Wehrsystem wurde relativ kommentarlos dargestellt; VB Nr. 281 vom 8. Oktober 1933.

32 Gemeint war die Agentur «Agur» des in London wirkenden Russen Poliakoff, der von England aus diese Meldung verbreitet hatte.

33 VB Nr. 285 vom 12. Oktober 1933.

34 Veröffentlichung von Auszügen des Schreibens von Innenminister Frick an die Reichs- und Landesbehörden, in: VB Nr. 344 vom 10. Dezember 1933.

35 Gemeint ist die Schweizerische Nationalbank.

36 Artikel: «Die Wirtschaftslage der Schweiz», in: VB Nr. 202 vom 21. Juli 1933.

37 Artikel: «Die finanzielle Lage der Schweiz», in: VB Nr. 204 vom 23. Juli 1933.

38 Artikel: «Der Wirtschaftskampf der Schweiz», in: VB Nr. 222 vom 10. August 1933.

39 Artikel: «Die Wirtschaftslage der Schweiz», in: VB Nr. 341 vom 7. Dezember 1933.

schaft für Deutschland die Rede, und Einbrüche in der schweizerischen Konjunktur wurden mit Bedauern vermerkt⁴⁰.

Interessant erweist sich ein Artikel im VB vom Januar 1934, der unter dem Titel «Die Macht des Gedankens» einen guten Einblick in die deutsche Beurteilung der schweizerischen Vielsprachigkeit und des Bevölkerungsppluralismus gewährt. Der Autor nahm den Standpunkt ein, die Schweiz sei generell dem Kulturbereich Frankreichs und Italiens zugewandt, während die deutsche Schweiz aber nicht nach dem deutschen Kulturkreis neige. Diese Situation bedinge eine einseitige Orientierung der Schweiz nach dem Westen und dem Süden hin. Immerhin habe die Deutschschweiz eine gewisse kulturelle Eigenständigkeit erlangt. Die Klammern, welche die Schweiz zusammenhielten, seien die republikanische Verfassung und die unbeschränkten bürgerlichen Freiheiten. Die Entstehung von nationalsozialistisch gesinnten Gruppen im Norden und faschistischen Kräften im Süden des Landes bedeute eine Gefahr der nationalen Einheit und würde das bisherige Gleichgewicht gefährden. Diese an sich richtigen Gedankengänge mündeten in folgende deutsche Sicht:

«Wir können aber auch kein Missbehagen darüber empfinden, wenn unsere Weltanschauung *ohne unser Zutun* (im Original gesperrt gedruckt, Anm.) auf andere Völker übergreift. Dieser Vorgang spricht für die Güte unserer Sache und beweist, dass die Demokratie und der Parlamentarismus auch dort ihren Einfluss zu verlieren beginnen, wo sie den Mangel einer einheitlichen Volkskultur ausgleichen müssen.»

Diese klare Absage an die Berechtigung der Demokratie in der bevölkerungsmässig uneinheitlichen Schweiz wurde vom Autor bis zu einem gewissen Grade zurückgenommen, indem er die Frontenbewegung als missglückten Versuch qualifizierte, der mangels einer autoritären Führung scheitern musste; die Schweiz besitze immerhin eine «achtenswerte Tradition», so dass die neue Weltanschauung mehr auf dem gefühls- als auf dem verstandsmässigen Wege arbeiten müsse. Am Schluss verstieg sich der Autor noch zu einer handfesten Drohung gegen das Land:

«Es erübrigt sich, auf die amtlichen Abwehrversuche der Schweiz einzugehen; wenn eine Bewegung ins Rollen gekommen ist, wird sie sich kaum aufhalten lassen»⁴¹.

Es wurde zwar jegliches Mitwirken von Deutschland bei solchen Entwicklungen bestritten, doch waren die Tendenz und vor allem die Absicht klar: Ein Land wie die Schweiz sollte schon früh geistig darauf vorbereitet werden, dass sein parlamentarisches System überholt und die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen innerhalb des Staates ein Anachronismus seien; die nationale Dynamik der einzelnen Völkerschaften würde das Gebilde langfristig in Frage stellen.

Einen deutlich polemischeren Ton schlug ein Artikel mit dem Titel «Wo steht die Schweiz?» vom Februar 1934 an, in dem vor allem auf die Erneuerungsbewegungen eingetreten wurde: Die schweizerischen Fronten sind zwar die Träger der neuen Ideen, aber

40 Die Schweizerische Volksbank hatte im November 1933 einen finanziellen Rückschlag von über sFr. 100 Mio. zu verzeichnen.

41 Artikel unter der Überschrift: «Randbemerkungen des VB» ohne Angabe des Autors, in: VB Nr. 25 vom 25. Januar 1934.

in sich uneinheitlich und zerstritten; was fehle, sei der ‚alles überragende Kopf‘, der die Bewegung einigen und in die richtigen Bahnen lenken könne. Vorläufig sei die Schweiz noch ein Ameisenhaufen, in dem jeder in eine andere Richtung renne und noch kein Ziel erkennbar sei; die Zukunft gehöre aber eindeutig den Fronten⁴².

Als am 11. März 1934 die schweizerischen Stimmbürger das von den Räten gutgeheissene Staatsschutzgesetz⁴³ knapp verwarfen, wertete dies der Völkische Beobachter als eine «Niederlage des demokratischen Gedankens»; die Gegner des Gesetzes seien gegen die heutige Demokratie in der Schweiz eingestellt und hätten der Regierungspolitik eine deutliche Absage erteilt. Den schweizerischen Fronten sei das De-facto-Bündnis mit den Marxisten peinlich gewesen⁴⁴, und es werde sich zeigen, ob die Verwerfung des Gesetzes zu einer «Diktatur der demokratischen Minderheitsregierung» oder zu einer grossangelegten Offensive der Frontisten führen werde⁴⁵. Die Lage der Regierung wurde vom VB als eine «schwere Krise» dargestellt⁴⁶, aus welcher der Bundesrat mit autoritären Mitteln herauszukommen versuche⁴⁷. Interessant an dieser Darstellung ist die Ablehnung einer «bürgerlichen Diktatur» durch das totalitär regierte Deutschland; die eigenen Methoden der Staatsführung wurden plötzlich verworfen, handelte es sich bei der betroffenen Regierung um die Staatsspitze eines demokratischen Landes. Gesamthaft wurde im VB der Hoffnung Ausdruck gegeben, die schweizerischen Fronten mögen gestärkt aus dieser Auseinandersetzung hervortreten.

Als Gegenschlag zur anhaltenden Kritik des neuen Deutschlands in der schweizerischen Presse müssen wir die Artikelfolge im VB unter dem Titel «Lebendiges Schweizerium?» von Karl Troebs⁴⁸ verstehen, deren Untertitel «Zeitungshetze gegen Deutschland» lautete. Als Hauptgegner der neuen Ordnung im Reich definierte Troebs die Neue Zürcher Zeitung. Auch die übrige Schweizerpresse würde den eigenen Zivilisationszustand als absoluten Massstab betrachten und alle Abweichungen davon als «Rückfall in die Barbarei» verurteilen. Aus deutscher Sicht war es unverständlich, dass die Schweiz, welche sich 1291 zum Bund gegen die «österreichische Zwingherrschaft» zusammenschloss, mit dem

42 Artikel unterzeichnet mit den Initialen «R.Z.O.», in: VB Nr. 41 vom 10. Februar 1934.

43 Über das Staatsschutzgesetz von 1933/34 vgl. mit:

Martin Müller: «Die Entwicklung der Bundespolizei und ihre heutige Organisation», Dissertation, Zürich 1949. S. 123 ff.

44 Das Staatsschutzgesetz war ursprünglich zur Abwehr einer linksradikalen Gefährdung der Schweiz konzipiert gewesen, erhielt aber durch die Entwicklung seit 1933 eine ganz neue Dimension durch die Bedrohung von rechts; Linke und Rechte hatten das Gesetz deshalb bekämpft.

45 VB Nr. 72 vom 13. März 1934.

46 Als direkte Folge der Ablehnung der Vorlage trat Bundesrat Häberlin von seinem Amt zurück.

47 VB Nr. 76 vom 17. März 1934.

48 *Karl Troebs* war regelmässiger Mitarbeiter beim Völkischen Beobachter und, nach seinen Artikeln zu schliessen, linientreuer Nationalsozialist. 1939 veröffentlichte er das kleine Büchlein «Arztsoldat und Dichter – Zum Schaffen Gustav Sondermanns», Berlin 1939, über den nationalsozialistischen Schriftsteller Sondermann.

heutigen Österreich sympathisieren könne. Die NZZ, den Grossbanken und der Aristokratie gehörend, sei die schärfste Gegnerin Deutschlands; in jüngster Zeit sei selbst die Bundesregierung auf den «westlichen Kurs» der Presse eingeschwenkt⁴⁹.

Der Artikel von Troeb's unterschied innerhalb der Schweiz die deutschfeindlichen Kräfte, zu denen er die Presse, den Freisinn, das Judentum und das Freimaurertum zählte, von der «alten und echten Deutschschweiz», welche frei von intellektuellem Hass sei, und erwähnte namentlich Leute wie Hans Oehler⁵⁰, welche die Geburt einer neuen Welt in Deutschland erkannt hätten. Die amtliche Schweiz wurde in eine Mittelposition gerückt und ihr gewisse «Einflüsse» bezüglich der antideutschen Stimmung im Lande zugeschrieben⁵¹. Der Artikel beinhaltet gesamthaft gesehen die Tendenz, zwischen den «guten» und den «schlechten» Kräften in der Schweiz zu unterscheiden, wobei in Umdrehung der Tatsachen den bürgerlich-liberalen Kräften unterschoben wurde, sie lieferten das Land an das internationale Judentum und an die Finanzwelt aus; nur die Erneuerungsbewegung sei fähig, die nationale Behauptung zu garantieren.

Die Fortsetzung des Artikels «Lebendiges Schweizertum?» befasste sich unter dem Titel «Der Kampf um die politische Macht» mit der Lage der Parteien, wie sie sich aus deutscher Sicht präsentierte: Den vier alten Parteien (Freisinn, Bauern, Katholiken und Sozialdemokraten, Anm.) wurde rundweg unterschoben, sie hätten «endgültig abgewirtschaftet». Auch den jugendlichen Ablegern der traditionellen Parteien (Jungliberale, Jungbauern, Jungkatholiken und Jungsozialisten, Anm.) wurde die Fähigkeit abgesprochen, die Aufgaben der Zukunft bewältigen zu können. Als «wirklich revolutionäre Bewegungen» hob Troeb's folgende Gruppierungen hervor:

- *Heimatwehr*, die ihre Anhänger vor allem aus der Bauernschaft bezöge
- *Fonjallaz-Faschisten*, die vor allem im Tessin Anhänger hätten, aber durch die Parteigründung in Italien etwas diskreditiert seien
- *Bund Nationalsozialistischer Eidgenossen*, der sich stark an das deutsche Vorbild anlehne, aber im Volk zuwenig verwurzelt sei
- *Volksbund* und *Volksfront*, die aber als Splittergruppen der Frontenbewegung zu klein und unbedeutend seien
- *Nationale Front*, welche die wichtigste Gruppierung unter den nationalen Kräften sei und deren Ziel die seelische, geistige und politische Erneuerung der Schweiz sei⁵².

49 Damit waren Debatten im Parlament zum Thema Deutschland und die neue Wehrvorlage gemeint, welche am 24. Februar 1935 vom Volk angenommen worden war.

50 Oehler war Mitglied des «Volksbundes» und Redaktor der «Schweizer Monatshefte für Politik und Kultur» bis 1934. Zwischen 1933 und 1934 wirkte Oehler als Mitarbeiter der «Front», ab 1934 war er dann Redaktor der «Nationalen Hefte» bis 1945. 1938 gründete er den «Bund treuer Eidgenossen nationalsozialistischer Weltanschauung». Bereits 1923 war er als Geldgeber in Zürich mit Hitler zusammengetroffen, als dieser Mittel zur Finanzierung des Münchner Putsches suchte (vgl. S. 26 der Arbeit).

51 Artikel in: VB 182 vom 1. Juli 1934.

52 Zu den verschiedenen Bewegungen vgl. mit:

Walter Wolf: «Die Geschichte der Frontenbewegungen in der deutschen Schweiz 1930-1945», Zürich 1969.

Den erwähnten Kräften sprach der VB die Fähigkeit zu, die geistige Oberschicht und das Volk zusammenfassen zu können; sie seien tief im Volk verwurzelt und würden einen grossen Anteil an Arbeitern aufweisen, was die Überlegenheit der Bewegung über die Parteien begründe. Die Ausführungen von Troebbs betonten die Opferbereitschaft und den Fanatismus der Anhänger in den Erneuerungsbewegungen und gaben ganz offen zu, dass die Schweiz einem starken Einfluss von aussen ausgesetzt sei; die innere Zersplitterung werde wie 1918 die Anerkennung der neuen Parteiengebilde bringen⁵³. Obwohl der Völkische Beobachter weiterhin jede direkte und aktive Einflussnahme von deutscher Seite auf die nationale Bewegung in der Schweiz bestritt, bezog der VB in dieser Artikelserie unmissverständlich für die nationalsozialistischen Tendenzen im Land Stellung und gab der Erwartung Ausdruck, diese Entwicklung sei zwingend und unaufhaltbar. Die Forderung nach dem Sieg über den Marxismus und Liberalismus kann nur so aufgefasst werden, dass das bisherige politische System in der Schweiz verschwinden sollte und durch eine an Deutschland orientierte Regierungsform hätte ersetzt werden sollen.

Ein interessantes Detail enthielt eine Karte Europas, die im Oktober 1934 im VB veröffentlicht wurde und die Volksgruppen in Europa festhielt: Während für die Schweiz 824'000 Franzosen, 238'000 Italiener und 34'000 Rhäter genannt wurden, fehlte die Angabe der Deutschschweizer. Für die übrigen Staaten Europas hielt die Übersichtskarte jeweils die Zahl der Deutschen im entsprechenden Land fest; für die Schweiz fehlten diese Angaben gänzlich. Gehen wir nicht von einem beabsichtigten Fehler aus, müssen wir annehmen, die deutschschweizerische Bevölkerung sei dem Reich kommentarlos zugerechnet worden⁵⁴. Wurde nach 1933 die Schweiz verschiedentlich auf Karten dem Deutschen Reich einverleibt⁵⁵, besitzt die erwähnte Karte einen anderen Stellenwert, da sie im parteiamtlichen Völkischen Beobachter erschien und nicht in irgendeinem lokalen Propagandablatt eines extremen Nationalsozialisten.

Der Schweizer Dichter und Nobelpreisträger Carl Spitteler erfuhr zu seinem 10. Todestag im Völkischen Beobachter eine überraschende Ehrung. Spitteler wandte sich während des Ersten Weltkrieges gegen eine unreflektierte und einseitige Identifikation mit der französischen Seite durch das Welschland und mit der deutschen Seite durch die Deutschschweiz und plädierte für eine unabhängige schweizerische Position, was ihm damals in Deutschland Unverständnis und Hass eintrug. Unter dem Titel «Ich will ein Dichter werden!» rühmte Theodor Zenker im VB Spitteler als «Epiker im ursprünglichen Sinne», dem man erst heute wieder einiges Verständnis und Liebe entgegenzubringen beginne. Seine Dichtung «Olympischer Frühling» wurde als Epos mit «echt germanischen und deutschen Gütern und Gehalten» gepriesen und in einen Zusammenhang mit Nietzsche gestellt:

53 Teil II des Artikels «Lebendiges Schweizertum» von *Karl Troebbs*, in: VB Nr. 183 vom 2. Juli 1934.

54 Karte über die Volksgruppen in Europa, in: VB Nr. 301 vom 28. Oktober 1934.

55 Eine entsprechende Karte von «Grossdeutschland», welche die Schweiz als Teil des Reiches zeigt, ist abgedruckt bei: *Rings*, S. 65.

Grundidee der Dichtung Spittlers sei der Kampf um die Behauptung und Durchsetzung der Eigenpersönlichkeit. Des Dichters Bemühen um das gesamte deutsche Sprachgebiet und um Deutschland in erster Linie sei schwer und bitter gewesen:

«Seitdem wächst sein gedankenreiches Dichtwerk, seine prometheische Weltanschauung langsam aber stetig mit der reifenden Zeit in unser Kunst- und Kulturtum hinein»⁵⁶.

Der Völkische Beobachter betonte schon zu Jahresbeginn 1934, die Schweiz habe in der Vergangenheit den deutschen Kulturkreis um «künstlerische Meisterwerke» bereichert⁵⁷. Die Huldigung Spittlers in der wichtigsten deutschen Tageszeitung kann nun unterschiedlich gesehen werden: Man wollte bewusst einen Gegensatz zwischen einem «guten» Schweizer, der sich um den gesamten deutschen Sprachraum bemühte, und der deutschlandfeindlichen Schweizerpresse konstruieren. Andererseits stellt der Bereich Literatur einen gewissen Freiraum dar, in dem die politischen Gegensätze nicht unmittelbar aufeinanderzutreffen und so ein übergeordnetes Verständnis für einen anderen, aber verwandten Kulturkreis möglich wird, wenn auf politischer Ebene das Verhältnis eher gestört ist. Die Betonung des «Germanischen» im Werk Spittlers entsprach natürlich ganz der Zeittendenz von 1934 und kann als Beispiel dafür gesehen werden, wie Deutschland unter Hitler versuchte, Dichter der deutschen Sprache auf die nationalsozialistische Linie umzuinterpretieren⁵⁸.

Der Völkische Beobachter zeigte sich im Februar 1935 erstaunt darüber, dass die schweizerischen Stimmbürger die Wehrvorlage⁵⁹ nur mit einer relativ knappen Mehrheit angenommen haben; unter dem «durchaus vaterlandsliebenden» Schweizervolk befände sich also eine gewichtige Minderheit, welche aus den unterschiedlichsten Gründen gegen eine Verlängerung der Dienstzeit und gegen die Erhöhung des Militäretats sei. Das Ergebnis zeige, dass die Staatskrise seit der Verwerfung des Staatsschutzgesetzes unvermindert andauere⁶⁰. Aus diesen Formulierungen können wir eine indirekte Anerkennung der schweizerischen Rüstungsbemühungen herauslesen; die innenpolitische Situation war für den VB auch nach dem Abstimmungsergebnis weiterhin ungewiss, und er wollte auch keine Prognose stellen, in welche Richtung die Entwicklung gehe.

Der uns bereits bekannte Redaktor des VB, Karl Troeb, nannte in einem mit «Volkspolitik und Friedensgeist» betitelten Artikel vom Juni 1935 eine Zahl von 2'925'000 Deutschen in der Schweiz. Troeb bemerkte, dass rund ein Drittel aller «Volksdeutschen» ausserhalb der Reichsgrenzen lebte, und vertrat die Auffassung, das deutsche Volk habe nahezu 2000 Jahre ohne eigenen Staat bestanden; deutsche Volksteile in der Schweiz, im

56 Würdigung Spittlers von *Theodor Zenker*, in: VB Nr. 363 vom 29. Dezember 1934.

57 «Randbemerkungen». in: VB Nr. 25 vom 25. Januar 1934.

58 Zu diesem Thema vgl.:

Joseph Wulf: «Literatur und Dichtung im Dritten Reich – Eine Dokumentation», Gütersloh 1963.

59 Die Wehrvorlage des Bundesrates wurde vom Volk am 24. Februar 1935 mit 507'434 Ja gegen 429'520 Nein angenommen.

60 VB-Bericht über Wehrvorlageabstimmung, in: VB Nr. 57 vom 26. Februar 1935.

Elsass und in Luxemburg hätten mit der romanischen Bevölkerung Zusammenleben müssen. Nun zeige erstmals die neu herausgegebene «Wandkarte des Grenz- und Auslandsdeutschtums» von Hugo Grothe⁶¹ die zahlenmässige Verteilung und Stärke der Deutschen auf der Erde. Aus der für die Schweiz genannten Zahl müssen wir zwingend schliessen, dass die gesamte deutsch-schweizerische Bevölkerung dem Deutschtum zugerechnet wurde und nicht nur die eigentlichen Reichsdeutschen, die in der Schweiz wohnten. Obwohl Troeb's nicht direkt die Forderung aussprach, die übrigen Deutschen ausserhalb des Reiches müssten Deutschland wieder eingegliedert werden, verwies er auf die Bestrebungen der «Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik» unter Prof. Haushofer⁶² und meinte am Schluss seiner Ausführungen:

«Volkspolitik will einen friedlichen Ausgleich der Ehre und der Gleichberechtigung, gerade da, wo die Völker durch eine Unzahl von bodenständigen deutschen Volksgruppen ineinander verzahnt sind»⁶³.

In welchem Sinne diese Forderung zu verstehen war, ersehen wir aus der Formulierung, dass die Grenzziehung nach den Aspekten des Volkstums und der Sprachgruppen erfolgen müsse; die bestehenden Grenzen der Staaten 1935 erfüllten diesen Anspruch nicht. Wir müssen aus den Gedankengängen Troeb's schliessen, dass er und die Herausgeber des geopolitischen Kartenwerkes die deutschschweizerische Bevölkerung zum Deutschtum rechneten und die Haltung vertraten, dieser Teil der Schweiz müsse langfristig mit dem Reich zusammengeschlossen werden.

Im Bereich «Wirtschaft» bemühte sich der Völkische Beobachter um sachliche und angemessene Berichterstattung und enthielt sich polemischer Ausfälle; in einem weiteren Bereich, dem Sport, wurde die Schweiz sogar generell gelobt und als vorbildliche Nation hingestellt. Als am 28. Juli 1935 in Zürich zum 15. Male ein Leichtathletik-Länderkampf zwischen der Schweiz und Deutschland stattfand, verfasste der VB folgende begleitende Worte:

«Der Wettstreit mit den Vertretern Helvetias ist ... seit Jahren bereits kein eigentlicher Kampf mehr als solcher. Er ist heute vielmehr ein Akt herzlicher Sympathiebezeugung, die uns mit den aufrechten Eidgenossen im verstärkten Masse verbindet, seitdem sie, 1921, zu einer Zeit, da

61 Hugo Grothe war Leiter des Instituts für Auslandkunde, Grenz- und Auslandsdeutschtum in Leipzig und figurierte als Herausgeber der «Wandkarte des Grenz- und Auslandsdeutschtums», welche 1935 in Halle herausgegeben wurde.

62 Prof. Dr. Karl Haushofer, Generalmajor a.D., war 1934 zum Präsidenten der Deutschen Akademie gewählt worden. Haushofer wurde 1869 geboren und entstammte einer Münchner Gelehrten- und Künstlerfamilie. Nach einer militärischen Laufbahn wirkte er als Lehrer für Kriegsgeschichte an der deutschen Kriegsakademie. Darauf folgten militärische Dienste im Fernen Osten und in Vorderasien. Im Ersten Weltkrieg war er zuletzt Regimentskommandant und habilitierte sich nach Kriegsende an der Münchner Universität für Geographie, wo er 1921 zum Honorarprofessor ernannt wurde. Haushofer war der eigentliche Begründer der «Geopolitik», gründete 1923 zusammen mit Kurt Vowinkel die «Zeitschrift für Geopolitik» und beschäftigte sich vor allem mit Fragen der deutschen Volkstumspolitik. Die Geopolitik Haushofers basierte auf dem Gedanken der Verknüpfung von Geographie und Geschichte und verstand sich als «nationale Staatswissenschaft». Für den Nationalsozialismus wurde Geopolitik zu einer Legitimation für Expansion und Völkerbeherrschung (vgl. S. 34).

63 Artikel: «Volkspolitik und Friedensgeist», in: VB Nr. 165 vom 14. Juni 1935.

Deutschland durch die Fesseln des Versailler Diktates wehr- und rechtlos darniederlag, uns ... die Hand zum Gruss reichten ...⁶⁴. Und dieses mutige Eintreten für die Sache der Gerechtigkeit ist es, was wir diesem tapferen Bergvolk nie vergessen werden ...»⁶⁵.

Es stellt sich die Frage, weshalb im Bereich Sport die Schweiz solch anerkennende Worte fand, während der VB gleichzeitig in politischer Hinsicht das Land als «Paradies für Emigranten», als «Hochburg des bürgerlichen Liberalismus» und als «Hort des internationalen Kapitalismus» hinstellte. Eine Erklärung liegt darin, dass auch im gelenkten Pressewesen des Dritten Reiches die individuelle Meinung des einzelnen Redaktors trotzdem durchdringen konnte⁶⁶. Andererseits war das Thema Sport eher harmlos und konnte für Propagandazwecke verwendet werden, um der Welt zu demonstrieren, wie friedliebend das neue Deutschland sei⁶⁷.

Prof. Eduard Heyck⁶⁸ verglich die schweizerische Einrichtung der «Landsgemeinde» mit den altgermanischen Thingversammlungen und meinte, die Schweiz habe von allen germanischen Staatsgebilden am meisten vom «unveränderten Germanischen» erhalten. Die Eidgenossenschaft sei ein überlebender Spätling der politischen Schwurbünde germanischer Völkerschaften, und es sei eine Widersinnigkeit, von «Kantonen» in der Schweiz zu sprechen; die richtige Bezeichnung müsse «Orte» oder «Stände» lauten. Heyck zog ausführliche Parallelen zwischen den heutigen Landsgemeinden in Glarus, Unterwalden, Appenzell und den germanischen Stammesversammlungen:

Germanische Thingversammlung

- Teilnehmer erschienen mit ihrem Kriegsgewehr bewaffnet.
- Versammlung bei Voll- und Neumond.
- Versammlung unter freiem Himmel im Ring.
- Der Stammesfürst sass auf einem Thron.
- Versammlung wurde durch priesterliche Handlungen eingeleitet.
- Versammlung wurde durch Schwurformeln eröffnet.
- Nur ein Berufener durfte sprechen.

Eidgenössische Landsgemeinde

- Teilnehmer erscheinen symbolisch bewaffnet mit Schwert und Säbel.
- Versammlung an festen Sonntagen Ende April oder Anfang Mai.
- Versammlung unter freiem Himmel im Ring.
- Der Vorsitzende sitzt auf einem erhöhten Stuhl (= Gerüst).
- Versammlung wird durch Gottesdienst eingeleitet.
- Versammlung wird durch die Anrufung Gottes eröffnet.
- Redner, welche ausufern, werden mit Zwischenrufen gemahnt.

64 Die Schweiz war die erste Nation, welche nach dem Ersten Weltkrieg mit Deutschland wieder einen Sportaustausch betrieb.

65 VB Nr. 208 vom 27. Juli 1935.

66 *Martens*, S. 213 ff.

67 Die Olympischen Sommerspiele von 1936 hatten diesen Hauptzweck.

68 *Prof. Dr. Eduard Heyck* von Doberan, geb. 30. Mai 1862 in Mecklenburg, † 11. Juli 1941 in Ermatingen/Schweiz, war Privatgelehrter und schrieb seine Dissertation 1885 an der Universität Heidelberg über das Thema «Genuas Marine in ihrem Verhältnis zur Regierung der Stadt – Die ältere Verfassungsgeschichte Genuas». Heyck befasste sich vor allem mit der germanischen Vorgeschichte und publizierte u.a. eine Schrift über «Vorgermanisches Altertum im Merseburger Zauberspruch», Ermatingen 1930 (Privatdruck).

Wurde die Schweiz aus nationalsozialistischer Sicht immer als rückständig und der neuen Entwicklung in Europa hintennachhinkend dargestellt, vertrat auch Heyck die Auffassung, die Schweiz sei dem Neuen gegenüber «beharrlicher» als andere Staaten; alles halte sich hier länger und gehe in der Entwicklung etwas nach, doch ist der Grundton des Artikels positiv und wohlwollend. Die Schweiz wird sogar zu einem Land hochstilisiert, welches die alten germanischen Bräuche und Überlieferungen am besten bewahrt habe und in einer direkten Verbindung mit dem ursprünglichen Germanentum stehe. Zum Abschluss der Landsgemeinde beschwöre das Volk seinen «Rechtsbestand und sein gesetzliches Herkommen»⁶⁹. Die Ausführungen von Prof. Heyck sind so anerkennend, dass wir sie fast als eine Huldigung auffassen können. War diese Haltung echt, und welche Absicht verband der Völkische Beobachter mit der Publikation des Artikels? Im Sommer 1936 waren die Olympischen Spiele in Berlin geplant; möglicherweise hatten solche Artikel die Funktion, die Friedensabsichten des Dritten Reiches zu demonstrieren, obwohl Hitler im März 1936 den Locarno-Vertrag kündigen sollte und dadurch die Ordnung von Versailles endgültig beseitigte. Wir können zumindest den Schluss ziehen, dass die deutsche Schweiz von Deutschland als «germanisches» Land betrachtet worden war, dem man sogar hinsichtlich der Landsgemeinden eine gewisse Vorbildfunktion als Hüterin alter Stammesbräuche zuschrieb.

Verschiedentlich berichtete der VB über die Verschlechterung der Wirtschaftslage in der Schweiz: Unter dem Titel «Die Krisenverschärfung in der Schweiz» wurde konstatiert, dass das Jahr 1935 keine Verbesserung der Lage gebracht habe. Der Export stagniere immer noch, die Bautätigkeit sei abgeflaut und der Umsatz des Einzelhandels rückläufig. Am bedrohlichsten sei die Lage am Kapitalmarkt; die Einlagen bei Banken und Sparinstituten würden empfindliche Rückgänge zeigen, was zu einer prekären Kapitalverknappung führe. Obwohl der VB ein Jahr früher die Kriseninitiative⁷⁰ in der Schweiz abgelehnt hatte⁷¹, forderte er nun ein Eingreifen der Regierung zur Stützung des Kapital- und Hypothekarmarktes. Die schweizerische Wirtschaft befinde sich in einer «Vertrauenskrise», und die Aussichten für 1936 seien nicht günstig⁷². Kurz darauf registrierte der VB das Ansteigen der Arbeitslosigkeit in der Schweiz und brachte erneut seine Besorgnis über die Situation der Wirtschaft im Lande zum Ausdruck⁷³. Das Dritte Reich zeigte sich offensichtlich beunruhigt über die Lage in der Schweiz; eine wirtschaftliche Krise lag nicht im Interesse Deutschlands, weshalb die deutsche Sorge um die Schweiz nicht erstaunt.

69 «Thing und Landsgemeinde in der Schweiz», in: VB Nr. 352 vom 18. Dezember 1935.

70 Die sogenannte «Kriseninitiative», welche von sozialdemokratischer Seite her lanciert worden war, wurde am 2. Juni 1935 vom Volk knapp verworfen. Die Initiative hätte ein massives Eingreifen des Staates zur Folge gehabt, da sie einen umfassenden Lohn- und Preisschutz und staatliche Hilfe in allen bedrohten Wirtschaftsbereichen vorsah.

71 Bericht über die Initiative in: VB Nr. 85 vom 26. März 1935.

72 VB Nr. 11 vom 11. Januar 1936.

73 VB Nr. 16 vom 16. Januar 1936.

Nach dem Gustloffattentat vom 4. Februar 1936 in Davos vergingen drei Tage, ehe sich der Völkische Beobachter zu dem Vorgang äusserte: Die schweizerischen Behörden hätten mit «anerkennenswerter Objektivität und Unvoreingenommenheit» bestätigt, dass Gustloff nicht das geringste vorzuwerfen sei. Von deutscher Seite her wurde auch im Falle Gustloff ein Gegensatz zwischen Behörden und öffentlicher Meinung konstruiert:

«So sehr anerkannt werden muss, dass die höchsten Schweizer Behörden dieses Gastrecht (für Gustloff, Anm.) gewährten, so sehr muss hervorgehoben werden, dass die masslose Pressehetze, die seit Jahren Gustloff mit Schmutz bewarf, zur Ermordung Gustloffs beitrug und die Stimmung herstellte, aus der heraus die feige Mörderkugel des Juden Frankfurter diesen kerndeutschen, ehrlichen und aufrechten Nationalsozialisten hinstreckte»⁷⁴.

Die relative Zurückhaltung nach dem Mord in Davos im Völkischen Beobachter erklärt sich aus den gleichen Überlegungen, wie sie von Hitler angestellt wurden⁷⁵. Hingegen betonte der VB in weiteren Berichten die geistige Urheberchaft für die Tat durch die schweizerische «Hetzpresse» um so stärker. Die üblichen Feindbilder innerhalb der nationalsozialistischen Ideologie kamen in der Frage Gustloff vollumfänglich zum Tragen: Das Judentum, der Marxismus und das Freimaurertum hatten den Landesgruppenleiter ermordet, selbst der «Nebelspalter» hatte beim Trommelfeuer der schweizerischen Presse gegen Gustloff mitgewirkt und dadurch den Boden für die Tat vorbereitet⁷⁶. Die Trauerfeierlichkeiten für Gustloff wurden im Völkischen Beobachter ungewöhnlich stark hervorgehoben: Die Ausgabe vom 13. Februar 1936 brachte auf der Frontseite die grosse Überschrift «Der Führer grüsst seinen toten Kämpfer» und veröffentlichte Auszüge aus Hitlers Rede am Grab; doch nirgends in den gross aufgemachten Berichten wurde die Schweiz als Nation für die Tat verantwortlich gemacht, sondern im Gegenteil eine Erklärung des Bundesrates abgedruckt, in welcher eine direkte Kausalität zwischen Mordtat und Schweizerpresse zurückgewiesen wurde⁷⁷. Andererseits versuchte der VB den Täter Frankfurter und dessen Anhänger⁷⁸ mit allen Mitteln zu diskreditieren und einen Keil zwischen radikalen und bürgerlichen Gegnern des Nationalsozialismus in der Schweiz zu treiben: frankfurters Verteidiger, Dr. Loria, wurde unterschoben, er beziehe durch die Prager Gesandtschaft der Sowjetunion jährlich 150'000 tschechische Kronen und habe direkten Kontakt mit sowjetischen Funktionären. Frankfurter selbst gehöre zur besonders christenfeindlichen Sekte «Treue Israeliten» und habe als Delegierter in Moskau an einem Kongress der internatio-

74 Artikel von *Dr. Horst Libbe*, Abteilungsleiter im Rechtsamt der Auslands-Organisation der NSDAP, in: VB Nr. 38 vom 7. Februar 1936.

75 Der Einmarsch in das Rheinland war unmittelbar bevorstehend, und Deutschland wollte keine Krise mit der Schweiz riskieren.

76 Artikel: «Die Bluttat von Davos als Folge der jüdisch-marxistischen Pressehetze – Verhängnisvolle schweizerische Unterlassungen». in: VB Nr. 39 vom 8. Februar 1936.

77 Artikel: «Amtliche Schweizer Stellungnahme gegen die marxistische Hetze», in: VB Nr. 44 vom 13. Februar 1936.

78 Vor dem Prozess gegen Frankfurter in Chur bildete sich ein «Internationales Komitee zur Verteidigung David Frankfurters».

nalen antifaschistischen Juden teilgenommen⁷⁹. Die Absicht dieser Behauptungen war, Frankfurter als Werkzeug des internationalen jüdischen Marxismus hinzustellen und ihn gleichzeitig als Christenfeind zu entlarven; aus bürgerlicher Sicht musste dies doppelt bedrohlich erscheinen und sollte die Sympathien auf die deutsche Seite bringen. Für Deutschland war die Ermordung Gustloffs willkommener Anlass für eine grossangelegte Propagandakampagne, in der einmal mehr der jüdische «Weltfeind» in der Öffentlichkeit demaskiert werden konnte.

Der uns bereits bekannte Historiker, Prof. Eduard Heyck, definierte die deutschschweizerische Bevölkerung im April 1936 als Teil des «Schwabentums» und zeigte sich erstaunt, dass der Begriff «Schwabe» in der Schweiz als abschätzig Bezeichnung für die Reichsdeutschen verwendet würde. In einem längeren Artikel über das Schwabentum versuchte er die Haltung der Schweiz zu erklären: Den Beginn der Loslösung der Eidgenossenschaft vom Reich setzte er auf 1291 fest, die endgültige Trennung wurde nach Heyck im Westfälischen Frieden von 1648 vollzogen. Als Ursache dieser Entfremdung vom Reich sah er vor allem die habsburgische Politik, welche den Gegensatz zwischen Eidgenossen und Schwaben bewirkte. Im Schwabenkrieg von 1499, in welchem Maximilian I. die Eidgenossenschaft wieder fester ans Reich binden wollte, sei die Aufteilung in eidgenössisch und schwäbisch bereits vorweggenommen worden. Erneut stellte Heyck die Schweiz als Ort dar, in welchem die «urdeutschen Formen und Bräuche» hochgehalten würden, was man nur schon an den sprachlichen Eigenarten der schweizerischen Dialekte ersehe, die auf das mittelalterliche Deutsch zurückgingen. Die deutschschweizerische Bevölkerung bezeichnete Heyck als «alemannisch»; den Begriff «Alemanne» oder korrekter «Alamanne» führte Heyck auf die romanische Bezeichnung zurück, während «Schwabe» oder ursprünglich «Swäben» die deutsche Bezeichnung für die Germanen war. Die Gedankenführung Heycks hatte für die Schweiz die Konsequenz, dass mit Schwaben, Schweizern und Alamannen ein und dasselbe Volk gemeint war und unter dem Aspekt des Volkstums betrachtet kein grundlegender Unterschied zwischen Deutschen und Schweizern bestand. Heyck anerkannte zwar die politische Loslösung der Eidgenossenschaft vom Reich, betonte aber gleichzeitig die «rassische» Verwandtschaft der Bevölkerung dies- und jenseits des Rheins⁸⁰.

Wirkten sich solche deutsche Definitionen für die Schweiz zum Vorteil oder zum Nachteil aus? Aufgrund der bisherigen Ergebnisse der Arbeit neigt der Autor dazu, in dieser Verwandtschaft aus deutscher Sicht eine politische Versicherung der Schweiz für die Kriegszeit zu sehen, denn gerade die «volkliche» Nähe von Reichsdeutschen und Deutschschweizern nährte in der nationalsozialistischen Führung die Erwartung und Hoffnung, die Eidgenossenschaft würde nach dem deutschen Endsieg von selbst ins Reich zurückfinden. Andererseits müssen wir scharf zwischen solchen ideologisch-historischen

79 Artikel: «Jüdisch-bolschewistische Generaloffensive für Gustloffs Mörder», in: VB Nr. 54 vom 23. Februar 1936.

80 Artikel von Prof. Eduard Heyck: «Schwaben, Schweizer und Alamannen», in: VB Nr. 110 vom 19. April 1936.

Exkursen über die Schweiz von deutscher Seite und den viel pragmatischeren und von Sachinteressen bestimmten offiziellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern unterscheiden; im ideologischen Bereich wird das Bemühen im Dritten Reich erkennbar, die Schweiz als abtrünnigen Teil Deutschlands hinzustellen, während in rein politischen und wirtschaftlichen Artikeln von einer solchen Tendenz wenig zu spüren ist.

Die nach Annahme der Wehrvorlage erfolgte Verstärkung der Schweizerarmee wurde vom Völkischen Beobachter positiv beurteilt. Die Ursache für diese Veränderung in der Schweiz wurde von deutscher Seite her in der Einsicht im Lande gesehen, dass das blinde Vertrauen in die kollektive Sicherheit des Völkerbundes nicht gerechtfertigt war, sondern im Gegenteil eine direkte Gefahr für den Bestand der Eidgenossenschaft darstellte. Selbst die Sozialdemokraten⁸¹ und die Kommunisten⁸² hätten ihre früheren Positionen aufgegeben und würden für eine nationale Position und für einen Ausbau der Landesverteidigung eintreten. Durch die Annahme der Wehrvorlage werde das Gesicht der schweizerischen Armee «von Grund auf» verändert. Der neue mobile Grenzschutz bestehe zwar weiterhin aus Miliztruppen, doch gewährleiste er eine sofortige Besetzung der Grenzen und sichere die Mobilisation der übrigen Armee. Der VB betrachtete durch diese Neuerung die territoriale Sicherheit der Schweiz im Rahmen der materiellen Möglichkeiten als «ausreichend gewährleistet»; der Bundesrat sei nun bemüht, auch die «geistige Sicherheit» der Schweiz zu garantieren⁸³. Der Artikel stellte in Abrede, dass Italien irgendwelche historische Ansprüche auf Gebiete der Schweiz habe, und widersprach einer italienischen Behauptung, Graubünden würde zu Italien gehören, weil das Ladinische nur ein italienischer Dialekt sei und Graubünden stets als «Bollwerk gegen den Germanismus» dem römischen Imperium zugehörte⁸⁴. Offensichtlich fühlte sich der VB durch solche historische Anspielungen auf die «Germanengefahr» von Italien herausgefordert, obwohl noch im gleichen Jahr die Achse Berlin – Rom geschmiedet werden sollte. Können wir deshalb den Schluss ziehen, Deutschland sei schon 1936 an einer militärischen Verstärkung der Schweiz gelegen, um so ein gewisses Gegengewicht gegen den italienischen Expansionismus garantiert zu wissen? Für Deutschland war eine stabile und starke Schweiz jedenfalls der berechenbarere

81 Die schweizerischen Sozialdemokraten revidierten 1934/35 ihr Programm, gaben den Klassenkampfgedanken auf und anerkannten aufgrund der faschistischen Entwicklungen in Europa die grundsätzliche Notwendigkeit der bewaffneten Landesverteidigung. Zum Thema vgl. mit:

J.F. Etter: «Armee und öffentliche Meinung in der Zwischenkriegszeit 1918-1939», Dissertation, Zürich 1972.

82 Die Kommunisten hatten zwar die Wehrvorlage bekämpft, doch aus taktischen Gründen gleichzeitig an den Patriotismus appelliert und zu einer feierlichen Begehung des 1. August aufgerufen.

83 Anspielung auf die «irredentistischen» Tendenzen im Tessin und in Italien: Ähnlich wie Deutschland, aber zeitlich früher, trachtete das faschistische Italien nach einer verstärkten Einflussnahme in der Schweiz über eine Kontrolle der Gruppen in der Schweiz selbst und über Parteiangehörige im Lande. Kräfte wie die «Dante Alighieri-Gesellschaft» propagierten öffentlich die Abtretung von Teilen der Schweiz an Italien (*Bonjour*, Bd. III, S. 154 ff.).

84 Artikel: «Schweizer Sicherheitsvorkehrungen», in: VB Nr. 190 vom 8. Juli 1936.

Faktor als ein faschistisches Italien am Alpenkamm, dessen Expansion nur schwer zu kalkulieren gewesen wäre.

Gegen Ende 1936 hob der VB die propagandistische und subversive Tätigkeit von schweizerischen und ausländischen Kommunisten in der Schweiz hervor, was wir eher als Propaganda für die eigene Sache des Nationalsozialismus betrachten müssen. In einem Zusammenhang ist die Berichterstattung allerdings interessant: Für Deutschland war die schweizerische Neutralität nur gewährleistet, wenn es den Bundesbehörden gelang, den Kommunismus in der Schweiz zu bekämpfen; gleichzeitig betonte der VB, die zweite Garantie der schweizerischen Neutralität bestehe in der Existenz eines zwar kleinen, aber «aufs Beste geschulten Heeres»⁸⁵.

Als David Frankfurter wegen Mordes an Wilhelm Gustloff am 14. Dezember 1936 vom Kantonsgericht in Chur zu 18 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, benützte der Völkische Beobachter die Gelegenheit zu einem generellen Ausfall gegen die Schweiz. Robert Krötz formulierte im Zusammenhang mit dem Prozess, während dem die Sympathien eher auf der Seite des Täters als des Opfers waren, die «Demokraten aus dem Lande Wilhelm Teils» würden ihren «moralischen Zylinder» aufsetzen und Deutschland drohen. Um auch den Sprachstil des Völkischen Beobachters darzustellen, sei die folgende Passage ungekürzt wiedergegeben:

«In Zürich, ein wenig abseits von der Farbenpracht grosstädtischer Lichtreklamen, erheitern sich allabendlich ein paar Spiesserlein und dreimal soviel Juden an den schwachen Witzen eines noch schwächeren Kabarets. Das ‘Cornichon’⁸⁶ ist schon einmal in aller Munde gewesen; damals, als Erika Mann ein wenig zu viel Pfeffer in die Augen harmloser Zeitgenossen streute⁸⁷. Die ‘Pfeffermühle’ ist geplatzt. ‘Schwarzi Hündli’ sind bei Weitem kein Ersatz. Nur die unentwegten Emigranten mit und ohne krumme Nasen warten traurig auf die schlechten Pointen: gegen Deutschland. Arme Irre! Auf der Bühne und im Saal»⁸⁸.

Solche Formulierungen für die Schweizer Kulturszene waren zwar aus dem nationalsozialistischen Bereich normal, fanden sich aber in Artikeln des Völkischen Beobachters bis Ende 1936 eher selten; offensichtlich entluden sich in der Folge des Prozesses in Chur angestaute Affekte in Deutschland gegen die schweizerischen «Schulmeister im demokratischen Gewände», wie es Krötz in seinem Artikel «Acht Tage später» formulierte.

Der Schweizer Pavillon an der Pariser Weltausstellung in Paris im Sommer 1937 wurde vom VB erstaunlich positiv gewürdigt: Er sei ein wirklich gelungenes Ausstellungshaus, wahrlich ein Schaufenster des einzigartigen Reiselandes Schweiz:

85 Artikel: «Die Schweizer Neutralität – Vom Kompromiss zu klaren Entscheidungen?», in:

VB Nr. 307 vom 2. November 1936. Vgl. auch: «Die Schweiz im Kampf gegen den Bolschewismus – Die Zersetzungsarbeit jüdischer Moskau-Agenten», in: VB Nr. 310 vom 5. November 1936.

86 Zur Tätigkeit und zum Programm des Cabarets «Cornichon» vgl. mit:

Elsie Attenhofer (Hrsg.): «Cornichon, Erinnerungen an ein Cabaret», Bern 1975.

Das «Comichon» hatte eine wichtige Funktion im geistigen Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus vor und während des Zweiten Weltkrieges.

87 Erika Mann, Tochter des Schriftstellers Thomas Mann, leitete in der Schweiz das Emigrantencabaret «Pfeffermühle», gegen das sowohl Nationalsozialisten in der Schweiz und in Deutschland agitierten und die Vorstellungen behinderten (*Rings*, S. 27-29).

88 Artikel: «Acht Tage später» von Robert Krötz, in: VB Nr. 355 vom 20. Dezember 1936.

«Es wird darin in der Tat alles zur Schau gestellt, was die Schweiz an Herrlichkeiten besitzt; ihre unvergleichlichen Berge und Seen. Prachtige Städte- und Landschaftsbilder, Kunstgewerbe und Industrieerzeugnisse, Uhren und Präzisionsinstrumente, Appenzeller- und St. Galler-Spitzen und Züricher Seiden, Volkstum und ihr Milizenheer nicht zu vergessen»⁸⁹.

Überhaupt erweist sich die Berichterstattung des Völkischen Beobachters über die Schweiz im Sommer 1937 als äusserst wohlwollend und anerkennend: Da berichtete der VB im Juni über eine «Frohe Fahrt Schweizer Reisebüro-Vertreter durch das Rebenmeer der Deutschen Weinstrasse»⁹⁰, gab die Bedingungen des neuen Reiseverkehrsabkommens mit der Schweiz bekannt⁹¹ und veröffentlichte eine Reportage über die deutsche Teilnahme am IV. Internationalen Flugmeeting in Zürich⁹². Dem Meeting kam insofern für Deutschland grosse Bedeutung zu, als es sich um die erste Beteiligung der neuen Luftwaffe an einem internationalen Wettbewerb handelte; an früheren Meetings war Deutschland nur mit zivilen Flugzeugen vertreten, dementsprechend wurde die Teilnahme mit grosser Überschrift auf der Frontseite des VB gemeldet. Den 20. Zionistenkongress, der im August 1937 in Zürich stattfand, benützte der VB als Anlass, zu einer massiven Hetze gegen die Juden auszuholen und gleichzeitig die Schweizer als Opfer der jüdischen Umtriebe und Machenschaften hinzustellen. Den jüdischen Teilnehmern des Kongresses warf man vor, sie ohrfeigten Schweizer in der Öffentlichkeit, führten in der Nacht vor dem Stadttheater Tänze auf, würden die Polizei mit jiddischen Sprechchören verspotten, sich in den Hotels unmöglich aufführen, alles verschmutzen und die Zimmer überbelegen. Die Schweizer hingegen hätten sich gegen die jüdische «Invasion» zu wehren begonnen: Es käme zu öffentlichen Protesten, die Hoteliers müssten in gewissen Fällen die Polizei verständigen, das Personal von Bahn und Tram wettete über die arroganten Juden, und die Polizei tue «zähneknirschend» ihren Dienst. Die Stimmung in der Bevölkerung gegen die Zionisten verschlechterte sich ständig, und es sei nicht erstaunlich, wenn sich die Gefühle gegen die Juden eines Tages gewitterartig entladen werden⁹³. Die deutsche Absicht in dieser Darstellung war klar: Der VB unterschied zwischen den «jüdischen Welt Verschwörern» und den geplagten Schweizern und war bemüht, jegliche Solidarität zwischen den beiden Seiten in Abrede zu stellen. Gleichzeitig wurde der Erwartung Ausdruck verliehen, die Schweiz solle endlich etwas gegen die jüdischen Aktivitäten im Lande unternehmen.

Als im Februar 1938 durch Volksbeschluss in der Schweiz das Rätoromanische als vierte Landessprache die Anerkennung erhielt, bemerkte der Völkische Beobachter dazu, dieser Entscheid unterstreiche bewusst die «übernationale Grundlage des Landes» und sei als Reaktion auf eine Neubetonung des Föderalismus zu verstehen. Die Schweiz könne im Interesse der Selbsterhaltung den einzelnen Landesgliedern eine grössere Selbständigkeit gewähren und beschreite somit den umgekehrten Weg als Deutschland. Der VB sah in

89 Artikel: «Das Schaufenster der Schweiz», in: VB Nr. 148 vom 28. Mai 1937.

90 Artikel: «Schweizer erleben die Deutsche Weinstrasse», in: VB Nr. 161 vom 10. Juni 1937.

91 VB Nr. 190 vom 9. Juli 1937.

92 VB Nr. 204 vom 23. Juli 1937.

93 Artikel: «Momentanaufnahme aus 'Zürisalem'», in: VB Nr. 224 vom 12. August 1937.

diesem Vorgang einen Beweis für die Sonderstellung der Schweiz in Europa; die Anerkennung des Rätoromanischen sei nur eine logische Konsequenz des schweizerischen Bestrebens, die Einheit und Unabhängigkeit des Landes zu gewährleisten, und stehe im Zusammenhang mit der «geistigen Landesverteidigung»⁹⁴.

Im April 1938 musste sogar die Schweiz als Legitimation der Annexion Österreichs erhalten, indem unter dem Titel «Die Stimme eines Schweizer» ein nicht näher genannter Schweizer Landwirt, der in Österreich lebte, beschrieb, warum das deutsche Vorgehen richtig war⁹⁵. Es erübrigt sich, auf diese nicht näher überprüfbaren Ausführungen einzutreten; interessant ist hingegen die Tatsache, dass eine Schweizer Stimme dem VB als genügend relevant und glaubwürdig erschien, um zu dieser zweifelhaften Rechtfertigung herangezogen zu werden. Durch die Vereinigung von Österreich mit dem Reich fühlte sich der VB zu einem längeren Artikel über die Neutralität der Schweiz veranlasst. Die wichtigsten Punkte seien hier zusammengefasst:

- Die schweizerische Neutralität sei «einmalig» und nehme eine «Sonderstellung» ein.
- Der habsburgische Unverstand sei die eigentliche Ursache der schweizerischen Entfremdung vom Reich gewesen.
- Die darauf einsetzende Vertragspolitik der Eidgenossenschaft gegenüber Österreich und Frankreich sei die eigentliche Wurzel der schweizerischen Neutralität.
- Die Ablösung vom Reich sei nicht bewusst beabsichtigt gewesen.
- Die Schlacht bei Marignano 1515 habe ein entscheidendes Umdenken bewirkt.
- Der Westfälische Friede von 1648 habe die völlige Befreiung des Bundes von der Reichshoheit gebracht.
- Erst Napoleon habe eine Abkehr von der Neutralität erzwungen.
- Während des Wiener Kongresses habe die Schweiz die «dauernde Neutralität» zurückerhalten.
- Erst der Beitritt der Schweiz zum Völkerbund 1919 habe eine «völlige Abkehr» von der bisherigen Haltung bedeutet.
- Nur eine Revision der Politik von 1919 könne die strikte Neutralität wiederbringen.
- Dieses Umdenken sei bei der Regierung in vollem Gange, die Schweiz habe aus den Vorgängen in der Vergangenheit gelernt.

Versuchen wir diese Darstellung der Entwicklung der Eidgenossenschaft zur modernen Schweiz auf ihren Kerngedanken zu reduzieren, so erkennen wir, dass der Autor in der Einhaltung der strikten Neutralität durch den Bund den entscheidenden Faktor der staatlichen Unabhängigkeit erblickte und betonte, die schweizerische Neutralität sei in der Vergangenheit vor allem glaubwürdig gewesen, da es sich um eine «bewaffnete» handelte. In der napoleonischen Zeit hatten sich die militärische Schwäche und Uneinigkeit des Landes verhängnisvoll ausgewirkt und zu einer erzwungenen Abkehr von der Neutralität geführt. Die Ausführungen von Maria Reinartz⁹⁶ mündeten in die deutsche Hoffnung bzw. Forderung, die Schweiz müsse sich heute wiederum aus den Fesseln des Völkerbundes lösen⁹⁷.

94 Artikel: «Die Schweiz will viersprachig werden», in: VB Nr. 45 vom 15. Februar 1938.

95 Artikel: «Ein Schandfleck unseres Jahrhunderts ausgetilgt», in: VB Nr. 92 vom 2. April 1938.

96 *Maria Reinartz*, Gerichtsreferendarin aus Düsseldorf, geb. 15. Mai 1912, studierte an den Universitäten Köln und Heidelberg. Zusätzlich liess sie sich zur Volkspflegerin ausbilden. Ihr Studium der Rechtswissenschaft schloss sie 1939 in Karlsruhe ab und schrieb die Dissertation 1941 über das Thema «Der

Als am 14. Mai 1938 der Völkerbund nach dem Antrag durch Bundesrat Motta der Schweiz die «Integrale Neutralität» zugestand, welche das Land von der Teilnahme an Paktbestimmungen über Sanktionen entband, wurde dies im VB mit Genugtuung vermerkt. Unter dem Titel «Die Schweiz enttäuscht bolschewistische Hoffnungen» zitierte der VB Bundesrat Motta, der die Rückkehr der Schweiz zur uneingeschränkten und ewigen Neutralität als das glückliche Resultat einer langen und beharrlichen Arbeit bezeichnete. Von deutscher Seite her wurde anerkennend vermerkt, dass sich an der Stellung des Völkerbundes in Genf nichts ändern werde und die Genfer «Volksfrontjournaille» nicht damit rechnen könne, auf schweizerischem Boden eine Art «Immunität» für ihre Agitation erlangen zu können⁹⁸. Fand die Haltung der Regierung in Bern die deutsche Anerkennung im VB, wurde im Gegensatz dazu die Presse in der Schweiz scharf kritisiert und als deutschfeindlich, als unneutral hingestellt. Die Zeitungen erzeugten eine Kriegshysterie und unterstellten Deutschland, es wolle die Schweiz annektieren. Den schweizerischen Behörden könne die Haltung der Presse nicht gleichgültig sein, womit der VB auf die von Deutschland geforderte «Gesinnungsneutralität» anspielte, nach welcher ein Land in allen Bereichen des staatlichen und öffentlichen Lebens neutral sein müsse⁹⁹. Die Note, welche Ribbentrop am 21. Juni 1938 Frölicher in Berlin überreichte¹⁰⁰, wurde vom VB in grosser Aufmachung auf der Titelseite unter der Überschrift «Ein Beitrag für den Frieden» gemeldet. Gleichzeitig erinnerte der VB an die Worte des Führers, welche er gegenüber dem früheren schweizerischen Bundesrat Schulthess schon 1937 aussprach¹⁰¹. Die deutsche Garantie der schweizerischen Neutralität wurde so zu einem Propagandaerfolg für das Reich, da es im Sommer 1938 dringend auf Beweise seiner «Friedensliebe» angewiesen war und die Schweiz insofern gelegen kam.

Dr. jur. Ernst Bockhoff¹⁰² definierte dann Ende 1938, was in Deutschland unter integraler Neutralität verstanden wurde: Sie müsse eine Ganzheit im Geiste und in der Tat sein; entweder sei die Neutralität eine aufrechte Haltung oder dann aber «schamloser Betrug». Bockhoff stellte die Frage, was die demokratische Presse in der Schweiz und in anderen Ländern eigentlich bezwecke, und beantwortete sie gleich selbst:

Erziehungswille von Staat und Gemeinden in den Massnahmen für die gefährdete und verwahrloste Jugend» bei Prof. Theodor Maunz an der Universität Freiburg i.Br.

97 Artikel: «Die Neutralität der Schweiz» von *Maria Reinartz*, in: VB Nr. 113 vom 23. April 1938.

98 VB Nr. 137 vom 17. Mai 1938.

99 Artikel: «Merkwürdige Neutralität», in: VB Nr. 149 vom 29. Mai 1938.

100 Vgl.S. 57-58.

101 Artikel: «Unbedingte Neutralität der Schweiz», in: VB Nr. 176 vom 25. Juni 1938.

102 *Dr. jur. Ernst Bockhoff*, geb. 27. März 1911 in Westfalen, studierte an der Universität Köln Rechtswissenschaft. 1935 schloss er seine Dissertation zum Thema «Die Intervention im Völkerrecht» bei Prof. Ebers an der Universität Köln ab. Bockhoff gab sich als überzeugter Nationalsozialist zu erkennen, indem er seine Dissertation seinen Kameraden der Hochschulgruppe Köln des Nationalsozialistischen Deutschen Studenten-Bundes in Erinnerung an die Kampfzeit der Jahre 1930-1933 widmete.

«... man will durch eine solche ehrabschneiderische Informationsmethode ausschliesslich die autoritären Staaten beleidigen, sie in der öffentlichen Weltmeinung herabsetzen, die jüdischmarxistische Hetze der grossen Weltdemokratien selbst mitmachen und unterstützen, und damit das durch die demokratischen 'Freiheits'-Phrasen narkotisierte Volk propagandistisch für die Feinde der autoritären Staaten, also für das Weltjudentum, die Weltfreimaurerei, den internationalen Marxismus einspannen und damit zugleich einseitig gegen den Neutralitätspartner in Dienst stellen.»

Die demokratischen Kleinstaaten, welche einen indirekten Krieg gegen Deutschland führten, müssten damit rechnen, eines Tages rechtlich als Feinde betrachtet zu werden; die scheinbare Neutralität würde sie dann nicht mehr schützen. Direkte und indirekte Kriegführung bildeten im Zeitalter des politischen Ideenkrieges eine Einheit und könnten nicht mehr getrennt werden. Deshalb fordere Deutschland die Neutralität der «Gesinnung»¹⁰³. Bockhoff stellte damit die Schweiz einem Staate wie der Sowjetunion gleich, was die politischen Beziehungen zu Deutschland betraf, und forderte von der Regierung, sie müsse im Inland die Meinungsäusserungs- und Pressefreiheit unterdrücken, ansonsten das Reich in der Schweiz langfristig eine feindliche Nation erblicke. Faktisch bedeutete dies, die Schweiz solle zu ähnlich totalitären Methoden greifen, wie es Deutschland seit 1933 vorexerzierte, ansonsten das Reich die Neutralität als aufgehoben betrachte, was zu unübersehbaren Konsequenzen führen werde.

Einiges wohlwollender fiel eine Betrachtung unter dem Titel «Die Schweiz äusser Gleichgewicht» von Karl Hugo Schmidt im Januar 1939 aus. Der Autor schrieb der Schweiz ein «reiches Kapital an moralischem Prestige und internationaler Autorität» zu, das nun aber durch die einseitige Parteinahme gegen Deutschland bedenkenlos verschleudert würde. Lobende Worte fand Schmidt für die kulturpolitischen Massnahmen des Bundesrates¹⁰⁴, warnte aber vor einer kulturellen Isolierung der Schweiz, die zur Mittelmässigkeit führte,

«wenn der natürliche Zusammenhang mit den Kulturkreisen, die sich im geographischen Raum der Schweiz überschneiden, gestört würde, namentlich mit dem deutschen, aus dessen Bereich die Schweiz als empfangender wie als gebender Teil nicht wegzudenken ist».

Schmidt hob die Einmaligkeit des schweizerischen Staatsgedankens im heutigen Europa hervor; die föderative Zusammenfassung mehrerer Sprachen, «Stämme» und Kulturen gebe der Schweiz eine historische Sonderstellung, und die momentane innere Unruhe, welche durch die Erschütterungen des Jahres 1938¹⁰⁵ bedingt sei, werde nur überwunden werden, wenn die Schweiz erkenne, dass neben ihr Nachbarn sitzen, die nach ganz ande-

103 Artikel: «Integrale Neutralität» von *Dr. jur. E.H. Bockhoff*, in: VB Nr. 347 vom 13. Dezember 1938.

104 Schmidt meinte damit in erster Linie die Einrichtung der Stiftung «Pro Helvetia», kritisierte aber das zu geringe Anfangsvermögen von nur Fr. 100'000.– und den jährlichen Bundesbeitrag von Fr. 500'000.– als recht bescheiden gegenüber den militärischen Aufwendungen.

105 Anspielung auf den Anschluss von Östereich an Deutschland am 13. März 1938; Abtretung der sudetendeutschen Gebiete im Oktober 1938 an Deutschland nach der Münchner Konferenz vom 29. September 1938.

ren völkischen und politischen Grundlagen organisiert seien, die Eidgenossenschaft in ihren festgefühten Traditionen aber unangetastet liessen¹⁰⁶.

Die beiden Artikel von Schmidt und Bockhoff zeigen uns, dass auch im gleichgeschalteten Deutschland von 1939 ein Land innert kurzer Zeit ziemlich unterschiedlich beurteilt werden konnte; enthielten die einen Ausführungen unverhüllte Drohungen gegen die Schweiz, sie müsse ihre Presse unter Kontrolle bringen, ansonsten politische Folgen eintreten, hob der andere Autor die historischen Errungenschaften des Landes hervor und bedauerte sogar einen von deutscher Seite her perzipierten Prestigeverlust, der durch die einseitige Berichterstattung in der Presse entstanden sei. Was jedoch beiden Artikeln gemeinsam ist, zeigt sich in der unmissverständlichen Forderung nach Einhaltung der strikten Neutralität.

Neun Monate vor Kriegsausbruch befasste sich der Völkische Beobachter sehr ausführlich mit der neuen Organisation der Schweizerarmee. In der Einleitung zu diesem Artikel wurden die «Wehrhaftigkeit» und die «Opferbereitschaft» der Eidgenossen als Grund angegeben, weshalb die Schweiz seit 1648 ihre unberührte Existenz behaupten konnte. Geschichtlich gesehen, sei es bewundernswert, wie es der Schweiz immer wieder gelungen sei, ihre Unabhängigkeit in den Kriegswirren zu sichern, während ihre grossen Nachbarn oft bis zu äussersten Kraftanstrengungen gezwungen waren; diese Tatsache könne als Beweis für die Loyalität der Mächte gegenüber der Schweiz gesehen werden, und die momentanen Besorgnisse im Land¹⁰⁷ seien unberechtigt. Die relativ sachliche und ausführliche Darstellung der Armeeargumentation muss hier nicht rekapituliert, sondern nur diejenigen Passagen beleuchtet werden, welche für unsere Fragestellung aufschlussreich sind. So hielt der VB fest, die Ausbildungsart der Schweizerarmee sei zwar veraltet, sie müsse aber historisch gesehen werden und habe sich bewährt¹⁰⁸. Voraussetzung für das Wehrsystem in der Schweiz sei die Bevölkerung, welche folgendermassen charakterisiert wurde:

«Ein kerniger Menschenschlag, Wehrfreudigkeit und eine ausgezeichnete vormilitärische Ausbildung der Jugend sind die Voraussetzungen und die Grundlage für die einmalige Nützlichkeit eines Systems, das anderswo unmöglich wäre.»

Das demokratische Bewusstsein sei in der Schweiz so stark ausgebildet, dass in Friedenszeiten nicht einmal ein Oberkommandierender der Armee existiere, da eine solche Machtstellung dem demokratischen Gedanken widerspreche und als unvereinbar mit den Einrichtungen der Eidgenossenschaft betrachtet werde¹⁰⁹. In dieser Darstellung des schweizerischen Wehrsystems erstaunt vor allem das deutsche Lob der Demokratie; der Schweiz wurde ein politisches System zugestanden, welches in Deutschland radikal und rücksichtslos beseitigt und in der Presse seit 1933 konstant als Entartung des wirklichen Volkswillens dargestellt worden ist.

106 Artikel: «Die Schweiz äusser Gleichgewicht» von *Karl Hugo Schmidt*, in: VB Nr. 4 vom 4. Januar 1939.

107 In der nationalsozialistischen Terminologie war die Ostmark (Östeneich) ins Reich heimgekehrt, was eine Änderung der Ostgrenzen der Schweiz zur Folge hatte.

108 Gemeint waren das schweizerische Milizsystem und die kurze Ausbildung.

109 Artikel: «Heer ohne Oberbefehl», in: VB Nr. 8 vom 8. Januar 1939.

Welche Art von Demokratie gemeint war, wird deutlich, wenn wir einen im März 1939 erschienenen Artikel unter dem Titel «Krise der Schweizer Demokratie?» betrachten: Die verworrenen Andeutungen und falschen Auslegungen des Begriffs Demokratie hätten im Schweizervolk ein unverkennbares Missbehagen bewirkt. Immer mehr werde sich die Bevölkerung der Krise des Systems bewusst, und zwar deshalb, weil die innere Unsicherheit der Regierung zu Halbheiten führe, welche letztlich jene Kreise begünstige, welche auf eine schweizerische «Volksfront»¹¹⁰ hinarbeiteten. Die Jugend hingegen wolle nicht unbedingte, aus dem «Innern geborene Volksverbundenheit» und nicht jene Demokratie, welche nur bestimmten Interessen diene und «künstliche Gegensätze» ins Volk trage¹¹¹. Diese Argumentation zielte auf die schweizerischen Fronten, welche die nationale Einheit nach deutschem Vorbild anstrebten und die «wahre» Volksdemokratie propagierten, wie sie seit 1933 im Deutschen Reich vorgeführt worden ist. Die deutsche Sorge um die schweizerische Demokratie entpuppte sich somit als halbversteckte Parteinahme für die Erneuerungsbewegungen und nicht als Demokratie im liberal-bürgerlichen Sinne.

Am 6. Mai 1939 wurde in Zürich die Eidgenössische Landesausstellung, im Volksmund kurz «Landi» genannt, feierlich eröffnet. Die Selbstdarstellung der Schweiz erhielt am Vorabend des Zweiten Weltkrieges einen ganz speziellen Charakter und war sichtbarer Ausdruck der vielfach beschworenen «geistigen Landesverteidigung». Wie wirkte diese patriotische Landesschau auf das hochgerüstete Hitlerdeutschland von 1939? Der Völkische Beobachter würdigte die Landi in einem sehr einseitigen und tendenziösen Sonderbericht eines schweizerischen Korrespondenten, der nicht namentlich genannt, jedoch eindeutig als Nationalsozialist zu identifizieren ist. Nach einer einführenden Feststellung, die Schweiz habe sich vom Agrar- zum Industriestaat gewandelt, leitete der Artikelschreiber sofort auf das Führerprinzip über und betonte, die Schweiz habe eine grosse Zahl genialer Köpfe und überragender Führergestalten hervorgebracht, nur werde diese Tatsache dem Volk von «Patent- und Neudemokraten marxistischer Färbung» fortwährend vorenthalten. Ein durch freien Willensakt in der Landsgemeinde erkorener Führer stelle die vollendete Führerform schlechthin dar, der «alemannische Urtrieb zum Herrscher» habe sich auch in der Eidgenossenschaft verwirklicht. Als solche Führergestalten wurden von Hallwyl, Waldmann und Zwingli genannt¹¹². Interessanterweise liess der VB den Bericht über die Landesausstellung von einem Schweizer verfassen und war daher nicht gezwungen, selbst zum Thema Stellung zu nehmen. Fallen die Stilisierungen des ungenannten Autors wenig interessant aus, wäre eine deutsche Analyse der Schweiz zu diesem Zeitpunkt aufschlussreicher gewesen; das Fehlen einer solchen Darstellung lässt immerhin den Schluss zu, Deutschland habe ein ambivalentes Verhältnis zur Landi 1939 gehabt und deshalb von einer direkten Stellungnahme abgesehen. Bis zum Kriegsausbruch im September 1939

110 Anspielung auf die Volksfrontregierung der Linken in Frankreich unter Ministerpräsident Léon Blum, der allerdings nur bis zum April 1938 im Amt war.

111 Artikel: «Krise der Schweizer Demokratie», in: VB Nr. 66 vom 7. März 1939.

112 Artikel: «Die Landesausstellung in Zürich», in: VB Nr. 162 vom 11. Juni 1939.

fand die Schweiz nur noch ein einziges Mal Erwähnung, und zwar in einer lobenden Kritik zu Gottfried Kellers 120. Geburtstag¹¹³. Am 1. September, während die deutsche Wehrmacht in Polen einmarschierte, sorgte sich der VB darum, ob Frankreich die Neutralität der Schweiz achten werde: In Bern herrsche eine gewisse Unklarheit über die französische Haltung, und man erwarte von Frankreich eine ausdrückliche Garantie der schweizerischen Neutralität. Die Wahl von Guisan zum General wurde mit einem leichten Unterton gemeldet; der eigentlich Berufene für diesen Posten, Wille, sei aus «politischen» Gründen ausgeschaltet worden¹¹⁴.

Das am 24. Oktober 1939 mit Deutschland unterzeichnete Verrechnungsabkommen¹¹⁵ wurde im VB als Massnahme zur Belebung sowohl der deutschen wie auch der schweizerischen Ausfuhr bezeichnet. Hervorgehoben wurden die Anpassung an die kriegswirtschaftliche Lage und die Kontinuität in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz, welche durch das neue Abkommen gesichert werde; beide Teile seien bemüht, den gegenseitigen Handel wie in der Vorkriegszeit fortzusetzen¹¹⁶.

Mit gross aufgemachter Empörung reagierte der Völkische Beobachter auf französische und englische Zeitungsmeldungen, Deutschland habe an der schweizerischen Nordgrenze 12 Divisionen für einen Einmarsch in die Schweiz zusammengezogen. Die Falschmeldung wurde dazu benutzt, die englische «Lügenpresse» zu entlarven, und gleichzeitig zu beteuern, Deutschland liege nichts ferner, als die Neutralität der Schweiz zu verletzen. Natürlich handelte es sich bei der gesamten Berichterstattung um reine Propaganda, doch ist trotzdem interessant, dass die Schweiz als Anlass dazu genommen worden war, der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren, eine Missachtung der schweizerischen Souveränität käme einer Ungeheuerlichkeit gleich; offenbar besass die schweizerische Neutralität aus deutscher Sicht genug Gewicht, um für die eigene Propaganda verwendet werden zu können¹¹⁷.

Dr. Theodor Böttiger gab im März 1940 eine «Antwort an die Neutralen», wie die Welt von morgen, d.h. nach dem Kriege, aussehen werde. Böttiger bestritt rundweg, dass Deutschland im Sinn habe, die Neutralen auf dem Kontinent in ihrer staatlichen Eigenexistenz auszulöschen, sondern prangerte im Gegenteil die britische Monopolstellung auf dem Weltmarkt an und versuchte den Neutralen aufzuzeigen, dass sie in Wirklichkeit unter der Kontrolle und in Abhängigkeit vom britischen Weltreich stünden. Für die zukünftige Entwicklung wurde ein Bild Europas gezeichnet, welches in einer «ruhigen und fried-

113 Artikel: «Gottfried Keller», in: VB Nr. 200 vom 19. Juli 1939.

114 Artikel: «Wird Frankreich die Neutralität der Schweiz achten?», in: VB Nr. 244 vom 1. September 1939.

115 Das Verrechnungsabkommen drehte sich vor allem um zwei Bereiche: Erstens ging es um eine Abtragung der deutschen Verschuldung von Fr. 80 Mio. in der Schweiz und zweitens um eine Verschlebung bei den gelieferten Produkten in Richtung Kriegsmaterial (*Bonjour*, Bd. VI, S. 204).

116 Artikel: «Belebung des deutsch-schweizerischen Handels», in: VB Nr. 300 vom 27. Oktober 1939.

117 Artikel: «Diesmal 'deutsche Bedrohung' der Schweiz erfunden», in: VB Nr. 303 vom 30. Oktober 1939 (Frontseite).

lichen» Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft der Völker bestehen werde. Die Neutralen müssten selbst entscheiden, was sie von diesem Krieg erwarten können; das einzige, was feststehe, sei die Brechung der englischen Vorherrschaftsstellung durch Deutschland. Eine zwangsläufige deutsche Hegemonie in diesem künftigen Europa wurde von Böttiger verschwiegen, eine klare und eindeutige Antwort über die Gestaltung des neuen Europas blieb er den Neutralen in seinen Ausführungen schuldig¹¹⁸.

Während des deutschen Westfeldzuges gegen Frankreich wurde der Schweiz nur geringe Beachtung geschenkt. Erst im August 1940 erschien wieder ein Artikel, der sich mit der Haltung der Schweiz befasste: Der Eidgenossenschaft wurde höhnisch vorgehalten, sie habe zu lange auf die englische und die französische Seite gehört und nun die Konsequenzen zu tragen:

«Der überhebliche Kantönligeist, dem eine europäische Neuordnung ohne respektvolle Berücksichtigung der 'geistigen' Macht des eidgenössischen Demokratismus kaum denkbar erschien, tat ein übriges, um die Schweiz in ihren Sympathien trotz des 'Noli me tangere' ihrer 'Neutralität' unverhohlen auf die Seite der Westmächte treten zu lassen, soweit es sich um die öffentliche eidgenössische Meinung handelte»¹¹⁹.

3. «Das Reich» unter Josef Goebbels

Für die Jahre 1940 bis 1945 erfolgt die Analyse der Schweiz aus deutscher Sicht nicht mehr anhand des «Völkischen Beobachters», sondern mittels der von Goebbels kontrollierten Wochenzeitung «Das Reich», die erstmals im Mai 1940 erschien. Im Gegensatz zur nationalsozialistischen Parteipresse hatte «Das Reich» einen grundlegend anderen Charakter und eine andere Funktion innerhalb des Dritten Reiches. Die politisch-kulturelle Wochenzeitung verzichtete weitgehend auf aktuelle Nachrichten und Berichte, sondern brachte vor allem Kommentare, Analysen und Deutungen des politischen Geschehens¹²⁰. Nach eigener Definition sollte «Das Reich» ein «tieferes Verständnis der inneren Zusammenhänge und damit der Einzelnachrichten ermöglichen» und dadurch die «grossen Linien in Politik, Kultur und Wirtschaft des Grossdeutschen Reiches» aufzeigen¹²¹. Die Redaktion des «Reichs» wurde mit den besten Fachkräften, ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit, besetzt, um dadurch eine hohe Qualität der Information zu erreichen¹²².

118 Artikel: «Antwort an die Neutralen» von *Dr. Theodor Böttiger*, in: VB Nr. 79 vom 19. März 1940. *Dr. Theodor Böttiger* stammte aus Hamburg und schrieb seine Dissertation 1926 über das Thema «Das Einstürzen des Nationalgefühls in Hamburg während der Franzosenzeit (1800-1814)» an der Universität Hamburg bei Prof. Dr. A. Rein.

119 Artikel: «Erstaunte Eidgenossen», in: VB Nr. 241 vom 28. August 1940. Der Autor gestand der Schweiz immerhin zu, sie habe die Unzuverlässigkeit der Westmächte erkannt und beginne sich von London abzuwenden.

120 *Kessemeier*, S. 137.

121 Aushängeblatt zur Bekanntmachung von «Das Reich» im Fachorgan «Zeitungs-Verlag» vom 25. Mai 1940 (Text bei: *Kessemeier*, S. 365, Bildteil).

122 *Martens*, S. 46.

Die Mitarbeiter des Blattes neigten einer liberalen Grundhaltung zu und wollten vor allem die gebildete Öffentlichkeit in Deutschland und in den neutralen Ländern ansprechen¹²³. Das Niveau war somit bedeutend höher als bei anderen deutschen Publikationen. Reichsleiter Amann bestätigte selbst bald nach der Gründung, dass «Das Reich» nicht eine unter vielen Zeitungen, sondern «die führende grosse politische deutsche Wochenzeitung» sein sollte, die das Deutsche Reich für In- und Ausland gleich wirksam und eindringlich publizistisch repräsentiert¹²⁴. «Das Reich» war zugleich eine deutsche Publikation, welche über die Grenzen des Reiches hinaus im Ausland Beachtung fand, da die sachliche Substanz und Kompetenz der Artikel durch den qualifizierten Mitarbeiterstab gewährleistet waren¹²⁵. Goebbels benützte «Das Reich» als Forum für seine Leitartikel, die er in regelmässiger Folge in der Wochenzeitung veröffentlichte, ohne jedoch als Hauptschriftleiter zu figurieren¹²⁶.

Schon in der allerersten Ausgabe von «Das Reich», am 26. Mai 1940, kam die Pressefehde zwischen Deutschland und der Schweiz zum Ausdruck. Unter dem Titel «Giftgas aus der Schweiz» wurde die schweizerische Berichterstattung über die kriegerischen Ereignisse im Westen schärfstens angegriffen und der eidgenössischen Presse vorgeworfen, sie stelle die Auseinandersetzungen so dar, wie man sie sich in London und Paris wünsche. Dieser Vorwurf, die Schweiz neige einseitig auf die englische und französische Seite, stellte in der nationalsozialistischen Presse eine Konstante dar, die in regelmässigen Abständen vorgebracht wurde. «Das Reich» forderte die Schweizer Behörden deshalb ultimativ auf, diesen «geistigen Giftgaskrieg» zu unterbinden:

«... denn hier geht es ja nicht nur um die Unterdrückung der vergiftenden Auswirkungen eines bösen Willens, sondern um einen Kampf gegen Dummheit und Arroganz»¹²⁷.

«Das Reich» erweist sich in dieser Problemstellung als mit dem Völkischen Beobachter sowohl in der Tonart wie auch im Inhalt vergleichbar. Die Pressefreiheit der Schweiz war Anlass zu einem Dauerkonflikt und belastete das zwischenstaatliche Verhältnis anhaltend; die Zensurmassnahmen des Bundesrates¹²⁸ waren Deutschland viel zu wenig weitgehend und zu ineffizient. Nur eine vollständig geknebelte Schweizerpresse hätte den deutschen Forderungen genügen können.

123 *Kesemeier*, S. 138.

124 Schreiben von Reichsleiter Max Amann an Frau Prof. Gerdy Troost vom 30. Juni 1940, in: *Wulf*, S. 151.

125 Erika Martens porträtiert alle führenden und ständigen Mitarbeiter von «Das Reich» und stellt auch deren eigene Standpunkte dar (S. 56 ff.).

126 Hauptschriftleiter von «Das Reich» war bis 1943 Dr. Eugen Mündler, bis 1945 Rudolf Sparing. Über die Motive zur Gründung der Wochenzeitung vgl. mit: *Abel*, S. 74 ff.

127 Artikel: «Giftgas aus der Schweiz – Auch der Schein der Neutralität von der Presse aufgegeben», in: «Das Reich» Nr. 1 vom 26. Mai 1940.

128 Zur Frage der schweizerischen Pressezensur während des Zweiten Weltkrieges vgl. mit: *Max Nef* (Verfasser): «Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die schweizerische Pressepolitik im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939-1945», Bern 1946. *Georg Kreis*: «Zensur und Selbstzensur – Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg», Frauenfeld 1973.

Auch «Das Reich» griff in seiner Darstellung der Schweiz zum Mittel der Herabsetzung und des Lächerlichmachens. Als die militärische Entscheidung im Westen gefallen und der Waffenstillstand mit Frankreich bereits unterzeichnet war, erhob Dr. Rudolf Fischer die Frage, wie nun die Schweiz auf die völlig veränderte Situation reagiere. Nach seiner Einschätzung halte die Schweiz an ihrer alten Einstellung fest, wage aber nicht mehr reichsfeindliche Gedanken zu äussern und versuche mit Deutschland zu einem Arrangement zu kommen. Fischer verglich das Land mit dem Phönix, der hoffe, unversehrt aus der Asche aufsteigen zu können:

«Alles in allem ist es gewiss belanglos, wie sie in Zürich mit sich und ihrer Ratlosigkeit fertig werden. Wenn wir es uns nicht versagen konnten, den Passepartout zu untersuchen, den sich der Schweizer Freisinn für das neue Europa selbst ausstellt, liegt das nur an dem unvergesslichen Reiz des Anblickes, den die Libertät zu Zürich bot, als der Donner der europäischen Entscheidung und ihre eigene Angst sie in Filzpantoffeln vor die Türe trieb»¹²⁹.

Eine ganz andere Tonart wurde vom «Reich» angeschlagen, als in einem Artikel der gleichen Ausgabe eine deutsch-schweizerische Zusammenarbeit im Schiffsverkehr auf dem Bodensee zur Sprache kam. Der Bodensee wurde als «mitteleuropäischer Zentralhafen» bezeichnet und die Frage nach der Schiffbarmachung des Rheins zwischen Bodensee und Basel aufgeworfen:

«Die Initiative aus der Schweiz für dieses Unternehmen und andere europäische Verkehrsprojekte muss in Deutschland freudig begrüsst werden ... Aber auch für die Schweiz gilt das Wort vom Rhein, der nicht Deutschlands Grenze, sondern ein Strom sei, der zwischen den Völkern fliesse, um sie zu fruchtbarer Zusammenarbeit zu veranlassen»¹³⁰.

Einmal mehr fällt auf, wie moderat und sachlich die Tonart in der deutschen Presse über die Schweiz ausfiel, wenn die Thematik wirtschaftliche Fragen betraf. Um so krasser fiel dann die polemische und hämische Sprache in politischen Artikeln mit dem Thema Schweiz aus; was von Hetzblättern wie «Der Stürmer»¹³¹ oder «Der Angriff»¹³² zu erwarten war, erstaunt in einer Zeitung mit kulturell-politischem Anspruch wie dem «Reich» doch ein wenig, selbst wenn wir die Zwänge innerhalb des nationalsozialistischen Presse-

129 Artikel: «Nebelhörer aus der Schweiz» von *Dr. Rudolf Fischer*, in: «Das Reich» Nr. 9 vom 21. Juli 1940.

130 Artikel: «Deutsch-schweizerische Verkehrsprobleme» von *Heinrich Schüller-Schlettstadt*, in: «Das Reich» Nr. 9 vom 21. Juli 1940. *Heinrich Schüller*, geb. 22. Oktober 1899, schrieb seine Dissertation 1923 zum Thema «Die ernährungspolitischen Beziehungen zwischen Land und Stadt – Ein Beitrag zur kommunalen Ernährungspolitik» an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln bei Prof. Schmittmann.

131 «Der Stürmer» wurde von Julius Streicher, der sich selbst als Frankenführer definierte, herausgegeben und hatte 1935 eine Auflage von ca. 400'000 Exemplaren. Die Zeitung war ein Konglomerat von «wildem Antisemitismus und ungehemmten pornographischen Ausschweifungen». Sein einziges Thema bestand in immer wieder variierten obszönen Geschichten über jüdische Sexualverbrechen und Ritualmorde (*Martens*, S. 33). Aus der Sicht Heinrich Himmlers hatte «Der Stürmer» dazu beigetragen, über den jüdischen Weltfeind «ein gut Teil dieser Aufklärung» zu leisten (Brief Himmlers an Streicher vom 19. Januar 1937, in: *Wulf*, S. 253).

132 «Der Angriff» erschien ab 1929 in Berlin und diente seinem Herausgeber und Leitartikler, Joseph Goebbels, als Agitations- und Werbeblatt für die nationalsozialistische Bewegung. Oberstes propagandistisches Gesetz waren die «Vereinfachung komplizierter Tatbestände und die Verkürzung von

wesens berücksichtigen. Der Bereich Wirtschaft stellte auch im «Reich» einen Raum dar, für den ganz andere journalistische Regeln galten und der von einer ideologisch durchtränkten Polemik weitgehend frei blieb. Ein Beispiel dafür wäre der Artikel «Umsturz in der Schweiz», in dem in sachlicher Weise die wirtschaftlichen Probleme der Schweiz im Sommer 1940 dargestellt wurden: Durch den Ausfall der bisherigen Exportländer wie USA, England und Frankreich, durch die Sperrung des Mittelmeereszuganges und durch die Unterbrechung der Rheinschiffahrt sei die stark exportabhängige Schweiz in Schwierigkeiten geraten. Der sonst so aufnahmefähige deutsche Markt könne nur zum Teil einen Ausgleich bieten, da er sich mit den Erzeugnissen, welche die Schweiz vorwiegend exportiert, selbst versorge¹³³.

Der schweizerische Schriftsteller und Dichter Jakob Schaffner¹³⁴, der sich schon früh mit dem Nationalsozialismus und der politischen Entwicklung in Deutschland identifizierte, verfasste im «Reich» eine Artikelfolge, welche in der Schweiz auf heftige Ablehnung stiess¹³⁵. Obwohl Schaffner schweizerischer Staatsbürger war, seien seine Artikel hier berücksichtigt, da sie durch die Tatsache, dass sie im «Reich» veröffentlicht wurden, gewissermassen die nationalsozialistische Legitimation erhielten und mit dem deutschen Standpunkt bis zu einem bestimmten Grade gleichzusetzen sind. Im August 1940 nahm Schaffner zur Schweiz im neuen Europa Stellung und definierte die Eidgenossenschaft als «letzten deutschredenden Stamm» ausserhalb des Reiches. Es bestehe für die Schweiz keine ununterbrochene Reichsüberlieferung wie für Österreich und das Sudetenland; die jahrhundertelangen Kämpfe gegen die Habsburger hätten zu einer inneren und äusseren Trennung vom Reich geführt. Während das alte Reich 1648 untergegangen sei, habe die Eidgenossenschaft den Weg zur Unabhängigkeit und Neutralität beschritten. Schaffner betonte den Anspruch der Schweiz auf Selbstbestimmung und Eigenständigkeit; heute würden aber die Demokratien überall stürzen, und auch die Schweiz könne sich der «Umschmelzung» nicht entziehen, nur soll dieser Prozess in freier Selbstbestimmung geschehen:

«So wenig es manche Äusserungen bei uns vermuten lassen mögen, so besteht dennoch für unser Volk ein ganz gerader, einfacher Weg zum Verstehen des Kommenden und zur Einfügung in das neue Europa in Würde und Freiwilligkeit. Er muss nur entdeckt, erkannt und beschritten werden ... So wie die «Orte» des alten eidgenössischen Bundesvolkhaft brüderlich verbunden und freibestimmt ihren Jahrhunderten das Gesicht gaben, so wird das neue Europa endlich seine alte Sehnsucht sich erfüllen, wird volkhaft brüderlich verbunden und freibestimmt nunmehr seine Jahrhunderte antreten und seiner Epoche das Gesicht geben.»

Entwicklungslinien auf Schlagworte» (*Martens*, S. 31). Wesentliches Ziel der Zeitung mit einer Auflage von 60'000 für 1934 waren die Diffamierung und Karikierung der politischen Gegner.

133 Artikel: «Umsturz in der Schweiz», in: «Das Reich» Nr. 10 vom 28. Juli 1940.

134 Jakob Schaffner (1875-1944) hatte sich schon früh dem Nationalsozialismus zugewendet, hielt in Deutschland Vorträge, in denen er das nationalsozialistische Deutschland verherrlichte und gehörte am 10. September 1940 nebst der Delegation der «Nationalen Bewegung der Schweiz» (NBS) zu den Personen, welche von Pilet-Golaz empfangen worden waren (*Bonjour*, Bd. IV, S. 323 ff.).

135 *Bonjour*, Bd. IV, S. 149 ff.

Schaffner erweist sich in diesen Formulierungen als schwärmerischer, wenn nicht idealistisch gesinnter Nationalsozialist, der an die harmonische und «freiwillige» Verschmelzung der Schweiz mit dem Reich glaubte; bedenken wir den Zeitpunkt August 1940 – Deutschland hatte soeben halb Europa unterworfen und den Krieg gegen England eröffnet –, müssen wir Schaffners Erwartungen entweder als naiv oder als zynisch qualifizieren. Es ist jedoch nicht auszuschliessen, dass Schaffners Darstellung der Schweiz Tendenzen in der deutschen Führung zumindest unterstützte, die schweizerische Bevölkerung werde von sich aus die Zeichen der Zeit erkennen und langfristig den Anschluss selbst suchen. Schaffner erklärte sich die Spannungen zwischen den beiden Ländern mit dem unterschiedlichen Tempo der Entwicklung: Deutschland sei vorwärts gestürmt, während die Schweiz konservativ verharre. Er glaubte, die Schweiz würde im neuen Europa «volle Selbstbestimmung und innere Freiheit geniessen». Die europäische Arbeits-, Kampf- und Geschichtsgemeinschaft werde Entfaltungsmöglichkeiten nach allen Richtungen und in jeder Weise enthalten¹³⁶.

Die Reaktion im «Reich» zeigt uns, dass Schaffners Auffassung von der Stellung und Bedeutung der Schweiz in Deutschland nicht geteilt wurde. Otto Philipp Häfner¹³⁷ verfasste unter dem Titel «Freispruch der Schweiz» eine deutliche Absage gegenüber Schaffners Thesen, indem er der Schweiz ein geschichtliches Verschulden zusprach:

«Die Eidgenossenschaft ist aus der Schwäche des Reiches entstanden und bedurfte der Schwäche des Reiches zu ihrem Fortbestehen in der bisherigen Form. Denn diejenige Kraft, die das alte Reich auflöste, hat die Schweiz hervorgebracht. Indem sich die Schweizer auf das Jahr 1648 berufen, das im Reich als das traurigste Jahr der deutschen Geschichte gilt und gegen das dieser Krieg geführt wird, berufen sie sich auf die deutsche Schwäche.»

Es gebe für die alemannische Schweiz, einen deutschen Stamm, kein historisches Recht auf Absonderung und Vereinzelung, denn die Stärke des Deutschtums bestehe im Gegenteil, nämlich in der Einigung und im Zusammenschluss aller Stämme. Die schweizerische Neutralität hätte bedeutet, keinerlei Parteinahme zu ergreifen und eine ehrliche Mittlerstellung einzunehmen. Die Schweiz habe sich aber seit dem Ersten Weltkrieg und erst recht nach 1933 gegen Deutschland gewandt, habe sich mit dem «österreichischen Menschen» solidarisiert und förmlich zum Krieg gegen Deutschland aufgerufen. Die überwiegende Mehrheit der Schweizer Bevölkerung würde genauso wie die Presse denken, die Schweiz habe dadurch eine «geistige Mitschuld» am Krieg auf sich geladen. Häfner schloss seine Absage an die historisch berechnete Eigenständigkeit der Schweiz mit der Forderung, die Schweiz müsse heute ihr Verhältnis zu Deutschland suchen; bis jetzt habe

136 Artikel von Jakob Schaffner: «Die Schweiz im neuen Europa», in: «Das Reich» Nr. 12 vom 11. August 1940.

137 Otto Philipp Häfner, geb. 1910, gest. 1943, war Redaktionsmitglied im «Reich» und für die Aussenpolitik zuständig. Er hatte Volkswirtschaft studiert und begann seine journalistische Laufbahn bei der «Frankfurter Zeitung». Als überzeugter Nationalsozialist meldete er sich 1942 freiwillig an die Ostfront, wo er fiel. Er führte ein Kriegstagebuch, das erhalten geblieben ist (Martens, S. 89 ff.).

das Land von seiner Reichsfeindschaft gelebt, was künftig weder geistig noch politisch möglich sei¹³⁸. Obwohl nicht ausdrücklich formuliert, müssen wir Häfners Artikel entnehmen, die Schweiz könne nicht mehr länger abseits stehen, sondern habe den Anschluss ans Reich zu suchen. Ergänzt wurden diese Ausführungen durch drei Leserbriefe, welche alle heftig gegen Schaffner Stellung nahmen: Die Schweiz habe ihre garantierte Neutralität durch ihre Reichsfeindschaft ins Gegenteil verkehrt¹³⁹; schon im Ersten Weltkrieg existierten in der Schweiz entschiedene Gegner Deutschlands, darunter Hodler und Spitteler¹⁴⁰; seit Jahrzehnten könne jeder politische Hochstapler ungestört sein Asyl in der Schweiz beziehen und von dort sein Gift gegen das Reich verspritzen. Es sei zu hoffen, dass bald eine richtige «Deklaration der Eidgenossenschaft» erfolgen werde¹⁴¹. Allen vier Meinungsäußerungen ist der deutsche Vorwurf der Reichsfeindschaft der Schweiz gemeinsam. Auch wird die geschichtliche Absonderung der Schweiz kritisiert und in Frage gestellt, wenn nicht ganz als unhaltbar betrachtet. Die Schaffnersche These, die Schweiz besitze einen geschichtlichen und moralischen Anspruch auf Eigenständigkeit, wird verneint und somit aufgehoben. Schaffner wurde jedoch weiterhin im «Reich» die Möglichkeit eingeräumt, seine Ansichten auszuführen: Am 22. September 1940 nahm er gegenüber den «erbitterten und empörten» deutschen Zuschreibern, denen sich übrigens die Redaktion des «Reichs» anschloss, Stellung. «Das Reich» führte als Einleitung zu Schaffners Antwort an:

«Wie die Schweiz ihr neues Verhältnis zum Reich findet, ist ihre Sache. Unsere Sache dagegen ist es, sie mit allem Ernst darauf hinzuweisen, dass dieses neue Verhältnis zum Reich gefunden werden muss. Die Reichsfeindschaft führt in eine Sackgasse, aus der es keinen Ausweg gibt»¹⁴².

Schaffner versuchte in seiner Stellungnahme zu den deutschen Vorwürfen vor allem den kultur- und geistesgeschichtlichen Stellenwert der Schweiz im deutschen Geistesleben hervorzuheben. Dazu nannte er Gotthelf, Keller und Meyer, alles Autoren, welche auch vom nationalsozialistischen Deutschland anerkannt worden sind. Charakteristisch ist der Verweis auf Gestalten des 19. Jahrhunderts, da entsprechende Vertreter des 20. Jahrhunderts nicht mehr zitiert werden durften; Autoren der Jahre zwischen 1918 und 1933 galten grösstenteils als undeutsch und waren verfehmt. Nach Schaffner war die schweizerische Bevölkerung nicht reichsfeindlich, sondern «reichsunwissend». Das «echte, grundsätzliche» Schweizervolk habe mit dem heutigen Materialismus nichts zu tun, die offizielle Schweiz hingegen laufe den englischen Grossgrundbesitzern und den amerikanischen Finanzjuden nach. Es sei wahr, dass die Schweiz heute noch in der «kapitalistisch-liberalistischen Da-

138 Artikel von *Otto Philipp Häfner*: «Freispruch der Schweiz?», in: «Das Reich» Nr. 14 vom 25. August 1940.

139 Leserbrief «Die Überlieferung der Ostmärker» von Hugo Frenzel, in: «Das Reich» Nr. 14 vom 25. August 1940.

140 Leserbrief «Die Reichsfeindschaft» von H. Teuscher, in: «Das Reich» Nr. 14.

141 Leserbrief «Wie Äthiopier» von Willy Esterl, in: «Das Reich» Nr. 14 vom 25. August 1940.

142 Artikel: «Die Reichsfeindschaft der Schweiz» der Redaktion, in: «Das Reich» Nr. 18 vom 22. September 1940.

seinsstimmung» lebe und an der Demokratie hänge. Die europäische Revolution würde aber ihre überreifen Früchte auch in der Schweiz fallenlassen, und wenn es noch etwas zu stossen oder zu schütteln gäbe, solle man dies die Schweiz selber tun lassen; das Neue stünde vor der Tür¹⁴³. Damit konnte nur die nationalsozialistisch gesinnte Erneuerungsbe-
 wegung in der Schweiz gemeint sein, welche bald das Steuer im Land in die Hand nehme. Ähnlich wie von gewissen deutschen Autoren, wurde ein Gegensatz zwischen «echten» Schweizern und den «verdorbenen» Eidgenossen, die nur den Kapitalinteressen nachlie-
 fen, konstruiert und gleichzeitig die Erwartung ausgesprochen, die wirklichen Volkskräfte in der Schweiz würden auch dort die Erneuerung im politischen und geistigen Leben her-
 beiführen können.

Der uns bereits bekannte Otto Philipp Häfner veröffentlichte im November 1940 eine grosse, zweiseitige Reportage über eine Reise durch die Schweiz. Darin schilderte er die Bevölkerung als habgierig, zum Hamstertum neigend und als stark auf das Essen fixiert. Die Geschäfte würden Wohlhabenheit ausstrahlen, und die Regale seien gefüllt mit Waren und Speiseprodukten. Häfner stellte die rhetorische Frage, ob das neue Europa überhaupt noch eine Schweiz kennen werde, und wenn ja, in welcher Form. Seit 1933 betone das Land das Recht auf Eigenstaatlichkeit unermüdlich, der Grundtenor laute: «Alles überle-
 gen, nichts überstürzen, abwarten, wie alles verläuft, vorsichtig sein, möglichst nichts ver-
 ändern.» Stets werde zum Ausdruck gebracht, die Schweiz brauche noch Zeit, sich an die neuen Umstände anzupassen, es gehe eben alles etwas langsamer. Häfner stellte das Land als Überbleibsel aus dem vergangenen Jahrhundert dar; die Behausungen der Bürger strahlten Wohlstand, Besitzdenken, Fleiss und ehrbares Familienleben aus. Nachstehend eine Gegenüberstellung der nationalen Tugenden der beiden Länder, wie sie Häfner sah:

Grossdeutschland

- Macht
- Ehre
- Glanz
- Fahnen
- Adler
- Siegesfanfaren

Schweiz

- Sicherheit des Besitzes
- Glück im engen Familienkreise
- friedliche Nachmittage zu Hause
- ruhiger Gang am See
- stiller Abend am Kamin
- Etüden am Klavier

Dem Schweizer wäre am liebsten, wenn er das Rad der Geschichte an seinem Hause vor-
 beilenken könnte; die nationale Begeisterung des neuen Deutschlands würde in der «mil-
 den bürgerlichen Luft» der Schweiz keine Mitleidenschaft entfachen. Der heisse Atem der
 Zeit werde als Föhn empfunden, der Kopfweh verursache. In der Schweiz gelte das Alte
 und das Bekannte. Sie sei 1848 mehr durch Glück als durch staatsmännische Weisheit
 entstanden, und heute stelle sich die Frage, ob die Schweiz unberührt bleibe, nicht mehr,
 sondern nur noch, ob sie sich aus eigenem Willen einordne. Die Neutralität der Schweiz
 werde im neuen Europa hinfällig, da Deutschland und Italien die Führungsnationen seien

143 «Der Prozess um mein Land» von J. Schaffner, in: «Das Reich» Nr. 18.

und die Schweiz im unmittelbaren Kraftfeld dieser beiden Nationen liege. Häfner führte seinen Gedankengang in einer Art und Weise fort, die uns einmal mehr einen Erklärungsansatz liefert, weshalb Deutschland die Schweiz militärisch nie angegriffen hatte:

«Es handelt sich also nicht um den Einmarsch von Tanks und Divisionen, auf die sich die Schweiz vorbereiten müsste, sondern darum, ob die Schweiz den Einmarsch der neuen europäischen Gedanken verhindern und den aussichtslosen Versuch machen will, Europa zu entfliehen.»

Die europäischen Geschehnisse hätten eine selbstgesetzliche Kraft, der keine Nation, auch die Schweiz nicht, entfliehen könne.

Weil die Schweiz schon lange als geschichtsbildende Kraft ausgeschieden sei, habe sich ihr Blick für das Geschichtliche zugunsten einer Kultivierung des Privaten getrübt. Immerhin gestand Häfner der Bevölkerung zu:

«Die Schweizer sind anständige, ehrbare, intelligente, fleissige Menschen, gesund und von einer guten Rasse ... Sie sind unentbehrlich, auch wenn sie es selbst noch nicht wissen»¹⁴⁴.

In diesem Artikel sind die meisten wichtigen Aspekte der deutschen Haltung gegenüber der Schweiz im Jahre 1940 enthalten: Die Bevölkerung ist zwar konservativ, rückständig und kleinbürgerlich und versteht die Zeichen der neuen Zeit nicht; andererseits hat sie aber ihre Qualitäten und ist insofern für das Reich von Interesse. Als neutraler Kleinstaat hat die Schweiz ausgedient und gerät zwangsläufig ins Kraftfeld der Hegemonialmächte. Es ist eine reine Frage der Zeit, wann sie sich dem Reich in dieser oder jener Form anschliesst. Es wird jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, Deutschland beabsichtige keinen militärischen Einmarsch, sondern erwarte von der Schweiz eine geistige Wende zum neuen Europa.

Zum Jahresbeginn 1941 erhielt Jakob Schaffner noch einmal Gelegenheit, im «Reich» seinen Standpunkt zu vertreten: Die Schweiz sei in diesem Zeitpunkt für einen Anschluss ans Reich weder «geeignet noch vorbereitet». Momentan wäre das Land für Deutschland sogar ein unerwünschter Zuwachs; die Schweiz ist dem Reich als «Volksprovinz» nur erhalten geblieben, weil sie sich schon früher gegen Anschluss Tendenzen von französischer Seite her gewehrt hat. Schaffner setzte dann zu einem Lob der schweizerischen Nationalwirtschaft an: Wegen fehlender Rohstoffe habe die Arbeitsleistung einen hohen Stand erreicht, und die schweizerische Geld Wirtschaft sei eine europäische Potenz, die im neuen Europa einen nicht unwichtigen Platz einnehmen werde. Schaffner versuchte die Schweizer als verführtes und hintergangenes Volk darzustellen, das «künstlich betrunken» gemacht worden sei. Könne die Schweiz die Neutralität sprengen, stehe sie wieder im alten Gemeinsinn mit dem Deutschen Reich. Deutschland erobere zur Zeit die Welt mit einem neuen Glauben, die Waffen seien dabei nur zweitrangig. Schaffner schloss mit der naiven Erwartung:

144 Artikel: «Herbst in der Schweiz» von *Otto Philipp Häfner*, in: «Das Reich» Nr. 27 vom 24. November 1940.

«Eine Gemeinschaft von Selbstbehaupteten will das neue Europa sein ...»¹⁴⁵.

Dies war das letzte Mal, dass Schaffner im «Reich» seine Ideen publizieren konnte, die wir nur als sehr bedingt mit dem deutschen Standpunkt übereinstimmend betrachten können. Schaffner kam 1944 bei einem Bombenangriff um und erlebte deshalb das Ende des Tausendjährigen Reiches nicht mehr.

Im Herbst 1940 legte der spätere Bundesrat, Friedrich Traugott Wahlen, Chef der Sektion für landwirtschaftliche Produktion und Hauswirtschaft, den später nach ihm benannten «Wahlen-Plan» vor, der eine beträchtliche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in der Schweiz vorsah und auf eine teilweise Autarkie des Landes in der Lebensmittelproduktion hinstrebte¹⁴⁶. Dieses Programm, von der Geschichtsschreibung der Nachkriegszeit als «Ausdruck des Durchhaltewillens» gewürdigt¹⁴⁷, wurde vom «Reich» grundsätzlich positiv beurteilt und begrüsst. Im April 1941 erschien im «Reich» unter dem Titel «Die Schweizerische Anbauschlacht» ein Artikel, der in diesem Vorgang eine Abkehr vom früheren Denken in der Schweiz erblickte: Die Schweiz strebe nun nach ernährungsmässiger Autarkie, was aber als unerreichbares Ziel gesehen werden müsse. Mangelnde Anbaufläche und zu wenig Arbeitskräfte sprächen dagegen. Das Land sei viel zu stark mobilisiert, wodurch die benötigten Arbeitsleute der Landwirtschaft vorenthalten würden. Das Volk sei heute «mobilmachungsmüde», und die geistige Landesverteidigung habe jede Wirkung eingebüsst; die Bevölkerung begrüsse und unterstütze hingegen die Anbauschlacht. «Das Reich» fällt in diesem Zusammenhang folgendes Urteil:

«Es zeigte sich hier ein typisch bäuerlicher Zug dieses Volkes, das trotz Industrialisierung und Fremdenverkehr, trotz gewisser angelsächsischer Einflüsse auf seine Geisteshaltung im Grunde genommen doch ein Bauemvolk mit innerlich gesunden Instinkten geliebt ist.»

Abschliessend wurde im Artikel die schweizerische Anbauschlacht als positiv gewertet und als ein, «wenn auch bescheidener Beitrag zur europäischen Nahrungssicherung» qualifiziert¹⁴⁸.

Im Verlauf des Jahres 1941 konstatierte «Das Reich» ein im deutschen Sinne positives Umdenken in Fragen der Wirtschaftspolitik in der Schweiz. Befriedigt wurde vermerkt, dass eine Verlagerung des schweizerischen Exportes von Übersee nach Europa stattgefunden und sich der Aussenhandel der Schweiz an die veränderten Umstände angepasst ha-

145 Artikel: «Der Weg durch das Reich – Über die Zukunft der Schweiz» von *Jakob Schaffner*, in: «Das Reich» Nr. 1 vom 5. Januar 1941.

146 Zum Thema «Wahlen-Plan» vgl. mit: *F.T. Wahlen*: «Das schweizerische Anbauwerk 1940-1946», Zürich 1946. *Bonjour*, Bd. VI, S. 395 ff.

E. Feisst: «Durchhalten, Schweizerische Lösungen einer Ernährungs- und Agrarpolitik während und nach dem Kriege». Bern 1944.

147 Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd. 2, S. 1202 (Abschnitt über den Bundesstaat seit 1848 von *Hans von Greverz*).

148 Artikel: «Die Schweizerische Anbauschlacht – Nützlicher Plan – gefährliches Wort», in: «Das Reich» Nr. 14 vom 6. April 1941.

be¹⁴⁹. Dr. Hans Jenny¹⁵⁰ registrierte einen Wandel von der klassisch-liberalen hin zur europäischen Wirtschaftspolitik: Sei die Schweiz früher dem britischen Freihandelssystem angehangen, so habe sie sich seit der Blockade Englands auf eine nationale Handelspolitik im Sinne der «Bedarfsdeckungswirtschaft» besonnen.

Die Schweiz wurde in einen Zusammenhang mit dem von deutscher Seite her propagierten Kontinentalblock gestellt, der die einzelnen Länder Europas unter Anführung Deutschlands zu einem starken und unabhängigen Wirtschaftssystem zusammengeschlossen habe. Diese Vorstellung, von Hitler schon 1930 formuliert¹⁵¹, hatte im Jahre 1941 kurz vor dem Russlandfeldzug, der die endgültige Vorherrschaft Deutschlands auf dem Kontinent sichern sollte, konkrete Gestalt angenommen. Im «Reich» wurde anerkennend vermerkt, in der Schweiz herrsche eine zunehmende Tendenz zur Mitarbeit innerhalb der «kontinentalen Grossraumwirtschaft», und gleichzeitig finde eine Abkehr vom Liberalismus, auch im akademischen Bereich, statt¹⁵². Deutschland sei seit Jahrzehnten der bedeutendste Handelspartner der Schweiz, und infolge der deutschen Aufträge halte die Schweiz wirtschaftlich in der gegenwärtigen Lage durch. Nach einem Hinweis auf die Bedeutung des deutsch-italienischen Gotthardtransites kam der Artikel von Dr. Jenny zum Resümee, die Schweiz habe als ehemalige Hochburg des Liberalismus in Wirtschaft und Politik umgelemt¹⁵³.

Diese eher anerkennende Beurteilung der Schweiz fand zwei Wochen später eine gewisse Korrektur, indem «Das Reich» einen mangelnden Lebenswillen und eine Überalterung der Bevölkerung in der Schweiz konstatierte; es herrsche eine allgemeine Resignation:

«Es scheint, als fühle das Volk einen Rückstand in seiner geistig-politischen Entwicklung... Nicht nur an Jahren scheint das Schweizervolk überaltert, sondern auch in seiner Geisteshaltung und in seinem Willen, aktiv an der Verjüngung Europas mitzuwirken.»

In der Schweiz herrsche ein allgemein passives Verhalten in Fragen der europäischen Politik und beim Geschehen im eigenen Lande, was man nur schon an der schwachen Stimmbeteiligung ersehen könne¹⁵⁴.

149 Artikel: «Erfolgreiche Anpassung – Wandlungen im schweizerischen Aussenhandel», in: «Das Reich» Nr. 20 vom 18. Mai 1941.

150 Dr. Hans Jenny wurde am 25. März 1912 in Zürich geboren und studierte in Berlin und Zürich Nationalökonomie. Sein Studium schloss er mit einer Dissertation bei Prof. R. Büchner der Universität Zürich über den «Schweizerischen Kohlenhandel» im Herbst 1940 ab. Jenny leistete seit Kriegsbeginn Aktivdienst und figurierte als regelmässiger Mitarbeiter für Wirtschaftsfragen beim «Reich». Er ist schweizerischer Staatsbürger und besitzt das Bürgerrecht von Iffwü im Kanton Bern.

151 Vgl. S. 10.

152 Jenny spielte auf Reden von Prof. Böhler am 24. April 1941 in Basel und von Bundesrat Wetter an der MUBA 1941 an. Wetter hatte dabei erklärt, die Schweiz solle eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa und eine Neugestaltung des Zahlungsverkehrs suchen.

153 Artikel: «Schweizer Wandlung – Von liberaler zur europäischen Wirtschaftsbetrachtung» von Dr. Hans Jenny, in: «Das Reich» Nr. 22 vom 1. Juni 1941.

154 Artikel: «Mangelnder Lebenswille», in: «Das Reich» Nr. 24 vom 15. Juni 1941.

Einen Monat nach dem deutschen Angriff auf Russland stellte «Das Reich» die Frage nach einer «Schweizer Legion» im Kampf gegen den Bolschewismus: Deutschland habe von den «alemannischen Stammesgenossen» angenommen, sie würden sich am Entscheidungskampf beteiligen. Es geschehe jedoch gar nichts, die Schweiz wolle zwar aus dem deutschen Sieg über den Bolschewismus Vorteile ziehen, aber nichts aktiv dafür leisten. Es gebe in der Schweiz sicher Freiwillige für den Kampf im Osten, und es sei zu hoffen, dass diese sich Deutschland anschliessen werden¹⁵⁵.

Eine indirekte Anerkennung einer unabhängigen Schweiz wurde in einem Bericht über den stark zurückgegangenen Fremdenverkehr im Land ausgesprochen. Die international anerkannte Neutralität der Schweiz sei «unangefochten», die Bewohner zeichneten sich durch «Fleiss, Geschicklichkeit und Sparsamkeit» aus; das Wunschziel der Schweiz sei, unversehrt und unbeteiligt am Kriegsgeschehen die Wohlstandsquelle des Fremdenverkehrs wieder ungestört fliessen lassen zu können. Das Land habe sich jedoch in die kriegswirtschaftlich gebotenen Massnahmen der Achsenmächte einzuordnen und müsse für die Kriegszeit mit einem stark reduzierten Fremdenverkehr rechnen:

«Umso nachdrücklicher wird sich die Schweiz auf die Aufgaben der Nachkriegszeit einstellen müssen.»

Darunter verstand «Das Reich» in erster Linie die Instandstellung der Fremdenbetriebe und der Verkehrseinrichtungen. Die wichtigste Besuchergruppe würden dabei zweifellos die Reisenden aus Deutschland ausmachen¹⁵⁶. In diesem Artikel wurde offen ausgesprochen, dass die Schweiz auch nach dem Krieg als selbständiger Staat weiterexistieren werde und auf «ausländische» Gäste aus Deutschland angewiesen sei.

Als sich bereits deutlich abzeichnete, dass der deutsche Vormarsch in Russland nicht so einfach und problemlos sein wird, wie es sich der Generalstab vorgestellt hatte¹⁵⁷, erschien im «Reich» im November 1941 ein «Leserbrief» aus der Schweiz, welcher ganz den deutschen Standpunkt einnahm: Ein Rudolf E.Ch. Jung stellte sein eigenes Land als feige und dekadent dar, obwohl es auch in der Schweiz Leute gebe, welche die deutsche Leistung im Osten rückhaltlos bewundern und anerkennen würden. Für die Schweiz gehe es bei diesem Kampf um Sein oder Nichtsein Europas und um die Frage, ob sie sich rechtzeitig einer grösseren Gemeinschaft anpassen könne; würde diese Chance verpasst, so käme es zu einer unfreiwilligen Unterordnung unter das neue Europa¹⁵⁸. Unabhängig davon, ob dieser Brief echt oder fingiert war, verbleibt für uns die Aussage, die Schweiz

155 Artikel: «Die Schweizer Legion», in: «Das Reich» Nr. 29 vom 20. Juli 1941.

156 Artikel: «Undankbare Vereinsamung – Die Schweiz ohne Fremdenverkehr», in: «Das Reich» Nr. 44 vom 2. November 1941.

157 Generalstabschef Halder notierte sich am 3. Juli 1941 in sein Kriegstagebuch: «Es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn ich behaupte, dass der Feldzug gegen Russland innerhalb von vierzehn Tagen gewonnen wurde» (*Halder, Kriegstagebuch III, S. 38*).

158 Artikel: «Ein Schweizer schreibt» von *Rudolf E.Ch. Jung*, in: «Das Reich» Nr. 47 vom 23. November 1941.

müsse sich von selbst den neuen Umständen anpassen. Für diese Änderung schien im Deutschland der Hitlerzeit generell eine starke Erwartung geherrscht zu haben. Als später endgültig klar wurde, dass die Schweiz unter dem Eindruck der Kriegsentwicklung diesen Schritt nicht tun würde, fehlten dem Reich die militärischen Mittel, den Anschluss doch noch zu verwirklichen.

Die Berichterstattung über die Schweiz im Jahre 1942 war im «Reich» durch eine deutliche Schwerpunktsetzung für den Bereich Wirtschaft gekennzeichnet. Schon Ende 1941 wurde die Schweiz als «Ideal-Rentnerstaat» definiert, in welchem das reine Kapitaleinkommen mit 28% nur noch von England übertroffen würde¹⁵⁹. Der uns bereits bekannte Dr. Hans Jenny registrierte ein starkes Engagement des schweizerischen Kapitals in Übersee: Kaum ein Land sei mit seinen wirtschaftlichen Interessen so intensiv mit überseeischen Gebieten verknüpft, würden doch die gesamten schweizerischen Guthaben ausserhalb Europas zwischen 10 und 12 Mia. sFr. und somit beinahe 20% des Volksvermögens betragen. Jenny sah das weltweite Engagement des Schweizer Kaufmanns als Erbe der Söldnerzeit; im 19. Jahrhundert sei dann das Söldnerhandwerk durch die Kaufmannstätigkeit abgelöst worden, wodurch die Schweiz trotz Rohstoffarmut zu einem bedeutsamen Faktor in der alten Weltwirtschaft geworden sei. Bei Kriegsausbruch habe eine eigentliche Kapitalflucht nach Amerika stattgefunden, doch seien die schweizerischen Hoffnungen auf hohe Kapitalgewinne und Dividendenausschüttungen schwer enttäuscht worden, da auf Anordnung Roosevelts die Guthaben der neutralen Staaten in den USA blockiert worden sind¹⁶⁰. Andere Artikel befassten sich mit den Auswirkungen des Krieges auf die schweizerische Wirtschaftslage¹⁶¹, mit der Golddeckung des Schweizerfrankens¹⁶², mit der Mustermesse 1942 in Basel¹⁶³, mit dem Geschäftsbericht 1942 der Ciba¹⁶⁴ und mit der schweizerischen Seeschifffahrt¹⁶⁵. Zwei Aspekte sind dabei auffallend: Im Zeitraum Januar bis Juli 1942 wurden im «Reich» ausschliesslich Artikel zum Thema Wirtschaft der Schweiz veröffentlicht. Die Berichterstattung war in einem sachlichen Ton gehalten und enthielt sich weitgehend polemischer Formulierungen, wie sie in den politischen Kommentaren über die Schweiz üblich waren. Das deutsche Interesse an der Schweiz hatte sich im Jahre 1942 eindeutig auf den wirtschaftlichen Bereich konzentriert;

159 Artikel: «Ideal-Rentnerstaat – Zur Vermögensgliederung der Schweiz», in: «Das Reich» Nr. 48 vom 30. November 1941.

160 Artikel: «Weise oder nicht? – Schweizer Kapital in Übersee» von *Dr. Hans Jenny*, in: «Das Reich» Nr. 3 vom 18. Januar 1942.

161 Artikel: «Eidgenössische Finanzen – Die Schatten der Nichtkriegsführung», in: «Das Reich» Nr. 8 vom 22. Februar 1942.

162 Artikel: «Die Notendeckung – Lehren aus Holland und der Schweiz», in: «Das Reich» Nr. 18 vom 3. Mai 1942 (Hauptaussage: Schweiz habe planmässig ihre Goldreserven durch Devisenumtausch erhöht).

163 Artikel: «Kriegsmesse in Basel» von *Dr. Hans Jenny*, in: «Das Reich» Nr. 18 vom 3. Mai 1942 (Hauptaussage: Schweizer Industrie habe sich völlig auf Kriegsindustrie umgestellt und dabei eine beachtliche Leistung erbracht).

164 Artikel: «Der letzte Welthändler – Aus dem Jahresbericht der Ciba», in: «Das Reich» Nr. 19 vom 10. Mai 1942.

165 Artikel: «Schweizerische Seeschifffahrt», in: «Das Reich» Nr. 28 vom 12. Juli 1942.

während des ganzen Jahres erschienen nur zwei politische Beiträge über die Eidgenossenschaft im Gegensatz zu insgesamt 12 Artikeln über die Wirtschaft.

Im September 1942 definierte Hans Jenny die Schweiz als «letzter Konsumgüterfabrikant» in der Welt, da sie neben Schweden als einziges Land über eine uneingeschränkte Konsumgüterproduktion verfüge. Begehrte Ausfuhrobjekte seien anderswo einfach nicht mehr erhältlich, was die Bedeutung der schweizerischen Produktion erhöhe¹⁶⁶. Jenny nannte die Schweiz eines der handelsintensivsten Länder der Welt mit einem überdurchschnittlich hohen Aussenhandelsumsatz pro Kopf der Bevölkerung gerechnet und verwies generell auf die gestiegene Bedeutung der schweizerischen Exporte für den Kontinent. Positiv wurde der mit Deutschland am 20. Juli 1942 abgeschlossene Handelsvertrag¹⁶⁷ gewertet, der den Warenverkehr mit den von deutschen Truppen besetzten Gebieten regelte. Die Schweiz wurde als Industrienation gezeichnet, welche hochwertige Ausfuhrüter und Luxusprodukte herstelle, auf die mangels anderer Lieferstaaten auf dem Kontinent nicht verzichtet werden könne; für die Zeit nach dem Kriege rechnete Jenny mit einer gesteigerten Bedeutung der Konsumgüterproduktion, da die Schweiz nicht wie Deutschland auf eine andere Produktionsbereiche verdrängende Kriegswirtschaft umstellen müsse.

Obwohl in der Schweiz immer noch viele Leute glaubten, nach dem Krieg könnten die alten Zustände wiederhergestellt werden, seien schleichende, aber einschneidende Änderungen im Land eingetreten, registrierte «Das Reich» im November 1942. Der Staat greife nun in vielen Bereichen ein und sei faktisch viel autoritärer, als es die bürgerlich-liberale Verfassung zuliesse: Neugründungen von Zeitungen seien bewilligungspflichtig, politische Versammlungen benötigten eine polizeiliche Genehmigung, und das Verbreiten von Gerüchten, welche die Sicherheit des Staates bedrohen, würde bestraft¹⁶⁸. Obwohl die Bevölkerung nach wie vor die alten Ideale von Freiheit und Liberalismus hochhielte, herrsche in der Schweiz eine gewisse Diktatur des Staates, die zwar zum Schutze der bürgerlichen Ordnung errichtet worden sei, in Wirklichkeit jedoch auf einen Abbau des liberalen Staates hinwirke. In Deutschland sei man sich wohl bewusst, dass sich in der Schweiz zwar die politischen Formen, nicht aber die Denkweise der Bewohner geändert hätten¹⁶⁹. Der Artikel schloss mit der lapidaren Bemerkung, trotz des offensichtlichen Widerspruchs zwischen konservativer Einstellung und autoritärer Struktur des Staates sei in der Schweiz «alles im Fluss», die Bevölkerung jedoch weiterhin «unbekümmert». Einmal mehr wurde von deutscher Seite her die Lage der Schweiz registriert, ohne jedoch anzudeuten, welche Entwicklung aus deutscher Sicht wünschenswert sei.

Im November 1942 besetzten deutsch-italienische Truppen Vichy-Frankreich, das seit dem Westfeldzug einen halbfreien Status hatte. Durch diesen Vorgang wurde die Schweiz

166 Artikel: «Der letzte Konsumgüterfabrikant – Der schweizerische Aussenhandel im Kriegsverlauf» von Dr. Hans Jenny, in: «Das Reich» Nr. 37 vom 13. September 1942.

167 *Bonjour*, Bd. VI, S. 242 ff.

168 Über die Vollmachten des Bundesrates vgl.: *Bonjour*, Bd. IV, S. 32 ff.

169 Artikel: «Die unbekümmerte Schweiz», in: «Das Reich» Nr. 46 vom 15. November 1942.

endgültig von den Achsenmächten eingeschlossen und war bezüglich seiner Zufuhren vollständig von Deutschland und Italien abhängig geworden. «Das Reich» schrieb zur neuen Situation der Schweiz, die Aufrechterhaltung der Überseeimporte sei für das Land lebenswichtig, die Einfuhren jedoch gesichert, da die Schweiz weiterhin über die Häfen Lissabon, Bilbao und Genua Waren einführen könne¹⁷⁰. Die wirtschaftliche Lage hänge an einem Faden, und dieser heiße Spanien und Portugal. Man fühle sich trotz der Aufrechterhaltung der Importe isoliert, und es sei nicht erstaunlich, dass die Schweiz eine «geistige Igelstellung» bezogen habe und Überschriften wie «Insel im brandenden Sturm» die Frontseiten der Zeitungen beherrschten¹⁷¹. Bedenkt man die bedrohliche und abhängige Lage der Schweiz im Winter 1942/43, erstaunt es fast ein wenig, dass die deutschen Kommentare dazu so belanglos und knapp ausgefallen sind; zog Deutschland die wirtschaftlichen Fesseln zu diesem Zeitpunkt erneut an und nützte die schwache politische Position des Landes zu einem Wirtschaftsdiktat, hielt sich «Das Reich» in der Berichterstattung deutlich zurück und vermerkte nur die Reaktion in der Schweiz selbst, ohne eine eigene Stellungnahme zu äussern.

Auch das Jahr 1943 war hauptsächlich von einer Berichterstattung über Wirtschaftsfragen in der Schweiz gekennzeichnet, wobei die Artikel von Hans Jenny überwogen. Um Wiederholungen zu vermeiden, sei nur noch auf Analysen im «Reich» eingegangen, welche neue Aspekte für unser Thema hergeben. Solche sind in der Goldfrage gegeben: Obwohl das offizielle Deutschland in der Parteipresse nicht müde wurde, immer wieder zu betonen, dass Gold keinen wirklichen Wert habe¹⁷², beweist das deutsche Interesse am «Goldland Schweiz» eine andere Grundeinstellung, ganz abgesehen davon, dass die Schweiz für Deutschland für die Konvertierung von Gold während des Krieges immer unentbehrlicher wurde. Im Juni 1943, nach einer einleitenden, ironischen Frage, wo das goldreichste Land der Erde liege, hielt sich «Das Reich» darüber auf, dass die Goldvorräte der Schweizerischen Nationalbank einen neuen Höchststand von 2'170 Mio. Reichsmark oder 500 Reichsmark je Kopf der schweizerischen Bevölkerung erreicht hätten. Es sei die «Ratlosigkeit des Goldes», welche diesen Berg angehäuft habe; dass dieses Gold auch aus Deutschland stammte, wurde dem Leser verschwiegen¹⁷³.

Anerkennend wurden im «Reich» im August 1943 die gestiegenen Geburtenzahlen in der Schweiz vermerkt; der Geburtenüberschuss betrug für das Jahr 1942 31'947 oder 7,5‰ gegenüber 13'356 oder 3‰ im Jahre 1940. «Das Reich» stellte zugleich die Frage nach den Ursachen für die Steigerung: Entweder könne sie als Folge einer «grundlegen-

170 Zur Frage der Aufrechterhaltung von Importen und der Organisation einer Kriegswirtschaft in der Schweiz vgl. mit:

Heinrich Homberger: «Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg», Zürich-Erlenbach 1970.

171 Artikel: «Belagerte Festung – Die Schweiz nach dem 11. November», in: «Das Reich» Nr. 49 vom 6. Dezember 1942.

172 Am 18. Oktober 1942 wurde im «Reich» Nr. 42 in einem Artikel über die Gewerbefreiheit in der Schweiz der fiktive Wert des Goldes betont.

173 Artikel: «Das Goldland», in: «Das Reich» Nr. 25 vom 20. Juni 1943.

den geistigen Wandlung» im Volk gesehen werden¹⁷⁴, andererseits habe der Staat Massnahmen ergriffen, welche einen Anreiz zur Familiengründung bedeuteten¹⁷⁵. Von einem eigentlichen Willen zum Kind und von einer Sicherung des Volksbestandes könne aber nur ansatzweise gesprochen werden:

«Entscheidend aber für die Geburtenfrage bleibt, ob an die Stelle des materiellen Egoismus der ideelle Gemeinschaftsgeist und die Verantwortung gegenüber dem Volksganzen und der Zukunft des Volkes tritt»¹⁷⁶.

Diese Darstellung zeigt uns zwei Dinge: Erstens bedeutete sie ein Anerkennen der schweizerischen Bevölkerung im rassistischen Sinne, da das Volkstum des Landes als erhaltenswert definiert wurde und die gestiegenen Geburtenzahlen ein deutsches Lob erhielten. Zweitens bedeutete die Entwicklung im nationalsozialistischen Sinne eine wünschenswerte Änderung der geistigen Verfassung in der Schweiz, was wir nur schon an der ausgesprochenen Hoffnung ersehen können, die nächsten Jahre würden zeigen, ob ein solcher Wandel in der Frage der Bevölkerung tatsächlich stattgefunden habe; nach Hitlers eigenen Worten war ein Land mit stagnierenden Geburtenzahlen dem «Volkstod» und damit dem langfristigen Untergang ausgeliefert¹⁷⁷.

Im September brachte «Das Reich» eine gross aufgemachte Betrachtung des schweizerischen Reduits¹⁷⁸ und stellte dazu folgende Thesen auf:

- Das nicht in das Reduit einbezogene Staatsgebiet der Schweiz würde für den hinhaltenden Rückzug und für eine Kriegspolitik der verbrannten Erde vorgesehen.
- Die grössten Städte, die fruchtbaren Gebiete und die Kulturgüter würden dem Feind überlassen.
- Verteidigt würden «Gemsens», «Eis» und «kahle Felsen»; darin verborgen lägen die Idee der Eidgenossenschaft, der Schatz der Tradition und der Schlüssel zur Zukunft.
- Ein Eingreifen der Schweiz in fremde Konflikte würde am Kern des eigenen Staatsgefüges rühren.
- Die Tätigkeit des Roten Kreuzes und die Funktion als vielbeschäftigte Schutzmacht seien anerkennenswerte Aufgaben der schweizerischen Neutralität.
- Die Schweiz habe in den vergangenen 100 Jahren keinen Krieg mehr erlebt und deshalb ihre Kräfte ganz auf die Entfaltung des wirtschaftlichen Wohlstandes konzentrieren können.
- Das Wirtschaftsgefüge der Schweiz sei eine gesunde Mischung von Handwerk, Klein- und Grogsgewerbe und äusserst unanfällig auf krisenhafte Entwicklungen in der Wirtschaft.
- Die innere Kraft der Eidgenossenschaft wachse aus dem föderalistischen Prinzip, aus dem genossenschaftlichen Zusammenwüken der einzelnen Glieder.

174 Nach der nationalsozialistischen Auffassung zeigte sich der Lebenswille eines Volkes u.a. in der Geburtenzahl; eine Nation mit einem starken Willen innerhalb des «Überlebenskampfes» der Völker sei auf eine hohe Geburtenrate angewiesen. Andererseits fürchtete sich Deutschland vor den hohen Geburtenzahlen der «minderwertigen» Völker im östlichen Europa, welche die Deutschen langfristig verdrängen könnten.

175 Gemeint waren Kinderzulagen, Sozialversicherungen und steuerliche Vorteile für Familien nebst der Bevorzugung von kinderreichen Familien bei der Zuteilung von rationierten Lebensmitteln.

176 Artikel: «Steigender Lebenswille – Günstigere Geburtenentwicklung in der Schweiz», in: «Das Reich» Nr. 32 vom 8. August 1943.

177 *Adolf Hitler: «Mein Kampf», Bd. I, Kapitel 11: Volk und Rasse, S. 311 ff.*

178 Der Grundgedanke des Reduits bestand in der Beschränkung auf eine Verteidigung des Alpenmassivs unter Preisgabe des Mittellandes (*Bonjour, Bd. IV, S. 168 ff.*).

- Das Prinzip der liberalen Wirtschaftsordnung sei unangefochten, doch würden sich die Massnahmen des Staates zur Arbeitsbeschaffung auf Kosten der souveränen Kantone und der freien Wirtschaft auswirken¹⁷⁹.

Auch in dieser Darstellung der Schweiz im vierten Kriegsjahr wird eher Anerkennung als Kritik an der inneren Struktur und der politischen Entwicklung des Landes sichtbar; von einer Eingliederung der Eidgenossenschaft ins Reich war nicht mehr die Rede, dagegen wurden von deutscher Seite Überlegungen angestellt, wie die Schweiz «nach dem Kriege» aussehen und wie stark die freie Wirtschaftsordnung bis zu diesem Zeitpunkt verändert sein werde. Im «Reich» sorgte man sich sogar um die Sicherheit der Schweiz vor englischen und amerikanischen Luftangriffen im Sommer 1943 und spielte dabei auf Fehlbombardements schweizerischer Städte an, wie sie verschiedentlich vorgekommen sind¹⁸⁰. Nebst einem Protest gegen diese Neutralitätsverletzungen forderte Deutschland die Schweiz auf, ihre militärischen Abwehrmassnahmen gegen alliierte Flieger zu intensivieren¹⁸¹, wobei hinter dieser Forderung das deutsche Interesse an einer verstärkten Abwehr der Anflugrouten für alliierte Bomber stand. Die schweizerischen Erfolge auf dem Weg zu einer Agrarautarkie wurden positiv vermerkt und in erster Linie den Anstrengungen auf dem Agrarsektor im eigenen Lande zugeschrieben¹⁸²; die englischen Schwarzen Listen von schweizerischen Firmen, welche mit Deutschland Geschäfte betrieben, wurden hingegen scharf angeprangert¹⁸³. Im Zusammenhang mit einer Rede Pilet-Golaz im Herbst 1943 stellte «Das Reich» fest, in der Schweiz hätte sich das «Phantom einer deutschen Einmarschdrohung» verflüchtigt. Hingegen würde sich im Land langsam die Erkenntnis durchsetzen, dass ein Sieg der angelsächsischen Seite das Ende der staatlichen Souveränität für die Neutralen bedeuten würde. Die grösste Gefahr für die Schweiz sei hingegen dann gegeben, wenn Deutschland der «pseudodemokratisch-bolschewistischen Allianz» erliegen sollte¹⁸⁴. Die Gefährdung der Schweiz wurde einmal mehr in Umdrehung der wirklichen Verhältnisse der Gegenseite zugeschrieben, was nur als Projektion der eigenen Absichten auf die Feindmächte interpretiert werden kann.

179 Artikel: «Das Reduit – Die Schweiz zwischen gestern und morgen» von *Hans Otto Wesemann*, in: «Das Reich» Nr. 36 vom 5. September 1943. *HO. Wesemann*, geb. 1903, studierte in München, Berlin und Halle Nationalökonomie und promovierte 1926 zum Dr. rer. pol. Er gehörte zur Redaktion im «Reich» und war für Wirtschaftsfragen zuständig. Er war nicht Mitglied der NSDAP, was Wesemann ermöglichte, nach dem Krieg Chefredakteur der Deutschen Welle und 1961 zu deren Intendanten gewählt zu werden (*Martens*, S. 190 ff.).

180 *Bonjour*, Bd. V, S. 106 ff.

181 Artikel: «Am Rande des Luftkrieges – Das Dilemma der Schweiz», in: «Das Reich» Nr. 40 vom 3. Oktober 1943.

182 Artikel: «Der Mehranbau – Etappen und Ziele der schweizerischen Agrarautarkie», in: «Das Reich» Nr. 41 vom 10. Oktober 1943.

183 Artikel: «Schwarze Listen – Neutrale Wirtschaft unter verstärktem Druck», in: «Das Reich» Nr. 42 vom 17. Oktober 1943.

184 Artikel: «Der Brand vor den Toren – Zu einer Rede des schweizerischen Aussenministers», in: «Das Reich» Nr. 44 vom 31. Oktober 1943.

Gehen wir davon aus, dass die Korrespondentenberichte im «Reich» den wirklichen deutschen Standpunkt spiegelten, so ist eine Analyse der Schweizerarmee, die Ende 1943 veröffentlicht worden ist, rückblickend recht aufschlussreich. Für das neue Heer seit der Reform von 1937 wurden die nachstehend aufgeführten Schwerpunkte perzipiert:

- Die Schweizerarmee stelle für die kriegführenden Nationen einen nützlichen Flankenschutz dar; von dieser Seite her drohe keine Gefahr.
- Grundsatz der Armee sei die bewaffnete Verteidigung der Landessicherheit und der Neutralität der Schweiz.
- Das Milizsystem behalte man auch nach vier Kriegsjahren weiterhin bei, weil dadurch die Verbundenheit von Bürgern und Soldaten gewährleistet sei.
- Die Offiziere stellten keine besondere Gesellschaftsschicht wie zur Zeit der Reisläuferei dar; die Berufsmilitärs seien militärische Techniker ohne besonderes Prestige.
- Das eigentlich Neue in der Heeresorganisation seien die Grenzschutztruppen.
- Eine wichtige Rolle spiele die seit 1937 stark verbesserte und modernisierte Luftwaffe.
- Die Festungswerke der Hochalpen stellten den beherrschenden Kern der Landesverteidigung dar.
- Ergänzt würden diese durch neuartige Abwehreinrichtungen, d.h. gestaffelte Hindernisanlagen, welche sich zwischen Grenze und Hochgebirge hinzögen.
- In der Reduit-Stellung könne es die Schweiz auch im modernen Krieg relativ leicht und lange auch gegen starke Kräfte aushalten; ausserdem sei das Reduit ein Symbol für den Widerstandsgeist.
- Entscheidend für den Ausgang eines allfälligen Kampfes seien die Intelligenz und die Härte der Soldaten sowie die Geistesverfassung des ganzen Landes und nicht in erster Linie die Art der Waffen.
- Die Bewaffnung der Armee sei jedoch modern, und die Führungskräfte, welche sorgfältig die Kriegserfahrungen der Umwelt studierten, würden der Truppe in Bezug auf die Ausbildung nichts schenken¹⁸⁵.

Diese Darstellung der schweizerischen Armee zu Beginn 1944 muss als ausgewogen und sachlich korrekt gewertet werden, könnte sie doch beinahe der Feder eines schweizerischen Journalisten entstammen. Bedeutsam erscheint vor allem der Hinweis auf die guten Verteidigungsmöglichkeiten im Reduit, welche Deutschland mitbeeinflusst haben konnten, sich nie zu einem Angriff auf die Schweiz zu entschliessen; je länger der Krieg dauerte, desto grösser und aufwendiger wäre ein solcher Schritt ausgefallen.

Im Frühling 1944, als die sowjetischen Armeen die Front schon weit nach Westen verschoben hatten und bereits zum Vorstoss gegen Rumänien und Ungarn ansetzten, veröffentlichte «Das Reich» einen Artikel über das sowjetisch-schweizerische Verhältnis. Die Darstellung kann als Kompensation für die immer stärkere Bedrängnis auf militärischer Ebene durch die Sowjetunion gesehen werden; jedenfalls wurde von den möglichen Entwicklungen ein für die Schweiz bedrohliches Bild gezeichnet: Der schweizerische Bundesrat sei einem konzentrischen Druck hinsichtlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur UdSSR ausgesetzt, der von der linken Seite her komme. Die Sozialdemokratie und die Kommunisten seien entschlossen, die Beziehungen zu Moskau zu einer Kernfrage

185 Artikel: «Miliz im Umbau – Die Schweizer Armee zwischen zwei Weltkriegen», in: «Das Reich» Nr. 52 vom 26. Dezember 1943.

der eidgenössischen Aussenpolitik zu machen. Selbst die Exportindustrie habe eine gewisse Zeit gehofft, mit einer Orientierung nach Osten Geschäfte zu machen; heute sei jedoch die Erkenntnis durchgedrungen, dass die Sowjetunion keinen lohnenden Absatzmarkt darstelle. Mit einer siegreichen Sowjetunion seien ohnehin keine Geschäftsbeziehungen möglich, äusser wenn sich das Land zur «Räte-Schweiz» machen liesse. Regierung und Parlament würden das wirkliche Wesen des bolschewistischen Imperialismus erkennen und an der Neutralität festhalten, weshalb man von einer eindeutigen Hinwendung zu Russland absehe¹⁸⁶. «Das Reich» verschwieg in seinem Artikel die Gründe für den Wandel der schweizerischen Sozialdemokratie bezüglich der Sowjetunion: Im Mai 1943 wurde die Komintern aufgelöst und der russische Anspruch auf Führung in der Weltrevolution offiziell aufgegeben, was den gemässigten Linkskreisen in der Schweiz ermöglichte, für eine Versöhnung mit der Sowjetunion einzutreten. Nach langem Zögern, verursacht u.a. durch die ablehnende Haltung von Bundesrat Pilet-Golaz, und nach einer schroffen Rückweisung eines schweizerischen Angebotes für diplomatische Beziehungen im November 1944 durch Moskau, was zum Sturz von Pilet führte, wurde im Verlaufe des Jahres 1946 der offizielle diplomatische Verkehr zwischen den beiden Ländern eröffnet¹⁸⁷. Es käme einer Verdrehung der historischen Tatsachen gleich, würde man behaupten, Russland habe aktiv auf eine «Räte-Schweiz» hingearbeitet.

Als im Morgengrauen des 6. Juni 1944 das englisch-amerikanische Invasionsheer unter dem Oberbefehl von General Eisenhower an der Küste der Normandie erfolgreich gelandet war und in den folgenden Tagen grössere Brückenköpfe bilden konnte, erliess General Guisan einen Tagesbefehl, in dem er festhielt, die Schweiz sei unter den neuen Umständen von Gefahren aller Art umgeben, und es gelte auch dem Unerwarteten Rechnung zu tragen. «Das Reich» griff die Worte Guisans auf, um sie auf die eigene Art umzudeuten: Hatte der General von unerwarteten Gefahren gesprochen, identifizierte die deutsche Seite diese namentlich, indem die alliierten Streitkräfte zur neuen Bedrohung der Schweiz erklärt wurden. Die englisch-amerikanischen Verbände wollten die Schweiz als Operationsgebiet benützen und durch Pressionen die Preisgabe der eidgenössischen Neutralität erwirken. Moralische Hemmungen seien bei den Alliierten nicht vorhanden, und es brauche nicht viel Phantasie, sich vorzustellen, wie sich die in der Schweiz internierten «Terrorflieger»¹⁸⁸ verhalten würden, sollte es zu einem Angriff auf das Land kommen. Die Existenz der Schweiz sei erst gesichert, wenn die Nachbarländer sich mit Erfolg gegen die von allen Seiten anrennenden «Zerstörungskräfte» gewehrt hätten:

186 Artikel: «Berner Aussenpolitik im Ostwind – Die sowjetisch-schweizerischen Beziehungen», in: «Das Reich» Nr. 11 vom 12. März 1944.

187 Am 18. März 1946 akzeptierte die UdSSR den schweizerischen Vorschlag zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen; Ende April 1946 wurde der schweizerische Gesandte in Moskau ernannt, die sowjetische Botschaft in Bern wurde erst am 16. September 1946 eröffnet (*Bonjour*, Bd. V, Kapitel 15, S. 373-425).

188 Damit waren die in der Schweiz internierten, abgesprungenen oder zur Landung gezwungenen englischen und amerikanischen Flieger gemeint.

«Je entschlossener also der Verteidigungswille der Schweiz ist und auf die Gemeinschaftsaufgabe Europas ausgerichtet bleibt, um so erfolgreicher arbeitet das Land für seine eigene Existenz»¹⁸⁹.

In Wirklichkeit stellte nach wie vor das nationalsozialistische Deutschland die Hauptgefahr für die Schweiz dar¹⁹⁰, und von einer Präventivbesetzung konnte keine Rede sein. Umgekehrt hatte Deutschland ein unbedingtes Interesse an einer starken Landesverteidigung in der Schweiz, denn nur so verblieb an seiner Südgrenze ein stabiler Faktor, der eine neue alliierte Front verhindern konnte¹⁹¹.

Im Sommer 1944, als Deutschland bereits in einen Zweifrontenabwehrkampf gegen die Sowjetunion und die westlichen Heere verwickelt war, wurde im «Reich» verstärkt die Einheit Europas propagiert und beschworen. In diesen Zusammenhang gehört ein ausführlicher Artikel des schweizerischen Korrespondenten Hans Georg Pauls¹⁹² über die Lage und die Zukunft der Schweiz. Die wichtigsten Aspekte der längeren Ausführungen seien hier zusammengefasst:

- Für die Eidgenossenschaft seien der gemeinsame Daseinswille und das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit ausschlaggebend.
- Die Schweiz habe sich schon immer mehr dem Bestehenden als dem Kommenden verpflichtet gefühlt.
- Gegenüber neuen Ideologien habe sich die Schweiz stets länger abwehrend verhalten; nach vollzogener Wandlung jedoch bewusst in die Zukunft geblickt.
- Die staatspolitische Grundkonzeption der Schweiz sei seit der Loslösung vom Reich im Schwabenkrieg von 1499 auf die Verteidigung des Bisherigen bzw. auf die verzögerte Anpassung an die veränderten Umstände ausgerichtet gewesen.
- Die Haltung der Schweiz könne nicht als grundsätzliche Gegnerschaft zu Europa gewertet werden.
- Das aussenpolitische Denken der Schweiz sei durch die «Urangst» des Kleinen vor dem Großen beherrscht.
- Die Schweiz sei eine Föderation von deutschen, französischen und italienischen Stämmen, die drei verschiedenen Kulturkreisen angehören.
- Zwischen den Teilen gäbe es jedoch eine relativ starke Stammesverbundenheit und ein Gemeinschaftsgefühl der Föderation, was der Grund für die Abwehrhaltung in der Europafrage sei.
- Die deutsche Schweiz gehöre kulturell, wirtschaftlich und organisch zu Deutschland; eine kulturell autarke Schweiz müsste an sich selbst ersticken.
- Geographisch, gewerblich und industriell würde sich die Deutschschweiz nicht von Süddeutschland unterscheiden.
- Ein Wegfall Deutschlands als Lieferant und Abnehmer der Schweiz würde zu einem Zusammenbruch des Wirtschaftskörpers Schweiz führen.

189 Artikel: «Die Schweiz auf Wachposten – General Guisants Tagesbefehl», in: «Das Reich» Nr. 29 vom 16. Juli 1944.

190 Schweiz hatte nach der Invasion die Einberufung des gesamten Grenzschatzes, d.h. von ca. 110'000 Mann, gefordert; vom Bundesrat wurden allerdings nur Teilbestände bewilligt (*Bonjour*, Bd. V, S. 138 ff.).

191 Zur deutschen Bedrohung im Sommer 1944 vgl. *Bonjour*, Bd. V, S. 145 ff.

192 *Hans Georg Pauls VMI* Korrespondent aus Zürich für das «Reich» und die «Frankfurter Zeitung». Er befasste sich vor allem mit den Bereichen Innenpolitik der Schweiz und Literatur. In seinen Artikeln kommt eine Identifikation mit dem Nationalsozialismus zum Ausdruck; gleichzeitig bemühte sich Pauls jedoch, ähnlich wie Schaffner, den speziellen Status der Schweiz zu betonen. 1942 wurde im «Jahrbuch der Weltpolitik» des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institutes in Berlin eine Schrift mit dem Titel «Die Schweiz» von Pauls veröffentlicht.

- Eine lebensfähige und lebengewillte europäische Gemeinschaft sei die Voraussetzung für die Zukunft der Schweiz.
- Es gebe keinen Weg zurück in die «gute alte Zeit» für die Schweiz, sondern nur den Weg zur bewussten und verbindlichen Gemeinschaft Europas¹⁹³.

Der ganze Artikel atmete ein gewisses überhebliches Wohlwollen für die «Rückständigkeit und Eigenart» der Schweiz. Entscheidend erscheint der Hinweis auf die zeitliche Verzögerung in der Schweiz bezüglich neuer und revolutionärer Entwicklungen; Pauls bekräftigte die deutsche Erwartung, das Land würde den Weg zur europäischen Gemeinschaft¹⁹⁴ von selbst finden, man müsse ihr nur genügend Zeit dazu lassen. Von einer eigentlichen Eingliederung der Schweiz ins Reich ist nicht die Rede; dafür werden die Abhängigkeit und kulturelle Verknüpfung gegenüber Deutschland um so mehr betont. Der Artikel kann generell als gutes Beispiel des deutschen Bildes von der Schweiz gesehen werden, da er alle typischen Elemente enthält: Die Schweiz wurde als konservativ, rückständig und politisch unbeweglich gesehen; dafür gestand man dem Land die innere Legitimation, die kulturelle und wirtschaftliche Leistung und die politische Konstanz positiv zu, wenn auch weiterhin die Erwartung bestand, die Schweiz müsse den Weg zum neuen Europa finden. Eine etwas andere Formulierung wurde in einem Kommentar über die Entwicklung des schweizerischen Exportes gewählt:

«Gerade in der zweiten Phase des wirtschaftlichen Weltkrieges hat Deutschland in der Praxis bewiesen, dass es in der Schweiz einen europäischen Partner sieht, dessen wirtschaftliche Integrität es auch im Rahmen der Kriegsnotwendigkeiten erhalten möchte.»

Die schweizerische Exportfähigkeit wurde anerkannt und die deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen als zufriedenstellend und angemessen bezeichnet. Natürlich verschwieg der Artikel die Methoden und die Umstände, unter welchen die Unterzeichnung des neuen Wirtschaftsabkommens vom 29. Juni 1944 zustande kam: War Deutschland in den vorangegangenen Jahren stets mit diktatorischen Forderungen in Wirtschaftsverhandlungen mit der Schweiz eingetreten, musste «Das Reich» 1944 unter dem Eindruck der militärischen Verschlechterung den Ton mässigen und den schweizerischen Interessen entgegenkommen¹⁹⁵. Der Artikel betonte jedoch, die Schweiz sei weiterhin von der Funktionsfähigkeit der kontinentalen, namentlich der deutschen Beziehungen abhängig¹⁹⁶.

Als Jakob Schaffner im Herbst 1944 im Alter von 69 Jahren in Strassburg bei einem alliierten Bombenangriff ums Leben kam, widmete «Das Reich» dem schweizerischen Schriftsteller nur eine kleine Randnotiz. Konnte Schaffner 1940 in längeren Beiträgen das

193 Artikel: «Die Schweiz in der Schwebel – Zwischen 'Urangst' und Bejahung» im Rahmen der Serie «Europa: Vielfalt in der Einheit» von *Hans Georg Pauls*, in: «Das Reich» Nr. 35 vom 27. August 1944.

194 Gemeint war das Neue Europa im nationalsozialistischen Sinne: Der Kontinent wurde als Block verstanden, der unter Anführung bzw. der Hegemonie von Grossdeutschland eine autarke Wirtschaftspolitik aufbauen sollte (*Rauschning*, S. 118).

195 *Bonjour*, Bd. VI, S. 259 ff.

196 Artikel: «Zwischen den Fronten – Die Wandlungen im Schweizer Aussenhandel», in: «Das Reich» Nr. 37 vom 10. September 1944.

Verhältnis der Schweiz zum Reich aus seiner Sicht darlegen¹⁹⁷, verstummte seine Stimme im «Reich» in den folgenden Kriegsjahren. Im knappen Nachruf hiess es dann:

«Des durch Jahrhunderte bewiesenen Wertes der schweizerischen Eidgenossenschaft bewusst, sah er doch das nationalsozialistische Reich als eine deutsche Eidesbrüderschaft an ihrer Seite»¹⁹⁸.

Fast könnte man aus dieser Formulierung schliessen, das Deutsche Reich wäre auf einem gleichen Niveau der Schweiz zur Seite gestellt gewesen, zwei unabhängige Staatskörper, die jedoch durch einen kulturellen Überbau miteinander verknüpft waren.

Im Spätherbst 1944 wurde das schweizerische Angebot zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion brüsk abgewiesen. Am 4. November verkündete der Moskauer Rundfunk, die Schweiz habe während Jahren eine profaschistische Politik verfolgt und der Sowjetunion gegenüber eine feindliche Haltung eingenommen¹⁹⁹; die Verhandlungen waren damit gescheitert. Die Position Moskaus und das Verhalten der Linken in der Schweiz nach dem Sturz von Bundesrat Pilet-Golaz waren für «Das Reich» Anlass zu einer gänzlich andersartigen Darstellung und Deutung der Ereignisse: Der russische Vorwurf, die Schweiz habe eine profaschistische Politik betrieben, sei völlig grotesk; tatsächlich sei die Schweiz für Moskau ein geeignetes Objekt, um den «revolutionären Imperialismus der Komintern» wirkungsvoll demonstrieren zu können. Das Ziel der sowjetischen Politik sei, die Schweiz auf den Kurs der Volksfrontlinie umzuschalten und damit eine geographisch-politische Brücke zwischen dem bolschewistischen Osten und seinen bereits in Frankreich, Belgien und Italien stehenden Vorposten zu bilden²⁰⁰. Die politischen Instanzen der Schweiz seien zu einer grundsätzlichen Entscheidung gezwungen, ob die Neutralität des Landes zugunsten der von Moskau verlangten Sowjetfreundlichkeit aufgegeben werden sollte²⁰¹. Interessanterweise sorgte sich das Deutsche Reich in der Schlussphase des Krieges plötzlich um die Erhaltung der schweizerischen Demokratie; die reale Bedrohung des Dritten Reiches durch die vorrückenden sowjetischen Armeen wurde als eine andere Variante auf die Schweiz projiziert und das Verhalten der Linkskräfte²⁰² als Ergebnis der russischen Direktiven und Pressionen gese-

197 Vgl. S. 198 ff.

198 Artikel: «Zum Tode Jakob Schaffners», in: «Das Reich» Nr. 43 vom 22. Oktober 1944.

199 Der gleiche Text wurde vom Londoner Rundfunk ausgestrahlt, wovon eine inoffizielle Übersetzung in englischer Sprache existiert. Die entscheidende Passage lautet: «... violating their old democratic traditions, have been pursuing a profascist policy towards the Sovjet Union ... (*Bonjour*, Bd. V, S. 400).

200 Artikel: «Muss die Schweiz wallfahrten?», in: «Das Reich» Nr. 46 vom 12. November 1944.

201 Artikel: «Für oder gegen Europa? – Die Schweiz im Gedränge», in: «Das Reich» Nr. 47 vom 19. November 1944.

202 Damit waren zwei Dinge gemeint: Erstens der sozialdemokratische Anspruch auf einen zweiten Bundesratssitz nach der Demission von Pilet-Golaz und zweitens die Aktivitäten der «Partei der Arbeit» unter Parteipräsident Nicole, welche sich vor allem in der welschen Schweiz bemerkbar machten.

hen. Die Berichterstattung über die Schweiz im «Reich» zwischen Herbst 1944 und dem Kriegsende im Frühling 1945 war ganz vom Thema der sowjetischen Expansion und Einflussnahme in Europa beherrscht. Mit Vorliebe sprach «Das Reich» vom «Peitschenhieb Moskaus»²⁰³, der am 4. November der Schweiz erteilt worden sei, und versuchte unermüdlich auf die subversiven und offenen Aktivitäten des Bolschewismus hinzuweisen. Ende 1944 folgte eine neue Interpretation, indem die Schweiz nur als Prügelknabe dargestellt wurde; der Schlag Moskaus habe in erster Linie den Grossmächten gegolten und sei als Signal an den Westen zu verstehen. Die Schweiz müsse sich aber bewusst sein, dass sie von den Alliierten nicht mit Samthandschuhen angefasst werde oder gar Vorteile von einer deutschen Niederlage erwarten könne. Die schweizerische Aussenpolitik sei keineswegs nur durch das Parlament und den Bundesrat bestimmt, sondern «unverantwortliche Einflüsse von aussen» würden in zunehmendem Masse auf das Land einwirken²⁰⁴. Eine gewisse Zurücknahme dieser Haltung erfolgte im Januar 1945, als «Das Reich» vermerkte, die Herbstkrise in der Schweiz sei überwunden, da sich Moskau bei der Entfaltung des kommunistischen Brandes sowohl in der «Windstärke» wie im Zeitpunkt vergriffen habe. Es bestünden aber in der Schweiz opportunistische Strömungen in allen politischen Kreisen zugunsten des vermeintlichen Siegers; selbst in bürgerlichen Kreisen seien ein anglophiler und ein russophiler Bazillus deutlich spürbar²⁰⁵.

Als die sowjetischen Armeen ihre Grossoffensive gegen das östliche Deutschland im Februar 1945 bereits erfolgreich ausgelöst hatten und auf breiter Front gegen das eigentliche Kerngebiet des zerfallenen Dritten Reiches vorstiessen, erschien im «Reich» eine Würdigung des Schweizer Carl Burckhardt, die man nur als eigentliche Lobpreisung werten kann: Dem ehemaligen Völkerbundskommissar in Danzig und späteren Leiter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz wurden hohe diplomatische Qualitäten und eine Persönlichkeit von «europäischem Format und internationalem Ansehen» zugesprochen. Das Werk über Richelieu des «angesehenen Geschichtsforschers» Burckhardt, das in Deutschland 1935 erschienen war, sei zu einem Standardwerk für die studierende Jugend geworden; seine weiteren Schriften seien grundlegende Werke über Menschen und Zeit des Humanismus und über europäische Staatsmänner; sein Hauptwerk sei jedoch die Arbeit für das Rote Kreuz. Das höchste Lob wurde Burckhardt für seine Tätigkeit als Völkerbundskommissar ausgesprochen:

«Der Geschichtsschreiber wird dem letzten Vertreter des Völkerbundes in Danzig kaum ein besseres Zeugnis ausstellen können als die Feststellung, dass Burckhardt – im Gegensatz zu seinem mit Schuld beladenen Vorgänger Lester – sein heikles Amt mit innerer Unabhängigkeit und mit

203 Diese Formulierung war vom Reich von der Neuen Zürcher Zeitung übernommen worden, welche die Brüskierung der Schweiz durch die Erklärung Molotows vom 4. November 1944 so betitelt hatte.

204 Artikel: «Nach der Herbstkrise – Die Aussenpolitik der Schweiz», in: «Das Reich» Nr. 53 vom 31. Dezember 1944.

205 Artikel: «Nach dem Moskauer Peitschenhieb – Parteigruppierungen in der Schweiz», in: «Das Reich» Nr. 1 vom 7. Januar 1945.

Verständnis für die politischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Tatsachen und Hintergründe verwaltet hat»²⁰⁶.

Diese Wertung des Schweizers kann als Ergänzung zu den Worten des deutschen Außenministers Ribbentrop gesehen werden, der sich damals vergleichbar geäußert hatte²⁰⁷. Wie wir diese Würdigung Burckhardts kurze Zeit vor dem endgültigen Zusammenbruch des Reiches interpretieren müssen, ist nicht einfach: Drang kurz vor dem Ende eine echte deutsche Anerkennung einer neutralen Vermittlerposition, wie sie Burckhardt eingenommen hatte, durch, oder stellte eine solche Darstellung eine weitere Beschwörung der europäischen Zusammengehörigkeit und Solidarität dar, so wie es von Deutschland selbst definiert worden war? Wir können immerhin den vorsichtigen Schluss ziehen, dass selbst ein diktatorisches und totalitäres Regime wie das Dritte Reich eine neutrale und glaubhafte Mittlerposition anerkannte, und sei dies nur aus propagandistischen Gründen erfolgt. Eineinhalb Monate vor der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands formulierte «Das Reich» noch einmal die bereits bekannte deutsche These, die Schweiz neige grundsätzlich zum Abwarten und zu einer Abwehrhaltung gegenüber dem Neuen, stelle sich aber nach einer gewissen Zeit selbst auf die veränderten Bedingungen ein und mache sich damit zu einem nützlichen Teil des Ganzen²⁰⁸.

4. Die «Frankfurter Zeitung» als ehemals liberales Blatt

Als Vergleich zur eigentlichen nationalsozialistischen Presse werden zwei Jahrgänge, 1933 und 1939, der früher liberalen «Frankfurter Zeitung» herangezogen, wobei vor allem die Frage interessiert, ob Unterschiede zur Parteipresse feststellbar werden. Die FZ erschien erstmals am 16. November 1866 und war von Leopold Sonnemann gegründet worden. Die Redaktion hatte sich dem Liberalismus verschrieben und verstand sich damals als Oppositionszeitung²⁰⁹. Das Blatt entwickelte sich zu einem bedeutenden Wirtschafts- und Nachrichtenorgan; nach dem Ersten Weltkrieg erlangte es mit seinem Feuilleton, in dem die literarischen Kräfte der Nachkriegszeit ein Forum fanden, und mit seinem Handelsteil Weltgeltung²¹⁰. Nach einer Statistik aus dem Jahre 1932 setzte sich die Leserschaft grossenteils aus Geschäftsinhabern, Finanzleuten und Angehörigen von freien Berufen zusammen, die Auflage betrug 1934 mehr als 100'000. Mit dem politischen Wechsel von 1933 mussten die jüdischen Redaktionsmitglieder ausscheiden. Hauptschriftleiter wurde Rudolf Kircher, dessen Artikel sichtbarer Ausdruck der Umstellung und Anpassung wa-

206 Artikel: «Carl Burckhardt», in: «Das Reich» Nr. 5 vom 4. Februar 1945 (Frontseite).

207 Vgl. S. 58.

208 Artikel: «Impuls oder Induktion», in: «Das Reich» Nr. 11 vom 18. März 1945.

209 Einleitung von *Benno Reifenberg* zu: «Facsimile Querschnitt durch die Frankfurter Zeitung», München 1964, S. 7.

210 *Ingrid Gräfin Lynar*: «Die Geschichte der Frankfurter Zeitung», in: «Facsimile Querschnitt S. 13.

ren, während die übrigen Mitarbeiter weiterhin versuchten, die Integrität und die Sonderstellung der Zeitung aufrechtzuerhalten²¹¹. Wir verfolgen die Artikel ab März 1933, da am 10. März 1933 die entscheidende Redaktionskonferenz stattfand, welche die Wende bei der FZ einleitete.

Schon am 12. März 1933 bemerkte die FZ in einer Besprechung über eine englische Monographie Conrad Ferdinand Meyers²¹²:

«Schweizer freilich war Conrad Ferdinand Meyer nur nach Geburt und Staatsangehörigkeit, während er nach eigenem Wunsch und allgemeinem Urteil in die Geistesgemeinschaft des ganzen deutschen Volkes und seines Schrifttums eingegangen ist – gleich seinem Zürcher Landsmann Gottfried Keller»²¹³.

Auch die FZ vertrat die Haltung, die bedeutenden schweizerischen Autoren seien von ihrer Geisteshaltung und von ihrer Geltung her als Deutsche zu betrachten. Insofern verneinte die FZ einen ausgeprägt schweizerischen Charakter der beiden wichtigsten Repräsentanten der eidgenössischen Literatur im 19. Jahrhundert, obwohl diesen immerhin zugestanden wurde, sie wirkten als Korrektiv zum überbordenden Individualismus in Deutschland. In einem anderen Beitrag zur aktuellen Dichtkunst in der Schweiz²¹⁴ wurde die Richtungslosigkeit der Massen beklagt; es bestehe keine Führerschaft bei den heutigen Dichtern mehr. Die «Berufsliteraten» der Zeit seien im Volk und in der Heimat nicht mehr verwurzelt und würden das erkrankte Gewissen der Zeit verkörpern²¹⁵. In dieser Beurteilung der zeitgenössischen Schweizerliteratur kommt unverkennbar die nationalsozialistische Auffassung zum Ausdruck, nach der nur die national ausgerichteten Autoren anerkannt waren.

Wie auch bei der Parteipresse, waren die Wirtschaftsartikel in der FZ neutraler und sachlicher gehalten. Zu den korporativen Strömungen in der Schweiz, welche u.a. auch durch die Frontenorganisationen getragen wurden, bemerkte die FZ im April 1933, die Handels- und Gewerbefreiheit seien in der Schweiz sehr stark verwurzelt:

«Durch Diktatur oder Notverordnung könnten dem von Grund auf demokratisch denkenden Schweizervolk Korporationen niemals aufgezwungen werden»²¹⁶.

211 *Ingrid Gräfin Lynar*: «Die Geschichte der Frankfurter Zeitung», in: «Facsimile Querschnitt ...», S. 14.

212 *Arthur Burkhard* (Harvard University): «Conrad Ferdinand Meyer. The style and the man», Cambridge, Mass. 1932.

213 Besprechung der Monographie über Conrad Ferdinand Meyer von *Gustav Pauli* in: FZ Nr. 11 vom 12. Januar 1933.

Meyer wurde von Pauli als «Nord-Südlicher» gesehen, dessen Formvollendung vorbildlich und heilsam für den Individualismus der Deutschen gewirkt habe, die zur Masslosigkeit und Formlosigkeit neigen.

214 Artikel: «Der Schweizer Dichter heute», in: FZ Nr. 264-65 vom 8. April 1933. Besprochen wurde das Buch von Prof. Emil Ermatinger: «Dichtung und Geistesleben der Schweiz», Zürich 1933.

215 Artikel: «Der Schweizer Dichter heute», in: FZ Nr. 264-65 vom 8. April 1933.

216 Artikel: «Korporative Strömungen in der Schweiz» von *Georg Schmundt*, Basel, in: FZ Nr. 316-17 vom 29. April 1933.

Die FZ erkannte, dass der korporative Gedanke in der Schweiz nur eine sehr begrenzte Anhängerschaft hatte und der Feldzug gegen die Handels- und Gewerbefreiheit noch in den Anfängen steckte²¹⁷. Zu den neuen Parteibildungen in der Schweiz verzeichnete die FZ zwar beachtliche Fortschritte der nationalsozialistisch gesinnten Kräfte, wies aber darauf hin, dass diese sich mit der NSDAP nur begrenzt identifizierten, und warnte davor, für die «politisch anders fundierte und geschichtlich gewordene Schweiz» voreilige Voraussagen zu machen²¹⁸.

Als Handelsblatt beobachtete die FZ den schweizerischen Geldmarkt genau, vor allem was Kapitalanlagemöglichkeiten betraf. Im Juni 1933 konstatierte die FZ zwar eine Schwäche des Schweizerfrankens, registrierte aber auch den hohen Goldbestand in der Schweiz; die «robuste Goldhortung» der Nationalbank bewirke eine mehr als hundertprozentige Deckung der kurzfristigen Bankenverpflichtungen. Das Gesamturteil lautete demzufolge, dass die Schweizerbanken ihren Verpflichtungen nachkommen können und die Schweiz für den ausländischen Gläubiger kein Risiko darstelle²¹⁹. Obwohl in nationalsozialistischen Schriften das Gold als Sicherheit immer wieder abgelehnt wurde, machte dieser Artikel deutlich, dass in Wirklichkeit auch aus deutscher Sicht die Golddeckung eines Landes als wichtiger Faktor bezüglich Investitionen und Kapitalanlage betrachtet wurde.

In verschiedensten Beiträgen schüderete die FZ ihren Lesern die Schweiz als schönes Reiseland, welches mit der Bahn oder mit dem eigenen Wagen bequem und umfassend besichtigt werden könne²²⁰. In diesen Artikeln überwog ein freundlicher, wenn nicht lobender Ton gegenüber den landschaftlichen Schönheiten des Landes. Ganz anders in den politischen Aufsätzen. Einerseits betonte auch die FZ, dass die schweizerische Landesgruppe der NSDAP eine Organisation der Reichsdeutschen in der Schweiz sei und keine Verbindungen zur schweizerischen Erneuerungsbewegung bestünden. Es gebe weder eine Zusammenarbeit noch eine Einflussnahme, noch eine Einmischung in innere Angelegenheiten der Eidgenossenschaft. Andererseits kam in politischen Artikeln zum Thema Schweiz der Gegensatz der beiden nationalen Systeme deutlich zum Ausdruck: Im August 1933 brachte die FZ auf der Frontseite einen umfangreichen Beitrag über die Schweiz, in dem folgende Aspekte der Innen- und Aussenpolitik hervorgehoben wurden:

217 Träger des korporativen Gedankens waren nebst den politischen Rechtskreisen die mittelständischen Erwerbszweige und der Schweizerische Gewerbeverband. Vgl. zu dieser Thematik mit: *Wolf*, S. 166 ff.

218 Artikel: «Neue Parteibildungen in der Schweiz», in: FZ Nr. 316-17 vom 29. April 1933.

219 Artikel: «Die Position des Schweizerfrankens», in: FZ Nr. 445-46 vom 18. Juni 1933.

220 FZ Nr. 428 vom 11. Juni 1933: Grossaufgemachte Reportage unter dem Titel: «Schweizer Reise im Sommer».

FZ Nr. 444 vom 17. Juni 1933: Artikel: «Der deutsch-schweizerische Reiseverkehr», worin die Bedeutung des deutschen Tourismus für die Schweiz hervorgehoben wurde. In den ersten vier Monaten 1933 hätten 12'000 reichsdeutsche Reisende Einnahmen in der Höhe von RM 6 Mio. für die Schweiz ergeben.

Weitere Artikel über die Schweiz als attraktives Reiseland in: FZ Nr. 561 vom 30. Juli und Nr. 661-62 vom 6. September 1933.

- Der kleine Föderativstaat Schweiz hat eine aussergewöhnliche Kraft des Zusammenhaltes durch die Jahrhunderte bewiesen.
- Die inneren Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit liegen nicht in den nationalen Gegensätzen begründet, sondern haben ihre Ursache im sozialen Bereich.
- Früher besass die Schweiz politische und wirtschaftliche Drehscheibenfunktion, jetzt betreibt das Land eine «Inselpolitik».
- Einfuhrdrosselung mittels Einfuhrkontingenten und Schutzzollmauern sind Ausdruck einer egozentrischen Wirtschaftspolitik, welche als Ziel eine inländische Ersatzindustrie anvisiert, die preislich über dem Weltmarktniveau liegt²²¹.
- Die Schweiz befindet sich in einer eigentlichen «staatspolitischen Krise», deren Ursachen im sozialen Spannungsfeld zu suchen sind.
- Politische Institutionen und Parteien glauben jedoch weiter an das Bewährte und an überkommene Methoden.
- Nach einem ersten revolutionären Anfangsschwung der Fronten hat die Erneuerungsbewegung deutlich nachgelassen. Nachdem ursprünglich der demokratischen Staatsverfassung bedingungsloser Kampf angesagt war, wolle man heute nur noch substantielle Änderungen der Verfassung erreichen. Zudem lautet die Hauptparole der Fronten heute «Gegen das Unschweizerische!», welche sie faktisch in die Defensive drängt.
- Obwohl sich Deutschland nicht in die innerschweizerischen Angelegenheiten einmischte, ist mit einer stimmungsmässigen Trübung zwischen den beiden Ländern zu rechnen; die sprachlichen Gemeinsamkeiten sind keine Garantie für Sympathie.
- Auch schweizerische Wirtschaftskreise sind von diesem antideutschen Reflex erfasst²²².

Beurteilung und Einschätzung der Schweiz erfolgten ausgewogener und differenzierter als im «Völkischen Beobachter». Der polemische Unterton ist gemässigt, eine deutliche Stellungnahme für die eine oder andere politische Seite nicht erkennbar. Deutlich hingegen wird die Kritik an der schweizerischen «Inselpolitik» im Bereich Wirtschaft, welche das Land vom übrigen Europa abschliesse und Ausdruck eines nationalen Egoismus sei. Auch in der «Frankfurter Zeitung» wird der Gedanke einer europäischen Kontinentalwirtschaft sichtbar, ähnlich wie es von Hitler schon einiges früher formuliert wurde. Eine abgesonderte Wirtschaftspolitik der Schweiz lag nicht im Interesse des Reiches, welches auf europäische Integration unter deutscher Hegemonie hinarbeitete.

Zu einem eigentlichen Lob der schweizerischen Demokratie und Pressefreiheit liess sich die FZ im September 1933 hinreissen, indem sie bemerkte, die über 250 politischen Lokalzeitungen nebst den grossen Publikationen in den Städten seien deutlicher Ausdruck für den historisch gewordenen und kräftig fundierten Aufbau der föderalistischen Demokratie der in der Eidgenossenschaft vereinigten Volksstämme. Die alten Kräfte der schweizerischen Demokratie seien jedoch durch die Fronten herausgefordert und müssten ein gemeinsames Besitztum der Vergangenheit verteidigen²²³. Die Haltung der FZ gegen-

221 Schon im März 1933 kritisierte die FZ in einem Artikel über die MUBA die schweizerische Inselwirtschaft. Artikel: «Basler Mustermesse im Zeichen der Inselwirtschaft», in: FZ Nr. 242-43 vom 31. März 1933.

222 Artikel auf der Frontseite «Grosse Politik und kleines Land – Schweizerisches Staatsbürgertum in der Krise – Aussenpolitik und innere Auseinandersetzungen», in: FZ Nr. 563-64 vom 1. August 1933.

223 Artikel: «Schweizerische 'Bewegungsspiele' – Fronten und Gräben – Blicke über den Rhein – Parteien und Presse im Abwehrkampf», in: FZ Nr. 658-59 vom 5. September 1933.

über den Fronten in der Schweiz fiel zwiespältig aus: Einerseits wurde auf die begrenzte politische Basis der Erneuerungsbewegung verwiesen und betont, Deutschland denke nicht im Entferntesten an eine Beschränkung des Selbstbestimmungsrechts der Schweiz; andererseits beharrte die FZ auf der Forderung nach einer Änderung in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz, was im Interesse beider Länder liege. Gleichzeitig ertönte die unmissverständliche Warnung, die Schweiz dürfe das neue Deutschland in keinem Fall als «Requisit» für die innenpolitische Auseinandersetzung verwenden, indem man das Schreckgespenst eines auf Expansion ausgerichteten Reiches heraufbeschwöre.

Als die «Nationale Front» bei den Zürcher Gemeinderatswahlen von 1933 auf Anhieb 10 Sitze gewann und der Freisinn 7 Sitze verlor, kommentierte die FZ das Resultat als nicht überraschend. Die Front habe zwar die angestrebte Schlüsselstellung nicht erreicht, doch sei mit einer weiteren Verschärfung der Weltkrise eine erneute Zunahme der Sitzzahl für die Front zu erwarten. Zwei Punkte würden die Frontenbewegung jedoch belasten:

- a) Sowohl Führung wie auch Parteiprogramm der «Nationalen Front» seien umstritten. Eine dominante Führerpersonlichkeit fehle.
- b) Die behaupteten Beziehungen der «Nationalen Front» zur deutschen NSDAP stellten eine dauernde Belastung für die Bewegung dar²²⁴.

Ehe FZ vermied es, in irgendeiner Weise ideologisch zur «Nationalen Front» Stellung zu nehmen. Die Berichterstattung erweckt den Eindruck eines vorsichtigen Abwartens der weiteren Entwicklung, ohne verbindliche Prognosen abzugeben, da man auf alle Fälle vermeiden wollte, den andauernden Gerüchten bezüglich deutscher Anschlussintentionen Vorschub zu leisten. In diesem Zusammenhang kann auch ein Artikel vom November 1933 gesehen werden, in welchem sich die FZ auf Erklärungen von Generaloberst von Blomberg²²⁵ bezog, der entsprechende Gerüchte als militärisch und politisch unsinnig bezeichnete. Gemäss der FZ hatte Blomberg erklärt:

- Erstens sei die Kampfkraft der Schweizerarmee nicht zu unterschätzen.
- Zweitens habe Deutschland Achtung vor dem Schweizervolk und seinem altüberlieferten Wehrgeist, weshalb eine Verletzung der schweizerischen Souveränität nicht in Frage komme²²⁶.

Gegen Jahresende 1933 befasste sich die FZ mit den Auswirkungen des neuen Militärkredites von 100 Mio. sFr. und definierte die schweizerische Aufrüstung als Reaktion auf die gescheiterten Abrüstungsbemühungen des Völkerbundes in Genf. Der Ausbau der Schweizerarmee sei nicht gegen Deutschland gerichtet, sondern entspringe einer ernsten

224 Artikel: «Schweizerische Innenpolitik in Wahlziffern», in: FZ Nr. 724-25 vom 29. September 1933.

225 Generalfeldmarschall Werner von Blomberg war am 30. Januar 1933 zum Reichswehrminister ernannt worden. 1935 wurde er zudem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, bis Hitler Blomberg 1938 entliess.

226 Artikel: «Der Unsinn vom deutschen Durchmarsch durch die Schweiz», in: FZ Nr. 789 vom 2. November 1933.

Sorge um die Sicherheit und den Schutz der Eidgenossenschaft vor dem Übergreifen etwaiger kriegerischer Verwicklungen in Europa:

«Vom deutschen Standpunkt aus wird man der Schweiz das Recht und die begründete Verpflichtung zum Schutz ihrer Grenzen in keiner Weise bestreiten»²²⁷.

Aus diesen Formulierungen sprechen zwei Positionen: Die «Frankfurter Zeitung» begrüßte ähnlich wie andere nationalsozialistische Kreise eine militärisch starke Schweiz und rechnete schon 1933 mit einem Krieg in Europa. Es ist deshalb auch nicht erstaunlich, dass eine Rede von Bundesrat Minger vor der Schweizerischen Offiziersgesellschaft anlässlich des 100jährigen Bestehens auszugsweise im Wortlaut abgedruckt wurde. Folgende Passagen von Mingers Rede erschienen in der FZ gesperrt:

«Was wir nicht ertragen können, ist eine Einmischung in unsere Verhältnisse von aussen her. In unserem Lande wollen wir allein Herr und Meister sein»²²⁸.

Fast könnte daher der Schluss gezogen werden, die Redaktion der FZ habe sich in der Frage der Landesverteidigung mit dem schweizerischen Standpunkt Mingers identifiziert und diese Meinung bewusst publik machen wollen. Wieweit die FZ ihre Haltung im Kriegsjahr 1939 beibehielt, sei in der nachstehenden Untersuchung geklärt.

Zu Beginn des Jahres 1939 besprach der uns bereits bekannte Hans Georg Pauls die beiden Schweizerromane aus der Zeit des Ersten Weltkrieges «Füsilier Wipf» von Robert Faesi und «Schweizerspiegel» von Meinrad Inglin. Beide Bücher fanden hohes Lob; Füsilier Wipf sei der ideale Typus des Milizsoldaten, dem damals und heute die ganze Liebe der Eidgenossen gelte. Im «Schweizerspiegel» sei die Lage der Schweiz 1914-1918 in glücklicher Weise eingefangen; das Buch stelle eines der aufschlussreichsten Werke über die bisher «schwerste Erprobung des eidgenössischen Staatsgedankens» dar²²⁹. Es ist recht typisch, dass Autoren, die den Ersten Weltkrieg literarisch darstellten, von der deutschen Seite beachtet wurden, auch wenn die Herausstellung der schweizerischen Eigenständigkeit etwas erstaunt. Indirekt können wir aus dieser Rezension eine Anerkennung der schweizerischen Souveränität herauslesen, weil zu berücksichtigen ist, dass der Bereich Literatur im Gegensatz zum Bereich Politik der Redaktion mehr Spielraum und Möglichkeiten zur Meinungsäusserung liess; was nicht direkt gesagt werden durfte, musste mittels weniger verfänglicher Themenbereiche ausgedrückt werden.

Als Jakob Schaffner am 22. Februar 1939 in Berlin auf Einladung der Fichte-Gesellschaft und der Gaustudentenführung im grossen Saal des Deutschen Studentenwerkes einen Vortrag über das Verhältnis von Deutschland und der Schweiz hielt, fand dieser eine grössere Zuhörerschaft, darunter Vertreter der schweizerischen Gesandtschaft, des Aus-

227 Artikel: «Schweizer Heeresreform». in: FZ Nr. 795 vom 5. November 1933.

228 Artikel: «Jahrhundertfeier der Schweizerischen Offiziersgesellschaft – Ein vaterländischer Appell», (Frontseite) in: FZ Nr. 836 vom 28. November 1933.

229 Artikel: «Schweizerische Kriegsbücher» von Hans Georg Pauls, in: FZ Nr. 40 vom 22. Januar 1939.

wärtigen Amtes, des Reichspropagandaministeriums und von Dienststellen des Staates und der Partei. In der Besprechung in der FZ wurden folgende Teile des Vortrages abgedruckt:

- Das Spannungsverhältnis zwischen Deutschland und der Schweiz liege in den Gemeinsamkeiten und in den Unterschieden der Länder begründet.
- Gemeinsam sei die germanische Herkunft der beiden Völker.
- Da sich die habsburgischen Kaiser im Mittelalter gegen die altüberlieferten Rechte der Eidgenossen vergangen hatten, sei es zur Loslösung vom Reich überhaupt gekommen.
- Die Schweiz habe jedoch immer ihren besonderen «Reichsauftrag am Gotthard» gehabt und nehme diesen weiterhin wahr.
- Im Reich hätte sich die Feudalordnung durchgesetzt, während sich in der Schweiz andere Formen des Rechts und der Freiheit entwickelten.
- Auch für die Schweiz gelte die Forderung nach Selbstbestimmung, und niemand wolle sie dem Reich anschliessen.
- Obwohl die Schweiz ein Lebensinteresse an einer reibungslosen europäischen Zusammenarbeit habe, sei unter den Bewohnern ein starkes Bewusstsein der eigenen Geschichte und Heimat entwickelt²³⁰.

Schaffner sprach in diesem Vortrag ähnliche Gedanken aus, wie er sie anderthalb Jahre später im «Reich» äusseren sollte, nur kann ihm zugute gehalten werden, dass er im Februar 1939 die weitere Entwicklung noch nicht voraussehen konnte. Immerhin sprach Schaffner vor versammelter Nazi-prominenz aus, dass in der Schweiz keine nennenswerten Kräfte auf einen Anschluss ans Reich tendieren, schloss seine Ausführungen aber mit der Bemerkung, die Schweiz anerkenne das «Schwergewicht» des Reiches in Europa und sei gewillt, in diesem von Deutschland angeführten Europa mitzuwirken. Die Redaktion der Frankfurter Zeitung verzichtete auf eine Kommentierung der Ideen Schaffners und begnügte sich mit einer zusammenfassenden Darstellung; die fehlende Kritik kann als eine indirekte Zustimmung gewertet werden, denn bei Schaffners Artikeln im «Reich» fehlten die bissigen und ablehnenden Kommentare und Reaktionen nicht²³¹.

Am 16. März 1939 ist die Tschechoslowakei in das «Reichsprotektorat Böhmen und Mähren» umgewandelt worden, nachdem Hitler unter Bruch des Abkommens von München deutsche Truppen einmarschieren liess. Das Reich befand sich nun unter einem verstärkten Legitimationsdruck bezüglich seiner expansiven Aussenpolitik. In diesem Zusammenhang ist die deutsche Betonung der schweizerischen Neutralität zu sehen, die einige Tage nach dem Einmarsch in Prag in der FZ erfolgte: Die Schweiz habe den uneingeschränkten Willen, die Neutralität zu verteidigen, die verstärkte Landesverteidigung ist zu begrüessen. Einseitige Garantien durch England, Frankreich und Russland wären der Schweiz unangenehm, da so der Eindruck entstehe, das Land beteilige sich an der «Einkreisungspolitik» gegenüber der Achse. Die Schweiz kenne jedoch keinerlei Allianzen und warte nicht auf «fremde Marschbefehle»²³². Für das Reich war die Schweiz ein will-

230 Artikel: «Deutschland und die Schweiz – Ein Vortrag von Jakob Schaffner in Berlin», in: FZ Nr. 102 vom 24. Januar 1939.

231 Vgl. S. 199 ff.

232 Artikel: «Neutralität und Unabhängigkeit – Die Schweiz nimmt an keiner Einkreisungspolitik teil», in: FZ Nr. 155 vom 25. März 1939.

kommenes Beispiel für ein Land, das sich nicht gegen die nationalsozialistische Aussenpolitik stellte, sondern in seiner Neutralität verharrte, zumindest was die offizielle Haltung betraf. Solche Artikel erschienen verschiedentlich in der deutschen Presse, und zwar immer dann, wenn das Reich selbst unter Druck geriet. Insofern stellte die schweizerische Neutralität einen je nach Lage zu verwendenden Faktor in der Propaganda dar und muss deshalb auch unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden.

Für die Frankfurter Zeitung war es charakteristisch, die Schweiz unter kulturell-geistigen Aspekten zu betrachten und darzustellen. Fand die schweizerische Dichterin Maria Waser im Januar eine Würdigung²³³, bemerkte Hans Georg Pauls in einer Buchbesprechung über 110 «Grosse Schweizer»²³⁴, es sei unbestritten,

«... dass die Eidgenossenschaft in den sechs Jahrhunderten ihres Werdens und Seins eine überdurchschnittliche Zahl wirklich grosser Menschen hervorgebracht hat».

Die föderative Eigenart der Schweiz hebe die räumliche Begrenzung wieder auf, viele schweizerische Werke seien jedoch in der Berührung mit dem Ausland entstanden. Die fruchtbare Mischung von Gewerbefleiss und Bürgersinn brachte den schweizerischen Städten in besonderem Masse Rang und Anziehungskraft. Die ethische und sprachliche Verschiedenheit war der Herausbildung hervorragender Persönlichkeiten förderlich gewesen. Von Pauls besonders hervorgehoben wurden Gotthelf und Johann Jakob Bachofen als «singuläre Grössen und Gestalten von rein absolutem Rang». Die Oberschicht der Schweiz sei dem Ökonomischen und dem Geistigen gegenüber aufgeschlossen gewesen²³⁵. Dieser Würdigung des schweizerischen Geisteslebens im 19. Jahrhundert folgte in der gleichen Ausgabe der FZ eine Besprechung von Bachofens Antiquarischen Briefen²³⁶, die in Berlin neu herausgegeben wurden, und der Briefe Jakob Burckhardts²³⁷, welche in der 3. Auflage in Leipzig erschienen²³⁸. Es ist charakteristisch für die Presse im Dritten Reich, dass nicht Figuren der schweizerischen Gegenwart, sondern solche der Vergangenheit Beachtung fanden; obwohl Deutschland an der Schwelle zum Zweiten Weltkrieg stand, wurde die geistige Welt des vergangenen Jahrhunderts beschworen. Für die Frankfurter Zeitung erwies sich dieser Themenbereich als politisch unverfänglich und gab ihr die Möglichkeit, liberales und bürgerlich-aufgeklärtes Denken weiterhin als geistigen Massstab zu vertreten, ohne der nationalsozialistischen Zensur zum Opfer zu fallen.

233 Artikel: «Die Schweizer Dichterin Maria Waser», in: FZ Nr. 43 vom 24. Januar 1939.

Maria Waser war am 19. Januar 1939 verstorben. Zusammen mit ihrem Mann, Prof. Otto Waser, Archäologe, war sie Herausgeberin der Monatszeitschrift «Die Schweiz».

234 «Grosse Schweizer» (110 Bildnisse zur eidgenössischen Geschichte und Kultur), hrsg. von Martin Hürlimann unter Mitarbeit von Gerold Ermatinger und Ernst Winkler, mit einem Vorwort von Max Huber, Atlantis-Verlag, Zürich 1939.

235 Artikel: «Grosse Schweizer» von Hans Georg Pauls, in: FZ Nr. 158 vom 26. März 1939.

236 Johann Jakob Bachofen: «Antiquarische Briefe, vornehmlich zur Kenntnis der ältesten Verwandtschaftsbegriffe», in: «Schöpferische Romantik zur Morphologie und Symbolik», hrsg. von W. Keiper, Bd. 8, Berlin 1939.

237 Jakob Burckhardt: «Briefe». Mit einer biographischen Einleitung, hrsg. von Fritz Kaphahn, Leipzig 1939.

238 Artikel: «Bachofens Antiquarische Briefe» und «Jakob Burckhardt in seinen Briefen», in: FZ Nr. 158 vom 26. März 1939.

Offensichtlich tolerierten die zuständigen Instanzen eine Würdigung von Persönlichkeiten des letzten Jahrhunderts, obwohl deren Ideenwelt keineswegs mit der faschistischen Lehre übereinstimmte. Hier wird auch ein verbliebener Freiraum für eine ehemals liberale Zeitung sichtbar: Im Bereich des Geistesgeschichtlichen waren Aussagen möglich, die für die Fragen der aktuellen politischen Lage nicht denkbar waren.

Im Sommer 1939 wurde in der FZ die Frage nach der Stellung der Neutralen in einem grösseren Frontseitenartikel aufgeworfen und ausdrücklich auf das Beispiel der Schweiz verwiesen:

- Die Neutralen sind der zuverlässigste Gradmesser für die Stimmung in der momentanen europäischen «Verwirrung».
- Deutschland hat Besseres zu tun, als über Neutrale herzufallen.
- Gefahr droht den Neutralen durch Schutzbündnisse der englisch-französischen Allianz; ein französisches «Protektorat» würde eine grosse Bedrohung der schweizerischen Souveränität bedeuten.
- Die Regierung in Bern widersteht jedoch allen Versuchungen, sich auf die eine oder andere Seite der Mächtegruppe ziehen zu lassen.
- Prof. J.R. von Salis warnt vor einer ideologischen und politischen Annäherung an die Westmächte.
- Die Aufgabe der Neutralen in der europäischen Politik besteht darin, sich von den Mächtebündnissen fernzuhalten.
- Das Reich verlangt von der Schweiz alleine die Neutralität²³⁹.

Der ganze Artikel ist als Warnung an die Schweiz zu verstehen, vom Neutralitätskurs abzuweichen und sich, welcher Macht auch immer, anderen Kräften anzunähern. Auch die FZ unterschied dabei zwischen der Regierung, der eine korrekte Haltung bescheinigt wurde, und der schweizerischen Öffentlichkeit, welche sich durch Gerüchte und Bündnisangebote verwirren liesse. In der für das Reich kritischen Phase des Sommers 1939 wäre eine schweizerisch-französische Allianz höchst ungelegen gekommen; die Forderung nach Einhaltung der Neutralität diene den politischen Plänen Hitlers, stellte aber für die Schweiz eine Garantie im kommenden Krieg dar, die in ihrer Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Aus diesen Gründen ist auch die unwirsche Reaktion der Frankfurter Zeitung zu erklären, als die Sozialdemokraten im Sommer 1939 als Auftakt für die Wahlen im Herbst die bundesrätliche Politik kritisierten und die uneingeschränkte Neutralität in Frage stellten. Die FZ schrieb, die schweizerische Linke strebe eine Abkehr von der uneingeschränkten Neutralität an und fordere eine «Differenzierung» in der Abessinien- und Spanienfrage. Eine solche Politik hätte für die Schweiz «schwerwiegende Folgen»; es sei jedoch zu begrüssen, dass der Bundesrat an seiner Erklärung vom 21. März 1938²⁴⁰ nach dem Anschluss von Österreich ans Reich festhalte und sich

239 Artikel: «Europäische Bilanz – V. Neutralität und Neutralisierung», in: FZ Nr. 313 vom 22. Juni 1939 (Frontseite).

240 Der Bundesrat hatte damals erklärt: «Ferner ist es eine Notwendigkeit, dass wir mit allen unseren Nachbarn in gleicher Weise korrekte und freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten bestrebt sind. Der Kampf der gegensätzlichen politischen Systeme in anderen Ländern berührt unseren Staat nicht» (zitiert nach: FZ Nr. 382 vom 29. Juli 1939).

durch solche wahltaktischen Schachzüge der Sozialdemokraten nicht irritieren lasse²⁴¹.

Welche Gegenwart Autoren der damaligen Zeit fanden in der FZ Beachtung? Zu nennen sind der Bauernromanautor Ernst Otto Marti mit seinem Buch «Menschen am Berge»²⁴², dessen unkomplizierte, begriffsklare Sprache und verhalten dramatische Gestaltung des Themas Lob fanden, und Friedrich Michael mit seinem Büchlein «Freunde in der Schweiz», der zwar Deutscher war, aber über die Schweiz schrieb²⁴³.

In einem ausschliesslich positiven Lichte zeichnete die FZ verschiedene schweizerische Städte und Landschaften 10 Tage vor Kriegsausbruch. In einer «Kleinen Schweizer Chronik» wurde die Schönheit des Landes, welche «Sehnsucht nach Ferien in ländlichen Bezirken» wecke, besungen und ohne jeglichen Unterton die Schweiz dem deutschen Reisenden wärmstens empfohlen. Der Abschnitt über Zürich sei hier kurz wiedergegeben, weil die FZ darin auf die Landesausstellung eintrat:

«Auch die Fremden sind von so viel massvoller Modernität, von so viel Sinn für Qualität und Materialgerechtigkeit, von so viel stolzer Bescheidenheit beeindruckt. Es ist eben keine Messe, sondern eine echte Ausstellung entstanden, die von der Lebendigkeit und Lebensfülle der Schweiz zeugt: Was allein Architekten, Maler und Bildhauer schufen, beweist den inneren Reichtum, die wache Geistigkeit des kleinen Landes»²⁴⁴.

Müssen wir ein solches Lob der Schweiz kurz vor Eröffnung des Krieges als bewussten Versuch qualifizieren, die Welt heil und unversehrt darzustellen? Oder sollten derartige Beiträge von den expansiven Absichten des Reiches ablenken? Einen Schluss dürfen wir mit Sicherheit ziehen, dass nämlich die Schweiz in der Sicht Deutschlands ein attraktives und lohnendes Reiseland war, welches überreich an Naturschönheiten dem Leser der FZ wieder und wieder als touristische Besonderheit vor Augen geführt wurde.

Als der Krieg bereits ausgebrochen war, lobte die FZ die Haltung der Schweiz, in der keine Panik ausgebrochen sei. Alle Bereiche des Landes würden normal weiterlaufen. Dank der Vorsorge des Bundesrates auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet habe das Volk die Gewissheit, dass die Neutralität und die Sicherheit des Landes gewährleistet seien²⁴⁵. Für die Schweiz drohe jetzt der Wirtschaftskrieg bzw. die Verhängung einer Handelsperre durch die Westmächte. Obwohl die Schweiz keine «SSS»²⁴⁶ mehr wie im Ersten Weltkrieg wolle, versuche England ihr wieder ähnliche Massnahmen aufzuzwingen,

241 Artikel: «Die Aussenpolitik der Schweiz – Ein Verstoß der Sozialdemokraten gegen die Neutralitätspolitik» in: FZ Nr. 382 vom 29. Juli 1939.

242 Besprechung durch Hans Georg Pauls von: *Ernst Otto Marti*: «Menschen am Berge», Stuttgart 1939, in: FZ Nr. 384 vom 30. Juli 1939.

243 *Friedrich Michael*: «Freunde in der Schweiz», Hamburg 1939, in: FZ Nr. 410 vom 13. August 1939.

244 Artikel: «Kleine Schweizer Chronik», in: FZ Nr. 423 vom 20. August 1939.

245 Artikel: «Disziplinierte Haltung der Schweiz», in: FZ Nr. 449 vom 3. September 1939.

246 Die «Société Suisse de Surveillance Economique» stellte eine Beschränkung der schweizerischen Souveränität dar: Ab Juni 1915 kontrollierte die SSS die schweizerischen Importe, dass sie nicht den Mittelmächten zugute kamen. Gleichzeitig wurden auch die Einfuhren aus den neutralen Überseeän-

die gegen Deutschland gerichtet sind. Die Schweiz müsse die Rolle des «Hilfsdienstpflichtigen» in der Kriegsfront gegen das Reich spielen, und schweizerische Firmen, die mit Deutschland Handel betrieben, kämen auf Schwarze Listen. Die FZ betonte, sie hoffe, dass sich die Schweiz durch solche Pressionen nicht von ihrer neutralen Haltung abbringen lasse, denn von deutscher Seite sei gar nichts zu befürchten:

«Deutschland hat auch im wirtschaftlichen Bereich ... nur das eine Interesse, dass die zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen mit den Neutralen nicht unnötig beschränkt werden ...»²⁴⁷.

Natürlich stand das Reich nach dem 1. September 1939 unter einem starken Legitimationsdruck für sein Vorgehen gegen Polen; insofern erstaunt das Lob der schweizerischen Neutralität nicht, und es ist auch naheliegend, dass die Vorgänge in der Schweiz bezüglich der Westmächte genau verfolgt wurden. So meldete die FZ drei Tage später erfreut, die Schweiz wolle eine fremde Kontrolle des Handels verhindern und habe zu diesem Zweck die Überwachung des Aussenhandels der «Sektion für Ein- und Ausfuhr» in der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes übertragen. Aus deutscher Sicht war mit dieser Massnahme im Gegensatz zur Situation 1915-1918 die Neutralität des Landes auch im Bereich Wirtschaft gesichert, da die Bundesbehörden ihre Entscheide unbeeinflusst vom Ausland und autonom treffen konnten²⁴⁸.

Knapp einen Monat nach Kriegsausbruch zog die FZ Bilanz, wie die Schweiz unter den neuen Bedingungen dastehe, und betonte folgende Punkte:

- Bundesrat Motta ist der Architekt der schweizerischen Neutralitätspolitik, ihm hat die Schweiz die gesicherte Stellung zu verdanken.
- Die Rückgewinnung der uneingeschränkten Neutralität und die verstärkte Landesverteidigung sind die beiden Voraussetzungen der schweizerischen Unabhängigkeit im momentanen Krieg.
- Das Schwergewicht der schweizerischen Verteidigungsvorsorge liegt auf dem wirtschaftlichen Gebiet; die zentrale Zusammenfassung der wirtschaftspolitischen Kompetenzen in der Hand der Bundesbehörden ist die unerlässliche Voraussetzung für die Mobilisierung der wirtschaftlichen Kräfte und Reserven des Landes.
- Die Schweiz wehrt sich erfolgreich gegen Drohungen der «Blockademächte».
- Der deutsche Wirtschaftsraum bietet vielfältige Ausgleichsmöglichkeiten für die bedrohte Versorgungslage der Schweiz.
- Die Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder müssen an die veränderte Lage angepasst werden, niemand in Deutschland will jedoch den Exporthandel der Schweiz behindern²⁴⁹.

dern und somit rund 80% des Aussenhandels der Schweiz überwacht. Die SSS war an sich eine private Organisation, handelte jedoch im Auftrag des Bundesrates (Greyerz, S. 1129).

247 Artikel: «Schweizerische Sorgen – Der Druck der Westmächte auf die Neutralen», in: FZ Nr. 481 vom 21. September 1939.

248 Artikel: «Die Neutralen erwehren sich der Blockade – Ein vorsorglicher Schritt der Schweiz», in: FZ Nr. 488 vom 24. September 1939.

249 Artikel: «Die Schweiz im Schatten des Kriegs – Chancen und Risiken inmitten der Kriegführenden», in: FZ Nr. 493 vom 27. September 1939.

In diesem Artikel wurden entscheidende Faktoren des schweizerischen Überlebens während des Krieges genannt, während der letztgenannte Punkt eine reine Beschönigung des späteren deutschen Wirtschaftsdiktates der Schweiz gegenüber darstellte. Es kann jedoch rückblickend nicht geleugnet werden, dass die deutsche Seite mit Kriegsbeginn ihr Interesse an der Schweiz klar formulierte und die Wirtschaftsbeziehungen als Voraussetzung für eine ungestörte Zusammenarbeit definierte.

Im gleichen Artikel fand die schweizerische Landesverteidigung uneingeschränktes deutsches Lob der FZ:

«Die schweizerische Armee, die in den letzten Septembertagen in voller Stärke an die Grenze eilte, um die Neutralität und Unverletzlichkeit des Landes zu schützen, ist, wie alle sachkundigen Beobachter bestätigen, mehr als die nur einseitig und notdürftig ausgebildete Milizarmee des Weltkrieges. Ausbildung, Ausrüstung und Führung erwecken durchaus den Eindruck einer fähigen und entschlossenen Verteidigungsarmee, die ihre Kraft bei einem Durchbruchversuch sicherlich erweisen könnte.»²⁵⁰.

Natürlich zielte diese Argumentation auf einen französischen Durchbruchversuch gegen das Reich über schweizerisches Gebiet, doch können wir der Formulierung entnehmen, dass sich auch das Reich der allfälligen Schwierigkeiten einer entsprechenden deutschen Aktion schon im Herbst 1939 bewusst war und sich nicht scheute, diese Tatsache den Lesern im Klartext mitzuteilen. Insofern ist nicht auszuschliessen, dass zwischen der Einschätzung der politisch-militärischen Führung und der Darstellung der Schweizerarmee in der deutschen Presse eine Wechselwirkung stattfand und sich eine solche Beurteilung für die Schweiz als eine Garantie der staatlichen Unversehrtheit auswirkte.

Welches Gesamturteil der Berichterstattung in der FZ über die Schweiz kann aufgrund der zwei behandelten Jahrgänge gefällt werden?

- a) Die «Frankfurter Zeitung» war in ihren Formulierungen, im Ton und in der Wortwahl zurückhaltender, differenzierter und ausgewogener als die Parteipresse.
- b) Trotz der Zensur im Dritten Reich ist den Artikeln nach 1933 eine gewisse liberale Tendenz anzumerken, wenn auch die grosse Linie der Berichte mit dem neuen Kurs übereinstimmte.
- c) Es waren vor allem drei Bereiche, in welchen die Schweiz Beachtung fand: Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern; Geistesleben in der Schweiz; Einhaltung der Neutralität durch die Bundesregierung.
- d) Die Artikel über die Schweiz in der FZ waren selten polemisch gehalten, wie das im «Reich» und im «Völkischen Beobachter» zumindest für den politischen Bereich fast normal war. Es kam zu wenigen Ausfällen, Drohungen und Entgleisungen inhaltlicher und formaler Natur.
- e) Gewisse Bereiche wie Tourismus und Literatur in der Schweiz wurden von der FZ sogar wohlwollend bis lobend dargestellt; einzelne Persönlichkeiten des schweizerischen Geisteslebens wurden als eigentliche Leitfiguren definiert.
- f) Generell kann gesagt werden, dass der deutsche Leser der FZ über die Schweiz seriöser und kompetenter informiert wurde, als wenn er zur Parteipresse griff, wenn auch unverkennbar ist, dass sich die FZ der Knebelung durch die nationalsozialistischen Instanzen nur in einem sehr kleinen Ausmasse entziehen konnte. In den wichtigen politischen Fragen ist die Haltung des Blattes mit deijenigen der Parteipresse zu vergleichen.

250 Artikel: «Die Schweiz im Schatten des Kriegs – Chancen und Risiken inmitten der Kriegführenden», in: FZ Nr. 493 vom 27. September 1939.

5. Die übrige deutsche Presse im kurzen Überblick für 1940

Die vorliegende Untersuchung stützt sich bewusst nebst einer bürgerlichen Zeitung auf die zwei wichtigsten Presseerzeugnisse der eigentlich nationalsozialistischen Denkweise. Trotzdem sei am Schluss der Arbeit kurz auf die übrigen deutschen Zeitungen eingegangen, da zu diesem Thema eine bisher von der Forschung nicht verwendete Quelle herangezogen werden konnte. Es handelt sich um die Mitteilungsblätter der «Pressepolitischen Kommission» des «Schweizerischen Zeitungsverleger-Verbandes» (SZV) und des «Vereins der Schweizerpresse» (VSP), welche vom 6. September 1940 bis zum Kriegsende erschienen und in wöchentlichen Ausgaben registrierten, was in den erfassbaren deutschen Zeitungen über die Schweiz veröffentlicht wurde²⁵¹. Die Sammlung hat insofern einen hohen Quellenwert, als sie eine fast lückenlose Zusammenstellung von allen deutschen Presseäusserungen über die Schweiz zwischen 1940 und 1945 darstellt, die in dieser Form einmalig ist. Als kleiner Nachteil erweist sich die indirekte Rede; die Artikel sind nicht im reinen Wortlaut wiedergegeben. Aus der riesigen Fülle von Informationen und Aussagen zum Thema sei an dieser Stelle nur eine aufschlussreiche Statistik erwähnt, welche die bisherigen Resultate ergänzen soll; für 1940 wurde eine Zusammenstellung aller in Deutschland publizierten Artikel zu drei verschiedenen Grundthemen vorgenommen, die folgendermassen ausfiel:

<i>Jahr 1940</i>	<i>Berücksichtigte Zeitungen</i>	<i>Zahl der Artikel</i>	<i>Neutralität</i>	<i>Wirtschaft</i>	<i>Stimmungsmache und Propaganda</i>
Mai	96	105	62	11	32
Juni	416	462	97	20	345
Juli	243	288	86	63	139
August	238	273	153	46	74
September	309	336	246	49	41
Total	1'302	1'464	644	189	631 ¹⁵¹

Die Artikel zum Thema «Wirtschaft» fielen meist sachlich und ruhig aus, während im Bereich Propaganda polemische Ausfälle gegen die Schweiz häufig vorkamen. Es bestand eine Tendenz zu Artikeln, welche die grundsätzliche Existenzberechtigung der Schweiz im Zusammenhang mit der Neuordnung in Europa erörterten. Grundtenor in der deutschen Presse waren die angebliche Reichsfeindschaft der Schweiz und Zweifel an der strikten Neutralität²⁵³.

251 Die Mitteilungsblätter der Pressepolitischen Kommission des SZV und des VSP sind praktisch vollständig gesammelt in: Institut für Zeitgeschichte – Zeitgeschichtliches Archiv der Eidg. Technischen Hochschule (ETH) in Zürich (IZEZ).

252 MPK. Nr. 6 vom 9. Oktober 1940. S. 5.

253 Im Rahmen dieser Untersuchung verzichtet der Autor auf eine eingehendere Darstellung des Inhaltes dieser Mitteilungsblätter. Er beabsichtigt in einer separaten Anschlussstudie das Quellenmaterial auszuwerten und gewonnene Resultate in geeigneter Form zu veröffentlichen. Aus Gründen der Wiederholung und des Umfanges der Dissertation kann die Quellensammlung für vorliegende Arbeit nicht weiter herangezogen werden.

G. Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Am Anfang unserer Untersuchung stand die Frage, weshalb das nationalsozialistische Deutschland unter Hitler die Schweiz während des Zweiten Weltkrieges verschont bzw. militärisch nicht erobert hatte. Welche Faktoren dazu waren ausschlaggebend, von welchen Überlegungen liess sich die oberste Führung leiten, und welche deutschen Interessen an einer intakten Schweiz waren dabei von primärer Bedeutung? Die gewonnenen Erkenntnisse in der Quellenuntersuchung ermöglichen es uns bis zu einem bestimmten Grade, die eingängig erhobene Fragestellung zu beantworten, wenn sich der Autor auch bewusst ist, dass die Resultate der vorliegenden Untersuchung den Kriterien einer modernen sozialwissenschaftlichen Studie nicht genügen. Es war jedoch nicht Ziel der Arbeit, mittels statistischer Methoden und einem durchgehend systematischen Vorgehen zu – formal gesehen – abgesicherten Ergebnissen zu gelangen, sondern repräsentativ und anhand ausgewählter Quellen das nationalsozialistische Denken bezüglich der Schweiz darzustellen und dabei diejenigen Aspekte herauszuarbeiten, welche für das Thema überhaupt relevant waren. Die Untersuchung erhebt somit nicht den Anspruch, das Thema systematisch und erschöpfend abgehandelt zu haben; ihr Ziel ist erreicht, wenn es gelungen ist, Tendenzen aufzuzeigen, die Aufschluss über die Grundfragestellung geben. Eine mögliche Erweiterung des Themas könnte darin bestehen, noch andere Exponenten der nationalsozialistischen Führung einzubeziehen und weiteres Quellenmaterial zu berücksichtigen. Der Autor bezweifelt hingegen, dass eine solche Ausweitung der Untersuchung entscheidend neue Aspekte und Resultate erbringen würde, da bereits in der vorliegenden Studie Wiederholungen unvermeidlich waren, die einerseits in der Besonderheit des nationalsozialistischen Denkens begründet sind und andererseits als Beweis betrachtet werden können, dass gewisse Konstanten bei allen Ämtern und Bereichen des Dritten Reiches existierten¹. Ein Problem der Arbeit ergab sich durch die Quellsituation: Für gewisse Personen, Bereiche und Zeitabschnitte waren Dokumente nur vereinzelt vorhanden, was den gewonnenen Resultaten eine gewisse Zufälligkeit verleiht. Am systematischsten fiel naturgemäss die Untersuchung der Presse aus; für diesen Bereich kann der Anspruch der Vollständigkeit erhoben werden, da sämtliche Ausgaben des «Völkischen Beobachters» und von «Das Reich» herangezogen wurden.

1 Weitere für unser Thema relevante Exponenten des Dritten Reiches wären: Hermann Göring, Reichsmarschall und Oberbefehlshaber der Luftwaffe; Alfred Rosenberg, Reichsleiter und Chef des Aussenpolitischen Amtes der NSDAP, Beauftragter des Führers für die weltanschauliche Schulung in der Partei, Minister für die besetzten Ostgebiete; Martin Bormann, Leiter der Parteikanzlei und Sekretär des Führers, Mitglied des innersten Führungskreises um Hitler.

1. Die deutsche Einschätzung der Schweiz

a) *Ideologisch-politisch*

Die deutsche Führung war sich während der ganzen Zeit zwischen 1933 und 1945 vollumfänglich bewusst, dass die Schweiz von den nationalsozialistischen Ideen nur teilweise beeinflusst und infiziert war. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung hielt an den traditionellen Werten der Demokratie und des Parlamentarismus fest; nur eine kleine, in sich zerstrittene Minderheit war bereit, die Entwicklung in Deutschland auch auf die Schweiz übertragen zu wollen. Die bestehenden politischen Kräfte, die mit dem Dritten Reich sympathisierten, wurden von Deutschland als relativ schwach und unzuverlässig eingestuft. Die deutsche Führung machte sich nur geringe Hoffnungen, die Schweiz würde innert kurzer Zeit ideologisch umkippen und den geistigen und politischen Anschluss ans Reich von selbst suchen. Langfristig gesehen wurde allerdings mit einer solchen Entwicklung in der Schweiz gerechnet, da ein siegreiches Deutschland dem Land kaum einen anderen Weg ermöglicht hätte. Die Schweiz war für das Dritte Reich ein bürgerlich-kapitalistisches Land, in welchem die Ideen des Liberalismus und der freien Marktwirtschaft dominant sind. Gesamthaft gesehen war das Land in der deutschen Sicht konservativ, rückständig und den neuen und revolutionären Ideen des neuen Europas unzugänglich; die Bevölkerung hielt zäh am Alten und Bewährten fest und war neuen Ideen gegenüber stets misstrauisch und ablehnend.

b) *Militärisch-strategisch*

Deutschland war sich während des ganzen Krieges bewusst, dass die Schweiz sich mit hoher Wahrscheinlichkeit gegen einen Angreifer verteidigen würde. Hitler selbst schätzte die schweizerische Kampfkraft eher gering ein, was man von der militärischen Führung nicht sagen kann. In den verschiedenen Planstudien und Berichten wurden der Schweizerarmee, vor allem in der zweiten Kriegshälfte, ein guter soldatischer Geist, eine gute Ausbildung und Bewaffnung und vor allem ein starker Wille zur Verteidigung zugesprochen. Die deutsche Führung, Hitler eingeschlossen, war sich im klaren, dass die geographische Struktur des Landes und die Armee eine militärische Besetzung der Schweiz erschwert hätten, wenn auch keine Zweifel am grundsätzlichen Erfolg einer solchen deutschen Aktion bestanden. Eine Invasion des Landes wäre mit verhältnismässig grossem Aufwand verbunden gewesen, hätte mit Sicherheit eine Partisanentätigkeit, zerstörte Verkehrswege und Industrieanlagen bewirkt, und vom Reduit aus wäre unter Umständen noch langer Widerstand möglich gewesen. Ein Abrücken von der Neutralität und ein Zusammenschluss mit den Alliierten hätten allerdings mit grosser Wahrscheinlichkeit eine Besetzung des Landes provoziert.

c) *Kulturell*

Für das Dritte Reich war die Schweiz nach 1933 ein Paradies für Emigranten und Flüchtlinge, welche in Deutschland nicht mehr genehm waren. Die journalistische und künstlerische Tätigkeit dieser Personenkreise war aus deutscher Sicht ein dauerndes Ärgernis. Auch schweizerische Theater- und Kabarettproduktionen stiessen auf scharfe Kritik. Die Presse der Schweiz war fast während der ganzen nationalsozialistischen Zeit Anlass zu diplomatischen Schritten, da von Deutschland nicht nur die politische, sondern auch die gesinnungsmässige Neutralität der Schweiz gefordert wurde. Generell kann festgehalten werden, dass die Schweiz nach 1933 im kulturellen Bereich von Deutschland entweder abgelehnt oder dann nicht anerkannt worden war;

die Kleinheit und Beengtheit des Landes war für das Dritte Reich eine ungenügende Voraussetzung, bedeutende kulturelle Leistungen zu vollbringen. Anerkannt wurden hingegen Schriftsteller und Künstler der früheren Schweiz, darunter Pestalozzi, Keller, Meyer, Spitteler, Gotthelf und natürlich Schaffner bei den Autoren, Hodler, Clenin, Bodmer, Amiet und Giacometti bei den bildenden Künstlern, wobei im Bereich Malerei und Plastik auch zeitgenössische Gestalter beachtet worden sind. Das Dritte Reich gestand der Schweiz kulturelle Leistungen vor allem in der Vergangenheit zu, betonte aber immer, diese seien nur im Austausch und durch die Beeinflussung mit Deutschland möglich geworden. Die Schweiz wurde somit als kulturelle Provinz des Reiches definiert, welche vereinzelt bedeutende kulturelle Leistungen erbracht hatte, die aber immer im sprachlichen und geistigen Zusammenhang mit dem Reich gesehen werden mussten.

d) Wirtschaftlich

Vor dem Krieg wurde die Schweiz vor allem als Rüstungslieferant eher als unbedeutend eingestuft. Mengenmässig war das Land kein bedeutender Handelspartner des Dritten Reiches, besass hingegen in der Industrieproduktion einen qualitativ und technologisch hohen Standard und war deshalb für das Reich ein wichtiger Lieferant. Deutschland wusste um die Leistungsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft und konnte mit zunehmender Kriegsdauer auf diese nicht mehr verzichten. Wichtigste Lieferungen stellten Präzisionsgeräte und Rüstungsmaterial dar, die vom Auswärtigen Amt zum Teil als eigentliche «Schlüssellieferungen» bezeichnet wurden. Die Wirtschaftskraft der Schweiz musste für das Reich erhalten bleiben, und nur eine unbeschädigte und unbesetzte Schweiz garantierte eine ungestörte Rüstungsproduktion für Deutschland.

e) Geschichtlich

Die historische Qualifikation der Schweiz im Dritten Reich ist nicht einheitlich. Die politische Trennung vom Reich wurde meistens auf den Westfälischen Frieden von 1648 festgelegt, vereinzelt auch in die Zeit des Schwabenkrieges von 1499. Der Eidgenossenschaft wurde zwar ein historisches Recht auf staatliche Eigenständigkeit nicht gerade abgesprochen, doch fehlten entsprechende Untertöne nicht, die Loslösung vom Reich sei erzwungen gewesen und die Frage einer Wiedervereinigung nicht für alle Zeiten erledigt. Anerkannt war die geschichtlich gewachsene Neutralität der Schweiz, wenn auch immer wieder die Frankreichlastigkeit der Schweiz betont wurde. Einerseits stufte man das Gebiet und die Bevölkerung der Eidgenossenschaft als «alemannisch» bzw. als «germanisch» ein, andererseits fehlten die Hinweise nicht, die Schweizer hätten sich innerlich schon lange vom Reich gelöst und seien unter diesem Aspekt als für das Germanentum verloren zu betrachten. Nur ein langer Umdenkungsprozess innerhalb des Landes könne die Schweiz wieder zu einem Teil des Reiches werden lassen.

f) Bevölkerungsmässig

Die Bewohner der Deutschschweiz wurden generell als germanisch bzw. als alemannisch betrachtet. Hitler selbst sprach zwar von einem «missratenen Zweig des deutschen Volkes», doch

gab es andererseits Stimmen, welche der Schweizerbevölkerung eine urtümliche und gesunde Bauernnatur zusprachen. Insofern entsprachen die Bewohner den nationalsozialistischen Idealen. Die Schweizer in der Waffen-SS beweisen, dass sie den rassistischen Normen der SS-Ideologie entsprachen, und sowohl Himmler wie auch Heydrich hatten sich entsprechend geäußert. In gewissen Fällen wurde die Schweiz sogar als Gebiet bezeichnet, wo noch «urgermanische» Bräuche und Sitten leben, und war so als gewisses Vorbild innerhalb der nationalsozialistischen Ideologie anzusehen.

2. Die deutschen Interessen gegenüber der Schweiz

a) *Wirtschaft und Rüstung*

Die entscheidenden Verhandlungen zwischen der Schweiz und dem Dritten Reich waren immer wirtschaftlicher Natur. Mit zunehmender Kriegsdauer steigerte Deutschland seine Rüstungsproduktion, was einen immer grösseren Bedarf an hochwertigen und spezialisierten Rüstungsgütern bzw. Teilprodukten dazu bewirkte. Das Auswärtige Amt erwähnte in einem Schreiben den erheblichen Einfluss der schweizerischen Lieferungen auf das deutsche Rüstungsprogramm. Die schweizerische Industrieproduktion wurde für Deutschland gegen Kriegsende sogar zu einem unentbehrlichen Faktor. Ein weiterer entscheidender Bereich war für Deutschland die Möglichkeit, in der Schweiz Devisen und Gold umzutauschen bzw. Devisen zu beschaffen. Wirtschaftsminister Funk hatte erklärt, die Schweiz stelle in der zweiten Kriegshälfte das einzig verbliebene Land dar, in welchem Gold in freie Devisen umgetauscht werden könne, und Deutschland sei nicht einmal für zwei Monate in der Lage, auf diese Möglichkeit zu verzichten. Ein dritter wichtiger Faktor bestand in den Transitlieferungen durch die Schweiz über den Gotthard und den Simplon zwischen Italien und dem Reich. Die schweizerischen Alpenübergänge für Kohlen- und Nachschublieferungen stellten für Deutschland wichtige Transitlinien dar, die im Kriegsfall unverzüglich unterbrochen bzw. zerstört worden wären.

b) *Militär und Geheimdienste*

Der ObdH, Generalfeldmarschall von Brauchitsch, hatte das Gebiet der Schweiz als «kein operativ verlockender Kriegsschauplatz» bezeichnet. Militärisch gesehen, war die Schweiz für Deutschland von eher geringem Interesse. Eine gewisse Gefährdung des Landes ergab sich aus der Möglichkeit eines deutschen Entlastungs- bzw. Umgehungsangriffs gegen Frankreich über schweizerisches Staatsgebiet. Hingegen war das Land als einzige freie Insel in Mitteleuropa ein beliebtes Operationsfeld für Agenten und Geheimdienstleute aller Art und Schattierungen. Nach Hitlers eigenen Worten sollte die Schweiz als Knotenpunkt für Geheimdiensttätigkeit erhalten bleiben. Alle hohen Nazis, waren sie von der SS, vom SD, OKW oder von der Abwehr im engeren Sinne, hatten die Schweiz für entsprechende Missionen benützt, wobei das Land häufig nur das Territorium und nicht das Hauptobjekt der Spionage darstellte. Die Nachrichtentätigkeit gegen die Schweiz selbst wurde während des ganzen Krieges aufrechterhalten, was auf ein bestimmtes deutsches Interesse schliessen lässt. Die schweizerischen Abwehrerfolge erschwerten die Agententätigkeit dann zunehmend, was zu einem teilweisen Verbot der Spionage gegen das Land geführt hatte.

c) *Diplomatie und Politik*

Die Schweiz diente mit zunehmender Kriegsdauer als Ort für deutsche Friedenssondierungen bzw. als Verhandlungsplatz für Separat- und Teilfriedensgespräche. Schellenberg selbst hatte die Schweiz als Lunge bezeichnet, die von Europa und vom Reich benötigt würde. Die Schweiz übte Schutzmachtfunktionen aus und war dadurch praktisch das einzige Bindeglied zwischen den Alliierten und den Achsenmächten. Die humanitären Aufgaben und die Neutralität der Schweiz wurden von Deutschland anerkannt und als wünschenswerte Faktoren betrachtet. Die schweizerische Neutralität diente einerseits den deutschen Interessen und wurde andererseits geradezu zur Garantie des politischen Überlebens der Eidgenossenschaft zwischen 1939 und 1945.

3. Stellenwert der Schweiz in der deutschen Aussenpolitik

Die Schweiz wäre mit grosser Wahrscheinlichkeit in ein «Grossgermanisches Reich» einbezogen worden, hätte Deutschland unter Hitler den «Endsieg» errungen. Es wäre äusserst unwahrscheinlich gewesen, dass die Schweiz als unberührte Insel in einem solchen Grossreich ihre Souveränität hätte behalten können. Über die Rechte und die Stellung der ehemaligen Eidgenossenschaft im neuen Europa können wir nur Vermutungen anstellen: Im besten Falle wäre dem Gebiet eine Teilautonomie belassen worden, wahrscheinlicher aber erscheint eine Aufteilung des Landes zwischen Deutschland und Italien, obwohl Hitler und das Auswärtige Amt offiziell immer erklärt hatten, die Neutralität der Schweiz sei unantastbar. Mit Sicherheit hätte das Land nicht in der heutigen Form überlebt. Die Rettung der Unabhängigkeit ist demgemäss zu einem grossen Teil dem abnehmenden Kriegsglück der Achsenmächte zuzuschreiben; die grösste Gefahr für die Schweiz war nach dem für Deutschland nicht zu gewinnenden Russlandfeldzug vorüber, obwohl auch nach 1941 noch verschiedentlich kritische Situationen entstanden. Aufgrund der Quellen muss ein wirklicher Wille zur Eroberung der Schweiz von deutscher Seite her verneint werden; die Angriffsstudien des Generalstabes dürfen nicht als Beweis für eine solche Absicht gesehen werden, da militärische Planstudien für alle denkbaren Fälle und Varianten angefertigt wurden und werden.

Die nationalsozialistische Aussenpolitik, soweit von einer solchen überhaupt gesprochen werden kann, hatte bezüglich der Schweiz kein eigentliches Konzept verfolgt bzw. besessen. Ribbentrop empfing den schweizerischen Gesandten in Berlin ganze zwei Mal, was auf ein schwaches Interesse an der Schweiz schliessen lässt. Generell zeichnete sich die nationalsozialistische Aussenpolitik durch eine innere Konzeptlosigkeit aus; Goebbels hatte selbst definiert, dass von der Grösse des Sieges die Grösse des politischen Zieles abhängt. Die aussenpolitische Planung wurde der jeweiligen militärischen Situation und Entwicklung angepasst; insofern wirkte sich die deutsche Kriegspolitik für die Schweiz günstig aus, als die militärischen Probleme des Reiches vor einer politischen Lösung der Frage Schweiz Vorrang hatten. Von Hitler selbst ist kein wirkliches Konzept für die Schweiz überliefert. Seine erhalten gebliebenen Aussagen bestehen entweder in unreflektierten Drohungen, das Land von der Landkarte zu tilgen, oder dann in unklaren Andeutungen auf die Rolle eines Hilfsvolkes, welche die Schweiz im neuen Europa hätte spielen sollen. Bei Ribbentrop ist noch viel weniger eine Linie gegenüber der Schweiz nachweisbar; ganz im Gegenteil zu Österreich, auf dessen Anschluss schon früh zielstrebig hingearbeitet worden ist, verhielt sich die nationalsozialistische Führung gegenüber der Schweiz verhältnismässig passiv, was die wirklichen politischen Vorgänge betrifft. Vor allem in der Presse hingegen lassen sich immer wieder Andeutungen finden, die Schweiz müsse sich auf Deutschland einstellen und den Weg ins neue Europa selbst finden, doch blieben solche Aufforderungen allgemein und nannten nie konkret, was Deutschland von der Schweiz zwingend erwartete. Einzig Gauleiter in Süddeutschland empfahlen sich als Reichsstatthalter in einer eroberten Schweiz,

doch dürfen wir solche politische Wunschträume eher dem Machtbedürfnis von Provinzpotenzen als einer durchdachten politischen Planung zuordnen. Die Schweiz war gemäss ihrer Kleinheit kein wichtiger Faktor der deutschen Aussenpolitik und hatte in der Planung, soweit eine solche überhaupt bestand, keinen richtigen Platz. Das Land hatte für das Reich zu produzieren, politisch war es von geringem Interesse. Mit einer militärischen Hilfe durch Truppenentsendung rechnete das Reich nicht, obwohl Hitler dies generell gefordert hatte. Hingegen diente die Schweiz dem Reich als Flankenschutz und später als stabiler Faktor an der Südgrenze; Deutschland konnte damit rechnen, dass innerhalb der Schweiz keine unerwarteten Entwicklungen in Gang kamen, welche eine Gefährdung der deutschen Südgrenze bedeuteten hätten. Die Neutralität der Schweiz war somit zu einem kalkulierbaren Faktor der deutschen Aussenpolitik geworden.

4. Das generelle Bild der Schweiz aus nationalsozialistischer Sicht

Die deutsche Führung, Hitler eingeschlossen, erblickte in der Bevölkerung der Schweiz Germanen bzw. Alemannen; das Land stellte zumindest im nördlichen Teil deutschen Boden dar und hätte gemäss der ursprünglichen Konzeption Hitlers dem zu schaffenden Kontinentalblock angeschlossen werden sollen. Verschiedentlich bezeichnete er die Schweiz als Glied des Reiches, als Teil des kommenden Grossgermanischen Reiches, aber auch als missratenen Zweig des deutschen Volkes, als Eiterbeule an Europa und als Anachronismus. In Hitlers Sicht war die Schweiz ein kleiner, eher lächerlicher und minderwertiger Staat, in dem vor allem egoistische Eigeninteressen verfolgt würden. Die Übungen der Armee bezeichnete er als Soldatenspiele, das Land selbst als begrenzt und in seinen Möglichkeiten eingeengt. Ganz anders lauteten seine Aussagen während des Westfeldzuges, als er erklärte, Deutschland benötige die Schweiz als Schutzmacht, als internationalen Knotenpunkt für diplomatische Aktivitäten, Spionage, Devisengeschäfte und Agentenkontakte und als Rüstungslieferant. In dieser Aufzählung nannte Hitler entscheidende Faktoren des deutschen Interesses an der Schweiz, die in deutlichem Kontrast zu seinen abfälligen und beleidigenden Bemerkungen innerhalb des engeren Kreises stehen. Aus der Sicht Goebbels war die Schweiz vor allem ein Emigrantenparadies und «Dreckstaat», der das Reich durch seine Presse provozierte und beleidigte. Die schweizerischen Zeitungen stellten für ihn ein dauerndes Ärgernis dar, doch entsprach diese Haltung eher seinen offiziellen Äusserungen; vor ausländischen Journalisten hatte er vor allem die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich betont, die Pressefrage war dabei nebensächlich. Auch Goebbels erkannte die Bedeutung der Schweiz als Wirtschaftspartner und Rüstungslieferant, er wollte jedoch trotzdem die Schweiz durch Propaganda gefügiger machen. Die rassistisch ausgerichtete Denkweise von Himmler und Heydrich anerkannte das «gute Blut» der Schweizerbevölkerung, sah dieses aber von Juden- und Freimaurertum wie überall in der Welt bedroht. Die Schweizer waren rassistisch genügend und konnten in die SS-Formationen aufgenommen werden; Himmler hatte die Schweiz als Ableger des germanischen Baumes bezeichnet, dem das innere Bewusstsein der Reichszugehörigkeit fehle. Für Heydrich besass die Schweiz wertvolles «Menschenmaterial», welches er in erster Linie bei deutschlandfreundlichen Militärs und Frontisten erblickte, doch unterschied er genau zwischen solchen Schweizern, welche den charakterlichen Anforderungen der SS genügten, und denjenigen, welche aus Geltungstrieb zur SS drängten. Für Schellenberg und Canaris war die Schweiz in erster Linie als Drehscheibe für Nachrichtendienst und Devisengeschäfte interessant, während das OKW den Schwerpunkt des Interesses auf den reibungslosen Transitverkehr und die Rüstungslieferungen setzte.

Differenzierter fiel das Bild der Schweiz innerhalb der Diplomatie aus: Der Gesandte Müller sprach von der bäuerlich-misstrauischen Natur der Bevölkerung, die jedoch zuverlässig und zurückhaltend sei. Für Weizsäcker waren die Schweizer Bourgeoise mit einem Rentnerbewusstsein, aber auch Sonderlinge, die den Kampf nicht suchen, jedoch ihre tief verankerte Neutralität unbedingt verteidigen würden. Die Grundhaltung der Bevölkerung war für ihn konservativ, niemand lasse sich gern auf unsichere Versuche ein, sondern alle würden sich lieber in ihrer eigenen

Burg verschanzen. Der Führergedanke hatte in Weizsäckers Sicht in der Schweiz keinen Boden, andererseits bestand am schweizerischen Verteidigungswillen kein Zweifel, und die Neutralität des Landes deckte sich mit den deutschen Interessen. Besondere Bedeutung mass der spätere Staatssekretär der Gebirgsstruktur des Landes zu: Einerseits sei dies eine Lebensversicherung in militärischer Hinsicht, andererseits hätten die Alpenübergänge und -linien für Deutschland eine grosse Bedeutung; die Schweiz sei Garant für die Transitverbindungen. Den Fronten wurde von Weizsäcker keine entscheidende Bedeutung beigemessen, da er sie als arg zerfahren und unter sich zerstritten einschätzte. Von anderer Seite wurde vermerkt, dass in der Schweiz eine starke Führerpersönlichkeit fehle, welche die Bewegung einigen könnte.

Aus Köchers Sicht musste die Schweiz kriegsfreie Zone bleiben, was im Interesse des Reiches war. Das Land war für ihn durch und durch demokratisch und totalitären Ideologien gegenüber nicht zugänglich. Trotzdem hoffte er auf eine mögliche Allianz zwischen Deutschland und der Schweiz in der beiderseitigen Ablehnung des Kommunismus. Die schweizerische Regierung war für Köcher akzeptabel, während er die Bevölkerung als von der marxistischen Presse verhetzt betrachtete. Auch in seiner Sicht waren Faktoren wie Gotthardstransit, Rüstungslieferungen, diplomatische Kontakte und Schutzmachtaufgaben anerkannte Funktionen der Schweiz innerhalb Europas. Köcher gestand der Eidgenossenschaft eine alte Freiheitsüberlieferung zu und betrachtete sie als stabilen Faktor im Krieg.

Im Völkischen Beobachter wurde kein einheitliches Bild der Schweiz gezeichnet. Auch hier betonte man den rückständigen Charakter des Landes, indem man die Schweiz als Rest einer mittelalterlichen Staatenwelt definierte. Sie liege im toten Winkel des europäischen Kraftfeldes und gehöre trotz langer Trennung grundsätzlich zum Reich. Der Schweizerarmee wurden ein guter soldatischer Geist und ein vorbildlicher Verteidigungswille zugestanden, doch sei das Land einseitig auf Frankreich fixiert. Grundlage des Staates seien die republikanische Verfassung und die unbeschränkten bürgerlichen Freiheiten. Deutlicher als die Diplomatie nahm der VB zur schweizerischen Erneuerungsbewegung Stellung und attestierte dieser 1934 revolutionäre Kraft. Die Deutschschweizer wurden dem Deutschtum zugerechnet, die Landsgemeinden in einzelnen Kantonen als urdeutsche Formen bezeichnet. Die Bevölkerung war für den VB alemannisch, der Gegensatz zum Schwabentum ein künstlicher. Andererseits wurden der schweizerische Föderalismus und die Neutralität anerkannt und die historische Sonderstellung des Landes betont. Wehrhaftigkeit und Opferbereitschaft seien der Grund gewesen, weshalb sich die Schweiz seit 1648 habe behaupten können. Die Menschen in der Schweiz wurden als wehrfreudig, kernig und fleissig dargestellt, doch fehlten die versteckten Hinweise nicht, die Schweiz sei Teil der europäischen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, und es sei nicht auszuschliessen, dass sie eines Tages «von selbst» den Weg zurück ins Reich finden werde. «Das Reich» war in gewisser Hinsicht im Ton schärfer, vor allem in den ersten zwei Kriegsjahren. Die Presse wurde als Ausdruck von Dummheit und Arroganz hingestellt, die Bevölkerung als ewiggestrig definiert, welche die Zeichen der Zeit nicht verstehen würde. Die Artikel von Jakob Schaffner nahmen eine Sonderstellung ein, und die Reaktionen von Lesern und Redaktion zeigen uns, dass seine Haltung in Deutschland nur sehr bedingt geteilt worden war. Bewusst wurde die Bevölkerung vom «Reich» als behäbig, kleinstädtisch und begrenzt dargestellt; am liebsten würde sie das Rad der Geschichte an sich selbst vorbeilenken, der heisse Atem der Zeit werde in der Schweiz als Föhn empfunden, der Kopfweh verursache. In politischer Hinsicht erschien die Schweiz als Teil des Kontinentalblocks, und ihre Mitarbeit in der europäischen Grossraumwirtschaft wurde anerkennend vermerkt. Auch für «Das Reich» waren die Schweizer «alemannische Stammesgenossen», die allerdings immer noch an den Idealen von Liberalismus und Demokratie festhielten. Dass sich die Schweiz am entscheidenden Kampf zwischen Europa und dem Bolschewismus nicht beteiligte, wurde im «Reich» mit Verbitterung registriert, obwohl gleichzeitig die Neutralität des Landes Anerkennung fand. In der zweiten Kriegshälfte glaubte «Das Reich» eine Anpassung an die veränderten Umstände und eine Entwicklung hin zum autoritären Staat in der Schweiz zu erkennen und betonte in den verschiedensten Beiträgen zum Thema Handel die Bedeutung der schweizerischen Wirtschaft. Ab 1943 überwogen Artikel zum Thema Wirtschaft, Landesverteidigung und zum schweizerisch-sowjetischen Verhältnis. Der polemische Unterton der ersten Kriegsjahre wich einer eher sachlichen, zum Teil fast besorgten Berichterstattung über schwei-

zerische Einrichtungen und militarische Massnahmen. Den diversen Beiträgen im «Reich» muss entnommen werden, dass Deutschland ein deutliches Interesse an einer starken Landesverteidigung in der Schweiz hatte; gleichzeitig wurden vermeintliche oder tatsächliche Abweichungen von der Neutralität stets vermerkt und entsprechend kommentiert.

5. Die wichtigsten Faktoren, welche das politische und staatliche Überleben der Schweiz im Zweiten Weltkrieg bewirkt hatten

- *Neutralität*: Sie garantierte Deutschland einen stabilen Faktor an seiner Südgrenze und verhinderte ein direktes Angrenzen an Italien am Gotthard. Die Schweiz blieb kriegsfreies Gebiet, die Alliierten konnten den Raum nicht als Aufmarschzone gegen Deutschland benützen.
- *Rüstungsproduktion*: Sie wurde für Deutschland, je länger der Krieg dauerte, unentbehrlich, da es sich zum Teil um Speziallieferungen mit Schlüsselfunktion für die deutsche Rüstung handelte. Die hohe Qualität der Präzisionsgeräte aus der Schweiz machte die Lieferungen ans Reich zu unersetzlichen Importen.
- *Finanzdrehscheibe*: Deutschland war für seine Devisen- und Goldtransaktionen auf den freien Finanzplatz Schweiz angewiesen.
- *Knotenpunkt für Kontakte*: Das Land war für die deutschen Geheimdienste, für informelle diplomatische Missionen und für geheime Friedenssondierungen eine interessante Plattform. Gewisse Informationslinien liefen über die Schweiz, das Land war geeigneter Boden für Agententreffen aller Art.
- *Alpenübergänge*: Für den Transitverkehr zwischen Deutschland und Italien waren die schweizerischen Alpenlinien, vor allem der Gotthard und der Simplon, von grösster Bedeutung. Die Kohlen- und Nachschublieferungen liefen zu einem grossen Teil durch die Schweiz.
- *Schweizerarmee*: Ihre Kampfkraft und Bewaffnung waren von Deutschland als gut eingeschätzt worden. Das Reich wusste um die hohe Verteidigungsbereitschaft und war sich bewusst, bei einem Angriff auf zähen Widerstand zu stossen. Verkehrswege und Industrieanlagen wären dabei zerstört worden.
- *Reduit*: Deutschland rechnete mit einer schnellen Eroberung des Mittellandes, erkannte aber, dass im Reduit in den Alpen noch lange aktiver Widerstand möglich gewesen wäre. Gleichzeitig hätte die Besatzungsmacht mit einer landesweiten Partisanentätigkeit wie in Frankreich rechnen müssen.
- *Geographie des Landes*: Die Eroberung des Landes bedeutete für das Reich mit zunehmender Kriegsdauer einen unverhältnismässigen Aufwand. Die Gebirgsstruktur des Landes sprach gegen eine schnelle Eroberung wie in Belgien und Holland. Eine Aktion gegen die Schweiz hätte dringend benötigte Truppen für die Ostfront gebunden. Die strategische Bedeutung der Schweiz war gering.
- *Kampflose Eroberung*: Bei einem deutschen Endsieg auf dem Kontinent wäre die Schweiz dem Reich kampfflos zugefallen. Die Erwartung auf den Sieg im Osten war ein Grund, weshalb die Angriffspläne gegen die Schweiz nie durchgeführt worden sind.
- *Freiwilliger Anschluss*: In Deutschland bestand die Erwartung, die Schweiz werde sich von selbst dem Reich anschliessen, wenn die Lage für das Land hoffnungslos geworden sei und wenn man der Bevölkerung genügend Zeit für einen Umdenkungsprozess gebe.
- *Hinhaltenetaktik*: Die schweizerische Regierung konnte durch ihre Anpassungs- und Hinhaltenpolitik Deutschland immer wieder besänftigen und eine Invasion dadurch verhindern bzw. hinausschieben, bis es für das Reich zu spät war.
- *Sonderstellung*: Deutschland anerkannte die spezielle Stellung des Landes und schätzte nach Kriegsausbruch die Dienste der Schweiz als Schutzmacht und humanitäre Kraft. Eine freie, aber angepasste Schweiz nützte Deutschland mehr als ein besetztes und kooperationsunwilliges Land.

6. Schlussfolgerungen

Die deutsche Diplomatie und die nationalsozialistische Führung reagierten während des ganzen Krieges empfindlich auf entschlossene Manifestationen der Schweiz bezüglich ihrer staatlichen Eigenständigkeit und ihrer politischen Unabhängigkeit. Vor allem die Presse, der General und die Linkskreise nebst den bürgerlichen Parteien wurden von deutscher Seite her immer wieder angegriffen. Viele Krisen der schweizerisch-deutschen Beziehungen zwischen 1933 und 1945 entstanden durch die immer breiter werdende Kluft der unterschiedlichen politischen Systeme der beiden Länder. Gegenseitig vergrösserte sich die Ablehnung des andern immer mehr bis zum Sommer 1940; die anschliessende Phase war auf schweizerischer Seite durch eine formale und vordergründige Anpassung an Deutschland gekennzeichnet, während die deutsche Seite vorerst den Ton noch verschärfte, nach 1941 aber zunehmend auf eine gemässigte Linie einschwenkte. In der Schweiz war es meistens der Regierung überlassen, beruhigend und korrigierend auf das Dritte Reich einzuwirken. In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage, ob nicht das vorsichtige und manchmal durchaus anpässlerische Verhalten der Bundesbehörden den generellen Konflikt mit Deutschland eher entschärfte und mithalf, dass die Schweiz aus dem Kriegsgeschehen herausgehalten wurde. Partielle und scheinbare Kollaboration würden dadurch zu einer möglichen Überlebensstrategie des Kleinstaates, wobei sich ein solches Verhalten als heikler Balanceakt zwischen Unterwerfung und Widerstand erweist. Nach dem Krieg wurden in der Schweiz sofort Stimmen laut, welche die beteiligten Politiker kritisierten und ihnen Entgegenkommen mit Nazideutschland vorwarfen, eine Haltung, die auch die siegreichen Alliierten eingenommen haben². Der Autor der vorliegenden Arbeit muss jedoch aufgrund der Untersuchung zum Schluss gelangen, dass abgesehen von gewissen problematischen, wenn nicht eindeutig zu verurteilenden Vorgängen³ der schweizerische Bundesrat letztlich diplomatisch geschickt und für das Land erfolgreich agiert hatte und dass es nicht zuletzt der hinhaltenden und mässigen Politik der Regierung zu verdanken ist, dass Deutschland nie den Entschluss zu einer Invasion der Schweiz fasste. Das strikte Festhalten des Bundesrates an der Neutralität und das verbale und wirtschaftliche Entgegenkommen gegenüber Deutschland konnten bestehende Krisen von Fall zu Fall abschwächen und beilegen. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, hatte selbst der umstrittene Gesandte Frölicher in Berlin mit seiner weitgehenden Anpassung an die neuen Umstände und an das Dritte Reich dazu beigetragen, die Schweiz aus dem Krieg herauszuhalten.

Es ist Aufgabe und Funktion der Diplomatie, die Interessen des eigenen Landes zu vertreten. Letztlich wird der Erfolg dieser Mission nicht an den dabei angewandten Metho-

2 Der frühere Botschafter der Schweiz, *Dr. August R. Lindt*, reiste gegen Kriegsende im Auftrag des Politischen Departementes nach England, um der dortigen Öffentlichkeit die schwierige Lage der Schweiz während des Krieges zu erläutern, nachdem von englischer Seite Kritik an der Schweiz wegen ihres Verhältnisses zu Deutschland laut geworden war (vgl. mit Interview in: *Ex-Libris-Zeitschrift* Nr. 4 vom April 1984. Zürich, S. 17).

3 Vgl. mit S. 144 der Arbeit.

den, sondern an den vorzuweisenden Resultaten gemessen. Vergegenwärtigt man sich den damaligen politischen und moralischen Druck auf die Schweiz, so erscheint die teilweise Kollaboration der Schweiz mit dem Dritten Reich, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, in einem anderen Licht, zumal die offizielle Politik des Bundesrates durch die entschlossene Haltung der Presse und der Mehrheit in der Bevölkerung und der Armee relativiert wurde. Absurderweise hatte gerade der kompromisslose Abwehrwille gewisser Kreise in der Schweiz, darunter sicher auch General Guisan, für Deutschland eine Herausforderung bedeutet: Einerseits machten solche Demonstrationen⁴ den Nazis zwar klar, welcher Eintrittspreis sie bei einer Invasion der Schweiz erwarten würde; auf der anderen Seite war jedoch nicht auszuschliessen, dass Hitler in einem Affekt über einen solchen Vorgang den Einmarsch befohlen hätte⁵.

Welche Schlüsse können nun gezogen werden? Ein Kleinstaat wie die Schweiz kann sich nicht in erster Linie oder – anders formuliert – nicht ausschliesslich auf militärische Verteidigungsmassnahmen zur Sicherung des Landes verlassen. Während des Zweiten Weltkrieges erwiesen sich Massnahmen wie wirtschaftliches Entgegenkommen, Selbstbeschränkung der Pressefreiheit, vorsichtiges diplomatisches Lavieren, Festhalten an der Neutralität und Vermeidung von eigentlichen Provokationen als Faktoren einer erfolgreichen Landessicherung. Wie weit ein Einlenken auf die Position des potentiellen Gegners gehen kann, muss von Fall zu Fall entschieden werden, da offene Kollaboration immer politische Unterwerfung bedeutet⁶. Für die Zukunft gelangt der Autor zu folgenden Schlüssen:

- Die Schweiz muss auch in einem zukünftigen Konflikt in Europa in jedem Falle neutral bleiben und sich unter keinen Umständen der NATO anschliessen.
- Die Schweiz sollte in einem zukünftigen Konflikt in Europa humanitäre Funktionen ausüben und als Vermittler zwischen den Konfliktparteien wirken.
- Ehe bewaffnete Landesverteidigung muss unbedingt aufrechterhalten bleiben, wobei Konzept und Organisation der Armee zu überdenken wären.

4 Vgl. die deutschen Reaktionen auf den Rütli-Rapport (S. 146 ff. der Arbeit).

5 Vgl. Schellenberg-Mem oben, S. 313-314.

6 Zu dieser Thematik:

Werner Rings: «Kollaboration und Widerstand – Europa im Krieg 1939-1945», Zürich 1979.

H. Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt Berlin
ADAP	Akten zur deutschen auswärtigen Politik
AO	Auslandorganisation der NSDAP
BAB	Bundesarchiv Bern
BAF	Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg i.Br.
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich Basel
BSG	Bund der Schweizer in Grossdeutschland
FHQ	Führerhauptquartier
FZ	Frankfurter Zeitung
Gestapo	Geheime Staatspolizei
HJ	Hitlerjugend
HZ	Historische Zeitschrift
IZEZ	Institut für Zeitgeschichte der ETH Zürich
IzM	Institut für Zeitgeschichte München
KdF	Kraft durch Freude
KO	Kriegsorganisation
LNN	Leipziger Neueste Nachrichten
MPK	Mitteilungsblätter der Pressepolitischen Kommission
NBS	Nationale Bewegung der Schweiz
NBZ	Neue Basler Zeitung
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
ObdH	Oberbefehlshaber des Heeres
OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
PAB	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn
RAM	Reichsaussenminister
RFSS	Reichsführer SS
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst (der SS)
SGAD	Schweizerische Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie
SS	Schutzstaffel
SZG	Schweizerische Zeitschrift für Geschichte
SZV	Schweizerischer Zeitungsverleger Verband
VB	Völkischer Beobachter
VSP	Verein der Schweizerpresse
WFSt	Wehrmachtführungsstab
Wi Rü	Wirtschaftsrüstungsamt
ZStAP	Zentrales Staatsarchiv Potsdam

I. Bibliographie

1. Quellen

a) Ungedruckte

1. Politisches Archiv, Auswärtiges Amt, Bonn
(unveröffentlichte Akten, zitiert: *PAB* + Aktennummer).
2. Bundesarchiv, Koblenz
(unveröffentlichte Akten, zitiert: *BAK* + Aktennummer).
3. Bundesarchiv/Militärarchiv, Freiburg i.Br.
(unveröffentlichte Akten, zitiert: *BAF* + Aktennummer).
4. Institut für Zeitgeschichte, München
(unveröffentlichte Akten, zitiert: *IZM* + Aktennummer).
5. Zentrales Staatsarchiv der DDR, Potsdam
(unveröffentlichte Akten, zitiert: *ZStAP* + Aktennummer).
6. Schweizerisches Bundesarchiv, Bern
(unveröffentlichte Akten, zitiert: *BAB* + Aktennummer).
7. Institut für Zeitgeschichte der ETH, Zürich
(unveröffentlichte Dokumente, zitiert: *IZEZ* + Aktennummer).

b) Gedruckte

1. «Akten zur deutschen auswärtigen Politik, 1918-1945», Baden-Baden, Serie C (1933-37), Serie D (1937-41), Serie E (1941-45).
2. Bernard Barbey: «Von Hauptquartier zu Hauptquartier – Mein Tagebuch als Verbindungsoffizier zur französischen Armee 1939-1940», Frauenfeld 1967.
3. Heinz Boberach (Hrsg.): «Meldungen aus dem Reich – Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS, 1939-1944», Berlin 1965.
4. Willi A. Boelcke (Hrsg.): «Kriegspropaganda 1939-1941 – Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium», Stuttgart 1966.
5. Willi A. Boelcke (Hrsg.): «Wollt Ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbelskonferenzen 1939-1943», Stuttgart 1967.
6. Willi A. Boelcke (Hrsg.): «Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer, 1942-1945», Frankfurt 1969.
7. Edgar Bonjour: «Geschichte der Schweizerischen Neutralität», Basel 1970, Bde. VII, VIII und IX (Dokumente).
8. Edouard Calic (Hrsg.): «Ohne Maske, Hitler – Breiting, Geheimgespräche 1931», Frankfurt 1968.
9. Max Domarus (Hrsg.): «Hitler – Reden und Proklamationen, 1932-1945, Kommentiert von einem Zeitgenossen», München 1965, 2 Bände.
10. Hermann Giesler: «Ein anderer Hitler – Bericht seines Architekten», Leoni am Starnberger See 1978.
11. Gustav Mark Gilbert: «Nürnberger Tagebuch», Frankfurt 1962.
12. Helmuth Greiner/Percy Schramm (Hrsg.): «Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, Wehrmachtführungsstab, 1940-1945», Frankfurt 1961-1965, 7 Bände.

13. Franz Halder: «Kriegstagebuch – Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabs des Heeres 1939-1942», Stuttgart 1962-1964, 3 Bände.
14. Helmut Heiber (Hrsg.): «Goebbels-Reden, 1932-1945», Düsseldorf 1971-1972, 2 Bände.
15. Helmut Heiber (Hrsg.): «Hitlers Lagebesprechungen – Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942-45», Stuttgart 1962.
16. Helmut Heiber (Hrsg.): «Reichsführer! ... Briefe an und von Himmler», Stuttgart 1968.
17. Rudolf Hess: «Über Deutschlands Stellung zur Schweiz», München 1934.
18. Rudolf Hess: «Reden», München 1938.
19. Leonidas E. Hill (Hrsg.): «Die Weizsäcker-Papiere, 1933-1950», Frankfurt 1974.
20. Leonidas E. Hill (Hrsg.): «Die Weizsäcker-Papiere, 1900-1932», Frankfurt 1982.
21. Andreas Hillgruber (Hrsg.): «Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler – Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes, 1939-1944», Frankfurt 1937, 2 Bände.
22. Adolf Hitler: «Mein Kampf», München 1936, 2 Bände.
23. Walter Hubatsch: «Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939-1945», Frankfurt 1962.
24. Hans Adolf Jacobsen: «Dokumente zum Westfeldzug 1940», Göttingen 1960.
25. Hans Adolf Jacobsen: «1939-1945, der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten», Darmstadt 1961.
26. Werner Jochmann (Hrsg.): «Adolf Hitler – Monologe im Führerhauptquartier, 1941-1944 – Die Aufzeichnungen von Heinrich Heim», Hamburg 1980.
27. Hildegard von Kotze (Hrsg.): «Heeresadjutant bei Hitler 1938-1943, die Aufzeichnungen des Majors Engel», Stuttgart 1974.
28. Helmut Krausnick/Harold C. Deutsch (Hrsg.): «Helmuth Groscurth – Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940», Stuttgart 1970.
29. Helmuth Krausnick (Hrsg.): «Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten», in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, April 1957.
30. Hans Rudolf Kurz: «Dokumente des Aktivdienstes», Frauenfeld 1966.
31. Hans von Liebig: «Die Verschweizerung des deutschen Volkes», Leipzig 1928.
32. Louis P. Lochner (Hrsg.): «Goebbels: Tagebücher 1942-43», Zürich 1948.
33. Hans Georg Pauls: «Die Schweiz», Sonderdruck aus: «Jahrbuch der Weltpolitik, 1942» des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institutes (DAWI), Berlin 1942.
34. Henry Picker: «Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier», Stuttgart 1976.
35. Hermann Rauschning: «Gespräche mit Hitler», New York/Zürich 1940.
36. Joachim von Ribbentrop: «Die alleinige Kriegsschuld Englands – Rede, gehalten in Danzig am 24. Oktober 1939», Berlin 1939.
37. Joachim von Ribbentrop: «Ansprache des Reichsministers des Auswärtigen am 27. September 1942 in Berlin zum 2. Jahrestag der Unterzeichnung des Dreimächtepaktes», Berlin 1942.
38. Joachim von Ribbentrop: «Rede des Reichsministers des Auswärtigen am 26. November 1941 in Berlin über den Freiheitskampf Europas», Berlin 1941.
39. Bradley F. Smith/Agnes F. Peterson: «Heinrich Himmler – Geheimreden 1933 bis 1945», Frankfurt 1974.
40. The Department of State Bulletin, Bd. VII, Nr. 161, Washington 1942.
41. Henry Ashby Turner (Hrsg.): «Hitler aus nächster Nähe – Aufzeichnungen eines Vertrauten (Otto Wagener), 1929-32», Frankfurt 1978.
42. Ernst Wolgast: «Vom Wesen Europas – Grenzen, Bewusstsein, innere Raumgestaltung, Verhältnis zur Welt», Rede, gehalten am 18. Januar 1933 in der Aula der Universität Rostock bei der akademischen Feier des zweiundsechzigjährigen Gedenktages der Reichsgründung, in: Rostocker Universitätsreden, XVIII, Rostock 1933.
43. Ernst Wolgast: «Lex Regia – das dänische (1665) und das deutsche Staatsführungsgesetz», in: Würzburger Universitätsreden, Heft 3, Würzburg 1935.
44. Joseph Wulf: «Literatur und Dichtung im Dritten Reich – Eine Dokumentation», Gütersloh 1963.
45. Joseph Wulf: «Presse und Funk im Dritten Reich – Eine Dokumentation», Gütersloh 1964.

c) *Erinnerungen*

1. Elsie Attenhofer (Hrsg.): «Cornichon, Erinnerungen an ein Cabaret», Bern 1975.
2. Karl Barth: «Im Namen Gottes des Allmächtigen – Eine Schweizer Stimme 1938-1945», Zollikon 1945.
3. Nicolaus von Below: «Als Hitlers Adjutant 1937-45», Mainz 1980.
4. Folke Bernadotte: «Das Ende», Zürich 1945.
5. Carl Jakob Burckhardt: «Meine Danziger Mission 1937-1939», München 1962.
6. Otto Dietrich: «12 Jahre mit Hitler», München 1955.
7. Hans Fröhlicher: «Meine Aufgabe in Berlin», Bern 1962 (Privatdruck).
8. Walter Görlitz (Hrsg.): «Generalfeldmarschall Keitel – Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs OKW», Frankfurt 1961.
9. Heinz Guderian: «Erinnerungen eines Soldaten», Heidelberg 1951.
10. Ilse Hess: «Ein Schicksal in Briefen», Leoni am Starnberger See 1971.
11. Lina Heydrich: «Leben mit einem Kriegsverbrecher», Pfaffenhofen 1976.
12. Luise Jodl: «Jenseits des Endes – Leben und Sterben des Generaloberst Alfred Jodl», Wien 1976.
13. Wilhelm Kalberer: «Ich sprach mit Hitler, Himmler, Goebbels – Berliner Erlebnisse eines Schweizer Journalisten», St. Gallen 1945.
14. Heinz Linge: «Bis zum Untergang: Als Chef des persönlichen Dienstes bei Hitler», hrsg. von Werner Maser, München 1980.
15. Ulrich Liss: «Westfront 1939-1940 – Erinnerungen des Feindbearbeiters im Oberkommando des Heeres (OKH)», Neckargmünd 1969.
16. Hans-Leo Martin: «Unser Mann bei Goebbels – Erinnerungen des Verbindungsoffiziers des OKW», Neckargmünd 1973.
17. Joachim von Ribbentrop: «Zwischen London und Moskau – Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen», Leoni am Starnberger See 1953.
18. Walter Schellenberg: «Memoiren», München 1979.
19. Paul Schmidt: «Statist auf diplomatischer Bühne, 1923-1945, Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas», Bonn 1950.
20. Albert Speer: «Erinnerungen», Frankfurt 1969.
21. Albert Speer: «Der Sklavenstaat – Meine Auseinandersetzung mit der SS», Stuttgart 1981.
22. Walter Warlimont: «Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht, 1939-1945», Frankfurt 1962.
23. Ernst von Weizsäcker: «Erinnerungen», München 1950.

d) *Zeitungen*

1. «Der Völkische Beobachter» (VB), Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Grossdeutschlands. Hrsg.: Adolf Hitler. Süddeutsche Ausgabe. Alle Nummern zwischen 31. Januar 1933 und 28. August 1940.
2. «Das Reich», Deutsche Wochenzeitung für Politik und Kultur. Hrsg.: Josef Goebbels. Alle Ausgaben zwischen 26. Mai 1940 und 15. April 1945.
3. «Frankfurter Zeitung» (FZ), Zeitung für Frankfurt und Handelsblatt. Gegründet von Leopold Sonnemann. Alle Nummern zwischen 12. März und 31. Dezember 1933 sowie zwischen 1. Januar und 31. Dezember 1939.
4. Übrige deutsche Presse für das Jahr 1940, in: Mitteilungsblätter der Pressepolitischen Kommission des SZV und des VSP, in: Institut für Zeitgeschichte, Zeitgeschichtliches Archiv der ETH, Zürich.

2. Darstellungen und Fachliteratur

1. Karl-Dietrich Abel: «Presselenkung im NS-Staat – Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit», Berlin 1968.
2. Wolfgang Abendroth (Hrsg.): «Faschismus und Kapitalismus – Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus», Frankfurt 1967.
3. Karl Heinz Abshagen: «Canaris – Patriot und Weltbürger», Stuttgart 1955.
4. Pierre Accoce/Pierre Quet: «Moskau wusste alles», Zürich 1966.
5. Josef Ackermann: «Heinrich Himmler als Ideologe», Göttingen 1970.
6. Jost Adam: «Die Haltung der Schweiz gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland im Jahre 1940», Mainz 1972 (Diss.).
7. Shlomo Aronson: «Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD», Stuttgart 1971.
8. Bernard Barbey: «Fünf Jahre auf dem Kommandoposten des Generals», Bern 1948.
9. Klaus Benzing: «Der Admiral – Leben und Wirken», Nördlingen 1973.
10. Eugene K. Bird: «Hess», München 1974.
11. Rainer A. Blasius: «Für Grossdeutschland – gegen den grossen Krieg. Staatssekretär Ernst Frhr. von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen 1938-39», Köln 1981.
12. Willi A. Boelcke: «Zur internationalen Goldpolitik des NS-Staates», in: «Hitler, Deutschland und die Mächte», hrsg. von Manfred Funke, Düsseldorf 1977.
13. Edgar Bonjour: «Geschichte der Schweizerischen Neutralität», Basel 1970, Bde. III, IV, V und VI.
14. Daniel Bourgeois: «Le Troisième Reich et la Suisse», Neuchâtel 1974.
15. Hermann Böschenstein: «Bedrohte Heimat», Bern 1965.
16. Karl Dietrich Bracher: «Die nationalsozialistische Machtergreifung – Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933-34», Köln 1962.
17. Willy Bretscher: «70 Leitartikel 1933-1944», Zürich 1945.
18. Hans Buchheim: «Anatomie des SS-Staates», München 1967, 2 Bände.
19. Gert Buchheit: «Der deutsche Geheimdienst – Geschichte der militärischen Abwehr», München 1967.
20. Claude Cantini: «Le fascisme italien à Lausanne 1920-1943», Lausanne 1976.
21. Claude Cantini: «Le colonel fasciste suisse Arthur Fonjallaz», Lausanne 1983.
22. Enzo Collotti: «L'amministrazione tedesca dell'Italia occupata 1943-1945», Milano 1963.
23. Günter Deschner: «Reinhard Heydrich – Statthalter der totalen Macht», Esslingen am Neckar 1980.
24. Eric Dreifuss: «Die Schweiz und das Dritte Reich – Vier deutschschweizerische Zeitungen im Zeitalter des Faschismus 1933-1939», Frauenfeld 1971.
25. Allen Welsh Dulles: «Im Geheimdienst», Düsseldorf 1969.
26. Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler (Hrsg.): «Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik», Berlin 1980.
27. Kurt Emmenegger: «Q.N. wusste Bescheid – Erstaunliche Informationen eines Schweizer Nachrichtenmannes aus den Kulissen des Hitlerkrieges», Zürich 1965.
28. Jann Fridolin Etter: «Armee und öffentliche Meinung in der Zwischenkriegszeit 1918-1939», Zürich 1972 (Diss.).
29. Ernst Feisst: «Durchhalten, schweizerische Lösungen einer Ernährungs- und Agrarpolitik während und nach dem Kriege», Bern 1944.
30. Markus Feldmann: «Zur Lage der Schweiz», Bern 1942.
31. Markus Feldmann: «Pressefreiheit und Neutralität», in: Schweizer Monatshefte, Nr. 1, 1942.
32. Joachim C. Fest: «Hitler – Eine Biographie», Frankfurt 1976, 2 Bände.
33. Joachim C. Fest: «Das Gesicht des Dritten Reiches», München 1963.
34. Heinrich Fraenkel/Roger Manveil: «Himmler – Kleinbürger und Massenmörder», Herrsching 1981.
35. Hans Rudolf Fuhrer: «Spionage gegen die Schweiz – Die geheimen Nachrichtendienste gegen die Schweiz im Zweiten Weltkrieg 1939-1945», Frauenfeld 1982 (Diss.).

36. Willi Gautschi: «Hitlers Besuch in Zürich 1923», Separatdruck aus der NZZ Nr. 302 vom 29. Dezember 1978.
37. Beat Glau: «Die Nationale Front – Eine Schweizer faschistische Bewegung 1930-1940», Zürich 1969.
38. Hans von Greyerz: «Der Bundesstaat seit 1848», in: Handbuch der Schweizergeschichte, Bd. 2, Zürich 1980.
39. Bruno Grimm: «Gau Schweiz? Dokumente über die nationalsozialistischen Umtriebe in der Schweiz», Bern 1939.
40. Lothar Gruchmann: «Nationalsozialistische Grossraumordnung», in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 4, 1962.
41. Jürgen Hagemann: «Die Presselenkung im Dritten Reich», Bonn 1970.
42. Walter Hagemann: «Publizistik im Dritten Reich – Ein Beitrag zur Methodik der Massenführung», Hamburg 1948.
43. Alfred A. Häslar: «Das Boot ist voll – Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945», Zürich 1967.
44. Paul Hausser: «Soldaten wie andere auch – Der Weg der Waffen-SS», Osnabrück 1966.
45. Helmut Heiber: «Der Generalplan Ost», in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 3, 1958.
46. Helmut Heiber: «Josef Goebbels», München 1974.
47. Andreas Hillgruber: «Hitlers Strategie – Politik und Kriegsführung 1940-41», Frankfurt 1965.
48. Rolf Hochhuth: «Teil 38», Reinbek 1977.
49. Peter Hoffmann: «Maurice Bavauds attempt to assassinate Hitler in 1938», London 1975.
50. Heinz Höhne: «Der Orden unter dem Totenkopf – Die Geschichte der SS», München 1979.
51. Heinz Höhne: «Canaris – Patriot im Zwielicht», München 1978.
52. Ole R. Holsti: «Die Perzeption von Alternativen beim Kriegsausbruch 1914», in: Theorien der internationalen Beziehungen, hrsg. von Daniel Frei, München 1973.
53. Heinrich Homberger: «Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg», Zürich-Erlenbach 1970.
54. Jean Hotz: «Handelsabteilung und Handelspolitik in der Kriegszeit», Bern 1950.
55. Kurt Huber: «Drohte dem Tessin Gefahr?», Aarau 1954.
56. Kurt Humbel: «Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz 1931-1939», Bern 1976.
57. Eberhard Jäckel: «Hitlers Weltanschauung, Entwurf einer Herrschaft», Tübingen 1969.
58. Arnold Jaggi: «Bedrohte Schweiz – Unser Land in der Zeit Mussolinis, Hitlers und des Zweiten Weltkrieges», Bern 1978.
59. Hans Jenny: «Der Schweizerische Kohlenhandel», Zürich 1941 (Diss.).
60. Roger Joseph: «L'Union Nationale – 1932-39, Un fascisme en Suisse», Boudry 1975 (Diss.).
61. Robert M.W. Kempner: «Die SS im Kreuzverhör», München 1964.
62. Carin Kessemeier: «Der Leitartikler Goebbels in den NS-Organen 'Der Angriff' und 'Das Reich'», Münster 1967.
63. Jon Kimche: «General Guisans Zweifrontenkrieg – Die Schweiz zwischen 1939 und 1945», Berlin 1962.
64. K.G. Klietmann: «Die Waffen-SS, Eine Dokumentation», Osnabrück 1965.
65. Erich Kordt: «Wahn und Wirklichkeit», Stuttgart 1948.
66. Kurt Koszyk: «Das Ende des Rechtsstaates 1933-34 und die deutsche Presse», Düsseldorf 1960.
67. Georg Kreis: «Auf den Spuren von La Charité», Basel 1976.
68. Georg Kreis: «Juli 1940, die Aktion Trump», Basel 1973.
69. Georg Kreis: «Zensur und Selbstzensur – Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg», Frauenfeld 1973.
70. Josef Krumbach: «Grundfragen der Publizistik – Die Wesenselemente des publizistischen Prozesses, seine Mittel und Ergebnisse», Berlin und Leipzig 1935.
71. Reinhard Kühnl: «Faschismustheorien», Reinbek 1979.
72. Axel Kuhn: «Hitlers aussenpolitisches Programm», Stuttgart 1970.
73. Hans Rudolf Kurz: «Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg», Thun 1959.

74. Hans Rudolf Kurz: «Nachrichtenzentrum Schweiz», Frauenfeld 1973.
75. Hans Rudolf Kurz: «Die Schweiz in der Planung der kriegsführenden Mächte während des Zweiten Weltkrieges», in: Schriftenreihe des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes, Nr. 5, Biel 1957.
76. Jochen von Lang: «Der Sekretär – Martin Bormann: Der Mann, der Hitler beherrschte», Frankfurt 1980.
77. Günter Lachmann: «Der Nationalsozialismus in der Schweiz 1931-1945», Berlin 1962.
78. Paul Leverkuehn: «Der geheime Nachrichtendienst der deutschen Wehrmacht im Kriege», Frankfurt 1957.
79. August R. Lindt: «Interview», in: Ex-Libris-Zeitschrift Nr. 4 vom April 1984, Zürich 1984.
80. Fred Luchsinger: «Die NZZ im Zeitalter des Zweiten Weltkrieges», Zürich 1955.
81. Julius Mader: «Hitlers Spionagegenerale sagen aus», Ostberlin 1976.
82. Erika Martens: «Zur Phänomenologie der Presse im totalitären Regime – Zum Beispiel Das Reich», Köln 1972.
83. Werner Maser: «Adolf Hitler. Legende, Mythos, Wirklichkeit», München 1971.
84. Werner Maser: «Nürnberg – Tribunal der Sieger», Düsseldorf 1977.
85. Niklaus Meienberg (u.a.): «Es ist kalt in Brandenburg», Zürich 1980.
86. Alice Meyer: «Anpassung oder Widerstand», Frauenfeld 1965.
87. Wolfgang Michalka: «Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik, 1933-1940», München 1980.
88. Hans Dieter Müller (Hrsg.): «Facsimile Querschnitt durch Das Reich», Bern 1964.
89. Martin Müller: «Die Entwicklung der Bundespolizei und ihre heutige Organisation», Zürich 1949 (Diss.).
90. Elisabeth Morawietz: «Die politische und militärische Gefährdung der Schweiz durch das nationalsozialistische Deutschland», Berlin 1969 (Diss.).
91. Max Nef (Verfasser): «Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die schweizerische Pressepolitik im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939-1945», Bern 1946.
92. Max Nef: «Die Schweizer Presse im Abwehrkampf», Thun 1967.
93. Peter Noll: «Landesverräter – 17 Lebensläufe und Todesurteile 1942-1944», Frauenfeld 1980.
94. Sonja Noller/Hildegard von Kotze (Hrsg.): «Facsimile Querschnitt durch den Völkischen Beobachter», Bern 1967.
95. Albert Oeri: «Tagesberichte», Bern 1946.
96. Gert H. Padel: «Die politische Presse der deutschen Schweiz und der Aufstieg des Dritten Reiches 1933-1939», Zürich 1951 (Diss.).
97. Otto Pünter: «Der Anschluss fand nicht statt», Bern 1967.
98. Werner Rings: «Die Schweiz im Krieg 1933-1945», Zürich 1978.
99. Werner Rings: «Kollaboration und Widerstand – Europa im Krieg 1939-1945», Zürich. 1979.
100. Edgar R. Rosen: «Viktor Emanuel III und die Schweiz während des Zweiten Weltkrieges», in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, 10. Jg., 1960.
101. Edgar R. Rosen: «Italien, Deutschland und die Schweiz im Sommer 1940», in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, 19. Jg., 1969.
102. Martin Rosenberg: «Was war Anpassung – wo war Widerstand?», Bern 1966.
103. Georg Ruppelt: «Die 'Ausschaltung' des 'Wilhelm Teil', Dokumente zum Verbot des Schauspiels in Deutschland 1941», in: Jahrbuch der deutschen Schillergesellschaft, 20. Jg., Tübingen 1976.
104. Walter Rüthemann: «Volksbund und SGAD – Nationalsozialistische Schweizerische Arbeiter Partei – Schweizer Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie, ein Beitrag zur Geschichte der politischen Erneuerungsbewegungen in der Schweiz 1933-1944», Zürich 1979.
105. Jean Rodolphe von Salis: «Weltgeschichte der Neuesten Zeit», Bd. III, Zürich 1962.
106. Jean Rodolphe von Salis: «Weltchronik 1939-1945», Zürich 1966.
107. Theodor Schieder: «Hermann Rauschnings 'Gespräche mit Hitler' als Geschichtsquelle», in: Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften, Vorträge G 178, Opladen 1972.

108. Wilhelm von Schramm: «Geheimdienst im Zweiten Weltkrieg – Organisation, Methoden, Erfolge», München 1979.
109. Ernst Speiser: «Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland während des Krieges», in: Schweizer Monatshefte, März 1946.
110. Peter Stadler: «Zwischen Klassenkampf, Ständestaat und Genossenschaft – Politische Ideologien im schweizerischen Geschichtsbild der Zwischenkriegszeit», in: Sonderdruck aus Historische Zeitschrift, Heft 219/2, Oktober, München 1974.
111. Peter Stadler: «Ein deutscher Bericht über die schweizerischen Erneuerungsbewegungen aus dem Jahre 1934», in: Die Diskussion um eine Totalrevision der Schweizerischen Bundesverfassung 1933-1935, in: Sonderdruck aus der Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte, Bd. 19, Hefte 1 und 2, Zürich 1969.
112. Peter Stadler: «Die Schweiz seit 1919», in: Handbuch der Europäischen Geschichte, Bd. 7/2, Stuttgart 1979.
113. George H. Stein: «The Waffen-SS – Hitlers elite guard at war 1939-1945», New York 1966.
114. Henning Storek: «Dirigierte Öffentlichkeit – Die Zeitung als Herrschaftsmittel in den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Regierung», Opladen 1972.
115. Hans-Ulrich Thamer/Wolfgang Wippermann: «Faschistische und neofaschistische Bewegungen», Darmstadt 1977.
116. Rönn von Uexküll: «Unser Mann in Berlin – Die Tätigkeit der deutschen und schweizerischen Geheimdienste 1933-1945», Berlin 1976.
117. Ernst Uhlmann: «Angriffspläne gegen die Schweiz», in: Allgemeine Schweizerische Militärzeitung, 1949.
118. Klaus Urner: «Der Schweizer Hitler-Attentäter – Drei Studien zum Widerstand und seinen Grenzbereichen», Frauenfeld 1982.
119. Peter Utz: «Goldfingers merkwürdige Machenschaften», in: Tages-Anzeiger-Magazin Nr. 16 vom 19. April 1980, Zürich 1980.
120. Christian Vetsch: «Aufmarsch gegen die Schweiz. Der deutsche Fall Gelb – Irreführung der Schweizer Armee 1939-40», Olten 1973 (Diss.).
121. Robert Urs Vogler: «Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941», Zürich 1983 (Diss.).
122. Gerhart Waeger: «Die Sündenböcke der Schweiz – Die Zweihundert im Urteil der geschichtlichen Dokumente 1940-1946», Olten 1971.
123. Friedrich Traugott Wahlen: «Das schweizerische Anbauwerk 1940-1945», Zürich 1946.
124. Karl Weber: «Die Schweiz im Nervenkrieg», Bern 1948.
125. Bernd Wegner: «Hitlers politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933-1945», Paderborn 1982.
126. Jost Niklaus Willi: «Der Fall Jacob-Wesemann, 1935-36», Bern 1972.
127. Wolfgang Wippermann: «Faschismustheorien – Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion», Darmstadt 1976.
128. Wolfgang Wippermann: «Europäischer Faschismus im Vergleich (1922-1982)», Frankfurt 1983.
129. Walter Wolf: «Faschismus in der Schweiz – Die Geschichte der Frontenbewegungen in der deutschen Schweiz, 1930-1945», Zürich 1969.

Lebenslauf

Am 10. April 1949 in Zürich-Höngg geboren, durchlief ich Primär- und Sekundarschule zwischen 1956 und 1965 an meinem Wohnort. 1966 begann ich eine kaufmännische Lehre im Bereich internationale Transporte und schloss diese 1969 mit dem Fähigkeitszeugnis ab. Zwischen 1969 und 1973 arbeitete ich als Luftfrachtpediteur am Zürcher Flughafen Kloten. In diese Zeit fielen Auslandsaufenthalte in England, Israel und Frankreich. Nach schriftstellerischen Versuchen entschloss ich mich für den zweiten Bildungsweg und trat 1973 in die Kantonale Maturitätsschule für Erwachsene in Zürich ein, die ich 1976 mit der Maturität Typus B abschliessen konnte. Schon während der Mittelschulzeit entstand der Wunsch nach einem Geschichtsstudium, das ich im Frühling 1977 nach einer dreimonatigen Indienreise begann. Mein Hauptfach war Allgemeine Geschichte, im ersten Nebenfach studierte ich englische Literatur, im zweiten Politologie. 1982, nach 11 Semestern Studium, schloss ich meine Ausbildung mit dem Lizentiat an der Universität Zürich ab. Eine anschliessende weitere Weltreise führte mich nach Australien, nachdem ich schon 1978 für drei Monate in die USA ging. Seit 1979 bin ich als Lehrer an verschiedenen Schulen tätig, an der Kantonsschule Baden kann ich mein eigentliches Fach unterrichten. Nach mehreren Reisen in die Bundesrepublik Deutschland und in die DDR verfasste ich die vorliegende Dissertation. Meine Doktorprüfung fand am 26. November 1984 in Zürich statt.

Seit 1984 bin ich verheiratet und habe eine kleine Tochter.